

Bericht des Finanzausschusses zu einer Regierungsvorlage betreffend einen Antrag auf Festlegung des Landesvoranschlags 1982 (Beilage 33/1981).

Der Finanzausschuß hat am 25. und 26. November 1981 den Landesvoranschlag behandelt und zum Berichterstatter den Abg. Aberer gewählt. Ich erteile ihm das Wort.

Aberer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 11. November 1981 wurde die Regierungsvorlage zur Festlegung des Landesvoranschlags 1982 dem Landtag zugewiesen und dieser hat seinerseits diese Vorlage zur weiteren Bearbeitung und Berichterstattung dem Finanzausschuß zugewiesen.

Dieser hat sich am 25. und 26. November in vielstündigen Sitzungen seiner Aufgabe entledigt und schlägt mit einer Ausgabenansatz- und Einnahmen-Ansatzänderung

die Annahme des Voranschlags 1982 vor.

Zum dritten Mal liegt ein Voranschlag vor, der einen Abgang ausweist. Dieser Abgang soll durch eine 10%ige Bindung der Ausgaben mit Ermessenscharakter, d.s. 460.956.000, das ergibt einen Betrag von 46.095.000 S, abgedeckt werden. Eine Auflassung der Bindung ist nur mit Regierungsbeschluß möglich, die diese Bindung nach Maßgabe der Notwendigkeit und Dringlichkeit im Laufe des Jahres 1982 insoweit aufheben kann, wenn zur Bedeckung Mehreingänge an Ertragsanteilen der Länder an gemeinschaftlichen Bundesabgaben, an Landesumlage und sonstigen nicht zweckgebundenen Einnahmen sowie an Gebarungüberschuß des Rechnungsjahres 1981 zur Verfügung stünden.

Die Gebarung, die immerhin nach Berücksichtigung des von mir später vorzutragenden Abänderungsvorschlages bei den Ausgaben eine Höhe von 5.236.298.000 und bei den Einnahmen eine solche von 5.190.203.000 erreicht, und wie vorhin erwähnt eine Lücke von 46.095.000 ausweist, konnte nur so gestaltet werden, indem vorgesehen ist, im Jahre 1982 eine Darlehensaufnahme von 164.214.000 zu tätigen und die Darlehen im Jahre 1982 um 29.420.000 durch Rückzahlung zu reduzieren, sodaß eine Nettoverschuldungsrate im Jahre 1982 von 134.803.000 S entsteht. Der Ausgabenrahmen hat sich unter Einrechnung der zwei Nachtragsvoranschläge um 309.459.000 S oder um 6.2% erhöht.

Das Überschreiten der 5 Milliarden Grenze dieses nun vor uns liegenden Voranschlages bedeutet sicher für den Laien sowie für den Finanzfachmann das Überschreiten einer Traumgrenze. Diese Markenüberschreitung gibt uns allen Anlaß auch darüber nachzudenken, mit welcher Intensität die Ausgabenwirtschaft der Öffentlichen Hand fortschreitet. Sie in Grenzen zu halten, sie so zu gestalten, daß sie volkswirtschaftlich vertretbar ist und für die nahe und ferne Zukunft uns nicht mit zuviel Bindungen belastet, darauf haben wir unser Augenmerk zu lenken.

Seitens des Finanzreferates wurde versucht, die Wünsche der einzelnen Ressorts zurückzustellen oder neuerliche Überlegungen anzustellen, wie in gewissen Bereichen, ich verweise hier auf die Entwicklung auf dem Sozialhilfesektor, Einsparungen erzielt werden können. Trotz dieses Einsparungswillens ist der Voranschlagsrahmen, wie bereits erwähnt, um rund 6% gestiegen. Der Grund dieser Steigerung kann nur darin gesehen werden, weil Einnahmeerträge im Bereich der Ertragsanteile gestiegen sind und weil neuerdings Darlehen aufgenommen werden und auch Rücklagenentnahmen in einer Größenordnung von rund 222 Mio. im Jahre 1982 realisiert werden.

Neben den Ausgaben schwerpunkten, Landeskranken-

anstellen 680 Mio., Wohnbauförderung 786 Mio., Gemeindeförderung 502 Mio., Soziale Wohlfahrt 390 Mio., den Landesstraßen 296 Mio., dem Landeshochbau 261 Mio. und schließlich die Vor- und Mitfinanzierungen 74 Mio., ist für 1982 ein Betrag von 133 Mio. für den Schuldendienst berücksichtigt. Es ist zu erwähnen bei dieser Gelegenheit, daß der Stand der Darlehen, die das Land für Investitionszwecke bisher aufgenommen hat, mit 1.018.000.000 sich beziffert und dieser Stand im kommenden Jahre sich um 134 Mio. auf 1.152.000.000 zum Ende des Jahres 1982 erhöht.

Eine Verschuldung, die es im Griff zu behalten gilt, der Herr Finanzreferent wird in seiner Budget-Rede sicher auf diesen Umstand in geeigneter und dringlicher Weise eingehen.

Trotz der Sorgen, die im Finanzausschuß bezüglich der Verschuldung des Landes durchgeklungen sind, wobei auch die volkswirtschaftliche Vertretbarkeit bei Aufnahme von Krediten für Investitionszwecke jeweils in Berücksichtigung zu ziehen ist, haben die Vertreter der SPÖ im Finanzausschuß in 18 Anträgen die Ansätze des Voranschlagsentwurfes um 37.147.000 zu verbessern und aber auch gleichzeitig um 59.050.000 durch die Hinaufsetzung von Ausgabenansätzen zu verschlechtern, sodass eine zusätzliche Darlehensaufnahme von 21.903.000 notwendig geworden wäre. Ich muß feststellen, daß sich die Mehrheitsfraktion sehr eingehend mit den Abänderungsanträgen befaßt hat und nach Berücksichtigung aller vorgebrachten Begründungen zu einer Änderung bei der Höherdotierung der Förderung des LWBF von 3 Mio. entschlossen hat.

Es wird auch künftig wenig Möglichkeiten geben, im Voranschlag neue Wünsche zu berücksichtigen oder bereits in die Tat umgesetzte Aktionen zu verbessern. Die Belastung des Landes durch den Schuldendienst, der in den Jahren 1983 und später eine entscheidende Steigerung erfährt, lassen es nur sehr beschränkt zu, auf neue Wünsche einzugehen.

Wenn die mittelfristige Finanzplanung als Grundlage der künftigen Budget-Entwicklung herangezogen wird, wobei die Einrechnung der Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Aufwendungen für das Personal die größte Möglichkeit bietet, Expansionen der Ausgaben in günstigen Prozentsätzen zu halten, so ist der heute zu verabschiedende Voranschlag 1982 wiederum ein Meilenstein einer verantwortungsbewußten Budgetierung und im Sinne des Sparwillens ein Dokument einer Anstrengung, diesen Willen durchzusetzen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich will nun nicht eine ganze Anzahl von Vergleichen, Hochrechnungen und Debatten im Finanzausschuß zu diesen Dingen hier wiedergeben, in vielen Bereichen würde ich Zweigleisigkeiten zu den sicher äußerst fundierten Darlegungen des Landesfinanzreferenten begehen, ich stelle nur nochmals im Namen des Finanzausschusses fest, daß der vorgelegte Landesvoranschlag 1982 mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ angenommen wurde und daß der Finanzausschuß seiner Meinung Ausdruck gegeben hat, die zur Aufnahme vorgesehenen Darlehen nur insoweit zu realisieren, als dies die Finanzlage des Landes erfordert.

Ich darf auch im Namen des Finanzausschusses feststel-

len, daß die höher vorgesehene Dotierung der Landtagsfraktionen 1. auf eine Einstimmigkeit in der Geschäftskommision zurückzuführen ist, daß diese Höherdotierung 2. dazu dienen soll den Landtagsklubs die entsprechende Finanzierung ihrer eigenständigen Tätigkeit zu gewährleisten und darf 3. erwähnen, daß hiermit auch ein Beitrag für eine saubere öffentliche Verwaltung geleistet wird. Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, die Generaldebatte einzuleiten.

Präsident: Nach der Einleitung durch den Herrn Berichtsersteller erkläre ich die Generaldebatte für eröffnet, das Wort hat Herr Landesstatthalter Dr. Mandl.

Dr. Mandl: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Bereits bei der Vorlage des Voranschlagsentwurfes 1980 habe ich auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, die Ausgabenseite der Landesbudgets in Hinkunft noch stärker als bisher der Einnahmentwicklung anzupassen, um die Verschuldung des Landes auch in den kommenden Jahren in vertretbaren Grenzen halten zu können.

Heute - anlässlich der Behandlung des Voranschlagsentwurfes für 1982 - ist die Situation nicht wesentlich anders als zu Ende des Jahres 1979.

Aus diesem Grund halte ich es für wichtig, einleitend noch einmal den Ursachenzusammenhang für die mit dem Budget 1980 eingeleitete Tendenzwende in aller Deutlichkeit darzulegen.

Ein Blick in die Rechnungsabschlüsse der vergangenen zehn Jahre zeigt, daß die Ertragsanteile des Landes an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Fünfjahreszeitraum 1971 bis einschließlich 1975 um insgesamt 94,9 %, also um fast 100 % angestiegen sind. Im Fünfjahreszeitraum 1976 bis einschließlich 1980 dagegen ist nur eine Ertragsanteilzunahme um insgesamt 27,4 % festzustellen!

Das heißt, daß sich das Wachstum unserer Haupteinnahmequelle des Landes vom ersten auf den zweitgenannten Zeitraum um mehr als zwei Drittel verringert hat.

Daß diese Entwicklung der Einnahmenseite in den unmittelbar folgenden Jahren nicht auch zu einer entsprechenden Korrektur auf der Ausgabenseite der Budgets (aller Gebietskörperschaften!) führte, hat meines Erachtens zwei Hauptgründe:

Zum einen war es der feste Glaube an eine nur kurze Dauer der Rezession, der nach den früher gemachten Erfahrungen durchaus einen realen Hintergrund hatte, und andererseits verbreitete die Wirtschaftswissenschaft die Überzeugung, mit dem Instrument der globalen Nachfragesteuerung den Stein der Weisen in der Rezessionsbekämpfung gefunden zu haben; eine Überzeugung, die durch den nur mäßigen Konjunkturverlauf der vergangenen Jahre inzwischen einigermaßen erschüttert ist.

Kurzum, während die Einnahmen und Einnahmewachse nur noch spärlich fließen, wurde auf der Ausgabenseite unter dem Druck der öffentlichen Meinung so getan, als sei nichts geschehen. Steigende Abgänge wurden durch ebenso steigende Darlehensaufnahmen finanziert - sofern nicht noch wie auch in unserem Falle, Reserven vorhanden waren. Schuldenmachen gehörte - nicht zuletzt nach dem

Beispiel des Bundes - geradezu zum guten Ton.

Entgegen den Erwartungen sprang der Konjunkturmotor in den Jahren nach 1975 nicht im gewünschten Ausmaß an. Die Reserven waren weitgehend verbraucht, der Schuldenstand stieg infolge hoher Darlehensaufnahmen in beängstigendem Ausmaß an.

Die im Herbst 1979 ausgearbeitete Finanzprognose für die Jahre 1979 - 1983, die auf den Daten der Jahre bis 1979 aufbaute, machte schlagartig klar, daß es ohne entsprechendes Gegensteuern über kurz oder lang zum Ruin der Landesfinanzen kommen mußte.

Das Ziel der Finanzpolitik der Jahre ab Ende 1979 mußte daher sein, alles zu unternehmen, um jene Entwicklung zu verhindern, wie sie die Finanzprognose aufzeigte!

Wie weit uns dies gelungen ist, meine Damen und Herren, werde ich Ihnen im Zusammenhang mit der Darstellung der Höhe des voraussichtlichen Schuldenstandes zu Ende 1982 noch erläutern.

Hoher Landtag! Auch heute, an der Schwelle zum Haushaltsjahr 1982, ist eine Hochkonjunktur sowenig in Sicht wie Ende 1979. Es gibt daher keine Veranlassung, den Weg der Budgets der Jahre 1980 und 1981 im kommenden Jahr 1982 zu verlassen!

Meine Damen und Herren! Nach umfangreichen Ausgabenkürzungen und Einnahmenkorrekturen im Zuge vieler Budgetsitzungen weist der vorliegende Haushaltsentwurf 1982 unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuß beschlossenen Abänderung eine Finanzierungslücke in Höhe von rund 432.9 Millionen Schilling auf.

Es ist vorgesehen, diese wie folgt abzudecken:

- 46.1 Millionen Schilling lassen sich durch die auch für 1982 wiederum verfügte 10-%ige Bindung aller Förderausgaben mit Ermessenscharakter finanzieren. Weitere rund

- 222.6 Millionen Schilling können durch Rücklageentnahme aufgebracht werden, die in solcher Höhe aber nur deshalb möglich ist, weil 1982 jene rund 96.6 Millionen Schilling an Überweisungen der Vorarlberger Illwerke AG an Dividende und Genußrecht des Landes zur Weiterleitung an die Vorarlberger Kraftwerke AG im Rücklagenentnahmebetrag enthalten sind, die heuer eingegangen sind. Diese Mittel stellen für das Land eine reine Durchläuferpost dar. Die verbleibenden rund

- 164.2 Millionen Schilling müssen durch Aufnahme weiterer Darlehen finanziert werden.

Dies wird zur Folge haben, daß der Schuldenstand des Landes von voraussichtlichen 1.018.1 Millionen Schilling zu Ende des laufenden Haushaltsjahres unter Einrechnung der Tilgungen im kommenden Jahr zum 31.12.1982 auf rund 1.152.9 Millionen Schilling angestiegen sein wird, sofern nicht unerwartete Mehreinnahmen oder Ausgabenkürzungen einen Teilverzicht auf Darlehensaufnahmen ermöglichen.

Demgegenüber prognostizierte die bereits erwähnte mittelfristige Finanzprognose vom Herbst 1979 für das Jahresende 1982 einen Schuldenstand von 2.030 Millionen Schilling. Die Abweichung liegt daher in der Größenordnung von etwa 880 Millionen Schilling.

Im Zusammenhang mit der Verwendung der Prognoseergebnisse ist vom Finanzressort stets ausdrücklich darauf

hingewiesen worden, daß die Budgetvorschau 1979 - 1983 von einem unveränderten Ausgabenverhalten ausgeht, wie es in den Jahren vor 1979 anhand der Rechnungsabschlusszahlen tendenziell feststellbar war. Es wurde weiters betont, daß die Prognose den mit dem Voranschlag 1980 eingeschlagenen Weg einer stärkeren Orientierung der Ausgaben an der Einnahmenentwicklung bewußt vernachlässige, um klar aufzuzeigen, wohin eine ungebremste Ausgaben- und damit Abgangsentwicklung zwangsweise führen müßte.

Es wäre daher ein völlig irriger Schluß zu behaupten, die Finanzprognose sei falsch, weil ihr Prognosenwert so weit vom tatsächlich erreichten entfernt ist; im Gegenteil, je weiter der tatsächliche Schuldenstand hinter dem prognostizierten zurückbleibt, als desto erfolgreicher ist der mit dem Voranschlag 1980 begonnene finanzpolitische Weg anzusehen. Das starke Beschneiden der Ausgabenwünsche und damit das bewußte Gegensteuern gegen die von der Prognose aufgezeigte Tendenz ist die Ursache des Auseinanderklaffens von Prognoseergebnis und effektivem Schuldenstand und nicht ein Milliardenirrtum des Finanzreferenten.

Daß aber auch vereinzelt die Einnahmen stärker fließen bzw. fließen als prognostiziert, ist nicht zu leugnen und durchaus erfreulich. So sind beispielsweise die Ertragsanteile-Einnahmen des Landes für 1982 mit 1.713 Millionen Schilling prognostiziert, während nach dem vorliegenden Voranschlagsentwurf für 1982 insgesamt 1.770 Millionen Schilling an Ertragsanteile-Einnahmen erwartet werden dürfen. Diese Schätzdifferenz - die übrigens nur in einer Größenordnung von 3.3% liegt und damit an sich gering ist - ist auf verschiedene, im Jahr 1979 unvorhersehbare Änderungen zurückzuführen, die nicht vom Finanzressort zu vertreten sind. Ich möchte hier die jährlichen Abgabenänderungsgesetze des Bundes anführen, die das Steueraufkommen teilweise ganz wesentlich beeinflussen. So ist beispielsweise u.a. zum 1. Jänner 1982 der Umsatzsteuersatz für Energielieferungen und -verbrauch von 8 auf 13% angehoben worden. Dies wirkt sich natürlich auch entsprechend auf die Ertragsanteile-Einnahmen der Länder aus.

Weiters wurde bei der Prognose der Ertragsanteile des Landes ein Anstieg des Preisindex des Brutto-Inlandsproduktes um 4% p.a. unterstellt; tatsächlich lag dieser 1979 aber bei 4.4%, 1980 bei 4.6% und wird 1981 bei 5.5% liegen. Auch der Verbraucherpreisindex lag 1980 mit 6.4% weit über den Erwartungen. Gleiches gilt für das Jahr 1981, für das eine rund 7-%ige Teuerung nicht auszuschließen ist.

Es ist einsichtig, daß ein höheres Preisniveau auch zu höheren Abgabenerträgen führt; sei es durch die damit verbundene Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die einzelnen Abgaben oder sei es das stärkere Wirksamwerden der Progression bei einkommensabhängigen Steuern.

Jedenfalls hätten die im Jahre 1979 bekannten Umstände eine höhere Einnahmenprognose nicht gerechtfertigt.

Hoher Landtag! Werden vom - dem Budgetentwurf 1982 zugrundeliegenden - Bruttoabgang in Höhe von rund 432.9 Millionen Schilling die vom Land an die VKW AG weiterzuleitenden Illwerke-Gelder in Höhe von rund 96.6

Millionen Schilling als unecht abgangswirksam abgezogen, verbleibt ein bereinigter Bruttoabgang von 336,3 Millionen Schilling. Dieser ist damit um 79,7 Millionen Schilling geringer als der vergleichbare Abgang 1981, doch ist zu berücksichtigen, daß dem Land 1982 durch das Wirksamwerden des Volkszählungsergebnisses 1981 voraussichtlich auch rund 150 Millionen Schilling mehr an Ertragsanteilen zur Verfügung stehen werden als in einem Regelhaushaltsjahr.

Die seit Jahren feststellbare Tendenz einer scherenförmigen Auseinanderentwicklung von Einnahmen und Ausgaben ist also auch 1982 grundsätzlich wirksam, wenn sie auch in diesem Jahr vom Sondereinflußfaktor «Volkszählung 1981» überdeckt wird.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen einnahmenseitig nach wie vor vor allem in der

- laufenden Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen, die die Länder vor allem zugunsten einer finanzmäßigen Besserstellung der Gemeinden, aber auch des Bundes, in den letzten Jahren hinzunehmen hatten. Den neuesten Nachweis hierfür lieferte soeben die Verbindungsstelle der Bundesländer mit einer kürzlich abgeschlossenen Untersuchung über die bisherigen Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes 1979. Sie weist nach, daß die mit dem Finanzausgleichspaktum beabsichtigte teilweise Neuverteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden allein im Jahr 1980 um folgende Beträge verfehlt worden ist:

Die Länder wurden insgesamt um rund 167,2 Millionen Schilling stärker belastet, während der Bund mit 55,1 Millionen Schilling, die Gemeinden mit 81 Millionen Schilling und der Wasserwirtschaftsfonds mit 31,1 Millionen Schilling profitierten. Es ist leider anzunehmen, daß die Länder wohl während der gesamten FAG-Laufzeit, also während voller 6 Jahre jährlich in dieser Größenordnung benachteiligt sein werden.

- Weitere Gründe sind die nach wie vor nur mäßige Konjunkturlage und schließlich auch das nur unbefriedigend gelöste Problem der Krankenanstaltenfinanzierung, auf das ich noch zu sprechen kommen werde.

Ausgabenseitig dagegen werden die Landesfinanzen nach wie vor durch

- die Mitfinanzierung von Bundes-Bauprojekten und die Gemeindeförderung,
- die überproportionalen Zuwachsraten bei zahlreichen Ausgabengruppen,
- den überdurchschnittlich steigenden Personalaufwand und
- das hohe Niveau des Schuldendienstes belastet.

Beim Personalaufwand des Landes ohne Lehrer und Krankenanstalten-Beschäftigte liegt die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr bei 10,5%, während die Gesamtausgaben des Voranschlagsentwurfes 1982 nur um 7,4% über jenen des Jahres 1981 liegen. Ursachen dieser überdurchschnittlichen Zuwachsraten sind die nach wie vor hohe Inflationsrate, der laufende Anstieg diverser Personalnebenkosten und gewisse tarifliche Verbesserungen in den unteren Einkommensgruppen in Anlehnung an eine zum 1. Juli durchgeführte Bundesregelung. Der Schuldendienst dagegen wird 1982 um nahezu 20%

über dem für das laufende Jahr liegen. Er ist für das kommende Jahr mit rund 133,3 Millionen Schilling veranschlagt gegenüber rund 111,6 Millionen Schilling im Jahr 1981. Dabei hat das Land aller Voraussicht nach damit zu rechnen, daß die derzeit seitens der Vorarlberger Illwerke AG tilgungsfrei zur Verfügung stehenden 200 Millionen Schilling im Haushaltsjahr 1982 auf periodisch rückzahlbare Bankdarlehen umzuschulden sein werden, wodurch der Schuldendienst eine beträchtliche Erhöhung erfahren wird.

Hoher Landtag! In meiner letztjährigen Budgetrede warnte ich im Zusammenhang mit der Erörterung der Verschuldungsgrenze der Landesfinanzen vor Darlehensaufnahmen in den Jahren 1982 und 1983 in der Größenordnung der 1981 veranschlagten rund 290 Millionen Schilling, weil sonst im Jahr 1983 nach den dort angestellten Berechnungen erstmals die Verschuldungsgrenze des Landes überschritten worden wäre. Bekanntlich wird diese Grenze nach einer vor Jahren vom Rechnungshof gegenüber dem Land Salzburg vertretenen dann überschritten, wenn der Schuldendienst eines Jahres 10% der disponiblen Einnahmen desselben Jahres übersteigt.

Mit einer budgetierten Darlehensaufnahme 1982 in Höhe von rund 164,2 Millionen Schilling ist es immerhin gelungen, die Marke des laufenden Jahres doch beträchtlich zu unterschreiten.

Wenn ich unterstelle, daß im Jahr 1983 mit einer Fremdmittelaufnahme im Umfang von ebenfalls rund 164 Millionen Schilling das Auslangen gefunden werden kann, errechnet sich für Ende 1983 eine Nettoverschuldung des Landes in Höhe von rund 1.276 Millionen Schilling, wenn davon ausgegangen wird, daß die 200 Millionen Schilling Finanzmittel der Illwerke AG 1982 auch tatsächlich umgeschuldet werden.

Der Zinsen- und Tilgungsdienst für einen Schuldenstand in dieser Höhe beliefe sich 1983 auf rund 170,3 Millionen Schilling, wobei bei Berechnung dieses Betrages davon ausgegangen wurde, daß der Schuldendienst für das 1983 aufzunehmende Darlehen im Aufnahmejahr nur teilweise wirksam wird.

Die disponiblen Einnahmen des Landes dürften demgegenüber - aufbauend auf der Erwartung des Jahres 1982 - bei geschätzten rund 2,1 Milliarden Schilling liegen.

10% dieser Einnahmen des Landes 1983, das sind 210 Millionen Schilling, werden damit ausreichen, den unter den getroffenen Annahmen für das gleiche Jahr zu erwartenden Schuldendienst, der sich auf rund 170,3 Millionen Schilling beläuft, einwandfrei zu finanzieren.

Meine Forderung vom vergangenen Jahr, es müsse gelingen, die Verschuldung des Landes wesentlich unter der möglichen Obergrenze zu halten, ist damit zumindest für die nächsten 2-3 Jahre erfüllt - sofern nicht unvorhergesehene Umstände das angestrebte Ziel zunichte machen!

Hoher Landtag! Nach übereinstimmender Ansicht der beiden heimischen Konjunkturforschungsinstitute ist damit zu rechnen, daß das reale Brutto-Inlandsprodukt 1981 gegenüber dem Vorjahr keinerlei Zuwächse aufzuweisen haben wird.

Die Beurteilung der Wachstumsaussichten für das Jahr 1982 ist zwar etwas günstiger; die Prognosen liegen zwi-

schen 2 und 3,2%.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung - das die vorsichtigere Prognose abgegeben hat - weist aber gleichzeitig darauf hin, daß der gegenwärtige Kurs der internationalen Wirtschaftspolitik ein beträchtliches Risiko für die Verbesserung oder selbst das Aufrechterhalten von Produktionsniveau und Beschäftigung darstellt und sieht deutliche Anzeichen dafür, daß in der Industrie die gegenwärtige Investitionswelle ausläuft und im kommenden Jahr insbesondere mit einem Einbruch der Bauaufträge gerechnet werden muß.

Da im Zusammenhang mit der Schilling- und DM-Aufwertung inflationsdämpfende Effekte zu erwarten sind, liegt die neueste Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung für die Inflationsrate 1982 bei $5^{1/2}$ bis $5^{3/4}$.

Bei einigem Optimismus wird man daher für das kommende Jahr mit einem Anstieg des nominellen Bruttoinlandsprodukts um rund 7,5% rechnen dürfen.

Die Einnahmenerwartungen des Landes hinsichtlich des Mehraufkommens an Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden im Jahr 1982 aber weniger durch das voraussichtliche Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts als vielmehr durch zwei Sondereinflussfaktoren bestimmt. Es sind dies die Auswirkungen des Volkszählungsergebnisses 1981 und der Lohn- und Einkommensteuertarifanpassung zum 1. Jänner des kommenden Jahres.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung 1981 ist die Wohnbevölkerung des Landes während der vergangenen Dekade um 34.139 Personen auf insgesamt 305.612 Personen angestiegen, was einer Zunahme um 12,6% entspricht. Der Anteil Vorarlbergs an der Gesamtbevölkerung Österreichs liegt damit vorläufig bei 4,05%.

Das Volkszählungsergebnis 1981 wird nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1979 erstmals 1982 auf die Aufteilung eines großen Teils der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf Länder und Gemeinden angewendet und löst damit nach nunmehr elfjähriger Gültigkeit das Volkszählungsergebnis 1971 als Verteilungsschlüssel ab.

Nach den Schätzungen des Finanzressorts kann das Land auf Grund des festgestellten Bevölkerungszuwachses im Jahr 1982 mit Ertragsanteile-Mehreinnahmen in Höhe von voraussichtlich rund 150 Millionen Schilling rechnen.

Andererseits wird das mit 1. Jänner 1982 in Kraft tretende Abgabenänderungsgesetz 1981 durch die dort vorgesehenen Tarifanpassungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer für das Land Vorarlberg (ohne Gemeinden) mit voraussichtlichen Mindereinnahmen in Höhe von mindestens 50 Millionen Schilling verbunden sein. Nachdem derzeit vom Finanzministerium zudem überlegt wird, den Pauschalsatz des Umsatzsteuergesetzes für nicht buchführungspflichtige Landwirte von 8 auf 9% zu erhöhen - ein Vorschlag, den die Landesregierung im Interesse der kleinen Landwirte begrüßt hat - könnte es durchaus sein, daß der Einnahmenausfall ab 1982 noch höher liegt, da diese Maßnahme das Land mit rund 4 Millionen Schilling belasten würde.

Unter Berücksichtigung dieser Sondereinflüsse hat das

Finanzressort die voraussichtlichen Einnahmen 1982 an Ertragsanteilen des Landes mit 1.770 Millionen Schilling budgetiert, obwohl die Empfehlung der Verbindungsstelle der Bundesländer für das kommende Jahr nur auf 1.751,8 Millionen Schilling lautet. Der Ansatz 1982 wird damit um rund 15,2% über dem Voranschlagswert 1981 liegen, der sich ohne Nachtragsvoranschlag auf 1.536 Millionen Schilling beläuft.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf des Landesvoranschlags 1982 sieht - wiederum unter Berücksichtigung der Änderung im Finanzausschuß Einnahmen in Höhe von 5.190.203.000 Schilling und Ausgaben im Umfang von 5.236.298.000 Schilling vor, wobei in der Einnahmensumme bereits Darlehensaufnahmen in Höhe von 164.214.000 Schilling und Rücklagenentnahmen im Ausmaß von 222.569.000 Schilling enthalten sind. Der Haushaltsausgleich ist trotz der verbleibenden Einnahmen- Ausgabendifferenz von 46.095.000 Schilling gegeben, da durch die wiederum verfügte 10%ige Kreditbindung aller Förderungsausgaben mit Ermessenscharakter Ausgabenkredite in dieser Höhe gesperrt bleiben.

Mit dem angegebenen Ausgabenrahmen liegt der Haushaltsentwurf 1982 um rund 7,45% über der Ausgaben-summe des laufenden Haushalts, wenn die beiden Nachtragsvoranschläge 1981 unberücksichtigt bleiben.

Hoher Landtag! Gerade «in Zeiten wie diesen», die durch steigende Arbeitslosigkeit und Stagnation des realen Wirtschaftswachstums geprägt sind, ist der Voranschlagsentwurf eines Landes wesentlich auch aus der Sicht der von ihm ausgehenden investitionsbelebenden Effekte zu beurteilen.

Wenn die Möglichkeiten eines Bundeslandes wie Vorarlberg in dieser Richtung auch eng begrenzt sind, stelle ich doch mit Genugtuung fest, daß der Anteil der Gesamtausgaben, der im Voranschlagsentwurf 1982 auf die Eigeninvestitionen des Landes in Hoch- und Tiefbauten, maschinelle Anlagen und Geräte sowie auf die investitionswirksamen Förderungsausgaben an Dritte, insbesondere die Gemeinden und den Bund, entfällt, gegenüber dem ohnedies hohen Niveau der Vorjahre und des heurigen noch deutlich gesteigert werden konnte.

Unter Einschluß der Ausgaben nach dem WFG 1968 und dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 nimmt diese Ausgabengruppe nunmehr einen Anteil von 1.993.963.000 Schilling oder 38,10% des 1982 vorgesehenen Ausgabenvolumens ein. Die absolute Zunahme dieser Ausgabengruppe liegt gegenüber dem Vorjahr bei 169.274.000 Schilling oder überdurchschnittlichen 9,3%.

Mit der Bereitstellung von Investitionsmitteln in dieser Höhe leistet das Land den ihm größtmöglichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsniveaus im Land und zur Sicherung der regionalen Konjunktur.

Weniger erfreulich ist demgegenüber die Entwicklung des Personalaufwandes, auf den als zweitgrößte Ausgaben-gruppe im Haushaltsentwurf 1982 ein Anteil von rund 32,4% der Gesamtausgaben entfällt. In dieser Größe sind allerdings die Aktivbezüge des Krankenhauspersonals und die Lehrbesoldung inbegriffen. Es ist auch in erster Linie die überdurchschnittliche Zuwachsrate beim Lehrpersonal-aufwand von 13,58% gegenüber dem Vorjahr, die zu

einer Vergrößerung des Anteils des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben des Haushaltsentwurfes 1982 führt.

Mit einem Ausgabenanteil in Höhe von rund 16,5% des Gesamtausgabenrahmens nur etwa halb so bedeutend wie die Ausgaben für den Personalaufwand sind die «sonstigen Sachausgaben», die im wesentlichen den Verbrauchsgüteraufwand der Landesanstalten einschließlich der Landeskrankenhäuser, den Pensionsaufwand sowie den Schuldendienst umfassen, aber immerhin noch ein Ausgabeniveau von rund 860 Millionen Schilling haben.

Auf die «nicht investitionswirksamen Förderungsausgaben» entfallen als weitere Ausgabengruppe 642.553.000 Schilling oder rund 12,3% der Ausgaben Summe des Voranschlagsentwurfes 1982.

Das Schlußlicht bilden schließlich die «Amtssachausgaben» mit rund 0,7% Ausgabenanteil an den vorgesehenen Gesamtausgaben.

Hoher Landtag! Trotz des Zwangs zum Sparen, der sich für viele Fachabteilungen in teilweise umfangreichen Kürzungen ihrer Kreditwünsche auswirkte, sind wir der Überzeugung, mit dem vorliegenden Voranschlagsentwurf 1982 alle erforderlichen Vorhaben und Aufgaben auch im kommenden Haushaltsjahr im notwendigen Umfang durchführen und erfüllen zu können.

Gestatten Sie mir daher, meine Damen und Herren, zur Untermauerung dieser Auffassung auf die verschiedenen Ausgabenschwerpunkte des Landesvoranschlages 1982 einzugehen:

Unter allen Haushaltsgruppen des vorliegenden Budgetentwurfes weist die Haushaltsgruppe 4 «Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung» mit rund 1.207 Millionen Schilling nach wie vor den höchsten Ausgabenrahmen auf.

Für soziale Wohlfahrt sind insgesamt rund 397,5 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen etwa 241,5 Millionen Schilling auf Maßnahmen der Sozialhilfe, die damit überproportional um rund 11,9% wachsen.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auch darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Verringerung der Steigerungsrate der Sozialhilfeausgaben 1982 dadurch erreicht wurde, daß die Förderung des Baues von Altersheimen mit verlorenen Zuschüssen ab Beginn des kommenden Jahres auf die Übernahme von Annuitäten für Darlehensaufnahmen in Höhe des Landesbeitrages umgestellt wird. Dies scheint insbesondere auch deshalb vertretbar, weil Anzeichen dafür vorliegen, daß sich der Investitionsboom beim Bau von Altersheimen in diesem Bereich in naher Zukunft stark verlangsamen wird.

Für Maßnahmen der Behinderten- und Blindenhilfe, für die Jugendwohlfahrt einschließlich Landes-Jugendheim Jagdberg und die Fürsorgeerziehung, für die Sozialakademie und andere soziale Maßnahmen, die ebenfalls zum Bereich der «sozialen Wohlfahrt» zählen, aber finanziell im Gegensatz zu verschiedenen anderen Bundesländern ausschließlich vom Land bestritten werden, sind im Haushaltsentwurf 1982 weitere 155,9 Millionen Schilling vorgesehen, wobei hier die Kosten für Rehabilitationen und die Pflegegelder für Blinde, Körper- und Geistigbehinderte mit 105,1 Millionen Schilling am stärksten ins Gewicht fallen.

Für die Wohnbauförderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und dem Wohnungsverbesserungsgesetz

1969 stehen 1982 nach Rückzahlung des Darlehens des Landeswohnbaufonds von 11,9 Millionen Schilling insgesamt 668.974.000 Schilling zur Verfügung, sofern die bekanntgegebenen Bundesmittel voll einlangen. Zusammen mit den voraussichtlichen Leistungen des Landeswohnbaufonds von voraussichtlich rund 117 Millionen Schilling werden damit 1982 um rund 100 Millionen Schilling mehr Mittel zum Bau von Wohnungen verschiedenster Art, zur Errichtung von Tiefgaragenabstellplätzen und Kinderspielflächen, zur Gewährung von Wohnbeihilfen und Annuitätzuschüssen für Wohnungsverbesserungen und andere Förderungszwecke ausgegeben werden können. Diese Steigerung des Mittelaufkommens um rund 15% ist wiederum in erster Linie auf die Auswirkungen des Volkszählungsergebnisses 1981 zurückzuführen, das höhere Bundeszuweisungen an Vorarlberg bewirkt, die ihrerseits wiederum entsprechend höhere Landesbeiträge nach sich ziehen.

Diese Umstände werden es auch erlauben, ab Beginn des Jahres 1982 die richtlinienmäßigen Förderungssätze insbesondere für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen merklich anzuheben und durch die Gewährung von Zinszuschüssen jene Bauwerber in den Genuß erschwinglicher Zwischenkredite zu bringen, die solche auf Grund der derzeitigen Finanzlage der Bausparkassen nicht oder nicht innerhalb nützlicher Frist bekommen können. Nur am Rande erwähnen möchte ich, daß eine solche Aktion auf die Beschäftigungslage der Bauwirtschaft nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Hohes Haus! Unter den Ausgabenschwerpunkten nimmt der Aufwand für die Landeskrankenhäuser eine immer dominierendere Stellung ein. Nach einem Volumen von rund 600 Millionen Schilling im laufenden Jahr belaufen sich die präliminierten Ausgaben für die drei Häuser Landeskrankenhaus Feldkirch, Landes-Nervenkrankenhaus Valduna und Landes-Lungenkrankenhaus Gaisbühl im Jahr 1982 ohne Aufwand für bauliche Maßnahmen bereits auf mehr als 680 Millionen Schilling, was einer Steigerung um ca. 13,4% gegenüber heuer entspricht.

Bedrohlich ist aber vor allem die Abgangsentwicklung der Landeskrankenhäuser. Während der vom Land zu tragende Abgang 1981 nach den Voranschlagsziffern ohne bauliche Maßnahmen und ohne Abschreibung ein Ausmaß von 103.299.000 Schilling hatte, wird er 1982 unter Einrechnung der bisher unberücksichtigten voraussichtlichen Zuschüsse der Vorarlberger Gebietskrankenkasse und des Krebsfonds zur Anschaffung eines Computertomographen bei 122.552.000 Schilling liegen. Das entspricht einer Steigerungsrate von 18,64%.

Diese Entwicklung hat ihre wesentliche Ursache in der seit 1978 gültigen Neuregelung der Krankenhäuserfinanzierung über den Krankenhäuser-Zusammenarbeitsfonds und die dort vereinbarte Bindung der Erhöhung der Pflegegebührensätze an die jeweilige Steigerung der Beitragseinnahmen der Krankenversicherungsträger.

Da diese Beitragseinnahmen in letzter Zeit nur in der Größenordnung zwischen 6 und 7% pro Jahr gewachsen sind, nimmt der Anteil der Pflegegebührensätze der Sozialversicherungsträger an den kostendeckenden Pflegegebühren laufend ab. Während der Deckungsanteil im Jahr

1981 beim Landeskrankenhaus Feldkirch noch bei 43,2% liegt, wird er im kommenden Jahr aller Voraussicht nach auf rund 41,4% sinken, nachdem der provisorische Steigerungsfaktor auch für das kommende Jahr lediglich bei 6,5% liegt.

Andererseits steigen die Fondsmasse des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und damit auch dessen Ausschüttungen nur unterdurchschnittlich an, weil der überwiegende Teil der Fondsbeiträge an das Umsatzsteueraufkommen gebunden ist, das mit den zweistelligen Steigerungsraten, um die die jährlichen Gebarungsbgänge der Krankenanstalten wachsen, keinesfalls Schritt halten kann.

Die Konsequenz dieser Entwicklung wird sein, daß verschiedene Bundesländer das Übereinkommen über die Krankenanstaltenfinanzierung kündigen werden, sofern die Fondsmittel nicht entscheidend erhöht und die starre Bindung der Erhöhung der Pflegegebührensätze an die Steigerung der Beitragseinnahmen der Krankenversicherungssträger nicht aufgehoben wird.

Meine Damen und Herren! Die Gemeindeförderung des Landes bildet den nächsten Budgetschwerpunkt, den ich hier anzuführen habe.

Sie wird im Jahr 1982 mit einem Umfang von rund 320,8 Millionen Schilling an reinen Landesmitteln - also ohne Bedarfszuweisungen - in etwa das gleiche Ausgabenniveau erreichen wie es für 1981 präliminiert ist, obwohl beispielsweise im kommenden Jahr die Landesbeiträge für das Festspiel- und Kongreßhaus Bregenz wegfallen und in zwei Fällen teilweise eine Förderungsumstellung auf Annuitätzuschüsse erfolgt ist bzw. erfolgen wird.

Darüberhinaus stehen weitere 181.845.000 Schilling an Bedarfszuweisungsmitteln zur Verfügung, sodaß die präliminierten Transferzahlungen des Landes an die Gemeinden 1982 insgesamt über 500 Millionen Schilling ausmachen werden.

Gestatten Sie mir bitte, die einzelnen Gemeindeförderungsarten kurz zu streifen:

- Nach wie vor am bedeutsamsten sind die Landesbeiträge zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, die sich 1982 ohne Landesleistung an den Wasserwirtschaftsfonds, die ebenfalls ausschließlich den Gemeinden zugute kommt, auf insgesamt 115,3 Millionen Schilling belaufen werden. Das bedeutet gegenüber dem laufenden Jahr eine Anhebung um weitere 9,1 Millionen Schilling.

- Der 40%ige Beitrag des Landes zur Betriebsabgangsdeckung von Gemeindekrankenanstalten erfordert 1982 auf Grund der geschilderten Situation im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung Finanzmittel in Höhe von voraussichtlich 62 Millionen Schilling nach veranschlagten 53,14 Millionen Schilling im Jahr 1981.

- Die Leistungen für Kindergärten steigen um rund 4,3 Millionen Schilling oder um 11 ¹/₄% auf nunmehr etwa 42,5 Millionen Schilling im Jahre 1982 an.

- Als Landesbeitrag zu den besonderen Bedarfszuweisungen wurden für 1982 wiederum 30 Millionen Schilling präliminiert, die im Bedarfsfalle ausgeschöpft werden können. Die für Bedarfszuweisungen an die Vorarlberger Ge-

meinden zur Verfügung stehenden Mittel erhöhen sich dadurch auf insgesamt 211.845.000 Schilling.

- Schließlich nenne ich als weitere große Position der Gemeindeförderung, die ich aber als letzte anführen will, die nun zum vierten Mal allein aus Landesmitteln zu leistenden Zinszuschüsse zu Darlehen für Pflichtschulbauten der Gemeinden mit rund 23,9 Millionen Schilling.

Hoher Landtag! Mit einem präliminierten Ausgabenvolumen von rund 296,5 Millionen Schilling bildet auch der Landesstraßenbau nach wie vor einen bedeutsamen Ausgabenschwerpunkt, wenn auch das reale Bauvolumen seit etwa zwei Jahren leicht zurückgeht.

Mit diesen Mitteln wäre die Gewähr gegeben, daß das vorhergesehene Bauprogramm, das etwa 60 Baulose umfaßt, plangemäß erfüllt werden kann.

Ein fast ebenso hohes Ausgabenvolumen wie der Landesstraßenbau weist auch der Landeshochbau auf, den ich als nächsten Budgetschwerpunkt anführe. Er ist im Haushaltsentwurf 1982 mit einem Ausgabenrahmen von 261,3 Millionen Schilling berücksichtigt, der für die Verwirklichung verschiedenster Vorhaben eingesetzt werden soll:

- Für die weitgehende Ausfinanzierung des neuen Landhauses in Bregenz werden 1982 schätzungsweise 115 Millionen Schilling erforderlich sein, sodaß zu erwarten ist, daß dieser Ansatz im Jahre 1983 nur noch eine Restrate im Ausmaß von einigen Dutzend Millionen Schilling für ausstehende Schlußzahlungen aufweisen wird.

- Für die Fertigstellung des Neubaus des Mädcheninternats an der Krankenpflegeschule in Feldkirch, für das die Rohbauarbeiten abgeschlossen sind, wurden im Voranschlagsentwurf 1982 43,3 Millionen Schilling vorgesehen.

- Der Baubeginn der Landes-Feuerwehrschule in Feldkirch wird mit der Bereitstellung von 25 Millionen Schilling ermöglicht.

- Größere Bauraten sind im vorliegenden Haushaltsentwurf 1982 außerdem noch für den Bau neuer Heizzentralen in den Landeskrankenhäusern Feldkirch und Valduna, für die Erweiterung der Landessportschule, für die Restfinanzierung des Umbaus des Regierungsgebäudes in Bregenz, Montfortstraße 4, zur Unterbringung der Vorarlberger Umweltschutzanstalt und für die Erweiterung des Landes-Jugendheimes Jagdberg in Schlins vorgesehen.

Hohes Haus! Als letzten Budgetschwerpunkt, dem aber große Bedeutung zukommt, habe ich noch die dem Land Vorarlberg im kommenden Jahr aller Voraussicht nach entstehenden Kosten aus der Vor- und Mitfinanzierung von Bundesbauvorhaben im Land sowie die Gewährung von Baukostenzuschüssen zu solchen, anzuführen.

Im wesentlichen sind es drei Großprojekte, deren Realisierung seitens des Bundes von einer Mitfinanzierung durch das Land abhängig gemacht worden war. Es sind dies:

1. Der Bau des Arlberg-Straßentunnels samt verlängerter Gesellschaftsstrecke bis Dalaas. Für dieses Projekt hat das Land Vorarlberg bis jetzt insgesamt 147,5 Millionen Schilling an Grundkapitaleinzahlung und verlorenen Baukostenbeiträgen geleistet, wobei in dieser Summe die heuer fälligen Zahlungen bereits eingeschlossen sind.

Im Voranschlagsentwurf für das kommende Jahr sind für

diesen Zweck weitere 20,5 Millionen Schilling vorgesehen. Mit der Auszahlung der für 1982 präliminierten Mittel werden, und das ist erfreulich festzustellen, die finanziellen Verpflichtungen des Landes hinsichtlich dieses Projekts zur Gänze erfüllt sein.

2. Für den zweigleisigen Ausbau der Bahnlinie zwischen den Bahnhöfen Rankweil und Lauterach sowie die Einrichtung eines Schnellbahnverkehrs im Vorarlberger Rheintal sind seitens des Landes bisher rund 60,9 Millionen Schilling aufgewendet worden.

Im Voranschlagsentwurf 1982 sind für dieses Vorhaben weitere 26 Millionen Schilling präliminiert. Die Gesamtverpflichtungen für das Land aus diesem Projekt sind derzeit mit 192,8 Millionen Schilling zu beziffern; Kostenerhöhungen sind aber nicht ausgeschlossen.

3. Für den Bau der Rheintalautobahn in den Abschnitten Walgau und Feldkirch hat das Land bisher an Zins- und verlorenen Zuschüssen 47,3 Millionen Schilling geleistet, wobei für 1981 noch unerledigte Anforderungen des Bundesministeriums für Finanzen in Höhe von etwa 9,4 Millionen Schilling vorliegen, die im genannten Betrag nicht inbegriffen sind. Im Haushaltsentwurf 1982 sind für diese Projekte zusammen weitere 27,55 Millionen Schilling präliminiert. Je nach Höhe des Zinsniveaus werden die realen Gesamtaufwendungen des Landes für die in Vorarlberg verwirklichten oder noch zu verwirklichenden Autobahnprojekte in einer Größenordnung zwischen 300 und 450 Millionen Schilling liegen.

Die Gesamtaufwendungen 1982 für Vor- und Mitfinanzierungen sowie die Gewährung von Baukostenzuschüssen zu Bundesbauvorhaben in Vorarlberg belaufen sich damit auf insgesamt rund 74,1 Millionen Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einmal zusammenfassend festhalten, daß für die Landesfinanzen durch das Wirksamwerden des Volkszählungsergebnisses 1981 eine vorübergehende Entspannung eintreten wird, die eine Chance sein könnte, das Problem der Landesverschuldung mittelfristig zu entschärfen.

Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist aber, daß die Darlehensfinanzierung der Haushalte der Jahre nach 1982 etwa in der Größenordnung derjenigen des nunmehr zur Beratung anstehenden Voranschlagsentwurfs gehalten wird. Nach Ansicht des Finanzressorts ist dies der Weg, der unbedingt gegangen werden muß, um die Funktionsfähigkeit der Landeshaushalte auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, alles zu tun, um dieses Ziel nicht zu verfehlen und damit der Finanzpolitik unseres Landes jenen Ruf zu bewahren, den wir durch jahrzehntelanges solides Wirtschaften errungen haben.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Abschluß noch, mich bei allen jenen zu bedanken, die an der Erstellung des Voranschlagsentwurfs 1982 mitgewirkt haben.

Mein Dank gilt den Mitgliedern der Vorarlberger Landesregierung für das Verständnis, das sie angesichts der Situation bei den Budgetverhandlungen gezeigt haben; mein besonderer Dank gilt aber den Mitarbeitern der Fi-

nanzabteilung, hier nenne ich den Abteilungsvorstand Dr. Singer und den Budgetsachbearbeiter, Herrn Fischer, für die mir gewährte und in vielen Stunden geleistete Unterstützung.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit

Präsident: Das Wort hat nun Herr Klubobmann Winder.

Winder: Herr Präsident, Hoher Landtag! Es ist üblich geworden, daß nicht erst am Ende einer Landtagsperiode Bilanz gezogen wird, sondern schon zur Halbzeit. Ja es gibt sogar Politiker, die erwarten es nicht einmal bis zur Halbzeit, die ziehen schon Bilanz, wenn sie nur schon von einem Haus ins andere ziehen. Zu Ihnen gehört der Herr Landeshauptmann.

Kaum daß er in die Beletage seiner neuen Marmor-Residenz eingezogen, da lesen wir schon in der NEUEN: Keßler zieht Bilanz. Auf zwei langen Seiten streift da der Herr Landeshauptmann durch den landespolitischen Gemüsegarten, und bei dieser Gelegenheit erfährt der entzückte Leser, welche Leistungen diese Landesregierung in den letzten beiden Jahren vollbracht hat.

Da ist zunächst einmal der Stehsatz jeder politischen Bilanz: Vieles von dem, was man sich vor den Wahlen vorgenommen habe, sei bereits verwirklicht. «Glaubt Keßler bereits verwirklicht», heißt es wörtlich und offensichtlich mit der Absicht, die gebührende Skepsis des Chefredakteurs zum Ausdruck zu bringen.

Diese Skepsis ist auch die unsere, Herr Landeshauptmann. Jeder, der weiß, wie allgemein und unbestimmt das ist, was Sie sich vor den Wahlen vorgenommen haben, der wird es für wenig sinnvoll halten, mit Ihnen darüber zu diskutieren, ob und in welchem Ausmaß diese Landesregierung ihre Wahlversprechen eingehalten hat oder nicht.

Mir scheint es deshalb wichtiger zu sein, Ihre Zwischenbilanz nicht an Ihren eigenen propagandistischen Ansprüchen zu messen, sondern an den Ansprüchen, die unsere Bürger im Land zu Recht an Ihre Politik stellen. Und diesen Ansprüchen, Herr Landeshauptmann, vermochte die Politik Ihrer Landesregierung in den letzten beiden Jahren nicht gerecht zu werden.

Ich möchte das an Hand ihrer eigenen Bilanz begründen. Da heißt es zunächst, die Arbeit an den für das Land wichtigen Straßenprojekten gehe programmgemäß voran. Geht sie das wirklich? Geht die Arbeit an der Bodensee-Autobahn A 15 tatsächlich programmgemäß voran? Oder ist die A 15 etwa kein für das Land wichtiges Straßenprojekt?

Geht die Arbeit an der Montafonerstraße programmgemäß voran, an der Latenser-Straße, an der Bödele-Straße, an der Brandner-Straße, an der neuen Ortsdurchfahrt in Dornbirn, an der Zubringerstraße ins Große Walsertal und in den Bregenzerwald?

Kann man heutzutage wirklich noch blauäugig behaupten, es gehe mit dem Straßenbau programmgemäß voran, wenn es immer weniger Straßenvorhaben gibt, die nicht auf den mehr oder weniger geballten Widerstand der Bevölkerung stoßen?

Und wie reagiert die Landesregierung auf solchen Wider-

stand? Reagiert sie so, wie es einer Regierung entspräche, die sich unterbrochen ihrer Bürgernähe rühmt? Reagiert sie gelassen und verständnisvoll?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Denken Sie nur wenige Monate zurück und Sie haben ein Beispiel, wie Sie kein besseres finden könnten. Da wird einem Bürger, der gegen den Bau einer Straße protestiert, einfach das Recht abgesprochen, seine Meinung zu sagen, nur weil er Schweizer Staatsbürger ist. (Zwischenruf Dr. Kotier: Das ist ein alter Witz!) Und das nicht etwa von einem subalternen Beamten, sondern vom höchsten Repräsentanten dieses Landes, vor laufenden Kameras und Mikrofonen.

Ich habe diesen Vorfall hier angesprochen und unser Bedauern über die unfaire Gangart des Landeshauptmannes zum Ausdruck gebracht. Wie hat der Herr Dr. Kessler darauf reagiert? Sie alle haben es gehört: Kein Wort des Bedauerns, keine Entschuldigung. Im Gegenteil: Er trage dem Propst von St. Gerold nichts mehr nach, erklärte der Landeshauptmann wörtlich.

Meine Damen und Herren, diese Reaktion und die Ihre vorhin zeigt doch, daß dem Landeshauptmann auch Wochen nach dem peinlichen Vorfall noch immer nicht bewußt geworden war, daß er selbst und nicht der Propst von St. Gerold im Unrecht gewesen ist.

Wer so selbstgerecht agiert und so ungerecht zu seinen Mitbürgern, der kann seine Politik nennen wie er will. Nur ein Attribut wird er nicht mehr beanspruchen können, nämlich das, eine bürgernahe Politik zu betreiben.

Wie bürgerfern die Politik der ÖVP ist, das haben wir kürzlich auch im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Landtages erlebt. Da ging es um den Antrag, die geplante Zubringerstraße ins Große Walsertal an Ort und Stelle zu besichtigen. Das konnte mit Ach und Krach noch beschlossen werden. Als aber die sozialistischen und die freiheitlichen Abgeordneten auch noch verlangten, daß man bei dieser Gelegenheit nicht nur die Befürworter der neuen Straße anhören solle, sondern auch ihre Gegner, da fiel der Schranken bei der ÖVP herab.

Das könnte der Landtag nicht tun, verordnete der Herr Landesrat Rümmele, assistiert vom Klubobmann der ÖVP, dafür habe der Landtag keine Kompetenz, das könne nur die Exekutive usw. usf.

Das ist schon sonderbar, meine Herren von der Landesregierung, der Landtag ist Ihnen sonst für alles recht. Er ist Ihnen recht, um Ihr Straßenbudget zu genehmigen. Er ist Ihnen recht, um Ihr Straßenbauprogramm zu sanktionieren. Nur wenn er die Interessen derer vertreten will, die ihn gewählt haben, nämlich die Interessen der Vorarlberger Bevölkerung, dann hat er plötzlich kein Recht mehr.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Sozialistische Fraktion dieses Trauerspiel nicht mehr mitmachen wird. Wenn sich die ÖVP-Fraktion zum Erfüllungsgehilfen einer Straßenbaupolitik der Landesregierung degradieren läßt, die mit dem Bagger über die Bevölkerung drüber fährt, dann ist das ihre Sache.

Unsere Sache wird es sein, jedes Straßenvorhaben genau zu prüfen. Erstens, ob es überhaupt notwendig ist, zweitens, ob es denen zumutbar ist, die damit leben müssen. Und drittens, ob der Verlust an Landschaft und Umwelt nicht größer ist, als der Nutzen für den Verkehr. Und wenn

Bürger unseres Landes solches behaupten, dann wird sich jedenfalls die Sozialistische Fraktion dieses Hauses die Bedenken dieser Bürger anhören.

Sie können das nicht verhindern, meine Herren von der Landesregierung. Sie können nur verhindern, daß das im Volkswirtschaftlichen Ausschuß geschieht. Aber Sie können nicht verhindern, daß diese Anhörung im Sozialistischen Klub erfolgt. Und Sie können genausowenig verhindern, daß wir uns wie im Falle der Faschina-Straße und der Schweizer Straße in Hohenems zum Anwalt der Bürger machen, wenn wir zur Auffassung gekommen sind, daß die Bedenken gegen eine Straße berechtigt sind.

Der nächste Punkt der keßlerischen Bilanz in der NEUEN ist die Wohnbaupolitik. Auch hier werde die Politik des Landes durch Erfolge bestätigt, erklärt der Landeshauptmann. Wenn man sich fragt, worin diese Politik des Landes besteht, dann findet man im Wahlprogramm der ÖVP zwar keine konkreten Zahlen, aber dafür den bekannten Satz: So viele Eigenheime und Eigentumswohnungen als möglich und so viele Mietwohnungen als aus sozialen Gründen nötig.

Nun kann man nicht bestreiten, daß in den letzten Jahren so viele Eigenheime und Eigentumswohnungen als möglich gebaut wurden. Aber was man sehr wohl bestreiten kann, ist, daß so viele Mietwohnungen als aus sozialen Gründen nötig gebaut wurden.

400 Stück werden, wenn es gut geht, jährlich gebaut und trotzdem war der Bedarf im Juli 81 nach Ihren eigenen Erhebungen immer noch 2800 Mietwohnungen, in Wirklichkeit liegt er weit über 5000 Wohnungen. Da kann doch im Ernst niemand behaupten, diese Regierung hätte so viele Mietwohnungen als nötig gebaut. Hätte sie das getan, dann gäbe es doch keine so eklatante Wohnungsnot im Lande.

In Dornbirn allein, meine Damen und Herren, gibt es über 1000 Wohnungssuchende. Jeder, bis auf die Stadt Dornbirn, kann Ihnen das bestätigen. Sie brauchen nur einmal rundum zu fragen: Beim Postfach für jeden, beim Institut für Sozialdienste, beim Haus der jungen Arbeiter, wo Sie wollen. Alle können Ihnen sagen, wie drückend die Wohnungsnot in Dornbirn ist.

Ich habe im Sommer 79 eine Anfrage an den zuständigen Landesrat Gasser gerichtet, um den Mietwohnungsbau in Dornbirn zu beschleunigen. Der Landesrat hat mir damals geantwortet, es würden in den nächsten 3 Jahren 80 bis 100 Mietwohnungen im Jahr in Dornbirn gebaut.

Wissen Sie, wieviel Mietwohnungen tatsächlich gebaut wurden? Im Jahr 1980 54, heuer 79 und im nächsten Jahr 8 Werkwohnungen. Man muß sich das vorstellen, meine Damen und Herren, in der Stadt mit der größten Wohnungsnot wird im kommenden Jahr keine einzige frei verfügbare Mietwohnung gebaut! Und da kommen Sie, Herr Landeshauptmann, und reden von Ihrer erfolgreichen Wohnbaupolitik. Glauben Sie nicht, daß das wie Hohn in den Ohren deren klingt, die seit Jahren in Dornbirn auf eine Mietwohnung warten?

Diesen Leuten wäre mehr geholfen, wenn sich die Landesregierung entschließen könnte, meinen Vorschlag von letzter Woche aufzugreifen. Ich habe vorgeschlagen, jenem Dornbirner Unternehmen, das sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, einen Teil seiner Stadtgründe abzu-

kaufen und darauf Mietwohnungen zu errichten. Damit wäre allen geholfen: Der Firma zu ihrem Geld, den Wohnungssuchenden zur Wohnung, und das Land käme noch einmal um den marktwirtschaftlichen Stündenfall herum, eine Firma subventionieren zu müssen.

Ich muß mir aus Zeitgründen versagen, auf die nächsten beiden Punkte der landeshauptmännischen Bilanz näher einzugehen. Ich erwähne sie nur der Vollständigkeit halber. Es handelt sich um die hochschulähnlichen Einrichtungen und die Erfolge bei der Raumplanung.

Ich komme damit schon zu einem Punkt, den der Herr Landeshauptmann als einen Höhepunkt dieser Funktionsperiode markiert. Ein Höhepunkt, den sich kaum jemand hätte träumen lassen, und wenn ich Ihnen nicht sagen würde, worum es sich handelt, nie würden Sie es erraten: Die neue Geschäftsordnung des Landtages.

Das ist schon ein virtuoser Schwenk, Herr Landeshauptmann, den Sie da vollzogen haben. Denn wer hat es jahrelang verhindert, daß dieser Landtag die Regierung wirksam kontrollieren konnte? Wer war es, der immer wieder erklärte, dieser Landtag hätte die besten Kontrollmöglichkeiten weitum und die Opposition Rechte wie nirgend sonst? Es war immer derselbe. Immer der Herr Landeshauptmann, derselbe Landeshauptmann, der nun plötzlich die neue Geschäftsordnung zu den Höhepunkten seiner Bilanz zählt.

Bei aller Freude über diesen Sinneswandel, Herr Landeshauptmann, werden Sie doch erlauben, daß wir das Fest feiern, wenn die neue Geschäftsordnung unter Dach und Fach ist. Denn noch haben wir keinen fertigen Text und jeder weiß, daß der Teufel meistens im Detail steckt.

Doch selbst wenn wir auch diese Hürden nehmen, meine Damen und Herren von der Volkspartei, so werden wir immer noch darauf achten müssen, daß die neue Geschäftsordnung nicht bloß als propagandistisches Alibi aufgebaut wird, hinter dem die alten Aversionen gegen Kritik und Kontrolle umso ungestörter fröhliche Urständ feiern.

Da gab es zum Beispiel letzte Woche einen Streit im Finanzausschuß. Die Geschichte begann recht harmlos, der Kollege Häfele wollte vom Landeshauptmann Auskunft über einen neuen Mitarbeiter im Landesarchiv. Der Herr Personalreferent wußte nicht Bescheid, worauf der Kollege Häfele vermutete, der Herr Kulturreferent sei wohl schon längere Zeit nicht mehr im Landesarchiv gewesen. Der Reaktion nach mußte der Schuß ins Schwarze gegangen sein, denn der Herr Landeshauptmann verlor völlig die Contenance und tönnte, das gehe den Abgeordneten Häfele gar nichts an, wie oft er im Landesarchiv sei. (Zwischenruf: Das stimmt auch!)

Wäre das nur im Zorn gesprochen, man könnte die Sache vergessen. Aber es ist ja nicht das erste Mal, Herr Landeshauptmann, daß Sie auf Kritik an ihrer Amtsführung antworten, darüber seien Sie den Abgeordneten keine Rechenschaft schuldig.

Zunächst einmal vergessen Sie den Artikel 32 der Landesverfassung. Da heißt es im ersten Absatz: Die Landesregierung ist dem Landtag verantwortlich. Der Landeshauptmann ist also nicht dem Vorarlberger Volk oder dessen Mehrheit verantwortlich, wie Sie zu glauben scheinen, sondern dem Landtag. Und dieser Landtag ist

befugt, die Geschäftsführung der Landesregierung zu überprüfen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen.

Ich höre schon sagen, der Abgeordnete Häfele sei nicht der Landtag. Das ist er natürlich nicht. Aber das Recht, die Geschäftsführung der Landesregierung zu überprüfen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen ist nach allgemeiner Rechtsauffassung ein Recht, das ausdrücklich jedem einzelnen Abgeordneten zusteht. Nur die Sanktionen bleiben dem Landtag, das heißt seiner Mehrheit, vorbehalten.

Soviel zur Bilanz, die der Herr Landeshauptmann über dieses und das letzte Jahr, gezogen hat. Es ist eine Bilanz, mit der nur jemand zufrieden sein kann, der sich von vornherein nicht allzuviel erwartet hat. So gesehen, müßten wir von der Opposition mit dieser Bilanz genauso zufrieden sein, wie das die Regierung mit sich selber ist.

Dennoch fehlt mir da ein Punkt in Ihrer Bilanz, Herr Landeshauptmann, der eigentlich nicht hätte fehlen dürfen. Ein Datum, das für Sie doch unvergeßlich sein mußte: Der 15. Juni 1980.

Ist der Ruhm schon verwelkt, der Erfolg schon so verblaßt und die Ernüchterung schon so weit fortgeschritten, Herr Landeshauptmann, daß Sie mit keiner Silbe der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 gedenken?

Erinnern Sie sich noch, was ich Ihnen voraussagte? Sie können es nachlesen in den Protokollen vom 28. März 1980. Ich sagte Ihnen damals, wie es kommen würde: Daß Sie bei der Bundesregierung abblitzen würden, und genauso ist es gekommen. Ich sagte Ihnen, daß Sie beim Nationalrat abblitzen würden und genauso ist es gekommen. Ich sagte Ihnen, daß Sie dann wieder bei den Landeshauptleuten landen würden und genauso ist es gekommen. (Zwischenruf Jäger: Dank Ihrer Bemühungen!)

Sie sind auf Ihren Sonderrechten sitzen geblieben, wie die Bäcker auf den alten Semmeln. Eineinhalb Jahre sind vergangen und nun sitzen Sie wieder da, genauso wie ich Ihnen sagte: Mit leeren Händen und mit leeren Taschen.

Was Sie erreicht haben ist nur, daß Ihr Beispiel Schule gemacht hat. Und daß eine Lawine von Forderungen und Gegenforderungen über die Landeshauptleute-Konferenz hereingebrochen ist. Da gibt es nicht mehr nur das Forderungsprogramm der Länder und die Gegenforderungen des Bundes. Da gibt es nun auch die Forderungen der SPÖ-dominierten Gemeinden, des Gemeindebundes, des Städtebundes, die Forderung nach dem Ausbau der Kontrollrechte in den Bundesländern und schließlich und endlich das 10-Punkte-Programm der Mehrheit dieses Hauses.

Forderungen über Forderungen, die alle durch das Nadelöhr von zwei Landeshauptleute-Konferenzen im Jahr müssen. Und da die Herren Landeshauptmänner in Zeiten wie diesen auch noch andere Sorgen haben als Kompetenzverschiebungen, darf sich niemand wundern, daß es schon schleppend genug mit den Forderungen weitergeht, über die sich die Landeshauptleute einig sind. Ganz zu schweigen von den Forderungen, über die sie sich erst untereinander einigen müssen.

Meine Damen und Herren, das Budget ist wie man so schön sagt, das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm.

Es müßte daher Auskunft darüber geben, was die Regierung plant, welche konkreten Ziele sie im Jahr 82 anpeilt und welche Schwerpunkte sie setzt. Das gibt es nur zum Teil und nur in Ansätzen. Ich habe mir deshalb erlaubt, den Herrn Landeshauptmann zu fragen, ob die Regierung ein Arbeitsprogramm für das kommende Jahr hat und wie das aussieht.

Herbert Keßler war hoch erstaunt über meine Frage, ob es denn andere Regierungen gebe mit einem solchen Programm, fragte er zurück. Die gibt es in der Tat, Herr Landeshauptmann, und Sie sollten sich einmal die Mühe machen, bei Ihren Kollegen herumzuzufragen. Es ist ja wohl nicht außergewöhnlich, wenn eine Regierung so wie jeder bessere Betrieb sich ein Jahresziel setzt und die Schwerpunkte ihrer Arbeit festlegt.

Aber diese Landesregierung hat das wohl nicht nötig. Sie werbelt brav und bieder in den Tag hinein und im übrigen setzt sie nicht auf eigene Leistung, sondern vertraut auf die Leistung ihrer Bürger. Wo es solche Leistung gibt und der Bürger genehm ist, sprudelt auch das Geld.

Das Ganze nennt man Subsidiarität und ist für eine Regierung, die selbst keinen besonderen Ehrgeiz hat, von unschätzbarem Wert. Denn geht die Sache gut und der Private leistet etwas, dann ist die Regierung dabei und kassiert den öffentlichen Lohn ein.

Und geht die Sache einmal schief, was selten genug herauskommt, weil niemand einen privaten Verein kontrolliert, dann wäscht sich die Regierung erst recht die Hände in Unschuld. Wie hätte sie auch ahnen können, daß jemand ihr gutes Geld für einen schlechten Zweck mißbraucht.

Es ist fast ein Fünftel des Budgets oder eine Milliarde im Jahr, die subsidiär dieses Haus verläßt und einem ebenso edlen wie unkontrollierten Zweck zufließt. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, Herr Statthalter. Auch bei uns wird das Geld knapper und die Landesschulden größer. Da wäre es doch wirklich an der Zeit, einmal den Subventionsdschungel gründlich zu durchleuchten.

Dazu braucht man allerdings einen detaillierten Subventionsbericht. Einen Bericht, wie ihn die Bundesregierung jährlich 400 Seiten stark herausbringt. Da kann man Punkt für Punkt kontrollieren, ob Subventionen sinnvoll sind, und ob die Regierung nicht allzu großzügig ist im Umgang mit den Steuergeldern. Ob das bei diesem Budget der Fall ist oder nicht, wir wissen es nicht. Wir wissen nur eines, daß diese Landesregierung sich weigert, einen Subventionsbericht zu erstellen. Der Statthalter, weil er die Arbeit machen muß und der Landeshauptmann, weil er die Transparenz scheut.

Wir ziehen unsere Schlüsse daraus. Wir wollen keine Daten, Herr Landeshauptmann, die dem Datenschutz unterliegen, oder der Amtsverschwiegenheit. Wir wollen nur dieselben Informationen, die die Bundesregierung Ihrer Partei im Nationalrat gibt. Nicht mehr und nicht weniger.

Meine Damen und Herren, die Generaldebatte zum Budget ist immer auch eine Generaldebatte über die gesamte Politik der Regierung. Über die Grundsätze und Ziele dieser Politik ebenso, wie über die Frage, ob und wie die Regierung die Probleme zu meistern versucht, die unseren Bürgern im Lande unter den Nägeln brennen.

Da ist zunächst das Problem der Sicherung der Arbeitsplätze. Ein Problem, das Vorarlberg lange Jahre nicht kannte, und das erst in diesem Herbst ein Ausmaß annahm, das uns allen Sorge machen muß.

Diese Sorge, meine Damen und Herren, sollte für die Landesregierung Anlaß genug sein, ihre bisherige Haltung zu überdenken, und Abschied zu nehmen von jener Arbeitsteilung, die die Sicherung der Arbeitsplätze ausschließlich der Bundesregierung überließ, während sich die Vorarlberger Landesregierung der Meditation über die soziale Marktwirtschaft hingab.

Diese soziale Marktwirtschaft ist leider nicht das, als was sie der Herr Landeshauptmann ununterbrochen im Munde führt. Sie ist kein «Auf Leistung und soziale Rücksichtnahme in gleicher Weise ausgerichtetes Wirtschaftssystem», sondern wie Dr. Klüber, Professor für christliche Soziallehre an der Universität Regensburg sagt, «eine Zweckkonstruktion der politischen Propaganda mit dem Ziel, die Mißstände des Spätkapitalismus zu verschleiern».

Es ist einfach nicht wahr, schreibt Prof. Klüber, daß die soziale Marktwirtschaft größtmögliche Freiheit und Freiheit auf dem Markt gewährt. Das Gegenteil trifft zu. Der libertaristische Freiheitsbegriff des unter dem Deckmantel der Sozialen Marktwirtschaft agierenden Kapitalismus führt geradezu zur Zerstörung der Freiheit. Die Eigengesetzlichkeit der marktwirtschaftlichen Automatik führt auf dem Wege der ruinösen Konkurrenz zu einer immer stärker zunehmenden Vermögens- und Machtkonzentration in den Händen weniger. Die damit verbundene katastrophale Vernichtung mittelständischer Existenzen und daraus resultierende Arbeitslosigkeit ist das Werk der sozialen Marktwirtschaft.» Diese vernichtende Kritik der sozialen Marktwirtschaft aus der Feder eines katholischen Universitätsprofessors für christliche Gesellschaftslehre, Herr Klubobmann, auf die Sie sich sonst ununterbrochen berufen, sollte gerade Ihnen, und auch Ihnen, Herr Arbeiterkammerpräsident, zu denken geben. Hier wäre jener Kurswechsel nötig, den Sie bei jeder Gelegenheit verlangen.

Denn wenn heute Vorarlberger Betriebe in Schwierigkeiten kommen, und die Arbeitsplätze unserer Mitbürger gefährdet sind, dann erwarten Sie von der Landesregierung keine Vorträge über die angeblichen Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft, sondern sie erwarten Hilfe, rasche und wirkungsvolle Hilfe. Ich verstehe heute noch nicht, weshalb die Probleme zweier Vorarlberger Textilfirmen ausgerechnet in Wien besprochen werden müssen. Das wäre doch längst Ihre Sache gewesen, Herr Landesrat Rümmele. Diese Probleme sind doch nicht erst gestern und heute entstanden, wir alle wissen doch seit Monaten von Ihnen. Muß denn immer erst der Bundeskanzler initiativ werden, damit unseren heimischen Unternehmen geholfen wird, meine Damen und Herren. Das ist nicht nur eine Frage, die ich mir heute stelle, sondern die sich jeder in unserem Lande stellt, der Sorge um die Arbeitsplätze hat.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie sich in Zukunft selbst darum kümmert, daß die Arbeitsplätze unserer Arbeitnehmer erhalten bleiben. Wir erwarten von Ihnen, Herr Landesrat, ein entsprechendes Krisen-Management. Und wir erwarten, daß Sie in jedem Krisenfall nicht nur die Handelskammer anhören und die Industriellenver-

einigung, sondern auch den ÖGB und die Arbeiterkammer.

Und wir erwarten, daß Sie auch die Fraktionen dieses Hauses auf dem laufenden halten. Denn wir halten nichts davon, die Probleme unserer Betriebe auf dem offenen Markt auszutragen, so wie es die ÖVP auf Bundesebene tut.

Das zweite Problem, das ich bereits am Beginn meiner Rede ausführlich behandelt habe, ist das Problem der vielen jüngeren und älteren Mitbürger, die entweder eine Mietwohnung suchen oder die Miete kaum noch aufbringen. 70% der Arbeiter in unserem Land verdienen im Monat weniger als 10.000 S brutto und bei den Angestellten sind es auch fast 40%.

Diese Mitbürger haben doch auch ein Recht auf eine anständige Wohnung. Und da man sich mit solchen Verdiensten weder ein Haus bauen, noch eine Eigentumswohnung kaufen kann, müssen eben Mietwohnungen gebaut werden. Mehr wie bisher. Um mindestens 100 mehr im Jahr. Und vor allem dort, wo der Bedarf am größten ist.

Meine Damen und Herren, meine Klubkollegen werden heute und morgen noch eine Reihe weiterer Probleme ansprechen, die die Bürger in unserem Land bewegen. Das verschafft mir die Zeit, um auf einen Umstand hinzuweisen, der immer mehr zu einem Problem auswächst: Das mangelnde, der Klubobmann Sausgruber würde sagen das verdrünnte, Verantwortungsbewußtsein dieser Landesregierung.

Sie, meine Damen und Herren, lesen alle die Zeitungen, und Sie hören die Landesrundschau von Radio Vorarlberg. Es muß Ihnen also auch schon aufgefallen sein, daß sich da ganz neue Zuständigkeiten eingebürgert haben. Für alles, was sich gut verkaufen läßt, was populär ist und also öffentlichen Lohn verspricht, ist die Vorarlberger Landesregierung zuständig. Für alle Probleme aber, für das was unpopulär ist und nichts beim Wähler bringt, für all das ist die Bundesregierung verantwortlich. Oder die Gemeinden.

Ich nenne 3 Beispiele: Erstens die A 15, zweitens die Bregenzerwaldbahn und drittens den Müll im Oberland.

Ich beginne mit der A 15. Jeder weiß, daß die Entscheidung über die A 15 hier im Lande fällt. Die Entscheidung, ob die A 15 überhaupt gebaut wird, und die Entscheidung, wo sie gebaut wird. Der Bautenminister wird das bauen lassen, was in Vorarlberg beschlossen wird. Das hat er laut und deutlich gesagt.

Was aber tut die Landesregierung? Tut sie etwas, um die divergierenden Meinungen und Standpunkte unter einen Hut zu bringen? Lädt sie die Gemeinden und Bürgerinitiativen zu gemeinsamen Gesprächen ein? Bemüht sie sich um einen Kompromiß, solange ein solcher überhaupt noch möglich ist?

Nichts von alledem, meine Damen und Herren. Die Landesregierung steckt ihren Kopf in den Sand. Und wenn sie ihn einmal herausnimmt, dann nur deshalb, um über den Bautenminister zu jammern oder um ihre Bücklinge vor dem St.Galler Regierungsrat zu machen.

Es ist das gute Recht des St.Galler Regierungsrates Geiger, die Interessen des Kantons St. Gallen auch bei Besuchen in Vorarlberg zu wahren. Aber es wäre Sache der Vorarlberger Landesregierung gewesen, wenigstens das zu

wiederholen, was unser Bundespräsident vor einem halben Jahr in St. Gallen sagte: Daß man bei der Entscheidung über die A15 das inzwischen gewachsene Umweltbewußtsein der Vorarlberger Bevölkerung berücksichtigen müsse.

Nichts davon steht in den Veröffentlichungen über den Besuch der St.Galler Regierung. Und so darf man sich nicht wundern, daß in den Gemeinden rund um die geplante A15 der Eindruck entstanden ist, der Vorarlberger Landesregierung seien die Interessen der Schweizer Nachbarn wichtiger, als die der heimischen Bevölkerung.

Ein ähnliches Trauerspiel erleben wir mit der Bregenzerwald-Bahn. Jeder, der das ÖROK-Gutachten kennt, weiß, daß das Bähnle eine der unrentabelsten Nebenbahnen Österreichs ist, und daß die ÖBB es deshalb lieber heute als morgen sterben ließen. Jeder weiß das, nur die Landesregierung tut so, als ob sie das nicht wüßte.

Diese Regierung tut immer so, als sorge sie sich um das Schicksal der Bregenzerwald-Bahn. In Wirklichkeit sorgt sie sich einzig und allein darum, daß die Verantwortung für den Tod der Bahn nicht an ihr hängen bleibt. Diese Sorge war so groß, daß weder der Landeshauptmann, noch sonst ein Landesrat sich traute, die Besichtigung der Appenzellerbahn mitzumachen. Dieselbe Landesregierung, die sonst bei nebensächlichsten Anlässen in voller Kompaniestärke erscheint, kneift vor einigen jungen Bregenzerwäldern, die sie fragen könnten, was die Landesregierung zum Überleben (Zwischenruf) des Bähnle beitragen will.

Um diese Frage, nämlich, was das Land zum Überleben des Bähnles beitragen will, werden Sie dennoch nicht herumkommen. Denn mittlerweile haben alle begriffen, daß die Bregenzerwald-Bahn nicht zu retten ist, wenn das Land nicht endlich sagt: Wir wollen diese Bahn. Und dieses Wollen hat im harten politischen Geschäft nur dann Gewicht, wenn dahinter eine entsprechende finanzielle Beteiligung des Landes steht.

Meine Damen und Herren, so wie die Landesregierung versucht, die Verantwortung für die A15 und die Bregenzerwald-Bahn möglichst weit von sich zu schieben, so verhält sie sich auch beim Müllproblem im Oberland. Nur mit dem einen Unterschied, daß sie den schwarzen Peter hierfür nicht der Bundesregierung zuschiebt, sondern den Oberländer Gemeinden.

Dabei weiß jeder, daß das Müllproblem im Oberland längst kein kommunales oder regionales Problem mehr ist. Es ist, wie der stellvertretende Bezirkshauptmann von Bludenz auf der jüngsten Bürgermeister-Konferenz richtig sagte: eine Schande für Vorarlberg. Die Landesregierung ist im Landtag immer wieder aufgefordert worden, diese Schande zu beseitigen. Ich erinnere an die Ausführungen der Kollegen Stecher, Spannring, Wolf, Berchtold und Salzgeber.

Das alles hat nichts genützt. Die wilden Müllberge sind weitergewachsen und die Vorarlberger Nachrichten schrieben vor zwei Tagen völlig zu recht, man habe es hier mit einem Skandal zu tun, für den nicht nur der zuständige Landesrat Rüschi die Verantwortung zu tragen habe, sondern die gesamte Landesregierung.

Wer so wenig bereit oder in der Lage ist, die Probleme dieses Landes, von denen ich nur einige nannte, anzu-

packen, Entscheidungen, manchmal auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu tragen wie diese Landesregierung, der darf sich nicht wundern, wenn die öffentliche Kritik immer mehr zunimmt. Und wenn nun sogar Kritik aus Landesteilen kommt, wo man dieses nie für möglich gehalten hätte.

Ich habe da besonders den Leserbrief einer jungen Wälderin in Erinnerung. Sie schrieb, ihr Sohn habe in seinem Fotoalbum ein Bild des Landeshauptmannes mit dessen Widmung gehabt. Kürzlich habe sie ihn gerade dabei ertappt, wie er das Foto herausnahm und zerreißen wollte. Sie hätte ihn gefragt, warum er das mache. Darauf habe der Bub geantwortet: «Mama, der Kessler ist nicht mehr für uns und deshalb bin ich auch nicht mehr für ihn!» (Zwischenrufe - Heiterkeit)

Ich weiß nicht, Herr Landeshauptmann, wie sehr Sie Kritik aus der Bevölkerung zu treffen vermag. Ich weiß nur, daß Sie zu unserer Kritik noch nie die richtige Einstellung gefunden haben. Daran wird wohl auch mein heutiger Beitrag nichts ändern können.

So sehr diesem Land zu wünschen wäre, es hätte eine Landesregierung, die auf die Kritik der Bevölkerung und ihrer Vertreter hier in diesem Hause reagieren und auf sie eingehen würde, so wenig ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre damit zu rechnen.

Weil dem so ist, meine Damen und Herren, und mit einem Kurswechsel dieser Landesregierung nicht zu rechnen ist, wird die Sozialistische Fraktion weder der Politik dieser Landesregierung zustimmen können, noch ihrem Budget (Beifall bei der SPÖ)

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hohes Haus! Die Budgetdebatte bietet immer Gelegenheit, nicht nur zu dem finanziellen Zahlenwerk des kommenden Jahres Stellung zu nehmen, sondern grundsätzliche Probleme in der Politik anzuschneiden und Kritik am Vergangenen anzubringen.

Wir Freiheitlichen sehen derzeit am politischen und wirtschaftlichen Himmel schwere Wolken - und damit Probleme - aufziehen, die auch für unser Land weit über das normale Maß Gewitter und Niederschläge mit sich bringen werden. Sie sind aber nicht nur hausgemacht in unserem Land, sondern sind meist weltweite Probleme, die wir aber voll zu spüren bekommen. Die Zukunftsperspektiven haben vor keinem Budget der letzten Jahre so düster ausgesehen wie diesmal.

Atombedrohung, Erdölpreissteigerung, hohe Zinsen, Konkurse, Arbeitslosigkeit, Skandale à la AKH, ÖBB, Festspiele oder der Fall Renner, Mietengesetz, übermäßige Verschuldung sind nicht nur Schlagworte, sondern Tatsachen, die jeden einzelnen treffen, sei es in seiner Sicherheit oder am Geldbeutel. Die Wirtschaft leidet unter der Preissteigerung beim Erdöl, den hohen Zinsen und der hohen Abschöpfung durch die Steuern. Konkurse sind tägliche Hiobsbotschaften und die Krise in der verstaatlichten Industrie ruft nach Vater Staat und Hilfe in Milliardenhöhe. Steigende Verschuldung aller drei Gebietskörperschaften - steigende Steuern und Soziallasten kennzeichnen die Finanzprobleme der öffentlichen Hand. Weiters das Ein-

greifen des Staates in das Eigentum, wie z.B. das Mietengesetz - die Allmacht der Verwaltung - die Einengung des freien Spielraumes des Menschen ist damit perfekt.

Die Medien bringen diese Krisenanzeichen täglich ins Haus und wir Landespolitiker stehen diesen Problemen meist machtlos gegenüber, da unsere Zuständigkeit und Einflußmöglichkeiten klarerweise begrenzt sind. Für alle diese Schwierigkeiten werden wir Politiker mit verantwortlich gemacht und vielfach in einen Topf geworfen. Ob berechtigt oder unberechtigt, will ich gar nicht prüfen. Jedenfalls läßt die Schlinge, die um unsere Köpfe gezogen wird, gleich welcher Fraktion, unsere Glaubwürdigkeit sinken. Oft zu Unrecht, denn von einem ist noch nicht auf alle zu schließen.

Oft versuchen wir Politiker mit Kosmetik die Auswirkungen zu korrigieren, vergessen aber, die Ursachen zu bereinigen. Ich darf hier nur auf die Suchtgiftproblematik hinweisen.

Für die Wirtschaft unseres Landes fand letzte Woche der erste Krisengipfel für die Textilwirtschaft in Wien statt. Diese Meldung allein weist darauf hin, daß nun auch in Vorarlberg größere Betriebe in Schwierigkeiten geraten sind. Und an Sie, Herr Klubobmann Winder, darf ich die Frage richten: Wenn Sie fragen, warum diese Beratungen in Wien stattfinden haben müssen. Ich glaube, wenn der Herr Bundeskanzler ruft, und man ginge nicht, was glauben Sie, was dann für ein Geschrei von Ihrer Seite kommen würde? (Zwischenruf Winder: Das Problem ist, warum Dr. Rümmele nicht vorher gerufen hat!) Und das zweite, Herr Klubobmann Winder, ich glaube man darf darauf hinweisen, daß nach diesem Krisengipfel, wo der Herr Bundeskanzler selbst um Vorschläge gebeten hat, was zu tun ist, nun doch die Landesregierung rasch gehandelt hat. Ob es Ihnen nun paßt oder nicht, es ist ein Weg gefunden worden, der im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft sicherlich gerechtfertigt ist und auch von uns gebilligt wird. Trotzdem schaut die Lage in unserem Bundesland weit günstiger aus. Vielleicht auch deshalb, weil wir keine verstaatlichten Betriebe haben und unsere Struktur der Wirtschaft nach Wirtschaftszweigen und Größe diese Krise leichter meistern kann. Zweifellos kann die Wirtschaftsstruktur noch verbessert werden. Die Textilindustrie ist jener Bereich, wo Innovation und Umstellung am schwersten ist.

Wenn sich die öffentliche Hand an der Sanierung von Betrieben beteiligt, so ist nach freiheitlicher Ansicht eine Hilfe des Landes zur Selbsthilfe berechtigt, wenn damit die Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden können. Ansonsten ist es sinnvoller, diese Hilfe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen, als den Tod des einzelnen Arbeitsplatzes zu verlängern. Professor Andreae hat bei der Eröffnung von Schloß Hofen das mit einem Satz zusammengefaßt: «Nicht mein Arbeitsplatz muß gesichert werden, sondern ein Arbeitsplatz». Damit kommt klar zum Ausdruck, daß nicht jeder Arbeitsplatz gesichert werden kann, wenn das Produkt nicht mehr mit Gewinn abgesetzt werden kann, sondern nur jener, der sich am Markt behaupten kann.

Warum sich die Wirtschaftskrise für unsere Wirtschaft so scharf auswirkt, ist darauf zurückzuführen, daß unseren Betrieben die Eigenkapitalbasis fehlt. Sie wird durch die pro-

gressive Besteuerung entzogen und damit nagen höhere Zinsen, steigende Erdölpreise und schlechte Zahlungsmoral an der Existenz der Betriebe. Damit ist der Staat gezwungen, auch Risikokapital für neue Produkte und Investitionen zur Verfügung zu stellen bzw. dafür zu garantieren. Eine weitere Abhängigkeit der Marktwirtschaft vom Staat ist die Folge. Das Tragische daran ist, daß der Unternehmer keine andere Wahl hat, als sich um diese Förderung anzustellen. Wir Freiheitlichen sehen darin keine positive Entwicklung für die Wirtschaft. Das Landesbudget bringt auch für unsere Wirtschaft einige investitionsfördernde Ausgaben wie z.B. die Wohnbauförderung, der Hochbau, Straßenbau und Kanalbau. Jedoch fehlen die möglichen und bisher immer zugesicherten Hochbauten des Bundes. Ich denke hier an das Landesgendarmierkommando, wo die Baufeldfreimachung nun dieses Frühjahr erfolgt, im Bundesbudget aber nicht enthalten ist, oder an die Kaserne, wo wir hören, daß die Platzfrage in Lösung ist, aber im Bundesbudget keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Hier zieht sich der Bund zurück und beruft sich auf seine Notlage.

Der Wirtschaftsrückgang wirkt sich aber nicht allein auf den Arbeitsmarkt aus, sondern auch auf die Steuern. Die Entwicklung ist für uns gefährlich, denn bei der derzeitigen Verschuldung und der in den kommenden Jahren zu erwartenden Verschuldung kann dies ins Auge gehen. Ziel unserer Einnahmensicherung muß daher die florierende Wirtschaft sein.

Hiezu hat das Land beschränkte Möglichkeiten, der Bund aber wesentlich mehr. Wirtschaft ist nicht nur ein Zahlengebilde, sondern lebt vom Optimismus der Unternehmer und der Menschen. Warum war der Aufbau nach dem 2. Weltkrieg möglich, als unsere Wirtschaft darniederlag? Weil wir an die Zukunft geglaubt haben! Die Wirtschaft ist also auch ein psychologisches Problem.

War in diesem Jahr die Vorbereitung der Geschäftsordnung und die Novelle zum Landschaftsschutzgesetz das Hauptwerk des Vorarlberger Landtages im gesetzgeberischen Bereich, so wird für das Jahr 1982 die Verfassungsreform im Vordergrund stehen. Wir Freiheitlichen vertreten dazu folgende grundsätzlichen Positionen:

- Es ist richtig, daß nach mehr als 11 Jahren diese Verfassung novelliert wird, zumal sich die Regierungszusammensetzung geändert hat und sich für das Land damit eine neue Situation ergeben hat.

- Das Untersuchungsrecht für den Landtag wäre nach unserer Ansicht in die neue Verfassung aufzunehmen, obwohl derzeit jene bundesgesetzlichen Vorschriften fehlen, die dem Untersuchungsausschuß erst jene rechtlichen Möglichkeiten geben, um überhaupt effizient arbeiten zu können. Es sollen daher auch die Kontakte zur Bundesregierung genützt werden, diese notwendige Gesetzesänderung im Nationalrat zu erreichen.

Kontrolle: Wir Freiheitlichen bekennen uns zur Kontrolle in der Demokratie. Sie gehört dazu und ist als ein Instrument des Landtages bzw. der Legislative zu betrachten. Sind die Kontrollinstrumente im Vorarlberger Landtag durch verschiedene Möglichkeiten gegeben, wie z.B. Rechenschaftsbericht, Anfragen und Kontrollausschuß, so ist sie nach unserer Ansicht aber noch nicht als optimal zu

bezeichnen. Denn wenn diese Kontrollinstrumente von der Mehrheit bzw. von der Regierung kontrolliert werden, so verlieren sie an Effizienz. So haben auch die Vorverhandlungen über eine neue Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag Verbesserungen gebracht, die da sind: eine Minderheit kann künftig im Landtag bzw. im Kontrollausschuß eine Kontrolle erzwingen und die Bereitstellung der Kontrollabteilung für die Detailprüfung. Hier sind wir Freiheitlichen der Ansicht, daß ein dem Landtag unterstellter Rechnungshof besser wäre. Solange wir aber nicht den Umfang der künftigen Tätigkeit kennen, haben wir eben dieser kostengünstigen Lösung zugestimmt.

Die Kontrollabteilung im Amt der Vorarlberger Landesregierung, die für Prüfungsaufgaben des Landtages zur Verfügung gestellt wird und weisungsfrei von der Regierung handeln kann, ist aber nur so gut, wie ihre Beamten ausgebildet sind. Zudem ist berichtet worden, daß von diesen neun Beamten sechs allein für die Revision der Gemeinden gebraucht werden. Für die notwendige Innenrevision und für den Landtag werden also nur drei Beamte, zur Verfügung stehen - sofern sie nicht gerade in Ausbildung stehen.

Diese Ausbildung, die, wie uns der Landesamtsdirektor im Finanzausschuß erklärte, intern durchgeführt wird, hat doch einen großen Nachteil: für diese Ausbildung sind keine Profis da. Hier wäre die Ausbildung beim Rechnungshof in Wien oder bei größeren Kontrollämtern in den Ländern zu empfehlen.

Die Innenrevision, von der die Regierung schon lange spricht, hat derzeit auch nicht jenen Umfang erreicht, der im Interesse der Regierung selbst läge. Bei Banken und großen Industrieunternehmungen ist dies eine Selbstverständlichkeit

Insgesamt betrachtet gibt es im Lande Vorarlberg noch einen großen Nachholbedarf an Kontrolle, sowohl bei der Regierung als auch beim Landtag. Die jüngste Geschichte zeigt, daß eine laufende Kontrolle das beste Allheilmittel für die Verhinderung von Skandalen und Unzulänglichkeiten darstellt.

Die ÖVP ist bereit, diese vermehrte Kontrolle im Lande einzuführen. Aber genauso sollte sie bereit sein, auftretende Mängel oder sich anbietende Verbesserungen so rasch wie möglich zu beheben bzw. anzunehmen. Kontrolle verfehlt ihren Zweck aber dann, wenn sie nicht in der Öffentlichkeit durchgeführt wird. Erst die Öffentlichkeit verleiht ihr den notwendigen Druck und die Gewähr, daß aufgezeigte Mängel behoben werden.

Zu einer Landesvolksanwaltschaft sagen wir ja, wenn alle drei Parteien, die im Landtag vertreten sind, die Volksanwaltschaft bilden und von einem erfahrenen Beamten unterstützt werden. Sinnvoll wird diese Landesvolksanwaltschaft aber nur dann sein, wenn sie nicht nur für das Land, sondern auch für die Vorarlberger Gemeinden zuständig ist. Sollte jedoch die ÖVP der Ansicht sein, daß nur ein von ihr gewählter Volksanwalt der einzig mögliche Weg wäre, so wäre unsere Fraktion der Auffassung, die Bundesvolksanwaltschaft damit zu betrauen.

Zur Verstärkung der direkten Demokratie sollte die Volksbefragung auf Landesebene eingeführt und die Volksabstimmung erleichtert werden.

Bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses für außerordentliche Verhältnisse schlagen wir vor, daß mindestens je ein Vertreter der in Klubstärke im Landtag vertretenen Parteien einen Sitz haben sollte.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich auf den Vorschlag unseres Klubobmannes Eß zurückkommen, der im Sinne einer besseren Information der Landesbürger vorgeschlagen hat, den Rechenschaftsbericht der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, wobei wir glauben, daß es auch sinnvoll wäre, die Gesetzesentwürfe, Rechnungsabschlüsse, Budgets und Rechenschaftsberichte mit einzubeziehen. Aber nun, meine Damen und Herren, zurück zum Budget.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zu diesem Budget, weil

1. das Budget insgesamt als ausgewogen gelten kann,
2. die Verschuldung in tragbaren Grenzen gehalten wird,
3. die Ressortwünsche unseres Regierungsmitgliedes so enthalten sind, daß eine Erfüllung der notwendigen Ausbauten im Wasserversorgungsbereich und im Abwassersektor sowie in der Raumplanung möglich sind und
4. im Verhandlungswege freiheitliche Wünsche an das Budget erfüllt wurden.

Die von den Sozialisten immer wieder als zu gering bezeichnete Gemeindeförderung wird immer «ein Faß ohne Boden» sein. Die Wünsche sind auf allen Gebieten der Förderung immer größer als die finanziellen Möglichkeiten des Landes. Die Bettlerei würde dann aufhören, wenn endlich im Rahmen des Finanzausgleiches erstens die Kompetenzen klar geregelt und dann den einzelnen Gebietskörperschaften jene Anteile zugebilligt werden, die sie zur Aufgabenerfüllung benötigen. Die derzeitige Handhabung von Mischfinanzierungen und Zuschüssen führt doch schließlich zu einer Abhängigkeit der Gemeinde vom Land und des Landes vom Bund. Und da heißt es so schön in der Landesverfassung in Artikel IVa: «Die Gemeinde ist eine Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung» und in Artikel I: «Vorarlberg ist ein selbständiges Bundesland». Formaljuristisch ja, wirtschaftlich-finanziell aber voll abhängig. In unserem Land sind die Förderungsmaßnahmen für die Gemeinden noch, Gott sei Dank, nicht so verpolitisiert wie in anderen Bundesländern, wo es für die Förderung der «schwarzen» und «roten» Gemeinden je einen eigenen Landesrat gibt, der zuständig ist.

Gemeindeförderung gehört nach freiheitlicher Ansicht auf das notwendige Maß reduziert und nur dorthin, wo die Größe die finanzielle Kraft der Gemeinde übersteigt. Ansonsten sollten die Gemeinden ihre Mittel durch einen korrekten Bundesfinanzausgleich erhalten.

Das vorliegende Budget für das Jahr 1982 kann auch diesmal als Sparbudget angesehen werden, da viele Wünsche von den Ressorts, der ÖVP und der FPÖ und, wie könnte es auch anders sein, von der SPÖ nicht erfüllt wurden. Sparbudget auch deshalb, weil die Rücklagenentnahmen, wie in den vergangenen Jahren, sieht man einmal von den Illwerke-Millionen ab, auf 126 Millionen geschrumpft sind, die Schuldenaufnahme durch erhöhte Ertragsanteile infolge der Volkszählungsergebnisse 1981 wohl heuer mit 120 Millionen geringer ausgefallen ist als im Vorjahr, der Gesamtschuldenstand aber von fast 1.019 Millionen Ende 1981 um diese 140 Millionen auf 1.159 Millionen ansteigt.

Allein der Schuldendienst für 1982 weist eine Summe von 133 Millionen aus, wobei im Gegensatz zu den Gemeinden keine zinsgestützten Darlehen vorhanden sind.

Wenn man jedoch die mittelfristige Finanzprognose 1979-1983 vom Oktober 1979 als Vergleich zur Beurteilung des Budgets 1982 heranzieht, so stellt man fest, daß die Ausgaben laut Budget 1982 gegenüber der Finanzprognose nur um 2 Millionen differieren bei einem Gesamtausgabenrahmen von 5,236 Milliarden, daß jedoch die Einnahmen laut Budget statt 4,692 Milliarden, wie bei der Finanzprognose vorgesehen, auf 5,187 Milliarden angestiegen sind und somit um 495 Millionen höher liegen. Das hat zur Folge, daß der geschätzte Schuldenstand nicht wie in der Prognose 2,030 Milliarden erreicht, sondern eben nur 1,159 Milliarden. Ein Zeichen dafür, daß die Einnahmen stärker gestiegen sind als die Ausgaben und damit der Begriff Sparbudget zusätzlich untermauert wird.

Trotz der heuer erfreulich stark gestiegenen Ertragsanteile um 15,57% für das Land Vorarlberg und auch für die Gemeinden ist die Entwicklung einiger Ausgabenposten besorgniserregend. Die Sozialhilfekosten laufen davon, und wenn man die Post Sozialhilfe in Pflegeanstalten und Heimen näher betrachtet, muß man eine Steigerung von über 52% vom Jahr 1981 zum Jahr 1982 feststellen. Eine Horrorzahl, wenn sich diese so weiter entwickelt!

Die FPÖ-Wünsche zum Budget 1982 wurden, wie die von den einzelnen Ressorts und der ÖVP selbst, nicht alle erfüllt. Trotzdem gelang es in verschiedenen Bereichen, Erhöhungen und Neuansätze zu erwirken. Eines unserer Hauptanliegen war die Fortführung der im letzten Jahr begonnenen Sanierung der Radwege im Rheintal nach dem Radwegekonzept der Landesregierung, das unter Federführung unseres Landesrates Karl Werner Rüschi entstanden ist.

Hier sollen wieder Mittel für die Staubfreimachung und Verbesserung der Straßenoberflächen den Gemeinden für die Radwege zur Verfügung gestellt werden. Nachdem das Radwegekonzept für den Walgau heuer schon so weit fortgeschritten ist, kann 1982 mit dessen Ausbau begonnen werden. Damit wird es dann möglich sein, auf Radwegen von Bregenz bis Bludenz zu fahren. Leider mit Ausnahme der völlig verbetonierten Felsenau in Feldkirch.

Als wichtig sehen wir auch die Bereitstellung einer Million für den Ausbau von Zivilschutzräumen an. Eine Post, die erstmals im Budget aufscheint. Damit wird dokumentiert, daß man nicht wie bisher den Zivilschutzverband mit einer Minimalsubvention als Stiefmütterchen ihr Dasein fristen läßt, sondern neue Initiativen im Schutzraumbau setzt. Unsere Vorstellungen waren ein Pilotprojekt in Langen-Hälin zu fördern, nachdem dort auch Bundesmittel erlangt werden könnten. Die Frage, was sinnvoller ist, ob bestehende Stollen aus dem 2. Weltkrieg adaptiert werden sollen, oder ob durch die Initiative aus der Bevölkerung heraus herangetragene neue Projekte gefördert werden, muß noch durch Fachleute geprüft werden.

Gerne eingesetzt haben wir uns auch für eine bessere Dotierung der Jugendorganisationen, zumal heuer im Budget erstmals für die Betriebskosten von Jugendzentren mehr Mittel vorgesehen sind, als für die 14 Vorarlberger Jugendorganisationen mit 25.000 organisierten Jugend-

lichen. Eine Entwicklung, die wir nicht für richtig erachten. Zusätzlich sollen 1982 den Jugendzentren 850.000 Schilling an Investitionsmitteln zukommen.

Im Sportteil gelang uns die Dotierung einer neuen Haushaltsstelle für die Förderung von Nachwuchsmannschaften, die an gesamtösterreichischen Bewerbungen teilnehmen. Dies bietet Gewähr, daß gerade die horrenden Reisekosten für die einzelnen Vereine etwas gemildert werden.

Weiters haben wir uns für eine erhöhte Dotierung bei der Restaurierung von Denkmalobjekten privater Eigentümer eingesetzt. Wir wissen, daß die Erhaltung wertvoller alter Bausubstanz beizeiten geschehen muß, da sie ansonsten oft unwiederbringlich verloren ist (siehe Weinschlößle Bregenz).

Im Bereich der Landwirtschaft wurde die Post «Obst- und Gartenbau» erhöht, und zwar mit der Zielsetzung, die Planung und eventuelle Errichtung eines Lager- und Kühlhauses mit Sortiereinrichtung für den heimischen Obstbau in Schwung zu bringen. Gerade der Obstbau wäre im Rheindelta und im Laiblachtal eine neue Einkommensart, die es in der Landwirtschaft zu erschließen gilt. Derzeit liegt ein Selbstversorgungsgrad der Vorarlberger Bevölkerung mit Obst nur bei etwa 15%. Bei verstärktem Obstbau könnten auch Devisen gespart werden. Voraussetzung ist jedoch eine Vermarktung mit einem entsprechendem Lagerhaus.

Was gefällt uns Freiheitlichen an diesem Budget nicht?

1. daß die Förderung der Ehe- und Familienberatung der Diözese weiter ansteigt, obwohl der Herr Landeshauptmann in seiner Regierungserklärung 1979 eindeutig diese Aufgabe dem Institut für Sozialdienste zugewiesen hat. Wenn heute die Diözese Feldkirch dafür unterstützt wird, läßt sich der Schluß ableiten, daß der Herr Landeshauptmann zugibt, daß das Institut für Sozialdienste zu wenig getan hat oder ihm die Mittel, die jetzt die Diözese bekommt, gefehlt haben,

2. daß das Gallusstift für die Landesbibliothek angekauft wurde, und die Restaurierungskosten nun wieder höher sind als ursprünglich geplant,

3. daß im Schloß Hofen die Denkmalpflege vorbildlich ausgeführt wurde, das Konzept aber einige Zweifel an der Realisierung offen läßt,

4. daß die Sozialhilfekosten steigen und keine direkte Selbstbeteiligung der Gemeinden an den in ihrer Gemeinde aufgelaufenen Sozialhilfekosten vorgesehen sind. Wir Freiheitlichen haben seit den ersten Wortmeldungen von Bürgermeister Bösch wiederholt darauf hingewiesen, bei der Finanzkraftberechnung für die Verteilung der Sozialhilfekosten einen breiteren Schlüssel anzuwenden. Darin wurden wir von der ÖVP-Seite und auch vom Gemeindeverband nie unterstützt und

5. daß in Bezug auf die Sicherstellung der Landesversorgung noch immer kein von der ÖVP seit Jahren versprochenes Konzept vorliegt.

Bei Durchsicht und Überprüfung der Regierungserklärung von Ihnen, Herr Landeshauptmann, stellt man fest, daß es viel leichter ist, eine Regierungserklärung abzugeben, als sie dann auch zu erfüllen. Es ist uns klar, daß nicht alles in zwei Jahren erledigt werden kann. Trotzdem wollen wir Sie daran erinnern, was noch alles offen ist.

Sie schlugen vor, um der Isolierung des Einzelnen entgegenzuwirken, im besonderen aber den alten Menschen, ein Altenreferat und einen Altenhilfeplan zu erstellen. Wenn wir von der Zusammenstellung der Altenhilfeeinrichtungen absehen, die uns vor wenigen Tagen zugegangen ist, stellen wir einen weißen Fleck fest.

Die gezielte Unterstützung: des Instituts für Sozialdienste durch den Ausbau der Ehe- und Familienberatung, die sie in der Regierungserklärung eindeutig in den Vordergrund stellten, würde uns brennend interessieren. Welcher Ausbau wurde denn hier betrieben, und welche Mittel wurden in den Jahren 1980 bis 1982 verbraucht bzw. waren dafür vorgesehen?

Die Sicherung der Arbeitsplätze für das Alppersonal außerhalb der Saison war ein Punkt, für den Sie sich einsetzen wollten. Wir fragen Sie: Wie viele Arbeitgeber, ausgenommen die Illwerke und teilweise das Land, haben Sie gefunden, die Arbeitnehmer im Sommer für die Alpzeit freistellen und im Herbst wieder aufnehmen?

Und was hat die Regierung unternommen zur Anpassung der Wildbestände an die Äsungs- und Umweltverhältnisse? Wir hören aber aus Fachkreisen, daß der Wildverbiß nicht geringer geworden ist, außer in den eingezäunten Gebieten. Welches sind hier Ihre konkreten Vorstellungen?

Als konkrete Maßnahme im Jahr 1979 bezeichneten Sie die Bemühungen um ein Öltanklager im Lande. Die Ölvorsorgung ist seit Ihrer Regierungserklärung eher kritischer geworden. Aber ein Öltanklager ist noch nicht in Sicht.

Zu diesen Punkten erwarten wir Freiheitlichen im Rahmen dieser Budgetdebatte von Ihnen, Herr Landeshauptmann, klare und dezidierte Stellungnahmen!

Unsere Haltung bezüglich der Festspiele ist klar. Wir werden den Rechnungshofbericht abwarten und dann nach Inhalt und Verantwortung die entsprechenden Konsequenzen fordern. Es ist aber an der Zeit, daß sich die drei Subventionsgeber an Hand der Berichte bemühen, jene Kontrollmechanismen einzubauen, die die Gewähr bieten, daß Subventionsgelder korrekt verwaltet werden.

Ein weiterer Dauerbrenner der Landespolitik ist die Bregenzerwaldbahn. Sie wird es bleiben, solange nicht der Bund entscheidet. Das Land kann sich ja scheinbar auch nicht zu einer Einstellung entschließen. Eine seriöse Grundlage neben der Umplanung- und Kostenermittlung wäre ein generelles Verkehrskonzept oder eine Verkehrsplanung in dieser Talschaft.

In der Suchtgiftszene in Vorarlberg zeigt die positive Arbeit unserer Kriminalabteilung, welches weit verzweigte Netz von Händlern und Hintermännern sich in Vorarlberg aufhält. Zum Schaden und zur Gefährdung unserer Bevölkerung, insbesondere der Jugend. Aufklärung ja, Einsatz des «agent provocateur». Das aber nützt alles nichts, wenn Kleindealer nicht gefaßt werden können. Hier wäre der Bund endlich an der Reihe, die genauen und praktikablen Vorschriften zu erlassen.

Es gibt noch weitere brennende Probleme, die die Bevölkerung interessieren würden. Aus Zeitgründen können sie leider in der Generaldebatte nicht behandelt werden. Ich verweise nur auf Müll Oberland, A 15, Kaserne, Erdgasversorgung, Schwende-Brücke. Hier gilt der Aufruf an die

Landesregierung, diese Probleme anzupacken und zu lösen. Dazu ist sie ja vom Volk und vom Landtag beauftragt.

Zur Wortmeldung von Herrn Klubobmann Winder: Es ist schon interessant, wenn Pro Vorarlberg aktiv ist, sind Sie nicht einverstanden, wenn Pro Vorarlberg etwas leiser tritt, melden Sie sich wieder. In dem Sinne, glaube ich, kann man nur darauf verweisen, daß Sie eben Opposition sind und alles zu kritisieren haben. (Zwischenruf Winder: Das wäre schon zu billig, Herr Kollege!) Es ist sicher Pro Vorarlberg zuzuschreiben, daß eine Initiative in Gang gesetzt wird, zu der wir Freiheitlichen uns bekennen. Es hängt aber im wesentlichen nicht vom Land Vorarlberg allein ab, sondern auch von der Bundesregierung und der Mehrheit im Parlament, diese Vorschläge seriös zu prüfen, und sie dann eventuell zu verwirklichen. In diesem Sinne darf ich als Abschluß feststellen, daß wir von der Freiheitlichen Fraktion trotz manch kritischer Bemerkung, die auch im Rahmen einer Regierungsbeteiligung möglich sein muß, dem Budget 1982 unsere Zustimmung erteilen werden.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung des Landesbudgets gibt ebenso wie der Rechenschaftsbericht in Vorarlberg dem Landesparlament Gelegenheit, neben tagespolitischen Themen eine Standortbestimmung des öffentlichen Lebens im Lande vorzunehmen und den langfristigen Kurs der Landespolitik zu erörtern.

Die seit Jahrzehnten bewährte Finanzpolitik der Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen, die sich wohltuend von der des Bundes unterscheidet, wird beibehalten. Das bedeutet auch heuer wieder Zurückhaltung, Sparsamkeit und ein Einfrieren zahlreicher Ermessensausgaben. Manches Wünschbare und Zweckmäßige wird auf spätere Jahre verschoben. Das Land muß sich auf die ihm nach der Bundesverfassung zukommenden Aufgaben, für die es auch im Finanzausgleich Mittel erhält, konzentrieren. Wir gehen diesen sicher nicht bequemen Weg, weil wir wollen, daß auch in einigen Jahren im Landesbudget noch Spielraum vorhanden ist, der Landespolitik ermöglicht. Wir haben uns also dafür entschieden, die Netto-Schuldenaufnahme mit etwa 130 Millionen Schilling zu begrenzen. Diese Höhe der Darlehensfinanzierung ist bei Berücksichtigung der hohen Investitionsquote und dem Verhältnis von Einnahmen an Ertragsanteilen und Schuldendienst noch tragbar. Den von der SPÖ-Fraktion im Finanzausschuß gestellten Abänderungsanträgen von 60 Millionen Schilling Mehrausgaben konnte in einem Fall entsprochen werden. Der Landeswohnbaufonds wird um 3 Millionen Schilling mehr erhalten, wobei wir hoffen, daß auch die Gemeinden ihrem Anteil entsprechend die Beiträge freiwillig erhöhen. Die übrigen Erhöhungsanträge mußten abgelehnt werden, weil eine zusätzliche Verschuldung in dieser Größenordnung nicht vertretbar wäre. Die von der SPÖ vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen sind nicht annehmbar, weil wichtige Anliegen der Landespolitik dabei Schaden leiden würden. Zum Beispiel kann es nicht in

Frage kommen, wie gefordert, die Wohnbauförderung für Wohnungskäufe und Eigenheime um 25 Millionen Schilling einzuschränken, die Mittel für die Sicherstellung der Landesversorgung zu kürzen. Ebenso wenig kann es in Frage kommen, wie gefordert, die Gelder für das Institut für Föderalismusforschung und für das Ehe- und Familienzentrum der Diözese gänzlich zu streichen. Wir können natürlich auch nicht der krausen Idee nachgeben, die Dokumentationsstelle der Arge Alp, die nach langem Bemühen Vorarlbergs ihren Sitz in Bregenz hat, und von deren Aufwand von über einer Million Schilling das Land Vorarlberg lediglich 77.000 S zahlt, entgegen allen Zusagen zu boykottieren. (Zwischenruf)

Meine Damen und Herren, der Budgetentwurf der Landesregierung setzt die notwendigen Schwerpunkte der Landespolitik und versucht, auch in die Zukunft weisende Akzente zu setzen, wobei es Bereiche gibt, in denen mit relativ bescheidenen Beträgen eine sichtbare Wirkung erzielt werden kann, indem vorhandene Initiativen gestärkt werden.

Zunächst zu zwei traditionellen Schwerpunkten der Landespolitik, in denen das Land Vorarlberg Vorbildliches geleistet hat und leistet: dem Sozialbereich und dem Bereich der Wohnbauförderung.

Die Organisation und Finanzierung sozialer Dienste ist auch bei uns zu einer Herausforderung an die Politik geworden, weil sich ständig neue Formen der Armut oder besser, der Bedürftigkeit, bilden. Eine jahrzehntelange Konzentration auf materiellen Wohlstand und das selbstverständliche Vertrauen auf dauernden technischen Fortschritt haben neben vielem Positiven, das wir genießen können, zu Verformungen unseres öffentlichen und auch unseres privaten Lebens geführt. Bestimmte Entwicklungen im Bereich der Arbeitswelt, z.B. die zunehmende Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte und der Wohnumwelt, aber ebenso die Illusion vom guten Ergebnis einer Freiheit ohne Maß, mit einer sehr weitgehenden Auflösung überkommener Werthaltungen und Verhaltensweisen haben dazu beigetragen, daß die Menschen in ihren Familien starken Belastungen ausgesetzt sind, an denen manche zerbrechen. Diese Entwicklungen führen in steigendem Maß zu neuen Formen der Bedürftigkeit, die es zu bewältigen gilt, zum Beispiel ein steigender Bedarf an öffentlichen Einrichtungen für die Unterbringung und Pflege älterer Menschen bis hin zu extremen Fehlentwicklungen, etwa der Betreuung Drogensüchtiger oder der Jugendprostitution. Das Land hat sich dieser neuen Formen der Bedürftigkeit angenommen und sucht in der Sozialpolitik ständig neue Wege. Die Landesregierung hat den Versuch gewagt, einen Teil der sozialen Dienste näher hin zum Bürger zu organisieren, Vereinskonstruktionen etwa in Form der Sozialsprengel zu entwickeln und eine Nachbarschaftshilfe aufzubauen. Im Laufe dieses Prozesses, der zugegebenermaßen mühsam ist und noch in den Anfängen steht, weil es doch manche Hemmungen gibt, die zu überwinden sind, könnte die Einsicht zunehmen, daß Eigeninitiative und Werthaltungen, die viele als unmodern über Bord geworfen haben, neben der staatlichen Hilfe im sozialen Bereich einen festen und unverzichtbaren Platz haben.

Es kann aber, meine Damen und Herren, keine Frage sein, daß neben organisatorischen und finanziellen Maßnahmen der Sozialhilfe ein ernsthafter Versuch unternommen werden muß, die Bevölkerung auf die Vorgänge im gesellschaftlichen Bereich und ihre Folgen hinzuweisen. Auf die Dauer schafft es für den Staat unlösbare Probleme, wenn eine größere Zahl von Familien ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Die Milderung von Schäden im Einzelfall durch die Sozialarbeit ist notwendig, aber unzureichend. Wir müssen die Menschen wieder stärker auf die Aufgaben der Familien und das öffentliche Interesse an funktionsfähigen Familien hinweisen.

Die Landesregierung hat im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit den Familienverbänden mit der Herausgabe einer Familienfibel und der Wahl des Themas «Familie» bei der Dornbirner Messe einen Vorstoß in diese Richtung unternommen.

Die Diözese Feldkirch hat vor einigen Jahren eine bemerkenswerte Initiative in Gang gesetzt, deren Bedeutung von vielen auch in diesem Hause unterschätzt und als Doppelgleisigkeit zu bestehenden Beratungseinrichtungen mißverstanden wurde, nämlich die Bildung eines Ehe- und Familienzentrums nicht als Maßnahme der Beratung, sondern als eine Initiative der Vorbeugung, der Bildung der öffentlichen Atmosphäre und des Verständnisses für die Familienangelegenheiten insgesamt. Es ist dies ein Schritt genau in die richtige Richtung, der vom Land finanziell maßgeblich gestützt wird. Die Diözese beabsichtigt, im nächsten Jahr einen Medienmann einzustellen, der die Öffentlichkeitsarbeit, die Werbung für das Verständnis für die wichtige Rolle der Familie im Land vorantreiben soll. (Zwischenruf) Dieser Wunsch entspricht den Ergebnissen der bisherigen Beratungen der Experten des Familienarbeitskreises im Rahmen des Modells Vorarlberg der ÖVP und wird in diesem Budget berücksichtigt. Meine Damen und Herren, in der Familienpolitik unterscheiden wir uns eben wesentlich von der Haltung der Sozialistischen Partei, die in keinem Fall von kleinen Gemeinschaften etwas hält, und in allen Fragen (Zwischenruf Winder: Auch Kleinvieh macht Mist!) unübersichtlichen Apparaten den Vorzug gibt.

In diesem Bereich fehlt der Regierung in Wien und unseren Kollegen von der Sozialistischen Fraktion dieses Hauses gerade der Ansatz von Verständnis.

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, in möglichst vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens von großräumigen Modellen wegzukommen und kleinräumige, übersichtliche und gewachsene Gemeinschaften zu fördern. Das bedeutet neben der Stärkung der Familien, Förderung der Nachbarschaften, der dörflichen und städtischen Gemeinschaften und ihrer Vereine und auch Stärkung des Landes.

Es bedeutet für uns auch, den Versuch zu unternehmen, die bestehende Verfassung des Landes in der Weise fortzuentwickeln, daß die Bürger direkteren Zugang zu den Entscheidungen bekommen. Bei der kommenden Änderung der Landesverfassung soll nach Auffassung der ÖVP-Fraktion eine Landesvolksanwaltschaft eingerichtet werden, und ich hoffe, daß wir in Gesprächen mit den anderen Fraktionen eine Konstruktion finden können, die dem

Grundsatz der Sparsamkeit entspricht. Es soll Volksbegehren und Volksbefragungen im Bereiche der Landesverwaltung geben, und es sollen verbesserte Informationsmöglichkeiten für interessierte Bürger geschaffen werden.

Damit beweist die politische Führung Vorarlbergs die Aufrichtigkeit des Anliegens der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980, indem im eigenen Bereich getan wird, was vom Bund verlangt wurde; die starre, rückständige und im letzten für Vorarlberg beschämende Haltung sozialistischer Mandatare in dieser wichtigen Frage ist allgemein bekannt (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Wir haben wenigstens eine Haltung! - Glocke des Präsidenten).

Eines der großen Anliegen der Landespolitik ist es, den Bürgern die Möglichkeit des Erwerbens und der Anmietung erschwinglicher Wohnungen zu geben. Die vom Land über das Budget ausgeschütteten Wohnbauförderungsmittel, einschließlich der über den Wohnbaufonds laufenden Gelder, haben die 800 Millionen Schilling-Grenze pro Jahr fast erreicht. Trotzdem führen die Höhe der Kreditzinsen und Preissteigerungen insbesondere auf dem Grundstückesektor, zu einer schwierigen Situation für diejenigen Durchschnittsverdiener, die eine Wohnung kaufen wollen oder sich ein Eigenheim bauen möchten. Zur Erleichterung wird eine Zwischenfinanzierung für Bauparkassenmittel aus Landesgeldern durchgeführt. Es ist ferner beabsichtigt, eine wesentliche Verbesserung der Richtlinien der Förderung durchzuführen.

Eines ist aber, entgegen Ihrer Wortmeldung, Herr Kollege Winder, ganz klar zu sagen, wenn nicht so viele Menschen in Vorarlberg unter Aufbietung aller Kräfte bereit wären, ein Eigenheim zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen, daß das Finanzierungssystem, und das verschweigen Sie immer, unserer Wohnbauförderung, das ja bekanntermaßen Vorarlberg benachteiligt, längst zusammengebrochen wäre. Wenn dieser Leistungswille der Bevölkerung nachließe, wäre mit 800 Mio. S pro Jahr die jetzige und notwendige Wohnbauleistung in Vorarlberg nicht zu halten. Wir hoffen also, mit diesem Schwerpunkt des Landesbudgets den Leistungswillen der Bevölkerung im Wohnbaubereich so zu ergänzen, daß wir die nötige Wohnbauleistung halten können. (Zwischenruf Dr. Keck eis: Das ist ja Ausbeutung, kein Leistungswille mehr!) Das ist eine Bemerkung, die ich nicht weiter kommentieren möchte. (Zwischenruf Dietrich: Das würde Ihnen auch schwerfallen!) Es gibt Ausdrücke, deren Kommentierung und Beurteilung man ruhig der Bevölkerung überlassen kann. Ein Begriff wie «Ausbeutung» hat im politischen Klima Vorarlbergs keinen Platz.

Das Festhalten des Bundes an der Notstandsgesetzgebung im Mietrecht, die nach den Weltkrieg Jahren absolut gerechtfertigt war, über 35 Jahre nach dem Krieg, ist ein Übel, das den Wohnungsmarkt auch in Vorarlberg belastet. Das neue Mietengesetz wird diesen Zustand nicht zum Besseren wenden. Dabei wäre es nicht schwer gewesen, die sozialen Erfordernisse eines vernünftigen Mieterschutzes mit einer vertretbaren Rentabilität für Wohnbauinvestitionen zu verbinden. Das Vorarlberger Volk hat daher am 15. Juni des letzten Jahres, aber offenbar - vorläufig für die Dauer der sozialistischen Mehrheit in Wien - erfolglos verlangt, daß eine wesentliche Stärkung der Zu-

ständigkeits- bzw. Mitwirkungsrechte des Landes in Teilen des Mietrechtes stattfinden soll. Entgegen diesem Wunsch Vorarlbergs haben National- und Bundesrat eine zentralistische Lösung getroffen, die für Vorarlberg nicht paßt. Die Vorarlberger Nationalräte und der Bundesrat der SPÖ haben hier kaltblütig gegen die Volksabstimmung votiert. (Zwischenruf Winder: Denen sind die Mieter im Land halt wichtiger!) Meine Damen und Herren, ein besonderer Erfolg der Politik der Mehrheit dieses Hauses und der Landesregierung stellt der praktische Abschluß des Baues neuer berufsbildender Pflichtschulen und Fachschulen im Lande dar. Gemeinsam mit den Pflichtschulen der Gemeinden und den mittleren und höheren Schulen des Bundes wird der nächsten Generation, unserer Jugend, eine ausgewogene Palette von ortsnahen Bildungseinrichtungen geboten. In diesem Bereich finden die jungen Vorarlberger beste Voraussetzungen vor.

Es läßt sich aber nicht leugnen, daß zwar nicht der Großteil, aber doch eine zu große Minderheit unserer Kinder und Jugendlichen mit Dingen konfrontiert werden, die noch vor 20 Jahren die jungen Menschen nicht gefährdeten oder belasteten.

Ich denke hier nicht nur an die besonders ins Auge fallende Suchtgiftproblematik, sondern überhaupt an eine um sich greifende Atmosphäre der Unsicherheit. Es wäre sicher ein überzogener Anspruch, wollte die Politik Wertvorstellungen von Teilen der Bevölkerung umdrehen. Aber ganz außerhalb der Verantwortung der Politik Hegen diese Dinge auch nicht. Jedenfalls mehrten sich in jüngster Zeit Stimmen, die der Auffassung sind, daß sich der Staat im Bereich der Sicherheit zu weit zurückgezogen hat, daß es nicht gut ist, wenn im Bereich der Sicherheit und auch im Bereich des Jugendschutzes der Handlungsspielraum des Einzelnen fast unbegrenzt ist, weil es dazu führt, daß ungeliebte Elemente sich auf Kosten der Mehrheit breit machen.

Es gibt bescheidene Anzeichen dafür, daß eine Bewegung entstehen könnte, in der Bürger den Schutz nicht nur der materiellen, sondern auch der geistigen Umwelt für sich und ihre Kinder verlangen. Und was im Bereich des Wirtschaftslebens nach leidvollen Erfahrungen in der ersten Republik erkannt wurde, nämlich daß eine völlige oder fast völlige Abwesenheit staatlicher Regelung zur Freiheit einiger weniger und zur Unterdrückung vieler führt, gilt genauso in diesem Bereich. Und hier huldigt man beim Bund seit Jahren einem falschen Freiheitsbegriff, der einiges verdreht. Die Bundespolitik hat die Entwicklung sicher nicht herbeigeführt. Man hat aber manche Dinge statt zu bremsen, eher noch beschleunigt. Ich erinnere an das Beispiel der Aufhebung des Landstreichereiparagraphen und alles, was sich rund um die Zuhälterzene abspielt. In den letzten Jahren war es doch so, daß jede Bestimmung, die Behörden zum Schutze der Bürger, insbesondere der Jugend, Befugnisse erteilte, als verdächtig behandelt wurde. Im Bereich der Sicherheit war ja alles zu viel. Denken wir an eine Äußerung eines Vertreters der sozialistischen Fraktion dieses Hauses, der die Möglichkeit von Hausdurchsuchungen bei Suchtgiftmißbrauch und gewerbsmäßiger Unzucht im Zusammenhang mit Jugendlichen entschieden ablehnte. Das sei eine Bestimmung, bei der man das Gefühl hat, daß die Freiheit zentimeter-

weise sterben könnte.

Ich frage Sie, wer will, daß sich der Staat in diesem Bereich weiter zurückzieht? Wem nützt es? Die Eltern haben jedenfalls kein Interesse daran, daß die an sich dürftigen Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einflüssen fern zu halten, noch weniger wirksam werden. Die Mehrheitsfraktion wird sich erlauben, im Bereiche der inneren Sicherheit die bescheidenen Möglichkeiten des Landes zu nützen (Zwischenruf Dr. Häfele: Die Todesstrafe einführen!), um die innere Sicherheit zu fordern und den Jugendschutz ernst zu nehmen - Herr Dr. Häfele, im Gegensatz zu Ihnen vermeide ich Extremäußerungen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Leider!)

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Spielapparatesgesetz, das ein noch vor einem Jahr bestehendes Problem des Jugendschutzes fast ohne Nebenwirkungen beseitigt hat.

Der Wahrheit halber muß gesagt werden, daß in diesem Bereich bei der SPÖ-Fraktion für eine strenge Regelung Verständnis bestand.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Zivilschutzes wird eine ernstzunehmende Anstrengung unternommen, einen Schutzstollen aus dem 2. Weltkrieg als Musterstollen zu sanieren, um weiteren öffentlichen Schutzraum zu erhalten. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wieviel Leute gehen da hinein?) Einige Hundert Leute.

Zivilschutz ist eine Aufgabe. Schauen Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn Sie das Anliegen des Zivilschutzes glauben lächerlich machen zu können, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Mit solchen Alibihandlungen schon, Kollege Sausgruber!) habe ich nichts dagegen - Zivilschutz ist eine Aufgabe, die alle Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden, und auch die Bürger unmittelbar befassen muß, wenn sie bewältigt werden soll. Das Land will hier im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Schritt vorangehen und die anderen Gebietskörperschaften einladen mitzumachen. Und wenn Sie einen Betrag von 1 Mio. S als Alibi bezeichnen, dann liegen Sie meiner Meinung nach falsch.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Wirtschaftspolitik hat sich die Stimmung verdüstert. Die Entwicklung des Marktes und eine Bundespolitik, die nicht die Ausgaben an den Einnahmen, sondern umgekehrt die Einnahmen an den Ausgaben ausrichtet, haben dazu geführt, daß die Situation angespannt ist. Im Budget des Landes sind im Umfang der frei verfügbaren Mittel des Landesvoranschlages entsprechende Beträge für die Förderung von Investitionen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und ein Ansatz für die Sanierung von Betrieben vorgesehen. Es muß uns klar sein, daß die Beiträge des Landes in diesem Bereich verglichen mit den Summen, um die es gehen könnte, sehr bescheidene sind. Vom Landesbudget geht aber immer noch wegen seiner hohen Investitions- bzw. Investitionsförderungsquote im Unterschied zum Bundeshaushalt eine belebende Wirkung aus, die die Vollbeschäftigung sichern hilft.

Es ist eine weit verbreitete und wohl genährte Illusion, daß Vollbeschäftigung in erster Linie durch eine bestimmte Politik der Regierungen herbeigeführt wird. In Wirklichkeit sichern Arbeitnehmer und unternehmerische Menschen in unseren Betrieben durch ihren Fleiß, ihre Disziplin und

ihre Beweglichkeit, auf neue Situationen einzugehen, und zwar keineswegs in erster Linie in großen und größten Betrieben, sondern sehr maßgeblich in kleinen und mittleren Betrieben, die Vollbeschäftigung.

Die Gebietskörperschaften können am meisten zu einer brauchbaren Entwicklung beitragen, indem sie stabile und erträgliche Rahmenbedingungen schaffen und bei den Bürgern nicht die Illusion nähren, daß eine gute Politik alles Wünschbare und noch ein bißchen mehr sofort und ohne Kosten und Nebenwirkungen leisten könne. Und im Bereich des Schaffens von Illusionen liegt wohl der Hauptfehler der sozialistischen Bundespolitik in den letzten zehn Jahren. (Zwischenruf Winder: Das ist eine Illusion, das Gefühl habe ich auch, bei Gott!)

Zu den Rahmenbedingungen, die Voraussetzung für eine lebensfähige Wirtschaft sind und die Politik beschäftigen müssen, gehört die ausreichende und sichere Versorgung mit preisgünstigen Energien. In diesem Bereich wird in Vorarlberg seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Politik betrieben, die in den letzten Jahren einen neuerlichen wichtigen Fortschritt gemacht hat. Es ist gelungen, die Finanzierung eines weiteren Kraftwerkes im Walgau zu sichern und die Gasversorgung des Landes einen großen Schritt weiter zu bringen. Es wird der Politik oft vorgeworfen, sie agiere nur nach kurzfristigen Gesichtspunkten. In diesem Fall ist das Gegenteil geschehen. Hier wurde eine langfristige Konzeption in die Wege geleitet, die eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Wirtschaft des Landes und damit auch für die Vollbeschäftigung bildet.

Herr Klubobmann Winder, Ihre vorverlegte maßvolle, ich will nicht sagen mäßige, Wahlrede enthält mangels Tiefgang nicht viel, was der Erwähnung wert wäre. Ich halte es aber für falsch, die Landesregierung zu kritisieren, weil sie im Bereich des Straßenbaues dem geänderten Umweltschutzbewußtsein Rechnung trägt und bei Auftreten von Bürgerinitiativen oder Widerständen von Gemeinden mit der Entscheidung zuwartet und Alternativen prüft. Hiervon Entscheidungsschwäche zu sprechen, halte ich für verfehlt. (Zwischenruf Winder: Also sprach der Landesbeamte Dr. Sausgruber!) Der Versuch, alle für die von der Bundesregierung zu lösenden Probleme im Lande der Landesregierung in die Schuhe zu schieben, ist ebenfalls verfehlt. Es gibt in einem Bundesstaat eben Bereiche - und bei uns sind es sehr viele - für die die Bundesregierung nicht nur die Zuständigkeit hat, sondern vor allem auch im Finanzausgleich die Gelder bekommt. Es ist ein billiges Verlangen der Landesbürger, daß die Bundesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich auch die Entscheidungen trifft und die Gelder in Vorarlberg aufbringt. (Zwischenruf Dietrich: Wo bleibt denn Ihr Föderalismus? - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!)

Unverständlich, meine Damen und Herren, war mir die Bemerkung des Herrn Klubobmannes Winder, daß die Landesregierung nicht dem Vorarlberger Volk verantwortlich sei und die Ausführungen über die Volksabstimmung vom 15. Juni 1980. Ich habe es hier schon einmal erklärt: Ich bewundere den Mut sozialistischer Mandatäre, nach dem 15. Juni 1980 in dieser Weise über Volksabstimmungen überhaupt zu sprechen. Herr Klubobmann Winder (Zwischenruf Winder: Wer hat denn Mut?). Sie-

hatten die Freundlichkeit, im Rechtsausschuß zu sagen, der Landeshauptmann wird nach durchgeführter Volksabstimmung gegen Ihren Willen nicht über die Schwelle des Zimmers des Bundeskanzlers kommen.

Mit dieser Voraussage haben Sie nicht recht behalten. Am 10. Dezember wird eine Verhandlung (Zwischenruf* Winder: Das habe ich nicht gesagt! Glocke des Präsidenten) Das haben Sie gesagt, ich war Zeuge dieser Veranstaltung und dieser Entgleisung.

Am 10. Dezember wird eine Landeshauptleutekonferenz stattfinden, und man wird sehen, ob die Wünsche des Vorarlberger Volkes wenigstens zum Teil Berücksichtigung finden. Wenn nicht - ich gehöre zu den Skeptikern (Zwischenruf Winder: Ich auch!) - spricht das nicht gegen die Vorarlberger Landesregierung, spricht das auch nicht gegen die Vorarlberger, die abgestimmt haben, sondern dann spricht das gegen die Bundesregierung und gegen die beschämende Haltung der sozialistischen Fraktion hier im Vorarlberger Landtag.

Und wenn Sie mir noch eine Bemerkung erlauben: ihr Ausritt gegen soziale Marktwirtschaft, die doch in Österreich und in Vorarlberg im besonderen bisher wenigstens vollkommen unbestritten war, halte ich für eine Entgleisung. Ich hoffe nicht, daß Ihre Alternative (Zwischenruf Dr. Häfele: Was haben Sie gegen einen Jesuiten?) - ich will Ihnen das ja auch nicht unterstellen - die sozialistische Planwirtschaft ist.

Das einzig Erfreuliche an Ihrer Wortmeldung, Herr Klubobmann Winder, war, daß der Herr Kollege Dr. Häfele nicht der Landtag ist. Ich gestehe, daß die Vorstellung, daß hier 36 Häfele sitzen, mir nicht besonders angenehm wäre. (Zwischenruf Dr. Häfele: Besser als 36 Renner, Herr Kollege. Dann wäre der Landtag leer!)

Meine Damen und Herren, in wenigen Minuten ist es nicht möglich, auf alle Schwerpunkte, der Landespolitik, die sich im Budget niederschlagen, einzugehen. Der Budgetentwurf der Landesregierung, erarbeitet von Landesstatthalter Dr. Mandl und seinen Mitarbeitern, ist ein Abbild der Landespolitik, die sachbezogen und unter Verzicht auf Illusionen sich an den Interessen der Bürgerorientiert. Die Fraktion der Volkspartei wird diesem Vorschlagsentwurf ihre Zustimmung erteilen und ihn zum Landtagsbeschluß erheben. (Beifall bei der ÖVP)

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zur Wortmeldung des Kollegen Sausgruber kurz Stellung nehmen, der immer wieder gerne mit Halbwahrheiten vom Rednerpult aus agiert.

So etwa wenn er erklärt, der Landstreicherparagraph sei aufgehoben worden und nicht hinzulügt, daß diese Aufhebung auf einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes basiert. Wenn er so tut, als ob die strafrechtlichen Bestimmungen der Prostitution - er hat sie gleich anschließend an den Landstreicherparagraphen erwähnt - als ob die allein von der Sozialistischen Partei beschlossen worden wären. Meine Damen und Herren, die Strafrechtsreform, Kollege Sausgruber, das schreiben Sie sich ins Stammbuch, ist bis auf einen Paragraphen, nämlich den § 144, mit den

Stimmen aller drei Parteien beschlossen worden. Und wird nicht der Meinung, Herr Landeshauptmann, daß eine Reform nun für weitere 10 Jahre unantastbar bleiben soll. Sie wissen und kennen auch die Bereitschaft des Ministers in der Richtung, auch strafrechtlich einiges zu tun und zu verändern.

Kollege Sausgruber hat gemeinsam mit seinem Parteifreund Mandl gemeint, die Budgetpolitik des Landes unterscheide sich wohltuend von jener des Bundes, weil er jetzt schon die letzten 11 Jahre jeweils einen Sparhaushalt, soweit dies möglich sei, dem Hohen Haus präsentieren könne. Kollege Mandl, ich sage Ihnen nur eines: Hätte der Bund jene Budgetpolitik betrieben, die Sie seit 10 Jahren betreiben, dann hätte der Motor Ihrer Einnahmen schon längst zu stottern begonnen und nicht, wie Sie meinen, daß der Wirtschaftsmotor nicht so angelaufen sei, wie die Bundesregierung dies gewollt hätte. Er ist auf jeden Fall dank dieser Politik, meine Damen und Herren, besser gelaufen, als in all jenen Staaten, wo Budgetpolitik nach konservativem Muster betrieben wird. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Das sind Schlagworte!) Ich komme zum Dritten, Herr Kollege Rümmele, und das werde ich Ihnen noch beweisen, daß dies keine Schlagworte sind, sondern sehr wohl richtig ist. Kollege Sausgruber hat gemeint, es sei ein großer Irrtum -jetzt komme ich auf Ihren Einwand - wenn man glaube, die Regierung mache Wirtschaftspolitik. Meine Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, die Regierung allein macht nicht Wirtschaftspolitik. Das ist völlig richtig. Aber eine Frage sollten sich, glaube ich, auch die ÖVP-ler vorlegen: Wenn Sie in ganz Europa herum schauen und davon ausgehen, daß etwa der deutsche Unternehmer, der belgische Unternehmer, der englische Unternehmer und auch der Schweizer Unternehmer und die Arbeitnehmer in diesen Ländern - das setze ich voraus - genauso tüchtig sind, wie die österreichischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und es trotzdem im wirtschaftspolitischen Ergebnis zu derart gravierenden Unterschieden zu Gunsten unseres Staates kommt, dann muß zumindest ein Residuum, eine Restgröße an Politik verbleiben, die für dieses Ergebnis verantwortlich ist. (Zwischenruf) Und ohne überheblich sein zu wollen, glauben wir doch, daß es eben diese Wirtschaftspolitik ist, die von dieser Bundesregierung betrieben wird, und die sich wohltuend von jener der ÖVP-dominierten Länder unterscheidet. Denn sie haben den Bund, obwohl sie weitaus finanzkräftiger wären und weitaus mehr Möglichkeiten hätten, sie haben den Bund trostlos, Kollege Mandl, im Stich gelassen. Hoher Landtag! Bei der letztjährigen Budgetdebatte hat sich auch der Abgeordnete der ÖVP, Dr. Walter Renner, zu Wort gemeldet und u.a. folgendes von sich ergeben. Ich zitiere aus dem Protokoll über die 9. Sitzung des XXIII. Vorarlberger Landtages, S 393 ff, wo er die Wirkung unserer Anträge auf das Budget aus seiner Sicht, wie folgt, umschrieben hat: «Statt daß die Sozialisten nun Vorschläge einbringen heute, wie man dieses Schwein hier mit einigen Dutzend Millionen mästen könnte, versuchen sie, unten den Bauch aufzuschlitzen und noch auszuräumen, was in dem Schwein drin ist. Es gelingt nicht ganz, weil der Landesstatthalter Mandl seine schützende Hand darüber hält.»

Zum Antrag der SPÖ, bei der Öffentlichkeitsarbeit eine Million einzusparen, hat Dr. Renner gemeint: «Wasser zu predigen und dort, wo man selber die Möglichkeit hat, solches zu tun, nicht nur Wein zu trinken, sondern ich möchte schon sagen, Champagner zu saufen, das ist doch einigermaßen unglaublich ... Ich meine, der Politiker muß einfach eine Verantwortung haben, nicht nur an die morgige Zeitungsausgabe zu denken, sondern wenigstens diese drei, vier, fünf Jahre, die eine Budgetprognose andauert.»

Mit der letzten Bemerkung, meine Damen und Herren, hätte Renner sogar recht, nämlich dann, wenn die vom Statthalter dem Hohen Haus im Jahre 79 vorgelegte Prognose, und über sie muß ich nun im Zusammenhang mit dieser Debatte einige Worte verlieren, auch nur einen Hauch von Realitätssinn bewiese. Sie hat ihn nicht. Die bis jetzt überprüfbaren zeitlichen Abschnitte der Finanzvorschau bestätigen unsere bereits im Jahre 1979 ausgesprochenen Befürchtungen vollinhaltlich: Die mittelfristige Finanzprognose des Landes ist weniger eine der tatsächlichen Entwicklung möglichst nahekommende Entscheidungshilfe, was ja der Sinn einer solchen Vorschau wäre, sondern ein politisches Druckmittel, um Wünsche der Opposition; vielleicht auch solche der eigenen Fraktion, schon im vorhinein im Keime zu ersticken, indem Entwicklungspfade aufgezeigt werden, die zum Großteil der Fabelwelt zuzuordnen sind.

Wenn man unter einer Prognose die Gewinnung von Information über den künftigen finanziellen Entscheidungsspielraum versteht, dann genügt es nicht, wie von Dr. Mandl praktiziert, zu behaupten: «So schaut es aus, wenn wir so weitermachen», sondern es haben auch die Annahmen, die den Hochrechnungen zugrundegelegt wurden, ständig auf ihre Aktualität hin geprüft und korrigiert zu werden. Das letzte Mal, Herr Statthalter, ist die Prognose im Jahre 1979 überarbeitet worden, was Sie aber nicht hindert, heute immer noch so zu tun, als ob die damals ermittelten Werte und die darauf aufbauenden Entwicklungen brandaktuell wären.

Solange die Prognose, Hoher Landtag, nur Meditationszwecken für den Finanzreferenten dient, mögen die Zahlenspiele gleichgültig sein. Wenn sie aber Basis für wesentliche politische Entscheidungen bilden, und das Budget und die nicht berücksichtigten Anträge sind eine solche, hat die Vorschau permanent und bestmöglich an die Realität angepaßt zu werden.

Daß die Kritik an dieser Prognose berechtigt war, läßt sich heute bereits beweisen. Als Beispiel ziehe ich zwei Ansätze heran, die weder von Dr. Mandl noch von der ÖVP beeinflussbar sind, denn sonst würden sie sagen, kein Wunder, wir haben ja gegengesteuert. Die Einnahmen, meine Damen und Herren, sind von einem kleinen Teil abgesehen, nicht beeinflussbar. Schon vor zwei Jahren haben wir bei der Debatte, damals zum Budget 1980, behauptet, daß das Aufkommen bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben infolge der Elastizität der darin enthaltenen Steuern sich wesentlich günstiger entwickle, als in der Prognose, und ich muß hinzufügen bewußt, angenommen wurde. Wir haben damals erklärt, daß sie schon 1980 unter der Realität lägen und Recht behalten. Den prognosti-

zierten 1 Mrd. 274 Mio. Schilling standen Einnahmen im Ausmaß von 1 Mrd. 401 Mio. Schilling gegenüber. Für das Jahr 1981 haben wir, grob geschätzt, 30 - 40 Mio. Schilling Mehreinnahmen gegenüber der Prognose vorausgesetzt, geworden sind es um 78 Mio. Schilling mehr. Für das Jahr 1982 ein um 70 - 80 Mio. Schilling höherer Betrag; es werden garantiert weit über 100 Mio. Schilling mehr sein. Ähnliches läßt sich zur Ausgabenentwicklung sagen. Weder die Sozialhilfeausgaben, Herr Statthalter, so stark sie gestiegen sind, noch die Personalausgaben, um zwei wesentliche Bereiche zu nennen, haben jenes Steigerungsmaß erreicht, das Sie den Berechnungen zugrundelegten. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß im Bereich der Sozialhilfekosten Zuwächse von 18,5% problematisch sind, wenn man gleichzeitig annimmt, daß 70% der Ausgaben für die Sozialhilfe auf die Anstaltsunterbringung von Sozialhilfeempfängern entfallen und bei diesen Anstalten durchschnittlich Ausgabenzuwächse von 10% zugrundegelegt werden. Rechnerisch kann dann die Steigerung nur zwischen zwölf, bei Berücksichtigung eines Unsicherheitsfaktors, und vierzehn Prozent liegen, was durch die tatsächliche Entwicklung, retrospektiv gesehen, dieser Ausgabenkategorie bestätigt wird.

Meine Damen und Herren! Es geht bei diesen Beispielen nicht um eine Rechthaberei, sondern nur um die Widerlegung der Behauptung, die Sie mehr als einmal aufgestellt haben, daß auch die Prognose bestätige, Herr Statthalter, daß sozialistische Anträge einfach nicht finanzierbar seien. Wirklichkeitsnähere und korrektere Annahmen bei der Errechnung einzelner Einnahmen- und Ausgabenkategorien, von uns schon im Jahre 1979 - und zwar sehr begründet - verlangt, beweisen heute das Gegenteil. Ich möchte Sie, Herr Statthalter, ersuchen, diese Prognose baldigst wieder zu überarbeiten, und dann Prämissen zugrundelegen, die auch ernst genommen werden können.

Unbeschadet dieser Tatsachen verkennen auch wir nicht, daß das Budgetieren nicht leichter geworden ist.

Das Wirtschaftswachstum wird im kommenden Jahr etwa 2% erreichen, die Preissteigerungen ca. 6%, die Arbeitslosenrate rd. 2,4%.

Es wird alles getan werden müssen, meine Damen und Herren, um diese günstige Arbeitslosenrate halten zu können, was auch dadurch verdeutlicht werden mag, daß in Anbetracht der erwarteten Produktivitätssteigerung bis 1987 um etwa 2% pro Jahr, sich eine zusätzliche Arbeitskräftenachfrage von 0,5% jährlich ergeben wird, während das Angebot an inländischen zusätzlichen Arbeitskräften jedoch um 1% wachsen wird. Nicht von ungefähr stellen wir daher einen Schwerpunktantrag, nämlich den arbeitsintensiven, mit hoher Multiplikatorkwirkung versehenen Wohnbau stärker zu dotieren.

Auf die Anträge möchte ich noch zu sprechen kommen. Vorher soll aber ein anderes, sehr begründetes Anliegen der Sozialistischen Landtagsfraktion zur Sprache kommen, das mein Kollege Winder bereits angeschnitten hat. Wir haben vom Herrn Statthalter einen detaillierten Bericht über die im vergangenen Jahr getätigten und im beginnenden Budgetjahr voraussichtlich anfallenden Subventionen verlangt. Vor allem geht es uns um die im freien Ermessen liegenden Förderungsvergaben, also genaugenommen die

Kennziffer 5 der 6. Dekade des Budgetansatzes, die im vorliegenden Budget immerhin die stolze Summe von 461 Mio. Schilling oder 9% des Budgetvolumens ausmachen. Diese detaillierten Angaben, wer im Einzelfall gefördert wird, dient nicht der Befriedigung oppositioneller Neugierde, sondern ist Voraussetzung, um zu prüfen, wie gerechtfertigt die Subvention im einzelnen ist, ob eventuell im Subventionsbereich andere Schwerpunkte zu setzen und wo eventuell Einsparungen möglich sind. Dieses Prüfen und Abwägen, Hoher Landtag, kann nicht allein der Regierung überlassen werden, sondern es sind auch jene zu involvieren, die dieses Budget beraten, beschließen und zu verantworten haben. Einem Abgeordneten, Herr Landeshauptmann, mit fadenscheiniger Begründung (Datenschutz, Trennung von Exekutive und Legislative und dergleichen Ausreden, die Sie verwendet haben) diese Hintergrundinformation zu verweigern, ist ein neuerlicher Beweis, daß Sie umfangreiche Mittel, fern von jeder Rechtmäßigkeit und Überschaubarkeit, Herr Landeshauptmann (Zwischenruf Dr. Keßler: Rechnungshofkontrolle!) nach freiem Ermessen, und in Vorarlberg heißt das immer noch in erster Linie die Büchsenpanner der ÖVP mit Geldmitteln zu füttern, daß Sie diese Verteilung weiterhin so vernehmen wollen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Der Rechnungshof hat schon geprüft!) Und daß Sie sich - der Rechnungshof prüft alle paar Jahre - das Parlament hat die Voraussetzungen für eine eingehende Prüfung vorzufinden - und daß Sie sich dieses Machtinstruments, Herr Landeshauptmann, nicht gerne begeben wollen, ist mir aus Ihrer Sicht verständlich, aus der Sicht des Parlamentarier, gleich welcher Fraktion wir angehören, einfach ein unzumutbarer und unhaltbarer Zustand. (Zwischenruf Dr. Keßler: Vernebelung!) Die eindeutige Kopflastigkeit - nicht so nervös; ich meine Sie wissen, daß ich recht habe - auf Regierungsseite gehört hier dringendst und schleunigst korrigiert und Initiativen unsererseits sind in allernächster Zeit zu erwarten.

Meine Damen und Herren, der Statthalter hat traditionsgemäß seinen Voranschlag im November über die Presse der Öffentlichkeit vorgestellt und ebenso der Tradition entsprechend die Schwerpunkte seines Budgets verkündet.

Als Schwerpunkt der Ausgaben hat er u.a. wieder die Gemeindeförderung genannt, wobei er allerdings verschweigt, daß jene aus echten Landesmitteln, Herr Statthalter, unter Berücksichtigung der Inflationsrate nicht steigt, sondern sinkt. Was wirklich spürbar ansteigt dank dieser miserablen Bundespolitik sind die aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben gespeisten Bedarfszuweisungen, die für die Gemeindeförderung erst das Attribut «beträchtlich» zulassen, denn sie steigen inklusiv dieser Bedarfszuweisungen von 469 auf 503 Mio. S.

Das gleiche gilt für die Wohnbauförderung, die erst, was den Landeswohnbaufonds betrifft, über massiven Druck der SPÖ so angehoben wurde, daß er analog zu den Beiträgen des Bundes steigt; Sie selbst hätten um mickrige 8% den vorjährigen Ansatz erhöht, mickrig im Vergleich zum Wohnungsbedarf, der in Vorarlberg vor allem auf dem Sektor kostengünstiger Mietwohnungen besteht. Das Beispiel, das Kollege Winder vorgetragen hat, könnte ich natürlich fügenlos auch für Feldkirch übernehmen.

Im Straßenbau wäre es wohl am Platz. Herr Dr. Rümmele, die Mittel dort zu konzentrieren, wo Straßenbauprojekte, die sowohl vom Bedarf als auch von der Planung her überzeugend sind und daher von der Bevölkerung akzeptiert werden, und nicht Mittel budgettär zu binden, wo im Vorhinein bekannt ist, daß sie mit dem Projekt Schiffbruch erleiden werden. Als Beispiel nenne ich die L 46, die Diepoldsauerstraße, die mit 5.5 Mio. Schilling in diesem Budget dotiert ist. Die Sozialistische Fraktion wird die ersatzlose Streichung dieser Dotation beantragen, wobei ich mit dieser Feststellung kurz auf die Würdigung der Abänderungsanträge meiner Fraktion zu diesem Budget überleiten darf.

Wir haben, Hohes Haus, im Finanzausschuß Ausgabenanträge im Ausmaß von rd. 62 Mio. S und Einsparungsanträge im Ausmaß von rd. 37 Mio. S gestellt, was per Saldo Mehrausgaben von rd. 25 Mio. S oder etwas über 0.4% des gesamten Budgetvorlumes bedeuten würde. Mit dieser, wie ich meine, von Verantwortungsbewußtsein getragenen, maßvollen Vorgangsweise schien uns eine Basis der Verständigung und des Konsenses mit den Kollegen der ÖVP gegeben. Denn mit der inhaltlichen Berechtigung, Hohes Haus, der meisten Anträge haben Sie sich in der Vergangenheit ja immer identifiziert.

Und unser ständiges Drängen hat auch in Teilbereichen zu Erfolgen geführt. Ich nenne etwa die Finanzierung des Personalaufwandes bei Musikschulen und in einigen Bereichen auch. Und in der finanziellen Größenordnung, Hohes Haus, waren unsere Anträge von einem Ausmaß, daß selbst die Zugrundelegung kritischster Maßstäbe nicht ausreicht, um bei deren Erfüllung von unverantwortlicher Schuldenmacherei sprechen zu können. Wir haben, und das muß ich leider einräumen, nicht bedacht, und so kraß ist dieses Phänomen auch noch nie in Erscheinung getreten wie diesmal, daß sich das politische Rollenverständnis der 21 ÖVP-Kollegen dann erschöpft, die Regierungsmitglieder mit Lobhudeleien zu überschütten und in der Budgetpolitik als unkritische Wiederkäufer dessen aufzutreten, was ihnen Rudolf Mandl gründlich vorgekauft hat.

So war es kein Wunder, daß von einer einzigen, aber auch nur partiellen Unterstützung abgesehen, unsere Anträge in Bausch und Bogen abgelehnt wurden und der Finanzreferent gegenüber Anträgen anderer Parteien, gestatten Sie die Ausdrucksweise, Kollege Mandl, stur wie ein Bock aus jenem Wildpark, dessen Vereinspräsident er ist, sich widerstandslos durchsetzen konnte. Die von der FPÖ durchgesetzten Anträge ob ihrer Größenordnung von 2 Mio. S. Kollege Eß, vergessen wir am besten, was wohl auch im Interesse der Freiheitlichen Partei gelegen ist. Unsere Einsparungsvorschläge über insgesamt 37 Mio. S sind realistisch und leicht realisierbar. Es ist etwa nicht einzusehen, daß Institutionen wie das Institut für Föderalismusforschung, das zwar wissenschaftlich verbrämt, aber doch eindeutig sich vor den Karren der ÖVP spannen läßt, läßt mit einer halben Mio. Schilling dotiert wird. Das gleiche gilt für jene halbe Mio, die der Diözese zur Förderung der Ehe- und Familienbildung serviert wird. Meine Damen und Herren, diese Aufgabe, Herr Landeshauptmann, nimmt das Institut für Sozialdienste hinreichend

wenn die Diözese glaubt, sie müsse durch eine klerikal eingefärbte Beratung ergänzt werden, dann soll sie sie gefälligst aus den Kirchenbeiträgen bestreiten. (Zwischenruf Dr. Keßler: Jetzt ist die Katze wenigstens aus dem Sack!) Jawohl, jetzt ist die Katze in der Frage aus dem Sack. Das sehen wir überhaupt nicht ein, daß eine ideologisch motivierte, eine ÖVP-ideologisch motivierte Familienberatung mit öffentlichen Mitteln bestritten werden soll. (Zwischenrunde Glocke des Präsidenten)

Daß wir bei der Presseförderung eine gesetzliche Regelung wollen und ebenso meinen, daß die Vorarlberg-Information um eine Mio. Schilling billiger hergestellt werden kann, ohne Informationswert zu verlieren, darf ich als bekannt voraussetzen.

Daß im Ausgabenbereich Schwerpunktanträge im Bereich der Wohnbauförderung von sozialistischer Seite gestellt werden, wird niemanden wundern, der die triste Situation auf dem Mietwohnungssektor in Vorarlberg kennt, die durch die vor kurzem von Landesrat Gasser vorgelegte Wohnungsfehlbestanderhebung in keiner Weise wahrheitsgetreu reflektiert wird. Selbst der ÖVP hat hier etwas gedämmert, denn dem Antrag, den Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds um 12.2 Mio. Schilling zu erhöhen, ist sie mit 3 Mio. Schilling beigetreten. Wie Sie wissen, haben wir bei der Wohnbauförderung Ausgabenerhöhungen um 37.2 Mio. Schilling verlangt, die aber zum Großteil, nämlich mit 25 Mio. Schilling, durch Umschichtungen finanziert werden sollten. Der Mietwohnungsbaubau ist derzeit unserer Meinung nach stärker zu forcieren als jener von Eigentumswohnungen und Eigenheimen, wo partiell schon Schwierigkeiten bestehen, hierfür Käufer zu finden.

Gewundert hat uns das Verhalten der ÖVP zu unserem Antrag, den neuen Ansatz «Arbeitnehmerförderung» mit 13 Mio. Schilling zu dotieren. Daß vor allem die 8 Mio. Schilling, die zur Unterstützung der Pendler in Vorarlberg gedacht waren, von ÖAABLern im Finanzausschuß vehement bekämpft wurden, ist insofern verwunderlich, als in anderen Gremien der gleiche ÖAAB sich zu dieser Forderung bekannt hat. Daß Sie in dieser Frage Ihr inkonsequentes Verhalten, meine Damen und Herren vom ÖAAB, noch korrigieren können, dafür werden wir sorgen, wenn dieser Antrag zur Abstimmung gelangt.

Meine Damen und Herren, und nun noch kurz ein paar Worte zur Frage der Finanzierung unserer Anträge. Auch der neue Klubobmann der ÖVP argumentierte im Finanzausschuß ähnlich wie sein Vorgänger, indem er meinte, eine Erhöhung der Darlehensaufnahme zweckberücksichtigung unserer Anträge sei nicht mehr vertretbar. Wir kennen diese Leier bis zum Überdruß. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß durchaus nicht einzusehen ist, warum sozialistische Anträge ständig auf den unpopulären Weg der Fremdfinanzierung verwiesen werden sollen, während bei Finanzierung der von der Regierung vorgelegten Ermessensausgaben die laufenden Einnahmen herangezogen werden, sind unsere Anträge vom finanziellen Bedarf her gesehen derart maßvoll, daß sie auch Rudolf Mandls Auffassung von der Verschuldungsgrenze des Landes entsprechen. In seiner Budgetrede im Jahre 1979 hat er wörtlich folgendes von sich gegeben.

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten Rudolf Mandl wörtlich: «Hoher Landtag! Die sich immer stärker öffnende Schere zwischen der Einnahmen- und Ausgaben-seite der Landeshaushalte drängt nahezu zwangsläufig die Frage auf, wo denn die Verschuldungsgrenze des Landes liege. Nach mehrfach geäußerter Auffassung des Rechnungshofes wird sie dann überschritten, wenn der Schuldendienst eines Jahres 10% der Ertragsanteile-Einnahmen desselben Jahres übersteigt. Diese Faustformel auf die Prognose zählen der mittelfristigen Finanzvorschau angewandt zeigt klar, daß diese Limes bereits im Jahre 1982 deutlich überschritten würde. Finanzpolitische Beweglichkeit und ein Mindestmaß an Investitionsspielraum scheint jedoch nur dann gewährleistet zu sein, wenn die Verschuldung des Landes ganz wesentlich unter der möglichen Obergrenze gehalten werden kann.»

Unsere Anträge, meine Damen und Herren, die per Saldo rd. 25 Mio. S ausmachen, würden den Schuldenstand bei völliger Fremdfinanzierung um ganze 3.642.000 S wachsen lassen, sodaß er statt 133 136,6 Mio. S betrüge. Und selbst wenn Sie die von uns gestellten Einsparungsanträge aus ideologischen Gründen, Kollege Sausgruber unberücksichtigt ließen, und die Ausgabenanträge fremdfinanzierten, würden die Annuitäten um 8.9 Mio. S ansteigen. Wir wären dann immer noch - so meinen wir - weit, Herr Statthalter, von der möglichen Obergrenze, die im Jahre 1982 fast 200 Mio. S, das haben Sie ja bestätigt, betragen dürfte, entfernt.

Daß Sie durch Ihr Verhalten eigenen Aussagen Lügen strafen, beweist nur einmal mehr, wie wenig Ihnen auch an geringster Konsensbereitschaft liegt. Daß ein solches Budget für die sozialistische Fraktion nicht akzeptabel ist, wird jeder verstehen.

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Dr. Intemann.

Dr. Intemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ouvertüre der sozialistischen Fraktion zum Eröffnungskonzert der heurigen Budgetdebatte hat einige schiefe Töne mit sich gebracht, was mich umso mehr wundert, als Ihre Budgetkollegen in Wien aus dem letzten Loch pfeifen. Die oppositionelle Kritik, meine sehr geehrten Damen und Herren, an diesem Voranschlag 1982 ist vor allem eine politische Strukturkritik der Ausgaben des Budgets, zu der es in der Spezialdebatte noch sehr viel zu sagen gibt. Sie geht davon aus, daß dieses Budget die in Zahlen gegossene Regierungspolitik des nächsten Jahres darstellt; der einzige Grundsatz, dem man zustimmen muß.

Die Anträge der Opposition im Finanzausschuß belaufen sich - wie der Kollege Dr. Keckeis ausgeführt hat - auf rund 37 Mio. S an Einsparungsvorschlägen und rund 62 Mio. S an Mehrausgaben, was nach Adam Riese eine Mehrausgabenbelastung für das Land von rund 25 Mio. S bedeutet. Setzt man diesen Betrag in das Verhältnis zur Gesamtsumme dieses Budgets von über 2.530 Mio. S, dann könnte man zur Auffassung kommen, daß die sozialistische Kritik an diesem Budget, wie Sie sicherlich zugeben müssen, klä-

lich bewertet ist. Man könnte auch der Meinung sein und den Umkehrschluß ziehen, daß die sozialistische Fraktion mit diesem Budget abzüglich ihrer 25 Mio. S Mehrausgaben einverstanden ist. Und damit bliebe an der politischen Kritik nicht mehr allzuviel Substanz übrig.

Der Voranschlag 1982 wurde in intensiver Diskussion von der Regierung mit den Abgeordneten nach dem Grundsatz der Sorgfalt und der Sparsamkeit erstellt. Er befindet sich - und das kann man nicht oft genug betonen - in voller Übereinstimmung mit den erklärten und immer wieder überprüften Prioritäten der Politik der Volkspartei. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Budget 1982 aufgrund der sorgfältigen Abwägung der Interessen in diesem Land, ein Budget für alle Bürger dieses Landes ist. Wir sind auch davon überzeugt, daß es den Realitäten entspricht.

Zu diesen Realitäten gehört die wirtschaftlich immer schwieriger werdende Lage in Vorarlberg.

Zu diesen Realitäten gehört die Wachstumsprognose, die nach Schätzung des WiFo, wie schon bereits erwähnt, ein reales Wachstum von nur 2% voraussagt. Dem muß die Tatsache gegenübergestellt werden, daß wir zur Finanzierung der Budgetdefizite, zur Finanzierung der Sozialleistungen ein minimales reales Wachstum von 3,5% benötigen, daß wir zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ein Wachstum von real 4% benötigen.

Zu diesen Realitäten zählt weiters, daß der Inflationserwartung von nahezu 6% eine Arbeitslosenrate von nahezu 3% nach WiFo gegenübergestellt wird.

Dazu zählen sinkende Realeinkommen, die Besteuerung durch die kalte Progression, ein sinkendes Realeinkommen, weil die Inflationsentschädigung durch diese kalte Progression weggesteuert wird, und hohe Sozialabgaben.

Dazu zählen verschärfte Verteilungskämpfe, weil der wirtschaftliche Kuchen, den wir nächstes Jahr in Österreich produzieren, zu klein sein wird, als daß alle Interessen im Lande befriedigt werden können. Ein kleines Indiz erfahren wir derzeit bei den Gehaltsverhandlungen der Handelsangestellten.

Dazu gehören auch steigende Energiepreise und anhaltende hohe Zinsen.

Die Struktur der Ausgaben des Budgets 1982 paßt sich den erwarteten Aufgaben an. Die Bereiche Soziale Wohlfahrt, Wohnbauförderung, Gesundheit und Wirtschaftsförderung enthalten die am stärksten gestiegenen Budgetpositionen. Während die Ausgabensteigerungen im Gesundheitsbereich weitgehend auf den gestiegenen Personalaufwand in den Krankenhäusern zurückzuführen ist, sind in anderen Budgetbereichen echte zusätzliche, investitions-wirksame Ausgaben angesetzt. Dies ist deshalb von so großer Bedeutung für unser Land, weil auch in Vorarlberg die Folgen der wirtschaftlichen Rezession immer deutlicher zu spüren sein werden und das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten über das Budget gegensteuern muß. Zusammengerechnet geben diese Eigeninvestitionen des Landes eine Summe von über 2000 Mio. S. Das entspricht einer Zunahme gegenüber 1981 von über 170 Mio. S. In diesem Sinn kann das Budget auch als Investitionsstoß für die Wirtschaft Vorarlbergs und als erheblicher Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Vorarlberg

verstanden werden.

Wir wissen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Bundesländer nunmehr auch auf Vorarlberg übergreifen. Immer wieder hört man in Vorarlberg von Betrieben, deren Finanzierungsspielraum zusehends enger wird, sodaß nicht nur keine Investitionen mehr getätigt werden, sondern teilweise auch schon das Geld für die Lohnauszahlungen knapp wird. Seit Jahren hat die Volkspartei vor den Konsequenzen einer Steuer- und Abgabepolitik gewarnt, die unseren Betrieben das Eigenkapital entzieht. Jetzt, wo man dieses Risikokapital bräuchte, ist es nicht mehr da.

In den letzten zehn Jahren ist das Risikokapital in den Betrieben der Vorarlberger Industrie auf die Hälfte des Anteiles von 1970 gesunken.

Zum Ausgleich mußten die Investitionen und Warenvorräte in den Betrieben mit Fremdkapitalien finanziert werden. Die Hochzinspolitik der vergangenen Jahre verschärfte dieses Finanzierungsproblem noch, was in einem dramatischen Anstieg der Fremdkapitalzinsen seinen Ausdruck fand.

Die Aufwendungen für Fremdkapitalzinsen sind in den letzten fünf Jahren in den Vorarlberger Betrieben um über 350% gestiegen.

Wenn von der stark exportorientierten Vorarlberger Wirtschaft die hohe Kosten und Steuern nicht mehr in den Exportpreisen einkalkuliert werden können, ist es nicht verwunderlich, wenn zuerst einzelne und dann immer mehr Firmen an den Staat herantreten, um ihn zu ersuchen, die Suppe auszulöffeln, die er ihnen eingebrockt hat. Ich kann diese Haltung verstehen. (Zwischenruf Dr. Keckeis) Die verstaatlichte Industrie demonstriert, Herr Dr. Keckeis, dies im besten Ausmaß ja vor. Ich kann Sie aber nur bedingt teilen. Die Begründung der Subvention mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen ist zwar beeindruckend und publikumswirksam, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein subventionierter Arbeitsplatz niemals ein sicherer Arbeitsplatz sein kann, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Er kann aber ein sicherer Arbeitsplatz sein!) Dazu kommt, daß mir dem Argument der Arbeitsplatzsicherheit immer der bittere Beigeschmack der Bevorzugung der Großbetriebe verbunden ist.

Die Wirtschaftspolitik der letzten 10 Jahre, meine Herren von der sozialistischen Opposition, hat dazu geführt, daß in Österreich nicht mehr die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Vordergrund steht, sondern die Minimierung des Verlustes von Arbeitsplätzen. Daß eine solche Politik die Einzementierung von eingefahrenen Strukturen bedeutet, dürfte doch unbestritten sein. Das Ziel der neuen Wirtschaftspolitik, das haben inzwischen auch Ihre Kollegen in Wien erkannt, muß lauten, die Betriebe wieder in die Lage zu versetzen, Gewinne zu machen und mit neuen Investitionen neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Der Staat kann auf Dauer keinen einzigen Arbeitsplatz garantieren. Wir wollen keine subventionierten, sondern rentable Arbeitsplätze. Wie schnell dem Bund bei der Subventionierung der Arbeitsplätze der finanzielle Atem ausgeht, geht u.a. daraus hervor, daß er seine Zuschüsse von einer Landesbeteiligung abhängig macht. Bereits heute kann ich prophezeihen, daß über kurz oder lang auch die

Gemeinden zum Handkuß kommen, und wenn dies nicht mehr möglich oder nicht mehr finanzierbar ist, dann wird die neue Arbeitsmarktsteuer eingeführt, wie das bereits in Wien diskutiert wird. (Zwischenruf Winder: Grundsteuer für zehn Jahre geschenkt usw.!)

Derzeit finanziert der Bund seine Sanierungsmillionen, Herr Kollege Winder, mit den Beiträgen der Arbeitnehmer und der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von 2.6% der Bruttolohnsumme. Unter diesem Titel stellen Vorarlberger Arbeitnehmer und Unternehmer dem Sozialminister im heurigen Jahr eine Summe von über 560 Mio. S zur Verfügung. Zum Vergleich darf ich erwähnen, daß dies in der Größenordnung der gesamten Jahresabschreibungen plus Gewinne der Vorarlberger Industrie entspricht.

Über die Arbeitsmarktverwaltung, also über das Landesarbeitsamt, kommt von Wien im heurigen Jahr eine Summe von 240 Mio. S zurück. Das bedeutet, daß rund 320 Mio S an Beiträgen in Wien verblieben sind, mit denen die Arbeitsplätze der verstaatlichten Industrie subventioniert werden. Im nächsten Jahr wird den Arbeitnehmern und Unternehmern in Vorarlberg je zur Hälfte eine neuerliche Erhöhung aufgebrummt, die dem Sozialminister allein aus Vorarlberg ca. 60 Mio. S Mehreinnahmen bringen wird. Das bedeutet dann, daß wir von Vorarlberg 620 Mio. S mit Wien pro Jahr abliefern.

Ich glaube, daß es nicht zu verübeln ist, wenn das Land Vorarlberg der Meinung ist, daß jene Gelder, die von Vorarlberger Arbeitnehmern aufgebracht werden, in Krisensituationen auch wieder in das Land zurückfließen müssen, und zwar bevor andere Gebietskörperschaften und oder die Öffentlichkeit aufgefordert wird, Beiträge zu leisten. Es hieße nämlich (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das ist Solidarität der Arbeiter!), die Solidarität der Vorarlberger Arbeitnehmer über Gebühr zu strapazieren, wenn dieses Reeeveling nicht verbessert wird.

(Zwischenruf Dr. Keckeis: Man sollte einmal die Solidarität dieser Regierung untersuchen! Glocke des Präsidenten) Wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Bundesländer immer stärker auf Vorarlberg übergreifen, hat die Landesregierung für die Sanierungsfälle folgende Leitlinien erstellt:

1. Der Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft darf nicht verletzt werden. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ohne Rücksicht auf Verluste!) Dies gilt insbesondere für das Wettbewerbsprinzip. Das bedeutet, daß eine Sanierungshilfe, in welcher Form immer, keine Sanierung oder Subventionierung der Preise bedeuten darf, sodaß eventuell gesunde Unternehmen geschädigt werden.

2. Wie in der Vergangenheit erfolgreich bewiesen, wird der Hilfe außerhalb des Landesbudgets der Vorrang eingeräumt. Das heißt: Hilfestellung bei der Vermittlung von privatem Eigenkapital. Hilfestellung bei den Verhandlungen mit Banken und Behörden und bei der Realisierung von Vermögenswerten. Dies hat im Falle der Dornbirner Textilfirma immerhin dazu geführt, daß es dem zuständigen Landesrat Dr. Rümmele gelungen ist, durch Interventionen bei Banken und Vermittlungsgesprächen mit der Firma und den Banken Spannungen abzubauen, sodaß dieser Firma aus dem Landesbudget derzeit keine Mittel

zur Verfügung gestellt werden müssen.

3. Maßnahmen zur Verhinderung von Sanierungen, das sind insbesondere Vorbeugemaßnahmen, wie Investitionsanreize, aber auch beratende Kontrollen werden forciert. Hier kommt auch dem Bankenapparat eine ganz besondere Bedeutung zu.

4. Wird das Land aber vom Bund gezwungen, bei Sanierungen von Unternehmungen Beiträge zu leisten, dann sollen folgende Kriterien angewendet werden:

Die Sanierungshilfe kann nie ein verlorener Zuschuß sein.

Eine angemessene Beteiligung des Landes ist abhängig von einer angemessenen Bundesbeteiligung.

Das Privatvermögen des Unternehmers muß in verantwortlichem Ausmaß herangezogen werden.

-Ein positives Gutachten über den langfristigen Fortbestand des Unternehmens, das heißt ein erfolgsversprechendes Sanierungskonzept, muß vorliegen. Jetzt sind Sie auf dem laufenden, Herr Winder, wie das ungefähr aussieht.

Zusammenfassend darf ich wiederholen, daß sich das Budget 1982 in seiner Ein- und Ausgabenstruktur den erwarteten Realitäten im Lande anpaßt. Sollten sich neue Aufgaben stellen, sind Möglichkeiten der Umschichtungen innerhalb von Ausgabengruppen oder durch Nachtragsvoranschläge gegeben. Die Flexibilität ist gewahrt. Wir sehen daher aus der heutigen Position keine Veranlassung, eine weitere Änderung diese Budgets über die bereits erteilten Zusagen hinaus vorzunehmen.

Präsident: Um die zweite Fraktionsrunde noch abzuschließen, erteile ich nun noch vor der Mittagspause dem Herrn Klubobmann Eß das Wort.

Eß: Hoher Landtag! Wenn man das Landesbudget aus der Sicht der Regierungsparteien oder aus Sicht der Opposition sieht, im großen und ganzen kann man in beiden Fällen fast beruhigt feststellen, im Westen nicht allzuviel Neues. Das scheint auch für Häfele und Winder der Fall zu sein. Die Regierung legt einen Landesvoranschlag vor, dem man auch bei sachlich-kritischer Einstellung, wie unser Generalredner Dr. Mader das getan hat, gutheißen kann - den Umständen entsprechend. Die Opposition bleibt bei ihrer Methode, das Budget abzulehnen. Das Interesse an der großen, alljährlich wiederkehrenden Verteilungsdebatte ist entweder gering oder entspricht allenfalls einer schulischen Pflichtübung.

Meine Damen und Herren, müßig zu sagen, daß jedes Budget eine Reihe von Wünschen offen lassen muß. Dies gilt besonders zu einem Zeitpunkt, zu dem die öffentliche Hand, sei es der Staat, sei es das Land oder seien es die Gemeinden, gezwungen ist, auf mehr Spargesinnung umzudenken, der Not gehorchend, wohl in den seltensten Fällen dem eigenen Triebe. Nüchtern betrachtet ist dieses Budget tatsächlich da gebe ich Herrn Klubobmann Winder in seinem Radio-Interview recht - ein Budget, das den Alltag des Landes widerspiegelt. Denn mehr, als die ganz alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen, können die Länder mit ihrer fehlenden Finanzhoheit beim besten Willen nicht. Es ist auch das Landesbudget ein Abbild in vergrößertem Maßstab eines Haushaltes des kleinen Mannes

der sich keine großen Sprünge mehr leisten kann und überlegt einteilen muß. Daß bei der Einteilung diese oder jene Post nach Auffassung der Opposition und auch nach Auffassung der Regierungsparteien manchmal zu kurz kommen kann, oder diese und jene Post anscheinend etwas zu viel hat, das ist nach der Situation möglich. Man möge aber doch endlich Schluß machen mit dem Märchen von den reichen Ländern. Tatsache ist, daß der Budgetspielraum sowohl beim Bund als auch bei den Ländern und größtenteils auch in den Gemeinden weitestgehend ausgeschöpft ist. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern haben wir in Vorarlberg dank einer seit jeher eher zurückhaltenden Haushaltspolitik noch einen relativ hohen Ermessensspielraum. Die Zahlen wurden ja genannt. Was den Ländern fehlt, ist die eigene Finanzhoheit oder besser gesagt, eine gewisse eigene Finanzhoheit, die einem wirklichen Bundesstaat entspräche. Daß der Bund hier Vorteile hat, bleibt wohl unumstritten. Der Bund kann fast nach Belieben neue Steuereinnahmen erschließen und kann sich dazu noch als herrschender und regierender Partner bei den Finanzausgleichsverhandlungen Vorteile schaffen. Wie einseitig die Dinge liegen, läßt sich leicht beweisen.

Im Amstblatt der Österreichischen Finanzverwaltung vom 19. November ist der Abgabenerfolg des Bundes dargestellt, dazu die Vergleichszahlen September 1980 und die Vergleiche Jänner bis September 1980 und 1981. Demnach brachte in diesem Zeitraum die veranlagte Einkommenssteuer ein Mehr von 1.76 Mrd. S von insgesamt 17 Mrd. S. Die Lohnsteuer 49.9 Mrd. S und damit ein Mehr von 6,5 Mrd. S. Auch sehr bezeichnend, daß die Lohnsteuer hauptsächlich die Mittel liefert. Das Mehr an Umsatzsteuer betrug rund 6 Mrd. S - immer in diesem Vierteljahreszeitraum gegenüber dem letzten Jahr. Die Mineralölsteuer, die im Finanzausgleich verteilt wird, brachte ein Minus von 39 Mio. S, die Bundesmineralölsteuer jedoch, die dem Bund allein bleibt, ein Mehr von 1 Mrd. S. An Netto-Einnahmen verblieben dem Bund im Zeitraum Jänner bis September 1981 rund 117 Mrd. S. Dagegen verblieben Ländern und Gemeinden an Ertragsanteilen lediglich rund 50 Mrd. S. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erhielt der Bund ein Mehr von rund 14 Mrd. S, Länder und Gemeinden jedoch nur rund 3.8 Mrd. S. Diese Zahlen zeigen eigentlich deutlich, wie die Gewichte verlagert sind.

Die sozialistischen Kollegen haben vorgeschlagen, die Mittel für das Föderalismusinstitut in Innsbruck zu streichen. Man versucht, dieses Institut als parteipolitisch einseitig abzuqualifizieren. Uns Freiheitliche interessieren hier nicht die parteipolitische Seite, sondern die Sacharbeit auf einem sehr wichtigen Gebiet. Grundlagenforschung beim Föderalismus, Arbeit an der Theorie, die für unseren Staat auch in der praktischen Auswirkung sehr bedeutend sein könnte, die vieles zum Besseren führen könnte: Sparsame und bürgernähere Verwaltung, klare Zuständigkeit usw.; es erübrigt sich, alle diese Dinge zu wiederholen. Das ist keine Marotte von uns Freiheitlichen oder etwa der «blauen Pro Vorarlberger», wie jüngst zu lesen war, sondern das sind liberale Grundsätze. Schon in der liberalen Erklärung von Oxford im Jahre 1967 wurde das Thema Dezentralisierung und Freiheit behandelt und dabei von der Tendenz zur ungesunden Zentralisierung ge-

sprochen, von der Entstehung unverantwortlicher Machtzentren, vom Anwachsen unkontrollierbarer Bürokratien. Wir haben das ja beim AKH erlebt.

Beim Kongreß der liberalen Internationale in Rom kam es im liberalen Appell 1981 ebenfalls zur Behandlung dieses Themas. Es heißt hier unter dem Titel «Institutionelle Probleme der modernen Demokratie» u.a., daß zu den heutigen Herausforderungen die Dezentralisierung der Macht gehört und es heißt weiter wörtlich, daß u.a. vordringlich ist die Dezentralisierung der Macht durch eine klar abgegrenzte Organisation regionaler und lokaler Behörden. Wir sehen dies als eine wichtige Weiterführung der Gewaltenteilung an.

Ich will nicht wiederholen, was im freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik wörtlich zum Thema Föderalismus steht. Ich stelle nur erneut fest, es ist ein klares Bekenntnis zur echten Bundesstaatlichkeit. Daß der Sozialistischen Partei programmatische Grundsätze anderer demokratischen Parteien nicht Leitbild sein können, ist verständlich. Daß Sie das hier im Hause eindeutige Ergebnis einer Volksabstimmung in einem Bundesland eines sogenannten Bundesstaates negieren, zeugt nicht von der besonderen Achtung des Volkswillens. Daß Sie weiter einer Einrichtung, wie das Föderalismusinstitut, die Existenzgrundlage, nämlich die finanziellen Mittel streichen wollen, ist ein Beweis, wie einseitig, wie zentralistisch Ihr Standpunkt ist. Ein Standpunkt sollte allerdings nicht etwas sein, auf dem man immer stehen bleibt, wie das bei Ihnen in der Frage des Föderalismus der Fall ist.

Daß es auch in der SPÖ andere Meinungen gibt, beweist etwa der Standpunkt Salchers in der Frage Mietengesetz und Günter Nennings - seines Zeichens Obmann der Journalistengewerkschaft - der jüngst wörtlich schrieb: «Staat heißt das kälteste Ungeheuer aller Ungeheuer, sagt Nietzsche. Sozialstaat ist immer noch ein kaltes Ungeheuer, verglichen mit der Liebe und Pflege, die sich selbstständige Menschen wechselseitig geben. Das ist an keine Bürokratie delegierbar, und sei sie noch so kompetent. Der Sozialstaat (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Nur sind sie falsch. Lassen Sie sich von Ihren Politikern informieren, gehen Sie zu Ihrem Steger! - Glocke des Präsidenten) ist eine Notlösung. Er mildert die Schädigung des Menschen durch Großtechnologie und Zentralstaat.» Erst wenn diese zwei zurückgestutzt werden, der Zentralstaat u.a., Herr Bürgermeister, ist auch der Sozialstaat zurückstutzbar zugunsten menschlicherer Verhältnisse. Daß der Ruf nach weniger Zentralismus, mehr Bundesstaatlichkeit erkannt wird, ist jedenfalls ein Anliegen weiter Kreise der Bevölkerung. Die Politiker und die Parteien hätten die Aufgabe, diesen Ruf zu hören und die gesetzlichen Voraussetzungen für mehr Bundesstaatlichkeit zu schaffen. Materiell durch eine Änderung des Finanzausgleiches, der den Ländern auch entsprechende Finanzhoheit einräumt, ideell durch eine Bundesverfassung mit Neuordnung der Kompetenzen und Zuständigkeiten, wie dies einem Bundesstaat gemäß wäre.

Der Schweizer Bundespräsident hat vor der Abstimmung über die Änderung bzw. Verlängerung der Finanzordnung für die schweizerische Eidgenossenschaft auf die staatspolitische Bedeutung dieser Abstimmung hinge-

wiesen und wörtlich erklärt: «Es handelt sich um eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Reform des Bundesstaates. Es gilt, den föderalistischen Staatsgedanken und damit die Eidgenossenschaft als Bundesstaat zu stärken.» Dort konnte die Bevölkerung über ein wesentliches Problem abstimmen. Bei uns kann man nur wünschen, daß es zu einer solchen Einstellung ebenfalls allmählich kommen wird. Dieses grundsätzlich zur Frage des Föderalismus auch heute wieder.

Aber man kann nun doch nicht an dem ganz vorüber gehen, was hier von den sozialistischen Rednern in den Generaldebatten beigetragen wurde. Man könnte vielleicht das zitieren, was dort propagiert wird, wo die Sozialisten die Verantwortung haben. In Zeiten wie diesen nicht herumreden, nicht schimpfen, nichts Unmögliches versprechen, nicht unnötige Fragen stellen, sondern arbeiten für Wien.

Man könnte dieses Sprichwort bzw. dieses Plakat auf die Vorarlberger Sozialisten abändern. Dann würde es heißen: In Zeiten wie diesen herumreden, schimpfen, manches Unmögliche versprechen, unsinnige Fragen stellen und in Vorarlberg parteipolitisch arbeiten, ebenfalls für Wien. So liegen die Dinge, wenn wir der Kritik näher auf den Grund gehen. Aber man kann natürlich die Dinge auch von der heiteren Seite sehen.

Es hat der Herr Abg. Winder in seiner Budgetrede erklärt und hat den Ausdruck von einem «landespolitischen Gemüsegarten» verwendet. Nun, ein Gemüsegarten hat vielfältige Pflanzen, Herr Abg. Winder, ich weiß nun nicht, soll man Sie als Heilkraut oder als Unkraut einstufen. Jedenfalls das, was Sie im großen und ganzen dargelegt haben, ist sicher nicht dazu angetan, in Vorarlberg Dinge, die hin und wieder auch nicht in Ordnung sind, zu heilen. Sondern es ist zu einem großen Teil sehr destruktive Opposition gewesen. Was mich gestört hat an dieser ganzen Aussage, das ist diese penetrante Selbstverherrlichung, etwa wenn man die Auffassung darlegt, alles was die Regierungsparteien oder die Abgeordneten der Regierung hier vorschlagen, ist nichts, und wir allein sind die Seligmacher im Lande Vorarlberg. Das ist sicher keine Basis, auf der man zu einer gemeinsamen Arbeit (Zwischenruf) kommen kann.

Es wurde ganz abfällig der Vorarlberger Wohnungsbau angezogen. Ja, es müßte doch auch Ihnen bekannt sein, daß eine neueste statistische Untersuchung ergeben hat, daß der höchste Wohnungsstandard in Vorarlberg festgestellt wurde. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Was nützt das, wenn wir keine Wohnungen haben!) Es müßte Ihnen bekannt sein, daß in Österreich mit Stichtag 12. Mai 1981 3 Mio. Wohnungen bestanden haben, 13,9% mehr als bei der letzten derartigen Zählung. Unter den Bundesländern verzeichnet Vorarlberg mit 30,5% die höchste Zuwachsrate. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Jede Substandardwohnung geht reißend weg! - Glocke des Präsidenten). Wir wissen, daß es im Wohnungsbau noch viel zu tun gibt, aber herumzugehen und die schönsten Erfolge unseres Landes abzuqualifizieren und darzustellen, als ob Sie die einzige seligmachende Gnade wären, das ist einfach zu viel.

Und im Bezug auf soziale Marktwirtschaft muß ich auch

noch abschließend ganz klar feststellen, und ich zitiere hier aus dem freiheitlichen Programm: Wir stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Aber sie kann doch nicht Selbstzweck sein!) Die Entscheidungsfreiheit des eigenverantwortlichen Unternehmers ist die Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, die von der gemeinsamen Arbeit der Sozialpartner getragen wird. Wo hätte die heutige Bundesregierung ihre Mittel zu vielen, guten Einrichtungen hergenommen, wenn nicht die soziale Marktwirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, diese Mittel erarbeitet hätten? (Zwischenruf Winder: 30 Millionen Arbeitslose sind das Ergebnis einer solchen Marktwirtschaft! - Glocke des Präsidenten) Das beweist sich doch überall, daß die freie Wirtschaft bei all ihren Mängeln, die sie hat, weitaus intensiver und weitaus wirksamer arbeiten kann und weitaus mehr zu sozialen Leistungen fähig ist, als dies in der staatlichen orientierten Wirtschaft überhaupt möglich ist. (Zwischenruf Winder) Im Grunde ist es ein gutes Budget. (Zwischenrufe)

Präsident: Ich habe noch folgende Wortmeldungen vorgemerkt: Herrn Landeshauptmann, Landesrat Dr. Rümmele und Vizepräsident Falschlunger sowie der Herr Landesstatthalter. Ich unterbreche aber nun die Sitzung bis 14.00 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12.36 Uhr unterbrochen und um 14.00 Uhr wieder fortgesetzt)

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir befinden uns in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag 1982. Als nächster ist zum Wort gemeldet der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Dr. Keßler: Herr Präsident, Hohes Haus! Eine Philippika, wie sie der Herr Klubobmann der sozialistischen Fraktion heute vormittag gehalten hat, sind wir nun in diesem Haus schon gewohnt. Sie war von so viel Negativem und Destruktivem getragen, daß es eigentlich leicht wäre, kaum darauf einzugehen, weil ich glaube, daß es in dem Land nicht allzu viele denkende Leute gibt, die wirklich das glauben, was der Herr Klubobmann heute zum besten gegeben hat. Daß nämlich die Arbeit derer, die hier im Amt der Landesregierung oder die als Mehrheit in diesem Haus tätig sind, so negativ und nur negativ zu sehen wäre, wie das heute geschildert wurde. Ich möchte aber heute, obwohl wie gesagt es eigentlich leicht wäre, über so viel Negatives einfach zu schweigen, auf einige Themen dennoch eingehen, weil ich glaube, daß sie aus der Sicht der Öffentlichkeit und auch aus der Sicht der Gemeinschaft eine Antwort verdienen. Es ist am Vormittag gemeint worden, man wundere sich, daß die Vorarlberger Landesregierung Bilanz zieht. Ich glaube, daß eine Regierungs-Halbzeit nach fast zweieinhalbjähriger Tätigkeit seit der letzten Landtagswahl, da eine überwiegende Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung diese Regierung mit neuem Vertrauen ausgestattet hat, daß eine solche Halbzeit - durchaus Anlaß zur Rechenschaft sein soll, Herr Klubobmann. Auf der einen Seite kritisieren Sie immer

wenn Sie von der Regierung reden, daß sie zu wenig Transparenz übe, daß sie zu wenig kontaktnah agiere, auf der anderen Seite kritisieren Sie, wenn die Regierung bemüht ist, in der Regierungshalbzeit der Bevölkerung Rechenschaft zu geben. Ich halte das für eine sehr eigenartige Argumentation, aber sie paßt eben in jenes Bild der demagogischen Taktik, die wir leider in dem Haus immer wieder feststellen müssen. Herr Klubobmann, ich bekenne mich zu dieser Halbzeitbilanz, weil eine Regierung die Verpflichtung zur Rechenschaft hat. Und ich würde meinen, daß es keinen besseren Termin gäbe als die bevorstehende Halbzeit, um Halbzeitbilanz zu ziehen. Wir tun das, ganz gleichgültig, ob Ihnen das in das Konzept paßt oder nicht. Sie haben vormittags gemeint, daß es im Straßenbereich Kritikwürdiges gebe und haben dann gefragt, wo bleibt die Erledigung und die Entscheidung zur Montafonerstrasse, die Trassenbestimmung, wo bleibt die Laternserstraße, Bödelestraße und was da alles genannt wurde. Der Klubobmann der Mehrheitsfraktion hat schon die gebührende Antwort gegeben. Sie ist deshalb nicht entschieden, weil wir auf jene Bürgerinitiativen und die vielschichtigen Meinungen der Bevölkerung, die nun zum Teil zu diesen Trassenfragen unterschiedliche Auffassungen hat, eingehen möchten. Und weil wir es nicht so machen, wie man es uns auch hier schon vorgeworfen hat, wir würden über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entscheiden. Weil wir das nicht tun, sind diese Trassenentscheidungen noch nicht gefallen. Nicht, weil wir keine Meinung hätten, sondern wir bemüht sind, die Vorstellungen und Einwände, die von verschiedenen Seiten zu diesen Trassenfragen auf uns zukommen, ernst zu nehmen und uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Das ist der Grund und kein anderer.

Auf die Frage Großwalsertal-Faschina gehe ich nicht mehr ein. Ich habe das, was dazu zu sagen war, bei der Debatte im Zusammenhang mit dem Rechenschaftsbericht im Frühsommer dieses Jahres gesagt und ich habe die Meinung - heute mehr denn je - daß die Bevölkerung für das, was gesagt wurde, Verständnis hat.

Zur Wohnbaupolitik, Herr Klubobmann, wird sicher der zuständige Referent, Landesrat Gasser eingehend Stellung nehmen. Ich kann nur sagen, wir bemühen uns, die Wohnbaupolitik in dem Land nach dem Grundsatz auszurichten, so viel Eigentum wie möglich und so viel Mietwohnungsraum als im Interesse der sozialen Sicherheit und im Interesse der finanziell schlechter Gestellten nötig. Wir bleiben bei diesem Konzept, weil wir glauben, daß es sich in der Vergangenheit und auch bis herauf zum heutigen Tag bewährt hat. Und wenn Sie gemeint haben, zur Bewältigung der Krise einer Vorarlberger Firma, einer Dornbirner Firma, sollte man sich bemühen, Gründe zu verkaufen, um dort Wohnungen zu errichten, dann möchte ich sagen, rennen Sie damit offene Türen ein. Es gibt seit längerem bereits Überlegungen, wie man der Firma, so sie einen solchen Wunsch an uns heranträgt, im Zuge von Liegenschaftsverkäufen behilflich sein könnte. Und hier insbesondere auch im Zusammenwirken mit gemeinnützigen Wohnungsbaueinrichtungen oder konkreter, der Vorarlberger gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft.

Daß Sie die hochschulischen Einrichtungen und die

Raumplanung nur mit je einem Satz bedacht haben, scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß es offenbar wenig Negatives dazu zu sagen gibt.

Aber zur neuen Geschäftsordnung, Herr Klubobmann, bekenne ich mich sehr wohl. (Zwischenruf Winder: Das freut mich!) Nicht deshalb, weil ich meine, daß es nicht schon bisher sehr taugliche und sehr gründliche Kontrollmöglichkeiten in dem Land gegeben hätte, wir haben uns darüber in der Vergangenheit schon lang und ausgiebig unterhalten, sondern einfach deshalb, und ich habe das in der Öffentlichkeit auch wiederholt gesagt, weil wir zusätzliche Kontrolle nicht zu scheuen haben, und weil wir mit dieser zusätzlichen Kontrolle einen Beweis des guten Willens liefern wollen; vor allem Ihnen eine Geste machen wollen in der Richtung, daß wir sagen, schön und gut, das kann man ohne weiteres machen. Von der Sache her gesehen wäre es nicht notwendig gewesen. Ich möchte jetzt nicht noch einmal (Zwischenruf Winder) alle die Kontrollinstrumente aufzählen, die es in dem Land und für die Kontrolle dieser Regierung und dieses Landtages, vor allem für diese Regierung, bereits gibt. Und wenn Sie gemeint haben, der Artikel 32 der Landesverfassung verpflichte die Regierung und insbesondere auch den Landeshauptmann zur Verantwortung gegenüber dem Landtag, dann bekenne ich mich zu diesem Artikel. Freilich nicht immer ganz in der Praxis in der Art und Weise, wie die sozialistische Fraktion das wünschen würde, nämlich nicht so weit, daß wir meinen, Kontrolle der Regierung sei Einmischung in die Exekutive. Ich betone das heute noch einmal sehr ausdrücklich. Wir sind für jede Kontrolle offen, das ist ganz klar, wir könnten auch gar nicht etwas anderes tun, weil es ja in der Verfassung niedergelegt ist, aber Kontrolle heißt nicht, daß über Wunsch der Opposition im gesamten freien Förderungswesen der letzte Name und die letzte Summe auf den Tisch gelegt wird. Das, Herr Klubobmann, besorgt nach meiner Meinung mit Recht auf Grund der gesetzlichen Grundlagen der Rechnungshof, und das besorgt in der Zukunft auch das neu zu installierende Kontrollamt bzw. die Kontrollabteilung (Zwischenruf Dr. Keckeis) Sie haben jederzeit die Möglichkeit, in jeden Einzelakt Einsicht zu nehmen, aber so weit zu gehen, zu sagen, in jedem individuellen Fall ist die Kontrolle der Minderheit hier im Haus gegeben, das geht zu weit und das werden wir jedenfalls so lange nicht tun (Zwischenruf Dr. Keckeis: Was dem Mock auf Bundesebene recht ist, muß uns hier billig sein!), als Sie uns nicht klipp und klar die Rechtsgrundlagen aufzeigen, die uns zu einer solchen Handlungsweise verpflichten. Sie werden sich wahrscheinlich etwas schwer tun, die zu liefern. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Wir werden sie Ihnen schon noch zeigen!) Ich möchte im übrigen zur Frage der Kontrolle sagen: Offen für jede Kontrolle durch das zuständige und kompetente Organ, natürlich auch offen für jede Kontrolle durch den Landtag, soweit der Landtag hiebei auf rechtlicher Grundlage agiert. Sie haben in letzter Zeit das manchmal, nach Meinung der Regierung, über die rechtliche Grundlage hinaus getan. Und ich möchte schließlich sagen - das ist auch von den Vorrednern schon entsprechend herausgestellt worden über die Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 nun neuerdings so zu reden, wie das wieder ge-

schehen ist, das ist Ihr Recht. Beurteilen sollen das jene 70% der Vorarlberger Gesamtbevölkerung oder Gesamtwählerschaft, die sich am 15. Juni 1980 zu mehr Länderechten bekannt haben. Es ist schon gesagt worden, am 10. Dezember wird turnusmäßig die Landeshauptleutekonferenz, erweitert auch um die Landesfinanzreferenten, in Bregenz tagen, und wir werden sehen, wie sich die Dinge dort entwickeln. Wie wir die Situation sehen, die rechtliche und die praktische Situation, hat der Klubobmann der Mehrheitsfraktion schon gebührend herausgestellt. Ich kann als Landeshauptmann nur sagen, hoffentlich gelingt es, daß die intensiven Bemühungen des vergangenen Jahres bis zurück zum Juni 1980 nicht vergebliche Bemühungen waren. Ich möchte Sie auch noch einmal an den Ausspruch erinnern: «Herr Landeshauptmann, Sie werden über die Schwelle des Vorzimmers des Herrn Bundeskanzlers nicht hinauskommen.» Sie hören das nicht gerne (Zwischenruf Winder: Weil es falsch ist!), ich habe schon Verständnis dafür, aber Sie haben vielleicht umgekehrt auch Verständnis für uns, daß wir immer wieder auf diesen Spruch zurückkommen. Ich habe die Schwelle des Vorzimmers des Bundeskanzlers erst vergangene Woche nicht nur im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgipfel, sondern auch in Angelegenheit Länderforderungen wieder einmal überschritten. Und Gott sei Dank; hier muß ich sagen, habe ich auf den Bundeskanzler bei aller berechtigter Skepsis auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre doch etwas mehr Vertrauen als zu Ihnen. Das muß ich offen gestehen, jedenfalls was die faire Gangart angeht, hat der Herr Bundeskanzler Ihnen einiges voraus. (Zwischenruf Winder: Er weiß auch nicht, was Sie hier heraußen aufführen. Sie tönen in Wien ganz anders!) Was das Budget 1982 betrifft, das Sie erstaunlicherweise in der Generaldebatte ja nur kurz, überhaupt eigentlich nicht gestreift haben, sind Sie auf die Budgetproblematik in gar keiner Weise eingegangen, was mich ehrlich gestanden wundert. Zum Budget 1982 und zu Ihren Ausführungen möchte ich sagen, Sie sind auch heute wieder die Antwort schuldig geblieben, in welchen österreichischen Bundesländern nach Arbeitsprogrammen derart gearbeitet wird, wie sie das schon im Finanzausschuß und heute neuerdings reklamiert haben. Ich kann Ihnen nur sagen, daß es für sämtliche Regierungsreferate, sämtliche Ressorts, sehr konkrete Vorstellungen für das Jahr 1982 gibt (Zwischenruf Winder: Warum zeigen Sie uns die nicht?), die sicher bei der Behandlung des Budgets heute, morgen und vielleicht sogar auch noch übermorgen entsprechend herausgestellt und diskutiert werden. Wie gesagt, Sie sind wieder einmal den praktischen Beweis schuldig geblieben und wenn Sie gemeint haben, Subsidiarität ja - ich freue mich über die Entwicklung des Begriffs Subsidiarität - aber nicht für unkontrollierte Zwecke. Da möchte ich sagen, daß es solche unkontrollierte Zwecke in der Vergangenheit nicht gegeben hat, weil der Rechnungshof vor noch gar nicht so langer Zeit insbesondere die freie Kulturförderung des Landes unter Kontrolle genommen und Prüfungen durchgeführt hat. Ich darf Ihnen sagen, wir brauchen uns dieser Rechnungshofberichte nicht zu schämen, insbesondere auch nicht im Vergleich mit Rechnungshofberichten zur Bundesverwaltung. Das darf in dem Zusammenhang auch ge-

sagt werden. Aber mit Recht wurde, meine Damen und Herren, heute vormittag der ungläubliche Satz richtiggestellt und ihm widersprochen, daß die soziale Marktwirtschaft zur Zerstörung der Freiheit beitrage. Herr Klubobmann, das ist ein Satz, den wir uns sehr gut merken werden. Vielleicht können wir mit dem Satz nicht zuletzt die künftige landespolitische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Landtagswahl 1984 bestreiten; in einem Land, das mit der sozialen Marktwirtschaft, wie heute schon zu recht gesagt wurde, groß geworden ist, und das seinen heutigen Wohlstand und seinen Lebensstandard im entscheidenden Maß der sozialen Marktwirtschaft verdankt, nicht der Marktwirtschaft an sich, sondern denen, die in dem Land nach Prinzipien der Marktwirtschaft arbeiten. Die vielen tüchtigen Arbeitnehmer in den privaten Betrieben und die vielen auch risikofreudigen und zukunftsorientierten Unternehmer, die, glaube ich, arbeiten nicht nach Methoden, von denen man sagen könnte, daß sie zur Zerstörung der Freiheit führen. Das ist also schon ein, möchte ich sagen, «großes» Wort. Und Sie werden sich wahrscheinlich sehr schwer tun, dafür den Beweis anzutreten. Wir werden darauf zurückkommen. Soziale Marktwirtschaft führt zur Zerstörung der Freiheit (Zwischenruf Winder: Das sagt ein Jesuit!) und wenn gefragt wurde, die Schwierigkeiten der Vorarlberger Betriebe - woher kommen sie? Und wenn dann gemeint wurde, sie seien nur zu bewältigen mit der heutigen Wirtschaftspolitik auf Bundesebene, da möchte ich Ihnen aus Vorarlberger Sicht und aus der wirtschaftspolitischen Sicht dieser Regierung sagen, daß wir diese Meinung ganz und gar nicht teilen. Heute ist einmal, ich glaube vom Herrn Bürgermeister von Bregenz, der Zwischenruf gefallen, oder vielleicht war es ein anderer Abgeordneter der sozialistischen Fraktion, man müsse froh sein, daß nun über die Bundespolitik und die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes in unserem Land die Arbeitsplätze gesichert werden. Das glaube ich, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen. Leider sind heute auch Vorarlberger Betriebe bereits in der Situation, daß sie auf Almosen des Bundes angewiesen zu sein scheinen. Uns wäre lieber gewesen, man hätte rechtzeitig eine Wirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft betrieben, die nicht mit ständig zunehmender Steuerbelastung durch die Finanzpolitik des Bundes und durch die ständige Schmälerung und Verunmöglichung entsprechender Eigenkapitalbildung die Betriebe unseres Landes in solche Schwierigkeiten bringt. Das ist eine zunächst vielleicht für manche einsichtige, aber im Grunde genommen sehr kurzsichtige Argumentation. Jetzt so zu tun, als ob man zur Überwindung der Krise die Finanzhilfe des Bundes braucht! Das hätte umgekehrt sein sollen. Man hätte den Betrieben zeitgerecht jene Möglichkeiten bieten müssen, die sie in die Lage versetzt hätten, mit den Schwierigkeiten aus eigener Kraft fertig zu werden. Das, was wir heute im Lande haben, mit den ja bekannten Firmen, das ist die Konsequenz einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Bundesebene und nichts anderes. Und wenn das Land jetzt nicht bereit war - und es war, Gott sei Dank, um den Firmen wirksam zu helfen, nicht nötig, hier mit direkten Finanzspritzen über das Budget zu helfen, dann ist das auch geschehen in kon-

sequenter Handhabung der sozialen Marktwirtschaft, zu der wir uns bekennen. Der Abg. Intemann hat das am Vormittag heute schon entsprechend herausgestellt.

Und wenn Sie gemeint haben, diese Landesregierung zeichne sich durch mangelndes Verantwortungsbewußtsein aus - fast wörtlich ist das so gesagt worden - und Sie das gesagt haben im Zusammenhang mit Kompetenzfragen, dann möchte ich Ihnen schon sagen, daß es nun einmal auf Grund der heutigen Verfassungskonstruktion in diesem Land, und wir nennen uns ja Bundesstaat, obwohl wir es leider in manchen Bereichen nicht in dem Maß sind, wie die echten übrigen Bundesstaaten der freien Welt, dann verweisen wir mit gutem Recht auf die gegebene Kompetenzverteilung, die man leider Gottes immer mehr verfälscht; wo man mit dem Argument, Land und Bund müssen zusammenhelfen und zusammen die Probleme bewältigen, immer mehr dazu beiträgt, diese Kompetenzverteilung zu beseitigen, obwohl sie etwas sehr Gesundes und etwas sehr Grundlegendes ist, und obwohl die gesamte Finanzverfassung und der gültige Finanzausgleich auf dieser Kompetenzverteilung basieren.

Wenn wir zur A15 oder wenn wir zur Bregenzerwaldbahn bisher noch keine endgültige Stellungnahme bezogen haben, dann einmal deshalb, ich habe das schon erwähnt, weil wir uns nicht scheuen und auch die Verpflichtung haben, Bürgerinitiativen sehr genau zu prüfen. Und zum zweiten aber, weil wir glauben, daß wir Grund haben, die Bevölkerung auf die Kompetenzverteilung dann und wann hinzuweisen; und daß es nicht so sein kann, daß sich in diesen entscheidenden Fragen etwa der Bund einfach stillschweigend bei Nacht und Nebel davonschleicht. Die Entscheidung der A 15 ist von der Zuständigkeit her auf Grund unserer Verfassungsbestimmungen Bundessache und die Sanierung und allfällige Wiederinbetriebsetzung der Bregenzerwaldbahn ist es ebenso. Das heißt nicht, daß das Land nicht die Verpflichtung und auch den Willen hat, sich an diesem Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß zu beteiligen. Aber man kann die Dinge nicht so darstellen, daß man einfach dem Land hier, sowie das heute vormittag geschehen ist, den schwarzen Peter zuspielt. So wird es nicht gehen. Der Endentscheidende zur A15 ist der Herr Bautenminister Sekanina, und der Endentscheidende zur Frage Bregenzerwaldbahn ist der Herr Verkehrsminister Lausecker und niemand anderer. Freilich wird dabei das Land beratend und unterstützend in Erscheinung treten müssen und das geschieht auch. Ich darf Ihnen sagen, daß der Herr Landesstatthalter - Sie haben das übrigens auch schon im Finanzausschuß erfahren - schon in der zweiten Jännerhälfte Gelegenheit nehmen wird, mit dem Herrn Verkehrsminister zum schwierigen Problem Bregenzerwaldbahn zu verhandeln. Und wir können nur hoffen, daß wir in absehbarer Zeit auch zu einem Ergebnis kommen. Und was das Müllproblem Oberland anbelangt, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, machen Sie es sich schon etwas zu leicht, wenngleich ich nicht anstehe zu sagen, daß auch ich wünschen würde, daß die Frage endlich zu einem Abschluß kommt (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie sind ja der Verantwortliche dafür!) und vielleicht auch dazusagen darf, daß ich der war, der in den letzten Monaten immer zur Beschleunigung gemahnt hat.

Aber Sie müssen auch hier so ehrlich sein, um zu sagen, wie bei der A 15, wie bei der Bregenzerwaldbahn, daß das Müllproblem zwar nicht eine Zuständigkeit letztlich des Bundes (Zwischenrufe), aber eine solche der Gemeinden ist. Das wissen Sie ganz genau, daß die Kompetenz in Fragen der Müllbeseitigung ausschließlich bei den Gemeinden liegt. Was auch wieder nicht heißt, daß das Land hier nicht unterstützend und beratend zur Seite stehen muß. Ich kann nur wünschen, daß die Bürgermeister der Walgaugemeinden endlich auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Mehr, glaube ich, ist dazu im Moment nicht zu sagen. Wenn heute gemeint worden ist, es würde der Volksanwaltschaft - das war ein Beitrag des freiheitlichen Sprechers - grundsätzlich zugestimmt, man würde aber erwarten, daß alle drei Parteien in diesem künftigen Landtag vertreten sein sollen, da möchte ich sagen, wir werden eine Volksanwaltschaft konstruieren und installieren, die der Bevölkerung möglichst umfassend den Eindruck vermittelt, daß nicht Parteipolitiker die Volksanwaltschaft führen, sondern daß an der Stelle jemand agiert, der das volle Vertrauen aller Bürger dieses Landes hat; (Zwischenruf) über parteipolitische Grenzen hinweg. Dafür werden wir zweifellos sorgen, daß das geschieht. Und im übrigen darf ich ankündigen, daß wir entschlossen sind, im Zuge der Verfassungsreform, wie versprochen, die Volksanwaltschaft im Land durchzusetzen. (Zwischenruf Winder: Durchsetzen können Sie gar nichts. Sie brauchen eine Zweidrittelmehrheit! - Glocke des Präsidenten - Präsident: Keine Zwiegespräche, bitte!). Im übrigen ist, und das möchte ich mit Genugtuung vermerken, heute schon vom Sprecher der freiheitlichen Fraktion sehr gebührend herausgestellt worden, wie es im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Bundes im Rahmen der Hochbauten steht. Da wird Kritik geübt, wie Landesregierung tue zu wenig im Straßenbau und was weiß ich wo noch, verschweigt aber sehr gewissenlich, daß dort, wo der Bund im Lande Verpflichtungen hätte ich darf auch noch einmal die Frage Kaserne oder Landesgendarmierkommando mit in den Raum stellen - daß dort leider Gottes in letzter Zeit sehr wenig geschehen ist. Um auf den Dehattenbeitrag ich möchte jetzt nur einige Dinge aus dem Strauß, einige Blumen aus dem schönen Strauß herausgreifen - wenn heute vormittag von einem sozialistischen Sprecher gemeint worden ist, man müsse die Ehe- und Familienberatung über die Diözese deshalb ablehnen, weil man befürchte, daß klerikal eingefärbte Eheberatung betrieben wird, so glaube ich, hat es ungefähr wörtlich geheißen «klerikal eingefärbte Eheberatung», dann kann ich nur sagen, endlich ist die Katze aus dem Sack (Zwischenrufe. Heiterkeit bei der SPÖ). Wir haben das ja schon sehr lange vermutet, daß das der eigentliche Grund Ihrer Weigerung ist. (Zwischenrufe Glocke des Präsidenten) nicht besondere Sorge um das Institut für Sozialdienste, sondern Ihre grundsätzliche gesellschaftspolitische Grundhaltung wenn es um die Frage der Zusammenarbeit von Kirche und Gemeinschaft in diesem Land geht. Ich möchte das einmal ganz klar und hart definieren. Keine «kirchlich gefärbte Eheberatung», wir nehmen das zur Kenntnis Wir sind der Meinung, daß ein Land mit der konfessionellen Struktur des unseren die Verpflichtung hat, auch kirchliche Insti-

tutionen zu unterstützen. Ich muß schon sagen, wenn ich dann ab und zu den Herrn Finanzminister Dr. Salcher als den Vorsitzenden der ACUS höre - wer nicht wissen sollte, was das ist: das ist die Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus - dann wundere ich mich einigermaßen über einen Debattenbeitrag wie den heutigen zur Frage Ehe- und Familienberatung. Es ist halt hier zwischen Theorie und Praxis ein entscheidender Unterschied. Dort, wo es darum geht, finanziell dieses Bekenntnis mit zu untermauern, dort scheint die Standfestigkeit zu fehlen. Wir nehmen das zur Kenntnis; was uns nicht hindern wird, den in Aussicht genommenen Subventionsbetrag für diese Institution zur Verfügung zu stellen. Warum, ist am Vormittag schon sehr ausführlich gesagt worden. Und schließlich möchte ich noch einmal auf den Herrn Abg. Dr. Keckeis zurückkommen, der den Herrn Dr. Renner immer wieder zitiert. Ich habe Verständnis für die Opposition, aber (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das war gar nicht so dumm, was er gesagt hat!) es ist irgendwie symptomatisch. Für uns ist der Fall Dr. Renner mit den getroffenen klaren Entscheidungen sowohl auf der Ebene Landtag (Zwischenruf), als auf der Ebene Partei zunächst erledigt. Und ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Frage. (Zwischenruf: Warum ist er dann noch Abgeordneter?) Das ist nicht von mir zu vertreten, daß er noch Abgeordneter ist. Wenn die rechtliche Situation anderes ermöglichen würde, hätte wahrscheinlich die Mehrheit dafür gesorgt; das ist leider eine Situation, die sich auf Grund der Rechtslage ergibt. Das wissen Sie genauso wie ich es weiß. Ich möchte aber schließlich noch einmal, weil mir das doch eine sehr gewichtige Sache zu sein scheint, auf das Argument der mangelnden Kontrolle zurückkommen. Ich sage noch einmal: Rechnungshof und Kontrollabteilung werden jede Möglichkeit in der Zukunft haben, auch in jedem Einzelfall Kontrolle zu üben. Aber wir werden uns dagegen wehren, daß eine Praxis einreißt, in der mit dem Argument der Kontrolle der Abgeordneten die Opposition in die Exekutive eingreift. Den Gefällen werden wir Ihnen nicht tun. (Zwischenruf Winder: Wie hieß dieser Satz?) Ja, wenn Sie zugehört hätten, dann müßte ich das nicht wiederholen. Aus der Oppositionssicht mag das sehr schön sein, aber Sie werden Verständnis haben, daß wir das aus ganz grundsätzlichen Erwägungen nicht tun. weil das zu einer Verwischung der Gewaltenteilung führt, jener Gewaltenteilung, zu der wir uns im Rechtsstaat Österreich mit Recht in der Vergangenheit bekannt haben (Zwischenruf Winder: Rechtlich völlig unhaltbar!) und auch heute noch bekennen. Sie benötigen, wenn ich das jetzt ganz hart ausdrücke. Herr Klubobmann, diese gewünschte Teilinformation nicht zur Kontrolle, denn wenn Sie nur das wollten, dann bestünde über die Kontrollabteilung und den Rechnungshof jederzeit die Möglichkeit, sondern Sie wollen über diesen Weg Einfluß auf die Verwaltung nehmen, und Sie wollen vor allem in der Öffentlichkeit Demagogie betreiben und nichts anderes. Wir haben hier ja auch schon Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit. Zu den Problemen Altenhilfe. zu den aufgeworfenen Landwirtschaft fragen, zur frage der Errichtung eines Öltanklagers im Lande werden die zuständigen Regierungsreferenten in der Folge sicher Stellung nehmen,

Ich möchte, weil auch die Festspiele angesprochen sind, als Kulturreferent nur sagen, daß unseres Erachtens die Weichen für eine gesunde und gute Entwicklung der Festspiele in der näheren und weiteren Zukunft gestellt sind, und ich sage ausdrücklich und betone das, im Zusammenwirken zwischen Bund, Land und Landeshauptstadt. Wir waren am gemeinsamen Verhandlungstisch und haben eine gemeinsame Lösung gefunden.

Ich möchte, meine Damen und Herren, abschließend noch einmal zurückkommen auf die Einleitung. Wenn man zur gesamten Arbeit einer Landesregierung in rund zwei Jahren seit der Landtagswahl 1979 nur Negatives, nur ausschließlich Negatives zu sagen hat und im übrigen das noch mit dem Argument tut, die Regierung hätte eigentlich keine Veranlassung, der Bevölkerung Rechenschaft zu legen - so ist das heute ja dargestellt worden - dann möchte ich dem ganz entschieden widersprechen und ich kann nur wiederholen, was schon im Zusammenhang mit der Debatte um den Rechenschaftsbericht im Frühsommer gesagt wurde: Es soll die Bevölkerung des Landes, es soll die Gesamtwählerschaft des Landes urteilen, ob wirklich alles das, was in den letzten zwei Jahren in der Regierung und im Amt der Landesregierung geschehen ist, grundsätzlich und in allem so mies und so verabscheuungswürdig ist, wie das der Herr Klubobmann der sozialistischen Fraktion heute Vormittag dargestellt hat.

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Landesstatthalter Dr. Mandl.

Dr. Mandl: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Keckeis zum Budget und zur Finanzprognose bedürften in vielen Punkten - ich werde mich auf drei beschränken - der Erwiderung:

Der Herr Abgeordnete hat in seiner Rede im Rahmen der Generaldebatte die Richtigkeit und Seriosität der Finanzprognose bestritten, die ich im Herbst 1979 dem Vorarlberger Landtag vorgelegt habe. Es ist zuzugeben, daß eine solche, auf mehrere Jahre hinaus angelegte Prognose nie mit den tatsächlichen Rechnungsergebnissen übereinstimmen kann, und es ist weiter zuzugeben, daß eine solche Prognose der Überarbeitung bedarf; dies wird auch bis Frühjahr 1982 geschehen. Eines aber, Herr Abgeordneter, ist doch mit Erstaunen festzustellen: So wie der Herr Abg. Dr. Mader heute vormittag erklärt hat - ich selbst habe das gar nicht überprüft - daß die Prognose für das kommende Jahr in den Ausgaben von weit über 5 Mrd. S nur um 2 Mio. S, das sind Bruchteile eines Promilles, fehlgeht, oder wie ich in der Budgetrede vormittags feststellen konnte, daß die Einnahmenprognose für das kommende Jahr lediglich um 3,3% verfehlt ist, muß man doch zum Schluß kommen, daß die Prognose nicht nur nicht unseriös war, sondern daß sie im Gegenteil für das dritte Landesbudget, das hier zugrundeliegt, ausgezeichnete Ergebnisse geliefert hat. (Zwischenrufe) Zum zweiten, Herr Abgeordneter, haben Sie sich mit der Gemeindeförderung beschäftigt und - man kann das auch so rechnen - erklärt, daß wir eigentlich real in der Gemeindeförderung gesunken sind, weil für das kommende Jahr, so wie für das heurige Jahr in etwa der gleiche Betrag von 320 Mio. S vorgesehen ist. Bei Auf-

merksamkeit gegenüber den Ausführungen der Budgetrede - zugegebenermaßen ist diese etwas lang - wäre Ihnen nicht entgangen, daß wir im kommenden Jahr für das Festspielhaus keinen Betrag mehr eingesetzt haben, daß also bei gleichbleibenden 320 Mio. S allein schon diese 10 Mio. S woanders zugunsten der Gemeinden hinwandern.

Es kommt aber noch viel stärker. Es dürfte Ihnen entgegen den eifrigen Lesern der Tagespresse entgangen sein, daß die Landesregierung vor etlichen Monaten beschlossen hat, die Verbandsklärungen der Gemeinden, für die jährlich Hunderte Millionen Schilling ausgegeben werden, nicht mehr wie bisher - einfach aus Mangel an Mitteln - en bloc zu fördern, d.h. wenn eine Verbandsklärungsanlage im Jahr 100 Mio. S Baukosten erfordert, nicht mehr 30 oder 35% unter einem hinzugeben - dazu langen die budgetierten Mittel nicht aus - sondern wir haben gesagt, wir verschieben die Bezahlung auf die späten achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre und bezahlen den Gemeinden oder Gemeindeverbänden in der Zwischenzeit den halben Bankzins. Es dreht sich hier, Herr Abgeordneter, um Hunderte Millionen. Und es dreht sich jährlich um 30, 40, 50 Mio. S, die wir den Gemeinden zukommen lassen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Was macht das konkret im Jahr 1982 aus? - Glocke des Präsidenten) Im Jahre 1982 werden 200 bis 300 Mio. S nach Schätzungsangaben des Landeswasserbauamtes allein an Baukosten für Verbandsklärungsanlagen anfallen, der Landesbeitrag würde ca. 60 Mio. S ausmachen. Wie bezahlen wir diesen Beitrag? Die Gemeinde nimmt in dieser Höhe ein Darlehen auf. Wir zahlen das sobald wir können zurück und übernehmen für die Zwischenzeit den halben Bankzins, das wäre bei 200 Mio. S Baukosten ein Landesbeitrag von ca. 60 Mio. S. Der Bankzins hierfür etwa 7 Mio. S, die Hälfte hiervon macht 3,5 Mio. S aus. Was also heißt, wenn wir im Budget des kommenden Jahres beispielsweise 3,5 Mio. S vorgesehen haben für die Gemeindeförderung aus dem Titel der Kanalisation, übernehmen wir hiemit Schulden von 60 Mio. S, die wir später abzahlen haben. Und das kann man bei einem Vergleich der Gemeindeförderung der Jahre 1981 und 1982 nicht außer Acht lassen (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das ist sehr bedeutungsvoll!) Aber wir zahlen später die Hunderte Millionen, das mußte Ihnen doch jetzt aufgegangen sein. (Zwischenruf: Das ist überheblich! - Glocke des Präsidenten) ... für den Durchschnittsabgeordneten, und damit meine ich auch den Herrn Abg. Dr. Keckeis, erklärt, wie eine Zwischenfinanzierung vor sich geht. Ich habe das ja auch nur getan, um zu dokumentieren, daß die Gemeindeförderung, wenn auch nicht im ausgewiesenen Betrag sichtbar, unendlich stark steigt, weil das alles Lasten sind, die wir zusätzlich in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehntes und voraussichtlich in den neunziger Jahren noch bezahlen müssen.

Zum dritten, Herr Abgeordneter, haben Sie sich - das entspricht schon einer alten Tradition - darüber beklagt, daß den SPÖ-Anträgen zum allergrößten Teil nicht entsprochen wurde. Und Sie haben es jetzt, wie alljährlich, wieder unternommen zu sagen, daß diese bescheidenen Forderungen doch ohne weiteres mit einer Verschuldensgrenze oder dem Schuldendienst vertretbar gewesen wären.

Von Ihnen aus ist dieser Standpunkt sicher begreiflich. Er ist nur völlig unrichtig. Alle Jahre wieder kehrt die gleiche Klage, daß man den ach so bescheidenen SPÖ-Anträgen nicht oder kaum entsprochen hat. Diese Anträge beliefen sich netto - ich saldiere Einsparungen mit Mehrausgaben - in den Jahren seit 1974 zwischen 18,9 Mio. S - das war der bescheidenste Ansatz heuer - und 138 Mio. S. Wenn Sie jährlich beklagen, daß man den Anträgen nicht entsprochen hat, dann ist das durchaus richtig, wenn ich die Konsequenzen dieser Anträge - wenn man diesen vollständig nachgekommen wäre - deutlich aufzeige. Sie haben zwar in der Presse zu meinem Rundfunkinterview erklärt, daß das Horrorzahlen von Mandl wären. Tatsächlich ist es so, ich will Sie nicht langweilen mit der Aufzählung, daß Sie zu den Budgets 1975 bis 1982 saldierte Mehrausgaben von 857,6 Mio. S verlangt haben. Sie wissen selbst, daß wir in all diesen Jahren kein übriges Geld hatten, sondern Darlehen aufnehmen mußten. Das will also heißen, daß alle diese von Ihnen beantragten Mehrausgaben zusätzliche Darlehensaufnahmen benötigt hätten, um den Wünschen entsprechen zu können. Und wenn ich nun unter Anrechnung realistischer Laufzeiten, Darlehens- und Tilgungskonditionen eine Rechnung der Finanzabteilung ansehe, und weil wir jetzt über das Budget 1982 reden, auf Ende des Jahres 1982 projiziere, dann ist - und ich bitte, das ist überprüfbar - bis Jahresende 1982 den sozialistischen Anträgen auf Mehrausgaben einschließlich Zinsen und Tilgungsquote der wirkliche Horrorbetrag von 1.517.000.000 S zuzurechnen. Das heißt also, einfach gesagt (Zwischenruf Wolf: Das stimmt nicht!) Sie müßten es mir erst nachrechnen, bis jetzt hat man mir Rechenfehler noch nicht nachgewiesen, auch Sie nicht, Herr Abgeordneter - das heißt also, wenn ich in der Budgetrede dargelegt habe, daß wir zum Jahresende 1982 mit einer Verschuldung von 1.150 Mio. S rechnen müssen, daß wir, wenn wir Ihnen im Rahmen Ihrer Anträge voll entgegengekommen wären, 2,6 Mrd. S Schulden hätten. Ich glaube nicht mehr lange auszuführen zu müssen, daß das die völlige Zerrüttung der Landesfinanzen bedeutet hätte. Dafür aber, meine Damen und Herren, haben weder ÖVP noch ich eine Konsensbereitschaft, deren Mangel Sie unter diesem Titel beklagt haben. Wir haben heute gehört, daß die präliminierte Darlehensaufnahme im kommenden Jahr 164 Mio. S betragen wird. Wir haben weiters gehört, daß der Schuldendienst allein für die bisherigen Schulden 133 Mio. S betragen wird, und daß dieser Schuldendienst dann noch höher wäre, wenn wir nicht zu günstigen Konditionen von den Illwerken 200 Mio. S als Überbrückungskredit hätten, sondern wenn wir diesen Betrag im Darlehenswege von der Bank finanzieren hätten müssen. Dann beliefe sich der Schuldendienst allein gegen 140 Mio. S. Sie sehen daraus, daß unsere Darlehensaufnahme im nächsten Jahr schon zum allergrößten Teil dazu dient, den Schuldendienst für die bisher in Anspruch genommenen Darlehen zu decken. Das ist für uns ein lautes Warnsignal, Herr Abgeordneter, für Sie aber leider nicht.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Immer wieder hört man von ÖVP-Politikern den Ruf nach einer anderen Politik. Es wird zwar nie genau gesagt, was damit gemeint ist. So ist das auch heute wieder geschehen. Bei diesem Ruf nach einer anderen Politik wird auch ganz bewußt so getan, als gäbe es wirtschaftliche Schwierigkeiten nur bei uns in Österreich und nicht in allen westlichen Industrieländern. Kein Wort von jenen fast 30 Millionen arbeitslosen Menschen in der westlichen Welt, kein Wort von den wirtschaftlichen Problemen, kein Wort von der weit höheren Verschuldung anderer westlicher Länder. Es wird von der hohen Teuerungsrate gesprochen, obwohl man weiß, daß sie die drittniedrigste in allen OECD-Staaten ist. Natürlich ist auch die österreichische Wirtschaft in zunehmendem Maße von der weltweiten Rezession betroffen, auf dem Arbeitsmarkt verstärken sich seit den Sommermonaten die negativen Tendenzen. Wir müssen mit einem Anstieg der Arbeitslosenrate bis zu 3% rechnen. Trotzdem wird man das drückendste Problem, wie es die Industriestaaten haben, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit, bei uns verhindern können. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist bei uns in den vergangenen 3 Jahren sogar ständig gesunken, während die in der Bundesrepublik ständig ansteigt. Natürlich blieb bei der allgemeinen Wirtschaftsabschwächung Vorarlberg auch keine Insel der Seligen. Zum ersten Mal seit 1975 waren wieder mehr Arbeitslose als offene Stellen vermerkt. Ende Oktober hatten wir laut Landesarbeitsamt den niedrigsten Stand an offenen Stellen sogar seit dem Jahre 1955. In besonderen Schwierigkeiten befinden sich verschiedene Textilunternehmen. Allerdings verzeichnen z.B. die Stickereien eine Hochkonjunktur. Ein Lichtblick dürften die Abschlüsse auf der Interstoff in Frankfurt sein. Die Vorarlberger Schwierigkeiten in der Textilindustrie sind sicherlich nicht nur hausgemacht, sondern weltweit ist eine Abschwächung in der Textilindustrie festzustellen. Wir Sozialisten haben seit vielen Jahren auf die auf die Textilindustrie zukommenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, auch die Gewerkschaften haben dies getan. Aber wie immer werden Aussagen der Gewerkschaften nicht sehr ernst genommen, sondern einfach beiseite geschoben. Daß wir uns über die Situation in der Textilindustrie Gedanken gemacht haben, wurde uns immer zum Vorwurf gemacht. Es wurde uns vorgehalten, wir würden die Textilindustrie nur schlecht machen. Während im zunehmendem Maße überall in der Welt die Aussagen der Gewerkschaften in den letzten Jahren aufgewertet wurden, werden sie hier im Lande brüskiert, um nicht zu sagen diskriminiert. Ein besonderes Beispiel für die Aufwertung der Aussagen der Gewerkschaften kann man aus der 3. Enzyklika von Papst Johannes Paul II. entnehmen. Ich zitiere: (Zwischenruf: Die kennen wir!) Ich weiß schon, daß das vielleicht etliche nicht gerne hören - «Die modernen Gewerkschaften sind aus dem Kampf der Arbeitnehmer - horchen Sie gut zu, Herr Intemann, - der Arbeiterschaft und vor allem der Industriearbeiter für den Schutz ihrer legitimen Rechte gegen die Unternehmer und die Besitzer der Produktionsmittel entstanden. Ihre Aufgabe ist die Verteidigung der existentiellen Interessen der Arbeitnehmer in allen Bereichen, wo ihre Rechte berührt werden. Die historische Erfahrung

lehrt, daß Organisationen dieser Art unentbehrliches Element des sozialen Lebens darstellen, vor allem in den modernen Industriegesellschaften.» Das heißt für mich, daß auch für den Papst die Gewerkschaften eine besondere Stellung in der Gesellschaft bekommen haben. Leider scheint sich das nicht bis zur Vorarlberger Landesregierung durchgesprochen zu haben; weil auch die Vorarlberger Gewerkschaften ihre Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, sehr ernst nehmen, weisen wir heute wie schon vor 10 Jahren auf diese Probleme hin und kennen auch die Wichtigkeit der Textilindustrie für unser Land. Wie ernst Sie die Aussagen der Vorarlberger Gewerkschaften nehmen, lassen Sie mich an einem Beispiel erklären. Am 26. April d.J. hat der Österreichische Gewerkschaftsbund, Landesexekutive Vorarlberg, an die Vorarlberger Landesregierung, an die im Landtag vertretenen politischen Parteien, an die drei Parlamentsklubs in Wien und an das Bundesministerium für Finanzen den Antrag auf Einführung einer Pendlerbeihilfe, Schaffung steuerlicher Erleichterungen für die Pendler und die Beschlußfassung eines Arbeitnehmerförderungsgesetzes gestellt. Mit Ausnahme des sozialistischen Landtagsklubs hat der Österreichische Gewerkschaftsbund von keinem im Landtag vertretenen Klub, auch nicht von der Vorarlberger Landesregierung jemals eine Antwort bekommen. Was wollten wir mit diesem Antrag erreichen? Erstens einmal, daß zur Schaffung von mehr Mobilität für die Arbeitnehmer eine Pendlerbeihilfe geschaffen werden soll. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird es von besonderer Bedeutung sein, das Pendeln den Arbeitnehmern zu erleichtern. Wenn man weiß, daß in Vorarlberg nach wie vor ein großer Mangel an gelernten Arbeitskräften besteht, wie dies z.B. in einzelnen Metallbranchen der Fall ist, wir aber in der Steiermark arbeitslose Facharbeiter haben, könnte durch die Schaffung einer solchen Pendlerbeihilfe ein Anreiz geschaffen werden, diese Arbeitnehmer ins Land zu bringen. Um nicht mehr wie heute aus Comecon-Ländern im Leihverfahren Arbeitnehmer hereinnehmen zu müssen. Gerade in einer Krisensituation wie jetzt ist die Umschulung von Arbeitskräften eine vornehmliche Aufgabe. Dies sollte durch das Arbeitnehmerförderungsgesetz ermöglicht werden. Selbstverständlich wollten wir mit diesem Gesetz auch eine Möglichkeit schaffen, um Notfälle, die vor allem aus Betriebsschließungen entstehen, weil Arbeitgeber nicht mehr ihren Verpflichtungen nachkommen können, zu sanieren. Das Ablehnen dieses Antrages sowie das Nichtbeantworten eines Briefes des ÖGB durch die Klubs der Österreichischen Volks- und auch der Freiheitlichen Partei sowie auch das Nichtbeantworten des Briefes durch die Vorarlberger Landesregierung zeigt deutlich, daß sie nicht bereit sind, über Probleme der Vorarlberger Arbeitnehmer ernsthaft überhaupt nachzudenken, geschweige denn nach Lösungen zu suchen. Und obwohl Sie ganz genau wissen, daß diese Beschlüsse mit den Stimmen, also auch mit den Stimmen der christlichen Gewerkschafter gefaßt wurden. Nun doch zurück zur Situation der Textilindustrie. Wie konnten die Vorarlberger Betriebe in diese Schwierigkeiten geraten? Erstens einmal durch die internationale Krise, die es besonders im textilen Bereich gibt. Zweitens durch Billigimporte und drittens

durch Managementfehler, hier besonders durch falsche Investitionspolitik. Nicht einmal die Manager der in Schwierigkeiten geratenen Firmen waren in der Lage, beim abgehaltenen sogenannten Textilgipfel diese Fakten in Frage zu stellen. Trotzdem wird mir im Mitteilungsblatt der Handelskammer «Vorarlbergs Wirtschaft aktuell» vorgeworfen, Pauschalverdächtigungen ausgesprochen zu haben. Gerade das Gegenteil war der Fall. Ich habe ausdrücklich betont, daß die Familienstruktur in unserem Lande in den Klein- und Mittelbetrieben eine an und für sich gute ist, daß aber die gleiche Familienstruktur für Großunternehmen tragische Entwicklungen herbeiführen kann. Weil ich nicht bereit war, die Firmen namentlich zu nennen, wird mir eine billige Argumentation vorgeworfen und ein Ablenkungsmanöver unterstellt. Am vergangenen Samstag habe ich allerdings durch die Kronenzeitung im Teil Wirtschaftsmagazin diese meine Feststellungen neuerlich bestätigt gefunden. Gestatten Sie mir, daß ich aus diesem Wirtschaftsmagazin zitiere, unter dem Titel «Der Fall der Familien» schreibt die Kronen-Zeitung: «Die Verfahren der Familien müssen sich ja im Grabe umdrehen. Dieser bittere Kommentar eines Vorarlberger Textilkenner kennzeichnet gut die momentane Stimmung im Ländle, denn der staatlich aufgezwungene Bittgang der drei traditionsreichen Familienbetriebe Ganahl, Herburger & Rhomberg sowie Jenny und Schindler stößt den Industriellen sauer auf. Am Fall der stolzen Familien über das Hindernis Textilkonjunktur ist allerdings nicht nur der vielzitierte Importdruck schuld. Ein gutes Maß Verantwortung trifft die untereinander verstrittenen Familien selbst. Deutlich wird das im Falle Ganahls. Der Textil-Clan geriet sich in die Haare, als im Frühjahr 1981 der damalige Vorstandsvorsitzende Rudolf Ganahl überraschend verkündete, der Textilbetrieb der Ganahl AG müßte zugesperrt werden.» In einer solchen wirtschaftlichen Krisensituation scheint es für mich, und ich glaube auch für einen großen Teil der Vorarlberger Bevölkerung, höchst unangebracht, noch eine Millionenvilla zu bauen. Neben der Textilfirma Ganahl ist auch die Firma Herburger & Rhomberg in Schwierigkeiten geraten. Nach einheitlichen Aussagen von Wirtschaftsprüfern kann die Firma ohne öffentliche Hilfe nicht überleben. Für die nächsten Monate ist dringend eine Überbrückungshilfe in der Höhe von ca. 15 Mio. S notwendig. Beim oft schon erwähnten Krisengipfel der Textilindustrie in Wien hat Sozialminister Dallinger den Vorschlag gemacht, ca. 15 Mio. S in folgender Aufteilung aufzubringen: 5 Mio. S der Bund, 5 Mio. S die Banken, 5 Mio. S das Land Vorarlberg. Dieser Meinung hat sich auch vollinhaltlich am vergangenen Freitag die Landesexekutive des ÖGB einstimmiggeschlossen und forderte auf schnellstem Weg Hilfeleistung. Auch hier haben Sie wieder bewiesen, daß Ihnen die Meinung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der in ihm vertretenen Fraktionen gleichgültig ist. Sie haben auch hier den Antrag der sozialistischen Landtagsfraktion auf sofortige Bereitstellung dieses Betrages in der Höhe von 5 Mio. S abgelehnt mit der Begründung, nichts zu tun, was den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft widerspricht. Und ich sage Ihnen, dieser Antrag bleibt auch aufrecht, wenn Sie auch eine scheinbare Lösung mit einer Bank gefunden haben, weil wir

glauben, daß damit das Problem nicht gelöst ist. Gerade die Entwicklung in Deutschland zeigt, daß diese Selbstheilung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft nicht möglich ist. Sicherlich birgt die Bereitstellung einer solchen Überbrückungshilfe ein gewisses Risiko in sich. Trotzdem scheint es mir von entscheidender Bedeutung zu sein, bis zur Feststellung, ob diese Arbeitsplätze überhaupt in Zukunft erhalten werden können, diese Überbrückungshilfe zu gewähren. Für die Zukunft stellen wir uns nicht eine Textillösung, wie sie im Osten Österreichs gemacht wurde, vor. Wir wollen klar festhalten, daß wir nur öffentliche Beihilfen dort wollen, wo die Garantie gegeben ist, daß die Arbeitsplätze auch gehalten werden können. Es muß allerdings festgestellt werden, daß bei der Textillösung Ost auch Vorarlberger Textilindustrielle am Zustandekommen dieser Lösung führend beteiligt waren. Wenn Sie mir in einer Aussendung, meine Damen und Herren des Wirtschaftsbundes, den Vorwurf machen, daß ich als Angestellter der ÖBB zu diesem Problemkreis Stellung bezogen habe, wollen Sie sich offensichtlich in den Kreis jener einreihen, die von den sogenannten Privilegien der Eisenbahnen sprechen. Dazu lassen Sie mich sagen, daß Ihnen das schlecht ansteht. Nachdem es keine Berufsgruppe gibt, wie die Landesangestellten des Landes Vorarlberg, die so viele Privilegien genießen, sie zahlen z.B. keinen Pensionsbeitrag, ist diese Argumentation geradezu lächerlich. Noch auf einem anderen Gebiet negieren Sie seit Jahren die Forderungen der Arbeitnehmervertretungen im Land und zwar in der Frage der ärztlichen Versorgung. Obwohl die Vollversammlungen der Arbeiterkammer, wie auch die Aussagen des ÖGB seit vielen Jahren auf die unhaltbare Situation aufmerksam machen, ist es bis heute nicht zu entscheidenden Verbesserungen gekommen. (Zwischenruf Mayer: Das müssen Sie dem Minister sagen!) Nach wie vor fehlen in allen Bereichen Ärzte. Stundenlanges Warten in den Wartezimmern ist die Folge davon. Erst kürzlich hat ein Kammerrat des ÖAAB in der letzten Arbeiterkammervollversammlung mitgeteilt, daß man sich dieses Warten allerdings durch das Leisten eines Beitrages von 100 bis 200 S abkürzen kann. Auf dem Gebiet der zahnärztlichen Versorgung schaut es vor allem sehr schlimm aus. Wenn man bedenkt, daß heute z.B. nur noch ein Zahnarzt in unserem Lande Kieferregulierungen durchführt, und diese zwischen 30.000 und 40.000 S kosten, weiß man, welche Belastung das für die Vorarlberger Arbeitnehmer ist. Auch auf dem Gebiet der Förderung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kommt Ihre Einstellung zu den Arbeitnehmervertretungen klar zum Ausdruck. Währenddem Sie für die gewerbliche Berufsförderung im Wege der Handelskammer in diesem Jahr 3,9 Mio. S ausgeben, haben Sie für die Arbeiterkammer und das BFI nur 800.000 S im Budget bereitgestellt. Allein für die Industriesonderausstellung bei der Dornbirner Messe im laufenden Jahr haben Sie fast den gleich großen Betrag ausgegeben, nämlich 600.000 S. Anhand dieser Beispiele habe ich hinlänglich nachgewiesen, daß Sie die Forderungen und Meinungen der Arbeitnehmervertretungen negieren, währenddem Sie die Anliegen der Arbeitgeber raschestens erfüllen. Wenn immer wieder eine andere Politik verlangt wird, dann wäre sie hier besonders angebracht.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Landesrat Dr. Rümmele.

Dr. Rümmele: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich sehe mich nun doch veranlaßt, nach der Wortmeldung von Herrn Vizepräsident Falschlunger einiges zu sagen, wobei ich Probleme wie Pendlerbeihilfe, Arbeitnehmerförderung usw. nicht hier behandeln will, denn ich glaube, es gibt noch eine Spezialdebatte, und das gehört eben dorthin. Herr Vizepräsident Falschlunger hat ganz allgemein zunächst einmal auf die Textilwirtschaft Bezug genommen, was sicher auch durchaus begrifflich ist, wenn man weiß, was sich tut. Er hat darauf hingewiesen, daß gerade die Gewerkschaften bzw. die sozialistische Fraktion immer schon auf die sich anbahnenden Schwierigkeiten hingewiesen hätten. Dazu möchte ich folgendes sagen. Schwierigkeiten derart, wie es sie in der Textilindustrie gibt, gibt es heute, leider muß ich das sagen, in allen Branchen, nicht nur in Österreich und in der Welt, sondern auch in unserem Land. Ich würde sagen, die Schwierigkeiten der Textilindustrie sind nicht größer, sie sind aber auch nicht kleiner als in anderen Branchen. Der Herr Vizepräsident hat es unterlassen darauf hinzuweisen, daß es auch in anderen Branchen nicht überall rosig ist. Er hat es auch unterlassen darauf hinzuweisen, daß in unserem Lande seit einigen Jahrzehnten ein systematischer, natürlicher Umstrukturierungsprozeß stattfindet, daß der Anteil der Textilindustrie am Bruttoinlandsprodukt unseres Landes von etwa 75% noch vor etwa 15 Jahren inzwischen auf rund 45% zurückgegangen ist. Das ist immerhin eine Entwicklung, welche ganz natürlich ist, aber dennoch nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß wir nach wie vor eine sehr starke und auch noch leistungsfähige Textilindustrie in unserem Lande haben. Der Herr Abgeordnete hat in diesem Zusammenhang auch auf die Ursachen dieser Textilkrise, wie er sie so nennt, hingewiesen. Ich möchte hiezu zunächst einmal feststellen, daß von einer Textilkrise zu sprechen nicht richtig ist, weil es zahlreichen großen Textilunternehmen, welche auch Familienbetriebe sind, durchaus gut geht und diese nach wie vor international in aller Welt ihren Mann stellen. Und man kann sogar heute sagen, daß die Chancen, sich auch in Zukunft behaupten zu können, immer größer werden, je mehr die Textilindustrie in anderen Ländern unserer Hemisphäre schrumpft. Der Herr Vizepräsident hat auch auf Managementfehler hingewiesen. Natürlich gibt es Managementfehler in der Textilindustrie wie auch in anderen Industrien. Ich möchte nicht sagen, daß unsere Manager besser sind, aber auch, daß sie nicht schlechter sind als die Manager in anderen Ländern, in anderen Staaten. Und auch die Manager in anderen Ländern und anderen Staaten machen Fehler. Die Frage ist nur die, ob man sich einen Fehler überhaupt noch leisten kann aufgrund der vorhandenen Reserven oder nicht, und da müssen wir leider sagen, daß es in unserem Staate sehr schlecht steht, wenn man bedenkt - und zwar statistisch belegt - daß die Eigenkapitalquote der Betriebe in den letzten zehn Jahren von 40% sich auf 20% halbiert hat, so ist das mehr als bedenklich. Und ich möchte heute schon feststellen: Wenn die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung so weitergeht wie bisher, wird das Eigenkapital in wenigen Jahren noch einmal halbiert sein, und die Unternehmungen werden noch

weniger Reserven haben, selbst um einen unvermeidlichen Managementfehler zu korrigieren. Ich muß natürlich sagen, nur wo man nichts unternimmt, kann man auch keinen Fehler machen. Ein Unternehmer muß aber immer große Entscheidungen treffen. In irgendeiner Organisation einen Fehler zu machen, wirkt sich natürlich nicht so aus, wie eben ein Fehler in einem Unternehmen.

Der Herr Vizepräsident hat die Familienstrukturen kritisiert und gesagt, sie ist gut für kleine Einheiten, sie ist aber schlecht für große Firmen. Das sagt der Herr Präsident ausgerechnet im Hinblick auf die verstaatlichte Industrie, wo man weiß, in welcher Misere sich diese befindet. Dort kann man bei Gott nicht sagen, daß es sich hier um einen Familienbetrieb handle. Er hat es auch fairerweise unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es in unserem Lande zahlreiche Familienbetriebe für große Unternehmungen gibt, welche bestens funktionieren. Sie haben bisher funktioniert, zum Teil schon bald 200 Jahre lang, und sie werden auch weiterhin funktionieren.

Und schließlich noch einige Worte zur Überbrückungshilfe. Der Herr Vizepräsident hat auf das Gespräch, welches vor einer Woche im Bundeskanzleramt stattgefunden hat, hingewiesen. Der Herr Abg. Winder hat schon die Frage aufgeworfen, warum denn hier der Bundeskanzler kommen müsse, um etwas für unsere Betriebe zu tun. Ich möchte Ihnen die Antwort geben, der Herr Bundeskanzler hat deshalb zu dieser Sitzung einberufen, weil er darum angegangen wurde. Auch eine Landesregierung kann nur dort eingreifen, wo sie angegangen, wo sie kontaktiert wird. Und die Regierung hat in Fällen, die zur Debatte standen, schon lange Kontakte und auch konkrete Schritte gesetzt, Herr Klubobmann, um den Firmen zu helfen. Nicht der Öffentlichkeit halber, um in die Presse zu gelangen und auf diese Weise Pluspunkte zu sammeln, denn immer noch bin ich der Auffassung, daß einer Firma, welche sich in einer schwierigen Situation befindet, am besten dann geholfen werden kann, wenn Hilfe möglichst still und außerhalb des Bereiches einer breiten Öffentlichkeit stattfindet. Es ist aber noch ein Grund, warum der Herr Bundeskanzler vermutlich diese Konferenz einberufen hat, Herr Klubobmann. Weil eben der Bund auf diese Weise die Einbeziehung weiterer Partner zur Zahlung von Leistungen, für welche dem Bund die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Arbeitsmarktmittel zur Verfügung stehen, erreichen will und sich es dadurch finanziell etwas leichter machen will. Man muß überhaupt sagen, daß für derartige Überbrückungshilfen die Arbeitsmarktförderungsmittel zur Verfügung stehen müßten. Jene Mittel, welche ja nicht der Bund bezahlt, sondern welche die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gemeinsam in einen Topf einbezahlen. Und ich bin gerade in den letzten Tagen von mehreren Seiten aufgefordert worden, man sollte von Landesseite einmal einen Vorstoß beim Bund machen, daß derartige Mittel hier bei uns im Lande verbleiben und auch bei uns im Lande verwaltet werden könnten. Ich glaube, wenn das möglich wäre, hätten wir viele Probleme weniger. Es wurde vom Abg. Intemann schon sehr eindrücklich dargelegt, was in unserem Lande an solchen Mitteln aufgebracht wird, und wie wenig wieder in unser Land zurückkommt. Der Herr Vizepräsident

Falschlunger hat dann noch die Lösung, welche die Landesregierung getroffen hat, als scheinbare Lösung bezeichnet. Hier muß ich Ihnen deutlich widersprechen. Ihre Meinung kann nur darauf zurückzuführen sein, daß die Situation Ihnen nicht genau bekannt ist. Die Vorarlberger Lösung ist genau marktkonform und hat ihre Ursache darin, daß verschiedene Banken ihre Kreditlinien zurückgenommen haben bzw. auch Kredite fälliggestellt wurden. Und das Land Vorarlberg hat nun das Problem dadurch gelöst, daß für einen solchen fälligen Kredit, für welchen das Land seinerzeit die Bürgschaft übernommen hat, nun die Fälligkeit hinausgeschoben wird auf unbestimmte Zeit, bis sich hier eben eine Lösung abzeichnen wird. Wenn das nicht geschehen wäre, hätte die Firma noch in diesem Jahre den entsprechenden Betrag zur Bezahlung, also liquide Mittel, aufwenden müssen. Sie muß es nun nicht, und dieses Geld steht nun zur Verfügung, um Löhne und Gehälter der Dienstnehmer zu bezahlen. Es ist im Grunde genommen genau dasselbe, was die Tiroler Regierung macht. Tirol hat aber eine andere Konstellation. Tirol will scheinbar ein Darlehen geben, welches aber zu besichern und zu verzinsen ist. Also auch dort keine Zahlung au fond perdu, auch dort kein Geschenk.

Die Vorarlberger Landesregierung hat sich bei ihrer Entscheidung nicht vom Interesse der Gesellschafter leiten lassen - sicher kann ich mir vorstellen, daß es aus dieser Sicht gesehen wünschenswerter gewesen wäre, wenn man ein Bargeld bekommen hätte sondern sie hat sich vom Interesse der Arbeitnehmer leiten lassen. Für die Arbeitnehmer ist nämlich die vom Lande getroffene Lösung genau dieselbe und genau so wertvoll, wie eine andere Lösung, welche Ihnen offensichtlich vorschwebt, sonst kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie die Lösung, welche das Land hier getroffen hat, als scheinbare Lösung bezeichnen. Es wurde seinerzeit, d.h. vor einer Woche, vereinbart, daß als Zeitraum für diese Zwischenlösung das Frühjahr, etwa März 1982, anzusehen ist, weil bis zu diesem Zeitpunkt - das war der unmittelbare Anlaß für diesen Vorschlag - ein Gutachten, welches von geeigneten internationalen Experten herzustellen ist, fertiggestellt und Vorschläge für die weitere Zukunft dieser Unternehmungen bringen soll.

Wenn ich noch etwas auf die Förderungspolitik des Bundes durch Direktsubventionen komme, jene Politik, welche offensichtlich auch Ihnen, Herr Vizepräsident, vorschwebt, so möchte ich doch festhalten, daß diese Förderungspolitik natürlich begrenzt ist. Einmal durch die Budgetsituation des Bundes, besonders in Zeiten, wo derartige Anlässe immer häufiger werden. Man kann in Einzelfällen sicher Feuerwehr spielen, aber irgendwo hat dies einmal ein Ende, sie ist aber auch begrenzt durch die Effizienz solcher Maßnahmen. Ich möchte nur die beiden Beispiele Textil Ost oder Eumig erwähnen. Ich könnte diese Liste fortsetzen. Man kann und muß dort leider sagen, daß Hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden Steuermittel sozusagen hinausgeworfen wurden, weil alles für die Katz war, wobei man schon im Zeitpunkt der Geldhingabe erkennen hat können, daß alles für die Katz ist. Ich möchte hier schließlich auch noch die Meinung einer angesehenen Zeitung in einer Glosse, wenn es gestattet ist, zitieren. Es heißt dort:

«Mag man die spektakulären Rettungsaktionen des Kanzlers noch seinem politischen Geschick zurechnen, werden die konkreten Auswirkungen doch allmählich gefährlich. Kreisky zahlte viele Milliarden, die der Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze in der Verstaatlichten kosten, nicht aus seiner Privatschatulle, sondern aus den Steuereinnahmen jener gesunden Privatunternehmen, jener Arbeiter, Angestellten, Unternehmer und Freiberufler, die trotz sozialistischer Wirtschaftspolitik noch Gewinne machen.»

Präsident: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Eß.

Eß: Hoher Landtag! Es ist in den Debattenbeiträgen, besonders zunächst im Debattenbeitrag des Herrn Landeshauptmannes die Frage der Volksanwaltschaft wieder aufgeworfen worden. Dabei ist ein Wort gefallen, das mich doch veranlaßt, hier klar Stellung zu nehmen. Es wurde seinerzeit nach der Beratung der Geschäftsordnung vereinbart, daß für die Volksanwaltschaft ein Papier der legislativen Abteilung vorgelegt wird, das dann die einzelnen Klubs beraten und allenfalls ihre Vorschläge machen können. Das ist bis heute nicht geschehen. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung. Wir werden dieses Papier abwarten. Unsere Auffassung war seit jeher, daß nach Möglichkeit die neue Verfassung ein gemeinsamer Beschluß der im Landtag vertretenen Parteien sein soll. Es wird hier sicher schwer sein, Übereinstimmung zu finden, aber es müßte möglich sein. Sollte das nicht der Fall sein, braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit. Und hier, Herr Landeshauptmann, glaube ich, kann man von einer sicheren Zweidrittel-Mehrheit erst dann reden, wenn die Karten auf den Tisch gelegt werden. Wenn ich aber das so verstehen darf, Herr Landeshauptmann, daß man unseren Vorstellungen, also des Regierungspartners, weitgehend entspricht, dann ist sicher die Zweidrittelmehrheit gegeben. Aber heute davon zu sprechen, das ist verfrüht.

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich habe zur Vorbereitung der heutigen Landtagssitzung die gedruckten Protokolle der letzten Jahre zurückgeblättert in Erwartung, daß der Herr Landesstatthalter heute wiederum so wie in allen früheren Jahren seine Erklärungen wiederholt, Vorarlberg sei unter allen österreichischen Bundesländern jenes, das die höchste Gemeindeförderung habe. Herr Statthalter, (Zwischenruf Dr. Mandl: Im Spitzenfeld!) ich habe heute sehr aufmerksam Ihre Ausführungen diesbezüglich verfolgt, aber ich habe gemerkt, daß Sie alle derartigen Andeutungen zum ersten Mal wirklich peinlich verschwiegen haben. Sie haben am 9.4.1975 noch erklärt: «Vorarlberg war mit der Förderung seiner Gemeinden - damals haben Sie sich auf die siebziger Jahre bezogen - nach dem Ergebnis unserer Untersuchungen Spitzenreiter unter allen österreichischen Bundesländern.» Herr Statthalter, das war 1975. Wenn man in den Jahrgängen weiterblättert, dann stoße ich beispielsweise auf den 9.4.1975. Damals haben sie gesagt: «Hoher Landtag, ich habe Ihnen heute ein 46-seitiges Exposé auf den

Tisch gelegt, an dem man neun Monate gearbeitet hat.» Auch nach diesem Exposé ist Vorarlberg ganz vorne in der Tabelle jener Länder, die die Gemeinden am allerbesten fördern. Wenn man in unseren Protokollen der letzten Jahre weiterblättert, so sagen Sie etwa am 7.4.1976: «Meine in der Aussage der Vorarlberger Nachrichten vom 12.3.1976 wiedergegebene Behauptung, Vorarlberg betreibe die großzügigste Gemeindeförderung in Österreich, wird durch die Untersuchung von Herrn Hubert Singer der Finanzabteilung untermauert... » Und dementsprechend pflichtschuldigst lesen wir dann am nächsten Tag unter Balkenlettern in den «Vorarlberger Nachrichten», - wie heißt es da so schön - «Vorarlberg bezahlt den Gemeinden die höchsten Förderungssätze». So geht es dann Jahr für Jahr, Herr Statthalter, weiter. Beispielsweise reden Sie am 7.12.1978 wiederum von der «größtzügigsten Gemeindeförderung in ganz Österreich». Sie haben es kein Jahr unterlassen, das immer von neuem zu wiederholen bis herauf in das letzte Jahr. Nur heuer ist es beim Thema Gemeindeförderung in Ihren Reden diesbezüglich sehr still geworden. Ich hätte eigentlich erwartet, da Sie ja schon seit Monaten im Besitz einer Untersuchung sein sollen, daß Sie wenigstens dazu auch eine Erklärung abgeben. Ich glaube, Sie müssen an dieser Arbeit, die Sie da bekommen haben, noch einige gewisse Operationen durchführen, bevor sie in Ihr Konzept paßt, und Sie werden deshalb erst etwas später mir die Wahrheiten auf den Tisch legen. Ich konzediere Ihnen das gern, das zum ersten.

Meine Damen und Herren, auch ein Wort zum Herrn Landeshauptmann. Herr Landeshauptmann, Sie haben heute der Sozialistischen Partei gesagt, Sie haben jetzt endlich einmal in der Sache Pro Vorarlberg zu schweigen und das zu tun, was die Mehrheit verlange. Ich möchte Ihnen doch einmal empfehlen, Herr Landeshauptmann, selber einmal endlich das zu tun, wozu Sie die Mehrheit im Land aufgefordert hat und wofür Sie die 70% bekommen haben. Berichten Sie uns endlich einmal, ob Sie auf dem Gebiet, an welchem Sie ja vor den Landtagswahlen so viel den Vorarlbergern versprochen haben, auch nur einen Schritt in diesen vielen Jahren weitergekommen sind. Dort hätten Sie eine große Verpflichtung. Sie können es sich nicht so leicht machen, Herr Landeshauptmann, und sagen, da ist ja nur der böse Bund schuld. Denn Sie müssen zugeben, nicht eine Landesregierung, nicht eine geschlossene Landesregierung, nicht ein geschlossener Landtag, und schon gar kein Landesvolk eines anderen Bundeslandes, ist dieser Aktion Pro Vorarlberg in der Weise gefolgt, wie Sie sich das vorgestellt haben. Nicht einmal die von der ÖVP dominierten Bundesländer haben den Aufruf damals ernst genommen, und Sie sind diesbezüglich, meine Damen und Herren, nicht weitergekommen. Nun, wir haben in den letzten Tagen, wie das so oft der Fall ist, im Rundfunk wieder eine große Siegesmeldung vernommen, daß ein Landesrat der Vorarlberger Landesregierung mit einem Schweizer Beamten ein Gespräch geführt hat und zwar deshalb, weil irgendwelche Flugzeuge da ab und zu vom Alten Rhein aufsteigen und Vorarlberger Gemeinde- und Ortsgebiete berühren. Ich weiß nicht, ob das ein so wichtiges Anliegen für die Vorarlberger Bevölkerung ist. Sei dem wie immer, Herr Landesrat, wir kommen gleich noch darauf

zu sprechen, warum ich das Thema anschneide. Daß das nicht sein darf, steht in jedem Lesebuch über Völkerrecht, da hätten Sie sich die Fahrkarte in die Schweiz ersparen können, um derartiges zu erfahren. Nur etwas ist für mich interessant. Hier haben Sie sich sogar als Außenpolitiker kompetent gefühlt, namens des Landes zu sprechen. Aber wenn es um echte Landesinteressen geht, dann immer wieder, meine Damen und Herren, dann delegieren Sie, wie beispielsweise Herr Landeshauptmann Keßler, sehr gerne die Verantwortung nach Wien. Beispielsweise das leidige Problem mit der Wälderbahn.

Nun haben also einige Vorschläge gemacht. Man müßte doch einmal annehmen, daß man sich zu ensthaften Gesprächen im eigenen Land bereit fände. Einer dieser Vorschläge, es ist ein kurzgefaßtes Exposé, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wurde auch Ihnen, Herr Landeshauptmann, übermittelt. Und man höre und staune, wie weit sich der Landeshauptmann in viel wichtigeren Fragen, als etwa in der Frage, ob nicht der Flugzeuglärm unsere Interessen berührt, wie wichtig der Herr Landeshauptmann diese Dinge beurteilt. Er schreibt: «Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben mir die Studie sowieso über die Wälderbahn übermittelt. Gleichzeitig haben Sie mich ersucht, diese Arbeiten von Fachleuten im Amt der Vorarlberger Landesregierung prüfen zu lassen, und Ihnen das Ergebnis bekannt zu geben. Dazu muß ich Ihnen leider mitteilen sagt der Herr Landeshauptmann - daß wir im Landesdienst nicht über technische Experten verfügen, die zur Beurteilung der in der Expertise niedergelegten bahntechnischen Überlegungen in der Lage wären.» Das ist ja eine seltsame Landesregierung, die nicht einmal irgendwo einen Experten herbekommen könnte, der sie in solchen Dingen berät, wenn sie auf der anderen Seite sich wohl kompetent fühlt in zwischenstaatlichen Aufgaben, die für die Vorarlberger Bevölkerung bestimmt nicht so interessant sind, wie etwa die Wälderbahn, zu intervenieren.

Oder ein anderes Beispiel. Es hat erst vor kurzem ein Kollege von der Freiheitlichen Partei in der Sache A 15 einen sehr ernsten Vorschlag gemacht. Und wir haben das auch getan und zwar bereits am 25.3.1980 mit einem kurzen Gutachten an die Landesregierung. Meine Damen und Herren, bis heute hat die Stadt Bregenz zu diesem Brief und zu diesem Gutachten von der Landesregierung nicht einmal ein Wort erfahren, was sie darüber denkt. Keine Einladung zu einem Gespräch. Sehen Sie, das meine ich, wenn man auf der einen Seite bei jeder gegebenen Gelegenheit so tut, als ob man ein Staat im Staate wäre, der eine eigene Außenpolitik betreibt und dort auch noch kompetent ist, wenn man auf der anderen Seite nicht einmal imstande ist, die Probleme zu lösen, die man sehr wohl im eigenen Land zu lösen hätte und auch dazu im wesentlichen imstande ist. Denn, meine Damen und Herren, machen Sie mir doch nicht weis, daß es für Wien wesentlich ist, ob die A 15 ein paar Kilometer weiter südlich oder weiter nördlich in diesem Lande verläuft. Das ist eine Sache, die wir Vorarlberger hier im eigenen Land miteinander ausdiskutieren und selber klären können. Ich bin überzeugt, daß wir sie dann auch gemeinsam in Wien durchsetzen können.

Ihr Wirtschaftssprecher, Herr Kollege Intemann, hat wieder einmal wie jedes Jahr gejammert, daß der Bund die Vorarlberger Wirtschaft so schlecht behandelt. Meine Damen und Herren, das kann man nachlesen. Es gibt diesbezüglich unbestrittene Aufstellungen, es ist eine Tatsache, daß beispielsweise Vorarlberg jenes Bundesland in diesen zehn Jahren der SPÖ-Bundesregierung geworden ist, das z.B. beim Autobahnbau am allerweitesten in ganz Österreich fortgeschritten ist. Ich weiß schon, Sie haben da und dort einen Landesbeitrag erbracht, den ich gar nicht qualifizieren möchte, so bescheiden ist er. Das haben die anderen Länder ja auch getan. Aber Tatsache ist, daß in Prozentsätzen in keinem Bundesland in Österreich so viel für den Autobahnbau und damit für die Beschäftigung, Herr Kollege Feierle, der Bauwirtschaft getan wurde, wie eben in diesem Land.

Meine Damen und Herren, wenn Sie vom Schulbau sprechen, wenn Sie eine Bilanz ziehen, wieviel Bundes-schulen vor zehn Jahren vorhanden waren, und wieviele Bundesschulen heute hier sind, dann muß man jetzt sagen, daß wir bis auf einige Ausnahmen, für die wir uns alle noch einsetzen, wir beim Bundesschulbau bereits eine optimale Ausstattung erreicht haben. Auch das hat die Installateure, Herr Kollege Intemann, oder die Baufirmen, Herr Kollege Feierle, und alle vom Wirtschaftsbund, die Sie so sehr jammern, daß sie der Bund so schlecht behandelt, doch in den letzten Jahren ganz vorzüglich beschäftigt. Wenn man heute das Land hinauffährt bis zum Arlberg, so sieht man doch dicht aneinandergereiht entweder Baustellen, die in dieser Zeit fertig geworden sind oder begonnen wurden, und die in erster Linie dazu beigetragen haben, daß die Wirtschaft auch imstande ist, die Geldmittel aufzubringen und auch anteilmäßig abzuliefern, wie man das eben in Österreich aufgrund der Gesetzeslage als richtig anerkennt und verlangt.

Nun schimpft man in Vorarlberg über die Ost-Textil-Lösung, meine Damen und Herren. Ja, wer ist denn betteln gekommen um diese Ost-Textil-Lösung? Es war der Präsident der Industriellenvereinigung, Ihr Parteifreund, der Herr Iglar, für den diese Ost-Textil-Lösung gemacht wurde. Und wer war denn der Herr Schoeller, sein lieber Herr Schwager? Er ist der Vorsitzende der zuständigen Sektion (Zwischenruf Dr. Rümmele: Kein Vorarlberger!) in der Bundeswirtschaftskammer. Für diese beiden Herrschaften wurde eine Ost-Textil-Lösung getroffen. Ja, wären Sie halt hingegangen zu Ihren Parteifreunden mit Ihren ideologisch untermauerten Werten und hätten ihnen gesagt, daß so was in der sozialen Marktwirtschaft unehrenhaft und nicht richtig ist, und man soll es doch als aufrichtiger ÖVPLer nicht tun. Aber nichts haben Sie getan, sondern Sie haben sehr gerne zugeschaut, daß dort die Geldmittel des Bundes für Ihre Parteifreunde gegeben worden sind.

Meine Damen und Herren, dem Herrn Kollegen Dr. Mader konnte ich in vieler Beziehung bei vielen Argumenten folgen. Aber in einem Gedanken kann ich nicht folgen, wenn er nämlich jetzt die verbundene Finanzwirtschaft abschaffen will. Das haben wir doch alle, auf welcher Bank wir immer sitzen, heute zum ersten Mal gehört. Was mich besonders wundert, Herr Dr. Mader, wenn Sie dagegen polemisiert haben, ist deshalb, weil ich mich noch sehr

gut daran erinnere, als Sie als Delegierter von Bregenz beim österreichischen Städtebund (Zwischenruf Dr. Mader: Ich war nur Gastdelegierter!) sogar noch eine Verschärfung dieser verbundenen Finanzwirtschaft verlangten, indem Sie Ihren damaligen Parteiohmann Götz zustimmten, als er darüberhinaus noch einen Finanzausgleich zwischen den Landeshauptstädten wollte.

Meine Damen und Herren, und nun noch zur sozialen Ideologie des freiheitlichen Klubobmannes. Das ist schon lustig, daß man gerade den philosophischen Erfinder jener Ideologie jetzt zum Bannerträger der freiheitlichen Sozialideologie macht, der ja dafür bekannt ist, daß er das Recht des Stärkeren, des Übermenschen, kreiert hat, nämlich den bekannten Friedrich Nietzsche. Ihr freiheitlicher Klubobmann muß also ein bißchen mehr im Zarathustra nachblättern, dann wird er nämlich finden, was Nietzsche unter sozial versteht.

Meine Damen und Herren, zum Schluß vielleicht noch etwas zur sozialen Marktwirtschaft. Man kann mit Worten ja gerade hier sehr trefflich streiten. Für Sie ist die soziale Marktwirtschaft der Inbegriff Ihrer Wirtschaftspolitik. Man hat meinen Freund Winder interpretiert, und deshalb möchte ich nochmals in Erinnerung bringen: es war nicht mein Freund Winder, der diese soziale Marktwirtschaft so abschlägig beurteilt hat, sondern Winder hat den Herrn Professor für christliche Soziallehre an der Universität in Regensburg zitiert. Der Professor für christliche Soziallehre dürfte Ihnen politisch sehr nahe stehen, und der hat gesagt, das sei eine Zweckkonstruktion der politischen Propaganda mit dem Ziel, die Mißstände des Spätkapitalismus zu verschleiern. Also bitteschön, wenn Sie schon von der christlichen Soziallehre und von der sozialen Marktwirtschaft als Ihrem geistigen Eigentum reden. Herr Landeshauptmann, dann kritisieren Sie nicht die Sozialisten. Aber etwas von der sozialen Marktwirtschaft möchte ich zum Schluß doch noch sagen. Es sind heute so viele an das Rednerpult gegangen und haben gesagt, in Österreich ginge es nur deshalb so gut, weil hier die soziale Marktwirtschaft regiere. Sie haben gesagt, das sei doch ein gutes Zeichen, daß die Wirtschaft nach diesen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft so gut funktioniert - ich möchte nur hinzufügen - und das nach elf Jahren sozialistischer Bundesregierung, die doch diese Wirtschaftspolitik macht (Zwischenruf Dipl. Vw. Gasser: Trotz!) Ein größeres Kompliment können Sie ja als ÖVPLer der Bundesregierung gar nicht machen, als wenn Sie behaupten, daß alle Ihre Wünsche der sozialen Marktwirtschaft voll und ganz erfüllt sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nun, um einen Ausdruck des Herrn Landesstatthalters aufzugreifen, versuchen in einer Art und Weise zu replizieren, wie es für einen durchschnittlich begabten Landesrat verständlich ist und gleich hinzufügen, Herr Statthalter, daß auch die Präpotenz, mit der Sie Ihre Argumente vorbringen, den Inhalt nicht besser macht. (Zwischenruf Mandl: Wie man in den Wald hineinruft!) Die P..., Herr Landesstatthalter, macht das Argu-

ment von der Qualität her nicht besser. Erstens: Sie haben gesagt, ich hätte die Richtigkeit und Seriosität der Finanzprognose bestritten. Das ist richtig. Ich bitte Sie, meine Budgetrede zum Budget 1980 nachzulesen, wo ich diese Prognose in folgenden Punkten kritisierte: erstens, daß die Einnahmen zu niedrig angesetzt sind. Gleichzeitig habe ich die Größenordnungen dargelegt, um die sie in den kommenden drei Jahren voraussichtlich höher sein werden. Der Zeitpunkt, der jetzt überprüfbar ist, beweist eindeutig, daß diese Einschätzung der Prognose von uns aus gesehen richtig war, Herr Statthalter. Da gibt es überhaupt nichts darüber zu reden, und daß aufgrund dieser Entwicklung, wie wir sie vorhergesehen haben - um das ist es ja damals gegangen - unsere Anträge sehr wohl und leicht finanzierbar gewesen wären. Mit der Einschränkung, daß Sie dann wahrscheinlich nicht jedes Jahr mit zwei üppigen Nachtragsvoranschlägen hätten aufkreuzen können, das räume ich gerne ein. Aber Sie haben im vorhinein behauptet, die Berücksichtigung sozialistischer Anträge bedeutet den Ruin der Landesfinanzen und haben diese Behauptung stets mit dem Hinweis mit einer - ich wiederhole es - zum Teil falschen Finanzprognose untermauert.

Zweitens: Im Bereich der Verschuldungsgrenzen, Herr Statthalter, möchte ich an Sie folgende Frage richten. Sie sagen mit Recht, daß Sie versuchen möchten, möglichst weit von jener Verschuldungsgrenze entfernt zu sein, die der Rechnungshof mit der bekannten Faustregel für tragbar erklärt. Ich wiederhole: es sind dies 100% der disponiblen Einnahmen. Aufgrund des Budgets, meine Damen und Herren, 1982 haben wir diese Quote mit 6.7% ausgenützt. Würden nun die sozialistischen Anträge mit 20 Mio. S per Saldo berücksichtigt und fremdfinanziert, Herr Landesstatthater, kämen wir auf eine Quote von 6.85%. Und ich frage mich wirklich, ob die Erhöhung dieser Quote um 0.15%, um 0.15%, die Landesfinanzen an den Rand des Ruins treiben würden.

Meine Damen und Herren, es ist doch einfach - ich wiederhole es - ein stures Nichtwollen. Räumen Sie das ein, und damit ist die Geschichte erledigt. (Zwischenruf: Dr. Mandl: Ihre jährlichen Anträge hätten zum Ruin geführt!)

Ich fordere Sie auf, mir zu erklären: 6.7% sind tragbar, 6.85% angeblich nicht. Also, wie diese Differenz zum Ruin der Landesfinanzen führen soll, da müssen Sie eine bündige Erklärung abgeben, Herr Statthalter. Was macht denn der Herr Dr. Mandl mit jährlicher Regelmäßigkeit? Erzählt die Anträge der SPÖ von fünf Jahren zusammen und rechnet sie hoch. Herr Landesstatthalter, wir haben bei jeder Budgetdebatte, bei der wir unsere Anträge begründeten, folgendes erklärt: 1. Auch für uns ist nicht jeder Antrag, den wir stellen, von gleicher Wichtigkeit und Dringlichkeit. Wir muten der ÖVP gar nicht zu, daß sie jeden Antrag unbesehen annimmt. Das ist völlig klar. Aber wir haben gedacht, daß diese Anträge zumindest eine Diskussionsgrundlage für einen Kompromiß darstellen könnten. Indem Sie aber jahraus jahrein nicht einen einzigen Antrag angenommen hatten, ist es ja die logische Konsequenz, daß wir in der Hoffnung, doch einmal einen Kompromiß finden zu können, diese Anträge immer wieder gestellt haben. 2. Auch bei der Budgetdebatte 1980, Herr Statthai-

ter, ich war damals Generalredner meiner Partei, habe ich, von Ihnen unwidersprochen, einmal unsere Anträge - es waren damals die von Ihnen genannten rund 139 Mio. S - aus der damaligen Sicht der Dinge aufgrund der voraussichtlichen Entwicklung versucht hochzurechnen mit den Annahmen, die uns zur Verfügung standen, und mit den Korrekturen, Herr Statthalter, die wir, wie sich nachträglich jetzt zeigt, richtigerweise eingebracht haben. Und es hätte damals die Belastung des Schuldendienstes an den disponiblen Mitteln folgendermaßen ausgesehen: Im Jahre 1980 4.72%, im Jahre 1981 7.03%, 1982 9.53%, im Jahre 1983 hätte man die Grenze das erste Mal überschritten mit 12.15%. Ich will damit nur sagen, daß bei einem Kompromiß, bei Anerkennung dieser Verschuldungsgrenzen, durchaus ein beträchtlicher Spielraum auch für sozialistische Anträge vorhanden gewesen wäre.

Herr Landeshauptmann, wenn Sie meine Bemerkung wegen der klerikal eingefärbten Eheberatung zu einer Grundsatzfrage hochstilisieren wollen, dann bleibt Ihnen das selbstverständlich unbenommen. Ich habe nichts gegen diese Art der Beratung, ich habe aber sehr wohl etwas dagegen, daß sie mit Landesmitteln finanziert wird. Ich wiederhole noch einmal, daß die Institution, die glaubt, solche Beratungsstellen schaffen zu müssen, sie mit eigenen Mitteln bestreiten soll.

Nun aber einige Sätze zum Kollegen Dr. Rümmele, der meinen Freund Falschlunger wegen seiner Äußerung attackierte, daß das Land, was den Beitrag zur Sanierung der Firma Herburger & Rhomberg betrifft, daß es sich hier um eine sogenannte Scheinlösung handle, wie Kollege Falschlunger es dargelegt hat. Und Sie haben, Herr Landesrat, durch den Mund des Herrn Landeshauptmannes die Lösung, die jetzt auf Landesebene gefunden wurde und offenbar den Beitrag des Landes zu dieser Überbrückungsphase darstellen soll, sehr wohl üppig, ja ich möchte sagen schwulstig feiern lassen. Meine Damen und Herren, ich komme daher nicht umhin, diesen «Beitrag» der Landes etwas näher zu umschreiben. Ich habe mich gestern auch noch mit der Firma Rhomberg unterhalten und konnte im Zuge meiner Recherchen folgendes zusammentragen:

Die Firma Rhomberg hat im Jahre 1973, meine Damen und Herren, einen Garantiegemeinschaftskredit im Ausmaß von 10 Mio. S aufgenommen, von dem derzeit rd. 6.3, mit Zinsen werden es vielleicht 6.7 Mio. S sein, offen sind. Ich muß hinzufügen, daß die Annuitäten bisher pünktlich bezahlt worden sind, aber daß folgendes geschehen ist. Es ist üblich, daß bei derartigen Darlehen die Pfandbestellungsurkunden nicht verbuchen werden, das macht man aus Kostengründen, allerdings mit der Verpflichtung, daß der Darlehensnehmer dann, wenn er von einer anderen Bank ein Darlehen aufnehmen will, die diese Verbücherung verlangt, daß dann zunächst das Garantiegemeinschaftsdarlehen verbüchert wird. Diesem Verlangen - das ist richtig - ist die Firma Rhomberg nicht nachgekommen, und im Zuge einer Routineprüfung hat die Hypothekenbank festgestellt, daß in dem Rang, in dem dieses Darlehen stehen sollte, die Creditanstalt-Bankverein - das ist übrigens der Hauptgläubiger mit rund 120 Mio. S - eingetragen ist. Die Firma Rhomberg ist dann aufgefordert worden, die Creditanstalt-Bankverein zu ver-

anlassen, diesen Rang zu räumen, und den Garantiegemeinschaftskredit dort eintragen zu lassen, was die CA-BV nicht getan hat, sodaß jetzt nur noch die Möglichkeit bestand, im gleichen Rang wie die CA sich eintragen zu lassen. Das hat die Hypothekenbank dann veranlaßt, dieses Darlehen zu kündigen, sodaß die Firma Herburger & Rhomberg nun vor der schwierigen Situation stünde, sofort diese 6.7 Mio. S zurückzahlen zu müssen, was sie natürlich auf Anhieb nicht kann.

Meine Damen und Herren, unserer Landesregierung ist es nun gelungen - das ist die «großartige Tat» - daß man diese Kündigung zurücknimmt und dieses Darlehen weiterlaufen läßt. Ich habe heute zu meiner Verwunderung erfahren, vorderhand nur bis März 1982. Meine Damen und Herren, Sie kennen Ihr Risiko: es ist aufgeteilt 50% Land, 50% Kammer. Selbst wenn der schlimmste Fall einträte, könnte es dem Land widerfahren, daß es vielleicht für 3 Mio. S als Ausfallbürge herangezogen würde.

Ich sage Ihnen ganz offen, mir ist nur die Erreichung der Verlängerung eines Darlehens, Herr Landesrat Rümmele, als Sanierungsbeitrag für einen Betrieb, wo berechnete Aussichten bestehen, wenn diese schwierige Phase überwunden ist, daß er weitergeführt werden kann, zu wenig. Denn hier nur einen Kredit zu verlängern und gleichzeitig augenzwinkernd zum Bund hinaufzuschauen und zu sagen, wenn wir bei den 15 Mio. S bleiben, wir haben unseren Beitrag mit den 5 Mio. S geleistet, Bund zahl jetzt du die 10 Mio. S. Meine Herren, da werden Sie Schiffbruch erleiden, das sage ich Ihnen ganz offen. Wenn diese Kreditverlängerung zum Teil beigetragen hat, die Schwierigkeiten zwar nicht zu beseitigen, aber zu verkleinern, dann bleiben immer noch 5 bis 8 Mio. S offen, und bei diesen 5 bis 8 Mio. S, meine Herrschaften von der ÖVP, wird man noch sehr wohl über die Drittelbeteiligung, wenn es notwendig ist, auch in Form eines Direktzuschusses, reden müssen. Als Kenner der Szenerie: Was die Garantiegemeinschaft betrifft, ist es geradezu lächerlich, in der Öffentlichkeit so zu tun, was für einen großartigen Sanierungsschritt man hier gesetzt hat. Es ist insofern auch lächerlich, daß ausgerechnet das Institut, das nur 6 Mio. S ausständig hat, einen Betrieb bald krepieren läßt, während das andere, das 120 Mio. S einfordert könnte, sehr wohl hier etwas langfristiger denkt und durchaus bereit ist, die notwendigen Maßnahmen zu setzen, um diesen Betrieb über diese schwierigen Runden zu bringen. Das vorderhand zu diesem Thema. Wir werden ja im Rahmen der Debatte über die Gruppe - Wirtschaftsförderung noch hinreichend die Möglichkeit haben, darüber zu debattieren.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Jäger.

Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es gäbe nun freilich Gelegenheit, über viele Themen zu diskutieren, aber ich glaube, es sind doch einige der Spezialdebatte vorbehalten. So wollen wir insbesondere über die Arbeitnehmerförderung im Rahmen der Spezialdebatte weiterdiskutieren. Ich wäre hier gerne bereit, auf die vorgetragenen Argumente einzugehen. Ich glaube, wir müssen an sich, und das sage ich auch im Einverständnis mit den Kollegen

meiner Fraktion, über die heutige Diskussion eigentlich froh sein. Denn es haben sich doch einige Linien abgezeichnet. Der Kollege Winder hat zunächst einmal fast schon im Stil eines vorgezogenen Wahlkampfes ganz massiv den Herrn Landeshauptmann attackiert und darüberhinaus Kritik an allem und jedem geübt. Das Wort «Bürgernähe», das stört ihn insbesondere an unserer Politik - ich werde darauf dann noch zurückkommen - und hat versucht, uns diese Bürgernähe abzusprechen. Wenn man die ganze Diskussion über das Budget verfolgt hat, so mag sein, daß die Opposition etwas andere Schwerpunkte setzen würde. Sie haben ja auch andere gesellschaftspolitische Vorstellungen, aber eine klare andere Schwerpunktsetzung läßt sich aus den Anträgen, die Sie gestellt haben und läßt sich aus der Diskussion, die wir hinter uns haben, sicher nicht erkennen. Es sei denn der krampfhafteste Versuch, mit allen Mitteln populär zu werden. Das ist Ihr gutes Recht, das versuchen Sie seit vielen Jahren (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten). Entscheidend ist schlußendlich der Erfolg und nicht der Einsatz der Mühen.

Nun, was der Kollege Winder zur Bürgernähe gesagt hat: Ich glaube, man kann uns bei Gott nicht den Vorwurf machen, daß wir mit den Bürgern nicht reden. Wir suchen das Gespräch mit den Bürgern, aber Bürgernähe ist etwas ganz anderes, als hinter jeder Fahne herzurennen und auf jeden Zug aufzuspringen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Da bist Du Spezialist!) Das ist nicht Bürgernähe, sondern das ist Popularitätshascherei. Das muß man einmal ganz klipp und klar sagen. Es gibt einfach überall und zu allen Fragen verschiedene Meinungen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Der Landeshauptmann fragt die Schweizer, wo man die Straße bauen soll! - Glocke des Präsidenten -Präsident: Bitte um Ruhe!) Die einen wie die anderen Meinungen, die werden wir und die wollen wir hören, gerade auch beim Straßenbau, den Sie hier zitiert haben. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das ist aber nichts Neues!) Aber dann muß man gerade als Politiker entscheiden. Und gerade beim Straßenbau kann es nicht den berühmten Kompromiß geben, der in der Mitte liegt, denn wenn eine Trasse hier und eine andere Trasse dort führen soll, dann liegt der Kompromiß eben nicht darin, daß man die Trasse dann in der Mitte durchzieht, weil dann bestimmt wieder eine Bürgerinitiative, die genauso stark wäre, gegen diese Trasse auftreten würde. Da braucht es eine Entscheidung von seiten des Politikers. Nun zur Wirtschaftspolitik. Es ist hier gesagt worden vom Kollegen Dr. Keckeis, daß wir international gesehen relativ gut dastehen. Sie werden nicht verschweigen können und auch zugeben müssen, daß wir zunehmend Schwierigkeiten haben. Das hat gerade der Präsident des Nationalrates und Gewerkschaftsbundes Benya in jüngster Zeit sehr drastisch getan. Wie schwierig wir es haben, das zeigt doch gerade der Bundeshaushalt 1982, der fast 90% der Ausgaben gesetzlich fixiert hat und keinen Spielraum für Konjunkturpolitik mehr offen läßt.

Der Finanzminister hat das Budget 1982 als einen «Sparhaushalt ohne große Gesten» beschrieben und hat versichert, daß die Bundesregierung dafür Sorge tragen werde, daß die Budgets keine Eigendynamik in Richtung unkontrollierbarer Defizite entwickeln. Das kann man vom

Vorarlberger Budget sagen, aber das kann man ganz bestimmt nicht vom Bundesbudget sagen, denn dieses Bundesbudget entwickelt eine Eigendynamik in Richtung unkontrollierbarer Defizite. Es ist sicher, daß das Defizit über 60 Mrd. S liegen wird. In Österreich sind in eineinhalb Jahren 1980/81 ebenso viele Schulden aufgenommen worden, als in den ersten 25 Jahren der zweiten Republik, also in den Jahren des Wiederaufbaues und in den Jahren der Erringung der Europareife.

Der Schwerpunkt des Bundesbudgets liegt eindeutig im Schuldendienst. Es wissen alle, daß die Tilgung und Verzinsung der Staatsschulden um 20% mehr Mittel erfordert als im vergangenen Jahr, doppelt so stark zugenommen hat als das Budgetvolumen, und der Bund in den kommenden Jahren fast ein Drittel seines Steueraufkommens zur Tilgung und Verzinsung der Finanzschulden aufwenden muß. Also jeder dritte Steuerschilling muß aufgewendet werden, um Schulden zu tilgen, wobei die Zinsen und Spesen höher sind als die eigentliche Kapitalrückzahlung. Wenn wir im Tag 53 Mio. S für Tilgung und Verzinsung der Finanzschulden aufwenden müssen und 27.3 Mio. S allein für die Zinsen, dann sagt das alles. Es ist also eine eindeutige Verschiebung von den produktiven zu den unproduktiven und Finanzierungsaufgaben erfolgt. Das hat auch das Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt, wenn es natürlich etwas verklausuliert schreibt: «Die Ausgabenstruktur verschiebt sich langfristig zu den Finanzierungsausgaben, wobei die Ausgaben für die Erstellung von Leistungen an Bedeutung verlieren.» Also eine eindeutige Verschiebung und hier liegt auch die ganze Problematik. Trotz aller Belastungswellen - es waren seit dem Jahre 1975 etwa 30 neue Belastungen - ist keine Budgetsanierung erfolgt.

Im Jahre 1978 ist eine Budgetsanierungskommission eingesetzt worden. Kommissionen haben wir ja mehr als genug. Aber saniert ist nichts worden an diesem Budget. Unverkennbar ist die Tendenz, vor allem Abgaben zu erhöhen, die nicht unmittelbar als solche erkennbar sind, die indirekten Steuern, über die in Ihren Programmen noch ganz Böses vor Jahren geschrieben worden ist. und vor allem auch die ausschließlichen Bundesabgaben oder solche, an denen der Bund überdurchschnittlich stark beteiligt ist. Und wenn Sie Ihre Arbeitnehmerfreundlichkeit schon so stark zum Ausdruck bringen, s'o muß man doch auch einmal darauf hinweisen, wie stark die Lohnsteuer, also das, was dem Lohnempfänger abgenommen wird, in den letzten Jahren geradezu explodiert ist. Im Jahre 1970 haben wir noch 13.7 Mrd. S Lohnsteuer bezahlt und 1982 werden es trotz Steuerermäßigung 74.5 Mrd. S sein. Trotz Steuererleichterung, also trotz einer Steuerkorrektur oder Steuerermäßigung, wie man das immer nennen will, steigt die Lohnsteuer um 4.4 Mrd. S oder 6.3% an. Die Arbeitnehmerfreundlichkeit, mit der kann es nicht so weit her sein. Der Bund nimmt den Arbeitnehmern das Geld aus beiden Taschen und Sie wollen hier mit Forderungen für die Arbeitnehmer kommen, die in Bundesgesetzen ohnedies festgelegt sind, denn alles, was Sie hier vorbringen, ist in Bundesgesetzen enthalten, um den Anschein der Arbeitnehmerfreundlichkeit zu erreichen. Das schaut doch ein bißchen nach Taschenspielertricks aus. Was die Steuer anlangt, so ist die Explosion in den folgenden Jahren bereits

eingebaut durch die sogenannte Korrektur. Denn das kann man sich ausrechnen, wie stark die Progression in den nächsten Jahren steigen wird.

Ich glaube, eines muß hier, und gerade in diesem Zusammenhang und gerade in unserem Land, noch erwähnt werden, das ist die Familienpolitik, die Sie betreiben. Denn wir sehen ja die Inserate «Noch nie wurde für die Familien so viel getan». Aus dem Familienlastenausgleich. (Zwischenruf Winder: Du hast ja sechs Kinder!) Ja, ich merke es am besten, besser wie Du. Ich werde jetzt gleich beweisen, wie richtig das Argument ist, daß noch nie für die Familien so viel getan worden ist. Ich gebe zunächst einmal zu, daß auch die ÖVP-Alleinregierung zwischen 1966 und 1969 aus dem Familienlastenausgleich 896 Mio. S entnommen hat, aber zwischen 1970 und 1976 sind 10.800 Mio. S dem Familienlastenausgleich entnommen worden. Dazu kommt aber noch die Finanzierung von Fremdleistungen, und zwar Karenzurlaubsgeld, Mutter-Kind-Paß, Unterhaltsvorschüsse, Entbindungsbeitrag, Wochengeld, Abgeltungsbeitrag an die ÖBB, Schülerunfallversicherung, Schülerfreifahrten, Schulbücher, zusammen ca. 10 Mrd. S, die dem Familienlastenausgleich entnommen worden sind. Dann ist der Beitrag reduziert worden von 6 auf 5 und dann auf 4.5%, ebenfalls zur Entlastung des Bundesbudgets. Insgesamt jedenfalls macht der Aufwand für Fremdleistungen und Mindesteinnahmen einen Betrag in einer Größenordnung aus, der es möglich machen würde, die Beihilfen pro Kind und Monat um 400 S zu erhöhen. Das ist gerade in Vorarlberg wichtig zu wissen, weil wir viele kinderreiche Familien haben. Es ist also 'nicht richtig, daß noch nie so viel für die Familien getan worden ist, es ist den Familien noch nie so viel genommen worden, wie es derzeit der Fall ist, von Mitteln und Geldern, die ihnen eigentlich zustehen würden.

Und jetzt komme ich noch zum Kurswechsel, auf den Sie wahrscheinlich warten. Da möchte ich Ihnen insbesondere zwei Beispiele sagen. Das erste Beispiel ist die Verstaatlichte Industrie. (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) Bitte zuhören, nicht vorher die Kommentare. So prophetisch möchte ich auch veranlagt sein, daß ich schon vorher weiß, was die anderen sagen. Im Bericht aus dem Jahre 1977 der VOEST Alpine heißt es wörtlich: «Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzierungsrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmungen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten.» Das sind, glaube ich, unverdächtige Zeugen, wenn im VOEST Alpine-Bericht solche Passagen stehen. Es sind die Eigenmittel in den verstaatlichten Betrieben von 33% im Jahre 1970 auf 12% im Jahre 1980 zurückgegangen. Im Jahre 1970 haben die Verstaatlichten dem Bund immerhin noch 1.7 Mrd. S an Ertrag eingebracht. Ich meine, es muß doch bedenklich stimmen, wenn gerade die unsinkbaren Schiffe, und als solche haben Sie doch die verstaatlichten Betriebe immer bezeichnet, wenn gerade die unsinkbaren Schiffe die dramatischsten Rettungsaktionen benötigen, damit sie über Wasser gehalten werden können.

Und nun komme ich noch zur Textilindustrie. Aber zuerst möchte ich noch dem Kollegen Winder antworten,

der da den Professor für christliche Soziallehre zitiert hat. Der Kollege Mayer hat ihn wieder strapaziert. Ihr müßt eine unbändige Freude haben, wenn Ihr so einen katholischen oder christlichen Professor irgendwo erwischt, den Ihr dann zitieren könnt. Da habt Ihr halt irgend einen komischen erwischt, das mag durchaus der Fall sein. Es gibt dort halt auch Rechte und Linke. Ich habe gerade jetzt gelesen, daß man durch eine Maßnahme des Vatikans versuche, den Jesuitenorden, der stark nach links ausdriftet, wieder auf das richtige Geleis zu bringen. (Zwischenruf Winder: Einen Aufpasser hat man bestellt, wenn Du es genau wissen willst!)

Der Kollege Winder hat zunächst wieder einmal von der Sicherheit der Arbeitsplätze gesprochen und daß die Bundesregierung - wie könnte es anders sein - vor allem das Verdienst habe. Die Vorarlberger Landesregierung meditiert über die soziale Marktwirtschaft. Es würde Ihnen, meine Kollegen von der Sozialistischen Fraktion, recht gut tun, nach dem, was ich heute von Ihnen über die Wirtschaft und die Wirtschaftsordnung gehört habe, auch einmal etwas über die soziale Marktwirtschaft zu meditieren. Vielleicht kommen Sie dann doch zu anderen Erkenntnissen und Ergebnissen. Ich bin der letzte, der sagt, die soziale Marktwirtschaft ist vollkommen. Ich habe immer gesagt, es gibt keine vollkommene Wirtschafts- bzw. Gesellschaftsordnung. Einem solchen Perfektionismus haben wir nie, sondern dem habt eher Ihr gehuldigt. Aber daß man im Zusammenhang mit der sozialen Marktwirtschaft von der Zerstörung der Freiheit redet, von Vermögens- und Machtkonzentration, dann müßt Ihr nur einmal den Beweis erbringen, daß dort, wo größere Teile der Wirtschaft verstaatlicht oder wo die ganze Wirtschaft verstaatlicht ist, die Freiheit größer ist. Es ist halt heute das Problem, daß dort die Freiheit am meisten eingeschränkt ist, wo die politische und die wirtschaftliche Macht in den gleichen Händen sind. Und da sind wir in Österreich schon bedenklich weit. Denn die heutigen Sozialisten, die lesen nicht mehr so sehr das «Kapital» von Karl Marx, denn auch in Österreich verfügen die Sozialisten schon über den größten Teil des Kapitals der Volkswirtschaft. Und darum müssen Sie «Das Kapital» von Marx nicht mehr lesen, weil dort anderes drin stehen würde. Da kämen sie dann nicht mehr ganz zurecht. Die Verbindung wirtschaftliche und politische Macht, die scheint mir vor allem gefährlich zu sein, und die versucht die soziale Marktwirtschaft möglichst auszuschalten.

Zur Situation in der Textilindustrie. Es ist heute schon viel dazu gesagt worden, ich will nicht zu viel über den sogenannten «Textilgipfel» sagen. Der Textilgipfel war eher etwas enttäuschend, als daß er zu großen Hoffnungen berechtigen würde. Es ist halt auch eine Tatsache, daß die Betriebe in Schwierigkeiten gekommen sind, einmal durch den hohen Fremdgeldanteil, durch die Steuerbelastungen und die Zinsbelastungen. Nur glaube ich - und das sage ich jetzt hier unabhängig von dem, was jetzt weiß ich was für Gremien beschlossen haben - daß Subventionen sicherlich nicht der richtige Weg sind, und daß sie problematisch sind. Sie werden nicht in jedem Fall auszuschalten sein. Aber wo es ohne Subventionen geht, dort würde ich bitten, unter allen Umständen Sanierungsversuche zu

wagen, ohne daß Subventionen gegeben werden. Wir haben es doch erlebt bei der Textil Ost, es wurden Subventionen gegeben noch und noch, und dann wurden unsere Betriebe in unverschämter Weise unterboten. Man macht sich dann halt auch Gedanken als Betriebsrat in einem Betrieb, wo die Leute kommen und sagen, wie ist das, wenn die jetzt einfach das Geld so hingelegt bekommen und sie uns dann in einer Art und Weise konkurrenzieren, die uns große Schwierigkeiten macht. Und wir tun uns als Betriebsräte dann auch bei innerbetrieblichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen etwas schwer, weil wir bis jetzt immer mit dem Kosten- und Rentabilitätsargument ein Maß einhalten haben können, das einigermaßen erträglich ist. Das ist ja gar nicht so leicht. Aber dann kommen halt die Leute auch schon und sagen: «Warum sollen wir uns zurückhalten, wenn die anderen ohnedies von der öffentlichen Hand das, was sie vielleicht zu viel gefordert und bekommen haben, dann wieder refundiert bekommen.» So einfach sind die Dinge, glaube ich, nicht. Der Textil-Gipfel hat gerade gezeigt, daß die Subventionen sicherlich auf Dauer keine Lösung sind. Und ich glaube, man darf im Zusammenhang mit dem Textilgipfel auch darauf hinweisen, daß es einfach falsch ist, die Situation so darzustellen, und der Eindruck ist mit diesem Textilgipfel erweckt worden, es gehe der gesamten Vorarlberger Textilindustrie schlecht. Das ist einfach unrichtig. Man muß dazu sagen, daß die Vorarlberger Textilindustrie in einem Maß exportiert, die unserer Zahlungsbilanz sehr gut tut. Es gibt Probleme in der gesamten Wirtschaft, nicht zuletzt wieder ausgelöst durch die Regierungspolitik. Da muß ich den Kollegen von der Sozialistischen Fraktion wiederum sagen, wer sich die Lorbeerkränze umhängt, wenn man Vollbeschäftigung hat und wenn die Arbeitsplätze sicher sind, der muß es sich halt gefallen lassen, daß man ihm zumindest diese Lorbeerkränze abräumt, wenn die Arbeitsplätze wackeln. Alles nebeneinander geht nicht. Die Vorarlberger Textilindustrie hat sich erstaunlich gut behauptet. Sicherlich gibt es Probleme und der Kollege Keckeis hat soeben auf ein Problem hingewiesen. Das ist die Haltung mancher Banken, die mehr als vorsichtig, die übervorsichtig sind, wobei gerade die Vertreter von Herburger & Rhomberg auch in Wien beim Textilgipfel darauf hingewiesen haben, daß sie es nicht notwendig gehabt hätten, zur Regierung einen Bittgang zu machen, wenn sie nicht Schwierigkeiten bekommen hätten mit dem Kredit der ihnen bereits zugesagt war. Wenn gestützt werden muß, dann nach Möglichkeit nicht mit Subventionen, sondern mit Krediten, die rückzahlbar sind. Und es ist etwas eigenartig, wenn sich gerade hier die Vertreter der sozialistischen Fraktion für Geschenke an die Unternehmer aussprechen. Denn was Sie, Kollege Keckeis, zunächst einmal fordern, sind Geschenke an die Unternehmer und nicht Kredite, die sie auch besichern müssen. Jene, die die Mittel brauchen, die müssen auch bereit sein, die Kredite so weit es geht zu besichern und auch mit ihren privaten Vermögenswerten. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sagen Sie mir, womit sie diese Kredite besichern sollten! - Glocke des Präsidenten -Präsident: Herr Dr. Keckeis, bitte melden Sie sich zu Wort nach der Geschäftsordnung!) Noch einmal, die, die Mittel

brauchen, die müssen auch bereit sein, diese Mittel besichern zu lassen so weit es geht. Da sind ja auch verschiedene Einwände gekommen. Wenn jeder, ohne ein Risiko einzugehen, sich beim Staat anstellen kann, dann haben wir bald keine Mittel mehr zum Sanieren. Und deshalb auch der Vorschlag, Grundstücke zu verkaufen oder andere Vermögenswerte, das hat auch der Herr Landeshauptmann gesagt - offene Türen rennen Sie da ein bei uns. Aber jedenfalls ist es eine Tatsache, und deshalb fordern wir auch einen Kurswechsel, daß es eine falsche Politik war, die Betriebe zu belasten bis an den Rand des Erträglichen, bis ins Unerträgliche, um es dann so weit zu bringen," daß die Betriebe (Zwischenruf Dr. Keckeis: Was würden Sie konkret tun!), siehe auch VOEST Alpine, sich beim Bund anstellen müssen, Bittsteller um Subventionen sein müssen, womit man das Geld den jetzt noch starken Betrieben wegnimmt.

Arbeitsplätze sichern ist sicher eine notwendige Aufgabe. Da heißt es einmal, noch lebensfähige Betriebe zeitlich befristet bei einer Umstrukturierung zu unterstützen. Zweitens aber, und mindestens genau so wichtig, wettbewerbsstarke Betriebe, also jene, die noch Erweiterungsinvestitionen vornehmen, dürfen nicht beeinträchtigt werden. Denn wir brauchen doch nicht nur die Arbeitsplätze, die wir jetzt haben. Auch Kreisky hat in Wien gesagt, es wird nicht zu umgehen sein, daß die Vorarlberger Textilindustrie Arbeitsplätze verliert. Wir brauchen auch zusätzliche Arbeitsplätze. Und wer soll diese zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, wenn nicht gerade jene Betriebe, die heute noch gesund sind? Man muß alles daran setzen, daß die nicht auch in eine ähnliche Situation kommen, denn sonst ist es mit der Sicherung der Arbeitsplätze sicherlich vorbei.

Ich habe schon gesagt, daß die internationale Situation sicherlich ist es international, schwierig ist. Und ich frage mich wirklich, woher manche Politiker den Optimismus nehmen. Die USA bremst, in England wird gebremst, die BRD bremst. Nur zu England möchte ich eines sagen. Wenn Sie immer wieder die Politik der konservativen Regierungen zitieren, schauen Sie einmal an, wohin die Labour-Politik England gebracht hat. Die haben jetzt das Schlamassel auszulöffeln, das ihnen die Labour-Politik eingebrockt hat. (Zwischenruf Mag. Spannring: Da kennen Sie aber England schlecht. Sie müssen die Times lesen! - Glocke des Präsidenten!) Ich war dort und habe mir das angeschaut. Die tun viel mehr für Wirtschaftsförderung, als jeder vielleicht glaubt und meint. International gesehen ist das Zinsniveau hoch, die Energiepreise sind teuer, die private Nachfrage sinkt, die öffentliche Nachfrage nach Gütern und Leistungen sinkt, und deshalb wird eben die Situation schwierig und diese Krise kann auch nicht durch optimistische und euphoristische Reden, so wie sie etwa der Handelsminister jedes Jahr bei der Eröffnung der Dornbirner Messe hält, hinwegdiskutiert werden. Ein «Happy Pepi» macht noch keine Konjunktur, das werden wir in der nächsten Zeit noch ganz deutlich sehen und erleben. Es ist interessant, daß gerade in der jüngsten Zeit, gestern hat Ihr Kollege Fischer, Ihr Klubobmann, gesagt - da ist wieder von verschiedenen Maßnahmen die Rede gewesen, 13.14. besteuern usw., Benya hat auch darauf hingedeutet - wenn

sich die Konjunktur nicht bessert im Laufe dieses Jahres, dann wird ein ganzes Maßnahmenpaket notwendig sein. Was mich stört, ist nur der Begriff «Maßnahmenpaket». Ich würde nämlich immer sagen «Belastungspaket» und gerade Ihnen steht der Begriff Maßnahmenpaket schlecht an, weil Sie im Nehmen schon längst jedes Maß verloren haben. An den hohen Zinsen z.B., meine Damen und Herren, ist nicht nur Amerika schuld. Bei uns gilt derzeit die Devise: Schaut in andere Länder, schaut weg über den Zaun, wie es dort aussieht! Früher war das ganz anders. Früher hat man gesagt: Schaut euch im eigenen Land um. Durch das Hinausschieben der Anpassung der Lohn- und Einkommenssteuer kommt es zu einer Stagnation, ja einer Reduktion der Realeinkommen, statt der Sparförderung zu einer Verunsicherung der Sparer durch immer neue Ankündigungen von Belastungen und neuen Abgaben. Und allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres entstand eine Geldkapitallücke von 27 Mrd. S. Schon aus dieser Lücke zwischen Sparneigung und Kreditbedarf ergibt sich eine hausgemachte Verteuerung der Kredite. Dazu kommt, daß der Bund seine steigenden Defizite ja nur durch Verschuldung decken kann, entweder auf dem inländischen Kapitalmarkt unmittelbar zu Lasten des Kreditbedarfes der Wirtschaft, oder auf dem ausländischen Kapitalmarkt, was dann die Nationalbank wieder zwingt, zur Bekämpfung einer inflationären Geldmengenvermehrung durch die Kapitalimporte auf die Bremse zu steigen. Es geht dabei heute um astronomische Beträge. Man spricht davon, daß der Bund im Herbst d.J. einen Finanzierungsbedarf von 30 bis 35 Mrd. S haben werde. Ein Budgetdefizit ist eben nicht nur ein Budgetdefizit oder eine Sache, die sich der Bund mit seinen Gläubigern ausmachen muß. Mit einem chronisch defizitären Haushalt tritt der Staat nicht nur immer wieder als Preistreiber auf, wenn er z.B. exorbitante Gebühren, Tarif- und Steuererhöhungen vornimmt, sondern auch als Zinstreiber, der die Kredite verteuert, die Betriebe in Schwierigkeiten bringt oder Investitionen unmöglich macht.

Aus all diesen Gründen und noch vielen anderen, die zu erwähnen wären, ist ein Kurswechsel notwendig. Und daß ein Kurswechsel nicht so ganz von der Hand zu weisen ist, das zeigt auch das von SPÖ- und ÖVP-Experten erarbeitete Papier, in dem beispielsweise steht: «Es muß nach Möglichkeiten gesucht werden, wie wirtschaftliche und soziale Aufgaben auch ohne öffentliche Mittel erfüllt werden können. Ausgliederung von Bundesausgaben, die kostengünstiger und bedarfsgerechter durch andere Gebietskörperschaften oder durch Private erfüllt werden können. Reduktion der Defizite der Bundesbetriebe durch Rationalisierung, Erfolgsorientierung, bedarfsgerechtes Angebot und eine leistungs- und mobilitätsfördernde Entlohnung.» Dann soll beispielsweise den Klein- und Mittelbetrieben im Rahmen der Innovationspolitik ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Und dann etwas, was Ihnen von der sozialistischen Partei wahrscheinlich gar nicht sehr geläufig ist: Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben sind Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu gründen. Also Maßnahmen, die wir seit langem gefordert haben, und die die Notwendigkeit eines Kurswechsels signalisieren. Wenn wir von einem

Kurswechsel reden, dann werden wir uns in der Landespolitik sicherlich nicht auf jenen Kurs drängen lassen, den Sie gerne haben möchte. Denn sonst würden wir auch bald mit leeren Taschen vor den großen Problemen stehen, die es gibt.

Ich glaube, daß das Budget 1982 des Landes Vorarlberg ein ausgewogenes Budget ist, ein Budget, das die Notwendigkeiten berücksichtigt und dem Wünschenswerten und Angenehmen so weit als möglich Rechnung trägt, aber auch Abstriche macht, wo es aufgrund der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft notwendig erscheint. Es ist der Ausfluß einer soliden und ehrlichen Politik im Interesse dieses Landes und aller seiner Bürger.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Zerlauth.

Zerlauth: Herr Präsident, Hohes Haus! Ein Finanzreferent ist wahrlich nicht zu beneiden. Ist er bemüht, einen Voranschlag zu erstellen, in welchem nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, jedoch mit belebenden Impulsen für die Wirtschaft, Arbeitsplatzsicherung, Gemeindeförderung, Fortführung der Förderungen in unserem Land insgesamt und mit dem Stile, weniger Verschuldung als in einer Finanzprognose vorgesehen, aber mit der Verantwortung und Blickrichtung auf die Entwicklung kommender Jahre, kommt die Kritik der Opposition postwendend. Die Argumente, wie, es wird der Spielraum nicht ausgenützt, weniger Schulden auf Kosten der Gemeinden oder die Finanzprognose wird zur Täuschung tatsächlicher Fakten verwendet, sind zu hören. Im selben Atemzug Forderungen in Millionenhöhe unter dem Zwang, der Bevölkerung zu beweisen, was man für sie alles tun will.

Ich finde diesen Vorgang in einer Demokratie als nichts Unnatürliches. Nur muß man die Gegenseite ebenfalls beleuchten. Würde vom selben Finanzreferent ein Haushalt vorgelegt, in welchem die Verschuldung so hoch ist, daß wesentliche Kürzungen und damit verbundene Einnahmenserhöhungen enthalten sind, und der notwendige Spielraum eines Voranschlages auf Jahre nicht mehr gegeben ist, bleibt die Kritik ebenfalls nicht aus. Statt Täuschung wirft man ihm Unfähigkeit vor, überhaupt eine Prognose erstellen zu können. Den Vorwurf der Mißwirtschaft wird er sich gefallen lassen müssen, ein Mißtrauensantrag gegen seine Person ist oft die Folge eines überschuldeten Haushaltes.

Geschätzte Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, daß das vorliegende Budget den Grundsätzen der Sparsamkeit entspricht und glaube, bei einem kleinen Maß an Ehrlichkeit gegenüber uns selbst sind wir alle der Meinung, daß es so richtig ist. Dies soll nicht heißen, daß die Gemeindeförderung in Zukunft nicht zu verbessern wäre. Nur diese Maßnahme allein wird nicht genügen. Es wird Aufgabe des Landesparlamentes sein, mit den Gemeinden ihren Aufgabenbereich und die Zuständigkeit neu zu überdenken. Jene Aufgaben, bei welchen die Gemeinden finanziell und administrativ teilweise überfordert sind, müssen gesetzlich neu geregelt werden. Hier denke ich z.B. an die Baupolizei, Abfallbeseitigung, Grundablösen bei Landesstraßen und vor allem an die Sozialkosten. Dennoch möchte ich dazu feststellen, daß die Gemeinden

selbst viel zur Verbesserung ihrer Situation beitragen können. Nicht selten werden Prestigebauten nicht nur aus Notwendigkeit, sondern als Denkmal für einen Bürgermeister oder eine Gemeindevertretung gebaut. Dadurch leidet der finanzielle Haushalt einer Gemeinde, nicht nur aufgrund der Finanzierung dieser Projekte, sondern auch durch die Folgekosten, die im nachhinein kommen. Sehr aktuell und notwendig für eine Gemeindevertretung ist die Sportförderung. Allerdings stellt sich mir die Frage, ob es wirklich zweckmäßig ist, wenn jede Sportart in jeder Gemeinde betrieben wird. Mit regionalem Denken könnte man Grund und Geld sparen. Dies aber laut zu sagen, ist für eine Gemeindevertretung in der heutigen Zeit sicher wenig populär. Beim Bau von Prestigebauten sollte nicht selbstherrlich über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden. Bei objektiver Information über Planung, Kosten und Erhaltung solcher Vorhaben wäre es sinnvoll, durch Volksbefragung oder Volksabstimmung eine bürger-nahe Entscheidung in Zukunft herbeizuführen. Wir sollten nicht von Föderalismus und Bürgernähe reden, wenn diese wichtigen Instrumente der Demokratie: Volksbefragung und Volksbestimmung in den Gemeinden kaum genützt werden.

Auch problematisch ist der Straßenbau. Summiert man die Aussagen der Parteienvertreter, so entsteht der Eindruck, daß bereits fertig sein soll, was noch gar nicht begonnen ist. Ich frage Sie, geschätzte Damen und Herren, welche Bauvorhaben überhaupt noch in zehn Jahren im Straßenbau zu vergeben sind. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, ist meine Meinung nur Sanierungen. Es muß uns doch bewußt werden, daß das Verbetonieren unserer Landschaft sich in Zukunft nicht nach der Auftragslage der Bauwirtschaft richten kann. Auf dem Sektor des Wohnungsbaues ist sicherlich noch ein Nachholbedarf gegeben. Muß auch hier schon in zwei Jahren durch Sonderfinanzierungen alles fertiggestellt sein? Ich teile diese Auffassung nicht.

Durch bewährte Dezentralisierung und Selbsthilfe konnten auch im Bereich der Sozialhilfe Kosteneinsparungen erreicht werden. Die Leistungen in den Sozialsprengeln, Krankenpflegevereinen und der Altenbetreuung sind beachtlich. Hier sollten die Gemeinden bemüht sein, diesen eingeschlagenen Weg weiter auszubauen und weiter zu gehen. Nach freiheitlicher Auffassung sollte jede Initiative gefördert werden, die den Grundsatz weniger Staat, mehr Selbsthilfe in den Vordergrund stellt. Dezentralisierung und Selbsthilfe können aber nur funktionieren, wenn sie neutral gehandhabt und nicht von Parteien beeinflusst werden. Wenn aber auch hier die Parteibuchwirtschaft zum Tragen kommt, laufen wir Gefahr, daß der Einzelne dem staatlichen Rechtsanspruch den Vorzug gibt. Das würde bedeuten, mehr Staat, weniger Selbsthilfe.

Eines steht für mich fest, in den nächsten Jahren wird ein Umdenkungsprozeß aufgrund der wirtschaftlichen Situation stattfinden müssen, nicht nur im privaten Bereich, sondern auch bei der öffentlichen Hand. Je eher wir bereit sind, dies zu erkennen und parteipolitische Interessen in den Hintergrund zu stellen, desto besser können wir gemeinsam die Zukunft bewältigen.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Landesrat Dr. Rümmele.

Dr. Rümmele: Hohes Haus! Es ist natürlich immer sehr bedauerlich, wenn gerade jener Abgeordnete, zu dessen Ausführungen man eine Stellungnahme abgibt, nicht im Hause ist, aber ich wurde nun einmal jetzt aufgerufen und möchte diese Stellungnahme abgeben. Vorweg möchte ich zunächst zwei Dinge berichtigen. Ich habe selbstverständlich den Herrn Vizepräsidenten Falschlunger nicht angegriffen, wie der Abg. Dr. Keckeis sagt, sondern ich habe mich mit seinen Äußerungen auseinandergesetzt, und zwar ohne jegliche persönliche Emotion. Ich hoffe, daß das der Herr Vizepräsident - er ist jetzt auch nicht hier - auch so empfunden hat. Als zweites hat Herr Dr. Keckeis darauf hingewiesen, daß die Regierung sich für eine Quasi-Scheinlösung schwulstig feiern habe lassen. Dazu möchte ich sagen, daß vielleicht die Worte vom Herrn Abg. Keckeis gelegentlich schwulstig sind, daß sich die Regierung hingegen selbstverständlich überhaupt nicht feiern ließ, sondern eben nur dazu Stellung bezogen hat, was sie gefragt wurde. Nicht die Regierung ist hinausgegangen, sondern man ist an den Landeshauptmann und an andere Regierungsmitglieder mit Fragen herangetreten. Das ist zunächst einmal zu berichtigen. Sie haben dann die Entwicklung dieses Kredites dargelegt aufgrund der Kenntnisse, die Sie als Aufsichtsrat der Hypothekenbank haben. Nur eines ist nicht richtig (Zwischenruf Dr. Keckeis: Nicht als Aufsichtsrat!) Herr Abgeordneter. Die Ranggleichstellung hat die CA-BV erst am Montag gegeben. Noch am Freitag hat die CA erklärt, daß sie die Ranggleichstellung nicht geben würde; aufgrund der gemeinsamen Besprechung, welche im Bundeskanzleramt stattgefunden habe, könne sie das nicht mehr tun. Ein Gespräch von mir direkt mit dem Vorstand der CA hat dann dazu geführt, daß diese Ranggleichstellung doch noch gegeben wurde. Das war am Montag vormittag, und damit war auch die Grundlage für die gegebene Lösung geschaffen. Ich verstehe aber eines nicht, Herr Dr. Keckeis. Diese Lösung ist doch - ich habe den Vergleich schon gezogen, ich muß mich jetzt wiederholen - im Ergebnis genau das selbe, ob ein Land direkt einen Kredit gibt gegen entsprechende Haftung und Sicherstellung und Verzinsung oder ob ein Land, wenn es schon eine Haftung hat für einen solchen Kredit, darauf hinwirkt, daß dieser Kredit von der Bank verlängert wird. Und dafür müssen eben gewisse Sicherheiten gegeben sein. Das Ergebnis ist wirtschaftlich gesehen genau dasselbe, zumindest genau dasselbe für die Arbeitnehmer, für den Zweck, um den es hier gegangen ist. Es ist ja darum gegangen, bis zum Einlangen dieses Gutachtens die Zahlung der Löhne sicherzustellen. Die Firma hat nunmehr den von Ihnen genannten Betrag an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung, um diese Löhne zu zahlen. Sie widersprechen sich auch irgendwie, denn wenn Sie sagen, das hier sei eine Scheinlösung, so muß ich annehmen, daß für Sie nur eine solche Lösung gilt, wo das Land effektiv Budgetmittel der Bank direkt zur Verfügung stellt. Sie haben andererseits auf die Ausführungen von Abg. Präsident Jäger erklärt, der darauf hingewiesen hat, daß die Hingabe von Geldmitteln wenig sinnvoll sei, daß man hier offene Türen einrennen würde, und

darin liegt der Widerspruch. Es ist die Lösung, welche das Land hier getroffen hat, vor allem eine wettbewerbsneutrale Lösung und damit eine Lösung, welche ganz im Sinne der Arbeitnehmer und der Betriebsseite steht. Denn es waren nicht zuletzt Betriebsräte Ihrer eigenen Fraktion, also der Sozialistischen Fraktion, welche große Bedenken geäußert haben, und zwar offen und unverblümt, gegen eine Lösung, wo man einer Konkurrenzfirma au fond perdu - Zahlungen und Beträge gibt, und zwar aus der Befürchtung heraus, daß man mit diesen Zahlungen ohne Gegenleistung Konkurrenz treiben könnte, wie es aus früheren Ausführungen schon hervorgegangen ist. Ich möchte nochmals betonen, daß die Vorarlberger Lösung eine Lösung im Interesse der Arbeitnehmer ist. Vom Interesse der Arbeitgeber her gesehen hätte es sicher noch günstigere Lösungen geben können, aber ich glaube, hier muß eben das Arbeitnehmerinteresse im Vordergrund stehen. Das zu Ihren Ausführungen.

Noch einige kurze Worte zu den Ausführungen des Abg. Bürgermeister Mayer. Sie haben den früheren Präsidenten der Industriellenvereinigung im Zusammenhang mit der Textillösung Ost so apostrophiert, als ob er ein Vorarlberger wäre. Das ist nicht so. Ich kann Ihnen aber sagen, daß es die Vorarlberger Industriellen waren, welche dafür verantwortlich sind, daß dieser nicht mehr ein zweites Mal als Präsident der Industriellenvereinigung wiedergewählt wurde. Sie haben auch noch einmal die Kompetenzfrage Bund-Land aufgeworfen, und hier als Beispiel die Bregenzerwaldbahn genannt. Sie haben gesagt, das Land hätte nicht einmal einen Experten, um ein solches Gutachten überprüfen zu können. Jawohl, das Land hat in der Beamtenschaft tatsächlich keinen solchen Experten. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Dann holen Sie sich einen!) Wir haben deshalb einen Experten beauftragt, um die Kostenaufstellung der ÖBB zu überprüfen, und dieser Experte mußte das Handtuch werfen, weil wie er sagte, ohne die Experten der ÖBB, welche vorhanden sind und welche in anderen Fällen als der Bregenzerwaldbahn sehr wohl eingesetzt werden, das nicht geht. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Ich werde Ihnen einen Experten nennen, wenn Sie keinen bekommen! - Glocke des Präsidenten) Sie haben ferner ein Gutachten im Zusammenhang mit der A 15 gebracht. Ich kann Ihnen nur sagen, daß mehrere Gespräche mit Ihrem Gutachter geführt wurden und die Folge eines dieser Gespräche war ein berechtigter Trassierungsvorschlag in welchem wenigstens auch ein Zollamt berücksichtigt war. Im ursprünglichen Trassierungsvorschlag war kein Zollamt berücksichtigt, weder auf der österreichischen Seite, noch auf der Schweizer Seite. Der Gutachter, dem ich Fachkenntnisse absolut nicht in Abrede stellen will - auch das Land hat sich schon oft seiner Dienste bedient - ist von überholten und unrichtigen Verkehrsdaten ausgegangen. Er hätte die neuesten Verkehrsdaten selbstverständlich vom Lande bekommen, wenn er nur an das Land herangetreten wäre. Es ist doch auch eine etwas utopische Lösung, wenn man sozusagen den Grenzübergang unterirdisch unter dem Rhein durchzieht. Ich habe mir überlegt, wo es einen solchen Grenzübergang gibt, der unter einem Fluß sich befindet, wo kein Zollamt berücksichtigt ist usw. Es sind halt viele Wider-

sprüchlichkeiten in diesem Gutachten, das wollte ich nur so nebenbei sagen. Aber ganz allgemein noch etwas. Klubobmann Winder hat auch schon am Vormittag darauf hingewiesen, daß für gewisse Entscheidungen das Land zuständig sei und nicht der Bund, obwohl es Bundesangelegenheiten betrifft. Gerade zur A 15 aber hat der Herr Bundesminister für Bauten und Technik vor kurzem ein Schreiben an mich gerichtet, wo er auf folgendes hinweist: «Wie Ihnen sicher bekannt ist, gibt es von verschiedenen Seiten Überlegungen zum Problem der A 15. Eine endgültige Lösung des Problems zeichnet sich derzeit nicht ab. Gerne werde ich Sie über weitere konkrete Schritte in dieser Sachlage informieren. Mit freundlichen Grüßen. Sekanina.» Das war das Schreiben des Bautenministers. Der Bautenminister ist hier offensichtlich nicht der Auffassung, daß die Entscheidung in solchen wichtigen Fragen Sache des Landes statt des kompetenten Bundes sei.

Und noch ein Allerletztes. Sowohl der Klubobmann Winder als auch der Herr Bürgermeister Mayer haben zur Festigung ihrer Meinung über die Marktwirtschaft einen Theologen, einen katholischen Theologen, einen Jesuiten zitiert. Ich glaube, daß die Jesuiten für theologische Fragen kompetenter sind als für wirtschaftliche Fragen. Darüber hinaus gibt es, das wissen wir alle, auch noch weitere Jesuiten, welche selbst für manchen Sozialisten noch zu weit links stehen.

Präsident: Darf ich noch einmal darauf hinweisen, wir befinden uns nach wie vor in der Generaldebatte zum Budget, und ich darf daran erinnern, daß die Spezialdebatte ja auch noch Beiträge liefern soll. Wir nehmen jetzt das Wirtschaftskapitel und den gesamten Straßenbau vorweg. Ich darf also bitten, sich in Zukunft in den Wortmeldungen auf die generellen Themen zu beschränken. Ich unterbreche nun die Sitzung bis 17.00 Uhr.

(Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen und um 17.00 Uhr wieder fortgesetzt).

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an ersten Landtagsvizepräsident Mag. Heinzle)

Mag. Heinzle: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Das Wort hat der Herr Abg. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Nachdem der Herr Kollege Mayer nicht da ist, erlaube ich mir trotzdem, seine Wortmeldung zum Anlaß zu nehmen, um eine Klarstellung vorzunehmen. Herr Kollege Mayer hat gemeint, daß ich gegen die verbundene Finanzwirtschaft bin. Ich glaube, er hat mich hier völlig mißverstanden. Ich habe mich nicht gegen die verbundene Finanzwirtschaft ausgesprochen, sondern nur dagegen, daß ich es nicht für richtig halte, daß Bund und Land jeweils die untergeordnete Gebietskörperschaft mit Zuschüssen und Finanzausgleichen sozusagen abhängig machen, und daß es mir lieber wäre, wenn der Finanzausgleich so geregelt wird, daß die jeweilige Gebietskörperschaft jene Mittel bekommt, auch aus der ver-

bundenen Finanzwirtschaft heraus, die sie benötigt, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Das zweite, was der Kollege Mayer hier angezogen hat, war, daß ich als Delegierter der Stadt Bregenz bei den vergangenen Städtetagen Stimmrecht hatte. Ich muß dem klar widersprechen. In der Stadt Bregenz wurde es bisher so gehandhabt, daß die drei Stimmen der Stadt auf die SPÖ und auf die ÖVP aufgeteilt wurden, und daß die FPÖ nur Gastdelegierter war. Es ist so, daß ich bei keinem Städtetag die Stimme abgegeben habe, weder für noch gegen etwas. Ich möchte das nur zur Klarstellung festhalten. Was Bürgermeister Götz gemeint hat, kann ich mich nicht mehr erinnern, nehme aber an, daß das, was Herr Kollege Mayer hier aus der Tasche gezogen hat, etwas ist, das er vielleicht noch im Ohr hatte. Ich kann ihm also nicht entgegenreten bzw. auch nichts bestätigen. Damit habe ich meine Aufgabe erfüllt, ich wollte nur, daß das im Protokoll festgehalten ist.

Mag. Heinzle: Zum Wort gemeldet ist nun Herr Klubobmann Winder. Ich erteile ihm das Wort.

Winder: Meine Damen und Herren! Das unterscheidet einen Klubobmann der Sozialistischen Fraktion offensichtlich von den Hauptrednern der ÖVP, daß er auch dann zu sprechen bereit ist, wenn die Tribüne der Journalisten einmal leer ist. Ich möchte mich auch nicht (Zwischenruf Einzelsberger-Schönbichler: Dafür sind die Abgeordneten da!) mit den Journalisten beschäftigen, sondern mit verschiedenen Bemerkungen, die im Laufe der Generaldebatte gemacht wurden. Zunächst einmal, Kollege Jäger, wenn ich Ihre Wahlrede hier vor einer halben Stunde gehört habe, dann fühle ich mich direkt wohl in Ihrer Umgebung, denn der Klubobmann Sausgruber hat mir gesagt, ich hätte eine maßvolle Wahlrede gehalten (Zwischenruf Jäger: Eine maßige!) Es ist im Radio ganz genau gekommen - «eine maßvolle Rede». Der Unterschied zwischen uns beiden war offenbar der, daß Sie eine unmäßige Rede gehalten haben und ich eine maßvolle Rede. Zweite Bemerkung: Der Landeshauptmann hat wieder seine üblichen Abwehrmechanismen entwickelt, die er immer zu entwickeln pflegt, wenn ihm Kritik im einzelnen unangenehm ist. Dann hört man eben, man hätte alles abgelehnt und alles mies gemacht. Das ist das Problem, Herr Landeshauptmann, einer Diskussion, wo der Landeshauptmann den Abgeordneten nicht zuhört. Was Sie mit der Halbzeitbilanz sagten, ist fast typisch. Sie haben das so herausgebracht, als ob wir etwas dagegen hätten, wenn Sie Rechenschaft ablegen. Natürlich hat niemand etwas dagegen, wenn der Landeshauptmann in der Hälfte der Legislaturperiode Rechenschaft ablegt, aber, Herr Landeshauptmann, die Hälfte haben wir noch nicht. Es muß doch auch einem Juristen möglich sein, die Monate zusammenzuzählen, er kommt dann nicht auf zweieinhalb Jahre, das wäre die Hälfte der Legislaturperiode, sondern er kommt in Ihrem Fall auf 23 Monate. Der Landtag ist am 21. Oktober 1979 gewählt worden. Ihr Interview in der «Neuen» war am 17. September 1981. Einen Monat vor Ablauf des zweiten Jahres einer fünfjährigen Funktionsperiode, hat der Herr Landeshauptmann eine Halbzeit-Bilanz abgelegt

(Zwischenruf) Und das habe ich zum Anlaß genommen zu sagen, es gibt eben Leute, die bilanzieren schon dann, wenn sie von einem Haus ins andere umziehen. Das war nicht böse gemeint, Herr Landeshauptmann. Ich wundere mich nur immer wieder, wie Sie aus einer nebensächlichen und einleitenden Bemerkung gleich eine Haupt- und Staatsaktion machen. (Zwischenruf)

Nun, ich habe heute gehört, daß Sie in der Frage des Arbeitsprogrammes doch eine etwas andere Meinung in zwischen haben. Wenn ich richtig verstanden habe, dann heißt das, daß Sie inzwischen Ihre Regierungsmitglieder gebeten haben, dem Landtag vorzutragen, welches die Schwerpunkte ihrer Ressorttätigkeit im kommenden Jahr sind. Habe ich das richtig verstanden? (Zwischenruf Dr. Keßler: Nein!) leider nicht richtig verstanden. Dann muß ich doch zu dem zurückkehren, was ich mitgenommen habe, nämlich zu einem Zitat des unsterblichen Josef Schumpeter, der den meisten - jedenfalls denen, die mit der Finanzwissenschaft etwas zu tun haben - ein Begriff ist. Er war ein österreichischer Minister, der sagte, (Zwischenruf Jäger: Kein Jesuit!) - ausnahmsweise kein Jesuit - «ein Regierungschef sei immer in der Gefahr, in die Situation eines Reiters zu gelangen, der durch den Versuch, sich im Sattel zu halten, so völlig in Anspruch genommen werde, daß er keine Pläne mehr aufstellen könne, wohin sein Ritt gehe.» Das scheint mir charakteristisch zu sein für die Situation dieses Landeshauptmannes. Der Herr Klubobmann der Volkspartei hat gemeint, das sei ein Budget für alle Bürger, ich bin mir da nicht ganz sicher. Ich möchte nur demjenigen der das gesagt hat, sagen, daß das ein Budget ist, das die ÖVP und die FPÖ verantwortet. Sie haben es gemeinsam gemacht, sie werden es gemeinsam beschließen. Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir fühlen uns in diesem Landesbudget nicht vertreten. Und wir sind immerhin die zweitstärkste Partei in diesem Lande. Das müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen. Wir leben nicht in einer Diktatur, wo der Regierungschef sich anmaßt, für alle Bürger des Landes reden zu können. Das können Sie nicht.

Es ist heute wieder einmal sehr deutlich geworden, wie wenig die Spitzenpolitiker der ÖVP von der Verantwortung halten. Sie reiten auf der formalen Verantwortung herum, man fühlt sich immer an Eppler erinnert, der zwischen den Wertkonservativen und den Strukturkonservativen trennt. Das, was Sie hier liefern, meine Damen und Herren und besonders Herr Landeshauptmann, ist geradezu der Prototyp eines Strukturkonservativen, nämlich einer, der sich nur mit aller Kraft an den Kompetenzen festhält, und der die faktische Verantwortung für das, was in diesem Lande geschieht, weit von sich zu schieben versucht. Die Beispiele sind bekannt, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Der Kollege Eß hat von einem Bild, das ich gebraucht habe, auf dem Weg der Opposition geschlossen und spekuliert, ob das, was wir hier anzubieten hätten, nun Unkraut oder Heilkraut sei. Herr Kollege Eß, Ihre Sorgen möchte ich einmal haben. Sie sollten sich vorderhand einmal klar darüber werden, ob Ihre Rolle die des Mauerblümchens ist oder ob Sie jemals in die Lage kommen, ein Kraut zu sein.

Der Landeshauptmann hat sich mit der Kontrolle befaßt,

offenbar angeregt durch die Ausführungen der freiheitlichen Kollegen. Der Sinneswandel ist für uns das Maßgebliche, da will ich Ihnen gerne verzeihen, Herr Landeshauptmann, was Sie in früheren Jahren alles gesagt haben. Ich will das auch gar nicht mehr aufwärmen. Mich freut es, wenn Sie die Kurve kratzen. Man sieht nur aus den Zitaten, die Sie bringen, daß Sie immer noch einige Schwierigkeiten haben, sich in die neue Rolle einzudenken. Denn das, was Sie sagen, Herr Landeshauptmann, daß die Kontrolle nicht so weit gehen könne, daß wir praktisch bei Ihnen hineinschauen, und daß wir sozusagen in die Rolle der Exekutive hineinwachsen, das ist ausdrücklich falsch, denn das Prinzip der Gewaltenteilung, also hier Legislative und hier Exekutive, ist ausdrücklich durch die Landesverfassung für den Bereich der Kontrolle unterbrochen worden, und zwar positivrechtlich unterbrochen worden. Das muß man zur Kenntnis nehmen, Herr Landeshauptmann; auch Sie, und auch wenn es um den Subventionsbericht geht.

(Erster Landtagsvizepräsident Mag. Heinze übergibt den Vorsitz an Landtagspräsident Dr. Purtscher)

Schauen Sie, es ist ja nichts Unbilliges, was wir von Ihnen verlangen. Aber nachdem Sie ohnedies in Ihrer Bilanz sagen, daß Sie die Beispiele geben möchten, und daß Mock zu Recht sage, daß das, was man im Bund fordert, auch im Land getan werden müsse, dann muß ich Ihnen halt sagen, wir wollen, nicht mehr, als das, was Mock im Parlament schon hat. Und was Mock im Parlament recht ist, das muß auch dem Herrn Dr. Keßler in Vorarlberg billig sein. (Zwischenruf Dr. Keßler: Sie haben mehr als Dr. Mock hat!) Der Dr. Mock hat einen Subventionsbericht mit 400 Seiten, Herr Landeshauptmann. Und der Dr. Mock hat einen Kunstbericht des Unterrichtsministeriums, auf dem jede einzelne Künstlerförderung drinnen ist, Herr Landeshauptmann. Da hört sich dann auf, daß man die Kulturpolitik und die Kunstpolitik sozusagen als einen Ausdruck der eigenen landesväterlichen Gunst betrachtet. Das hört sich dann natürlich auf. Und es hört sich auf, daß man Bücher von Nationalratsabgeordneten, wie den Herrn Abg. Höchtl, fördert, nur weil ein Vorwort des Kollegen Jäger in dem Buch steht. (Zwischenruf Jäger: Das ist nicht wahr!) Und daß man gleich 20 Bücher für Vorarlberg ankauft. Können Sie mir erklären, aus welchen Gründen? Solche Dinge hören sich dann auf, wenn die SPÖ einmal einen Subventionsbericht in die Hände bekommen würde, da dürfen Sie sicher sein. Vielleicht wenden Sie sich an den Landeshauptmann. Eines dieser 20 Bücher müßte noch herum sein, das müßte man Ihnen leihen können. (Zwischenruf Jäger: Du hast das Buch offenbar nicht gelesen. Ich habe einen Beitrag geschrieben und nicht ein Vorwort!) Das ist bei uns kein Unterschied.

Wir hören Ihnen immer gern zu. Nur Kollege Jäger sind Sie an der falschen Leiche. Denn wir sind nicht diejenigen, die Sie für alles verantwortlich machen können, was auf Wiener Boden geschieht. Damit es etwas landesnäher klingt, haben Sie einige Einschübe gemacht. Sie haben zunächst gemeint, uns störe die Bürgernähe der ÖVP. Das ist ja wirklich eine kasuistische Verdrehung des tatsächlichen Wunsches der Sozialistischen Partei. Was wir

möchten, ist, daß Sie das tun, was Sie in Ihre Programme hineinschreiben. Daß Sie nämlich wirklich Bürgernähe praktizieren, daß Sie nicht die Bürger behandeln wie den letzten Dreck, wenn sie zu Ihnen kommen und etwas möchten. Das ist das Problem, das sich in diesem Lande stellt und doch nichts anderes. Und wenn Sie hier meinen, uns zeichne der krampfhaftige Versuch aus, populär zu werden. Also, wir kennen Sie nun wirklich recht lange, Kollege Jäger, und ich muß sagen, was wir bisher von Ihnen geboten bekamen, berechtigt Sie, den Titel eines Weltmeisters aller Klassen der Popularitätshascherei in Anspruch zu nehmen. (Zwischenruf Jäger: Das ist nun wirklich primitiv!) Das ist wirklich die Realität, wie Sie jeder von uns kennt. Denn es gibt doch keinen Anlaß, den der Kollege Jäger nicht benützen würde, um ein Foto dabei herauszuschinden. Also wirklich! Wenn Sie uns Popularitätshascherei unterstellen, dann ist das eher eine Empfehlung für uns, dann befinden wir uns offensichtlich auf dem richtigen Weg, dann sind wir auf dem populären Weg. Denn alles kann man Ihnen unterstellen, aber populär sind Sie wirklich, das weiß man ja in Vorarlberg. Und wenn wir dem nachkommen, dann sollten Sie doch nichts dagegen haben, Kollege Jäger. Dann können Sie uns doch nicht Vorwürfe machen, wenn Sie selber im Glashaus sitzen. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Zurück zur Generaldebatte! - Dietrich: Das hätten Sie Jäger sagen müssen!) Der Kollege Jäger hat sich bemüht gefühlt, die Budgetalternative der ÖVP in Erinnerung zu rufen. Ich weiß nicht, ob das sehr glücklich war, Herr Kollege Jäger. Ich weiß nicht, ob Sie da nicht besser geschwiegen hätten. Denn alles, was man in der öffentlichen Bewertung über diese Budgetalternative gelesen hat, hat für mich am treffendsten mit zwei Worten der frühere Klubchef der Volkspartei zusammengefaßt. Professor Koren ist gefragt worden, was er von dieser Budgetalternative hält. Seine Antwort: «Es geht». Mehr ist dazu, Kollege Jäger, nicht zu sagen. Machen wir das ganz kurz. Sie haben wieder einmal den Teufel an die Wand gemalt: da war von der Belastungspolitik die Rede, von der Arbeitnehmerfeindlichkeit der SPÖ, die mit beiden Händen den Leuten das Geld aus der Tasche herausnimmt, mit einem Wort, die Wahrede war perfekt. So würde ich sie auch halten, wenn ich ein maßgeblicher Vertreter oder stellvertretender Bundesparteiobermann der ÖVP wäre. Ich möchte nur eines einmal klarstellen - ich weiß nicht, vielleicht gibt es noch die Möglichkeit, daß Sie Fakten zur Kenntnis nehmen - was Sie über den Steuerdruck sagten, ist reines Wunschenken (Zwischenruf Dr. Intemann) Im Jahr 1970 hat die Steuerquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt 14.6% beim Bund betragen, im Jahr 1981 - also am Höhepunkt der Belastungswelle - 15.2%. 0,6% mehr hat der Bund geholt Und da behauptet der Kollege Jäger, die SPÖ hole den Arbeitnehmern das Geld aus der Tasche. Das ist die Rabulistik, die wir so sehr an Ihnen bewundern, Kollege Jäger. Irgendwann einmal müßten Sie sich doch fragen, was da falsch läuft in Österreich. Entweder Sie laufen falsch mit Ihrer Demagogie, oder die Österreicher sind so dumm, daß sie es nicht merken, daß wir ihnen das Geld aus der Tasche ziehen, daß wir sie aussackeln, daß wir diesen Staat in den

Bankrott treiben. Ich glaube, die Leute sind nicht so dumm, Kollege Jäger. Ich halte die Bevölkerung für weit klüger, als manche Oppositionspolitiker der ÖVP auf Bundesebene das tun, Kollege Jäger. Und die Wahlergebnisse geben nicht Ihnen, sondern sie geben uns recht. (Zwischenruf Jäger: Da kann ich nur lächeln!) Da können Sie wirklich nur lächeln. Ich weiß nicht, ob Sie in der VOEST auch waren. Haben Sie in der VOEST etwas gewonnen, haben Sie in der Steiermark gewonnen, wo haben Sie in der letzten Zeit eine Wahl gewonnen, sodaß man sagen könnte, ja wir werden in zunehmendem Maße von der Bevölkerung ästimiert? Die jüngste Meinungsumfrage, die kennen Sie doch genauso wie wir. Sie haben ja schon wieder Angst vor den Neuwahlen, so gut schauen die aus. Absolute Mehrheit bei der SPÖ - und das bei dieser Politik, Kollege Jäger. Wirklich nicht zu fassen! Und wo liegt die ÖVP, meine Damen und Herren. 8 Punkte hinter der SPÖ, im sicheren abgeschlagenen Feld. So wie die VEU hinter dem KAC herläuft derzeit, so laufen Sie hinter der absoluten Mehrheit der SPÖ her. Kollege Jäger, es gibt ja auch bei Ihnen Momente, da sind Sie offen und ehrlich. Meistens ist das in Wien, da brauchen Sie offensichtlich nicht so den großen Animator des Landtagsklubs herauszukehren. Und in Wien sagt der Kollege Jäger mit seinem freundlichen Bild - ich sagte vorher schon das Nähere dazu -: «Wir werden bei den nächsten Nationalratswahlen keinen Wahlsieg machen, aber es geht beharrlich aufwärts.» Kollege Jäger, alles Gute auf diesem Weg.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Grabher.

Grabher: Herr Präsident, Hoher Landtag! In aller Kürze möchte ich auf drei Punkte, die während der Generaldebatte gestreift wurden, eingehen, und dabei laut Anordnung des Präsidenten später in der Spezialdebatte im Detail nochmals zurückkommen. Kollege Winder hat bei seinem Beitrag zur Generaldebatte den Straßenbau im allgemeinen und dann natürlich - wie könnte es anders sein - auch die A 15 im besonderen erwähnt und dabei gesagt, daß die Vorarlberger Landesregierung, ich glaube speziell der Straßenreferent, eine sogenannte Kopf-in-den-Sand-Politik betreibt. Während Landeshauptmann Dr. Keßler in seiner Replik gesagt hat, daß man sich wohl mit verschiedenen Varianten und Trassen auseinandersetzen werde und müsse und schon getan habe, ich weiß nicht genau was da stimmt, und auf der anderen Seite, wie bekannt, auf die Kompetenz des Bundes hinweist.

An einem, meine Damen und Herren, können und dürfen wir doch nicht vorübergehen: die A 15 wird, sofern sie überhaupt einmal kommt, durch Vorarlberger Gebiet gehen. Und die Entscheidung, zumindest die Vorentscheidung, wird einfach von uns verlangt werden. Und eine Entscheidung ist ja überraschenderweise schon gefallen, nämlich anlässlich des Besuches der St.Galler kantonalen Regierung. Denn dort hat der Landeshauptmann persönlich und auch der Landesstraßenbaureferent, Landesrat Rümmele, erklärt, daß man sich wohl gezwungen sehe und man sich im klaren sei, die Autobahn beim Brugger Horn von Schweizer Seite zu übernehmen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das stimmt nicht! Die Schweizer wollen sie

dort!) Dann hat es der ORF anders berichtet, jedenfalls ist es so herausgekommen, Herr Landeshauptmann, daß man die Verpflichtung habe, diese Autobahn von der Schweiz zu übernehmen.

Und wenn man die früheren Aussagen des Herrn Landesrates Rümmele hernimmt, dann weiß man auch genau, wo geplant ist, sie zu übernehmen. Jedenfalls glaube ich, daß wir hier einfach am Ball bleiben müssen, daß wir uns mit verschiedenen Wünschen der Bevölkerung auseinandersetzen müssen. Kollege Jäger hat auch von Bürgernähe gesprochen. Ja, was versteht man unter Bürgernähe? Selbstverständlich, daß man sich mit den betroffenen Gemeinden und auch den Bürgerinitiativen, denn die hat er auch angesprochen, auseinandersetzt. Schlußendlich haben wir immer noch als Politiker die Entscheidung zu fällen, aber erst nach Abwägen dieser verschiedenen Einwände und Einsprüche. Und das ist bisher noch nicht geschehen. Weder hat man mit den Gemeinden gesprochen, noch hat man sich mit den verschiedenen Varianten und Trassen auseinandergesetzt.

Man hat manchmal das Gefühl, daß die zuständigen Leute immer noch an der Unterflurtrasse hängen und glauben, daß die Bodenseeautobahn quer durch Bregenz, Hard, Lauteracher Ried eventuell noch, Höchst und Fußach führen soll. Man ist sich nicht bewußt, daß in der Bevölkerung ein Umdenken eingesetzt hat.

Ein weiterer Punkt ist hier erwähnt worden, und zwar die Subventionspolitik. Kollege Keckeis hat gemeint, daß die Subventionspolitik unseres Landes überhaupt nicht kontrollierbar wäre. Ich glaube, das ist etwas übertrieben ausgedrückt, und der Landeshauptmann hat dies auch zurückgewiesen. Nach unserer Auffassung soll Subventionspolitik etwas transparenter sein. Aber immer noch unter der Prämisse, daß die private Sphäre gewahrt bleiben muß. Dann glaube ich, ist dies der Mittelweg und auch der richtige Weg einer Subventionspolitik.

Aber etwas verlangen wir dabei auch, Herr Landeshauptmann, und das ist der Grundsatz der Gerechtigkeit bei Verteilung von Subventionen. Wenn man als Beispiel Subventionen zum Mannschaftssportspitzenhockey hernimmt, ich komme im Rahmen der Spezialdebatte darauf noch zurück, dann ist das ein Schlag gegen die Gerechtigkeit (Zwischenruf Mayer: Einstimmig beschlossen!) Und das, glauben wir, sollte man in Zukunft sehr stark beachten. Ich werde dann schon noch zitieren, Herr Landesrat Mayer, was der Kollege Aberer in diesem Zusammenhang alles gesagt hat, was dann aber der Landessportreferent nicht gemacht hat. Es geht doch hier nicht um Einstimmigkeit, es geht um Gerechtigkeit (Zwischenruf Dr. Keßler: Die werden wir Ihnen noch vorführen!) Da habe ich ein gewisses Gefühl für Gerechtigkeit, Herr Landeshauptmann, das ist mir schon berufsmäßig etwas zu eigen. Da werde ich den Gegenbeweis antreten.

Auch die Gemeindeförderung wurde hier angezogen und unser Klubobmann Eß hat im Rahmen dieser Diskussion auch erwähnt, daß das Märchen von den reichen Ländern endgültig vorbei ist. Aber ich muß hier sagen, daß auch das Märchen von reichen Gemeinden vorbei ist. Im Gegenteil, dieses Märchen hat es doch eigentlich gar nie gegeben. Meine Damen und Herren, wenn man den Erlaß

vom 10. November d.J. hernimmt, wo geschrieben wird, was die Gemeinden im Jahre 1982 an Ertragsanteilen erwarten können bzw. an Beiträgen von Sozialhilfe und Landesumlage an das Land zu leisten haben, dann ist dieses Märchen wirklich ad absurdum zu führen.

Nur zwei Städte möchte ich hier vergleichen: Bregenz und Feldkirch. Es ist leider unvermeidlich, daß ich hier ein paar Zahlen erwähne. Bregenz erhält im Jahre 1982 117 Mio. S an Ertragsanteilen und Feldkirch 120 Mio. S, bevölkerungsmäßig können wir die zwei Städte nicht vergleichen. Die Landesumlage bzw. Sozialhilfe beträgt bei Bregenz 17 Mio. S und bei Feldkirch 7 Mio. S. Ein Beispiel zweier Marktgemeinden: Hohenems und Lustenau. Hohenems erhält 52 Mio. S Ertragsanteile, Lustenau 67 Mio. S, das stimmt in etwa zur Größe. Die Landesumlage bzw. Sozialhilfe beträgt bei Lustenau aber 16 Mio. S und bei Hohenems noch etwa 5.5 Mio. S. (Zwischenruf Dr. Mandl: Das ist eine Milchmädchenrechnung!) Das ist keine Milchmädchenrechnung, meine Damen und Herren, wenn man das Ganze umlegt auf die verschiedenen Einnahmen der Gemeinden. Und das können wir schwarz auf weiß dokumentieren. Dann weiß man doch, daß die Berechnung der Finanzkraft, und nach dieser Berechnung müssen die Landesumlage und auch die Beiträge zur Sozialhilfe abgeführt werden, umgerechnet ist. (Zwischenruf Dr. Mandl) Herr Landesstatthalter, das ist ja nur als Beispiel angeführt. Jedenfalls muß man auch hier, wie der Landesstatthalter auch selbst ja immer zugegeben hat, sagen, daß diese Berechnung zu wenig gerecht ist. Wenn man vom Bund mehr Mittel und Gerechtigkeit fordert, muß auch das Land mehr Gerechtigkeit gegenüber den Gemeinden zeigen.

Präsident: Keine weitere Wortmeldung? Herr Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Jäger es ist eigentlich schon interessant. Vor etlichen Monaten hieß es noch, daß das sozialistische Wirtschaftsprogramm eigentumsfeindlich, ruinös für die Wirtschaft, der Anfang für den Untergang der freien Marktwirtschaft in Österreich sei. Jetzt kommen Experten zusammen und die sagen dann, ja, eigentlich ist da in vielen Dingen Konsens da. Ich will das nicht fortsetzen, aber wenn ich hier gesagt habe, daß es für mich von sehr entscheidender Bedeutung ist, wie eine Landesregierung zu den Fragen, zu den Beschlüssen, zu den Forderungen der Arbeitnehmervertretungen steht.

Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, ich habe nichts verbreitet, was wir nicht gemeinsam beschlossen haben.

Da gibt es Nuancen von Unterschieden, das ist richtig.

Hätte ich doch erwartet, Kollege Jäger, daß Sie, weil ja Sie mit dabei waren, beschlossen haben wir das miteinander, daß Sie eigentlich da heraus gegangen wären und gesagt hätten, ja, eigentlich stehen wir noch zu dem.

Aber vielleicht können wir hoffentlich noch dorthin kommen. Grundsätzlich, Herr Landeshauptmann, ich habe gestern abend das Österreich-Bild angesehen, und ich habe dort Ihren Parteifreund, Landeshauptmann Ludwig, seine

Erklärungen zum Budget angehört und da hat der ORF, weil das eben sehr wichtig ist, den Ausschnitt gebracht, wo der Landeshauptmann sagte: «Obwohl für die Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsmarktfragen kompetenzmäßig der Bund zuständig ist, sieht es das Land Niederösterreich als eine vornehmliche Aufgabe der Regierung an, in diesen Dingen mitzuhelfen.» Also nicht ich glaube, daß die niederösterreichische ÖVP doch sicherlich eine Anhängerin der freien oder der sozialen Marktwirtschaft - wie Sie das nennen - ist und trotzdem ist dort nicht die Frage wie bei uns, immer steht im Vordergrund die Kompetenz, sondern ich sage, Menschen, die in dem Betrieb 20 oder 30 Jahre arbeiten, fürchten ihren Arbeitsplatz zu verlieren, was glauben Sie, wieviel den Mann dort interessiert, wer kompetenzmäßig zuständig ist, wenn er eine Chance sieht, daß durch eine Hilfe diesem Betrieb geholfen werden kann und er sich seinen Arbeitsplatz erhalten kann. Kollege Intemann, Sie haben heute früh gesagt, es kann nie in Frage kommen, einen verlorenen Zuschuß einem Betrieb zu geben, der in solchen Schwierigkeiten ist. Ich muß Sie fragen, würden Sie einen solchen verlorenen Zuschuß auch dann nicht geben, wenn Sie wüßten, wenn sie ihn geben, daß der Betrieb weiterleben kann? Das ist doch die entscheidende Frage. Ich habe klar und deutlich gesagt, wir sind nicht dafür, vor allem wir Gewerkschafter nicht, Betriebe unter allen Umständen durch finanzielle Spritzen am Leben zu erhalten, um dann nach einem Jahr festzustellen, daß das Geld, das dafür hineingepumpt wurde, umsonst war, und es wäre uns vielleicht billiger gekommen, wir hätten aus diesen Mitteln das Arbeitslosengeld bezahlt. (Zwischenruf) Das ist auch meine Meinung. Aber warum diese Zimperlichkeit? Dieses fürchterliche Kompetenzgerangel! Wissen Sie, daß das einem schon zum Hals heraushängt? Wenn Not ist, soll geholfen werden, wenn die Chance besteht - das sage ich dazu - daß der Betrieb auch überleben kann. (Zwischenruf Dr. Keßler: Es geht nicht um die Kompetenz, sondern um die Art der Hilfe!) Schauen Sie, bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, und bei der Landesregierung steht bei jedem zweiten Wort, das Sie sagen: Sind wir kompetent? Ich weiß, daß es Kompetenzen gibt, aber man muß doch, bei Gott noch einmal, imstande sein, wenn irgendwo Probleme sind, daß man die löst. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das ist richtig gesagt worden. Das ist eine Frage der Kompetenz!) Lassen Sie mich fertig reden, Herr Landeshauptmann. Wenn hier gesagt wurde vom Kollegen Dr. Intemann, es wird erwartet, daß diese Großfirmen, die in Schwierigkeiten sind, auch ihr Privatvermögen einbringen, das ist für mich wohl eine Selbstverständlichkeit Ich hoffe, sie tun das im gleichen Maße, wie das jeder kleine Gewerbetreibende tun muß. Wenn der in Konkurs geht, dann läuft er Gefahr, nicht mehr auf seinem Bett zu liegen. Das erwarte ich selbstverständlich auch von diesen Herren. Kollege Jäger, ich habe heute wieder Ihre Äußerungen gehört, und ich hatte die Möglichkeit, Ihre Äußerungen vor ein paar Tagen in Steyr zu hören anläßlich des Arbeiterkammertages. Da hat das ein bißchen anders ausgesehen. Ich habe mir das genau aufgeschrieben, weil ich gewußt habe, das steht heute sicherlich auch zur Diskussion. Sie haben dort gesagt, die bisherige Politik der Bundesregierung war sicherlich in Teilbereichen be-

reichtig. Heute ist von dem nichts mehr übrig geblieben. Heute war sie überall falsch. (Zwischenruf) Von einem Satz habe ich mir gemerkt, den Sie dort der Bundesregierung gesagt haben, und der gilt sicherlich heute in dieser Situation in diesen Fragen zur Vorarlberger Landesregierung: «Wer sich für unfehlbar hält, ist nicht mehr in der Lage, aus der veränderten Situation zu lernen.» Das scheint bei unserer Landesregierung zur Zeit der Fall.

Präsident: Das Wort hat nun der Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Meine Damen und Herren! Ein paar kurze Bemerkungen zu den Ausführungen von Klubobmann Winder. Sie kritisieren, daß sehr häufig unsererseits ein Hinweis erfolgt, wenn irgendwelche Aufgaben der Bundesregierung in Vorarlberg nicht erfüllt werden, daß man eben auf die Zuständigkeit der Bundesregierung bzw. der Bundesorgane hinweist. Das sei Formalismus, ein reines Festhalten an Kompetenzen. Herr Vizepräsident Falschlunger hat jetzt soeben ergänzt, eine formalistische Sicht der Dinge, die die Bürger überhaupt nicht interessiert. Das mag seine Richtigkeit haben. Andererseits muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß der Bund eben auch in Vorarlberg Aufgaben hat, und es sogar weniger und in den selteneren Fällen darum geht, wer die Kompetenz hat, wer also zu entscheiden und zu verfügen hat, sondern daß es häufig darum geht, wer im Finanzausgleich zur Erfüllung dieser Aufgaben Mittel bekommt. Und es sind eben die Finanzmittel in Österreich so verteilt, daß der Bund den Hauptteil des Kuchens bekommt, und eben auch die Aufgaben zu erfüllen hat, auch in unserem Land. Die Umkehr, die Sie hier betreiben, als ob die Erfüllung einer Aufgabe des Bundes im Land Vorarlberg ein besonderes Entgegenkommen wäre, unser Hinweis auf diese Pflicht der Verantwortung des Bundes reiner Formalismus, kann man einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir würden das finanziell auch nicht durchhalten. Wenn wir ständig Bundesaufgaben aus dem Landesbudget mitfinanzieren, dann sind wir in einigen Jahren bei unseren eigentlichen Aufgaben nicht mehr in der Lage, diese zu erfüllen. Und ich möchte dann Ihre Wortmeldungen hören, wenn wir etwa im Bereich der Wohnbauförderung oder im Bereich des Pflichtschulbaues unsere Aufgaben, für die wir im Finanzausgleich Mittel bekommen, nicht mehr erfüllen können.

Es ist also weniger eine Frage der Zuständigkeit zur Entscheidung, auch das gibt es, es ist häufig eine Frage der finanziellen Dotierung. Und wenn der Bund, wie im Bereich der Arbeitsmarktförderung durch Beiträge von Vorarlberger Arbeitnehmern und Unternehmern über eine halbe Milliarde Schilling bekommt, dann ist vielleicht der Hinweis doch erlaubt, daß es in erster Linie der Bund sein müßte, der hier tätig wird. Wobei man gerade hier nicht mit Kompetenzen argumentieren kann. Und man hat es auch nicht getan. Die Landesregierung hat durchaus anerkannt, daß hier bei Notlage von Betrieben die guten Dienste angeboten werden müssen. Die Diskussion ist mehr darum gegangen, in welcher Form das zu geschehen hat.

Und ich glaube, ich gehen nicht fehl, wenn ich fest-

stelle, daß man eigentlich einig ist - auch die Wortmeldung von Vizepräsident Falschlunger ging ja in diese Richtung - daß eine Förderung durch verlorene Zuschüsse absolut nicht im Vordergrund zu stehen hat.

Es wurde hier behauptet, der Kontrollmechanismus des Landtages sei etwas unterentwickelt Herr Klubobmann Winder, ich habe hier schon einmal gesagt, und ich glaube, es ist richtig, daß bei einer Gesamtwertung der Kontrollinstrumente des Vorarlberger Landtages, und ich glaube, man kann nur alle Kontrollinstrumente insgesamt beurteilen, wir nicht nur im Spitzenfeld, sondern an der Spitze der Bundesländer stehen und jeden Vergleich (Zwischenruf Winder: Sie gehen noch weiter als der Landesstatthalter!) ja ich würde weitergehen als der Herr Statthalter im Bereich der Gemeindeförderung, ich würde die Behauptung wagen, daß wir keinen Vergleich mit einem anderen Bundesland und auch nicht den Vergleich mit dem Nationalrat zu scheuen haben. Vom Bundesrat, dessen Kontrollmöglichkeiten stark unterentwickelt sind, will ich gar nicht reden.

Worüber wir aber nicht einig sind, Herr Klubobmann Winder, ist eine Verwechslung Ihrerseits von Kontrolle des Landtages mit Regierung. Sie gehen dazu über, nicht nur die Regierung kontrollieren zu wollen, sondern mit dem Kontrollinstrumentarium mitregieren zu wollen. (Zwischenruf Winder: Da stehe uns Gott vor!) Den Eindruck habe ich durchaus, ich habe auch den Eindruck, daß Sie den Versuch unternehmen, Landtagsausschüsse in einer Weise einzusetzen, die an Organe der Regierung herankommen, indem Sie einfach in den Entscheidungsprozeß der Landesregierung in einer Weise miteinbezogen werden, die mit Kontrolle und Entscheidungsvorbereitung nichts mehr zu tun hat. Und ich glaube, hier ist einfach ein grundsätzlicher Auffassungsunterschied im Rollenbild des Landtages, den wir nicht teilen können. Dazu kommt, daß einzelne Ihrer Abgeordneten die Kontrolle des Landtages an sich und die Kontrollmöglichkeiten des einzelnen Abgeordneten verwechseln.

Der Rechenschaftsbericht, den die Landesregierung in sehr umfangreicher Form gibt, den Sie regelmäßig zu belächeln belieben ob seines Umfanges, böte sehr gute Möglichkeiten der Information für die Abgeordneten und damit auch einen Ansatzpunkt für die Kontrolle. Ein Rechenschaftsbericht, das haben Sie versäumt zu sagen, liegt der Oppositionspartei im Nationalrat nicht vor.

Gestatten Sie mir nur zwei ganz kurze Sätze zu einem Problem des Straßenbaues und zum Fluglärm Rheindelta, zwei Themen, die hier angezogen wurden, und ich glaube, es muß gestattet sein, nur ganz kurz dazu Stellung zu nehmen.

Zum Bau der A 15 ist der Vorwurf verfehlt, die Landesregierung habe mit Gemeinden und Bürgerinitiativen nicht gesprochen. Ich kann hier für die Gemeinde Höchst und auch für ihre Bürgerinitiative sagen, daß Kontakte bestehen. Das Problem ist ein etwas grundsätzlicheres und schwierigeres, es liegt nicht daran, daß die Landesregierung nicht bereit wäre zu sprechen, sondern daß einfach fundamentale Interessengegensätze bestehen. Es sind eben bei den betroffenen Gemeinden Höchst und Lauterach zwei Gemeindevertretungsbeschlüsse, einstimmige

Gemeindevertretungsbeschlüsse, auf Ablehnung dieser Amtstrasse gegeben. Es stehen starke Bürgerinitiativen dagegen, und es wird schwer fallen, meine Damen und Herren, hier durch sachliche Gespräche die Standpunkte zu ändern. (Zwischenruf Winder: Die Amtstrasse ist gestorben, die können Sie vergessen!) Andererseits gibt es Gemeinden wie Hard, Bregenz und offenbar auch Lochau und Lustenau, die die A15 fordern.

Ich kann Ihnen sagen, eine Entscheidung wird, wenn man auf der Amtstrasse fährt, eben gegen den Willen der beiden betroffenen Gemeinden gefällt werden (Zwischenruf).

Tatsache ist, daß die beiden betroffenen Gemeinden eine klare Entscheidung gefällt haben, und ich muß Ihnen jetzt etwas sagen, Herr Klubobmann Winder und Herr Bürgermeister Mayer, hier agiert und agierte die SPÖ jetzt über zwei Jahre nicht nur doppelzünftig, sondern sogar mit drei Zungen.

Herr Parteiboss, ich muß Ihnen hier sagen: Auf Ortsebene hat man dagegen agiert mit allen Mitteln, auf Landesebene fordern Sie den Bau der A 15, auf Bundesebene will man keine Entscheidung treffen. Es war ein Minister der SPÖ, der in Höchst erklärt hat, gegen den Willen einer Gemeinde wird eine Autobahn nicht gebaut. Und die Bürger haben das geglaubt und man wird jetzt sehen, ob der Minister, der die letzte Entscheidung zu treffen hat, hier seinen Kollegen in Schwierigkeiten bringt. Jedenfalls wird die Entscheidung für die A 15 ohne Bruch eines Ministerwortes nicht gefällt werden können. Man kann parteipolitische Taktik, glaube ich, auch übertreiben. Und Sie haben hier ein sehr ungutes Spiel gespielt.

Zum Rheindelta/Fluglärm, Herr Bürgermeister Mayer: Wenn Sie als Bürgermeister der Stadt Bregenz nur Verständnis haben für Probleme, die die Stadt Bregenz betreffen, ist das Ihre Sache. Ich kann Ihnen sagen, die Gemeinden des Rheindeltas sind an die Landesregierung herangetreten und auch die Bürger dort. Sie fühlen sich belästigt durch den Fluglärm, der Ihnen nur ein Lächeln abnötigt. Landesrat Gasser ist vom Minister beauftragt worden, diese Verhandlungen zu führen, und ich erkläre hier ausdrücklich, daß wir Herrn Landesrat Gasser dankbar sind, daß er mit solchem Engagement in dieser für die Bürger (Zwischenruf) des Rheindeltas nicht unwichtigen Frage tätig geworden ist, und ich bedaure, daß der Bürgermeister von Bregenz, wenn er nicht informiert ist über die Anliegen der Bevölkerung des Rheindeltas, statt zu schweigen, in derart negativer Weise hier tätig wird.

Präsident: Weitere Wortmeldung in der Generaldebatte? Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Kollege Sausgruber, eine Richtigstellung. Unsere Linie, die der Partei Vorarlbergs und die der Stadt Bregenz in Sachen A 15 ist identisch und klar. Wir sind der Meinung, daß zwei parallele Straßen, eine Senderstraße und eine A15 nebeneinander nicht notwendig sind. Wir meinen, daß ein Ausbau der Senderstraße in etwa denselben Zweck erfüllen könnte wie die A 15. Wenn die Senderstraße allerdings nicht diesen Zweck erfüllen kann, indem man sie nirgends anschließt, dann wird

man in dieser Trasse der A 15 eine andere Verbindungsstraße suchen müssen. Das ist eine klare - die Landespartei, ich spreche hier als Landesparteiobmann, auch als Bürgermeister von Bregenz - mit den anderen Parteien in Bregenz abgesprochene Haltung, in der es keinerlei Unklarheiten gibt. Wir haben dazu auch ein Gutachten angefordert, das im März dem Land übermittelt wurde. Das Land hat dazu bis heute noch nicht einmal eine Antwort gegeben. Das was also der erste Vorwurf. Dann noch ein zweiter Vorwurf: der Fluglärm Rheindelta. Sie haben mir unterstellt, ich würde Belästigungen, die durch den Fluglärm im Rheindelta entstehen, bagatellisieren. Sie haben mich hier völlig falsch interpretiert. Ich habe erklärt, wenn ein Landesrat sich sogar in außenpolitischen Fragen zuständig fühlt, über Auftrag des Ministers, dann kann eine Landesregierung, die längst darum gebeten wurde, in der Sache Wälderbahn beispielsweise eine klare Haltung einzunehmen und auch in der Sache A15 eine klare Antwort zu geben, mindestens ebenso wie in der Sache Fluglärm im Rheintal. Und sie darf nicht immer wieder (Zwischenruf) die Verantwortung in so wichtigen Fragen, die noch viel mehr Vorarlberger interessieren als der Fluglärm im Rheintal, den ich keineswegs bagatellisiert habe, nach Wien delegieren. Gerade ein Land darf das nicht, das sich immer so stark föderalistisch gebärdet. Diese Richtigstellung mögen Sie zur Kenntnis nehmen, sie ist nämlich authentisch und entspricht den Beschlüssen der SPÖ Vorarlberg und den einstimmigen Beschlüssen des Bregenzer Stadtrates.

Präsident: Weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte liegen nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? Er verzichtet. Im Sinne der Beschlußfassung von heute früh unterbrechen wir nun die Budgetberatungen und kommen zur

Wahl eines Nachfolgers für den ausscheidenden ersten Bundesrat DDR. Hans Pitschmann

Präsident: Dr. Hans Pitschmann hat mir mit Schreiben vom 30.11. folgendes mitgeteilt: «Nach Erreichung des 63. Lebensjahres lege ich aus Altersgründen und als Schwerkrankenbeschädigter dem Rat meines Vertrauensarztes folgend nach über zwanzig Jahren Bundesratszugehörigkeit als Dienstältester dieser gesetzgebenden Körperschaft mit Ablauf des letzten Monats dieses Jahres mein Mandat ebenso zurück, wie ich auch als Direktor des Vorarlberger Wirtschaftsbundes aus dessen Diensten ausscheide.» Er bedankt sich dann für das vom Landtag geschenkte Vertrauen.

Ersatzmann für den mit Jahresende somit aus dem Bundesrat ausscheidenden derzeitigen Vorsitzenden DDR. Hans Pitschmann wäre Herr Kommerzialrat Johann Schneider aus Lech. In einem Schreiben hat er mir mitgeteilt, daß er auf ein Nachrücken in den Bundesrat verzichte, daß dieser Verzicht jedoch seine Stellung als Ersatzmann nicht berühren soll. Der Vorarlberger Landtag hat daher für den ausscheidenden ersten Bundesrat einen neuen Funktionsträger zu wählen. Artikel 35 der Bundesverfassung normiert, daß die Mitglieder des Bundesrates und ihre Er-

satzmänner von den Landtagen auf die Dauer der Gesetzgebungsperiode nach dem Verhältniswahlprinzip gewählt werden, jedoch muß mindestens ein Mandat der Partei zu-fallen, welche die zweithöchste Anzahl von Sitzen im Landtag hat. Aufgrund dieser Verfassungsbestimmung entsendet die ÖVP zwei, die SPÖ einen Bundesrat. DDr. Hans Pitschmann wurde von der ÖVP entsandt.

Der Vorschlag auf seine Nachfolge lautet auf Herrn Ing. Georg Ludescher als Nachfolger zum ersten Bundesrat. Werden andere Vorschläge gemacht? Es ist nicht der Fall. Damit ist Ing. Ludescher als erster Bundesrat vorgeschlagen. Sie haben auf Ihren Sitzen diese Stimmzettel. Wer den Stimmzettel inzwischen bereits verbraucht hat, möge ein Zeichen geben, damit man ihm einen Ersatzstimmzettel ausfolgen kann. Sie haben den Vorschlag gehört. Er lautet auf Ing. Georg Ludescher. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, der möge auf dem Stimmzettel ein «ja» schreiben. Andere Reihungen oder Nennungen werden als ungültige Stimmen zu werten sein. Als Stimmenzähler schlage ich vor den Herrn Mag. Spannring und den Abg. Grabher.

(Es erfolgt das Einsammeln und Abzählen der Stimmzettel)

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben. Es wurden 34 Stimmzettel abgegeben, davon lauten 31 auf Ing. Ludescher, 3 waren leer. Damit ist Ing. Georg Ludescher zum Bundesrat gewählt und hat damit die Aufgabe zur Wahrnehmung der Landesinteressen in der Länderkammer. Ich möchte Ihnen, Herr Ing. Ludescher, alles Gute wünschen in der Wahrnehmung dieser Aufgaben. (Beifall) Die Angelobung wird im Bundesrat erfolgen.

Die Neuwahl des Bundesrates ist aber auch Anlaß, dem ausscheidenden derzeitigen Bundesratsvorsitzenden, DDr. Hans Pitschmann, einige Worte des Dankes zu sagen und seinen Lebenslauf kurz zu schildern. Er ist 1919 in Nendeln geboren, maturierte 1939 am Bundesgymnasium in Feldkirch. Als Offizier war er sowohl an der West- als auch an der Ostfront vielfach eingesetzt in schweren Kämpfen und ist auch mehrfach schwer verwundet worden. Nach einer halbjährigen Internierung im Lager Brederis setzte er sein Studium an der Universität Innsbruck fort und promovierte zunächst zum Dr. jur. und dann 1949 zum Dr. rer. pol. 1949 wurde er Sekretär der Landesgruppe des Österreichischen Wirtschaftsverbandes und später Wirtschaftsbanddirektor. 1962 entsandte ihn der Vorarlberger Landtag in den Bundesrat, dessen Vorsitz er 1968 und im letzten Halbjahr innehatte. Er war ferner Vorsitzender während dreier Landtagsperioden der Mitglieder des Bundesrates im ständigen gemeinsamen Ausschuß des National- und Bundesrates gem. §9 Finanzverfassungsgesetz und während der gleichen Zeitspanne Obmannstellvertreter des Finanzausschusses des Bundesrates. Als Sozialsprecher seiner Fraktion bewies er immer wieder seine soziale Gesinnung für alle Bevölkerungsgruppen. So geht die heutige Regelung der Grenzgänger-Kinderbeihilfe auf seine Initiative in den Jahren 1967 und 1968 zurück, wobei er mit Zivilcourage sein Bundesratsmandat niederlegen wollte, falls er seinen Vorschlag nicht zum Durchbruch

bringen kann. Mit besonderem Engagement mühte er sich um die Verbesserung der Gewerblichen Pensionsversicherung und hielt zur Aufklärung der Pensionsberechtigten Hunderte Aufklärungsversammlungen im ganzen Land. Mit persönlichem Einsatz trug er zur Errichtung der Kunsteisbahn in Feldkirch bei, aber auch zur Realisierung verschiedener anderer Sportobjekte und hat auch einen wesentlichen Anteil bei der Erreichung des Wildparkes auf dem Ardetzenberg. Ich möchte Ihnen, geschätzter Herr Bundesratsvorsitzender, für Ihre parlamentarische Arbeit zur Wahrnehmung der Interessen des Landes und auch für Ihr vielfaches und vielfältiges Wirken zu Gunsten des allgemeinen Wohls von Herzen sowohl persönlich als auch im Namen des ganzen Landtages danken und entbiete Ihnen noch viele gesunde Jahre im Ruhestand. (Beifall)

Wir kommen nun zu den einzelnen Gruppen des Landesbudgets. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung zur Gruppe O.

Aberer: Die Ausgaben dieser Gruppe betragen 608.006.000 S oder 11.62% der Gesamtausgaben, die Einnahmen betragen 133.664.000 S oder 2.58% der Gesamteinnahmen. Es ist interessant festzustellen, daß die Ausgaben nur um 4 Mio. S ansteigen, daher das Prozentverhältnis von 12.41% im Jahre 1982 auf 11.62% im Jahre 1982 fällt.

Hier sind die Erfordernisse des Landtages einschließlich der Finanzierung der Parteien und der Landtagsklubs enthalten. Auch die Erfordernisse der Landesregierung, des Amtes der Landesregierung sowie aller nachgeordneten Dienststellen einschließlich des Sachaufwandes finden hier ihren Niederschlag.

Ein besonders hervorstechender Ansatz ist der Neubau von Verwaltungsgebäuden, der mit 115 Mio. S dotiert ist und die letzte Baurate des neuen Landhauses darstellt, ein wie wir alle feststellen können notwendiges Vorhaben, das insbesondere die Bevölkerung in diesem Lande schätzen wird, wenn sämtliche Dienststellen des Landes in einem Hause bei entsprechend großen Tiefgaragen bequem und für jeden sehr übersichtlich, erreicht werden können.

Bei der Untergruppe Aufgabenerfüllung durch Dritte stellen wir eine wesentliche Senkung der Ausgaben sowie der Einnahmen fest. Bedeutet dies doch, daß die Planungsleistungen für den Bund den Zenit überschritten haben, da doch wesentliche Bundesaufgaben in Vorarlberg planlich erfüllt und nur noch teilweise der Realisierung harren.

Die SPÖ-Fraktion stellte in dieser Gruppe drei Anträge, sie wurden, das darf ich vorwegnehmen, nicht angenommen: Die SPÖ wollte eine Ausgabenvorschlagsstelle neu benennen: «Öffentlichkeitsarbeit des Landestages» und mit 1 Mio. S dotieren, dafür die Vst. 021009 4030 003 «Öffentlichkeitsarbeit» um den Betrag von 1 Mio. S kürzen.

Weiters wollte sie den Ansatz «Beitrag an das Institut für Föderalismusforschung» mit 470.000 S auf Null kürzen, bzw. ersatzlos streichen.

Da das Föderalismusforschungsinstitut in Innsbruck gerade für den notleidenden Föderalismus in Österreich wichtige Arbeit leistet, kann eine ersatzlose Streichung nicht in Frage kommen. Die Umschichtung einer Million von der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zur

Öffentlichkeitsarbeit des Landtages kann schon unter Hinweis auf die bessere Dotierung der Landtagsklubs nicht möglich sein.

Präsident: Danke für die Einleitung: die Diskussion zur Gruppe 0 ist eröffnet. Wer wünscht das Wort? Abg. Dipl.-Ing. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir halten heute bereits bei der 4. Sitzung des Landtages im neuen Landhaus und ich möchte meine persönliche Meinung zu diesem Haus dartun, wenngleich ich weiß, daß dies anlässlich der im neuen Jahr anstehenden Eröffnung aus berufenem Munde noch ausführlich geschehen wird.

Ich habe Verständnis, wenn der Bürger - vor dem Landhaus stehend - die Manifestation von Gesetzgebung und Verwaltung als bedrückend empfindet und sich an die Vergangenheit erinnert, als die Dienststellen unüberschaubar auf insgesamt 11 Gebäude verteilt waren.

Manch einer hat das Graue Haus mit dem Gedanken verlassen, daß diese Arbeitsbedingungen, die räumliche Ausstattung und anderes seinen Angestellten nicht zumutbar wären und dem Image seiner Firma, sei's vom Standpunkt des Arbeitnehmers wie des Arbeitgebers aus betrachtet, alles andere als förderlich wäre.

Die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Verwaltungsbereiche und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden einmütig erkannt und führen schließlich zu unserem Landhaus.

Es ist nicht mein Wunsch, mich als Architekturkritiker zu versuchen, es geht mir vielmehr darum, dem üblen Gerede, das offensichtlich gezielt zur Miesmacherei eingesetzt wird, in einigen Punkten zu begegnen.

Nun aber zur Kritik. Ich gehe davon aus, daß die erste Beurteilung nach der äußeren Erscheinungsform erfolgt, wobei die grundlegenden Bestimmungsstücke wie z.B. die Funktionszusammenhänge, Raumerfordernis und viele andere Randbedingungen dem flüchtigen Betrachter weitgehend unbekannt bleiben. Damit beginnt das ganze Dilemma der unqualifizierten Kritik und auf dem Gebiet der Architektur ist die allgemeine Versuchung der raschen und unreflektierten Beurteilung besonders groß.

Die Beurteilung der städtebaulichen Einordnung ist keineswegs einfach, vor allem deswegen, weil keinerlei typologische Leitbilder vorhanden sind. Als Tatsache scheint festzustehen, daß die für die vorgegebene Stadtstruktur riesige Kubatur von zusammen 140.000 m³, davon sichtbar 75.000 m³ mit - ich möchte sagen - eleganter Raffinesse bewältigt wurde.

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an ersten Landtagsvizepräsidenten Mag. Heinzle)

Zweifelloos hätte die Beibehaltung der ursprünglich vorgesehenen Höhenlage den Gesamteindruck günstig beeinflußt, doch war es, wie Ihnen bekannt sein dürfte, nötig, das Bauwerk wegen des anstehenden Grundwassers um ca. 2 m höher zu situieren.

Besonders wohltuend empfinde ich die äußerst gekonnte Abdehnung des Haupttraktes vom Landhausstrakt, die höhenmäßige Staffelung, überhaupt die gesamte Grobgliederung des Baukörpers, die bei aller Strenge und Sachlichkeit wenig axiale und damit monumentalisierende Wirkung aufkommen lassen. Dies wird durch die sehr feingliedrige Flächenteilung der Fassade wirkungsvoll unterstützt und durch sorgfältige Materialwahl zur vollen Wirkung gebracht.

Der Vorwurf bewußt monumentaler oder gar imperialistischer Konzeption ist weitgehend zu entkräften, sofern man nicht der Auffassung unterliegt, 140.000 m³ umbauter Raum lassen sich in Eigenheimportionen aufteilen und malerisch im Garten ob dem Sautterparkplatz gruppieren.

Einzelne Kritiker vermissen eine klar erkennbare regionale Ausformung und Gestaltung und bezweifeln, ob das Landhaus für die Landeshauptstadt, ja für das Land «maßgeschneidert» sei. Nun glaube ich nicht, daß damit die Beobachtung auf Elemente unserer Bautradition gemeint ist, man könnte das sehr blumig illustrieren mit Schindeln an der Sonnenseite oder dem versetzten First vom Walserhaus.

Die Frage Regionalismus - Internationalismus in der heutigen Architektur ist für die gestellte Aufgabe in ausgezeichneter Weise beantwortet worden. Sie negiert nostalgische Heimattümelei und richtet sich an den zur Abstraktion, zur Transformation fähigen Intellekt.

Von der Funktion her wird ein vergleichbares Regierungs- und Verwaltungsgebäude in Stuttgart oder Mailand ähnlichen Anforderungen entsprechen müssen. Bei der Realisierung des Projektes werden jedoch regionale Unterschiede erkennbar sein, wurden aber die erkennbaren Grundanliegen unserer Bevölkerung berücksichtigt und meisterhaft ausgeformt:

1. Ausdruck der formalen Strenge und Schlichtheit
2. Tradition in der Auswahl grundsolider und zeitloser Materialien, die in Würde altern.
3. Handwerklich perfekte Anwendung und Verarbeitung beständiger Materialien, die, das sei nebenbei bemerkt, auch unseren Handwerkern ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellen.
4. Die Kosten-Nutzenoptimierung bei hohem Qualitätsanspruch.
5. Eine angemessene Berücksichtigung eines legitimen Repräsentationsanspruches, den man beispielsweise jedem renommierten Bankinstitut zugesteht. Sofern es der Planer schafft.

Und schließlich letztes, um meine unvollständige Aufzählung abzuschließen, ein Schuß Wiener Eleganz. In den Interieurs.

Meiner Überzeugung nach schließt die verantwortliche Verwaltung und Verwendung der von unserer Bevölkerung erarbeiteten steuerlichen Abgaben vordergründige Lösungen aus und ich gehe soweit, von der öffentlichen Hand eine Vorbildfunktion zu fordern. Keineswegs in Form höfischen Mäzenatentums, wohl aber hinsichtlich zeitlosen Qualitätsanspruches auf der Basis der schon erwähnten Kosten-Nutzenoptimierung. Einen hohen Qualitätsanspruch in konstruktiver, funktioneller und auch in formaler Hinsicht.

Dieser Anspruch wird innen wie außen gleichermaßen erfüllt. Und wenn vereinzelt die Eingangshalle in Frage gestellt wird, ist auch hier eine kurze Überlegung anzustellen. Es gibt auch hier nichts Vergleichbares, die sog. «große Ordnung» ist uns fremd. Die Halle wird aber ihrer Aufgabe - übersichtlich zu verteilen - funktionell und formal gerecht und läßt keine U-Bootatmosphäre aufkommen, wie dies bei Bauten ähnlicher Größenordnung vielfach akzeptiert werden muß. Die Wege werden dadurch überschaubar. Der Bürger findet sich ohne fremde Hilfe zurecht.

Milieuvergleiche mit Sing-Sing anzustellen, überfordert meine Phantasie.

Ich appelliere an alle Kritiker, alles und jedes in diesem Hause bewußt zu betrachten und auf den Inhalt hin zu prüfen. Sie stoßen auf solide und wohltuende Einfachheit; auf klare, materialgerechte und der Aufgabe entsprechende Gediegenheit, im Raumeindruck, in der Lichtführung z.B., aber auch in jedem noch so nebensächlich erscheinenden Detail.

Und wenn Prof. Holzbauer, der federführende Architekt der Arge, zur Zielscheibe oppositionellen Spottes gemacht wird, so ist festzuhalten, daß nur prägen kann, wer selbst Profil hat. Und dieses Profil hat Holzbauer nun einmal. Das ist längst erkannt und anerkannt worden, im Inland wie im Ausland.

Ich erinnere an den internationalen Wettbewerb für das Rathaus in Amsterdam (etwa die 6-fache Kubatur unseres Landhauses), wo Holzbauer - wenn ich mich recht erinnere - aus 365 Einsendungen als Sieger hervorging und mit der Ausführung betraut wurde. Dem Vernehmen nach soll er neuerdings mit einem Anschlußauftrag zum Neubau der Oper betraut worden sein.

Ihm ist wie allen direkt und indirekt Beteiligten Dank und Anerkennung abzustatten: Dank dem steuerzahlenden Bürger. Dank allen Leuten am Bau. Dank schließlich auch der Landesregierung dafür, daß unser Landhaus in dieser Form Wirklichkeit wurde.

Trennen wir den Spott von den Argumenten, so sehen wir sie in der Hand zerbröseln.

Es ist nicht meine Absicht, mich als Architekturkritiker zu versuchen, es geht mir vielmehr darum, dem üblen Gerede, das offensichtlich gezielter Miesmacherei dient, in einigen Punkten zu begegnen.

Vizepräsident Mag. Heinze: Das Wort hat Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Gestatten Sie, daß ich auch aus der Warte der Oppositionspartei, aber auch in meiner Eigenschaft als Bürgermeister der Landeshauptstadt doch diesen, ich glaube vielleicht historischen Anlaß wahrnehme, um einige Worte zum Landhaus zu sagen. Denn es ist das erste Budget heute, das wir in diesem neuen Hause beschließen. Zum ersten einmal glaube ich, ist es nicht so ganz selbstverständlich, daß eine Oppositionspartei von Anbeginn und noch heute sich zur Notwendigkeit eines Neubaus für das Landhaus bekennt. Wir haben das von Anbeginn an getan und ich tue das auch heute und habe das in den letzten Wochen und Monaten bei jeder Gelegenheit wieder getan. Wir glauben,

daß es nicht nur für die Beamten und Angestellten und auch für die Mandatäre in diesem Haus zweckmäßig und wirtschaftlich ist, alle diese Erfordernisse unter ein Dach zu bringen, sondern, wie ich es vor kurzem in einem Zeitungsinterview auch gesagt habe, daß es ganz einfach ein wesentliches Element im Bürgerservice ist, wenn man das, was man von einer Regierung und von einem Landtag als Bürger erwarten kann, ohne viele Wege zu vielen im Land zerstreuten Gebäuden räumlich im kurzen Wege erledigen kann. Dieses klare Bekenntnis zur Notwendigkeit dieses Hauses auch hieran diesem Platz möchte ich auch heute in aller Form ablegen.

Meine Damen und Herren, ich würde meinen Bürgermeisterkollegen nur wünschen, daß auch sie bei solchen Erfordernissen, die ja nicht von vornherein sehr populär sind, mit einer so loyalen Opposition in diesem Falle rechnen können, wie das auf Landesebene doch sicher für die SPÖ gilt. Meine Damen und Herren, zur städtebaulichen Problematik darf ich folgendes sagen: Natürlich haben wir alle sehr spät daran gedacht, auch wir als Opposition waren immer aufgerufen mitzudenken, auch früher in der Regierung, wo der rechte Platz in dieser beengten Stadt für ein so bedeutendes Gebäude ist. Wir haben vielleicht zu spät daran gedacht, und deshalb ist heute das Landhaus räumlich etwas eingeengt. Es wäre wünschenswert, wir hätten in Breznaz einen Platz anzubieten, der diesem bedeutenden Haus auch das notwendige Vorfeld und Umfeld anbietet, aber das war nicht mehr möglich, und deshalb mußten hier unter sehr schwierigen Bedingungen Architekturkonzepte entwickelt werden. Meine Damen und Herren, wenn wir uns nun als eine der wenigen Oppositionsparteien in Vorarlberg, ich denke jetzt auch an Gemeindeebene, sehr deutlich zu einer Landesnotwendigkeit bekennen, so müssen Sie aber dennoch einsehen, daß wir nicht alles, was im Zuge eines solchen Hausbaues geschieht, kritiklos hinnehmen. Das können Sie von keiner Opposition erwarten, und wir wissen, daß auch unter Ihnen einzelne Persönlichkeiten sitzen, die zu einzelnen Problemen, die im Zusammenhang mit diesem Haus aufgetreten sind, sehr wohl eine von der offiziellen Parteilinie abweichende Meinung haben. Ich habe als erster im Landtag das Wort von der «teuersten Tintenburg» in Österreich geprägt und der Herr Statthalter, der ja sonst allerhand aushält, hat damals sehr emotional reagiert. Ich habe auch Vergleiche (Zwischenruf Dr. Mandl: Sie haben von skandalösen Vergleichen gesprochen!) in Österreich angestellt. Ja, das war schon früher, als ich das gesagt habe. Ich komme dazu noch, Herr Statthalter. Wir haben auch viele Vergleiche in Österreich angestellt über ähnliche Amtsgebäude und mußten tatsächlich feststellen, daß der Kubikmeterpreis in vieler Hinsicht an der Spitze neuerer österreichischer Amtsgebäude liegt. Es gibt zugegeben noch einige wenige teurere. Wir hätten uns also vorgestellt, daß wir, daß das Land, das als besonders sparsam ob seines Volkscharakters gilt, ein Haus baut, das dem Volkscharakter etwas mehr entspricht als dieses Haus, das allein schon durch seine Verkleidung in Naturstein oder in Marmor hier einen Pomp widerspiegelt, der so ganz und gar nicht in unsere Landesgesinnung paßt. Diese Kritik haben wir angebracht und dazu stehen wir noch heute. Meine Damen und Herren, zur

Architektur. Ich gestehe, ich hatte als Bürgermeister und Baubehörde dieses Haus baubehördlich zu bewilligen. Und wenn Sie, Herr Statthalter, Ihre Beamten befragen, werden Sie sehen, daß in sehr viel schwierigen Phasen, die es nun einmal bei einem solchen Bau gibt, die Bregenzer Baubehörde innerhalb kürzester Zeit, oft in wenigen Stunden, reagiert hat, um mitzuhelfen, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Die Liste ersparen Sie mir hier anzuführen, sie kann gerne einmal vorgelegt werden. Natürlich, bei einem solchen Bau gibt es immer wieder unvorhergesehene Schwierigkeiten und da gilt es, rasch zu reagieren. Und das haben wir auch seitens der Baubehörde, glaube ich - das werden Ihre Beamten sicher berichtet haben - getan. Nun, zur Architektur selber. Man hat einen berühmten Professor engagiert, den auch einmal die Stadt in eine Jury eingeladen hat und der in einem riesigen Wettbewerb - es wurde heute schon erwähnt - einen ersten Preis und damit auch den Auftrag erhalten hat, das war irgendwo in den Niederlanden. Man hat dann Vorarlberger Architekten eingeladen. Ich habe als Baubehörde mir etwas zu eigen gemacht, daß ich nicht selber gleichzeitig Oberarchitekt spiele und jedem einzelnen Architekten vorschreibe, was schön und was weniger schön ist, darüber gibt es verschiedene Auffassungen, und ich glaube, das ist auch kaum ein besonderer Gegenstand für politische Debatten. Dem einen wird dieses Haus besonders gut gefallen, der eine wird sich das anders vorstellen. Da gibt es die verschiedensten Meinungen in den verschiedenen Parteien. Ich habe mich als Behörde zu diesem Gebäude bekannt, wie es steht. Ich persönlich glaube, daß es ein riesiger Baukörper ist, aber daß es halt sehr schwer war, ihn hier einzufügen. Ich glaube nicht, daß wir als Oppositionspartei offiziell zur Architektur uns zu äußern haben. Das ist keinesfalls ein politisches Thema. Nun aber zu einigen Detailproblemen, die ich an dieser Stelle doch anschneiden will. Wenn man schon vom Geschmack geredet hat, uns ist es aufgefallen, daß man von der Wiener Eleganz im Vorarlberger Landhaus gesprochen hat. Das sei doch einmal vermerkt. Meine Damen und Herren, wir haben doch einige Vorschläge zu machen. Ich habe unlängst einmal eine Untersuchung darüber angestellt, wie in den verschiedenen Vorarlberger Häusern, Krankenhäusern und dergl., das Personal versorgt wird. Nicht, daß ich da einem Brotneid das Wort rede, aber ich glaube doch, da es nun einmal geschehen ist, daß das Land seine Beamten im Haus selber verköstigt, daß man dann wenigstens bei allen Häusern dieser Art im Land - auch bei den Gemeinden, die ja auch gemeinsam bezahlt werden, z.B. bei den Spitälern, Kollege Waibel, der immer wieder daran erinnert - ähnliche Entgelte macht. Ich merke halt doch, daß die Entgelte bei den Spitälern in Vorarlberg für Speisen bis zu 50% höher sind als hier im Landhaus. Und da es sich in allen Fällen um Steuermittel handelt, die wir gemeinsam politisch zu vertreten haben, glaube ich, sollte man entweder bei den anderen auch heruntergehen und im Wege der Spitalsabgänge beispielsweise das eben mitfinanzieren, oder man soll auch beim Land den selben Maßstab setzen. Nun, meine Damen und Herren, mich hat besonders ein historisches Detail gefreut: Ich habe gehört, daß man ein altes Wahrzeichen unserer Stadt, das

schon in vorgeschichtliche Zeit zurückreicht, irgendwie symbolisch vor dieses Landhaus setzen will. Gestatten Sie mir, es ist ein historisches Steckenpferd, daß ich - ich will Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen - dazu etwas sage. Das ist die alte Pferdegöttin, die Epona von Bregenz. Dieses Bildnis ist durch Jahrhunderte hindurch über dem Stadttor in Bregenz angebracht gewesen. Damit es dort nicht verwittert, haben wir es abgenommen und dem Landesmuseum zur Verwahrung gegeben. Man hat im Jahre 1407 aus dieser Pferdegöttin, das hat es in der Geschichte immer wieder gegeben, eine Stadtheilige Ehreguta gemacht, die viel dazu beigetragen hat, daß zwischen Bregenz und dem übrigen Land Spannungen sind, das hat sich durch die Jahrhunderte hingezogen. Es ist also eine interessante Gestalt in der Stadtgeschichte. Ich habe nichts dagegen, daß das Land jetzt das Bregenzer Stadtwahrzeichen vor das Haus hinsetzt, ich glaube aber doch, wenn es schon ein Eigentum der Stadt ist, dann hätte man wenigstens bei solchen Dingen dem guten Geschmack zu liebe miteinander reden können. Die Stadt hätte bestimmt nichts dagegen gehabt, nur glaube ich, hätte man bei solchen Dingen, die historisch so interessant sind, so wesentlich sind, - die Historiker bezeichnen dieses Bildnis als sehr bedeutend - mit den Eigentümern vorher noch reden können. Aber wie gesagt, ich erkläre hier in aller Öffentlichkeit, daß es auch die Stadt ehrt, wenn das Land dieses alte Standbild zu einem wesentlichen Element der Dekoration in diesem Haus macht. Zum Schluß, Herr Statthalter Mandl, ich habe selber elf Jahre Gelegenheit gehabt, Großbaustellen durchziehen zu müssen, politisch, finanziell, technisch. Die große Verantwortung für dieses Haus haben Sie von allem Anbeginn an übernommen. Ich möchte Ihnen als Obmann der Oppositionspartei in diesem Fall einmal sagen, daß wir größtes Verständnis dafür haben, daß ein Mann wie Sie, der sonst ja auch noch Aufgaben hat, mit einem so gewaltigen Projekt natürlich eine ganz besondere Belastung auch in diesem Jahrzehnt erfahren hat. Wenn Sie von uns Kritik erfahren haben, so war das in allen Fällen sachlich gemeint, und Sie haben damit niemals glaube ich den Eindruck bekommen, daß wir damit Ihre persönlichen Leistungen und Bemühungen in irgendeiner Weise in Frage stellen. Ich wollte das nur noch persönlich vermerkt haben. Wir stehen vor der Eröffnung des Hauses. Die Stadt hat sich bereit erklärt, aus diesem Anlaß die Stadt zu beflaggen, weil das Landhaus in Bregenz auch ein historisches Bauwerk für unsere Stadt ist. In diesem Geiste hoffe ich auch, daß die Eröffnung mit Beteiligung des ganzen Landes über die Bühne geht.

Mag. Heinzle: Der Herr Abg. Riedmann hat das Wort.

(Erster Vizepräsident Mag. Heinzle übergibt den Vorsitz wieder an Landtagspräsident Dr. Purtscher)

Riedmann: Meine Damen und Herren! Ich fühle mich sicherlich nicht dazu berufen und maße mir auch nicht an, ein Urteil über die architektonische Gestaltung dieses Hauses abzugeben. Aber es ist allgemeine Erfahrung und allgemeine Tatsache, daß man sich über Geschmäcker bekanntlich streiten kann und daß natürlich hier über dieses

Haus verschiedene Meinungen zulässig sind. Wenn Kollege Batlogg davon gesprochen hat, daß dieses Haus Schlichtheit ausstrahle, so kann ich das nur auf die künstlerische Ausgestaltung dieses Hauses beziehen, auf die Schlichtheit, daß hier sehr wenig Schmuck, sehr wenig Kunst in diesem Hause ist.

Ich glaube, und ich könnte mir vorstellen, daß mit der Eröffnung dieses Hauses auch eine kulturpolitische Vorstellung erfüllt werden sollte. Denn bis zum heutigen Tage wurde eine kulturpolitische Vorstellung vieler Vorarlberger Kunstschaffender sicherlich nicht erfüllt, nämlich die künstlerische Ausgestaltung dieses Hauses. Üblicherweise geht man davon aus, daß etwa 2% der Baukosten für die künstlerische Ausgestaltung verwendet werden. Das wären in diesem konkreten Fall doch etwa 13 Mio. S. Ich stehe nicht an, hier einen Antrag zu stellen, daß nun 13 Mio. S für die künstlerische Ausgestaltung verwendet werden. Aber trotzdem glaube ich, daß bei einem derartigen Jahrhundertbauwerk es einfach unerlässlich ist, vor allem die Vorarlberger Künstler mit einzubeziehen. Ich bin nicht der Meinung, daß es einer ausreichenden Kunstförderung entspricht, wenn lediglich der Festsaal mit einem Werk von Professor Berchtold gestaltet wird, wenn eine Skulptur von Professor Köb aufgestellt wird und wenn vor dem Hause aus einem Brunnen Wasser plätschert. Vielmehr stellen wir uns und Vorarlberger Künstler vor, daß durch zahlreiche Kunstankäufe von Werken einheimischer Künstler ein aktives und sichtbares Zeichen von Kunstförderung gesetzt wird. Auch sollten, vor allem in der Eingangshalle und draußen in dem großen Raum vor dem Landtagssaal, neuartige künstlerische Gestaltungsmöglichkeiten gesucht und genützt werden. Neben der Kunstkommission, Herr Landeshauptmann, werden Ihnen sicherlich die Mitglieder der Berufsvereinigung bildender Künstler Vorarlbergs wertvolle Anregungen an Ort und Stelle bieten.

Bei Bau- und Einrichtungskosten von etwa 650 Mio. S würde es konkreter Kunst- und Wirtschaftsförderung entsprechen, wenn Sie, Herr Landeshauptmann, die Künstler Vorarlbergs einladen und sagen würden: «Meine Damen und Herren, neben dem bisher geleisteten künstlerischen Aufwand in diesem Haus stehen noch 2, 3, 4 Mio. S zur Verfügung. Meine Damen und Herren, machen Sie uns bitte Vorschläge, wie dies und jenes in diesem Haus besser künstlerisch gestaltet werden kann.» Ich glaube, daß die Künstler dieses Landes Ihnen diese Vorgangsweise sicherlich sehr dankbar vermerken werden und daß andererseits hier in diesem neuen Gebäude dann auch etwas geschaffen wird, was bleibenden Wert besitzt.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dr. Sutterlüty.

Dr. Sutterlüty: Meine Damen und Herren! Es ist an sich etwas sonderbar, wenn die Tiroler SPÖ die Arbeit des Institutes für Föderalismusforschung befürwortet und die Vorarlberger SPÖ diese Arbeit rundweg ablehnt. Sie sagt, das Institut arbeite zu wenig wissenschaftlich und sei zu einseitig auf das Verhältnis Bund-Land orientiert. Nun, das überzeugt nicht ganz. Ich glaube, diese Haltung der SPÖ hat einen tieferen Hintergrund. Wenn wir etwas zurückblicken in die Geschichte, so müssen wir feststellen, daß die

SPÖ Vorarlbergs sich immer recht schwer getan hat mit dem Föderalismus. Es begann bereits 1920. Damals schon hatten unsere Sozialdemokraten den Einheitsstaat gefordert und den Bundesstaat abgelehnt. Das muß man auch einmal feststellen, und daran hängen sie bis heute noch, kommt mir vor. (Zwischenruf Dr. Häfele: Und 1934!) Nehmen wir das Jahr 1920 zunächst. Damals wurde also der Bundesstaat geschaffen auf Grund eines Parteienkompromisses. Der Kompromiß ist allerdings für die Länder sehr schlecht ausgefallen, das wissen wir alle. Wenn wir daran denken, daß die Länder keine Verfassungshoheit haben, daß die Kompetenzhoheit ausschließlich beim Bund liegt, die Finanzhoheit ausschließlich beim Bund, daß den Ländern auch keine oder kaum Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gerichtsbarkeit, der Schule, der Polizei, der Finanzen oder der Wirtschaftsordnung zustehen. Es konnte damals mit Recht der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Danneberg 1920 folgenden Satz prägen: «Es ist unserer Partei, also der sozialdemokratischen Partei, gelungen, die Einrichtung des Bundesrates jeder politischen Bedeutung zu entkleiden und die Kompetenz der Landtage auf ein Minimum zu beschränken.» Aber damit nicht genug. Obwohl schon damals die Bundesstaatlichkeit sehr schmal ausgefallen ist, kam es im Verlaufe der Jahrzehnte zu weiteren Beschneidungen der Länderkompetenzen. So hat auch Dr. Klaus Berchtold, von der SPÖ auch schon als Experte beigezogen, vor einigen Jahren gesagt: «Seit 50 Jahren ist ein zunehmender Niedergang der Zuständigkeiten der Länder festzustellen.» Es hat auch der bekannte Dr. Adamovich vor bald zwei Jahren erklärt: «In internationaler Sicht stellt die österreichische Bundesverfassung die Länder gegenüber dem Bund auffallend schlecht, während die verfassungsrechtliche Lage der Gemeinden insgesamt gesehen ausgesprochen günstig ist.» So ist es also nicht verwunderlich, daß sich im Verlauf der Zeit zu diesem Zentralismusgefüge eine Gegenbewegung entwickelt hat, eine Gegenbewegung föderaler Art. So kam es zu den Förderungsprogrammen der Bundesländer 1964, 1971 und 1976. Es kam zu «Pro Vorarlberg», es kam zur Volksabstimmung am 15. Juni 1980, und es kam auch zur Gründung des Institutes für Föderalismusforschung 1964 in Innsbruck. Dieses Institut hat sicherlich eine Aufgabe, die sehr bedeutungsvoll ist. Es geht darum, den Föderalismus wissenschaftlich zu unterstützen. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Ich glaube, wichtiger als das, was die SPÖ immer will von diesem Institut, daß nämlich auch die Gemeindeautonomie wissenschaftlich erforscht und unterstützt wird. Man muß ja wissen, daß die Gemeindeautonomie in Österreich weit, weit besser gelagert ist als die Zuständigkeiten der Länder. Im Jahre 1962 ist die Autonomie der Gemeinden recht umfassend und breit für die Gemeinden festgelegt worden. Alles gehört in die Zuständigkeit der Gemeinden, was die Gemeinden selber mit eigenen Kräften bewerkstelligen, besorgen können. Man kann das gar nicht weiter fassen, das ist das volle Prinzip der Subsidiarität für die Gemeinden, man kann es sich gar nicht günstiger und großartiger vorstellen. Und daher kommt es auch, daß bei den Gemeinden auch nie der Ruf zu vernehmen ist, daß sie mehr Aufgaben haben wollen. Man hört auch nie, daß die Autonomie der Gemeinden

noch weiter ausgebaut werden soll. Man hört von den Gemeinden nur das eine, daß der Bund und auch das Land bei der Gesetzgebung diese Autonomie der Gemeinden beachten soll. Und wenn man die Dinge betrachtet, sieht man, daß heute die Zuständigkeiten der Gemeinden weitgehend von der Landesgesetzgebung her kommen und nicht von der Bundesgesetzgebung. Der Bund ist da also einiges schuldig geblieben im Verlaufe der Jahre. Gemeinden brauchen auch eines, nämlich eine gerechte finanzielle Zuteilung der Mittel im Wege des Finanzausgleiches. Das vor allem ist für die Gemeinden notwendig und nicht so sehr eine wissenschaftliche Erforschung der Gemeindeautonomie. Es ist also recht, wenn das Institut wie bisher sich schwerpunktmäßig mit der Erforschung der Länderrechte, des Föderalismus befaßt und diese Entwicklungen auch fördert. Es hat bisher schon eine sehr erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet. Wenn heute von Dr. Keckeis gesagt wurde, es gehe nur um eine verbrämte wissenschaftliche Arbeit, so ist das eigentlich beleidigend für die Wissenschaftler, die dort tätig sind. Es sind immerhin 22 Forschungsarbeiten herausgekommen, publiziert worden, die weitgehend Beachtung gefunden haben, von ernsthaften Wissenschaftlern. Wenn man sagt, verbrämte wissenschaftliche Arbeit, so ist das in meinen Augen eine gewisse Beleidigung dieser Leute. Es ist sowieso sehr auffallend, daß unsere SPÖ im Lande Vorarlberg immer wieder nein sagt zum Föderalismus, nein sagt zur Verstärkung der Länderstellung. Sie sagt nein, zum 10-Punkte-Programm, sie sagt nein zur Volksabstimmung, sie sagt nein zum Institut für Föderalismusforschung. Ich glaube, diese Haltung muß man als rückschrittlich, als reaktionär bezeichnen.

Das war ein Thema, ein weiteres Thema: Die SPÖ glaubte, man sollte die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit um 1 Mio. S kürzen. Nun, dazu ist auch einiges zu sagen. Bei einem Budgetrahmen von 5,2 Mrd. S machen die 2,5 Mio. S für die Öffentlichkeitsarbeit ein halbes Promille aus. An sich eine sehr bescheidene, kleine Summe. Wir sehen auch, daß in den letzten Jahren die Steigerung dieser Position sehr gering war. Es waren 1977 2,3 Mio. S und heute sind es 2,5 Mio. S, also eine Steigerung von nur 12%, wobei der Index seither ja viel mehr gestiegen ist, über 30% vermutlich. Auch wenn man mit anderen Ländern und mit dem Bund vergleicht, wie es dort aussieht mit der Höhe dieser Beiträge für die Öffentlichkeitsarbeit, so sind wir Vorarlberger wirklich äußerst bescheiden. Beispiel Bund: Es gibt einen Bundespressedienst, dort sind ca. 40 Leute beschäftigt. Damit aber nicht genug, auch jeder Minister hat dazu noch ein eigenes Pressebüro und einen eigenen Pressereferenten. Dazu kommt natürlich der ganze Sachaufwand für die Bundespresseinformation. Ein Blick in die Stadt Wien. Dort sind rd. 45 Leute für die Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt, davon ca. 20 Leute als geschulte Journalisten mit Sonderverträgen. Auch damit nicht genug. Der Bürgermeister verfügt zusätzlich noch über zwei Pressereferenten, und jeder Stadtrat auch noch über einen Pressereferenten. Dazu kommt noch der Sachaufwand mit nahezu 100 Mio. S neben dem Personalaufwand. Also riesige Summen, die hier der Stadt Wien für diese Zwecke bereitstehen.

Man kann darum diesen Einsparungsvorschlag der SPÖ an sich gar nicht richtig ernst nehmen. Er wirkt eher grotesk und wirkt auch unglaubwürdig. Wenn man den Vorschlag der SPÖ annähme, könnte man den «Vorarlberg Bericht» ja gar nicht mehr machen, er kostet rund 1,3 Mio. S und 1 Mio. S soll da abgezogen werden, dann bleiben 300.000 S. Das heißt also, den Vorarlberg-Bericht überhaupt streichen. Ich glaube, daß das die Meinung der SPÖ sein kann, sie ist aber sicherlich falsch. (Zwischenruf) Es werden mit dem Vorarlberg-Bericht 90.000 Haushalte bedient, die dem Bericht sehr gute und sachliche Informationen entnehmen können. Man sieht daraus, daß die SPÖ nicht sonderlich informationsfreundlich ist und am falschen Ort sparen will. Darum soll diese Position im Budget unbedingt drin bleiben, wie das von uns beschlossen wurde.

Präsident: Weitere Wortmeldungen in der Gruppe 0? Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Daß wir das Föderalismusinstitut in Innsbruck nicht als eine parteipolitische Hilfsorganisation für die Mehrheit hier im Landtag oder in der Regierung sehen, sondern als eine Einrichtung, die auf wissenschaftlichem Gebiet äußerst wertvolle Unterlagen für die Auseinandersetzung zwischen Föderalismus und Zentralismus liefert, das ist jetzt, glaube ich, gebührend gesagt worden. Ich kann mich da sehr kurz fassen. Ich möchte nur noch aus der Sicht der Regierung sagen, daß das Föderalismusinstitut, das eine Vielfalt an Initiativen und wertvollen grundsätzlichen Tätigkeiten entwickelt, die für alle jene, die in der Auseinandersetzung um mehr Föderalismus und Bundesstaatlichkeit in Österreich stehen, eine ganz entscheidende Hilfe darstellt. Ich wäre sehr dazu verleitet, einmal Themen zu nennen, diese 22 Projekte, die soeben genannten, die in den letzten Jahren über das Föderalismusinstitut in Innsbruck erarbeitet und veröffentlicht worden sind. Ich möchte das aus Zeitgründen jetzt nicht tun, aber Sie würden daraus ersehen, daß es eine überaus breite Palette an wissenschaftlicher Grundsatzarbeit ist, die hier geleistet wird und nicht das, was im Zuge der Debatte um die finanzielle Unterstützung des Föderalismusinstitutes nur so oberflächlich in den Raum gestellt wird. Wir bekennen uns zusammen mit den Bundesländern Salzburg und Tirol zu dieser Einrichtung, weil wir überzeugt sind und auch schon aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen, wie wichtig und wertvoll sie für die Grundsatzauseinandersetzung um mehr Bundesstaatlichkeit in Österreich ist.

Zur Öffentlichkeitsarbeit ist auch schon das Nötige gesagt worden. Wenn wir einen Vergleich anstellen über den personellen und finanziellen Aufwand, den dieses westlichste Bundesland für Öffentlichkeitsaufwand betreibt, in Relation zu dem, was andere Bundesländer und was insbesondere der Bund tut, dann ist es geradezu, ich möchte fast sagen, lächerlich bescheiden. Wir liegen in einer Relation, die wir vor jedem Forum, vor allem auch vor dem Steuerzahler in diesem Land absolut vertreten können. Der Abg. Battlogg hat zum Landhaus, zu seiner Architektur und zu all dem, was zu diesem Haus geführt hat, ausführlich Stellung genommen. Ich kann mich daher auch dazu kurz fassen.

Ich würde aber schon glauben, daß eines bei aller Würdigung der mäßigen Sprache und auch der grundsätzlich positiven Sprache, die seitens der Opposition hier zum Projekt Landhaus heute gefunden wurde, nicht übersehen und nicht übergangen werden darf: Das Wort «palazzo prozzo» ist lange Zeit im Raum gestanden. Ich habe den Eindruck, daß mit dem heutigen Beitrag des Herrn Bürgermeisters von Bregenz hier eine Korrektur stattgefunden hat, die wir gerne zur Kenntnis nehmen (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Da wären Sie falsch daran!) Und wenn dem nicht so sein sollte, Herr Bürgermeister, dann werden wir die Diskussion um den «palazzo prozzo» fortsetzen. Und da darf ich Ihnen sagen, daß die Erfahrungen der letzten drei Monate, seit wir in dieses Haus eingezogen sind, uns Anlaß zur Beruhigung geben. Nämlich alle die Leute, die da hereinkommen, und es sind in den letzten Wochen und Monaten, obwohl das Haus noch nicht der offiziellen Bestimmung übergeben ist, bereits doch einige Hundert gewesen, alle diese Leute bestätigen, wenn man sie etwas ausführlicher durch die Räume führt, ihnen die Funktion des Hauses zeigt, auch die Einrichtung präsentiert, daß von einem «palazzo prozzo» in keiner Weise die Rede sein könne. Hoffentlich ist dieses Wort auch für die Opposition in diesem Haus Vergangenheit. Wenn dem nicht so wäre, wird die Bevölkerung in naher Zukunft dafür sorgen, daß es Vergangenheit sein wird, weil alle, die da hereinkommen, und ich darf Ihnen sagen, wir werden dafür sorgen, daß in den kommenden Monaten viele hier hereinkommen, sich selbst ein Urteil bilden werden. Wir haben vor, im Zuge der Eröffnung des Hauses nicht nur ausgiebige Tage der offenen Tür zu veranstalten, sondern dann in der Folge durch Talschaftsführungen auch möglichst die Bevölkerung des ganzen Landes, soweit sie Interesse hat, in dieses Haus zu bringen und ihr die Einrichtung und alles, was sich hier herinnen befindet, zu zeigen. Es ist schon vom Kollegen Batlogg gesagt worden: Es war nicht irgendwer, der mit der Aufgabe betraut wurde; aus einem offenen Wettbewerb ist Professor Holzbauer als erster Preisträger hervorgegangen. Und ich glaube, wir haben diese Entscheidung der Jury, an die sich die Landesregierung gehalten hat, nicht zu bereuen. Natürlich, das ist heute schon gesagt worden, gibt es da oder dort zu Fragen der Architektur und der Raumgestaltung in Projekten dieser Größenordnung unterschiedliche Meinungen. Aber eine Meinung, Herr Bürgermeister, ist schon weitgehend abgebaut - ein «palazzo prozzo» ist dieses Haus nicht! Das möchte ich schon sehr dezidiert in den Raum gestellt haben. Es ist auch nicht jene «teuerste Tintenburg» in Österreich, von der Ihrerseits die Rede war. Und wenn ich doch, ich sage noch einmal bei aller Wertung Ihres sehr maßvollen und grundsätzlich positiven Beitrages von vorher, noch einmal etwas in Erinnerung rufe, dann muß ich dafür um Verständnis bitten. Die im Zusammenhang mit Vergaben beim Landhaus seitens der Opposition vor der Öffentlichkeit erhobenen schweren Vorwürfe sind auf Grund eingehender Prüfungen völlig in sich zusammengebrochen, bis hin zur Untersuchung jener ominösen Stühle aus Italien. Solche Stühle werden in vielen Objekten in unserem Land, in Betrieben, in öffentlichen Einrichtungen oder wo sonst immer, verwendet. Nirgendwo hat es solche Kritik gegeben. Wir

haben uns, obwohl ich ehrlich sagen muß, ich habe das eigentlich kaum verstanden, weil ich es für überflüssig hielt, wir haben uns, um da ganz jeden Zweifel zu beseitigen, uns auch einer gewünschten Kontrolle der Opposition durch einen eigenen Untersuchungsausschuß und durch die Befassung eines ausländischen Experten nicht verschlossen. Was herauskam, wissen Sie. Diese Vorwürfe sind völlig in sich zusammengebrochen. Das glaube ich, muß halt doch der Bevölkerung an «einem Tag wie diesem», um ein Wort abzuwandeln, gesagt werden. Und ich glaube, wir haben die Pflicht, der Bevölkerung das noch einmal in Erinnerung zu rufen, wie das vor sich ging, und was letztlich dabei herausgekommen ist. Und wenn gemeint wurde, es sei irgendwie belustigend, daß die Wiener Eleganz hier mit ins Spiel gekommen sei, dann würde ich sagen: Gott sei Dank sind wir keinem Kantönligeist verhaftet, Gott sei Dank haben wir die Kraft, dort wo wir glauben, daß die sachliche Berechtigung und Kompetenz gegeben ist, auch Leute außerhalb des Landes mit entscheidenden Aufgaben zu betrauen. Wir haben uns sofort auf Grund des Jury-Ergebnisses zur Betrauung eines Wiener Architekten bereit erklärt, obwohl es gar nicht so selbstverständlich war. Man hätte auch die Auffassung vertreten können, so wie das andere Länder viel stärker tun als Vorarlberg, daß man zunächst auf einheimische Kräfte greifen sollte. Wir wollten hier, nachdem eine internationale Jury am Werk war, auch die Ergebnisse einer internationalen Jury respektieren. Und wie gesagt, gesamthaft, glaube ich, haben wir es nicht zu bereuen.

Ein Wort zur Verpflegung und zu diesem sogenannten Restaurant im Hause. Wir werden als Regierung selbstverständlich Sorge dafür tragen, daß diese Verpflegsstätte im Hause ausschließlich dazu dient, um den Bediensteten, die ja auch jetzt im Arbeitsrhythmus mit der gleitenden Arbeitszeit stärker auf rasche Verpflegungsmöglichkeiten angewiesen sind, diese Möglichkeit im Haus verschaffen. Sie steht ja unmittelbar vor der Realisierung. Wir werden aber eines sicher nicht tun, und damit möchte ich auch vor allem die Gastronomie in Bregenz und weit darüberhinaus beruhigen: Diese Verpflegsstätte wird kein Restaurant werden, von dem mit Recht die Gastronomen sagen könnten, das Land konkurrenzieren in einer unschönen und ungunstigen Weise das private Gastgewerbe im Lande. Wir werden hier große Zurückhaltung üben.

Daß die Epona von Bregenz hier ins Landhaus kommt, begrüßen wir, weil wir glauben, daß sie eine wertvolle künstlerische Bereicherung bei der Ausstattung des Hauses sein wird. Mir ist, Herr Bürgermeister, an sich neu, daß aus Ihrer Sicht hier eine Rücksprache mit der Stadt hätte erfolgen sollen. Wenn dem so ist, ich werde das gleich überprüfen lassen, werden wir das selbstverständlich nachholen. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Die Epona gehört uns seit 2000 Jahren!) Die Epona ist in Verwahrung des Landesmuseums. Sollte es so sein, daß es hier der Zustimmung der Stadt bedarf, werden wir die sehr gerne einholen. Aber eines darf ich Ihnen schon sagen: Eines hat uns als Regierung - und ich glaube, das gilt sicher für den Finanzreferenten im besonderen - schon gefreut, daß kein Geringerer, als der für die Kulturpolitik Wiens hauptverantwortliche Stadtrat Zilk nach einer Besichtigung im Haus, bei der

ich selber dabei war, gemeint hat, daß dieses Vorarlberger neue Landhaus ein Musterbeispiel fortschrittlicher und aus der Sicht einer Gebietskörperschaft auch produktiver architektonischer Beauftragung und Gestaltung sei, und daß er nur hoffen könnte, daß viele Gebietskörperschaften diesem Beispiel folgen. Ich bin informiert worden, daß er gerade vor einigen Tagen anlässlich einer Preisverleihung in Wien sich neuerlich zu dieser Aussage bekannt hat. Was die künstlerische Ausgestaltung anbelangt, die vom Herrn Abg. Riedmann angezogen wurde, möchte ich sagen: Herr Abgeordneter, wir sind auf dem Weg, wir stehen in Verhandlung mit der Berufsvereinigung und mit der Künstlerschaft im Lande, wie sinnvoll nun in Ergänzung zur Ausgestaltung des Festsalles, den bekanntlich Professor Berchtold, auch auf Grund eines Wettbewerbes, ausgestaltet hat, und nach der Innenhofgestaltung, für die auch auf Grund eines Wettbewerbes Professor Köb den Auftrag bekommen hat, übrigens mit sehr hohen Aufwendungen, gerechtfertigten, aber sehr beachtlichen Landesmitteln, durch Bildankäufe möglichst vielen Vorarlberger Künstlern hier zusätzliche Möglichkeiten verschafft werden können. Und als Kulturreferent hoffe ich, daß es möglich sein wird, über den nun zunächst vorgesehenen Betrag von 500.000 S, den wollen wir möglichst rasch, wahrscheinlich noch vor Ende dieses Jahres, entsprechend investieren und Vorarlberger Künstlern hier zu Aufträgen verhelfen, diese vielleicht doch noch weiter aufstocken zu können. Ich bin natürlich als Kulturreferent sehr dafür, daß im optimalen Umfang auch in Ergänzung zur künstlerischen Gestaltung Innenhof, Festsaal und Brunnengestaltung, Vorhofgestaltung, im Wege von Ankäufen möglichst weit geholfen wird, und zwar nicht nur im Wege von Bildankäufen, sondern es sollte sicher auch die bildende Kunst über bildhauerische Arbeiten wenigstens in einem gewissen Rahmen zum Zug kommen. Ich möchte auch bitten, nicht zu vergessen, daß im Budget 1982 für Ankauf von Kunstwerken weitere 340.000 S zur Verfügung stehen. Das Foyer draußen vor dem Landtagsitzungsraum, von dem wir glauben, daß es eine überaus schöne architektonische Lösung ist, soll künftig für Ausstellungszwecke zur Verfügung stehen. Wir wollen hier abwechselnd Ausstellungen durchführen. Die technischen Voraussetzungen dafür sind bereits gegeben und auch schon bei der baulichen Gestaltung mit einkalkuliert worden. Ich möchte meinen, daß das neue Landhaus, wenn es emotionslos und nach endgültiger Fertigstellung dann objektiv unter die Lupe genommen wird, bestehen kann. Und daß weder Landtagsmehrheit, es ist ja übrigens nicht nur die Landtagsmehrheit, sondern eine einhellige, grundsätzliche Beschlußfassung gewesen, daß der Landtag als solches, und daß insbesondere auch die Regierung sich dieses Bauvorhabens nicht zu schämen braucht. Gemessen werden wir endgültig wahrscheinlich nicht im Zuge der Eröffnung am Anfang oder in den ersten Wochen oder Monaten des kommenden Jahres, sondern gemessen werden wir in weiterer Zukunft, wo dann vielleicht einmal gerteilt werden muß: Haben die damals in die Zukunft gedacht oder haben sie es nicht getan?

Und weil ich schon heraußen bin, möchte ich in Erwiderung eines Diskussionsbeitrages des Herrn Bürgermeisters von Bregenz zum Forderungsprogramm der Bundeslän-

der und zum 10-Punkte-Katalog des Vorarlberger Landtages doch noch etwas sagen. Wenn Sie gefragt haben, Herr Bürgermeister, was ist denn überhaupt konkret seit dem 15. Juni 1980 zu dem Problemkreis Positives geschehen? Da möchte ich doch sagen, es hat eine sehr konstruktive und für uns, ich habe das schon im Frühsommer beim Rechenschaftsbericht gesagt, eine konstruktive und überaus positive Verhandlungsrunde mit den Klubobmännern der Parlamentsfraktionen stattgefunden. Wir haben dort insbesondere auch vom Herrn Klubobmann Fischer eine unerwartet positive Reaktion erfahren. Es haben in der Zwischenzeit wiederholte Verhandlungen der Länder untereinander, sowohl der Landeshauptleute, als auch der Landesamtsdirektoren stattgefunden. Es hat ein eigenes Verhandlungskomitee die Verhandlungen zum Forderungsprogramm und zum 10-Punkte-Katalog des Vorarlberger Landtages eingehendst behandelt und die Grundlagen geschaffen für die Landeshauptleutekonferenz vom 10. Dezember. Ich habe schon gesagt, wir können nur hoffen, daß ein erster Durchbruch gelingt. Er wird dann gelingen, das kann ich jetzt schon sicher feststellen, wenn es möglich ist, über eine noch problematische Hürde zu kommen. Das ist nämlich die Gegenforderung des Bundes auf Übertragung neben der Grundsatzgesetzgebung auch der Ausführungsgesetzgebung im Landarbeiterrecht an den Bund. Das ist noch die einzige schwierige Hürde. Wenn es gelingt, hier einen Kompromiß zu finden bis zum kommenden Donnerstag, dann bin ich einigermaßen optimistisch. Vor allem, was eine der Grundforderungen Vorarlbergs auch im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 darstellt, nämlich ein erster Durchbruch zur Aufwertung der Länderkammer, des Bundesrates. Ich würde sagen, gelingt es, ist es ein erster entscheidender Schritt, gelingt es am 10. Dezember nicht, scheidet es an einer zu hohen Hürde im Rahmen einer Gegenforderung des Bundes. Aber eines, glaube ich, darf schon gesagt werden, wie immer man die bisherigen Verhandlungen und Fortschritte sowohl zum Forderungsprogramm als auch zum 10-Punkte-Katalog des Vorarlberger Landtages sieht: Ohne die Volksabstimmung vom 15. Juni 1980, und das sage ich sehr dezidiert, hätte es die konkreten Verhandlungen der letzten eineinhalb Jahre nicht gegeben. Von 1976 bis zum 15. Juni oder knapp vor dem 15. Juni 1980 lag das gesamte Forderungsprogramm, das immerhin von allen neun Bundesländern getragen und unterschrieben war, in den Schubladen der ressortzuständigen Ministerien. Seit der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 wird sowohl über das Forderungsprogramm in seiner ursprünglichen Fassung als auch über die Zusatzwünsche des Vorarlberger Landtages intensiv verhandelt; zwischen Bundesregierung und Ländern und zwischen den Ländern untereinander. Und ich würde meinen, das allein schon hätte die Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 gerechtfertigt.

Präsident: Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Wenn man als sparsame Landesregierung gelten will und so teuer baut, dann darf man hinterher nicht wehleidig sein, wenn nun im Volksmund für die-

ses Haus ein recht bezeichnender Name gefunden wird. (Zwischenruf Dr. Keßler: Nicht vom Volksmund, sondern von der SPÖ stammt dieser Ausdruck!) Ich habe ihn gerade unlängst bei einer Lebenshilfe-Veranstaltung von Musikern gehört, die weitab von der SPÖ sind, vor 1.800 Zuhörern. Nein, mit denen habe ich wirklich nichts zu tun gehabt. Daß wir hier nicht im sparsamen Stil des Landes gebaut haben, das liegt nun einmal auf der Hand. Was mich aber immer wieder stört, Herr Landeshauptmann, das ist Ihr totalitärer Anspruch darauf, daß Sie überall die ultima ratio entdeckt haben. Sie sind einfach ungeheuer empfindlich für jede sachliche Kritik. Selbst wenn die Opposition im Grundsätzlichen mitgehen würde, sind Sie in ihren Entgegnungen oft derart kleinlich, daß Sie nicht einmal sachliche Kritik entsprechend entgegenzunehmen wissen. Es wurde teuer gebaut. An Ihrer Stelle würde ich sagen, man hat halt für eine weite Zukunft gedacht. Aber eine bessere Ausrede hätten Sie sich schon einfallen lassen müssen als nur den Stadtrat Zilk von Wien, meine Damen und Herren.

Und jetzt noch zum Föderalismus. Es wurde uns unterstellt, daß wir eine Partei seien, die für den Zentralismus schlechthin wirke. Meine Damen und Herren, es ist eine Unterstellung, wenn man uns sagt, wir seien gegen den Föderalismus. Es gibt allerdings unter uns über die Bedeutung des Föderalismus zwei ganz verschiedene Auffassungen. Sie wissen, daß es auch staatsrechtlich zwei verschiedene Lehren gibt. Sie wissen ganz genau, daß es in Europa zwei fast verschiedenen Lehren über den Föderalismus gibt. Für uns ist Föderalismus ein demokratisches Prinzip, das für alle Gebietskörperschaften in gleicher Weise gilt. Es ist ein Prinzip für die demokratische Zusammenarbeit der Körperschaften. Für uns ist Föderalismus Demokratie der Körperschaften. Das ist die Staatslehre, die mindestens über halb Europa verbreitet ist und als solche auch dort Anerkennung findet. Für Sie ist Föderalismus nichts anderes als eine Forderung nach mehr Rechten für ein einzelnes Bundesland.

Meine Damen und Herren! Wir werden als Oppositionspartei auch dazu immer wieder in diesem Haus Vorschläge gemacht, die für das Land tatsächlich auf vielen Gebieten mehr Verantwortung, aber auch für die Bevölkerung eine bessere Versorgungssituation gebracht hätten. Wir haben als erste in diesem Haus, der Herr Landeshauptmann hat zwar ganz erstaunt getan, damals von der Verländerung des Wohnungsbaues gesprochen. Ich war der erste, der vorgeschlagen hat, die Geldmittel für den Wohnungsbau und natürlich auch die gesamte Verteilung ländersweise aufzubringen und ländersweise zu regeln. Ich war der erste, der vorgeschlagen hat, die Finanzierung der Spitalsfrage ländersweise zu regeln.

Meine Damen und Herren, mein Kollege Häfele hat vom Pult des alten Landhauses aus immer wieder darauf hingewiesen, daß beispielsweise auch der Denkmalschutz eine Frage ist, die durchaus nicht zentralistisch von einem Schreibtisch in Wien aus geregelt werden muß. Ich bin der selben Auffassung. Und ich erlebe das ja Tag für Tag, wie kompliziert es ist, wenn man die Denkmalqualität irgend eines Objektes zu beurteilen hat und lange Verfahren zwischen Wien und Vorarlberg abwarten muß, bis solche Fragen einer praktischen Regelung zugeführt werden. Wir sind

gerne bereit, mit Ihnen über einen Katalog von verbesserten Länderrechten zu diskutieren. Wir lehnen es aber mit aller Entschiedenheit ab, daß dabei davon ausgegangen wird, daß es nur um mehr Macht zu Lasten der Bevölkerung geht. Wir haben damals darum mit aller Entschiedenheit beispielsweise die Verländerung des Sozialwesens abgelehnt, weil wir glauben, daß im großen Verbund das Sozialwesen besser gesichert ist. Wir haben mit aller Entschiedenheit abgelehnt, meine Damen und Herren, daß beispielsweise das Fernsehen verländert wird, weil wir wissen, daß dadurch die Kosten zwei- bis dreimal so groß als bisher geworden wären. Und wir haben auch eine ganze Reihe anderer Forderungen als unannehmbar gefunden, weil sie eben immer wieder aus der Warte derjenigen kam, die nichts anderes wollten, als die einzelnen Ländern voneinander abzutrennen und Barrieren aufzubauen. Beispielsweise das Schulwesen: Wir wissen, daß in den Urkantonen der Schweiz drüben die Lehrer, wenn sie in einem anderen Kanton unterrichten müssen, zuerst Aufnahmeprüfungen ablegen müssen. Und ein solches Schulwesen, das man jetzt in der Schweiz allmählich beseitigen will, ein solches Schulwesen wollten wir in Vorarlberg nicht aufbauen. Aus dieser Grundhaltung heraus, meine Damen und Herren, gab es deshalb keinen gemeinsamen Weg. Wenn wir das Föderalismusinstitut ablehnen, so deshalb, weil das Föderalismusinstitut völlig einseitig und ohne Rücksicht auf eine echte demokratische Verbesserung der Beziehungen unter den Gebietskörperschaften arbeitet, ebenso wie es nur eines im Sinn hat, diese Länderbarrieren gegeneinander zu verstärken.

Meine Damen und Herren, zum Grundsätzlichen: Auch im Programm unserer Partei finden Sie Erörterungen zum Thema des Föderalismus. Es wurde bereits in den Vorarlberger Nachrichten nachgewiesen, daß die umfassendsten Föderalismusbestimmungen im sozialistischen Programm 1978 enthalten sind. Es gäbe sehr wohl auch mit der Opposition dieses Landes gemeinsame Wege zur Verbesserung der Rechte der Länder, aber diese gibt es nur dann, wenn wir davon ausgehen, daß diese Länderrechte auch letzten Endes den Menschen im Lande nützen sollen und nicht nur der Macht der jeweiligen Mehrheitspartei.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Klubobmann EB.

EB: Hoher Landtag! Es kommt das Thema Föderalismus doch auch noch in der Gruppe zur Sprache, wiewohl ja Grundsätzliches auch in der Generaldebatte dazu gesagt wurde. Herr Abg. Bürgermeister Mayer, Sie haben jetzt eigentlich eine sehr positive Aussage gemacht. Sie haben angezogen, daß es gemeinsame Wege in der Sache des Föderalismus gebe. Und ich glaube, bei gutem Willen könnte man hier zusammenfinden. Sie haben erklärt, Föderalismus sei ein demokratisches Prinzip. Ich glaube, niemand von der Freiheitlichen Partei wird Ihnen hier widersprechen. Eine Demokratie der Körperschaften. Aber wir haben nun einmal in der Praxis die Tatsache, daß Österreich in Europa einer jener Staaten ist, der dem Namen nach zwar ein Bundesstaat, in der Praxis aber in weiten Bereichen ein zentral ausgerichteter Staat ist. Das klassische Beispiel ist hier wohl die völlig fehlende Finanzhoheit, etwa im Ver-

gleich zu den Bundesländern der Bundesrepublik oder im Vergleich zur benachbarten Schweiz. Und wir haben in unserem freiheitlichen Grundsatzprogramm die Auffassung, daß die Zuständigkeiten und Kompetenzen neu überdacht werden sollen, und daß nach Zweckmäßigkeitsgründen auch und je nach Bundesland entsprechend neu die Dinge formiert werden sollen. Hier haben wir aber in Österreich doch die Situation, daß Gegenforderungen des Bundes einfach in wesentlichen Dingen nicht mehr erfüllt werden können. Man kann doch von einem Christbaum, der abgeräumt ist, nicht nochmals Geschenke verteilen. Und in Sachen Bundesstaatlichkeit sind die Bundesländer in Österreich abgeräumt. Es wurde schon angedeutet anlässlich der Diskussion: Bei den Gemeinden sind die Gemeinde-rechte gegeben. Hier sind es mehr finanzielle Probleme, die über den Finanzausgleich geregelt werden können.

Es bedarf sicher vieler Gespräche. Es bedarf einer Änderung der Bundesverfassung, um zu einem Weg zu kommen, der zweckmäßig wäre. Und ich habe schon betont, auch in der Sozialistischen Partei sind Stimmen vorhanden, die einen solchen Weg guthießen würden. Und ich möchte nun doch noch wörtlich zitieren, was Finanzminister Salcher zum Mietrecht gesagt hat im Gewerbeverein in Wien am 20. Oktober. Er hat u.a. erklärt, er hielte eine Verlängerung des Mietrechtes für sinnvoll, weil ganz einfach die Strukturen zu unterschiedlich sind. Er meint, es hätte auch eine Aufwertung der Landtage zur Folge. Und ich kann Salcher nur beipflichten, nicht nur in bezug auf das Mietenrecht, sondern in bezug auf andere Dinge. Was mir aber besonders imponiert hat an dieser Aussage ist der Schluß in diesem kleinen Artikel: «Wenn man den Föderalismus ernst meint, muß man dort, wo besondere Unterschiede zwischen den Bundesländern bestehen, auch eine Kompetenzänderung unter Umständen vorsehen.» Schauen Sie, das sind doch gewisse Erklärungen zur Bereitschaft, hier einen neuen Weg einzuschlagen. Und wenn wir alle in allen Parteien, die guten Willens sind, diesen Weg gehen wollen, könnte hier eine Änderung erreicht werden. Niemand in der Freiheitlichen Partei hat je an Sonderrechte, an besonderen Separatismus gedacht, aber im Sinne unserer Grundsatzprogramme, daß Macht aufgeteilt werden muß und daß delegiert werden soll, daß die kleine Gemeinschaft besser verwalten, sparsamer verwalten und bürgernäher verwalten kann, in diesem Sinne hielten wir es für richtig und halten es für richtig, daß die Frage besserer Föderalismus in Österreich, mehr Rechte für die Länder, weiterhin verfolgt und gemeinsam betrieben wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Meine Damen und Herren! Der Parteiohmann der SPÖ hat soeben, zum zweiten Mal meines Wissens innerhalb eines Jahres, eine Wortmeldung zum Föderalismus getan, die ich als sehr positiv werten muß. Ich muß sagen, die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Vielleicht nicht der Glaube daran, daß Sie persönlich diese Überzeugung haben, aber jedenfalls der Glaube daran, daß Sie in der Lage sind, in Ihrer Landespartei und

Fraktion diese Meinung durchzusetzen und das ist schließlich das Entscheidende. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Da ist nichts durchzusetzen!)

Eine Wortmeldung zu später Stunde kann natürlich nichts daran ändern, daß vor wenigen Stunden der Fraktionsobmann, der Klubobmann Ihrer Partei über die Volksabstimmung in einer Tonlage gesprochen hat, die wesentlich anders geklungen hat.

Meine Damen und Herren, das Anliegen des Föderalismus ist für uns ein zu ernstes, als daß man es in parteipolitischer Taktik untergehen lassen könnte. Wenn sich eine Meinungsänderung bei der sozialistischen Fraktion ergeben sollte, werden wir die letzten sein, die daraus parteipolitisches Kapital schlagen wollen. Wir haben immer erklärt, daß der Föderalismus für uns ein staatspolitisches Anliegen ist.

Nur mit Erklärungen zwiespältiger Art, daß der Fraktionsobmann diese Meinung vertritt untertags und nach 18.00 Uhr der Parteiohmann eine andere, damit ist uns nicht geholfen, Herr Parteiohmann und Bürgermeister Mayer. Das Sozialversicherungswesen (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Sie haben heute schon einmal solche Unwahrheiten gesagt!) Wenn Sie fertig sind, darf ich fortsetzen. Das Sozialversicherungswesen, das wissen Sie genau, war nicht mehr Gegenstand des 10-Punkte-Programmes. Wir wollten der sozialistischen Fraktion den Weg ebnen, nicht zuletzt deshalb, weil Herr Vizepräsident Falschlunger in einer sehr engagierten Wortmeldung, ich weiß es noch und erinnere mich genau, auch als Vorsitzender der Exekutive des Gewerkschaftsbundes erklärte, dies sei eine Angelegenheit, bei der er nicht mitgehen könne. Wir haben diesem Umstand versucht Rechnung zu tragen und dieses Element ausgeschieden.

Rundfunk: Eine totale Verlängerung des Rundfunks ist nicht verlangt worden. Aufnahmeprüfungen im Schulwesen: Sie wissen es genau, die Formulierung ist so, daß das nicht verlangt wird im 10-Punkte-Programm.

Meine Dame und meine Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn das, was der Parteiohmann Mayer hier erklärt hat, Ihr ernster Wille ist, dann steht ja einer Zustimmung zum 10-Punkte-Programm nichts im Wege. Ich erinnere nur daran, daß Sie doch in der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit vor dieser Volksabstimmung mit einer zerrissenen Fahne operiert haben. Wir sind auch vollkommen Ihrer Meinung, daß eine Stärkung der Länderrechte dem Bürger nützen soll und nicht einem Machtzuwachs der Landesregierung. (Zwischenruf) Das wäre ein lächerliches Anliegen. Und ich erinnere daran, daß es nicht nur im Bereich der Wohnbauförderung oder etwa in den Bereichen, die Sie hier genannt haben, Herr Parteiohmann Mayer, sondern in zahllosen anderen Bereichen aus praktischen Gründen eben richtiger wäre, Entscheidungen von der Ebene der Ministerien auf die Landesebene oder noch weiter herunter, wenn das Land die Zuständigkeit hätte, auf die Bezirks- oder Gemeindeebene zu verlagern. Wenn Sie also hier diskussionsbereit sind, dann würde ich Ihnen empfehlen, im Rahmen Ihrer Fraktion oder Partei die Meinungen zu koordinieren und nicht nur in abendlichen Erklärungen etwas dazu zu sagen, sondern grundsätzlich Ihre Meinung auch bei Tage hiezu zu äußern.

Präsident: Weitere Wortmeldung? Herr Abg. Wolf.

Wolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, hier rechnet der Klubobmann der ÖVP mit der Vergeßlichkeit aller hier Anwesenden. Er erinnert sich scheinbar nicht mehr an das seinerzeit von den Vertretern der sozialistischen Fraktion in diesem Hause Gesagte, und erinnert sich auch nicht mehr an das am 15. Juni 1980 dem Vorarlberger Volk Vorgelegte. Als erstes möchte ich wiederholen: Was immer der Standpunkt der sozialistischen Fraktion in diesem Hause war, wir sind für Gespräche, wir sind für Föderalismus, wo es angebracht ist, aber wir haben immer zum Ausdruck gebracht, daß es nicht ein Alleingang sein kann, sondern daß es nur gemeinsam mit den anderen Bundesländern gehen kann. Schlußendlich sind wir ein Bundesstaat, und wir sind ein Glied dieses Bundesstaates. Ich glaube, hier kann man es nur im Verein mit den anderen Bundesländern machen. Die Frage, die den Vorarlberger Bürgern am 15. Juni gestellt wurde, war ja eine ganz andere. Es war nämlich die, daß die Vorarlberger Landesregierung und der Vorarlberger Landtag aufgefordert wird, mit der Bundesregierung und mit dem Nationalrat zu verhandeln. So stand es obenauf. Und das möchte ich heute mit aller Entschiedenheit sagen. Das ist eben nicht der Fall. Heute bzw. in der nächsten Woche wird hier im Haus mit den anderen Landeshauptleuten über Probleme des Forderungsprogrammes verhandelt werden. Jener Weg ist schlußendlich jetzt wieder eingeschlagen worden, den wir immer verlangt haben und zu dem wir voll und ganz stehen, gemeinsam mit den anderen Bundesländern für mehr Föderalismus.

Ich glaube, hier ist schon ein wesentlicher Unterschied. Hier brauchen wir nicht sagen, daß wir einen Gesinnungswandel vollzogen haben, hier hat die ÖVP einen entscheidenden Schritt zurück getan, nämlich den, daß sie nicht mehr in Einzelgesprächen verhandelt, sondern daß sie mit den anderen - Gott sei Dank - Bundesländern verhandelt. Und jetzt möchte ich noch etwas sagen. Herr Klubobmann, ich lade Sie ein, hier herzustehen und alle jene verfassungsrechtlichen Änderungen, die seit der SPÖ-Alleinregierung seit dem Jahre 1970 zu Ungunsten der Länder beschlossen wurden, hier aufzuzählen. Sie werden sich sehr schwer tun, hier nur einige zu finden. Ein einziges gibt es, das sind die Marktordnungsgesetze. Und gerade bei den Marktordnungsgesetzen, durch die heute durch zwei Drittel-Mehrheit, jeweils befristet auf zwei Jahre, die Kompetenz vom Land an den Bund delegiert wird, gerade diese Gesetze hätten sollen auf Grund eines ÖVP-Antrages diese Rechte für dauernd auf den Bund delegieren, weil es scheinbar dort eben besser ist, weil verschiedene Umstände dafür sprechen.

Ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen, daß es unter der Regierung Kreisky gelungen ist, wesentliche Teile des Forderungsprogrammes 1964 zu verwirklichen, die Bundesregierung die Bereitschaft erklärt hat, das Forderungsprogramm 1976 in Verhandlungen einzubeziehen, und sie hat bewiesen, daß vieles in dieser Richtung geschehen ist, daß keine Delegierung von Länderrechten an den Bund erfolgte, mit Ausnahme der Marktordnungsgesetze. Daß sie auch in Hinkunft verhandelt werden - und

ich glaube, es ist richtig so. Hier gäben die Länder eine Möglichkeit aus der Hand, die übrigens auch im Forderungsprogramm enthalten ist, daß die landwirtschaftlichen Agenden beim Land geregelt werden sollen. Es ist hier überhaupt kein Problem, das zu tun. Ich glaube, es ist wichtig, wenn hier über Föderalismus gesprochen wird, auch der Wahrheit gerecht zu werden, indem man jene Fakten aufzählt, die tatsächlich in den letzten Wochen und Monaten diesbezüglich im Umlauf waren.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Hoher Landtag! Die Äußerungen des Herrn Landesparteiobmannes Mayer zum Landhausproblem reizen mich, doch noch einige Feststellungen anzuschließen. Herr Landesparteiobmann, Sie sagten das Wort palazzo prozzo hätte der Volksmund aufgebracht. Ich darf Sie daran erinnern, daß der «Blickpunkt Vorarlberg», also Ihr Zentralorgan der Vorarlberger SPÖ, diesen Titel (Zwischenruf Winder: Das ist doch auch der Volksmund!) groß herausgebracht hat. Nun ist der Volksmund in Vorarlberg und der «Blickpunkt» sicher zweierlei.

Aber Ihnen ist es vorbehalten geblieben, das auf die Titelseite des «Blickpunktes» zu setzen. Und Sie haben sich damit als SPÖ Vorarlbergs identifiziert, auch wenn Sie heute noch so maßvoll dazu gesprochen haben. Sie haben durch dieses Wort palazzo prozzo dem Vorarlberger Volk suggeriert, hier sei geprotzt worden, hier sei das Geld des Steuerzahlers zum Fenster hinaus geworfen worden.

Ich darf Ihnen einiges berichten, was ich anlässlich von zwei Besichtigungen in diesem Hause erlebt habe. Es waren dies sehr kritische Leute. Zum einen Mal waren es rund 200, beim anderen Mal etwa 60 Leute. Steuerzahler, die sehr stark stöhnen unter der Last der Steuerschraube. Diese Leute gingen vollkommen belastet mit dem palazzo prozzo, sehr voreingenommen hier herein und nach einiger Zeit war das Eis gebrochen. Ich darf Ihnen die Urteile dieser Leute, die ich mir gemerkt habe, wiederholen. Es wurde gesagt: kein Luxus, sehr einfach, zweckmäßig, mir gefällt es von Zimmer zu Zimmer immer besser, das Zimmer des Landeshauptmannes sei eher zu klein, man hätte sich das eigentlich größer erwartet. Die Ausstattung sei keineswegs übertrieben, in manchen Belangen geradezu spartanisch. Lob für die Zweckmäßigkeit und da und dort differenzierte Meinungen über Details der Architektur. Allgemein wurde von diesen Besuchern die Empfehlung ausgesprochen, die Bevölkerung zum Besuch dieses Hauses einzuladen, um die Unwahrheit des Blickpunkt-Titels zu beweisen. Und noch ein Detail am Rande, das wird Sie freuen, Herr Bürgermeister, ein Architekt meinte, er hätte sich mit Kollegen unterhalten und einhelliges Urteil sei gewesen, daß der Herr Bürgermeister Mayer, wenn er die Gelegenheit gehabt hätte, noch mehr Baumasse hier drauf geschaufelt hätte.

Präsident: Weitere Wortmeldung zur Gruppe O? Bitte, Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte die Debatte nicht mehr verlängern, nur einige

wenige Sätze zu den Ausführungen des Herrn Abg. Wolf sind zwingend. Wir wollen beides tun, Herr Abgeordneter, wir haben uns zum Ziel gesetzt, vor dem 15. Juni 1980 und nachher: Verhandlungen zwischen Ländern und Bundesregierung, Verhandlungen auch zwischen Ländern und Parlamentsfraktionen einerseits und Verhandlungen der Länder untereinander. Beides geschieht, und es war dankenswerterweise der Herr Bundeskanzler, der diesen einen Weg - Verhandlungen der Länder mit dem Parlament - freigemacht hat. Verhandlungen, die, wie ich schon erwähnt habe, im Frühsommer eigentlich recht erfreulich und zunächst - hoffentlich trägt der Schein nicht - recht positiv verlaufen sind. Nicht zuletzt auch Verhandlungen der Länder mit dem Städte- und Gemeindebund. Wir sind dafür durchaus offen, genauso wie es uns klar war, daß die Forderungen der Länder - insbesondere auch die Forderungen Vorarlbergs - gewisse Gegenforderungen des Bundes auslösen werden. Die Frage ist nur, wo man sich hier letztlich treffen kann, wo die Trennungslinie liegt. Und wir sind dabei, diese Linie zu finden. Aber ich sage noch einmal, das bitte ich nicht zu vergessen, bei allen Diskussionen um das Länderförderungsprogramm und um die Vorarlberger Vorstellungen vom 15. Juni 1980: Vorarlberg ist mit seiner Initiative der ausschlaggebende Faktor gewesen, daß es heute überhaupt Föderalismus- und Bundesstaatlichkeitsverhandlungen gibt. Ich betone noch einmal: Von 1976 bis Sommer 1980 ist alles in den Schubladen gelegen. Und wenn man heute sehr breit in Österreich über die Frage der Aufwertung des Bundesrates diskutiert, und das geschieht jetzt erfreulich oft, vor allem in der österreichischen Presse, dann ist das das ausschließliche Verdienst der Initiative vom Juni 1980. Das kann man nicht wegdiskutieren. Das könnte ich Ihnen anhand des Zeitplanes und des Ablaufes der Dinge schildern. Was die Länder auf die Palme gebracht hat, und was die eigentliche Ursache der Bürgerinitiative Pro Vorarlberg war, das war nicht eine grundsätzliche Antipathie gegen alles, was aus Wien kommt, sondern den Leuten ist der Geduldfaden gerissen, weil vier Jahre lang ein von allen Ländern akzeptiertes Programm, auch von den drei sozialistischen Landeshauptleuten unterschriebenes Programm (Zwischenruf) vier Jahre lang in den Schubladen sozialistischer Minister liegen geblieben ist. (Zwischenruf Wolf: Das 1964-iger Forderungsprogramm hat die ÖVP-Alleinregierung nicht ein einzigesmal erwähnt! - Präsident: Bitte um Ruhe!).

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Winder.

Winder: Hohes Haus! Die Behauptungen werden nicht wahrer, wenn man sie ununterbrochen wiederholt. Es sind Ihre Behauptungen, Herr Landeshauptmann. Wenn sich ein Landeshauptmann hierher stellt und erklärt, vier Jahre lang seien die Programme, die er und seine übrigen acht Kollegen dem Bund vorgelegt haben, in den Ministerien herumgelegen (Zwischenruf Dr. Keßler: Ignoriert sind sie worden!), dann muß ich sagen, was sind denn Sie überhaupt für ein Landeshauptmann, daß Sie sich das vier Jahre lang gefallen lassen? Wie kann man mit einem Landeshauptmann in Österreich überhaupt umgehen? Stellen Sie sich doch nicht selber so her. Es ist ununterbrochen ver-

handelt worden. (Zwischenruf Dr. Keßler: Kein einzigesmal ist verhandelt worden!) Mehr wie zweimal im Jahr haben Sie ohnehin keine Zeit und was uns betrifft: Sie haben sich überhaupt nicht bemüht, mit uns ins Gespräch zu kommen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Wir haben uns immer bemüht!) Auch das können Sie wiederholen, so lange Sie wollen, Sie haben sich nicht bemüht. Sie haben sich zuerst mit den Pro Vorarlbergern geeinigt, und dann haben Sie uns das Papier auf den Tisch geknallt. Und dann haben Sie geglaubt, wir sollen uns in zwei Tagen darüber äußern. So geht das nicht. So geht man, meine Damen und Herren, nicht mit uns um, wenn man will, daß wir unsere Zustimmung geben. Wir sind nicht Ihre Sängerknaben, wir sind nicht Ihre Ministranten. Und wenn Sie in Zukunft wieder einmal etwas wollen, dann empfehle ich Ihnen, früher zu kommen und ohne die Pro Vorarlberger, Herr Landeshauptmann. Und wenn Sie noch etwas wissen wollen, warum Pro Vorarlberg gescheitert ist. Das kann ich Ihnen sagen. Das war Ihr früherer Landesamtsdirektor, der die erste Gelegenheit benutzt hat, um sich an Ihnen zu rächen für die vielen ihm angetanen Demütigungen, die er erlitten hat unter Ihrer Herrschaft in diesem Hause. Es ist ja bekannt, daß Grabherr ganz andere Ansichten hat über den Föderalismus wie Sie, daß Sie ihn gebremst haben, so lange er im Hause war. Und kaum war er draußen, hat er sich mit einem Mächtigeren als Sie verbündet in der Kirchstraße oben und hat Ihnen die Lanze hinten hineingestochen. Das ist nun einmal die historische Wahrheit (Glocke des Präsidenten - Präsident: Ich ersuche, sich einer besseren Ausdrucksweise zu bedienen!) Nun bitte, dann sage ich halt vorne hineingestochen. So, das wäre in der gebotenen Kürze das, was noch zu sagen ist zu Pro Vorarlberg. Sie müssen also nicht noch einmal anfangen, Herr Klubobmann, sich zu alterieren über unsere unterschiedlichen Auffassungen. Wenn Sie keine größeren Auffassungsunterschiede zu bewältigen haben, wie wir in der Frage zur Volksabstimmung Pro Vorarlberg, dann sind Sie zu beglückwünschen. Der eigentliche Grund meines Hierseins ist, daß ich drei Anträge noch einmal stellen möchte, die wir im Finanzausschuß schon gestellt haben. Erstens beantragen wir, daß unter dem Ansatz 009 eine neue Ausgaben-Voranschlagstelle «Öffentlichkeitsarbeit des Landtages» mit dem Betrag von 1 Mio. S eröffnet wird. Zweitens beantragen wir, daß der Kredit der Ausgaben-Voranschlagstelle 029009 4030 003 «Öffentlichkeitsarbeit» von 2,5 Mio. S um den Betrag von 1 Mio. S auf 1,5 Mio. S herabgesetzt wird, und drittens, den Beitrag an das Institut für Föderalismusforschung mit dem Betrag von 470.000 S ersatzlos zu streichen. Die Begründung ist nach wie vor dieselbe.

Präsident: Das Wort hat Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Zwei Sätze zur Föderalismusdebatte. Ich setze voraus, daß der Herr Kollege Wolf es ernst gemeint hat mit seiner Frage, daß er nicht nur parteipolitische Taktik betreibt und tatsächlich vermutet, es gäbe seit 1970 keine Verfassungsänderungen zu Lasten der Länder.

Nur in Stichworten: Es ist natürlich notwendig bei

Bundesverfassungsänderungen zu Lasten der Länder - so ist die parteipolitische Landschaft - die Zustimmung der ÖVP zu haben. Die ist nicht in jedem Fall zu bekommen. Es hat trotzdem zwei Änderungen gegeben, die mir jetzt einfallen: Datenschutz und Volksanwaltschaft; bei der Volksanwaltschaft allerdings verbessert durch einen ÖVP-Antrag, der die Möglichkeit offen läßt, noch eine Landesvolksanwaltschaft einzurichten. Interessanter sind die Vorstöße der Nationalratsmehrheit. (Zwischenruf Wolf Glocke des Präsidenten). Herr Kollege Wolf, wenn Sie mich so fragen, dann würde ich Sie bitten, doch zuzuhören, daß Sie die Information bekommen, die Sie offenbar brauchen.

Interessanter sind die Vorstöße der Nationalratsmehrheit und der Bundesregierung, die mir jetzt auch nur Stegreif einfallen, in wesentlichen Bereichen, die eine Änderung der Bundesverfassung zu Lasten des Landes beinhaltet haben, die aber blockiert worden sind von der Volkspartei. Ein Vorstoß im Bereich des Budgetrechts, der Konjunktursteuerung. Dinge, über die man übrigens sicher sprechen könnte. Der Bereich Umweltschutz, ein sehr wichtiger Vorstoß zu Lasten der Länder, wo der Bund lange nicht bereit war, in Verhandlungen über Vereinbarungen einzutreten. Und der Bereich des Landarbeitsrechtes, in dem in sehr unguter Weise versucht wurde, die Länder auszuschalten.

Das wird jetzt in den Verhandlungen in fairer Weise mit eingebracht vom Bund. Und man wird sehen, ob hier eine Vereinbarung möglich ist. Aber der Bund hat mehrere Vorstöße unternommen, in den siebziger Jahren, das Landarbeitsrecht in den Griff zu bekommen.

Und bitte, auch noch eine Berichtigung: In den sechziger Jahren war natürlich die Regierung Klaus bereit, über das Forderungsprogramm der Bundesländer zu sprechen. Blockiert wurde das damals vom Parteiboss der SPÖ, Pittermann, der nicht bereit war, hier seine Zustimmung, die notwendig war für die Zweidrittel-Mehrheit, zu geben.

Präsident: Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Hoher Landtag! Herr Klubobmann der sozialistischen Fraktion, ich muß leider noch einmal sehr dezidiert festhalten, daß in der Zeit von 1976 bis zum Zeitpunkt der Volksabstimmung Juni 1980 das gesamte Forderungsprogramm, sei es von der Zentralbürokratie oder von den politischen Zentralstellen, lassen wir das zunächst einmal offen, völlig blockiert wurde. Es hat wiederholte Versuche der Bundesländer gegeben. Und das Erstaunliche ist, daß hier eine Änderung nicht möglich war, obwohl die drei sozialistisch dominierten Länder mit unterschrieben hatten. Es war nicht möglich, die Dinge zur Verhandlung zu bringen. Sie waren nicht dabei, Herr Klubobmann, daher würde ich Sie bitten, auch etwas vorsichtiger zu argumentieren, weil Sie den Ablauf nicht kennen. Tatsache ist, daß unmittelbar vor dem 15. Juni 1980, wenige Wochen vorher, die ersten Verhandlungen mit dem Bund ins Laufen gekommen sind, und nach der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 die Verhandlungen dann so geführt wurden, wie wir sie uns lange Jahre vorher, ich glaube mit Recht, vorgestellt hätten. Und das Ganze jetzt so zu reduzie-

ren, daß die Bürgerinitiative des Frühsommers 1980 und Herbstes 1979 eigentlich nur eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem früheren Landesamtsdirektor und dem damals amtierenden Landeshauptmann war, das glaube ich, ist doch etwas zu einfach. Ich stehe nicht an zu sagen, daß es zwischen dem Landeshauptmann und dem seinerzeitigen Landesamtsdirektor nicht immer Einvernehmen gegeben hat. Ich freue mich über Ihre Feststellung jetzt vor allem deshalb, weil gerade Sie es gewesen sind, wenn ich mich recht erinnere, der in früheren Zeiten dem Landeshauptmann zu wenig Durchschlagskraft gegenüber der Bürokratie im Hause vorgeworfen hat. Und Ihre heutige Argumentation steht damit doch eigentlich etwas im Widerspruch. Ich sehe aber die Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 doch grundsätzlicher. Wir müssen noch einmal sagen, und der Klubobmann der Mehrheitsfraktion hat das heute schon ausführlich getan, das, was am 15. Juni 1980 zur Abstimmung stand, waren nicht Spezialvorstellungen eines früheren Landesamtsdirektors, sondern es war ein nach langen Verhandlungen im Landtag und in den Fraktionen vorbereitetes Konzept, von dem wir überzeugt waren, und das läßt sich heute einwandfrei nachweisen, daß keine einzige Vorstellung mit der Verfassungslage oder überhaupt mit den Rechtsgrundlagen, die in Österreich gelten, im Widerspruch steht. Es ist vorhin schon mit Recht gesagt worden, einiges was hier genannt wurde, war überhaupt nicht Gegenstand der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980. Hier rechnet man offensichtlich zu sehr mit dem kurzen Gedächtnis der Bürger. Und abschließend ein Satz, Herr Klubobmann; Sie haben gemeint, Sie seien nicht die Sängerknaben der Mehrheitsfraktion in dem Hause. Ich möchte Ihnen sagen, und komme damit auf Ihre Philippika von heute früh zurück, auf Ihre völlige Negation alles dessen, was in den letzten Jahren oder im letzten Jahr hier geschehen ist, oder was mit dem Budget 1982 geplant ist, wir sind nicht Ihre Prügelknaben, um von den Sängerknaben zu den Prügelknaben die Verbindung zu finden.

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über die drei gestellten Anträge. Es sind zwei Streichungsanträge, und zwar den Beitrag für das Institut für Föderalismusforschung mit dem Betrag von 470.000 S ersatzlos zu streichen. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag ist abgelehnt. Der Antrag, daß die Ausgaben-Voranschlagstelle «Öffentlichkeitsarbeit», gemeint ist in diesem Fall der Landesregierung, von 2,5 Mio. S um 1 Mio. S auf 1,5 Mio. S herabgesetzt wird: wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. Das ist nicht die Mehrheit und schließlich der Antrag, eine neue Ausgaben-Voranschlagstelle «Öffentlichkeitsarbeit des Landtages» mit 1 Mio. S zu eröffnen. Wer ihm zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gruppe 1. Bitte um Einleitung.

Aberer: Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Vom Einnahmen- und Ausgabenrahmen her gesehen ist diese Gruppe eine der kleinsten innerhalb des Landesvoranschlages, trotzdem umfaßt sie Ausgaben von

47,236,000 oder 0,90% der Gesamtausgaben und Einnahmen von 19,405,000 oder 0,37% der Gesamteinnahmen.

Diese Gruppe umfaßt die Abschnitte Landesarrest, Flurpolizei, das Feuerwehrwesen, den Katastrophendienst sowie die zivile Landesverteidigung einschließlich der Sicherstellung der Landesversorgung. Für die Errichtung der Landesfeuerwehrschule sind 25 Mio. eingesetzt.

Neu aufgenommen wurde die Vst. Beitrag zur Erstellung eines Musterschutzstollens, sie wurde gleichzeitig mit 1 Mio. Schilling dotiert. Es soll mit diesem neuen Ansatz begonnen werden, die doch in einer ziemlichen Anzahl in Vorarlberg anlässlich des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Luftschutzstollen, für den Zivilschutz nutzbar zu machen und den heutigen Anforderungen für den Fall eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, Schutzmöglichkeiten sukzessive zu schaffen.

Die SPÖ stellt in dieser Gruppe den Antrag, die Vst. 189008 6520 011 «Sicherstellung der Landesversorgung» um den Betrag von 700 000 S zu kürzen.

Diesem Vorhaben konnte im Hinblick auf die steigenden Lagerkosten von Zucker, Fetten, Öl, Milchkpulver sowie auf die vorgesehenen Rollierungskosten im Jahre 1982 und die vorgesehenen Aktionen im Bereiche der Selbstversorgung aus der eigenen Landwirtschaft nicht entsprochen werden.

Präsident: Ich danke für die Einleitung. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Hoher Landtag! In dieser Gruppe «Sicherheit» ist auf die erstmalige Bereitstellung von 1 Mio. S als Beitrag zur Erstellung eines Musterschutzstollens besonders hinzuweisen. Diese Novität soll Signalwirkung auf den Bereich des Zivilschutzes haben. Es handelt sich dabei um einen Neubeginn zur Bereitstellung von Schutzräumen in den Stollen, die in unserem Lande seit dem Zweiten Weltkrieg existieren, die sich allerdings nach Ablauf von fast vier Jahrzehnten seit Ende dieses Krieges nicht mehr in einem verwendbaren, geschweige denn den Sicherheitsbedürfnissen entsprechenden Zustande befinden. Ohne Schutzräume aber ist ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung bei kriegerischen Auseinandersetzungen, insbesondere ein wirksamer Schutz vor den Gefahren der atomaren Verseuchung nicht möglich.

Nach einer Untersuchung des Vorarlberger Zivilschutzverbandes, die im letzten Jahr erstellt wurde, konnte 1980 mit etwa 28.000 Schutzraumplätzen in Vorarlberg gerechnet werden. In dieser Zahl von 28.000 sind die Plätze, die in Stollen und Bunkern des Zweiten Weltkrieges vorhanden wären, noch nicht enthalten, eben weil diese Stollen zuerst gesichert und mit den entsprechenden Vorrichtungen ausgestattet werden müssen. Es kann angenommen werden, daß durch die Ausgestaltung dieser Stollen in Vorarlberg weitere 10.000 Schutzraumplätze gewonnen werden können. Diese Zahlen: 28.000 bestehende geschätzte und 10.000 auszubauende Schutzraumplätze, zusammen also 38.000, zeigen auf, daß wir noch sehr weit von dem anzustrebenden Ziel entfernt sind, daß jedem unserer Vorarlberger Mitbürger, es sind rund 313.000, ein Schutzraum-

platz zur Verfügung steht. Es gilt vorerst, die weit verbreitete (Zwischenruf Dr. Häfele: Es kann also jeder 30.000ste Vorarlberger überleben!) Es ist kein Anlaß, Witze zu machen, Kollege Häfele, sondern es gilt, den toten Punkt zu überwinden. Sie können rechnen wie Sie wollen, Sie können würfeln, das ist Ihr Problem, wir müssen etwas tun, daß wir diese Zahl erhöhen.

Es gilt also vorerst, die weit verbreitete Ansicht zu widerlegen, daß der Schutzraumbau heutzutage in Anbetracht der atomaren Gefahren ohnedies sinnlos sei, wie dies kürzlich auch der leider jetzt nicht anwesende SPÖ-Klubobmann gemeint hat. Es ist ein Irrglaube, daß ein Krieg, der uns hoffentlich erspart bleibt, unbedingt so verlaufen muß, daß es ohnedies keinen Schutz mehr gibt. Es kommt sehr wohl darauf an, ob wir für unseren Schutz frühzeitig etwas tun oder nicht. Schutzmaßnahmen, die erst im Krisenfall, also im Kriegsfall, im Ernstfall, einsetzen, sind natürlich verspätet und werden daher wirkungslos bleiben. Wichtig ist die rechtzeitige Vorsorge.

Zur Illustration darf ich Ihnen sagen, daß im Ersten Weltkrieg nur jeder 20. Tote ein Zivilist war. Im Zweiten Weltkrieg war bereits jeder zweite Tote ein Zivilist. Im Falle eines neuen großen Konfliktes verschiebt sich durch die moderne Waffentechnik leider das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Zivilbevölkerung. Man muß also die Zeichen dieser Zeit richtig verstehen. Ein Ende des Wettrennens und ein Ende der nuklearen Bedrohung ist leider nicht in Sicht, auch wenn sich die SPÖ nunmehr mit einem Friedensgedanken in Vorarlberg speziell vertraut macht.

Man darf aber nicht nur an die schreckliche Vision eines Atomkrieges denken. Leider sind auch lokal beschränkte kriegerische Aktionen mit dem Einsatz von nuklearen Waffen denkbar. Leider sind auch Unfälle mit Atomwaffen, z.B. infolge eines Absturzes eines Flugzeuges denkbar. Es sind auch Reaktorunfälle denkbar irgendwo in Europa. Es ist auch denkbar und liegt im Bereich des Möglichen, daß Terrorgruppen in einigen Jahren sich selbst Atomwaffen basteln und diese auch anwenden. Das alles ist die Realität der achtziger Jahre.

Es ist durchaus vorstellbar, wie dies ein schweizerischer Film drastisch schildert, daß infolge eines Unfalles irgendwo in Europa eine Atombombe explodiert, und daß radioaktiver Abfall innerhalb von einigen Stunden über der Schweiz und auch über unser Land niedergeht. Wir haben die Pflicht, mehr als bisher für den Schutz der Zivilbevölkerung zu tun. Der Ausbau dieses Musterschutzstollens ist keine Alibihandlung, wie heute vormittag von jemandem gespöttelt wurde, dieser Musterschutzstollen soll ein Anfang und muß ein Anfang sein. Nach diesem ersten Stollen müssen weitere saniert werden. Dazu braucht es vorweg eine gründliche Erhebung über den Bauzustand dieser bereits 40 Jahre alten Stollen in unseren Bergen. Weiters ist nötig eine Erhebung bei den bestehenden Bauten, die noch keine Schutzräume haben, welchen Grundschutz und welchen Strahlenschutz diese Gebäude bieten können.

Und anschließend ist dann nötig die Erstellung eines Konzeptes, nämlich einer Schutzraumplanung durch Fachleute für Vorarlberg oder zumindest vorerst für Teile

von Vorarlberg, insbesondere durch Zivilingenieure. Eine derartige Schutzraumplanung ist derzeit in Steyr im Gange. Es ist damit zu rechnen, daß auf Grund dieses Modellversuches bereits im Laufe des nächsten Jahres erste Ergebnisse vorliegen werden, die auch für Vorarlberg interessante Vergleichsaspekte bieten könnten.

Parallel zu diesem Schutzraumkonzept muß nun auch die Verordnung erlassen werden, die die Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen in Mehrfamilienhäusern regelt. Es sollte diese Verordnung im Jahre 1982 rasch erlassen werden, auch wenn die vom Bund angekündigte Änderung der Richtlinien für derartige Schutzräume noch länger auf sich warten lassen sollte. Zu überlegen ist auch die Ausdehnung dieser Verpflichtung zur Errichtung und Ausgestaltung von Schutzräumen auf weitere Bauwerke, z.B. für bestehende Tiefgaragen oder in bestehende oder im Bau befindliche Tunnels, wozu wieder Änderungen bei Bundesgesetzen erforderlich sind, zu überlegen wäre aber auch der Neubau von Schutzräumen mit einer Mehrfachnutzung, z.B. als Tiefgaragen. Dies alles erfordert in den kommenden Jahren und Jahrzehnten große Anstrengungen aller Gebietskörperschaften, des Bundes, des Landes und der Gemeinden. Und es wird auch die Opferbereitschaft unserer Bevölkerung erfordern.

Erfreulich ist, damit komme ich zu einem anderen Thema, die Bereitstellung eines Betrages von 25 Mio. S als erste Baurate für die neue Landes-Feuerwehrschule. Die große Bedeutung dieses Projektes werden andere Kollegen dartun, ich will lediglich darauf hinweisen und unterstreichen, daß damit auch das gerade für den Zivilschutz, den Schutz unserer Bevölkerung dringend notwendige Katastropheneinsatzzentrum realisiert werden kann. Dies soll ein Beweis für die Entschlossenheit der Regierungsfraktion sein, dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung zu entsprechen.

Nicht erfreulich und nicht verständlich ist der von der SPÖ angekündigte Antrag, einen Teil des für die Sicherstellung der Landesversorgung vorgesehenen Betrages von 2 Mio. S zu streichen. Mit diesem Budgetbetrag von 2 Mio. S wird für Krisenfälle die Versorgung unserer Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln Zucker, Reis, Kartoffeln, Fett und Milch, sichergestellt. Die SPÖ-Fraktion meint nun, so war es bisher zu hören, da dies auch mit einem Betrag von rund 1,3 Mio. S möglich sein müßte, weil im Jahre 1980 nicht mehr ausgegeben worden sei. Das Argument ist falsch. Ziel einer verantwortungsbewußten Politik muß es sein, diese Vorsorgelager stärker auszubauen und daher auch den vorgesehenen Budgetbetrag für diesen Zweck tatsächlich auszugeben. Dies gilt vorrangig gerade in der Zeit einer waffenstarrten Umwelt, in einer Zeit der Raketenarsenale und der atomaren Drohungen, der Atomunterseeboote in den Hoheitsgewässern eines neutralen Staates und in einer Zeit der Dauerkrise in und um Polen. Die ÖVP-Fraktion wird diesem SPÖ-Streichungsantrag eine deutliche Absage erteilen, damit im Krisenfall die Vorarlberger Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werden kann.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Wenn man den Ausführungen vom Kollegen Bernhard folgt und die Zahl von 28.000 Schutzplätzen etwas unter die Lupe nimmt, so mag die Zahl theoretisch stimmen, nur praktisch, Herr Kollege Bernhard, möchte ich keinem gönnen, daß er in die Lage versetzt wird, einen solchen Platz in Anspruch zu nehmen, denn sie würden daraufkommen, daß viele dieser Plätze nicht entsprechend adaptiert sind. Sie sind wohl baulich vorgesehen, aber man besichtige nur einmal die Zivilschutzräume im Krankenhaus, z.B. in Bregenz, so werden Sie feststellen, daß das Abstellräume sind. Und ich möchte nicht bei all den anderen Schulen und öffentlichen Gebäuden kontrollieren, ob ein Schutzraumwert und die Funktion gegeben ist. Das soll aber nichts daran ändern, daß es besser ist, diese 28.000 Schutzplätze zu haben, aber es wäre mit eine Aufgabe, und das habe ich schon mehrere Male im Landtag gesagt, daß man nicht nur trachten muß, diese Schutzplätze zu bauen, sondern sie auch so instand zu setzen, daß sie im Einsatzfalle zur Verfügung stehen.

Für mich, meine Damen und Herren, gibt es noch eine andere Überlegung zum Zivilschutz. Das Wort «Zivildienner» ist heute für den einen ein Reizwort, für den anderen eine Lebensauffassung. Die Zahl der Zivildienner wird immer größer und Vorarlberg ist im Prozentzuwachs gemessen in Österreich mit an der Spitze. Einige Vergünstigungen gegenüber dem Präsenzdienner tun das ihrige dazu, daß der Einzelne, vor allem wenn zu wenig Zivildienststellen da sind, sich die Chance ausrechnen kann, ob er aus seinem Beruf herausgerissen wird oder nicht. Zur Zeit will das Innenministerium, auch Kollege Bernhard hat das schon angedeutet, in allen Bundesländern den Schutzwert von Althäusern erheben.

Im Budget 1982 sind für den Ausbau von Zivilschutzstellen 1 Mio. S vorgesehen als Novität. Und die bestehenden Schutzräume sollten nach meiner Ansicht, wie vorhin schon angedeutet, in regelmäßigen Abständen auch gewartet werden. Dies führt zur Überlegung, ob es nicht gerechtfertigt wäre, Zivildienner in den Dienst des Zivilschutzes zu stellen, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren schon geschieht. Neben einer allgemeinen Ausbildung im Zivilschutz, sei es im Land oder an einer zentralen Stelle für ganz Österreich, könnte man diesen Zivildiennern Aufgaben stellen, die sie später im Rahmen des Zivilschutzes Funktionen leichter übernehmen lassen. Die einzige Frage, die derzeit als nicht gelöste Frage betrachtet werden kann, ist die Beaufsichtigung und Einteilung der Zivildienner, da z.B. der Zivilschutzverband mit einem Bediensteten dazu nicht in der Lage wäre, man denke nur an Urlaub oder Krankheit. Trotzdem ersuche ich den zuständigen Landesrat, diesen Einsatz von Zivildiennern zu prüfen, vielleicht wäre im Rahmen des Katastrophenzentrums in Feldkirch trotzdem ein solcher Einsatz möglich. Zivilschutz nur als Schutzraumbau gelten zu lassen, erscheint uns zu wenig, wenn man z.B. weiß, daß niemand dann im Falle eines Falles die Geräte zu bedienen weiß. Zu prüfen wäre, ob nicht ein Teil der Zivildienner sich selbst für diese Aufgabe melden würde und damit das nötige Engagement genützt werden könnte, nicht nur für die Zeit des Zivildienstes, sondern darüber hinaus tätig zu werden.

Zivilschutz, wie schon in der Generaldebatte erwähnt,

wird in Vorarlberg bisher gerade so am Leben erhalten, daß er nicht stirbt. Das ist unbefriedigend. Das Baugesetz sieht zwar den Bau von Zivilschutzräumen vor, aber die Durchführungsverordnung, die derzeit noch nicht auf alle Neubauten ausgedehnt ist, fehlt noch. Auch hier hat Kollege Bernhard bereits angezogen, daß es richtig wäre, diese Verordnung zu erlassen. Wichtig wären nach unserer Ansicht größere Schutzräume, wie sie z.B. Kollege Mayer im Finanzausschuß in Tiefgaragen erwähnte, oder in Mehrfamilienhäusern. Und zwar dies deshalb, weil die Baukosten pro Schutzplatz auch weitaus günstiger sind als in Einfamilienhäusern. Denn die Einrichtungen, wie Türen, Filter und Belüftung sind hier ein sehr wesentlicher Fixkostenbestandteil. Auch haben zu kleine oder zu große Schutzräume den Nachteil, daß hier auf engem Raum zusätzliche Probleme entstehen. Wir können daher dieselbe Aufforderung an die Regierung stellen wie Kollege Bernhard, daß die Regierung möglichst bald diese Verordnung gemäß § 14 des Baugesetzes über den Einbau von Zivilschutzräumen in Mehrfamilienhäusern erläßt. In diesem Sinne wäre neben der Million der zweite gewichtige Schritt in bezug auf den Zivilschutz gegeben.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Wolf.

Wolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren anlässlich der Budgetdebatte hatte ich an den zuständigen Landesrat die Anfrage gestellt, wann die entsprechenden Durchführungsverordnungen zum Katastrophen- bzw. zum Rettungsgesetz von der Landesregierung beschlossen werden, nachdem in beiden Gesetzen wichtige Punkte enthalten sind. Ich denke da insbesondere an die Katastrophenpläne, die durch die einzelnen Gemeinden zu erstellen sind, für die die Bürgermeister die Verantwortung haben, die aber an diese Verordnungen gebunden sind. Damals wurde mir als Antwort gesagt, es war nicht rechtzeitig möglich, diese Verordnungen zu erlassen, nachdem das Gesetz im Sommer 1979 beschlossen wurde, weil seitens der Bundesregierung noch keine Zustimmung über die Mitwirkung der Bundesgendarmerie vorliege. Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen. Es sind kleinere Verordnungen auf Grund der Gesetzeslage erlassen worden, aber die wesentlichsten fehlen immer noch. Herr Landesrat, ich möchte Sie schon im Interesse einer klaglosen Vollziehung dieser vom Landtag beschlossenen Gesetze ersuchen, daß diese Verordnungen ehestens erlassen werden, damit den Gemeinden jene gesetzlichen bzw. verordnungsrechtlichen Handhaben an die Hand gegeben werden, die eben erforderlich sind, um diese Katastrophenpläne zu erstellen.

In dem Zusammenhang hat sich in der letzten Zeit ein weiteres Problem eröffnet, das verschiedene Bürgermeister in große Verlegenheit bringt, nämlich ein oberstgerichtliches Urteil hat entschieden, daß Mitglieder der Lawinkommission sehr wohl zur Verantwortung gezogen werden können. Ich denke insbesondere, Bürgermeister im Bezirk Bludenz sind teilweise vor große Probleme gestellt worden. Es ist heute schwer, Kommissionsmitglieder zu finden, die ohne eine Ausbildung gehabt zu haben, nur auf Grund ihrer Erfahrung berufen werden und dann mitunter vor einem Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

In einer Presseaussendung konnte man lesen, daß Sie geäußert haben, daß sehr wohl diesen Kommissionsmitgliedern durch das WIFI Kurse zur Verfügung gestellt werden und daß hier eine Fortbildungsmöglichkeit, eine fachliche Ausbildung möglich ist. Ich glaube, hier hat sich das Land die Aufgabe etwas zu leicht gemacht. Wenn es auch teilweise Mitverantwortung der Gemeinden ist, so möchte ich doch hier zu bedenken geben, daß in erster Linie die zuständigen Behörden - ich denke jetzt insbesondere auf Bezirksebene - dazu berufen wären, entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Im Bezirk Bludenz geschieht dies teilweise jetzt in der Form, daß von den zuständigen Beamten in einzelnen Gebieten Aussprachen mit den Betroffenen durchgeführt werden. Aber eine generelle Ausbildungsmöglichkeit für solche Kommissionsmitglieder sollte m.E. unbedingt geschaffen werden, um die Verantwortung diesen Leuten, die sich im Interesse der Sache zur Verfügung stellen, nicht allzu groß werden zu lassen. Ich bitte Sie, diesbezüglich etwas zu unternehmen und dies nicht nur einzelnen Institutionen zu überlassen.

Wenn hier sowohl in der Generaldebatte als auch jetzt durch meine zwei Vorredner das Problem des Zivilschutzes in unserem Land angeschnitten wurde, so kann ich mich der Argumentation nicht verschließen und muß ebenfalls sagen, Zivilschutz ist bisher in Vorarlberg sehr stiefmütterlich behandelt worden. Ja, er ist geradezu vernachlässigt worden. Das Problem ist scheinbar für die Vorarlberger Landesregierung damit gelöst, daß man dem Vorarlberger Zivilschutzverband Mittel zur Verfügung stellt, die gerade knapp ausreichen, einen Beamten, den es seit eineinhalb Jahren gibt, zu bezahlen. Des weiteren sind m. E. alle anderen Möglichkeiten, die teilweise mit geringem Aufwand betrieben hätten werden können, nicht gemacht worden. Und dabei sollte gerade auf dem Sektor das Land als Vorbild wirken.

Wenn ich daran denke, daß hier vom Kollegen Bernhard erwähnt wurde, daß 28.000 Schutzplätze in Vorarlberg erfaßt wurden und daß mit der Million für die Stollenrenovierung vielleicht weitere 10.000 Schutzplätze zur Verfügung stehen, so muß ich schon sagen, Kollege Bernhard, Sie sind da weit von den Realitäten entfernt. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Alle Stollen zusammen 10.000 Plätze!) Im Finanzausschuß war von drei Stollen die Rede. Herr Landesrat, Sie haben ja nachher Gelegenheit, alle jene Leistungen aufzuzeigen, die das Land auf diesem Gebiet gemacht hat. Es wird da nicht unbedingt ein großer Zettel benötigt werden, stelle ich mir zumindest vor. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese 28.000 jetzt angeblich vorhandenen Schutzraumplätze in ganz wenigen Ausnahmen tatsächlich benützbar sind, und hier ist es in erster Linie in Bundesgebäuden, ich denke jetzt insbesondere an Bundesgymnasien, wo sie seinerzeit richtigerweise vom Land vorgeschrieben wurden und wo die Schutzplätze eben so eingerichtet wurden, daß sie benützbar sind.

Ich könnte mir vorstellen, daß man die Förderung von Tiefgaragen in Wohngebieten an eine weitere Bedingung bindet und eventuell entsprechend höhere Fördermittel zur Verfügung stellt, daß diese Tiefgaragen mit relativ geringen Kosten zu Schutzräumen umgebaut werden können, die zumindest einen einigermaßen vernünftigen

Schutz bieten, so wie dies meines Wissens auch bei den Tiefgaragenplätzen im Landhaus vorgesehen ist. (Zwischenruf: Leider nicht!) Um so bedauerlicher ist es, wenn dies beim Landhaus nicht möglich ist. Dasselbe gilt für die Krankenhausbauten, die wir im Land haben. Derzeit ist das Krankenhaus Dornbirn und Bludenz noch im Bau, dann können wir sagen, wir haben sämtliche Krankenhäuser neu gebaut. Und bei den wenigsten finden sich taugliche Schutzeinrichtungen. Es sind wohl Schutzräume vorhanden oder vorgesehen, aber sie sind anderen Zwecken zugeführt worden. (Zwischenruf Mayer: Die Schutzräume sind überall für die Benützung bereit!) Die Tiefgaragen z.B. hat auch der Rechnungshof in seinem Bericht über das Krankenhaus Dornbirn bekrittelt.

Ich möchte weiters darauf hinweisen, daß bereits in sechs Bundesländern die Schutzraumpflicht besteht. Hier könnte man mit relativ geringen Mitteln die Leute zu motivieren versuchen, jene Möglichkeiten, die gegeben sind, auszunützen. Dr. Längle von der VOGEWOSI hat in einer Anfrage dem Zivilschutzverband erklärt, daß in Mehrwohnhäusern mit mehr als sechs Wohnungen die zur Verfügung stehenden Landesmittel ausreichen würden, einen entsprechenden Schutzraum ohne finanzielle Mehrkosten einzurichten. Ich glaube, hier wäre die Möglichkeit zur Schaffung von Schutzraum ohne große Mehrkosten gegeben, wenn die Schutzraumpflicht auch tatsächlich eingegründet würde. Daß heute Mittel aus dem Landeswohnbaufonds zur Verfügung gestellt werden, hat dazu geführt, daß in den letzten drei Jahren insgesamt zwanzig Eigenheimbauer Schutzräume gebaut haben.

Eine weitere wichtige Aufgabe scheint mir in dem Zusammenhang, daß die Strahlen- und Grundschtzwerterhebung durchgeführt werden muß, um auch jene Möglichkeiten zu erfassen, wo heute ohne große finanzielle Aufwendungen Schutzräume zur Verfügung gestellt werden könnten. Tatsache ist, daß die Vorarlberger Landesregierung sich dem Problem nicht in jenem Ausmaß gewidmet hat, wie es von ihr zu erwarten gewesen wäre. Ich könnte mir vorstellen, daß wenn alle diese Möglichkeiten, die heute mit relativ geringen Mitteln realisiert werden könnten, seitens der Landesregierung genützt würden, wir in absehbarer Zeit doch für einen ansehnlichen Teil der Landesbevölkerung entsprechende Schutzräume zur Verfügung stellen könnten.

Vom Katastrophenzentrum in Feldkirch, das der Kollege Bernhard erwähnt hat, ist es mittlerweile zu einer Landes-Feuerweherschule gekommen, wie wir auch im Budgetansatz sehen können. Der Zivilschutzverband hat in diesem Katastrophenzentrum heute einen einzigen Büroraum zur Verfügung und bei der ganzen Planung wurden kaum die Interessen des Zivilschutzverbandes berücksichtigt. Ich glaube, der Ausdruck «Katastrophenzentrum» ist hier fehl am Platz.

Präsident: Das Wort hat Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß es wenigstens im Bereich des Zivilschutzes möglich scheint, daß alle drei Fraktionen

zumindest im Grundsätzlichen gleicher Auffassung sind, daß bisher die Ansätze gering waren und daß es richtig ist, eine Anstrengung für mehr Zivilschutz zu unternehmen. Eine Meinung, die nicht bei allen und bei jedem einzelnen Abgeordneten vorhanden ist, aber so scheint es doch, in der Gesamtheit zum Durchbruch kommt. Die Vermutung des Kollegen Wolf, daß wir der Meinung wären, mit einer Million Schilling könnten 10.000 Schutzplätze geschaffen werden, beruht auf einem Mißverständnis. Es stehen drei Stollen zur Auswahl. Sachverständige werden prüfen, welcher davon am ehesten in Frage kommt. Insgesamt stehen in den Schutzstollen aus dem Zweiten Weltkrieg 10.000 sanierungsfähige Plätze zur Verfügung, das sind aber weit mehr, als diese drei Stollen, die hier in die engere Wahl gezogen wurden. In die engere Wahl der Prüfung hat man jene Stollen gezogen, die erstens einer späteren Schutzraumplanung nicht im Wege sein können, weil sie sehr zentral gelegen sind und zweitens in einem baulichen Zustand sind, von dem man erwarten kann, daß mit relativ geringen Mitteln ein möglichst großer Effekt erzielt werden kann.

Ich bitte das so zu verstehen, daß wir nicht der Meinung sind, wir können mit einer Million Schilling 10.000 Plätze sanieren, das ist vollkommen unmöglich.

Es ist aber falsch, Herr Kollege Wolf, zu sagen, daß von den 28.000 bestehenden Schutzplätzen in erster Linie der Bund der Rechtsträger sei. Im Gegenteil, der Bund mußte gegen Widerstand dazu gebracht werden, auch in seinen öffentlichen Gebäuden die entsprechende Verpflichtung zur Kenntnis zu nehmen. Das Gros dieser Plätze (Zwischenruf Wolf: Beim Bundesgymnasium!) Ja, gerade dort, beim Bundesgymnasium, mußte er gezwungen werden. (Zwischenruf Wolf: Das stimmt nicht!) Nein, Herr Kollege Wolf, Sie sind offenbar nicht richtig informiert. Wir hatten größte Schwierigkeiten, den Bund dazu zu bringen, daselbe zu tun, was Gemeinden und Land selbstverständlich seit Jahren machen, nämlich wenigstens die baulichen Vorkehrungen in ihren öffentlichen Gebäuden für Schutzräume vorzunehmen. Das Gros dieser 28.000 Plätze steht im Eigentum des Landes und der Gemeinden.

Zur Klarstellung (Zwischenruf Dr. Häfele: Nur beim Landhaus geht es nicht!) wenn Sie mich gerade den Satz fertig sagen lassen. In allen öffentlichen Gebäuden des Landes, sowohl im Landhaus als auch in den Krankenanstalten des Landes sind selbstverständlich der verordnungsmäßigen Verpflichtung entsprechend Schulräume vorhanden. Worum es in dieser Diskussion im Finanzausschuß gegangen ist, waren nicht die Zivilschutzräume, die der verordnungsmäßigen Verpflichtung entsprechen, sondern ein darüber hinausgehendes Maß an Zivilschutzräumen in Tiefgaragen. Es ist also nicht so, daß das Land sowohl bei Spitälen als auch beim Landhaus seiner Verpflichtung nicht entsprochen hätte.

Zur Bezeichnung der Feuerweherschule möchte ich sagen, natürlich ist der größte Verband, der dort seine Heimstätte findet, der Landes-Feuerwehrverband, der immerhin mehrere Tausend Feuerwehrleute vertritt und auch eine erkleckliche Anzahl hauptberuflicher Angestellter hat. Also der Hauptraum, der in der Landes-Feuerweherschule oder in diesem Katastrophenzentrum in Anspruch

genommen wird, wird vollkommen zu recht vom Landes-Feuerwehrverband in Anspruch genommen. Der Zivilschutzverband verfügt über einen hauptberuflich Beschäftigten und hat einen Büroraum dort. Räume, Lagerräume für das Österreichische Rote Kreuz sind dort, auch der Österreichische Bergrettungsdienst hat dort Räume. Ich würde Wert darauf legen, daß bei der Planung alle diese Verbände mit einbezogen waren, also auch der Zivilschutzverband, und daß die Planung im Einverständnis mit diesen Verbänden stattgefunden hat, und daß an sich die Bezeichnung «Katastrophenzentrum des Landes» eine durchaus legitime wäre; nur ist die Art der Finanzierung zu Lasten der Feuerschutzsteuer so, daß es zweckmäßig erscheint, auf den Hauptverwendungszweck dieses Katastrophenzentrums, nämlich als Zentrale des Landes-Feuerwehrverbandes und Schulungszentrum des Landes-Feuerwehrverbandes hinzuweisen. Ich glaube, daß beide Bezeichnungen legitim sind. Ich möchte auch noch erwähnen, daß dieses Katastrophenzentrum für die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung im Katastrophenfall und auch im Zivilschutzfall eine ganz zentrale Bedeutung haben wird. Wir sind bemüht, nicht nur durch diese Zivilschutzmillion, sondern auch durch die Investition im Bereich des Katastrophenzentrums oder der Landes-Feuerweherschule einen sichtbaren Schritt zur Verbesserung der Verhältnisse der Sicherheit im Land zu erreichen.

Präsident: Das Wort hat nun Herr Landesrat Dipl.-Vw. Gasser.

Dipl.-Vw. Gasser: Hohes Haus, meine sehr geehrte Dame, meine sehr geehrten Herren Abgeordneten! Zur Frage der Feuerweherschule und des Katastrophenzentrums hat der Klubobmann der ÖVP bereits treffend Stellung bezogen. Ich möchte aber ergänzend noch das eine bemerken, daß ich es sogar ablehnen würde, wenn der Zivilschutzverband sich nun als mobile Truppe entwickeln würde. Es genügt, daß wir die Feuerwehren haben, um im Einsatz in den Gemeinden tätig zu sein. Und Sie können jeden Bürgermeister fragen und die Gemeindeverantwortlichen, daß für die umfassende und universale Schutzfunktion die Feuerwehren in unserem Land optimalst ausgerüstet sind. Der Ausrüstungsstand ist hervorragend. Die Männer, die hier freiwillig ihre Arbeit machen, haben nicht nur für den Wehrgedanken bei Feuereinsatz und bei anderen Katastrophen einzutreten, sondern sind zu einer echten Universalwehr geworden. In diesem Sinne ist die Universalwehr auch in der Lage, dem Zivilschutzgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, ähnlich wie in der Schweiz. Was flankierend in der Schweiz noch gegeben ist, ist die Verquickung mit den sozialen Diensten und insbesondere die Verquickung mit dem Roten Kreuz. Bei uns gibt es neben den Feuerwehren natürlich das Rote Kreuz. Wenn man dann noch diese beiden Dinge miteinander als freiwillige Einrichtungen zusammenschließt, ist die Klammer gegeben. Ich darf also betonen, daß sicherlich dies eine sehr wertvolle Möglichkeit ist. Es wird nun bei der Landesfeuerweherschule die Vorlage des Raumprogrammes, das einmütig abgestimmt wurde mit allen Institutionen,

die dort als Träger Einzug halten, in der Regierung verabschiedet und es wird das behördliche Genehmigungsverfahren so wir hoffen März/April in der Stadt Feldkirch abgewickelt werden können, sodaß dann die Ausschreibung der Baumeisterarbeiten erfolgen könnte, und wir rechnen mit einem Baubeginn mit Mitte des kommenden Jahres. Zur zivilen Landesverteidigung darf ich das eine sagen. Hier existiert ein ausgereiftes Konzept, das mit dem Zivilschutzverband abgestimmt ist, wo wir feststellen dürfen, daß ohne Schutzräume eine wirksame zivile Landesverteidigung sicherlich nicht möglich ist. Als Fernziel ist die Verfügbarkeit eines Schutzraumplatzes für möglichst viele Vorarlberger - ideal wäre für alle - anzustreben. Daß es eine Utopie wäre zu glauben, daß dies rasch gemacht werden kann, ist wohl jedem einleuchtend. Zur Zeit gibt es keine rechtliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen bei öffentlichen Gebäuden, bei anderen Gebäuden besteht mit einigen Ausnahmen eine gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen, die allerdings mangels Durchführungsverordnung nicht anwendbar ist. Ich darf betonen, daß seit zwei Jahren der Antrag der zuständigen Abteilung und des zuständigen Referenten gegeben ist, daß man sich bemüht, eine Bauverordnung in diesem Sinne zu erlassen, und es sind hier noch Vorabklärungen getätigt worden, und ich hoffe, daß doch anfangs nächsten Jahres dies erfolgt, weil ich nur einen Erfolg in dieser Arbeit sehe, wenn auch wirklich in den Mehrfamilienhäusern es zwingend vorgeschrieben wird. Dies müssen wir ganz deutlich fordern. Das habe ich vor zwei Jahren bereits dargelegt. Es ist nun zu erwarten, daß die Abteilung Raumplanung und Baurecht hier tätig wird. Ich darf auch betonen, daß für etwa 10% der Bevölkerung ein Schutzraumplatz zumindest auf dem Papier zur Verfügung steht, denn das, was der Abg. Mader gesagt hat, ist richtig. Nur meine Damen und Herren, wir dürfen natürlich nicht vergessen, die gesamte zivile Vorsorge kann nur so gut sein, wie an und für sich das Bewußtseinsbild der Bevölkerung in diesen Dingen ist. Es liegt aber auch am Hohen Haus, und ich bin dankbar, daß erstmalig eine Million Schilling genehmigt wurde. Es gab bisher noch keine Anträge in diesem Sinne, erstmalig ist ja dieser Antrag dieses Jahr gekommen. Ich möchte allen Initiatoren Dank sagen. Etwas ist nämlich doch zu bemerken: Es kann in der Hinsicht nur etwas getan werden, wenn Mittel vorhanden sind. Und unter diesem Blickwinkel ist hier eine Verbesserung der Situation auch durch verschiedene andere Maßnahmen noch erwirkt worden. Einmal ist, ich darf wiederholen, die Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen in Mehrfamilienhäusern, dann die Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen in Tiefgaragen ebenfalls m.E. eine richtige und wertvolle Vorgangsweise, wobei es hier bei den Bautechnikern immer wieder Argumente dagegen gibt, daß es nicht möglich sei wegen der Trümmersicherheit, wegen der Schleusen, die dort angebracht sind. Es liegt auch der Verdacht nahe, daß in manchen anderen Ländern, wo das gemacht wird, man rein optisch vorgeht. Aber auf jeden Fall muß dieser Schritt getan werden, daß hier die Voraussetzungen geschaffen werden. In der Hinsicht bin ich ebenfalls der Auffassung. Wir haben immer wieder bei der VOGEWOSI darauf aufmerksam gemacht. Die VOGEWOSI hat bereits

solche Bauvorhaben grundsätzlich realisiert, und es wird in der nächsten Zeit aufgrund dieser Verordnung möglich sein, dies auch zwingend allen anderen vorzuschreiben. Neuerliche und gründliche Erhebungen über den Zustand der Schutzstollen aus dem Zweiten Weltkrieg haben ergeben, daß die sicherlich zum Teil sanierungswürdig sind. Die Verhinderung des weiteren Verfalles und der Ausbau von einigen Musterstollen ist anzustreben. Die Anregung, beim Bund - wobei diese ganzen Arbeiten natürlich nur im Zusammenwirken mit dem Zivilschutzverband erfolgen - durch Änderung des Bundesstraßengesetzes die Finanzierung von Schutzräumen im Citytunnel in Bregenz aus Straßenbaumitteln zu ermöglichen, wurde ebenfalls eingebracht, aber es wurden dort keine Möglichkeiten gesehen aus verschiedenen Gründen. Wir haben dies auch gleichzeitig beim Ambergtunnel gefordert, und hier ist es ebenfalls abgelehnt worden, wie auch schon vor Jahren beim Pfändertunnel. Eingeleitet wurde die Strahlenschutz- bzw. Grundschutzwerterhebung bei Altbauten, die Erstellung eines Schutzraumkonzeptes wurde erarbeitet, eine Schutzraumplanung, und zwar ist hier ein Team von Zivilingenieuren beieinander gewesen, es ist sicherlich noch einiges abzuklären, wobei wir hier regionale Schwerpunkte setzen müssen. Der Neubau öffentlicher Sammelschutzräume wäre dann die nächste Stufe. Und die Anregung beim Bund zur Klarstellung der Zuständigkeiten und der Finanzierung des Bereiches der zivilen Landesverteidigung wäre begrüßenswert. Hier gibt es in dieser Frage gewisse Auffassungsunterschiede. Ich will nicht sagen zwischen dem Land Vorarlberg, sondern zwischen den österreichischen Bundesländern und dem Bund. Mir schiene die tragfähigste Lösung, eine § 15 a-Vereinbarung zu treffen zwischen dem Bund und den Ländern, daß man hier zielstrebig gemeinsam diese Möglichkeiten und Verpflichtungen realisiert.

Zur weiteren Frage, die gestellt wurde in der Angelegenheit des Zivildienstes, ist zu bemerken, daß die Zuständigkeit beim Zivildienstgesetz, die Anerkennung von Einrichtungen als geeignete Träger des Zivildienstes ist, dann die Berufungsinstanz betreffend Bescheide der Bezirkshauptmannschaften und die behördliche Überwachung der Pflichten, die sich aus dem Zivildienst für den Zivildienner ergeben. Ich darf daran erinnern, daß wir in unserem Bundeslande inzwischen 152 Plätze haben. Es sind noch 20 zur Begutachtung beim Bundesministerium. Wir haben uns bemüht - und sind laufend daran - wo eine Möglichkeit besteht, diese Zivildienstplätze auszubauen. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, daß hier der Träger die Gemeinde sein soll, in der Hinsicht, daß wir auch dann, wenn im sozialen Bereich, sei es für die Jugendbetreuung, sei es für die Altenbetreuung und wie immer, ein Einsatz erfolgt, an und für sich die Hauptverantwortung und die Koordinierung die Gemeinde haben soll. Und daher wurde der Stadt Feldkirch, der Stadt Bregenz und auch anderen bereits eine Genehmigung erteilt, und es wird auch für die Marktgemeinde Götzis und die Stadt Bludenz und andere Gemeinden, selbstverständlich auch für das Marktgemeindeamt Hohenems, erfolgen.

Zur Frage der Zivildienner des Abg. Dr. Mader, ob die nicht richtigerweise in den Zivilschutz eingegliedert werden

könnten: Hier gibt es Möglichkeiten, wir haben sie im Rahmen der verschiedensten Einrichtungen des Roten Kreuzes, wir haben sie im Rahmen des Landes-Feuerwehrverbandes, wir werden auch, sobald die Landes-Feuerwehrschule oder Katastrophenzentrum, wie wir es nennen wollen, errichtet ist, die Grundausbildung der Zivildienner dort machen. Hier gibt es eine Absprache mit dem Innenministerium so wie in allen anderen Bundesländern, daß so wie beim Militärdienst, nur eine anders geartete Grundausbildung allgemeiner Natur erfolgt. Durch erste Hilfe und alle möglichen Dinge, die einfach wichtig sind, denken wir, daß eine Zuwendung zum Zivilschutz etwas sehr Wertvolles und Notwendiges wäre. Hier ist nur eine Schwierigkeit: bisher gibt es keine Möglichkeit, sie den militärischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen oder zu unterstellen. Das heißt, es bleibe dann nur die Lösung, sie wieder einer Trägerschaft des Roten Kreuzes oder einer Trägerschaft des Feuerwehrverbandes zu unterstellen, weil in Österreich eine strenge Trennung zwischen dem militärischen Bereich und dem Bereich des Hills- und Rettungswesens gegeben ist. In der Hinsicht wird es sicherlich noch Gespräche geben, man wird Lösungen finden müssen, wobei es nicht absolut darum geht, sie dem Militär zu unterstellen, es geht aber darum, daß eine sinnvolle Verwendung und ein sinnvoller Einsatz und eine Koordinierung mit einer Beaufsichtigung und einer Führungsstruktur möglich ist.

Der Kollege Wolf hat dann die Durchführungsverordnung zum Katastrophenplan und zum Rettungsgesetz dargelegt. Ich darf dazu sagen, daß wir im Rettungswesen an und für sich alle Vorbereitungen erledigt haben. Es ist so, daß noch ein Vertrag, beim Roten Kreuz sind die Vertragsausarbeitungen abgeschlossen, noch offen sind zwei, drei Rettungsstellen in Vorarlberg. Da hoffen wir, daß demnächst doch eine Klarstellung durch den Landesverband erfolgt, und es wird nach diesem Muster des Roten Kreuzes auch mit dem Bergrettungsdienst eine entsprechende Ausarbeitung vertraglich vorgenommen. Die Durchführungsverordnung betreffend die einzelnen Katastrophenpläne der Gemeinden wird noch in diesem Jahre in der Landesregierung verabschiedet. Nachdem die Gemeindeverbandszustimmung bisher noch nicht erfolgt ist - es ist hier ein laufendes Abstimmen mit den Gemeinden notwendig gewesen, weil natürlich die Gemeinden sich sehr bemüht haben, hier den Rahmen nicht zu weit werden zu lassen, um das ganze in der Exekution möglichst ökonomisch zu gestalten. Es wird natürlich für jede Gemeinde ein Musterkompendium erarbeitet, es ist also ein sehr umfassender Plan, wo vor allem aber auch deutlich alle Einrichtungen infrastruktureller Natur, die mit dem Hilfs- und Rettungswesen zu tun haben, in der Gemeinde dokumentiert sind, mit jeder Anlaufadresse, mit jeder Telefonnummer, die notwendig ist bei einem Einsatz. Und dies ist eine sehr wertvolle Arbeit, die in einzelnen Gemeinden sicherlich schon gemacht wurde, nicht in dieser geordneten Form, aber nun in den meisten Gemeinden vorsichtig ausgedrückt, gemacht werden muß aufgrund dieser Verordnung. Dies wird noch dieses Jahr erfolgen. Wobei ich nochmals sagen darf, es gab noch keine Zustimmung des Gemeindeverbandes, die ist noch ausständig. Ich hoffe.

daß die jetzt noch eintreffen wird.

Zur Frage der Lawinenkurse ist zu sagen, daß der Lawinenwarndienst in unserem Lande hervorragend funktioniert. Der Lawinenwarndienst steht polizeilich unter der Leitung der Abteilung Ia, als Gutachter fungiert bei uns das Landeswasserbauamt unter der Federführung des Herrn Dipl.-Ing. Längle, der ein sehr versierter Kenner der Situation ist. Wir haben nicht nur die Möglichkeiten österreichischer Forschungsstätten, sondern nutzen auch die Erfahrungen von Weißfluh Joch-Davos, was ebenfalls ein Vorteil ist. Und es ist so, daß wir in unserem Lande ein gut ausgebildetes Netz von Beobachtungsstationen haben. Es ist so, daß verschiedene Kurse durchgeführt werden bei Beobachtungsstationen, auf der Alpe Rautz. Es ist so, daß dem Lawinenwarndienst zehn Stationen zur Verfügung stehen, die täglich frühmorgens ihre Beobachtungswerte durchgeben und über Lawinenaktivitäten bzw. über Lawinengefahr fernmündlich berichten. Die einzelnen Stationen sind sowohl lage- als auch höhenmäßig über das Vorarlberger Bergland verteilt und berücksichtigen insbesondere die Wintersport- und Tourenzentren unseres Landes. Es handelt sich um Stationen in Braz, im Brandnertal, in Brand selbst, im Großen Walsertal in Raggal und Faschina, im Bregenzerwald im Hochtannberggebiet, Damüls, Körbersee, dann im Kleinen Walsertal in Mittelberg, im Arlberggebiet Zürs, im Montafon Silvretta Nova sowie auf Vermunt. Ich darf außerdem darauf hinweisen, daß auch eine gute Zusammenarbeit mit der ÖBB gegeben ist und insbesondere mit dem Landesstraßenbauamt, das ebenfalls eigene Experten dafür eingesetzt hat. Lawinenkurse werden nicht bei den zuständigen Behörden durchgeführt, sondern hier ist es einfach Aufgabe, daß wir die Referenten zur Verfügung stellen. Die Referenten werden vom Amt der Landesregierung zur Verfügung gestellt, einmal unsere hauseigenen Sachbearbeiter und Fachleute und dann Experten von Davos Weißfluh-Joch. Kurse werden im WIFI Dornbirn durchgeführt. Es sind aber keine eigentlichen WIFI-Veranstaltungen, sondern es ist nur der Ort der Veranstaltung. Es ist also nicht als eine WIFI-Veranstaltung in dem Sinne zu deklarieren. Sie werden durch uns organisiert und auch durchgeführt. An ihnen nehmen die Lawinenkommissionsmitglieder teil. Straßen- und Lawinenkommissionen bestehen in den einzelnen Orten generell. Zur Entscheidung des Oberstgerichtes ist zu sagen, daß wir, als dies bekannt wurde, uns bemüht haben, hier einen Versicherungsschutz zu realisieren, weil dies die deutlichste Möglichkeit ist. Wir haben einen Vorschlag dem Gemeindeverband unterbreitet, daß die Gemeinden, die jeweils betroffen sind, 30 Prozent an Beiträgen leisten, das Land 70 Prozent, und daß wir auch ein Ansuchen an andere Körperschaften gerichtet haben, sich eventuell daran zu beteiligen. Nach diesem Kostenschlüssel könnten wir uns vorstellen, daß wir diese Lawinenkommissionen auch optimal versichern, und ich hoffe, daß wir mit 1. Jänner kommenden Jahres diesen Versicherungsschutz gewährleisten können. Die diesbezüglichen Offerte wurden eingeholt, und es wird Aufgabe noch der nächsten 14 Tage sein, hier eine Lösung im Einvernehmen mit dem Gemeindeverband, stellvertretend für die Gemeinden zu finden. Zusammenfassend ist zu sagen,

daß diese Organisation des Warndienstes hervorragend ausgebaut ist, wir immer auf die Hilfe Freiwilliger angewiesen sind. Und etwas muß ich auch noch ganz deutlich betonen, daß in dem Zusammenhang es notwendig ist, daß die dortigen Mitarbeiter über Lokalkenntnisse verfügen. Es nützt nichts, wenn wir bestens geschulte, beinahe wissenschaftlich geschulte Mitarbeiter hätten, die nicht über die nötige Bergerfahrung und über die nötigen lokalen Kenntnisse verfügen. Das heißt, es wird immer notwendig sein, sozusagen zentral in Bregenz und in den Bezirken Fachberichte zu haben und fachliches Urteil zu geben, aber letztlich können wir es nicht ersparen, dem zuständigen Bürgermeister die Entscheidung zu überlassen, ob er in einem Ort wie Warth, wo er abgeschlossen ist, dort oder in einem anderen Bereich Sperren verfügen muß. Dazu dienen diese Lawinenkommissionen, die eine Gutachterfunktion hatten und nichts anderes. Und diese Gutachter entscheiden letztlich nicht, sondern entscheiden muß die zuständige Behörde, auf örtlicher Ebene der Bürgermeister, auf Bezirksverwaltungsebene die Bezirkshauptmannschaft und auf Landesebene die Landesregierung.

Präsident: Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Damit ist die Diskussion zur Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit abgeschlossen. Wir unterbrechen nun die Sitzung bis morgen früh, 9.00 Uhr. Darf ich darauf hinweisen, daß über Wunsch eines Kollegen eine Vorverlegung der Gruppe 7 stattfindet, die wir morgen wahrscheinlich im Anschluß an die Gruppe 2 abwickeln wollen.

(Die Sitzung wird um 20.35 Uhr unterbrochen und am 3.12.1981 um 9.00 Uhr wieder fortgesetzt.)

Präsident: Geschätzte Damen und Herren! Wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort und kommen nun zum Kapitel 2 in unserer Spezialberatung zum Budget 1982. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung zur Gruppe 1 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Aberer: Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Die Ausgaben dieser Gruppe beziffern sich auf 1.162.429.000 S oder 22.21% der Gesamtausgaben und die Einnahmen belaufen sich auf 961.853.000 S oder 18.54% der Gesamteinnahmen.

Im Abschnitt 208 sind die Pensionen der Landeslehrer mit 144.8 Mio. als Ausgabe gesichert, die Refundierung durch den Bund ist ebenfalls mit 144.8 Mio. vorgesehen.

In den Abschnitten 210 und 213 werden für die Pflichtschulen die Aufwände mit S 784 Mio. und die Bundesersatzes von S 756.7 Mio. ausgewiesen.

Für berufsbildende Pflichtschulen werden in den Abschnitten 220 bis 222 insgesamt 122.7 Mio. an Ausgaben vorgesehen, wobei selbstverständlich der Personalaufwand den Sachaufwand um Vieles übersteigt.

Die vorschulische Erziehung, sprich Kindergärten, erfahren eine Dotierung von 42.5 Mio., dies ist eine Steigerung von 4 Mio. gegenüber dem Jahre 1981. Gerade die enorme Kindergartendichte in unserem Land erbringt diese hohe Steigerung.

Auch die außerschulische Jugenderziehung erfährt eine weitere Steigerung, sicher eine Konsequenz auf das vom Vorarlberger Landtag verabschiedete Jugendgesetz, eine besondere große Steigerung erfährt der Ansatz «Beiträge zu den Betriebskosten von Jugendzentren», der von 1 Mio. auf 1.5 Mio. angehoben wurde.

Die Sportförderung erfährt ebenfalls eine spürbare Erhöhung. Hier sind erstmals drei neue Voranschlagsstellen aufgenommen worden und zwar, Beiträge zur Bergführer- und Schlehlerausbildung 71.000, Förderung von Nachwuchsmannschaften bei gesamtösterreichischen Bewerbungen 200.000 sowie Beiträge an gemeinnützige Einrichtungen (Vereine) zur Sanierung von Sportstätten (900.000). Der Breiten- und Spitzensport wird von 4.9 auf 5.4 Mio. im Förderungsansatz angehoben, hier soll insbesondere die Bezuschussung der Spitzensportleruntersuchung im Sportmedizinischen Institut ermöglicht werden.

Auch der Beitrag für den Mannschaftssport wird von 900.000 auf 1.2 Mio. angehoben. Eine Erhöhung, die durch Diskussionen im Landessportbeirat und in der Öffentlichkeit im Frühjahr dieses Jahres ganz besonderes in den Vordergrund getreten ist. Drei Anträge der SPÖ wurden in dieser Gruppe gestellt und fanden nicht die Mehrheit:

240004 7305 010 Zuschüsse zum Personalaufwand der Kindergärten um 7 Mio. zu erhöhen, um somit einen 60%igen Landesbeitrag zu fixieren.

279005 7670 066 Beiträge an die Diözese zur Förderung der Ehe- und Familienbildung, die Dotierung von 500.000 sowie den ganzen Ansatz ersatzlos zu streichen.

28402 Dokumentationsstelle der ARGE Alp von 1.094.000 um den Betrag von 77.000 auf 1.017.000 zu kürzen.

In meinen handschriftlichen Aufzeichnungen habe ich allerdings die ersatzlose Streichung der Ausgaben wie Einnahmenansätze von 1.094.000 bzw. 1.017 000 vorge-merkt, der schriftliche Antrag beinhaltete dann schließlich nur die Hingabe von Landesmitteln für die ARGE Alp Dokumentationszentrum. Diese Haltung würde immerhin bedeuten, daß die gesamte Ablehnung seitens der SPÖ nun doch nicht gegeben ist.

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zur Gruppe 2. Wir teilen neuerlich die Themen, und zwar zunächst Unterricht und Erziehung und dann als zweites Sport und Wissenschaft. Das Wort hat Herr Vizepräsident Professor Heinzle.

Mag. Heinzle: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Aufwand für die Besoldung der Lehrer an den allgemeinbildenden Pflichtschulen ist im Voranschlag 1982 um 11.73% oder 79 Mio. S höher angesetzt als im Vorjahr. Diese beachtliche Ausweitung der Kosten ist nicht nur auf die leichte Erhöhung der Gehälter ab 1. Jänner zurückzuführen, sondern auch auf den Umstand, daß der Stand an Pflichtschullehrern mit Beginn dieses Schuljahres wieder um 60 Lehrpersonen erweitert werden konnte. Damit hat sich die Versorgung unserer Pflichtschulen mit Lehrern neuerdings verbessert. Und dies bei abnehmenden Schülerzahlen und gleichbleibenden Klassenzahlen. Dies bedeutet eine weitere Verbesserung

der Schüler-Lehrer-Relation mit der positiven Wirkung, daß der Unterricht und die Mitwirkung an der Erziehung persönlicher und damit erfolgreicher vor sich gehen kann.

Die Entwicklung in Vorarlberg geht konform mit der gesamtösterreichischen Entwicklung. Heuer entfallen in Österreich auf tausend Schüler aller Schularten siebenzig Lehrer. Im Jahre 1970 waren es noch achtundvierzig. Die Lehrpersonalkosten sind von 6.1 Mrd. S im Jahre 1970 auf mehr als 24 Mrd. S gestiegen. Die Ausgaben für Bildung, diese «Investition in den Menschen», um mit Professor Andreae zu sprechen, wird, so hoffen wir, auf weitere Sicht ihre Früchte tragen, auch im Hinblick auf den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Das Land Vorarlberg ist Schulerhalter bei den berufsbildenden Pflichtschulen. Über 63 Mio. S wird das Land aus eigenen Mitteln im kommenden Jahr für den Anlagen-, Personal- und Sachaufwand der Berufsschulen in Bludenz Bregenz. Dornbirn, Feldkirch. Lochau und der Landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschule in Hohenems ausgeben. Unsere Berufsschulen sind bestens ausgestattet in baulicher Hinsicht, aber auch hinsichtlich ihrer Einrichtungen und moderner Lehrmittel, und sie brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Bei der Berufsschule Bregenz ist ein Erweiterungsbau notwendig geworden, für den ein erster Ansatz im Voranschlag enthalten ist. Die Berufsschulen dienen der allgemeinen und fachtheoretischen Ausbildung der Lehrlinge, die in den kaufmännischen und gewerblichen Lehrbetrieben ihre praktische Ausbildung erhalten.

Die Brücke zwischen den Hauptschulen und der Lehrlingsausbildung in Betrieb und Berufsschule könnte und sollte der Polytechnische Lehrgang sein, der immer noch zu wenig Anerkennung findet, obwohl er in den letzten Jahren wesentlich verbessert wurde und ab heuer mit Leistungsgruppen in Deutsch und Mathematik, mit Förderunterricht und mit einem neuen Lehrplan ausgestattet ist. Immer noch bevorzugen zahlreiche Schüler-Eltern die erste Klasse einer weiterführenden Schule als Ersatz für den Polytechnischen Lehrgang. Daß dieser Weg vielfach nicht im Interesse der Schüler liegt, zeigt stellvertretend für andere die Erfahrung aus der ersten Klasse einer Handelsschule. An der Bundeshandelsschule Feldkirch haben am Ende des Schuljahres 1980/81 von 164 Absolventen der ersten Klasse nur die Hälfte das Schuljahr positiv, erfolgreich, abgeschlossen. Von den übrigen 82 Schülern waren 49 mit einem oder zwei Nichtgenügend zur Ablegung von Wiederholungsprüfung berechtigt. Von diesen sind nur 25 zur Wiederholungsprüfung angetreten, und nur 15 haben sie bestanden. Von den 164 Schülern der ersten Klasse sind also nicht weniger als 67 auf der Strecke geblieben. 20 davon sind als Repetenten im neuen Schuljahr wieder aufgetaucht und 47 haben in einen praktischen Beruf hinübergewechselt. Zumindest diese 47 hätten vom Polytechnischen Lehrgang weit mehr profitiert, der sie ihrer Begabung entsprechend besser auf den künftigen praktischen Beruf vorbereitet und ihnen einen positiven Abschluß der Pflichtschulzeit und damit auch einen besseren Einstieg ins Berufsleben ermöglicht hätte. Es wäre m.E. notwendig, daß die Eltern vermehrt auf diesen Umstand hingewiesen und daß auch im Zuge der Berufs- und Bildungsberatung in den Hauptschulen die Weichen entsprechend gestellt werden.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort zum Thema Unterricht, Erziehung? Herr Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt kaum einen Bereich in unserem gesellschaftlichen Dasein, der laufend so enormen Veränderungen unterworfen ist wie gerade jener der Bildung und Ausbildung. Neue wissenschaftliche und technologische Entwicklungen zwingen daher, gerade diese Bereiche der gesellschaftlichen Wirklichkeit anzupassen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Diese Erkenntnisse haben sich überall durchgesetzt, nur nicht bei der ÖVP, sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene.

Bei den Beratungen zum Budget 1982 ist im Finanzausschuß von ÖVP-Abgeordneten wieder einmal der dümmliche Begriff der «Zwangstagsschule» gefallen. Meine Damen und Herren von der ÖVP, was soll dieser Begriff, was soll es, die Ganztagschule als Zwangstagsschule zu bezeichnen? Die Ganztagschule soll ein Angebot sein und auf Freiwilligkeit beruhen. Die Ganztagschule ist eine Schule mit vielen Vorteilen für Kinder und Eltern.

1. Lernen und Freizeit wechseln sich einander bei der Ganztagschule sinnvoll ab. So kann auf den Leistungsrhythmus der Kinder, der im Laufe des Tages ja bekanntlich schwankt, Rücksicht genommen werden.

2. Vor allem für berufstätige Eltern ist die Ganztagschule eine wertvolle Entlastung. Sie ist aber kein Zwang, denn die Eltern können sich frei entscheiden, ob ihr Kind in die Ganztags- oder in die Halbtagschule gehen soll.

3. Neuerungen in Schulorganisation und Lehrstoff können am besten in einer Ganztagschule Rechnung getragen werden. Denn sie ermöglicht am besten das Eingehen auf die individuelle Fähigkeiten eines Schülers.

4. Den Schülern steht ein sinnvolles Freizeitangebot zur Verfügung, wie Sport, künstlerische Betätigung und ähnliches. Die Kinder wachsen außerdem mit Gleichaltrigen aus allen sozialen Schichten auf, was zum besseren Verstehen, zu mehr Toleranz, zum Abbau von Vorurteilen führt.

Und schließlich 5. Die Schüler bekommen bei ihren Aufgaben Unterstützung durch geschultes Lehrpersonal. Der Lehrstoff an den Schulen ist heute bereits so beschaffen - das wissen glaube ich alle - daß Eltern den Kindern kaum mehr bei ihren Aufgaben helfen können. In der Ganztagschule erledigt dies das geschulte Lehrpersonal. Gesamthaft gesehen kann man dazu sagen, daß die Ganztagschule eine kinder- und eine familienfreundliche Schule ist. Wenn das Kind nach Hause kommt, sind alle Aufgaben und Übungen gemacht und die Eltern können ihre Freizeit tatsächlich mit den Kindern verbringen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Ganztagschule als Zwangsschule bezeichnet, frage ich Sie, wie benennen Sie beispielsweise die landwirtschaftliche Fachschule in Hohenems oder das Gymnasium in der Mehrerau oder die Privatschule Sacre coeur in Riedenburg oder alle anderen Internate? In diesen Schulen gelten zum Teil oder sogar noch weitergehende Kriterien wie bei der Ganztagschule. Wenn im Zusammenhang mit der Schule Riedenburg beispielsweise von Zwang geredet würde, dann dahingehend, daß z.B. die Mädchen nicht auswählen

dürfen, ob sie einen schwarzen oder einen roten Rock anziehen sollen, denn es wird ihnen ein blauer Rock aufgezwungen. (Zwischenruf: Überall Blau!)

Hohes Haus! Als ihren Erfolg verkauft die Vorarlberger Landesregierung u.a. in der Rundfunksendung des Herrn Landeshauptmannes vom 19. September 1981, daß es mehr Schulklassen gibt, obwohl im Pflichtschulbereich die Schülerzahl sich verringert hat. Das ist richtig und war einerseits möglich durch die gewaltigen Leistungen der Gemeinden auf dem Pflichtschulbausektor und andererseits durch die Zunahme der Lehrpersonen, was ebenfalls grundsätzlich zu begrüßen ist, weil in kleineren Klassen pädagogisch besser gearbeitet werden kann. Diese Leistung, die Zurverfügungstellung von mehr Lehrpersonen, erbringt jedoch in erster Linie der Bund, da ja die Gehälter der Pflichtschullehrer vom Bund refundiert und die Lehrer an höheren Schulen ohnehin vom Bund bezahlt werden. Die 30 Mio. S Unterschied, die im Budget ausgewiesen sind, ergeben sich aus Beiträgen des Landes an die Gemeinden zum Bau von Pflichtschulen sowie aus Bezugsvorschüssen und den freiwilligen Sozialleistungen.

Der Ausbau des Schulwesens im Bereich der höheren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen wird ebenfalls gerne von der Vorarlberger Landesregierung als ihr Erfolg verkauft. Wohlweislich verschweigt sie dabei, daß der Bau und die Erhaltung von höheren Schulen dem Bund obliegt. Das Land gewährt dazu Zinszuschüsse, beispielsweise sind für 1982 im Budget dafür 1.9 Mio. S ausgewiesen. Ich möchte nur einige Beispiele aufzählen, welche Bundesschulen in den letzten drei Jahren in Vorarlberg errichtet wurden. So der Zubau zum Bundesschulzentrum in Bludenz und ebenso der Zubau zum Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium in Bludenz, der Neubau des Oberstufenrealgymnasiums in Egg konnte ebenfalls fertiggestellt werden. Eine Schulform, die besonders wichtig ist, meine Damen und Herren, um das bestehende und von der ÖVP so vehement verteidigte dreigliedrige Schulsystem nicht zu einer Einbahnstraße werden zu lassen. Weiters konnte eine berufsbildende höhere Schule in Rankweil, die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe, eingerichtet werden. Gerade diese Schule ist ein weiteres Beispiel, wo sich die Vorarlberger Landesregierung im «Vorarlberger Bericht» mit einer Bundesleistung rühmte. (Zwischenruf Dr. Keßler: Eine gemeinsame Leistung!) Das ist eine gemeinsame Leistung mit sehr großer Mithilfe des Bundes. Allein durch diese Beispiele sind vom Bund mit einem Baukostenaufwand von insgesamt 286.4 Mio. S 2.610 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen worden.

Meine Damen und Herren! Die Sozialisten haben in ihrem Parteiprogramm als ein Ziel die Demokratisierung aller Lebensbereiche enthalten. Auch die ÖVP, die ÖVP Vorarlberg, plädiert in ihrem Programm für einen Ausbau der demokratischen Möglichkeiten. Die politische Praxis sieht leider etwas anders aus. Zwei ganz kleine Beispiele aus dem Schulbereich: das eine bezieht sich wie schon oft auf die Bevormundung der Lehrer. Im Jänner dieses Jahres wurde vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst Vorträge zur Zeitgeschichte aus dem Themenbereich Nationalsozialismus, Neonazismus, mittels eines Schreibens an den Landesschulrat angeboten. Diese Vorträge waren für

Schüler bzw. für Lehrerseminare gedacht, die Kosten dafür hätte das Unterrichtsministerium übernommen. Dieses Schreiben wurde aber weder allen Mitgliedern des Landesschulrates zur Kenntnis gebracht, noch den Pflichtschullehrern weitergeleitet. Auf Fragen des sozialistischen Lehrervereines meinte dazu Landesschulinspektor Zech, er habe dieses Schreiben nur an die höheren Schulen weitergeleitet, weil er dieses Thema für Pflichtschüler nicht geeignet halte. Ich glaube, gerade dieses kleine Beispiel zeigt, welches Demokratieverständnis der Landesschulinspektor und der Landeshauptmann als Präsident des Landesschulrates haben. Schriftstücke, die an den Landesschulrat adressiert sind, werden den Mitgliedern dieses Gremiums unterschlagen. Entscheidungen, die alle Lehrer bzw. weite Lehrergruppen betreffen, werden vom Landesschulinspektor alleine gefällt, das zuständige Gremium einfach übergangen.

Das zweite Beispiel betrifft die Umgehung eines demokratischen Gesetzes, des Gesetzes über die Leistungsfeststellung für Lehrer. Seit der Novellierung kann nämlich der Lehrer, der beurteilt wird, in den Bericht des Leiters bzw. des Bezirksschulinspektors Einsicht nehmen und Stellung dazu beziehen. Die Vorarlberger Landesregierung umgeht diese Bestimmung z.B. bei Junglehrern in der Form: Sucht der Junglehrer um Definitivstellung an, so muß der Leiter über Auftrag der Behörde einen Bericht über die vergangenen vier Dienstjahre des Lehrers abgeben. Dieser Bericht muß dem Lehrer allerdings nicht vorgelegt werden, da es sich ja offiziell um keine Leistungsfeststellung handelt. Die Folge davon ist, daß Berichte mit zur Entscheidung über die Definitivanstellung eines Lehrers herangezogen werden, die dieser selbst nie zu Gesicht bekommen hat. Diese Vorgangsweise ist zwar nicht ungesetzlich, aber ganz sicher undemokratisch.

Herr Landeshauptmann, in ihrer Rundfunkrede vom 19. September 1981 meinten Sie, ich zitiere wörtlich: «Unsere Schulen sollten neben der erforderlichen Wissensvermittlung wieder mehr Stätten der Charakterbildung sein.» Dazu gehört, daß die dafür zuständigen Lehrer auch als voll mündige Personen angesehen werden, denen auch ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit zugestanden wird. Ihrer Meinung in dieser Rundfunkrede, daß - ich zitiere wieder - «wertneutrale Erziehung der falsche Weg sei», stimmen wir zu. Wir sind nur dagegen, Herr Landeshauptmann, daß die ÖVP allein in diesem Land die Werte für die Erziehung festzusetzen versucht.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Herr Präsident, Hoher Landtag! Im Landesbudget 1982 ist eine neue Budgetpost «Beitrag zur Internatführung Vorarlberger Kolpinghäuser» aufgenommen, jedoch mit keinem Budgetansatz bedacht worden. Mich würde daher interessieren, vor welchem Hintergrund diese Budgetpost aufgenommen wurde und mit welcher Summe man rechnet. Wir sind als Abgeordnete nur durch die Zeitung informiert, daß das Kolpingheim in Bregenz leider in ein finanzielles Debakel geraten ist. Was will die Regierung tun, bis zu welcher Höhe und wie sollen die Verantwortlichen mit eingebunden werden? Ist die Regierung

derzeit davon unterrichtet und prüft sie die Unterlagen? Wird diese Post im Virement-Wege geregelt und erfährt der Landtag erst im Rahmen des Rechenschaftsberichtes davon? Ich möchte klarstellen, daß diese Hinterfragung keine Infragestellung dieser Institution darstellt, sondern nur zur Klärung des Sachverhaltes dient. Wenn man den Zeitungen, die Stellungnahmen abgegeben und abgedruckt haben und diese sowohl von der Heimleitung wie auch vom Aufsichtsrat gelesen hat, so werden Fehler auf beiden Seiten zu finden sein. Lt. Bewirtschaftungsstelle im Budget dürfte hier der Herr Landesstatthalter zuständig sein. Ich möchte ihn bitten, daß er uns zu diesem Thema eine Antwort gibt. Die zweite Sache, mit der ich mich beschäftigen möchte, betrifft die Jugendförderung. Es ist uns gelungen, in den Budgetverhandlungen den Ansatz für die Vorarlberger Jugendorganisationen um 100.000 S auf 1.4 Mio. S zu erhöhen. Wenn nun aber die 25.000 Jugendlichen in vierzehn Jugendorganisationen zusammengefaßt sind, mit diesen 1.4 Mio. S in ein Verhältnis setzt, so stellt man fest, daß damit eine Quote von 56 S auf jeden Jugendlichen entfällt. Wenn man die Budgetpost für die Betriebskosten der Jugendhäuser heranzieht und schätzt, daß ca. 1.000 Besucher in diesen Jugendhäusern sind, wobei ich feststelle, daß diese Zahl von mir persönlich geschätzt ist, daß hier bereits eine Förderung von 1.5 Mio. S im Landesbudget enthalten ist, so ergibt das eine Quote pro Besucher von 1.500 S oder das Siebenundzwanzigfache dessen, was ein Jugendlicher, der in der Vorarlberger Jugendorganisation organisiert ist, bekommt. Dazu muß man feststellen, daß gerade die Vorarlberger Jugendorganisationen von vielen privaten Führungskräften kostenlos und ehrenamtlich betreut werden. Mir kommt es so vor, daß der, der mehr schreit, eben doch etwas mehr bekommt, wie der andere, der ruhig und brav seine Arbeit verrichtet.

Die Suchtgiftproblematik, meine Damen und Herren, ist im Lande bekannt. Und gerade die Jugendhäuser sind jene Orte, wo diese Stoffe gehandelt werden. Wenn nun aber ein solcher Jugendhausleiter in einem Zeitungsinterview öffentlich erklärt, daß er für die Liberalisierung der Drogen ist, Haschisch und Marihuana für weiche Drogen hält, über Kokain noch nicht nachgedacht hat und erst eingreift, wenn jemand im Jugendhaus zu dealen beginnt, so packt mich die Wut, wenn im Rahmen eines Landesbudgets diesem Jugendhausleiter noch ein Teil des Gehaltes bezahlt werden soll. Ich fordere Sie, Herr Landeshauptmann, auf, solche Jugendleiter, die nicht jene Verantwortung für die sicher schwere Aufgabe im Jugendhaus mitbringen, vom Land nicht zu unterstützen und mögen auch die Drähte zu Ihnen heiß laufen. Es müssen sich ja alle anderen Jugendhäuser und Erzieher als die Dummen vornehmen, wenn jene, die die Ideale in unserer Gesellschaft hoch halten, leer ausgehen und jene, die die Gefahren der Suchtgifte hier sozusagen offiziell für richtig erklären, noch vom Land Geld erhalten. Ich möchte Sie fragen, Herr Landeshauptmann, was Sie tun würden, wenn Sie erfahren, daß bei einem Sportverein zwecks Leistungssteigerung an Jugendliche Aufputschmittel oder Drogen verabreicht würden. Ich glaube, das erste, was Sie veranlassen würden und zu Recht, daß jede Sportförderung an diese Vereine eingestellt wird. Meine Damen und Herren, das Problem ist,

glaube ich, sehr ernst und ich habe im Prinzip nichts dagegen, wenn auch Jugendhäuser unterstützt werden. Aber wenn sich solche Auswüchse zeigen, glaube ich, ist man auch berechtigt, das zu kritisieren und Sie zu bitten, zum Rechten zu schauen.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Jäger.

Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist zwar gestern schon über das Ehe- und Familienzentrum der Diözese diskutiert worden. Ich halte es aber trotzdem für notwendig, heute noch einiges dazu zu sagen.

Vorerst noch ganz kurz etwas zum Kollegen Riedmann. Ich glaube, es ist fast zwecklos, mit Ihnen über Vor- und Nachteile der Ganztagschule zu diskutieren, weil sie einfach nicht bereit sind, Argumente zur Kenntnis zu nehmen. Und Sie haben heute mit aller Gewalt versucht, die Argumente, die angeblich für die Ganztagschule sprechen, zusammenzukratzen, wobei, wenn man diese Argumente untersucht, nicht allzuviel übrig bleibt. Denn nur, wie Sie beispielsweise sagen, es soll Wahlmöglichkeit gegeben sein. Ganztags- oder Halbtagschule. Stellen Sie sich vor, in wieviel Orten in Vorarlberg diese Wahlmöglichkeiten geboten werden könnten. Wo könnte also neben einer Halbtagschule auch noch eine Ganztagschule oder umgekehrt angeboten werden? Ich glaube, wir müssen nur froh sein, daß die Schulgesetze Verfassungsrang haben, denn gerade dadurch können wir im Schulbereich manches verhindern, was Sie trotz negativer Erfahrungen in anderen Ländern nur aus ideologischen Gründen verwirklichen möchten. Das nur kurz dazu.

Der Kollege Dr. Keckeis hat gestern gesagt, wir unterstützen das Ehe- und Familienzentrum der Diözese, weil es eine ÖVP-ideologiemotivierte oder ideologisch motivierte Beratung anbietet. Ich glaube, das wäre nicht einmal das Schlechteste, weil wir der Meinung sind, daß wir hinsichtlich Ehe und Familie gesunde Auffassungen haben, und es natürlich ganz in unserem Sinne ist, Institutionen zu unterstützen, die ebenso eine gesunde Auffassung über Ehe und Familie haben und auch bestrebt sind, diese gesunde Auffassung weiter zu vermitteln.

Nun, es ist gefragt worden, gerade auch vom Kollegen Dr. Keckeis, hat das Institut für Sozialdienste denn zu wenig getan, daß man dieses Ehe- und Familienzentrum einrichten muß? (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das stimmt nicht, Herr Kollege.) Und auch der Kollege Dr. Mader hat dann die Frage gestellt, ja hat das Institut zu wenig getan. Das Institut hat nicht zu wenig getan, aber das Ehe- und Familienzentrum hat ganz andere Aufgaben. Es ist gestern bereits davon die Rede gewesen und gesagt worden, daß das Ehe- und Familienzentrum prophylaktisch wirken und nicht im nachhinein den Problemfällen nachgehen will. (Zwischenruf Winder) Herr Kollege Winder, bitte noch abwarten. Ich werde noch sagen, auf welche Weise das geschehen soll. Es wird auch zwischen Institut für Sozialdienste und Ehe- und Familienzentrum sehr eng zusammengearbeitet, und ich halte eine solche Zusammenarbeit auch für notwendig und für wichtig.

Aber eine Initiative, die vom Ehe- und Familienzentrum ergriffen worden ist, ist beispielsweise das Ausbildungs-

Zentrum in Bregenz, wo in dreijährigen, nebenberuflichen Ausbildungskursen Familien- und Gruppenarbeiter ausgebildet werden, also Leute, die in den Gemeinden draußen Familienrunden und -gruppen betreuen und dort insbesondere auch bestrebt sind, Basisgruppen für die Selbsthilfe zu errichten. Das allein zeigt doch, wie wichtig man diese Aufgabe nimmt und wie sehr man sich der Tatsache bewußt ist, daß nicht ein Einzelner oder einige wenige Einzelpersonen das Problem lösen können, sondern daß eben versucht werden muß, diese Arbeit auf möglichst breite Basis zu stellen. Und wenn es gelingt, Leute zu finden, die bereit sind, in dreijährigen, nebenberuflichen Ausbildungskursen sich zu Familien- und Gruppenarbeitern ausbilden zu lassen, so berechtigt das doch zur Hoffnung, daß auf dem Gebiet der Betreuung, Beratung der Ehen und Familien eine entsprechende Breitenarbeit erfolgt. Gerade das scheint mir sehr wichtig zu sein. Und das im Speziellen ist eine Aufgabe, die das Institut für Sozialdienste nie erfüllen kann, auch nicht erfüllen sollte, weil es dazu nicht geschaffen ist.

Es ist auch daran gedacht, einen Familienbeirat der Diözese einzurichten, wo alle Institutionen, die mit Familien- und Eheberatung zu tun haben, zusammengefaßt sind, um zu beraten und mitzuhelfen, das Problem zu lösen. Denn eines ist sicher: es ist eines der dringlichsten Probleme, um das wir uns kümmern müssen, denn es geht hier um Grundfragen menschlicher und gesellschaftlicher Existenz. Man kann wohl sagen, daß die Krise der Gegenwart im großen Ausmaß eine Krise der Familie ist, und wer sich darüber Gedanken macht, und das sollten wir doch alle tun, müßte fast zwangsläufig zum Schluß kommen, daß jede Hilfe für die Ehe und Familie ein wichtiger Beitrag, vielleicht der wichtigste Beitrag ist, um die gegenwärtige Krise zu überwinden und wohl die gefährlichste Krankheit im gesellschaftlichen Organismus, das Siechtum der Keimzelle Familie zu heilen. Und deshalb sagen wir aus Überzeugung und Verantwortung ja zu diesem Ehe- und Familienzentrum, weil wir ebenso aus Überzeugung und Verantwortung ja zur Familie sagen.

Präsident: Ich möchte nochmals daran erinnern, Kapitel Schule, wer wünscht dazu noch das Wort? Frau Abg. Langanger.

Langanger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nicht der Meinung des Kollegen Mader, daß man die Förderung von Jugendzentren an der Besucherzahl messen kann. Ganz im Gegenteil: Wir glauben, daß es viel zu wenig ausgebildete qualifizierte Betreuer in den Jugendzentren gibt, und wir glauben daher auch, daß die Dotierung, die im Landesbudget für diese Zentren vorgesehen ist, zu gering ist. Ich habe in diesem Zusammenhang an den Landesjugendreferenten, den Herrn Landeshauptmann, eine Frage zu richten. Auf unsere Frage im Finanzausschuß, ob die Jugendzentren ausreichend und nach Absprache dotiert wurden, erhielten wir die Antwort, ja, das ist der Fall. Nun bekam unser Klub wie alle anderen Klubs auch, einen Brief des Dachverbandes der Jugendzentren mit einer Aufstellung über die anfallenden Kosten also einen Kostenvoranschlag für das kommende Jahr und wir

können darin lesen, daß bei Beratungen mit der Landesregierung diesen Jugendzentren eine Kostenbeteiligung des Landes von 40% zugesagt wurde. Diese 40% würden eine Summe von 2.16 Mio. S ausmachen, Herr Landeshauptmann, im Budget sind aber nur 1.5 Mio. S dafür vorgesehen. Wie erklären Sie das Herr Landeshauptmann?

Ich habe außerdem namens meiner Fraktion in dieser Gruppe zwei Anträge zu stellen. Zum einen: was Sie, Herr Landesstatthalter, für den Personalaufwand des Landes gesagt haben, das gilt wohl in gleicher Weise oder noch in verstärktem Ausmaße für die Gemeinden. Wir glauben, daß die Gemeinden ohnehin stark, ja zu stark belastet sind und stellen daher, wie im letzten Budget auch, den Antrag, daß der Personalkostenanteil des Landes für die Kindergärten von 45% auf 60% erhöht wird und daß die Haushaltsstelle entsprechend dieser Antrag um 7 Mio. S, also von 40 Mio. S auf 47 Mio. S erhöht werden soll.

Und dann komme ich zum zweiten Antrag, und da möchte ich schon dem Kollegen Jäger folgendes sagen: Wenn Sie hier herausgehen und sagen, Sie haben eine gesunde Einstellung zu Ehe und Familie, dann unterstellen Sie, daß wir das nicht haben. Dann bitte kommen Sie da heraus (Zwischenruf Jäger: Das habe ich nicht gesagt!) und weisen Sie das nach. Wir haben ebenso eine gesunde Einstellung zu Ehe und Familie, nur glauben wir, daß es nicht genügt, immer noch mehr Beratungsstellen einzurichten. Denn gerade die Diözese war es, die in einer Presseaussendung auf die Situation hingewiesen hat, daß nämlich diese heile Welt und die heile Familie auch in diesem Lande nicht mehr besteht. Und, Herr Abg. Jäger, auch die Beratungsstelle der Diözese hat nicht verhindern können, daß Scheidungen ständig im Zunehmen sind. Auch das ist in diesem Pressedienst zu lesen, den Sie bestimmt gut kennen. (Zwischenruf)

An sich hätte ich den Worten meines Kollegen Keckeis von gestern nichts mehr hinzuzufügen gehabt, ich möchte es nun aber doch noch unterstreichen und noch einmal wiederholen: Wir halten es nicht für richtig, daß eine kirchliche Beratungsstelle mit Mitteln des Landes unterstützt wird. Wir glauben, daß die Beratungsstelle des Institutes für Sozialdienste ausreichend ist und ihre Arbeit gut leistet, und wir stellen daher den Antrag, diese Haushaltsstelle 500.000 S als Beitrag für die Beratungsstelle der Ehe- und Familienberatung der Diözese Feldkirch ersatzlos zu streichen.

Präsident: Das Wort hat nun Herr Vizepräsident Professor Heinzle.

Mag. Heinzle: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz zu einigen Bemerkungen der Vorredner Stellung nehmen. Der Herr Kollege Riedmann ist also der Auffassung, die von der SPÖ propagierte Ganztagschule sei ein Angebot, das auf Freiwilligkeit beruhe. Nun, dem ist leider nicht ganz so. Denn das Wesen der Ganztagschule besteht ja darin, daß die Pflichtgegenstände auf den ganzen Tag verteilt sind. Das heißt, jeder Schüler, der eine Ganztagschule besucht, ist also gezwungen, auch am Nachmittag am Unterricht und an der Betreuung teilzunehmen. Die Freiwilligkeit könnte höchstens in einer Art

Emigration bestehen. Wenn ich ein Beispiel hernehme, nehmen wir an, die Gemeinde Götzis hätte als Hauptschule eine Ganztagschule, dann würde die Freiwilligkeit nur darin bestehen, daß ich eben eine Schule in Hohenems oder in Feldkirch oder irgendwo anders besuche. Die Ganztagschule ist ihrem Wesen nach im Gegensatz zur Tagesheimschule eine Zwangstagschule. Darüber kann nicht hinwegdiskutiert werden. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das ist ein ÖVP-Schlagwort!) Dann noch eine Bemerkung zum Antrag, den die Frau Kollegin Langanger vorgebracht hat, zu den 7 Mio. S mehr für die Gemeinden. Sie wissen wir haben gestern genügend diskutiert über die Förderung der Gemeinden durch das Land. Fs werden also 320 Mio S im nächsten Jahr wiederum den Gemeinden zugeführt. In diesen 320 Mio. S sind auch die 40 Mio. S enthalten, die für den Personalaufwand in Kindergarten gewahrt werden, ferner 2 Mio. S Beiträge für die Errichtung von neuen Kindergartengruppen und noch 320.000 S Beiträge für Fahrtkosten der Kindergartenbesucher Sie wissen auch, daß man sich seit dem Zeitpunkt, wo das Land die Berufsschulkosten zu 100% übernommen hat, mit den Gemeinden auf diesen 45%-Satz geeinigt hat. Dabei ist es in der Praxis so, daß finanzschwache Gemeinden bis zu 85% des Personalaufwandes ersetzt bekommen. Im Jahre 1980 war der Beitrag an das Kindergartenpersonal im Schnitt 5.168 S pro Kind, also schon ein beachtlicher Beitrag Nun, würde man Ihrem Antrag folgen, um 7 Mio. S aufzustocken, dann wären die Transferszahlungen statt 320 Mio S 327 Mio. S, sie würden um 2.18% ansteigen. Das ist nicht allzuviel, aber ich möchte damit vor allem sagen, man kann ja diesen Antrag nur sehen im Gesamtpaket der Gemeindeförderung. Fs ist also mehr eine Frage des Finanzausgleiches und kaum eine Frage der Gruppe 2 Unterricht und Erziehung. Außerdem haben Sie ja keinerlei Begründung für diesen Antrag vorgebracht, es sei denn die allgemeine Begründung, das Land müsse noch mehr für die Gemeinden tun.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zum Thema Schule? Herr Abg. Mag. Spannring.

Mag. Spannring: Sehr verehrter Präsident, Hohes Haus! Einige Äußerungen hier veranlassen mich, doch einige Korrekturen anzubringen über das Thema Tagesheimschule und Ganztagschule, weil immer wieder dasselbe gesagt wird und immer wieder dasselbe Falsche behauptet wird oder so gesagt wird, daß man es falsch verstehen könnte. Es wird die Ganztagschule als eine böse rote Einrichtung dargestellt und die brave, gute Alternativlösung, die Tagesheimschule. Das heißt, krampfhaft eine Ideologiedebatte in das Haus hereinbringen. Nichts anderes heißt das.

Es wird doch immer wieder und auch hier von Schulleuten behauptet, daß das Ausschlaggebende der Lehrer sei, die Einstellung des Lehrers, die Haltung des Lehrers, meine Damen und Herren. Und so ist es in Wirklichkeit. Wir können das Thema sehr bald reduzieren. In einer Tagesheimschule unterrichten Lehrer, in einer Ganztagschule unterrichten Lehrer. Und die beschäftigen sich mit den Kindern und nicht die Landtagsabgeordneten und nicht die bösen Politiker oder gar der schlimme Unterrichts-

minister, sondern die Leute unterrichten und die stehen den Kindern zur Verfügung, die sprechen mit den Kindern. Lassen wir doch dieses krampfhaft Ideologisieren von Sachverhalten.

Der Unterschied zwischen Tagesheimschule und Ganztagschule besteht eben dann, daß die Ganztagschule Organisationsformen mit sich bringt, die verschiedene Wissensinhalte vor allem dem sozial schwächeren Kind besser nahebringen können. Über die soziale Schwierigkeit verschiedener Kinder wissen wir doch, entweder aus örtlichen Umständen, aber auch aus Einkommensunterschieden. Wir wissen, daß Kinder aus einkommensschwachen Familien in der Regel die schlechtere Startbasis haben für höhere Schulen. Das ergeben doch x Untersuchungen, das ist einfach ein Wissen, das ja, mein Gott noch einmal, nicht mehr wegzudiskutieren ist. Das sollte doch schon Allgemeingut sein. Und eben gerade dort ist die Ganztagschule ein geeignetes Instrument, diese Mängel zu mildern, beheben wird auch eine Ganztagschule diese Nachteile, diese sozialen Nachteile nicht können.

Zweifellos ein Vorteil der Tagesheimschule ist, daß sie den Kindern eine Möglichkeit anbietet, die nur in die Schule gehen wollen, in die bisher konventionell organisierte Schule gehen wollen, und jenen, die vielleicht eben einen Unterricht am Nachmittag oder eine Betreuung durch den Nachmittag auch noch haben wollen. So weit sind diese Modelle in Wirklichkeit gar nicht voneinander entfernt. Stellen Sie sich vor, wenn eine Tagesheimschule mit zehn Schülern da ist, ein Lehrer betreut diese zehn Tagesheimschüler, dann wird sich das im Effekt ja kaum mehr von einer Ganztagschule unterscheiden. Anders ist es, wenn natürlich sehr viel mehr Kinder Interesse haben, am Nachmittag oder ganztags sich in der Schule aufzuhalten, und den ganzen Tag gemeinsam mit Lehrern zu lernen. Dann wird es eben eher nach einem Ganztagschulmodell organisiert werden müssen, um die Möglichkeiten einer größeren Schule dann auch auszuschöpfen, um die Wahlfächer, die Wahlmöglichkeiten anbieten zu können.

Aber ich betone noch einmal, der Angelpunkt wird der Lehrer sein. Und ich bin auch davon überzeugt, daß in diesem Lande die ÖVP, die ja schlussendlich entscheidet, welche Lehrer hier unterrichten, auch dafür sorgen wird, daß da nicht allzuviel rote Lehrer am Werk sind. Davon bin ich überzeugt, da müssen wir keinen Kummer haben, und auch jene ÖVP-Mandatäre hier, die so tun, als ob nun die Schule schon so links und progressiv und langhaarig unterwandert sei - lassen wir diese Dinge, das sind doch Windmühlkämpfe, die einfach nicht vorhanden sind.

Ich will noch zur Ganztagschule ein Wort sagen. Selbstverständlich muß derjenige, der in eine Ganztagschule geht, sich diesem Organisationsmodus unterwerfen und kann nicht zwei Tage in die Ganztagschule gehen, und dann sagt er «ja, jetzt mag ich nimmer in die Ganztagschule gehen, jetzt gehe ich wieder in die bisherige Schule.» Selbstverständlich muß er sich diesem Organisationstyp unterwerfen, genauso wie wenn ein Schüler in die Mehrerau geht, muß er sich halt auch diesem Organisationsmodus unterwerfen und kann nicht eine Woche in das Tagesgymnasium gehen und dann wieder eine andere Woche in die Mehrerau. Dort geht das natürlich auch nicht.

Und so ist das auch bei der Ganztagschule zu verstehen und daraus dieses Schlagwort zu konstruieren, eine «Zwangsschule» oder was da alles gesagt wird, das ist einfach fast beleidigend und aus der unteren Schublade der politischen Diskussion gezogen. Und dann, wenn ich das richtig verstanden habe, wird gesagt vom Vizepräsident, die Leistungsgruppen oder Hauptfächer werden auch im Nachmittag unterrichtet werden meiner Ganztagschule (Zwischenruf Mag. Heinzle: Die Pflichtgegenstände sind auf den ganzen Tag verteilt!) Herr Vizepräsident, Sie wissen doch, das ist die gängige Praxis an unseren Schulen derzeit schon. Man kann sagen, entsprechend der Tagesleistungskurve, daß das günstiger wäre, wenn das nur am Vormittag ist, aber es ist doch gängige Praxis an unseren Schulen daß Hauptgegenstände auch am Nachmittag unterrichtet werden.

Präsident: Das Wort hat der Ahg. Grahher

Grahher: Hoher Landtag! Es ist eigentlich bedauerlich, wenn in unserem Bundesland immer noch der Ideologiestreit um die Ganztagschule in unserem Landtag geführt wird, während sich doch auf Bundesebene eine Lösung abzuzeichnen beginnt und dort Aussicht besteht, daß im Konsens mit den Großparteien eine zufriedenstellende Reform durchgeführt wird. Wir müssen uns doch dagegen wehren, daß auf der einen Seite, auf der SPÖ-Seite oder auf der linken Seite, die sogenannte Ganztagschule als die alleinseligmachende Schulform angepriesen wird und auf der anderen Seite, auf der rechten Seite, wird die Ganztagschule als Zwangstagschule nur verteufelt. Auch das ist nicht richtig. Die Ganztagschule hat bestimmt auch ihre Vorteile. Sie hat nicht nur Nachteile, darüber müssen wir uns nicht täuschen, aber sie ist bestimmt nicht überall anzupreisen. Beispielsweise müssen hier die strukturellen Unterschiede der Bundesländer berücksichtigt werden. Es ist sicher so, daß bei uns die Schule der 10- bis 14-jährigen noch einer Reform bedarf. Darüber sind sich alle einig. Ob es bei uns die neue Hauptschule mit Leistungsgruppen geben wird oder ob in Wien beispielsweise die Ganztagschule stärker zum Zug kommt, das spielt dann doch letztendlich keine Rolle. Wir sollten uns hier eher bemühen, einen Konsens zu finden, eher das Positive der neuen Schultypen ins Rampenlicht zu stellen und nicht die ganzen Sachen verteufeln.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident! Hoher Landtag! Es wurde heute schon einiges zu den Jugendzentren in Vorarlberg gesagt. Darf ich aus der Praxis eines Gemeindevertreters einiges berichten. Vor 11 Jahren habe ich es noch jeden Morgen erlebt, daß du Polizeiberichte sehr umfassend Vorkommnisse in gewissen Lokalisationen enthielten, in welche vor allem auch unsere Jugendlichen verwickelt waren. Vorkommnisse aus der Drogenszene, Alkoholmißbrauch und vieles andere mehr. Das war der Grund, weshalb die Stadt Bregenz sich damals sehr früh entschlossen hat, ein Jugendcenter zu bauen, um mit Fachkräften, mit Sozialarbeitern, mitzuhelfen, besonders diese Jugend-

lichen zu betreuen, die in ihrer Freizeit vielfach derartige Lokalitäten zuvor besucht hatten. Als die Stadt Bregenz dann das Haus zwar rechtlich nicht als selbstverwaltetes Haus, denn de facto ist es ein selbstverwaltetes Haus, aber rechtlich sind die dort Bediensteten Angestellte der Stadt, eröffnet hat, hat eine Vorarlberger Tageszeitung auf der Titelseite gemeint, da gehe ja gar keiner hin, so etwas brauche man ja gar nicht. Als wir am ersten Tag dieses Haus eröffnet haben, sind vierhundert Menschen z.T. im Haus und z.T. vor der Tür gestanden. Seither hat dieses Problem weiter bestanden, nämlich das Problem, genügend qualifizierte junge, engagierte, hauptberufliche und fachkundige und verlässliche Betreuer für diese Jugendlichen zu finden.

Meine Damen und Herren, meine Familie ist in der dritten Generation in Jugendorganisationen nun tätig. Es besteht nun einmal ein ganz großer Unterschied zwischen der Jugendarbeit, wie sie in unseren Vereinen erbracht wird

in der Stadt Bregenz hat sich die Zahl der Vereine in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der Arbeit in den Jugendcentern. Wir haben bei den Vereinen meistens Jugendliche, die sich dort im großen Durchschnitt mehrere Jahre aufhalten und wir haben darüber hinaus in unseren Vereinen meistens auch erwachsene Mitarbeiter, die uneigennützig für diese Vereine zur Verfügung stehen. Das ist auch vielfach dann der Grund, weshalb in den Vereinen die Probleme, wie sie in den Jugendhäusern bestehen, wo ein permanenter Wechsel gegeben ist, wo man ja nie mit demselben jungen Menschen am nächsten Tag wieder rechnen kann, wo bei einer Selbstverwaltung vor allem auch der Gewählte nicht garantiert, daß er morgen noch das Haus führt, sondern wo man jeden Tag unter Umständen darauf angewiesen ist, einen neuen gewählten Vorsitzenden des Jugendhauses zu haben, nicht in diesem Maße bestehen. Deshalb wäre es völlig falsch, aus dem Landesbudget herauszulesen, daß die Förderung der Jugendcenter verhältnismäßig viel zu groß ist, weil diese Förderung in dieser Größe in erster Linie deshalb notwendig ist, weil man eben dort diese Fachkräfte benötigt.

Wir haben beispielsweise unlängst eine junge Akademikerin angestellt, die Spezialistin war für Jugendalkoholismus, leider nur mit den Stimmen der SPÖ. Denn neben den Drogen gibt es heute auch schon, vielleicht hat es den auch schon früher gegeben, einen sehr stark verbreiteten Jugendalkoholismus. Diese Beratung ist gerade in den Jugendzentren sehr wichtig. In der Geschichte des Bregen/er Jugendhauses, es ist jetzt ungefähr zehn Jahre alt, hat es auch einmal eine Phase gegeben, wo ich persönlich völlig entmutigt gemeint habe, jetzt werden wir den Problemen nicht mehr Herr, wir bekommen die Mitarbeiter nicht. Es ist nicht zu verantworten, ein Haus ohne Mitarbeiter zu betreiben. Ich habe gesagt, wir werden, wenn es so weitergeht, das Jugendhaus wahrscheinlich zusperrn müssen. Kaum war der Zeitungsartikel erschienen, habe ich einen Anruf von Frau Bitschnau, bekanntermaßen Mitarbeiterin der Diözese Feldkirch, bekommen. Eine sehr erfahrene Frau, gerade wenn es um Drogenfälle bei Jugendlichen geht, denn damit beschäftigt sie sich ja bei der Diözese in Feldkirch. Sie hat sich mit ihrem VW nach Bregenz begeben und hat gesagt: «Herr Bürgermeister, das dürfen

Sie nicht tun, das Jugendcenter zusperrn, denn das ist eine unserer Möglichkeiten, um wirklich auch an gefährdete Jugendliche heranzukommen.» Es wäre aber ein völlig falsches Bild, wenn man allgemein behaupten würde, die sechs Jugendcenter, das ist nur eine Ansammlung von entgleisten Jugendlichen. Immer wieder bemerken wir dort, daß es nicht nur Ansätze, sondern vielfach auch neben allen Erscheinungen, die wir bedauern, weil wir zu wenig Betreuer haben, immer wieder bemerken wir, daß gerade dort von den jungen Menschen wirklich Selbstgestaltungsinitiativen ausgehen zu Gunsten der Allgemeinheit. So hat beispielsweise das Bregenzer Jugendcenter unlängst die behinderten jungen Menschen des Bezirks zu einer Filmveranstaltung ins Jugendcenter eingeladen und die Rollstuhlfahrer, manche sogar auf Tragbahnen, in das Jugendcenter transportiert, damit sie mit anderen jungen Menschen einen Nachmittag sinnvoll verbringen können. Es gehört zu den ständigen Einrichtungen dieses Jugendcenters, daß beispielsweise Wettbewerbe durchgeführt werden, auf dem Gebiet der Malerei beispielsweise. Es werden von Fachleuten Vorträge abgehalten. Filmabende, und es werden sportliche Veranstaltungen durchgeführt, Fußballveranstaltungen, Tennisveranstaltungen und dergleichen mehr.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, wenn man elf Jahre nun die Probleme in einem Jugendcenter kennt und bei jeder Budgetdebatte in einer Stadtvertretung die Anstellungen für das Jugendcenter gegen die eigene Opposition durchzusetzen hat, was Jugendämter in diesem Fand bedeuten und wo es Probleme bei diesen Jugendcentern gibt. Wir sind aber in diesem Fall mit den kirchlichen Einrichtungen der Meinung, daß sie mit ein Weg sind, vielleicht sind wir an einem Anfang um mitzuhelfen, um die gerade in Vorarlberg in einem besonderen Maß vorhandenen Jugendprobleme besser bewältigen zu können, wie die Drogenabhängigkeit, den Drogenhandel. Die Statistik weist nach, daß wir in Österreich auf diesem Gebiet Spitzenwerte haben, was immer die Ursache sein mag. Wir wissen auch, daß wir bei der Jugendkriminalität gewisse Spitzenwerte erreicht haben und wir wissen leider auch, daß wir in vielen Gegenden des Landes in der letzten Zeit auch eine Häufung von Jugendsuiciden erlebt haben. In einer Bregenzer Schule waren es in einem einzigen Jahr drei, fast alle in derselben Klasse. Das sind Probleme, die wir in der Jugend haben und wir müssen daran gehen, sie zu bewältigen. Ich glaube, es wäre falsch, diesen bescheidenen Ansatz in unserem Haushalt einer Kritik zu unterziehen, weil wir noch nicht die ideale Lösung erreicht haben. Aber das Jugendproblem ist deshalb niemals ein Problem des Jugendcenters als solches, sondern es ist allemal ein Problem unserer Gesellschaft schlechthin. Es ist nicht die Jugend, meine Damen und Herren, schuld, wenn es dort Probleme gibt, sondern sehr, sehr oft eben auch das Elternhaus, die Umwelt und vielleicht auch die allgemeine Entwicklung und Situation, in der sich unsere Gesellschaft befindet.

Ich darf zum Schluß noch ein besonderes Problem von Jugendlichen aufweisen. Wir haben immer wieder Jugendliche, die sich an uns wenden, weil ihr Elternhaus nicht mehr funktioniert und weil sie im Elternhaus einfach nicht

mehr geduldet sind, weil sie auf die Straße geworfen werden. Wir haben Jugendliche, die nach der Entlassung aus einer Strafanstalt im Elternhaus keine Aufnahme mehr finden, und wir haben festgestellt, es sind derzeit etwa 15 bis 20 derartige Jugendliche, die wir betreuen, daß diese jungen Menschen im Sommer in den Seeanlagen, am Bahnhof oder anderswo nächtigen müssen und sich ernähren, indem sie Lebensmittel stehlen, weil sie keine andere Möglichkeit gefunden haben. Sie waren ja auch nicht informiert, wo es Hilfe gibt. Vielfach fehlt natürlich auch die Information. Und sie sind nicht im Arbeitsprozeß. Wir haben deshalb, ich betone, es ist ein noch völlig unzulänglicher Versuch, eine Notwohnung für Jugendliche in Bregenz geschaffen und dafür auch Betreuer angestellt. In diese Notwohnung werden diese jungen Menschen, die daheim nicht mehr unterkommen, kurzfristig untergebracht. Die Eltern werden sofort schriftlich und mündlich verständigt, und der Leiter dieser Wohnung, der ehemalige Stadtrat Pruner, der selber im Arbeitsamt ist, bemüht sich jedesmal, diese jungen Menschen so schnell als möglich wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, sagen, daß wir dort bei den allermeisten Fällen sehr, sehr gute Erfolge erzielt haben. Ich glaube, gerade im Land Vorarlberg, das gerade auf diesem Gebiet der Jugendprobleme eine besondere Spitzenposition in Österreich einnimmt, ist es notwendig, daß wir auch alle Modelle gemeinsam angehen, um dieser Probleme Herr zu werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht auch noch ein Wort zu den Kindergärten. Sie wissen ja, daß ich im Landtag bei jeder Budgetdebatte die Wünsche der Gemeinden zu einer verbesserten Förderung des Vorarlberger Kindergartenwesens unterstützt habe. Übrigens die gemeinsamen Wünsche der Vorarlberger Gemeinden. Wir haben in diesen Jahren, wenn ich zurückblicke, Erfolge gehabt, sehr bescheidene Erfolge, die bei weitem noch nicht ausreichen. Im Jahre 1977 stand es beispielsweise bei einem Vergleich der österreichischen Bundesländer noch etwa wie folgt: Wir als Vorarlberger sind bei der Förderung der Kindergärten damals noch am Tabellenende gestanden. Inzwischen wurden die Ansätze jährlich um etwa 15,72% pro Budget vermehrt, wir sind aber weiterhin noch am Tabellenende in Österreich. Nun haben wir auch inzwischen eine zusätzliche Förderung für den Bau von Kindergärten erhalten von insgesamt 100.000 S. Der letzte Kindergarten, den die Stadt Bregenz gebaut hat, hat 15 Mio. S gekostet. 15 Mio. S, das sind drei Gruppen mit einer Bewegungsgruppe. Wir bauen überall eine Bewegungsraum dazu, in welchem unsere Kindergärtnerinnen, diese werden eigens dazu eingeschult, bereits fachlich-orthopädisches Turnen betreiben, um frühzeitig bei den Kindern Haltungsschäden zu vermeiden. Deshalb betrachte ich die Einrichtung eines Bewegungsraumes für mindestens so förderungswürdig, wie etwa eine Kindergartengruppe selbst und ich würde vorschlagen, daß die Vorarlberger Landesregierung im Zusammenhang mit der nächsten Budgeterstellung auch daran denkt, nicht nur die Gruppe als solche zu fördern, sondern auch diesen sehr wichtigen Bewegungsraum. Wie gesagt, ein solcher Kindergarten kostet etwa heute mit drei Gruppen rd. 15 Mio. S ohne Grundkosten. Die Förderung

des Landes pro Gruppe beträgt etwa 400.000 S, das ist, wenn man das umrechnet, noch nicht einmal 10%, wobei es unterschiedliche Förderungen je nach der Finanzkraft der Gemeinden angeblich geben soll.

Meine Damen und Herren, unser ständiges Bemühen im Landtag hat zwar nie dazu geführt, daß Sie unsere Anträge angenommen haben. Sie sahen sich aber doch unter diesem großen Druck, den wir jedes Jahr, manchmal auch unterstützt von der Presse, mit sehr unterschiedlichen Erfolgen ausgeübt haben, gezwungen, ganz bescheidene Fortschritte zu machen. Diese haben Sie aber vom Tabellenende in der österreichischen Liste noch nicht weggebracht. Zum Schluß vielleicht noch ein Gedanke zu der leidigen Diskussion Ganztagschule oder, wie es nach dem ÖVP-Jargon heißt, Heimschule.

Meine Damen und Herren, seit Hunderten Jahren gibt es Erziehungsstätten der katholischen Kirche, in welchen Kinder, damals meistens nur aus begüterten Familien, heute ist das ja anders, man macht keine Unterschiede mehr, aufgenommen werden und entweder intern oder extern, Übernachtung zu Hause oder Übernachtung im Haus, unterrichtet werden. Sie werden am Vormittag unterrichtet mit Hauptgegenständen, und man hilft den Kindern am Nachmittag auch in den Hauptgegenständen bei den Schulaufgaben. Ich weiß also wirklich nicht, warum man hier über den Begriff der Ganztagschule aus ideologischen Gründen so Viele Debatten führt. Ich glaube, der Vorschlag, daß man es halt irgendwo einmal probiert, so wie das die Tiroler Landgemeinde Prutz schon seit vielen Jahren gemacht hat, doch gar nicht abzuweisen ist. Wir würden uns gerne anbieten als Stadt Bregenz, einmal eine solche Versuchsschule zu errichten. Wir haben auch solche Schulen studiert und deshalb, Herr Vizepräsident, wundert es mich sehr, daß Sie sagen - ich weiß nicht, ob es von Ihnen war - daß man damit nur negative Erfahrungen gemacht hat. Ich habe eine der modernsten Schulen dieser Art in Düsseldorf besucht, auch dort aus konservativen Kreisen am Anfang massive Kritik, Beschimpfungen gegen die SP-Mehrheit in der Landesregierung, dort gibt es in der Landesregierung, wie Sie ja wissen, eine SP-Mehrheit (Zwischenruf: SPD) SPD-Mehrheit, danke, ja. Tatsache ist aber etwa, daß sobald diese Schule errichtet wurde, das einzige Problem darin bestand, daß diese sehr große Schule von Anbeginn an eigentlich schon zu klein war und daß man all die Interessenten, die dort aus dieser Stadt gekommen sind, in der Schule gar nicht aufnehmen konnte. Wenn man diese vorzüglichen Einrichtungen dieser Schule sieht, so würde man sich nur wünschen, daß es auch in unserem Land baldmöglichst als Modellfall zumindest eine solche Schule gäbe. Ich bin überzeugt, daß sie von vielen Eltern als eine sehr positive Ergänzung unseres Bildungswesens angenommen würde.

Meine Damen und Herren, man kann also nicht sagen, daß man damit nur schlechte Erfahrungen gemacht hat, und wenn man nun auch im Parlament mit der ÖVP wieder einen Schritt weitergekommen ist, Schulgesetze bedürfen ja der Zweidrittelmehrheit, wie es heute schon gesagt wurde, so ist das für uns lediglich ein Schritt weiter auf einem Weg, den wir in aller Konsequenz gehen werden, und zwar nicht als allgemeine Zwangseinrichtung, sondern

als eine Bildungseinrichtung, um mehr Vielfalt der vorhandenen Bildungseinrichtungen zu erreichen.

Meine Damen und Herren, auch ich bin also der Meinung, man sollte gerade auf diesem Gebiet nicht allzusehr nach den Buchstaben seines Parteiprogrammes meinen, man müsse alles und jedes ideologisieren, sondern man sollte das auch in unserem Land einmal probieren, was wie gesagt die kleine Bauerngemeinde Prutz seit vielen Jahren bereits mit Erfolg betreibt. Aus diesem Grund, weil wir wissen, das diese Schulsysteme Erfolge haben, treten wir bei allen sich bietenden Gelegenheiten ein, daß man diesen Reformweg fortsetzt.

Nun ein Wort noch zum Schluß zum Herrn Kollegen Vizepräsident Heinzle. Sie haben gemeint, der große Unterschied zwischen Ihrem Systemvorschlag und dem unseren liege darin, daß auch am Nachmittag die Hauptfächer unterrichtet werden. Ich habe vier Kinder und leider bis zum Februar dieses Jahres nie die Gelegenheit gehabt, mich um ihre Schulaufgaben zu kümmern, weil man bei unserem Beruf ja nie zu Hause ist. Ich habe das aber seit diesem Februar gezwungenermaßen bei meinem Jüngsten wohl tun müssen. Ich habe heute den Stundenplan - das mache ich jeden Tag um 1/2 7 Uhr in der Früh - mir angeschaut und ich habe festgestellt, daß es auch am Bregenzer Gymnasium am Nachmittag Hauptfächer gibt, nicht sehr viele (Zwischenruf Mag. Heinzle: Aber nicht jeden Tag - im Gegensatz zur Ganztagschule!) Auch nicht jeden Tag, aber auch nach unseren Stundenplänen wird am Nachmittag ab und zu einmal ein Hauptfach unterrichtet. Wollen wir Ihrem Argument folgen, dann muß ich aber etwas als Elternteil sagen. Das, was man von den Kindern heute außerhalb der Schule und der Schulstunden in der sogenannten Freizeit verlangt, meine Damen und Herren, das stellt Ihre Befürchtungen über die Arbeit der Kinder am Nachmittag mit Hauptfächern schon vollkommen in den Schatten. Ich meine, daß man Kindern wenigstens an den Volksschulen einmal die 40-Stunden-Woche verschaffen sollte, denn der Großteil der Kinder an den Volksschulen hat diese 40-Stunden-Woche nicht und schon gar nicht die Kinder, die an den Hauptschulen und an den Mittelschulen unterrichtet werden.

Die Kinder müssen sich meist mit der Hilfe der Eltern, weit über die normale Schulzeit hinaus nachmittags und oft Samstag/Sonntag mit Schulaufgaben beschäftigen. Deshalb glauben wir, daß Schulsysteme fehlen, die das verhindern, daß man die Eltern praktisch zwingt, Schulaufgaben zu machen. Der Lehrer sag tja immer, das soll nicht geschehen, aber in der Praxis geht es ja fast nirgends anders, es ist also ein Zwang gegenüber den Eltern, mit den Kindern Schulaufgaben zu machen. Dieses Schulsystem soll allmählich aufhören. Das Kind soll, wenn es von der Schule kommt, auch einen Feierabend genießen können. Das ist eben das Leitbild unseres Schulsystems, daß die Kinder in der Schule lernen, und daß nicht Eltern, die oft, weil sie hohe Wohnungsmieten und Preise zahlen müssen, arbeiten und geringe Einkommen haben, noch außerhalb ihrer Arbeitszeit am Abend und an den Wochenenden mit den Kindern lernen müssen, um den Schulstoff zu bewältigen. Das ist auch der Zweck unseres Vorschlages der Ganztagschule, daß man hier einen Schritt weiter kommt.

Meine Damen und Herren, von Anbeginn an waren die sozialdemokratischen Parteien Österreichs Parteien der ständigen Schulreformen - es gibt ja berühmte Schulreformer, und das wissen die Schulleute alle, Herr Landesrat, Sie wissen es auch. Sie haben Reformen vorgeschlagen, die seinerzeit von den Konservativen bekämpft wurden, vor 40,50 oder noch mehr Jahren, die aber heute von den Nachfolgern der damaligen Konservativen, der ÖVP, volle Anerkennung finden. So ist auch heute bei der sozialdemokratischen Partei das Schulwesen natürlich eine ständige Reformaufgabe, um mit der Entwicklung in der Gesellschaft Schritt zu halten. Deshalb sagen wir Ihnen bei der Ganztagschule ganz klar: Für uns ist eine Einigung zweifellos ein positives Ereignis, aber sie ist für uns nur ein Schritt auf dem Weg künftiger Reformen, die wir im Sinne meiner Ausführungen auch weiterführen wollen.

Präsident: Herr Abg. Dr. Bernhard, betrifft Ihre Wortmeldung Schule? Bitte, Herr Landesrat Dipl.-Vw. Gasser.

Dipl.-Vw. Gasser: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anknüpfend an die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Mayer darf ich betonen, daß es im Parlament natürlich keine wie immer geartete Einigung über das Thema Ganztagschule oder Tagesheimschule gibt. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Das ist ein Schulversuch, der zur Zeit im Versuchsstadium sich befindet und über den es sicherlich in den nächsten Jahren keinen Abschluß geben wird, weil die ÖVP niemals der Ganztagschule zustimmen wird können. Was der Abg. Riedmann hier dargelegt hat, ist nämlich ein Loblied für die Tagesheimschule gewesen, da er das Prinzip der Freiwilligkeit in den Mittelpunkt gestellt hat. Und der Unterschied zwischen der Ganztagschule und der Tagesheimschule ist dort zu sehen, daß in der Ganztagschule (Zwischenruf Mag. Spannring: - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe! Herr Mag. Spannring, Sie konnten vorher auch ungestört sprechen.) in einem Schulsprenkel alle Kinder den ganzen Tag die Schule besuchen müssen und über Mittag dort bleiben müssen. Das ist der Unterschied, das ist die entscheidende Frage, nämlich, daß die Kinder von der Früh um 8 Uhr bis abends um 18.00 Uhr durchgehend in dieser Schule sein müssen. Wir sind der Auffassung, und das ist der Unterschied zur Tagesheimschule, daß die Freiwilligkeit gegeben sein muß, ob jemand am Nachmittag den Unterricht besucht, ja oder nein. Ich darf auch betonen, daß die Privatinternate, die hier angezogen werden, natürlich ebenfalls auf eine völlige Freiwilligkeit zurückzuführen sind, und indem sie als zusätzliches Bildungsangebot hier bereitgestellt werden und immer die Wahlfreiheit bleibt. Dort, wo eine Schulform gefunden wird, wo es nur noch einen Weg gibt, nämlich nur noch die Ganztagsform, ist nicht mehr die Wahlmöglichkeit gegeben, und das ist der Unterschied, vor dem wir uns befinden. Ich darf betonen, daß wir in unserem Lande gute Versuche mit Tagesheimschulen gemacht haben. Wir haben Tagesheimschulen in Satteins, in Thüringen und in Au. In unserem Tagesheimschulmodell bieten wir einen beaufsichtigten Mittagstisch mit anschließendem Betreuungsbeitrag an, der fallweise vom Nachmittagsunterricht unter-

brochen wird, und mit dem Abholen der Schüler durch öffentliche Verkehrsmittel endet. Der Betreuungsbereich gliedert sich auch bei diesem Modell in einen Freizeit- und Lernbereich, wobei gelenkte und ungelenkte Freizeit flexibel angeboten werden. Infolge der schulstufenübergreifenden und teilweise auch schulübergreifenden Gruppen kann wohl der individuelle, in der Regel aber nicht der sachbezogene Lernbereich angeboten werden. Ich darf auch betonen, daß der Betreuungsbereich von Montag bis Freitag stattfindet, und unmittelbar an den Vormittagsunterricht anschließt. Dies ist ein freiwilliges Angebot für jene Kinder, die nicht nach Hause können auf Grund verschiedener Umstände - Verkehrsverhältnisse usw. Dies hat sich bewährt, und es gab eigentlich - und da gehe ich mit einigen Vorrednern konform, in diesem Bereich sicherlich kaum Differenzen oder Auffassungsunterschiede. Dort, wo es keine besseren Möglichkeiten gibt, muß man eine Ersatzlösung finden, und für uns sind dies alles Ersatzlösungen für das Elternhaus. Und das ist, glaube ich, auch der Unterschied, daß wir immer das Primat des Elternhauses haben und uns bemühen, wenn möglich, die Kinder zu Mittag nach Hause zu bringen und die Möglichkeit zu bieten, am Gemeinschaftsleben der Familie Anteil zu nehmen. Und nur dort, wo aus verschiedenen Gründen dies nicht möglich ist, und meistens sind es in unserem Lande eventuell Entfernungsgründe bei der Hauptschule, daß die Distanz zu groß ist, versuchen wir, Ersatzlösungen zu bieten. Ersatzlösungen, die aber freiwillig angenommen werden können und wo jene, die nach Hause gehen können, natürlich auch dieses Angebot wahrnehmen.

Zu den Ausführungen des Abg. Riedmann wegen der Leistungsfeststellung ist zu sagen, daß dies ganz einfach zu beantworten ist. Die Definitivstellung ist eine Angelegenheit, wonach es darum geht, daß nur die Frage gestellt wird, ob ein Lehrer den erwarteten Erfolg erbringt oder nicht. Das ist ein einfaches Formular, wo es nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder anzukreuzen ja oder nein, Herr Kollege ja oder nein. Bisher wurde immer nur bei ja angekreuzt, und nur bei nein müßte es einen Bericht geben. Also was soll das? Gefragt muß ein Lehrer nur dann werden, wenn irgendwo eine nein-Meldung kommt. Es gab noch keine Nein-Meldung. Also ist es ganz eindeutig, daß an und für sich es daher kein Hören des Lehrers geben muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Frage des Bürgermeisters Mayer über die Kindergartenförderung ist zu bemerken, daß eine Erhebung des Referates über die Kindergartenförderung ergibt, daß Vorarlberg nicht die geringste Förderung unter allen österreichischen Bundesländern hat und dazu einige Fakten. Das Land Vorarlberg ersetzt den Gemeinden 45% der tatsächlichen Personalkosten für Kindergärtnerinnen und -helferinnen. Dieser Grundbetrag, den jede Gemeinde erhält, wird je nach Finanzkraft der Gemeinden bis auf maximal 85% erhöht. Das Land Kärnten gewährt den Gemeinden pro Jahr einen Pauschalbetrag in der Höhe des vierfachen Gehaltes eines Landesbediensteten der allgemeinen Verwaltung, Verwendungsguppe c. Dies ergibt für das Jahr 1981 z. B. einen Betrag von 32.264 S pro Gruppe, wobei die durchschnittliche Kinderzahl pro Gruppe in öffentlichen Kindergärten in Kärnten 32 beträgt. In Burgenland gewährt das Land den Gemeinden

pro Gruppe für eine geprüfte Kindergärtnerin 50% des Bezuges einer Gemeindeangestellten der Verwendungsguppe L 3, einschließlich der Dienstgeberbeiträge. Für eine Helferin erfolgt weder in Kärnten noch im Burgenland ein Kostenersatz, das heißt also, daß mindestens die Hälfte des Personals nicht unter diesen Subventionierungsschlüssel fällt. Ich darf dies auch konkretisieren. Z.B. für den zweigruppigen Kindergarten Lustenau-Rheindorf wurde der Marktgemeinde Lustenau im Jahre 1981 ein Personalkostenersatz in Höhe von 406.000 S bezahlt. Der gleiche Kindergarten nach der Kärntner Förderung hätte lediglich 64.500 S erhalten. Zum zweigruppigen Kindergarten Bregenz-Ilgagasse beträgt der Personalkostenersatz an die Stadt Bregenz für den selben Zeitraum 364.000 S, in Kärnten hätte dieser Kindergarten 64.000 S bekommen, also um 300.000 S weniger. Für den dreigruppigen Kindergarten Feldkirch-Tosters betrug der Personalkostenersatz an die Stadt Feldkirch 496.000 S, nach der Kärntner Regelung würde der Förderungsbeitrag dort 96.000 S betragen. Der Personalkostenersatz in Burgenland würde in den Fällen ebenfalls weniger erbringen, und ich darf daher betonen, daß bekanntlich für die Errichtung von neuen Kindergärtenversuchen nicht, wie der Herr Bürgermeister Mayer vorher gesagt hat, 100.000 S, sondern 400.000 S eingesetzt werden. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Ich habe gesagt, es sind um 100.000 S mehr geworden, nämlich 400.000 S, aber das sind nicht einmal 10%!) In Kärnten wären hierfür für besondere Einrichtungen kleine Beiträge nach Maßgabe vorhandener Mittel bezahlt worden, wobei zu diesen Beträgen nach Aussage der Referenten immer wieder gesagt wird, daß wir eine relativ gute Förderung haben, insbesondere unter folgendem Blickwinkel: Vor über zehn Jahren gab es nämlich die Entscheidung, ob das Land Vorarlberg die Gemeinden weiterhin beteiligt an den hohen Kosten des Berufsschulwesens. Und damals begann der große Boom des Berufsschulbaues, damals hat der Vorarlberger Landtag die Entscheidung gefällt, gut, wir wollen die Gemeinden entlasten vom Berufsschulbau, den soll das Land voll allein tragen, dafür aber eben die Lösung mit den 45% Personalkosten. Später nachfolgend sind dann die Aufstockungen bis zu 85% bei finanzschwachen Gemeinden gekommen. Dies ist nicht in allen Bundesländern so. Das heißt, die meisten österreichischen Bundesländer haben die Gemeinden mitbeteiligt und mit einbezogen in die Kosten des Berufsschulwesens. Ich glaube, daß unter diesem Blickwinkel, wenn man also dies kombiniert, die Gemeinden in dieser Hinsicht besser bedient sind durch eine Lösung Vorarlberger Prägung, gegenüber jener in anderen Bundesländern. (Zwischenruf) Wir können sagen, daß im Bezirk Bludenz in 25 Gemeinden 28 öffentliche und 7 private Kindergärten, im Bezirk Bregenz in 39 Gemeinden 61 öffentliche und 2 private und im Bezirk Dornbirn in 3 Gemeinden 18 öffentliche und 3 private Kindergärten gegeben sind. In dem Sinne haben wir ein ausgebauten Kindergartenetz, und wir können in 95 Kindergärten alle vierjährigen Kinder aufnehmen, in 16 können vierjährige Kinder teilweise untergebracht werden. Und ich darf daher der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß auch in Zukunft wir auf diesem Wege weiter unsere Spitzenstellung behalten können. Denn es gibt in Europa kaum ein so dicht ausgebaut-

tes Kindergartennetz wie in unserem Lande, weil wir alle Gemeinden erfaßt haben und damit auch eine große Dichte erzielen konnten. Ich darf auch noch die Zahl der Kindergärten nennen: 156. Wobei ich sagen darf, daß vom Land für das Kind im Kindergarten 4.797 S gezahlt wird. Wenn man sich dies vor Augen führt, dann ist das gegenüber einer Zahl vor ca. 10 Jahren eine Steigerung um das Vierfache. Das heißt, daß wir uns sehr bemüht haben, diesem Bereich einen besonderen Stellenwert zu geben.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Hoher Landtag! Zwei Vorredner veranlaßten mich, noch kurz auf die Probleme der Jugendarbeit einzugehen, und zwar der Kollege Dr. Mader, der sich mit der Person des Vorsitzenden des Vorarlberger Dachverbandes der Vorarlberger Jugendhäuser kritisch auseinandergesetzt hat. Ich darf daran erinnern, daß ich schon vor etwa einem halben Jahr im Sommer 1981 anlässlich einer Landtagsdebatte mich ebenfalls sehr kritisch mit dem Auftreten des Bernhard Ammann in der Öffentlichkeit auseinandergesetzt habe.

Ich kann diese Kritik (Zwischenruf: Sie würden die Inquisition wieder einführen! - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) nur noch verschärfen und sagen: Nach dem Interview, das der Vorsitzende des Dachverbandes der Vorarlberger Jugendhäuser kürzlich dem «Wann & Wo» gab, ist eindeutig festzustellen, daß dieser Herr eine Belastung für die Vorarlberger Jugendzentren und die Jugendlichen geworden ist. (Zwischenruf Winder: Schauen Sie Ihre eigenen Interviews an! Glocke des Präsidenten) Das möchte ich dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen, Kollege Winder, wer da falsch liegt - Sie oder ich.

Bürgermeister Mayer (Zwischenruf Winder: Zwischenrufe sind gestattet! - Präsident: Bitte um Ruhe, Herr Klubobmann!) hat sehr rührselig (Zwischenruf Winder - Präsident: Aber nicht ein Zwiegespräch!) über das Entstehen des Bregenzer Jugendzentrums gesprochen. Es sind einige Richtigstellungen dazu angebracht. Vorerst jene Passage, die sich mit der Bregenzer ÖVP, der Opposition im Rathaus, befaßt. Ich hätte das Thema hier nicht angezogen, aber der Bürgermeister hat sich auf das Thema abgestützt, und daher möchte ich hier einiges erwidern. Der Bürgermeister hat gesagt, jede Anstellung, gemeint ist von Jugendarbeitern im Jugendzentrum, erfolge regelmäßig gegen die Stimmen der Opposition. Der Herr Bürgermeister hat bekanntlich ein sehr schlechtes Gedächtnis, das ihn in diesem Falle auch wieder einmal im Stich gelassen hat. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Danke!)

Eine einzige, Herr Bürgermeister, eine einzige Anstellung, und zwar die von Ihnen genannte Dame, stößt auf den Widerstand der Bregenzer ÖVP. Eine einzige! (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Eine einzige habe ich gemeint!) Und nicht jede, Herr Bürgermeister. Bleiben Sie bei der Wahrheit Eine einzige ist auf den Widerstand der Bregenzer ÖVP gestoßen und zwar deswegen (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Die Beraterin in Alkoholsachen habe ich gemeint!) Es brauchte immerhin meine Wortmeldung, daß Sie das, was Sie hier pauschal in den Raum gestellt

haben, zurücknehmen. Und nach längerem Murren Ihrerseits haben Sie es jetzt deutlich zurücknehmen müssen.

Und warum hat die ÖVP diese eine Anstellung kritisiert und abgelehnt? Sie haben heute hier erklärt, ich kann das wiederholen, diese Akademikerin hat eine Dissertation über den Mißbrauch des Alkohols geschrieben. Sie haben Sie mit der klaren Zielvorstellung angestellt, das Alkoholproblem bei den Jugendlichen im Bregenzer Jugendzentrum in den Griff zu bekommen. Wir sind der Auffassung, daß ein Jugendzentrum keine Therapiestation ist und Sie selbst, Herr Bürgermeister, wissen ganz genau, daß im Jugendzentrum ein absolutes Alkoholverbot besteht, das allerdings nun von Ihren Leuten, das heißt von den Sozialarbeitern, offensichtlich nicht mehr eingehalten wird. Das ist Ihr Problem als Dienstgeber.

Wir haben die Expertise von Fachärzten dazu eingeholt, die uns ganz eindeutig erklären, ein qualifizierter Drogenberater, in diesem Fall ein Alkoholmißbrauchberater, allein steht auf verlorenem Posten. Hier wäre ein Team einzusetzen, das rund um die Uhr diese Dinge betreut, also ein qualifiziertes, mehrköpfiges Team, das in Alkoholfragen ausgebildet ist, das naturgemäß Ihr Budget und die Möglichkeiten eines Jugendzentrums überfordert, daher steht eine einzige Person auch mit einer entsprechenden Erfahrung, sofern man die Dissertation zu einem solchen Thema als eine Erfahrung gelten lassen kann, auf verlorenem Posten. Und wir haben erklärt, (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Wir haben schon wieder eine angestellt, nur wissen Sie's nicht!) Wir werden uns darüber unterhalten, aber sicher ist, daß diese Person, und wenn sie noch so viel auf der Hochschule gelernt hat, an dieser Stelle verheizt wird. Und daher die Ablehnung.

Zum Landesbudget und zu den Ausführungen des Kollegen Mayer, der hier erklärt hat, das Jugendzentrum sei geschaffen worden, weil es in den Bregenzer Gasthäusern ein Alkoholproblem und ein Drogenproblem seinerzeit gegeben habe. Er habe die Polizeiberichte dazu gehört. Nach dieser Erfahrung vieler Jahre können wir beide wohl feststellen, daß es die Polizeiberichte aus den Gasthäusern nach wie vor gibt und desgleichen gibt es auch Berichte aus dem Jugendzentrum. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Sie kennen doch keinen einzigen Polizeibericht. Die sind geheim!) Herr Bürgermeister, warum verschweigen Sie dann bei Ihrer Schönfärberei, was alles nicht positiv ist. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Die Polizeiberichte sind doch alle vertraulich! Glocke des Präsidenten) Es ist eine Geschmacklosigkeit, um mit Ihren Worten einmal zu kontern, wenn Sie Suizide an den Bregenzer Mittelschulen mit den Problemen des Bregenzer Jugendzentrums verquicken.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Herr Präsident, Hohes Haus! Nachdem ich im Zuge dieser Debatte um Schul- und Jugendprobleme einige Male als Präsident des Landesschulrates zitiert wurde, bitte ich um Verständnis dafür, daß ich trotz der jetzt schon lange geführten Debatte um Schulfragen doch noch einmal auf die Schulproblematik zurückkomme und

aus der Sicht des Präsidenten des Landesschulrates einiges dazu sagen möchte. Es ist keine Frage, daß die Diskussion und Auseinandersetzung um die künftige Organisation der Schule in Österreich eine zutiefst gesellschaftspolitische Problematik ist; je nachdem, ob man von der Überlegung ausgeht, daß das Elternrecht und daß die freiwillige Entscheidung der Eltern über die Schulausbildung ihrer Kinder im Vordergrund steht oder ob man von der Überlegung ausgeht, daß das anstelle der Eltern und Erziehungsberechtigten letztlich der Staat ist. Von dieser Alternative ist diese ganze Problematik bestimmt. Es ist heute schon gesagt worden, daß es bei der Realisierung der Ganztagschule um eine Schulreform geht, die von Zwang getragen ist. Das heißt, es gibt dort nicht die alternative Entscheidung der Eltern oder der Erziehungsberechtigten. Im Gegensatz dazu ist die Tagesheimschule eine Schulform, die auf Freiwilligkeit abstellt, und die deshalb in sehr starkem Maß dem Vater, der Mutter oder, wo notwendig, an deren Stelle dem gesetzlichen Erziehungsberechtigten die Entscheidung überläßt. Das ist ja der zunächst ganz entscheidende, grundsätzliche Unterschied. Elternrecht als Primat oder staatliches Erziehungsrecht als Primat. Das ist der entscheidende Ausgangspunkt, den man in der Tagesdiskussion viel zu sehr in den Hintergrund stellt, ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt. Und wenn heute in der Debatte wieder gemeint wurde, daß es ja schon Beispiele gebe in Richtung Ganztagschule mit den Internaten der Orden oder auch mit Internaten anderer privater oder halbprivater Organisationen, dann gibt es hier, meine Dame und meine Herren von der sozialistischen Fraktion, einen ganz entscheidenden Unterschied. Auch die Internatsschulen sind prinzipiell auf die Freiwilligkeit abgestellt. Es ist jedem Vater unbenommen, ob er sein Kind in eine staatliche Schule schickt oder in eine von einem Orden oder welchen privaten Organisation immer getragene Internatsschule. Das ist zunächst der erste entscheidende Unterschied. In eine Internatsschule schickt wahrscheinlich in der Regel ein Erziehungsberechtigter ein Kind dann, wenn er auf Ganzheitsbildung Wert legt, ob das die Eltern tun wollen oder nicht, ist ihre völlig freie Entscheidung. Und das scheint uns das Richtige und dabei Wichtige zu sein. In der Internaterziehung steht doch, ob das immer gelingt, oder immer in der Praxis realisierbar ist, mag auf einem anderen Blatt stehen, aber bei der Internaterziehung ist der oberste Grundsatz und das oberste Ziel die Charakterbildung, in Ordensschulen die religiös-weltanschauliche Grundbildung, die Ganzheitsbildung, wenn Sie so wollen und vor allem, und das geschieht ja in Internatsschulen in der Regel sehr stark, auch die schwergewichtige musische Bildung. So gesehen, kann man die Ganztagschule als Zwangsschule und die Internatsschule als völlig freiwillige Einrichtung, die dem freien Entscheidungsrecht der Eltern über ihre Kinder unterliegt, nicht vergleichen. Die Ganztagschule nach sozialistischem Vorbild und nach sozialistischer Vorstellung ist von ihrer Zielsetzung her etwas ganz anderes, als eine Internatsschule, insbesondere etwas anderes als Internatsschulen, die von Orden geführt werden. Das kann man gar nicht klar genug herausstellen. Es ist in der Diskussion gemeint worden, daß der Bund sich beachtliche Verdienste

bei der Einrichtung höherer Schulen im Land im letzten Jahrzehnt erworben hätte. Ich bin, meine Dame und meine Herren, von der sozialistischen Fraktion, der letzte, der als Präsident des Landesschulrates das bestreiten möchte. Ich habe das auch in wiederholten Erklärungen in jüngerer Zeit im Rundfunk, bei Versammlungen, bei Diskussionen verschiedener Art immer wieder betont. Wenn wir objektiv sein wollen, und wir wollen es, müssen wir bekennen, daß auf dem Schulsektor im vergangenen Jahrzehnt in Vorarlberg viel geleistet wurde. Im Bereich des höheren Schulwesens, wo der Bund entscheidend mittangiert ist, aber natürlich auch im Bereich des Pflichtschulwesens, wo es insbesondere die Vorarlberger Gemeinden gewesen sind, die ganz Entscheidendes geleistet haben. Aber es ist unbestritten, was den gezielten Ausbau der allgemeinbildenden höheren Schulen im Lande anbelangt, was die kaufmännischen höheren und mittleren Schulen anbelangt, hat der Bund vieles geleistet. Ich habe das auch gegenüber dem Herrn Unterrichtsminister, dem Vizekanzler, in seiner Eigenschaft als Ressortzuständiger einige Male auch betont. Aber ich glaube, wir dürfen, ohne unbescheiden zu sein, darauf hinweisen, daß dieses gezielte Ausbauprogramm nur möglich war im engen Einvernehmen und in enger Kooperation mit den im Landesschulrat Tätigen. Weil nun einmal von der Gesetzeslage her bei der Vorbereitung und Realisierung von höheren Schulen dem Landesschulrat und den in ihm Tätigen eine entscheidende Mitwirkung zukommt. Und man darf schließlich auch sagen, daß diese zahlreichen höheren Schulen im, wie gesagt allgemeinbildenden höheren, im kaufmännischen und insbesondere im technischen Bereich, wo Wichtiges geschehen ist, nicht möglich gewesen wären, wenn nicht insbesondere auch die Vorarlberger Gemeinden Entscheidendes dazu beigetragen hätten durch Zurverfügungstellung unentgeltlicher Baugrundstücke, durch die Bereitschaft, wiederholt im Leasingverfahren solche Projekte zu verwirklichen und ähnliches. Ich würde meinen, es war dieser Schulbau eine Gemeinschaftsleistung, zu der wir uns durchaus bekennen. Ich darf ebenfalls für mich in Anspruch nehmen, daß ich als Präsident des Landesschulrates auch in den letzten Jahren nie etwas anderes gesagt habe. Nur sollte man, glaube ich, nicht, wenn man über dieses Problem redet, nur von den Verdiensten des Bundes reden. Es ist eine dreigeteilte Verantwortung in vielen Fällen gewesen, und es war, glaube ich auch, eine dreigeteilte Hilfe, die zu diesen Erfolgen letztlich geführt hat.

Und wenn als drittes in der Diskussion gemeint wurde, daß es in dem Land eine Bevormundung der Lehrer gebe, dann möchte ich zunächst doch sagen, wenn dem so wäre, würde ich mich wundern, daß es heute so erfreulich viele Lehrer in dem Land gibt, gerade insbesondere in dem hier angesprochenen Pflichtschulbereich, die sich im katholischen Lehrerverein organisieren, der keine parteipolitische Organisation ist, wie das manchmal dargestellt wird, aber der sich zu den Grundsätzen in der Lehrerbildung und in den Aufgaben des Lehrers bekennt, die auch unsere Grundsätze sind. Ich habe erst, meine Damen und Herren, wieder vor wenigen Tagen Gelegenheit gehabt, bei der Jahrestagung des katholischen Lehrervereines anwesend zu sein, und ich bin dort beeindruckt gewesen einmal von

der überaus großen Zahl von Lehrern, die dieser Einladung gefolgt sind und ich bin vor allem beeindruckt gewesen von dem grundsätzlichen Bekenntnis, das diese Lehrer im Zuge dieser Lehrertagung abgelegt haben, zu den pädagogischen Grundsätzen und Zielsetzungen, die, ich glaube auch das darf ich ohne Übertreibung sagen, von den im Landesschulrat und in der Landesschulverwaltung im Land Tätigen mit getragen werden. Wenn von einer Bevormundung der Lehrerin der Zeitgeschichte gesprochen wird, dann möchte ich meinen, ist eine Entscheidung des Landesschulinspektors in diesen Fragen weitgehend gerechtfertigt. Es ist richtig und es ist schon so, die Politiker mischen sich in diese Fragen nicht ein, sie sind ausschließlich eine Entscheidung der Schulaufsicht, und zu der bekennen wir uns, weil sie auf einer gesetzlichen Grundlage basiert, und weil sie ganz offensichtlich vom Grundsatz ausgeht, daß Zeitgeschichte niemals parteipolitisch gefärbte Geschichte sein darf, und daß Zeitgeschichte nicht dazu bestimmt sein kann, gesellschaftspolitisch einseitig gewichtete Richtungen mitzuvertreten. So viel dazu. Und ich möchte auch sagen, daß die Kritik, soweit sie die Leistungsfeststellung des Lehrers betrifft, insofern doch leicht zu verkraften ist, als selbst auch der kritische Redner jetzt im Zuge der Debatte zugegeben hat, daß diese Vorgangsweise nicht ungesetzlich sei. Er hat dazu gemeint, sie sei nach seiner Meinung undemokratisch. Meine Damen und Herren, zur Demokratie in der Schule, zum tauglichen Ausmaß der Demokratie in der Schule kann es sehr verschiedene Auffassungen geben und es gibt sie auch in Österreich. Und man kann auch sehr verschiedener Meinung sein, was Demokratie überhaupt ist. Im Schulbetrieb und in der Pädagogik hat sie nach unserer Meinung dort ihre Grenzen, wo man mit dem Bekenntnis zur Demokratie das Bekenntnis zur Autorität in den Hintergrund treten läßt. Ich persönlich habe die Meinung, daß die österreichische Schule heute daran krankt. Und ich werde hierin bestätigt von vielen erfahrenen Lehrern, insbesondere auch Pflichtschullehrern gerade in unserem Land, die der Auffassung sind, die Schule kranke heute daran, daß gewachsene Autorität von erfahrenen und guten und auch von der Jugend anerkannten Pädagogen und Lehrern nicht mehr die öffentliche Würdigung und Anerkennung findet, die sie verdienen würde. Ich bin auch der Meinung, und habe auch da gerade bei der letzten Pädagogentagung Zustimmung gefunden, daß es richtig ist, sich zu den Schulversuchen zu bekennen auf den verschiedensten Ebenen, im Bereich der Sonderschulen, im Bereich Volksschule und Hauptschule, im Pflichtschulbereich, überlegt, daß man aber die Schulversuche nicht überdrehen, und daß man sie von der Zahl her im Griff behalten sollte. Es gibt nicht von ungefähr viele erfahrene Pädagogen auch in unserem Land, die sagen, was die Schule bräuchte und was vor allem die Kinder bräuchten, wäre wieder mehr Ruhe, wieder mehr Möglichkeit zur Besinnung, wieder mehr Möglichkeit für den Lehrer, sich mit dem Kind nicht nur als Wissensvermittler, sondern vor allem auch als Erzieher und als erfahrener, väterlicher Freund betätigen zu können; vor allem für die kleinen Kinder, die Kinder der Pflichtschule und speziell die der Unterstufe. Da glaube ich, daß es in der heutigen Zeit sehr fehlt. Es hat vor einigen Tagen ein erfahrener Kommunalpoliti-

ker gemeint, die heutige Zeit kranke daran, daß man mit der Veränderung von Worten eine gesellschaftspolitische Veränderung von Werten herbeiführe. Ich glaube, daß hinter dieser Feststellung sehr viel Wahrheit steckt, und es gibt viele Beispiele, mit denen man sie unterstreichen könnte. Ein solches Wortspiel ist beispielsweise das Wort «Chancengleichheit», weil man damit eigentlich Chancengerechtigkeit meinen müßte. Chancengleichheit kann nämlich nach unserer Meinung nur heißen, daß jedes talentierte Kind ganz gleichgültig aus welcher Familie, ob aus einer reichen oder aus einer finanziell schwächer gestellten, aus einer in ihrem Kern gesunden oder aus einer aus welchen Gründen immer kranken, daß ein Kind aus einer Familie, dessen Vater, aus welchem Berufsstand er immer kommt, die gleiche Ausgangsbasis und Chance hat, seine Talente und seinen Fleiß zu entwickeln. Aber wenn man von Chancengleichheit in dem Sinn redet, sollte man auch den Mut haben, sich zur Chancengerechtigkeit zu bekennen, die nämlich heißt, daß es nie so sein kann, daß jeder das gleiche leistet, daß jeder das gleiche leisten kann und daß jeder zum gleichen Erfolg kommen kann. Heute wird mit dem Schlagwort Chancengleichheit viel zu wenig der Wille zur Leistung, das Bekenntnis zur Begabung, das Bekenntnis zum Einsatz und die Wertung und Anerkennung des Fleißes verstanden. Das ist heute gar keine Frage. Und es ist auch gar kein Wunder, wenn das von Politikern, von Mandataren oder auch von Gesellschaftspolitikern einer Partei übersehen wird, die sich in ihrem Parteiprogramm zur klassenlosen Gesellschaft, auch in ihrem jüngsten Programm, bekennen. (Zwischenruf) Es gibt die klassenlose Gesellschaft weder im allgemeinen, das zeigt die ganze Weltentwicklung. Das sehen Sie am besten, wenn Sie einmal vierzehn Tage über den Eisernen Vorhang hinausfahren, wo die klassenlose Gesellschaft so groß propagiert wird, dort wird sie nämlich am wenigsten verwirklicht, viel weniger als in den Staaten der freien Welt. Der Unterschied der Klassen ist dort nämlich viel größer, und wer die klassenlose Gesellschaft ganz allgemein propagiert, hat natürlich auch zu Fragen der Schule, ausgehend von der Schulorganisation über die Zielvorstellung der Schule, andere Auffassungen. Das ist in der Demokratie das Recht jeder politischen Partei und jeder Organisation, welcher Art immer. Aber ich glaube, es ist auch das Recht derer, die hier andere Vorstellungen haben, sich mit Vehemenz und Deutlichkeit zu Wort zu melden. Im Schulunterrichtsgesetz steht etwa dem Sinne nach der Satz, die österreichische Schule hätte sich zu bekennen zu den Werten des Wahren, des Guten und des Schönen. Ich glaube, eine Schule jener Form und vor allem jenes Lehrinhaltes, wie das zum Teil von Ihrer Seite, auf Bundesebene vor allem, weniger im Lande, weil wir hier gar nicht die Kompetenz haben, verlangt wird, ist nicht ganz der Weg zur Realisierung dieser Zielsetzungen. Ich persönlich, ich gebe zu, das ist meine persönliche Meinung, bedaure zutiefst, und ich glaube auch damit nicht allein zu sein, daß es gerade in den letzten Monaten wieder sehr intensive Bemühungen gibt, den Lateinunterricht aus den österreichischen Schulen zu eliminieren und ihn nach Möglichkeit, wo immer es geht, abzuschaffen. Wir glauben, daß das eine Art von Streben nach Gleichheit ist, die nicht im Interesse der jungen Generation sein kann. Der

Talentierte und der Fleißige, dessen Vater oder der auch selbst glaubt, daß Lateinunterricht und damit Hinführung zu den Werten der Antike, eine wertvolle Ausbildung sein kann, die sollten die Möglichkeit dazu haben. Aber bei der Art von Chancengleichheit, wie sie heute gepredigt wird, wird das leider immer schwieriger. Und ich würde meinen, denn natürlich auch vom Umfang her in eingeschränkter Form gilt das auch für den Griechisch-Unterricht, wir wissen schon, woher es kommt, (Zwischenruf Winder, der auf Dr. Häfele zeigt: Da sitzt ein Grieche!) Ja, einer der wenigen. Wir wissen auch, woher es kommt, daß der Griechisch-Unterricht ganz konsequent aus der österreichischen Schulbildung ausgeklammert wird. Weil er Werte vermittelt, die nicht mehr überall gern gesehen werden. Und solange wir uns wehren können, wir können es leider nur mit sehr beschränkten Mitteln, tun wir es.

Und nun weg von der Schule und hin zu den Problemen der offenen Jugendhäuser im Lande. Meine Damen und Herren, Sie würden offene Türen einrennen, wenn Sie glauben sollten, und Sie tun es im Prinzip ohnedies nicht, weil die Praxis etwas anderes zeigt, daß wir nicht auch mit Ihnen überzeugt wären, daß offene Jugendhäuser aufgrund der gegebenen Jugendsituation, nicht nur in unserem Lande, sondern Österreich- und europaweit, eine Notwendigkeit sind. Die Frage ist nur, wo wir offensichtlich nicht immer einer Meinung sind, wie solche offene Jugendhäuser arbeiten sollen und vor allem, wie solche offenen Jugendhäuser zu führen sind. Wir haben bei mehreren Besichtigungen und Informationsreisen ins benachbarte weitere und fernere Ausland die Feststellung gemacht, auch bei Informationen unter den österreichischen Bundesländern selbst, daß offene Jugendhäuser, genauso, wie das für alle Gesellschaftsbereiche gilt, wo immer Sie hinsehen mögen, daß offene Jugendhäuser nur dort funktionieren können, wo sie ausgestattet sind mit einer erfahrenen, durchschlagskräftigen und verantwortungsbewußten, auch gegenüber der Gesellschaft und auch den Geldgebern gegenüber verantwortlichen Führung. Die Meinung, die noch vor einem Jahrzehnt oder vor fünfzehn Jahren vertreten wurde und mit der ich auch im Land als Jugendreferent wiederholt konfrontiert war, daß man offene Jugendhäuser kollektiv führen könne, das heißt, daß 40, 50 oder 100 Jugendliche gemeinsam bestimmen, nicht nur, was da zu geschehen hat, sondern auch wie das Haus geführt wird, hat sich als Illusion erwiesen. Es hat solche Versuche, Frau Abg. Langanger, ja einige gegeben, in der Schweiz, in der Bundesrepublik. Sie sind alle kläglich gescheitert. Wir sind deshalb der Meinung und ich nehme an, daß Sie mir hier beipflichten, daß offene Häuser eine erfahrene Führung brauchen, und woran die heutige Schwierigkeit liegt, Frau Abg. Langanger, um auf Ihre Ausführungen zurückzukommen, nicht am mangelnden Geld. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir jederzeit bereit sind, dieses Geld für qualifizierte Führungen zur Verfügung zu stellen. Woran es fehlt, ist leider das Vorhandensein jenes qualifizierten Personals, das wir brauchen, um gezielte, offene Jugendarbeit zu betreiben. Und ich habe wiederholt auch in Ihrer Anwesenheit schon gesagt, ich bin dankbar für jeden Hinweis in der Richtung, wie wir zu qualifiziertem Personal zur Führung der offenen Jugendhäuser kommen. Wir bemühen uns in letzter Zeit,

leider noch mit wenig Erfolg, über die Sozialakademie, wir bemühen uns, durch Gewinnung junger Lehrer, fähiger junger Lehrer, die für Jugendarbeit aufgeschlossen sind, sie im Wege der Freistellung vom Schulunterricht, also ohne jeden finanziellen Nachteil, für diese Aufgabe zu begeistern. Bisher leider auch mit relativ wenig Erfolg. Aber ich möchte Ihnen nur sagen, wir sind überall dort, wo qualifiziertes Personal ausfindig gemacht wird, bereit, für die Beschäftigung dieses Personals die notwendige finanzielle Hilfe zu leisten. Und ich darf immerhin sagen, daß es auch jetzt schon viele Hunderttausende Schilling sind, die wir jährlich in den Betrieb und in die Errichtung offener Jugendhäuser im Lande stecken. Ich darf insbesondere an das wiederholt erwähnte Modell Feldkirch erinnern, wo in Zusammenarbeit mit einem führenden Schweizer Jugendexperten, Herrn Fritschi, nun der Versuch unternommen wird, wirklich ein Modell durchzuexerzieren, von dem man glaubt, jedenfalls meinen das die Experten, wir sind ja mehr oder weniger Laien auf dem Gebiet, daß es zielführende Arbeit in der Zukunft ermöglicht. Und Sie wissen wahrscheinlich so wie ich, daß es viele Hunderttausende Schilling sind, die wir letztes Jahr, dieses Jahr und auch im kommenden Jahr in dieses Modell investieren wollen. Aber auch die übrigen Jugendhäuser von Bregenz beginnend über Lustenau, Hohenems, Götzis, Feldkirch und Bludenz, werden heute schon recht beachtlich finanziert, wengleich ich zugebe, daß das noch nicht das sein kann, was mit Recht qualifizierte Jugendarbeiter von einer solchen Arbeit verlangen und erwarten. Aber ich lege Wert auf die Betonung «qualifizierte» Arbeiter. Und wenn ich heute schon angesprochen worden bin auf Äußerungen eines jungen, sicher engagierten und wahrscheinlich auch mit persönlichem Idealismus am Werk befindlichen Jugendarbeiters im Lande, dann muß ich auch als Jugendreferent sagen, daß leider solche Äußerungen, wie sie hier in einer Vorarlberger Wochenzeitung veröffentlicht wurden, dann, wenn sie so gemacht wurden - ich möchte das so noch einschränken - die Aktivitäten der für die Jugendarbeit und für die Steuergelder Verantwortlichen nicht gerade leichter machen. Da werden Sie mir wahrscheinlich zustimmen. So viel zur Jugendarbeit.

Und um noch einmal auf die Ehe- und Familienberatung zurückzukommen, die heute im einschlägigen Kapitel wieder zur Diskussion stand, ich kann nur sagen, wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie offensichtlich dem Grundsatz huldigen, wenn kirchliche Institutionen Initiativen ergreifen, die - das haben Sie eigentlich nicht bestritten - sinnvoll sein können, wengleich gestern das Wort von der «kirchlich gefärbten» Jugendarbeit fiel, daß Sie da der Meinung sind, daß es für solche Arbeit keine Zuschüsse der öffentlichen Hand geben darf. (Zwischenruf: Mit dem Kirchenbeitrag der Politiker!) Da unterscheiden wir uns grundsätzlich. Ich glaube nicht, daß mit dem Kirchenbeitrag derer, die sich in dem Land zur katholischen Kirche bekennen, alles das auf kirchlicher Ebene bestritten werden kann, was aus gesellschaftspolitischer Sicht förderungswürdig ist. Dort, wo wir als Landtagsmehrheit glauben, daß auch im kirchlichen Bereich gesellschaftspolitische Arbeit geleistet wird, und Ehe- und Familienberatung ist sicher eine entscheidende in der Richtung, (Zwischenruf Langanger: Aber

mit welchem Erfolg?) Arbeit, die auch aus der Sicht der politischen Parteien durchaus mitgetragen werden kann, jedenfalls aus der Sicht der Mehrheitspartei, haben wir die Meinung, daß wir nicht das Recht, sondern sogar auch die Pflicht haben, solche Arbeit zu unterstützen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Herr Landeshauptmann, wir tragen ja andere Subventionen mit, denken Sie nur an Kirchenbauten!) Vergessen Sie nicht, daß unter den Steuerzahlern, die die Mittel aufbringen, mit denen wir im kommenden Jahr die Ehe- und Familienberatung der Diözese unterstützen, sehr viele sind, die sich auch als Katholiken bekennen und so gesehen, ist das gar nichts so Besonderes, was wir hier tun. Und ich glaube, man kann die Dinge durchaus aus einer anderen Sicht sehen.

Präsident: Das Wort hat nun Herr Abg. Mag. Spannring.

Mag. Spannring: Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Einige Äußerungen veranlassen mich, doch noch einmal Stellung zu nehmen zur Schule und zur Erziehung in diesem Lande, denn so können sie im Raum nicht stehen bleiben, obwohl wir, das muß ich schon sagen, sie sehr häufig in diesem Hause diskutiert haben. Ich meine diese Aussage, wie sie der Herr Landesrat gemacht hat: «Wir können der Ganztageschule nie zustimmen.» Solche Äußerungen kann man halt eben nur aus der Sicht der Allmacht der ÖVP in diesem Lande machen, aber gesamt-österreichisch wird das sicherlich ganz anders aussehen. Man neigt halt in diesem Lande auch in den ÖVP-Kreisen ein bißchen zu Überheblichkeit Und unter dieser Überheblichkeit kommen dann solche Äußerungen zustande. Herr Landesrat, es ist schon vieles zustande gekommen, das sich die ÖVP vorher nicht vorstellen hat können. Ich denke nur beispielsweise, daß heute die ÖVP in ihrem Programm hat, der Arbeitnehmer soll mitbestimmen und mitbesitzen. Vor 30 Jahren hätte sich das die ÖVP auch nicht vorstellen können, daß sie einmal selbst solche Aussagen machen wird. Aber nun zu einigen Punkten, man muß sie halt doch noch einmal erwähnen, so leid es mir tut und so sehr ich dadurch Zeit in Anspruch nehmen muß.

Die Freiwilligkeit der Ganztageschule. Die Ganztageschule ist eben eine «Zwangsschule», dieses Wort wird halt immer wieder stereotyp verwendet. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, Herr Landeshauptmann, daß es Ihnen nicht darauf ankommt, demokratisch, kompromißbereit Lösungen zu finden, sondern Sie wollen ganz bewußt die Atmosphäre, die Diskussion, in diesen Dingen vergiften. Anders kann ich mir das nicht erklären, daß man ständig und stereotyp diese Begriffe, diese Halbwahrheiten verwendet. Deshalb muß ich es noch einmal erwähnen: die Freiwilligkeit ist selbstverständlich gegeben. Wenn ich mich zu einem Schultypus bekenne und wenn ich in die Handelsakademie gehe, dann muß ich eben den Lehrplan, der dort angeboten wird, zur Kenntnis nehmen. (Zwischenruf: Hier handelt es sich um eine Pflichtschule!) Ich muß ja auch in die derzeitige Volksschule gehen, zwangsweise, oder stellen Sie das ab? (Zwischenruf) Lassen Sie mich ausreden. Ich bin genauso gezwungen, in die gegebene Form der heutigen Volksschule zu gehen bzw. meine Kinder zu schicken. Dann kann ich auch die

heutige Form der Schule als eine Zwangsschule bezeichnen, wenn man das so will, wenn man mit diesen Worten einfach hausieren will.

Es ist einfach zu simpel, es ist schade, daß man in diesem Hause so diskutieren muß. Was wir uns vorstellen unter Ganztagesesschulen: Der Vorteil der Ganztagesesschule besteht eben darin, daß hier eine bessere Organisation erreicht werden kann gegenüber der Tagesheimschule, in der es ja nur vorgesehen ist, daß die Schüler beaufsichtigt werden. Meine Damen und Herren, ich bin auch eine Zeitlang in ein Internat gegangen und habe das gesehen, wie man diese Beaufsichtigung durchführt. Man kann seine Hausübungen selbständig machen, hat keine pädagogische Betreuung, sondern geht halt hin (Zwischenruf: Die Tagesheimschule hat auch pädagogische Betreuung!) Lassen Sie mich ausreden, ich berichte von dem Internat, wie es sich bei einer größeren Schule eben auswirkt, wenn man sie nach dem Prinzip der Tagesheimschule führen würde. Es kann nur darauf hinauslaufen, daß es zu einer Beaufsichtigung der Schüler führt, und das ist ein wesentlicher Nachteil. Das heißt, man schöpft die pädagogischen Möglichkeiten, die eben die Situation bietet, wenn die Schüler den ganzen Tag in der Schule sind, nicht aus.

Und das bietet eben die Ganztagesesschule, daß diese Zeit genützt wird. Ich denke daran, daß diese Organisationsform mehr Gegenstände anbieten kann, mehr freiwillige Gegenstände anbieten kann. Ich denke an die Musikförderung, ich denke an die Sportförderung. Jetzt müssen wir eigene Sporthauptschulen, Sportgymnasien machen, die ja viel aufwendiger sind, während in der Ganztagesesschule diese Gebiete, die nicht nur für die extrem begabten Schüler notwendig oder wünschenswert wären, sondern für jeden Schüler wünschenswert wären, ausgebaut werden könnten. Oder ich denke an Erste-Hilfe-Kurse oder dergleichen mehr, die man eben in einer Ganztagesesschule einbauen kann, dort viel besser realisieren kann, als wenn ich nur in einer großen Schule eine Tagesheimschule mache, wo letzten Endes, weil eben keine organisatorische Durchstrukturierung stattfindet, das nicht realisiert werden kann.

Aber das wird ja auch von vielen ÖVP-Schulleuten eingesehen, und man kann mit denen auch darüber diskutieren, nur in diesem Haus ist das nicht möglich. Da will man das einfach nicht, sondern da will man einfach die rote Katz ein bißchen beleben. Der Herr Landesrat spricht vom Primat der Familie. In dieser Form, wie Sie das gesagt haben, Herr Landesrat, da müßte man ja sagen, daß die Schule überhaupt aufgelöst gehört, das Kind gehört in den Schoß der Familie, die Familie soll das Kind erziehen und unterrichten. So haben Sie das beinahe zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich werden Sie dem nun widersprechen, das ist auch unlogisch. Aber das ist eben die Nuance, die Sie in die Diskussion bringen. Ich meine, wenn man schon von diesem Elternrecht spricht, dann wäre es viel wichtiger, und dann könnte man einen gemeinsamen Weg gehen, wenn wir gemeinsam dafür eintreten, daß die Eltern den Unterricht besuchen dürfen. Mich würde viel mehr interessieren, ja was macht ganz konkret der Lehrer in der Schulklasse? Wie behandelt er die Schüler? Welche Unterrichtsmethode verfolgt er? Das wäre viel interessanter für die Eltern als darüber zu diskutieren, der Kreisky und der

Sinowatz, die vergiften die Schule, da werden die Kinder verstaatlicht, und die Schulen werden verstaatlicht, als solche Sprüche zu machen. Es wäre viel notwendiger und viel besser. Und dann würden wir den Eltern gerecht werden, und dann könnten die Eltern das Schulgeschehen viel mehr beeinflussen. Es geht viel mehr darum, in der Schule im konkreten pädagogischen Verhalten, um diese Inhalte und um die Formen, die am Kind selbst angewendet werden, als diese großen und manchmal auch hohl wirkenden Diskussionen. Und deshalb wäre es viel wichtiger, wenn die Eltern in die Schule hineingehen könnten und dort mitmachen und kennenlernen und sehen die Situationen. Das hängt nicht so sehr von Sinowatz und Kreisky ab, sondern die Inhalte, wie ich schon einmal gesagt habe heute vormittag, hängen ja von den Lehrern ab. Und diese Lehrer, das sage ich Ihnen auch, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat, diese Lehrer im Lande hängen nicht von Kreisky und Sinowatz ab, sondern es hängt viel mehr ab von einem Landeshauptmann und von einem Landesrat. Nämlich, die haben die Macht, die haben die Kompetenzen, die Lehrer einzustellen und auszuwählen, welche Lehrer eingestellt werden, und sie entscheiden über die Beförderung dieser Lehrer, und das macht sich dann schon viel mehr bemerkbar, welcher Lehrer und wie von diesem der Unterricht vollzogen wird, meine Damen und Herren. (Zwischenruf Dr. Keßler: Sie sitzen selbst im Kuratorium!) Sicher, Herr Landeshauptmann, natürlich, ja, selbstverständlich, deshalb weiß ich das ja so, Herr Landeshauptmann. Deshalb weiß ich, was vor sich geht und wer das Schulgeschehen beeinflusst, vor allem, was den Schülern Böses getan werden könnte. Denn Sie treffen ja die personelle Auswahl. (Zwischenruf Dr. Keßler: Die Lehrpläne der Pädagogischen Akademie bestimmt doch der Bund und nicht der Landeshauptmann!) Tun Sie nicht immer so absichtlich mißverstehen. Die Inhalte und die Form des Unterrichts werden nicht vom Landeshauptmann Keßler und nicht vom Kreisky gestaltet, sondern sie werden vom Lehrer gemacht, aber Sie entscheiden, welche Lehrer in der Schule stehen, und Sie entscheiden, welcher Lehrer befördert wird und dieses Beförderungselement spielt natürlich in den Überlegungen und in den Handlungen der Lehrer eine große Rolle. Das kann man doch nicht abstreiten. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das entscheide nicht ich, sondern das entscheidet die Regierung und bei den Direktoren das Kollegium des Landesschulrates!) Es ist schwer zu diskutieren, Herr Landeshauptmann, Sie wollen das einfach nicht verstehen und deshalb ist es einfach sehr schwierig und manches Mal hat man das Gefühl, es ist auch müßig, darüber zu diskutieren. (Zwischenruf Dr. Keßler: Bei der Wahrheit bleiben!) Ich meine, ich will Ihnen etwas sagen, Herr Landeshauptmann, Sie haben die Macht und Sie bevormunden die Lehrer und der SPÖ wird das unterstellt. So machen Sie das die ganze Zeit, das ist Ihr politischer Beitrag zur Lösung des Schulproblems. (Zwischenrufe)

Noch ein Wort zu den Schulversuchen, Herr Landeshauptmann, Sie bekennen sich sehr viel, und Sie bekennen sich natürlich auch zu den Schulversuchen und haben aber gleichzeitig Bedenken zu diesen Schulversuchen, wobei Sie das so drehen, daß für die Bedenken innerhalb des Schulversuches die SPÖ verantwortlich, für die guten Ergeb-

nisse innerhalb des Schulversuches ist die ÖVP zuständig. So klingt es immer in Ihrer Nuancierung, in Ihrer Ausdrucksweise. Und wenn Sie von Werten sprechen, dann würde ich Sie auffordern, diese Werte einfach einmal zu nennen. Denn wenn Sie das vom Schulgesetz her getan haben, Wahres und Gutes zu nennen, so bekennt sich jeder normale Mensch in Österreich und darüber hinaus zu diesen Werten. Der Konflikt liegt ja danach, wenn Sie diese Werte ableiten wollen. Und das sehen wir eben bei der Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit. Sie ideologisieren nämlich und kritisieren in Wirklichkeit Organisationsformen. Organisationsformen einer Schule sind nicht ideologieverdächtig, haben nichts mit der Ideologie zu tun, sondern sie sind Schulformen, Organisationsformen, um ein Ziel zu erreichen. Sie sind deshalb an sich in Wirklichkeit watscheneinfach. Und mit diesen Werten, abgesehen von dem Wahren und Guten, zu dem sich jeder Mensch bekennt, konstruieren Sie hier etwas von Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Da konstruieren Sie so etwas hinein, als ob die SPÖ dagegen wäre, wenn ein begabtes Kind einer vermögendere Familie oder einer gewerbetreibenden Familie aus der Mittelschicht, sozusagen hintangehalten werden müsse. Hier, für diese Begabung habe die Sozialistische Partei kein Verständnis. Sie wolle das gleich machen, herunterziehen auf die Proletarier Ebene, so versuchen Sie das zu interpretieren und so versuchen Sie das darzustellen. Dort treffen wir uns nicht, Herr Landeshauptmann, wo es darum geht, daß wir den Kindern aus den sozial schwachen Familien eben auch diese Chance einräumen wollen, weil wir eben wissen, daß sie - abgesehen von finanziellen Voraussetzungen, die ja sehr weitgehend ausgeglichen worden sind, sicherlich nicht zur Gänze, aber wo doch in den letzten zehn Jahren unter dieser SPÖ-Bundesregierung sehr viel getan worden ist, aber es gibt nach wie vor Schwierigkeiten für diese Kinder, weil wir wissen, daß beispielsweise ein Kind aus einer sozial schwachen Familie einen ganz oder viel geringeren Wortschatz mitbekommt, als ein Kind aus einer besser gestellten Familie. Und allein, daß es von der Kindheit her einen geringeren Wortschatz mitbekommt, geübt wird in dieser Familie, benachteiligt es von vornherein. Nicht weil seine Anlagen, nicht weil sein Hirn schwächer wäre, sondern weil eben die soziale Umwelt bereits ungünstigere Voraussetzungen bietet.

Das veranlaßt uns selbstverständlich als Sozialdemokratische Partei darüber nachzudenken, wie können wir diese Begabungen, die dort drinstecken - nicht jedes Kind einer Familie ist begabt, das hat niemand von uns behauptet - daß wie diesen begabten Kindern, deren Anlage da wäre, um auch höhere Berufe ergreifen zu können, studieren zu können, daß wir dem auch solche Organisationsformen anbieten, daß es seine Anlage entwickeln kann. Dazu müssen eben gewisse Voraussetzungen vorhanden sein, und wenn wir im Stande dieser Erkenntnisse sind, daß soziale Umstände eine große Rolle spielen, dann versuchen wir, diese auszugleichen. Das ist unsere Absicht und unsere Überlegung und nicht, das Kind der Familie wegzunehmen. Das unterschieben Sie uns einfach im gleichen Zuge, ohne einen logischen Konnex herstellen zu können.

Dann kommen Sie gleichfalls taxfrei zur klassenlosen

Gesellschaft, das ist so ein höhnischer Vorwurf. Sie sagen, wenn ich das recht verstanden habe, die Klassen nie beiseitigen. Haben Sie das so gesagt? Ist das richtig, Herr Landeshauptmann? Das heißt also, wenn Sie das gesagt haben, daß Sie doch zugeben, daß es eine Klassengesellschaft gibt. (Zwischenruf Dr. Keßler: Es kommt darauf an, was man unter Klasse versteht!) Ich möchte für das Protokoll festhalten, daß der Landeshauptmann gesagt hat, er meine ebenso, daß es in der Gesellschaft Klassen gebe. Wenn es keine klassenlose Gesellschaft gibt, heißt also, daß es Klassen innerhalb der Gesellschaft gibt. Ganz richtig! Nur unser Ziel ist, und das sagt auch der Begriff der klassenlosen Gesellschaft, die Unzulänglichkeiten innerhalb der Gesellschaft, die Schwierigkeiten innerhalb der Gesellschaft, die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft nach Möglichkeit aufzuheben. Das wissen wir auch, daß es das Paradies auf Erden wahrscheinlich nicht geben wird. So simpel sind wir nicht. Aber es ist eine Idealvorstellung. (Zwischenruf Mayer: Das sind neue Erkenntnisse!) Für Sie, für den Herrn Landesrat Mayer, ist das sicher eine neue Erkenntnis. Der weiß noch vieles nicht. Wir bemühen uns, die Ungerechtigkeiten der Gesellschaft zu überwinden. (Zwischenruf: Wir auch!) Und das wird dokumentiert durch diesen Begriff «klassenlose Gesellschaft». Wir wissen, daß das nicht möglich ist. Wir wissen auch, sehr viele Konstrukteure, wenn hier ein Vergleich gestattet ist, Herr Landesstatthalter, Konstrukteure sind darauf aus, benzinsparende Motoren zu konstruieren. Und ihr Bestreben ist gar nicht so erfolgreich, man macht manche Erfolge dabei. Einen Benzinmotor, der ohne Benzin läuft, wird es nicht geben. Trotzdem ist aber das Ziel, das programmatische Ziel, der benzinlose Motor, wenn Sie so wollen. (Zwischenrufe) Damit ich Ihnen eben erklären darf, wie Gesellschaftstheorien, gesellschaftliche Überlegungen aufgebaut sind, Herr Landeshauptmann.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, in einem privaten Gespräch mögen Sie darüber vielleicht ein bißchen konzilianter sprechen, aber jedenfalls hier im Haus und in den öffentlichen Diskussionen tun Sie so, daß Sie von diesen Überlegungen nichts wissen wollen, sondern ganz im Gegenteil: möglichst viel Ungereimtheiten hineinbringen, möglichst viel Ungleichheiten hineinbringen in die Diskussion, möglichst den Konsens meiden und das ist vor allem in dieser Schuldiskussion der Fall, das ist eben schade, und bringt der Sache in Wirklichkeit nichts. Demokratie heißt Konsensbereitschaft.

Abschließend noch ein kurzes Wort zu Latein, Herr Landeshauptmann. Ich nehme an, daß Sie Herrn Landesrat Gasser sicherlich als einen guten Landesrat betrachten, und meines Wissens hat der Herr Landesrat Dipl.-Vw. Gasser nie Lateinunterricht genossen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das habe ich nicht gesagt!) Also so schicksalsbeeinflussend ist der Lateinunterricht nicht. Ich würde zustimmen, was Sie gesagt haben, daß das Latein eine «Kann-Möglichkeit» ist, aber Sie tun auch wieder so, als ob dieses Latein der Kernpunkt, das Alpha und Omega einer jeden Bildung sei. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das hab ich nicht gesagt!) Das kommt so heraus, Sie tun so, Sie bringen das so heraus. (Zwischenruf Dr. Mandl: Sie sind mit Ihrem Latein am Ende, das ist das Schlechte!) Herr Landesstatthalter, Ihre

Zwischenbemerkungen in Ehren, aber Sie merken sehr deutlich, und Sie wissen selber, Ihren Privatgesprächen ist zu entnehmen, was Sie von Latein halten, welche Einstellung Sie dazu haben. Eine viel aufklärere und liberalere, als Sie hier tun. Und das ist eben das Ungute, wenn man ehrlich diskutieren will, und ehrlich diskutieren sollte man, das wäre wünschenswert, dann sollte man es auch im Haus tun. Und so sieht es auch mit dem Latein aus; die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Wissenschaft hat sich entwickelt, und das ist die Folge, daß das Latein nicht mehr diese Rolle spielen kann, wie es einmal der Fall war. Und das muß man halt zur Kenntnis nehmen. Geben wir dem Lateinunterricht den Platz, der würdig ist, aber der auch der modernen Zeit gerecht wird.

Präsident: Zum Schulthema noch eine Wortmeldung? Bitte, Herr Landesrat.

Dipl.-Vw. Gasser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Spannring vier Jahre neben mir die Schulbank gedrückt hat, kann ich seine Fragestellung genau interpretieren. Es gibt eben Gott sei Dank in dieser Frage eine klare Haltung von seiten der Österreichischen Volkspartei, zur Ganztagschule. Und ich kann Sie versichern, daß hier nicht ein bißl mehr kommen wird, sondern die Freiwilligkeit einfach deutlich im Vordergrund steht. Hier scheitert die gesamte Konsensbereitschaft an der Frage der Freiwilligkeit. Die Freiwilligkeit muß erhalten bleiben. Die Vorteile der Ganztagschule, die Sie nennen, sind einfach nicht ein Ersatz für das Elternhaus. Dort, wo das Elternhaus ersetzt werden muß, müssen Hilfen angeboten werden. Also sind das Ersatzlösungen. Genauso wie das Freizeitangebot freiwillig sein muß und je nach Neigung genutzt werden muß. Und das primäre Erziehungsrecht der Eltern darf nicht angetastet werden. Es ist auch so, daß der Lehrer, meine Damen und Herren, ein Treueverhältnis zu den Eltern besitzt, das ist eine Verpflichtung. Nicht umsonst ist im Motivenbericht des Parlaments enthalten, daß daher alle Parteien auf die Vereidigung des Lehrers er hat einen Diensteid abzulegen - besonders Wert legen, weil er eben nicht irgendeinen Beruf ausübt, da sein Einfluß auf das Kind ganz außerordentlich und enorm ist, ist es so, daß gerade dieses Treueverhältnis ihn gegenüber den Eltern verpflichtet. Die Eltern nehmen ihn in Dienst und er hat im Sinne der Eltern einen Unterricht zu pflegen und in der Hinsicht ist es sicherlich richtig, daß man hier eine besondere Sorgfalt walten läßt. Aber in dem Zusammenhang von den Problemen der Lehrer zu sprechen, daß sie nicht eine Rechtssicherheit enormer Art hätten, Herr Kollege Spannring, ist eigenartig: Es gibt kaum einen Beruf, da können Sie sicher sein, (Zwischenruf Mag. Spannring: Ich habe nur gesagt, daß er bestimmt, wer befördert wird!) wo die Rechtssicherheit so groß ist. Die Beförderungsmöglichkeiten sind gesetzlich geregelt, hier gibt es keine Möglichkeiten der Hinderung, wenn nicht gerade Hinderungsgründe durch eine Disziplinarkommission eingeschaltet werden.

Zu den Schulversuchen ist noch zu bemerken, daß 10% der Schulversuche in unserem Lande voll ausgeschöpft sind, daß wir daher den vollen Rahmen ermöglichen, und

daß wir uns bemühen, modernen Erfordernissen zu entsprechen, wobei durch den damaligen Unterrichtsminister Mock ja die Schulversuche eingeleitet wurden, und es ist jetzt an der Zeit, daß einige ins Regelschulsystem übernommen werden, wobei es hier ja um die neue Hauptschule geht. Also wenn es Konsensmöglichkeiten gibt, dann gibt es diese im Bereich der neuen Hauptschulen und dort sind bereits in verschiedenen vorbereitenden Gremien Übereinstimmungen erzielt worden. Zur Fragestellung der Chancengleichheit, da gibt es einfach Unterschiede, Herr Kollege. Hier gibt es einfach den Unterschied, daß wir nicht das Mittelmaß wünschen, denn wir glauben, daß gerade auf Grund der Herkunft, auch von der Kinderstube her, wo die Leistungsmöglichkeiten und der Leistungswille unterschiedlich gegeben sind, wir den Kindern die Möglichkeit bieten müssen, möglichst gute Bildungschancen wahrzunehmen, nicht jedem die gleichen Chancen zu bieten, sondern möglichst viel Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß das Kind seinen individuellen Weg machen kann. Den individuellen Weg zu beschreiten, das ist Aufgabe unserer Bildungspolitik.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Abg. Dipl.Ing. Mayer.

Dipl.Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Herr Landeshauptmann hat gemeint, uns deshalb kritisieren zu müssen, weil wir die Klassen, die traditionellen Klassen beseitigen wollen. Das steht tatsächlich in ähnlicher Form im ersten Absatz unseres Programmes und dort heißt es, die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung als eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft ist. Sie wollen die Klassen beseitigen usw. Die Beseitigung der Klassen ist für uns eine der Möglichkeiten, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Herkunft, des Einkommens zu ermöglichen. Übertragen auf die Schulbildung heißt das konkret, daß die Möglichkeiten, eine Schulausbildung zu genießen, nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein darf, und deshalb hat diese Bundesregierung, Herr Landeshauptmann, eine ganze Liste, Sie können das ja nachlesen, von Verbesserungen erarbeitet und durchgeführt, damit unsere Kinder und unsere Jugend möglichst - es ist noch immer nicht das Endziel erreicht - weitgehend unabhängig vom Einkommen der Eltern, nach ihrer Begabung eine Schulausbildung genießen kann. Die Vorlesung der Liste würde wahrscheinlich die verfügbare Redezeit heute überschreiten. Die Beseitigung der Klassen an den Schulen bedeutet beispielsweise aber auch, daß eine echte Begabtenförderung betrieben wird, daß auch das begabte Kind aus einer Familie, deren Eltern nicht imstande sind, von Haus aus genügend Bildung zu vermitteln, durch die Schule eine Begabtenförderung erhält. Ich denke etwa an die hervorragende Einführung von Förderungsgruppen, wie sie beispielsweise an den Ganztagschulen möglich ist, wo man je nach Begabung und wechselnd die Gruppen zusammenfaßt, von Kindern mit spezifischen Veranlagungen und diesen gruppenspezifischen Förderungsunterricht erteilt. Wir wissen ja alle, daß von Geburt

an jedes Kind natürlich schon mit Kompetenzunterschieden ausgestattet ist deshalb, weil eben das Elternhaus selbst eine wesentliche Voraussetzung überhaupt darstellt, um die Begabung im Kind, bevor es noch ins Schulalter kommt, voll auszuschöpfen. Wir sind der Meinung, daß auch dort, wo diese Elternhäuser diese Voraussetzungen nicht haben, weil die Eltern vielleicht selbst als Kinder diese Vorzüge, aus einem guten Elternhaus zu stammen, nicht besessen haben, daß dort die Gemeinschaft weitestgehend mitwirken soll, um auch diese begabten Kinder zu fördern. Die Beseitigung der Klassen bedeutet also ganz im Gegensatz zu Ihren Interpretationen nicht eine Gleichschaltung aller Menschen von Geburt an und auch in der Schule, sondern im Gegensatz die Beseitigung von Startunterschieden, die gleichzeitig mit dem Eintritt ins Leben gegeben sind. Es gibt eben Eltern, die selbst nicht das Glück gehabt haben, aus einem Elternhaus das mitzubringen, was sie für eine entsprechende Bildung und Erziehung ihrer Kinder benötigen. Und so vererbt sich, wenn die Gesellschaft nichts tut, von einer Generation auf die andere ein ungerechter Klassenunterschied, den wir eben beseitigen wollen.

Die Beseitigung, meine Damen und Herren, der Klassen bedeutet für uns aber auch, daß es noch mehr Aufgabe der Schule sein muß, Schulbildung zu betreiben. Nicht nur eine Schule, in der man dem Kind so quasi nur ein Buch in die Hand drückt, damit es dann daheim das lernt, was dort drinsteht. Es gibt leider, es hängt, wie Sie sagen, natürlich von der Qualität des Lehrers ab, viele Fächer, wo es das tatsächlich gibt. Es muß also die Schule noch mehr als bisher pädagogisch aushelfen, wo die Eltern, weil Sie selbst diese Möglichkeiten nicht hatten, diese Chancen nicht geben können. Deshalb brauchen wir Schulen, die weitestgehend als Schulen bereits ihre Aufgabe bewältigen, so wie auch draußen dann im Beruf der Betrieb die Aufgabe des Arbeitgebers, umgekehrt des Arbeitnehmers zu bewältigen hat, und man nicht jedem Arbeiter noch ein Paket Arbeit mit nach Hause gibt, es sei denn uns Politikern und anderen Managern, für die das am Samstag/Sonntag eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Ich werde einmal vorschlagen, eine Politikergewerkschaft zu machen, um für den freien Sonntag zu kämpfen.

Nun also, Herr Landeshauptmann, wir meinen unter Abschaffung von Klassen auch eine pluralistische Ausbildungsmöglichkeit, Was wir darunter verstehen, darf ich Ihnen beispielsweise hier vorlesen. Ich habe hier die Schulordnung für katholische Privatschulen in der Hand. In dieser Schulordnung heißt es einleitend: «Im Sinne der Richtlinien der Erklärung über die christliche Erziehung des zweiten Vaticanums ist es die besondere Aufgabe der katholischen Schule, eine Schulgemeinschaft zu schaffen, in der der Geist des Evangeliums in Freiheit und Liebe lebendig ist.» Unterschrieben ist diese Schulordnung worden am 1. September 1974 vom heutigen Vizekanzler Dr. Fred Sinowatz. Er hat aber nicht nur in diesem Geiste Schulordnungen mitgestaltet und in Kraft gesetzt, meine Damen und Herren, sondern es ist auch allgemein Tatsache, daß noch nie zuvor beispielsweise auch kirchliche Schulen eine so eminente Förderung erhalten haben wie gerade in den letzten zehn Jahren. Das ist nun einmal eine

Tatsache, meine Damen und Herren.

Wenn Sie meinen, daß etwa sozialistische Gemeinden ideologische Unterschiede bei den Förderungen machen, dann lesen Sie doch bitte nur die Dankschreiben, die wir von konfessionellen Schulen bekommen für die jährliche Förderung, die ihnen die Landeshauptstadt Bregenz ange-deihen läßt. Wir haben beispielsweise einer konfessioneller Schule vor kurzem auf unsere Kosten einen ganzen Sportplatz gebaut. Ein bekannter ÖVP-Funktionär als Vorsitzender des Elternvereines hat es aber verhindert, daß ein Vertreter der Stadt zur Eröffnung dieses Sportplatzes eingeladen worden ist.

Meine Damen und Herren, das ist nur eine Bemerkung am Rande, wie man auf der anderen Seite Liberalität versteht. Ich glaube, Herr Landeshauptmann, es ist eine Unterstellung, wenn Sie Sozialdemokraten, die Klassen beseitigen wollen, Gleichmacherei im Sinne einer Drosselung des Leistungswillens, im Sinne einer Verminderung von Chancen für Begabte vorwerfen. Ich kann mich noch erinnern, Herr Landeshauptmann, wie vor 20 Jahren, vor mehr als 20 Jahren, als wir die Hochschule besucht haben, in unserem Studentenheim 90% ihr Studium erbetteln mußten, buchstäblich erbetteln mußten, durch Pilgerzüge von einem Stipendiumgeber zum anderen. Für ein paar hundert Schilling mußten sie bei irgendwelchen Institutionen Schlange stehen, um überhaupt das Schulgeld zusammenzubringen. Am Abend und an den Wochenenden mußten sie während des Studiums einer Beschäftigung nachgehen. Für uns war das damals fast für alle eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit, um überhaupt studieren zu können, denn damals nach dem Krieg waren die Beamten nicht reich, und für sie, selbst für die Beamten, war es schwer, ihre Kinder studieren zu lassen, geschweige denn für einen Arbeiter, einen kleinen Angestellten oder dergleichen mehr. Heute sind diese Zustände zwar weitgehend, aber immer noch nicht zur Gänze beseitigt worden. Sehen Sie, das verstehen wir unter Beseitigung der Klassen. Ich habe heute schon gesagt, die ÖVP hat erkannt, daß große Reformen, beispielsweise wie sie ein Otto Glöckl als Sozialdemokrat durchgeführt hat - Sie haben sie damals bekämpft - richtig sind. Mir hat da unlängst einer eine schöne Definition für die ÖVP-Schulpolitik genannt. Wenn man so die letzten 50 Jahre verfolgt, so sieht man nämlich, daß die ÖVP immer das vertreten hat, was sie 10 Jahre vorher bekämpft hat. So muß ich sagen, die ÖVP-Schulpolitik ist sozialistische Schulpolitik minus 20%, aber immer zehn Jahre später.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Vizepräsident Professor Heinzle.

Mag. Heinzle: Die letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, die Herr Abg. Mayer gemacht hat, stimmt ganz gewiß nicht. Die Anstöße für die ganze Schulreform in Österreich sind eingeleitet worden bevor die SPÖ die Mehrheit gehabt hat im Nationalrat. (Zwischenruf Winder: Ja, wann denn, vielleicht bei Maria Theresia? - Glocke des Präsidenten) Ja, ja, aber vor 1770 und vor 1769. Das große Schulorganisationswerk des Jahres 1962 war jedenfalls zu einer Zeit noch, bevor die SPÖ die Mehrheit gehabt hat.

Der Herr Kollege Spannring hat die absurde Behauptung aufgestellt, daß im Land Vorarlberg der Landeshauptmann und der Landesrat Gasser bestimme, wer Lehrer werde. Ich glaube, so kann man das doch nicht im Raum stehen lassen. Sie müßten mir einen Fall sagen, daß ein junger Mensch in Vorarlberg nicht Lehrer geworden wäre wegen eines Machtwortes des Landeshauptmannes oder des Landesrates Gasser. Wenn Sie bedauert haben, daß es hier zu einem Streit gekommen ist hinsichtlich der ganztägigen Schulformen, so möchte ich nur daran erinnern, daß die Frage der Ganztagsschule heute vom Kollegen Riedmann ins Hohe Haus hereingebracht wurde; und zur Ganztagschule nur noch ein Aspekt, der bisher nicht behandelt wurde. Die Ganztagsschule, die derzeit mit wenigen Versuchsmodellen in Österreich läuft, verursacht enorme Kosten, enorme Personalkosten, sie braucht zusätzliche Freizeiträume, sie braucht Küchen und Speisesäle und, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in Zeiten wie diesen wird sich's unser Staat aus finanziellen Gründen gar nicht leisten können, die Ganztagsschule zur Regelschule zu machen. Daher werden wir noch sehr oft Gelegenheit haben, daß der Kollege Riedmann wieder mit der Zwangsschule das Hohe Haus beschäftigt.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Ich habe heute vormittag schon die bekannte Vergeßlichkeit meines Kollegen, Herrn Bürgermeister Mayer, erwähnt. Zwei Dinge reizen mich, wieder einmal darauf hinzuweisen. Die eine Sache ist die, daß der Herr Kollege Mayer sich beklagt hat, daß die Stadt keine Hinführung bekommen habe, als eine Schule, deren Sportplatz von der Stadt gesponsert worden sei, diesen eröffnet habe, weil ein ÖVP-Funktionär das verhindert habe. Mir ist nicht bekannt, welcher Herr das gewesen sein könnte. Mir ist nicht bekannt, welche Schule das ist. Das gehört aber sicher nicht hierher. Herr Bürgermeister, zu Ihrer Erinnerung: Wie war denn das mit der Turnhalle der Volksschule Bregenz-Stadt, für die die Bregenzer ÖVP jahrelang gekämpft hat? Wie war denn das mit der Grundsteinlegung? Und wie war es mit der Rohbaufeier? Wo waren da die Herren Stadträte der ÖVP? Waren die eingeladen oder waren sie es nicht? Haben das die sozialistischen Mitglieder des Schulausschusses und des Stadtrates unter sich ausgemacht? (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Wofür sind Sie denn zuständig? Für den Fremdenverkehr?) Die Stadträte der Bregenzer ÖVP wurden strafweise nicht eingeladen, weil wir es uns zum Anliegen gemacht haben, jahrelang für diese Schule zu kämpfen. Das ist Ihr Demokratieverständnis. (Zwischenruf Winder: Zur Raiffeisenbank hat er jedenfalls Sie geschickt!) Ja, weil er selbst nicht da war.

Und zum zweiten: Sie haben vorher erwähnt, der letzte Bregenzer Kindergarten, der gebaut worden sei, hätte 15 Mio. S gekostet. Ich habe mich nochmals vergewissert bei meinen Kollegen, ob diese Zahl tatsächlich genannt worden ist. Sie haben 15 Mio. S genannt. Es handelt sich dabei um den Kindergarten Siedlung an der Ach. Ich habe mir expreß die Rechnungsabschlüsse der letzten drei Jahre besorgt. Die Rechnungsabschlüsse 1978, 1979 und 1980,

und die weisen für diesen Zweck, nicht 15 Mio. S aus, sondern 5.8 Mio. S. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: 15 Millionen!) Herr Kollege Mayer, Sie können es selber nachlesen. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: 15 Millionen!) Ja, dann stimmt eben Ihre Budget- oder Rechnungsabschlußgeschichte auch nicht.

Nehmen wir zu diesen 5.8 Mio. S, die Sie selbst als Finanzreferent hier ausgewiesen haben, noch vorsichtshalber 1,2 oder 3 Mio. S dazu, die vielleicht noch irgendwo unter Unvorhergesehenes stecken, aber 15 Mio. S (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer) Aber die habe ich schon berücksichtigt! Gut zuhören, Sie schwätzen ja immer, meine Herren von der SPÖ-Fraktion, gut zuhören, hören Sie doch bitte zu, bevor Sie Zwischenrufe machen. Ich habe das alles von vorne nach hinten angeschaut, das ordentliche, das außerordentliche Budget. Es sind 5.8 Mio. S ausgewiesen. Und wenn wir noch 2 oder 3 Mio. S dazunehmen, dann stimmt eben Ihre Zahl von 15 Mio. S bei hundert Stund nicht. Es ist wieder einmal ein Zeichen Ihrer Politik oder Ihrer Vergeßlichkeit, Herr Kollege.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann. Der Kollege Dr. Häfele will noch eine Äußerung zum Thema Bregenz.

Dr. Keßler: Hoher Landtag! Daß der Obmann der Sozialistischen Partei im Lande bemüht ist, den Begriff klassenlose Gesellschaft, der nun einmal, wie nicht zu bestreiten, als ein Primärgrundsatz im Parteiprogramm der SPÖ, auch im jüngsten Parteiprogramm verankert ist, nun so definiert und interpretiert, wie er hier im Lande wahrscheinlich bei der Denkungsart der Bürger dieses Landes noch am ehesten auf ein gewisses Verständnis stößt, das verstehe ich sehr wohl. Aber ich glaube, wer das sozialistische Parteiprogramm gründlich studiert und in seiner ganzen Breite studiert, der wird feststellen, daß klassenlose Gesellschaft im Sinne des sozialistischen Parteiprogrammes sich nicht nur auf solche Thesen bezieht, wie der Herr Bürgermeister im Zusammenhang mit der Schulpolitik gemeint hat, sondern, meine Herren, wenn Sie etwa die Aussagen studieren, die im Zusammenhang mit der Wirtschaft stehen, dann werden Sie sehen, daß klassenlose Gesellschaft in sozialistischem Sinn und nach sozialistischem Parteiprogramm etwas mehr bedeutet. (Zwischenruf Mag. Spannring: Was denn?) Allerdings etwas, was man sehr vielen Leuten nicht zu sehr unter die Nase hält. Weil Sie ganz genau wissen, daß das Thesen sind, die in Vorarlberg auf nicht allzuviel Gegenliebe stoßen. (Zwischenruf Mag. Spannring: Woher wissen Sie das?) Wenn man etwa die Thesen im Zusammenhang klassenlose Gesellschaft und Vorstellungen zur Entwicklung der Wirtschaft in Österreich unter die Lupe nimmt, ich glaube, das würde jetzt zu weit führen, daß wir uns da einlassen. (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten - Präsident: Aber stören Sie doch nicht dauernd!) Ich glaube, man darf den Begriff klassenlose Gesellschaft nicht so weit reduzieren, wie das der Bürgermeister jetzt getan hat, das war taktisch nicht unklug, aber ging sicher am Grundsätzlichen weitgehend vorbei. Zum Vorwurf, wir würden hier im Lande, Herr Landesrat Gasser und ich, bestimmen, wer Lehrer

wird oder nicht: Der Vorwurf ist so absurd, daß er eigentlich gar nicht viel Widerlegung bräuchte. Wenn ich es dennoch tue, dann deshalb, weil ich weiß, daß es viele Bürger im Lande gibt, die nicht die Möglichkeit haben, sich mit den Schulgesetzen näher auseinanderzusetzen und die deshalb den Ablauf von Bestellungen im Schulbereich und die deshalb auch die Verantwortungsträger für den pädagogischen Bereich der Schule nicht im Detail kennen. Der Abg. Spannring sitzt selbst im Kuratorium der Pädagogischen Akademie, wenn ich mich nicht ganz täusche. Er ist deshalb sehr gut im Bilde, welche Möglichkeiten etwa ein Vorsitzender des Kuratoriums der Pädagogischen Akademie hat und welche nicht. Im Zusammenhang mit der Professoren- oder Lehrerbestellung hat er bekanntlich sehr wenige, weil die Satzung des Kuratoriums der Pädagogischen Akademie fast ausschließlich auf Organisations- und Innerbetriebsfragen der Akademie abstellt. Und dort, wo ein gewisser Einfluß gegeben ist, gründet sich der praktisch, wie Sie wissen, nur auf Dreivorschläge, die im Kuratorium diskutiert und vom Kuratorium in geheimer Abstimmung beschlossen werden. Das macht also dort nicht der Landeshauptmann, sondern machen die Kuratoriumsmitglieder in geheimer, völlig demokratischer Abstimmung. Daß diese Abstimmungen vielleicht nicht immer so ausgegangen sind, wie Sie es gerne aus gesellschaftspolitischer Sicht gesehen hätten, mag auf einem anderen Blatt stehen. Auf die Lehrinhalte der Pädagogischen Akademie hat ein Präsident des Landesschulrates überhaupt keinen Einfluß, weil die Akademien pädagogisch direkt dem Unterrichtsministerium unterstellt sind. Das ist Ihnen ja genauso bekannt wie mir, nur verständlicherweise vielen Bürgern nicht. Und deshalb kann man so etwas nicht im Raum stehen lassen. Sie wissen auch sehr genau als Mitglied des Kollegiums des Landesschulrates, daß die Bestellung von Direktoren an Pflichtschulen im Lande wiederum über Dreivorschläge geschieht, über die das Kollegium gar nicht selbst entscheidet, schon gar nicht der Landeshauptmann, sondern Dreivorschläge auch wieder in schriftlich-demokratisch geheimen Wahlen erarbeitet werden, und diese Dreivorschläge dann dem Unterrichtsminister zur Entscheidung vorgelegt werden. Aus dem Dreivorschlag entscheidet der Minister und kein Landeshauptmann und auch kein Landesrat Gasser. Und was im übrigen die Lehrerbestellungen anbelangt, sind sie auch wieder nicht Sache des Landesrates Gasser oder meine, sondern sind eine Entscheidung des Kollegialorganes Landesregierung, und zwar nicht auf Grund freien Ermessens, sondern auf Grund von Stellungnahmen und Entscheidungen der Bezirksschulräte, der Dienststellenausschüsse, der Personalvertretungen und nichts anderes. Und noch etwas darf ich dazu sagen. Soweit es die Lehrer betrifft, geschehen diese Bestellungen nach drei Kriterien, an die wir uns - ich darf ruhig sagen kompromißlos - halten. Erstens: Dienstalter, zweitens: Fachliche Beurteilung, drittens: Soziale Verhältnisse. Und Sie sind trotz wiederholter Anfrage bis heute auch nicht in der Lage gewesen, mir konkrete Fälle zu nennen, wo wir uns an diese Kriterien nicht gehalten hätten. Ich habe früher schon einmal gesagt, daß sehr häufig Lehrer diesen Kriterien entsprechen, die aus dem katholischen Lehrerverein kommen, den Sie immer gleichsetzen mit ÖVP. Das kann ich nicht ändern, ist aber eine

sehr seltsame Vorgangsweise. Alles, was irgendwo zum katholischen Lehrerverein Bezug hat oder von ihm kommt, wird dann, wenn es um Besetzungen geht, als ÖVP-Sache abgestempelt. Ich würde meinen, das ist ein nicht sehr demokratischer und nicht sehr toleranter Vorgang. Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen öfter gesagt, dafür kann ich nicht, daß zehnmal, wohl zwanzigmal so viele Lehrer des Landes im katholischen Lehrerverein als im sozialistischen Lehrerverein organisiert sind, dafür kann ich nichts und darauf nehme ich auch nicht den geringsten Einfluß. Ich habe vorher schon gesagt, es scheint aber so zu sein, daß es Gott sei Dank sehr viele Junglehrer und erfahrene Pädagogen im Land gibt, die sich zu den gesellschaftspolitischen Grundsätzen und Zielsetzungen des katholischen Lehrervereines bekennen. Ich würde sagen, also nicht nur zu den Grundsätzen, die wir Gott sei Dank auf der politischen Ebene mit vertreten, sondern vor allem auch zu denen, die die Kirche zu ihren Grundsätzen erklärt hat. Nämlich daß sie naturrechtlich orientiert sind und ich würde schon als Landeshauptmann sagen, Gott sei Dank ist dem so. Aber immer so zu tun, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis ohne Emotion, als ob katholischer Lehrerverein und Bekenntnis zum katholischen Lehrerverein Bekenntnis zur ÖVP ist, das ist eine unglaubliche Unterstellung (Zwischenruf Mag. Spannring: Sie betreiben diese Unterstellung!), deren Beurteilung ich allen denen überlasse, die sich selber zum katholischen Lehrerverein bekennen. Es sind Gott sei Dank, ich habe mich wieder letzthin vergewissert, sehr viele. Daß bei Lehrerbesetzungen dann viele Leute aus dem katholischen Lehrerverein zum Zug kommen, die nach Dienstalter, Beurteilung und sozialen Verhältnissen einen Anspruch darauf haben, das steht wiederum auf einem anderen Blatt. Ich weiß schon, Sie glauben mir das nicht, ich habe das wiederholt in der Vergangenheit betont, bei der grundsätzlich negativen Einstellung glauben Sie es nicht. (Zwischenruf Winder) Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich in sehr vielen Fällen sowohl bei Direktoren als auch bei Lehrern nicht weiß, ob diese Bewerber einer politischen Partei angehören oder nicht. Aber daß Sie mir das nicht glauben, ist ja wohl symptomatisch für Ihre Einstellung. Sie können sich so etwas nicht vorstellen, daß man bei einer Bestellung nicht zunächst fragt, welcher politischen Partei der Betreffende angehört. (Zwischenruf Winder: Die Praxis stimmt aber gegen Sie!) Ich weiß, Sie glauben es nicht, ich kann es nur immer wieder sagen. Fragen Sie vielleicht einmal die in der Schulverwaltung Verantwortlichen, ob das stimmt oder nicht, wenn Sie es mir nicht glauben. Sie werden nur Verständnis dafür haben, daß ich mich gegen diese dauernden Unterstellungen, die nie bewiesen werden, sondern immer nur so in den Raum gestellt werden, energisch zur Wehr setze und daß die Lehrerschaft des Landes selbst beurteilen soll und sicher auch selbst beurteilt, ob solche Vorwürfe gerechtfertigt sind. Gerade die Entwicklung an der Pädagogischen Akademie in Feldkirch, wo es einige Zeit hindurch zwar Gott sei Dank nur ganz wenige, aber sehr üble gesellschaftspolitische Quertreiber gegeben hat, ist besser geworden, weil wir hören, daß die weit überwiegende Mehrheit der Studentenschaft diese Herren nicht mehr ernst nimmt und daß sie nicht nur politisch etwas am Rand stehen, sondern daß sie

auch beruflich nicht dieses Gewicht haben, das sie wahrscheinlich gerne hätten. Da gibt uns die Entwicklung Anlaß zur Beruhigung. (Zwischenruf Winder: Von wem reden Sie denn?) Ich nenne keine Namen, es sind wenige Namen, ich nenne sie nicht, weil ich nicht so unfair bin, in einem öffentlichen Forum über Personen zu reden. (Zwischenruf Winder: Aber Verdächtigungen aussprechen schon!) Wenn Sie das einmal im einzelnen interessiert, Herr Klubobmann, bin ich gerne bereit, Ihnen die Namen zu nennen und Ihnen auch zu sagen, warum ich zusammen mit der überwiegenden Lehrerschaft an der Akademie der Meinung bin, daß es solche Quertreibereien, die sich inzwischen ad absurdum geführt haben, gegeben hat.

Präsident: Herr Mag. Spannring hat zum dritten Mal das Wort.

Mag. Spannring: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis, daß ich mich zum dritten Mal, wie der Herr Präsident hervorgehoben hat, zu Wort melde. Ich kann es nicht unterlassen, wenn der Landeshauptmann darauf besteht, seine Halbwahrheiten aufrecht zu erhalten. Es fängt gleich an bei Ihrer Schlußausführung über die Bestellung von Lehrern, obwohl ursprünglich die Diskussion ganz anders gelaufen ist, Sie haben sie nur in diesen gewissen Winkel gedrängt, aber ich will auch zu diesem Bereich der Bestellung einige Worte sagen.

Es ist eine Unterstellung von Ihnen, Herr Landeshauptmann, daß wir, die Sozialisten behaupten würden, die katholischen Lehrer seien ÖVP-Mitglieder, seien ÖVPLer. Wir wissen, Gott sei Dank, auch einige Mitglieder des katholischen Lehrervereines, die uns sehr nahe stehen, Herr Landeshauptmann. Wir haben da gar nicht so wenig Kontakte, wie Sie meinen. Aber um das geht es nicht. In Wirklichkeit, und ich habe es einmal ausgerechnet, weil ÖVP-Mandatare uns in diesem Haus nämlich Zahlen genannt haben, und deshalb konnten wir es uns ausrechnen, wie es mit der Bestellung von Direktoren aussieht. Da konnten wir uns nämlich ausrechnen, Herr Landeshauptmann, es ist im Protokoll nachzulesen, daß ÖAAB-Mitglieder - es geht nicht um Mitglieder des katholischen Lehrervereines, sondern um Mitglieder des ÖAAB- im Verhältnis zu ihrer Stärke bei den Direktorenposten doppelt so stark vertreten sind, als dem normalen Lehrerstand entspricht. Bei den Hauptschuldirektoren ist der Stand der ÖAAB-Mitglieder dreimal so stark, als es beim Lehrerstand aus dem durchschnittlichen prozentuellen Anteil der ÖAAB-Lehrer innerhalb der Lehrerschaft entspricht. Das heißt, daß ein ÖAAB-Mitglied innerhalb der Lehrerschaft die doppelte Chance (Zwischenruf Jäger: Dürfen wir diese Angaben überprüfen? Ich würde gerne den Rechnungsprüfer machen!) Diese Zahlen haben sogar Ihre Mandatare in diesem Haus bekanntgegeben, weil sie uns beweisen wollten, es seien ja gar nicht so viele Lehrer beim ÖAAB, deshalb haben Sie uns diese Zahlen genannt und deshalb können wir uns ausrechnen, wieviel Mitglieder des ÖAAB innerhalb der Lehrerschaft sind und wieviele ÖAAB-Mitglieder bei den Direktoren der Haupt- und Volksschule sind.

Diese Zahlen beweisen diese Personalpolitik, Herr Landeshauptmann, da muß man nicht mit Unterstellungen und Verdächtigungen katholische Lehrer und dergleichen operieren. Und wenn Sie noch so objektive Kataster anlegen. (Zwischenruf) Natürlich, das behauptet ja der Herr Landeshauptmann, daß er so objektivieren will. Das kann sein Bestreben sein, das will ich ihm nicht in Abrede stellen, aber er bleibt bei allem guten Willen doch sehr subjektiv, wie vor allem diese Zahlen ja beweisen. Das ist die Personaldiskussion, Herr Landeshauptmann, nicht das Herumreden, sondern diese Zahlen sagen das ganz eindeutig, wie es um die Personalsituation bei den Lehrern und um die Bestellung und Beförderung von Lehrern geht. (Zwischenruf Dr. Keßler: Konkrete Namen, bitte!) Ich brauche keine Namen zu nennen, Herr Landeshauptmann, die Zahlen sprechen eine zu eindeutige Sprache. Aber nun zurück zur Lehrerbestellung, wie das gemeint war, und wie Sie es halt wieder einmal verdreht haben und nicht verstehen wollten.

Ich habe gesagt, daß die Lehrer der Angelpunkt sind, wenn man ihnen unterstellen will, daß sie die Kinder ideologisch beeinflussen. Das ist der Angelpunkt. Nicht ein Kreisky und kein Sinowatz. Es ist viel wichtiger, welche Lehrer befördert werden, viel ausschlaggebender, wenn ich den Lehrern einen gewissen Drall geben will. Ich sage das deshalb, weil Sie immer den Sinowatz, den Kreisky und wer halt zu diesen Roten gehört, verdächtigen, sie würden es tun. Sie berufen sich auf das Gesetz und sagen: «Wir halten uns an das Gesetz». Ja, selbstverständlich, Herr Landeshauptmann, hält sich auch ein Bundeskanzler, ein Unterrichtsminister an das Gesetz. Dem können Sie genauso wenig nachweisen, daß er sich nicht an das Gesetz gehalten hat, wie wir es Ihnen können. Um das geht es ja nicht, Herr Landeshauptmann, das wissen Sie doch. (Zwischenruf Dr. Keßler: Tue ich auch nicht!) Ja, warum berufen Sie sich denn ständig darauf, ja ich halte mich an das Gesetz? Ja selbstverständlich, hoffen wir wohl, daß Sie sich an das Gesetz halten. Und Sie wissen sehr wohl, daß die Diskussion ja gar nicht darum geht. Das ist ja eine Voraussetzung, über die wir nicht mehr zu diskutieren brauchen. Das geht doch vielmehr darum, was dahinter steckt, um das geht es. Und wenn Sie dann diesen Schild hier vorbauen, klug sind Sie ja, dann muß man annehmen, daß Sie wissenschaftlich, willentlich, vorsätzlich hier das Schild vor sich aufbauen, weil Sie über diese hintergründigen Geschehnisse nicht diskutieren wollen. Da meine ich eben, wenn man schon sagt, wer beeinflusst diese Schulen, wer ideologisiert die Schule, dann meine ich, daß die Macht zu haben, die Lehrer bestellen zu können, die Lehrer befördern zu können, sehr wohl und sehr wesentlich mehr ausschlaggebender ist, um hier der Schule den ideologischen Drall zu geben, als ein Bundeskanzler Kreisky oder ein Bundesminister Sinowatz in der Lage ist. Darum geht es, und das ist auch die Praxis in diesem Land, Herr Landeshauptmann.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Landeshauptmann, wenn man Sie so machen lassen würde, wie Sie gerade wollten, wäre im Schulwesen bald die Inquisition wieder eingeführt. (Zwi-

schenruf Dr. Keßler: Beweise bitte!) Dazu bin ich da, Herr Landeshauptmann. Sie haben die Pädagogische Akademie angesprochen. Ich bin auch seit vielen Jahren Mitglied des Kuratoriums. Sie haben unsere Konsensbereitschaft in diesem Kuratorium nie belohnt. Wir Kuratoriumsmitglieder der SPÖ haben z.B. mitgestimmt, als ein Theologe zum Direktor der Pädagogischen Akademie berufen wurde, obwohl es viele Seelsorger in diesem Land gibt, die erklären, daß es besser wäre, er würde in der Seelsorge arbeiten. Wir haben auch in sehr vielen Fällen der Lehrerbestellung an der Akademie zugestimmt. Und dann kommen eben Fälle, wie die eines Abteilungsvorstandes, der auch bei der ÖVP-Vorwahl zur Nationalratswahl einige Stimmen erlangt hat, wo Sie wirklich abseits jeden Gesetzes für einen ÖVP-Vertreter eine Rechtsbeugung in Kauf nehmen. Sie wissen, daß wir damals stundenlang über diese Rechtsbeugung im Kuratorium der Pädagogischen Akademie gesprochen haben. Es ist eine Ausschreibungsakt und der ÖVP-Wahlwerber hat damals die Ausschreibungsbedingungen nicht erfüllt und konnte deshalb nur provisorisch bestellt werden. Dann haben wir erreicht, daß etwa ein, zwei Jahre später eine neuerliche Ausschreibung erfolgt ist. Nun waren zwei Vertreter da, die diese Bedingungen erfüllt hätten. Und damals haben Sie diese amtliche Ausschreibung einfach nicht zur Kenntnis genommen. Sie haben damals so getan, als ob es die überhaupt nicht gäbe und haben diese Bestellung aufgrund der ersten Ausschreibung, für die er ja auch die Ausschreibungsbedingungen nicht erfüllt hat, definitiv vorgenommen. Es ist natürlich so, Herr Landeshauptmann, das sind diese Namen, die man bei den Kuratoriumssitzungen findet, die man bei den ÖVP-Vorwahlen findet. Es ist ein Problem, daß im Ministerium die Kuratorien als solche genommen, daß man sagt, daß die Entscheidung eines Kuratoriums eben respektiert wird, auf welche Weise sie auch zustande gekommen ist. Das ist auch eine Vorgangsweise, die ich persönlich nicht billige. Tatsache ist, daß damals ein reiner Fall von Rechtsbeugung vom Präsidenten des Landesschulrates (Zwischenruf Dr. Keßler: Das weise ich zurück! - Winder: Sie sind der große Ayatollah!) vom Obmann des Kuratoriums der Pädagogischen Akademie in die Wege geleitet wurde.

Was nun die Beförderung von Lehrern oder die Bestellung von Lehrern betrifft: Wir haben, Herr Kollege Jäger, mehrmals über Ihre schwarzen Listen gesprochen. Sie haben das eingesehen, Sie sprechen nicht mehr zu diesem Thema, aber der Herr Landeshauptmann meldet sich immer wieder dazu zu Wort. Ich persönlich glaube, daß die eigentlichen Probleme erst dann kommen, wenn es einmal in diesem Land keinen Lehrermangel mehr gibt. Jetzt sind Sie doch auf alle Lehrer angewiesen und können nicht fragen, welcher Partei sie angehören. Oder Sie können es nur auf Umwegen erfragen. Aber nach Behebung des Lehrermangels kann ich mir vorstellen, wie nach Ihren heutigen Wortmeldungen die Auswahl getroffen wird.

Wenn irgendwo ein Direktor bestellt wurde, der auch nur in den Verdacht kam, ein Sozialist zu sein, dann hat es geheißt, ja er ist zu jung für den Aufbau dieser Schule. Und wenn er dann fünf Jahre später angesucht hat, dann hat es geheißt, er ist zu alt für den Aufbau einer Schule.

Das haben wir doch alles erlebt. Ich habe das auch selbst einmal erfahren, als ein Lehrer, der in den Lehrdienst getreten ist, zufälligerweise meinen Namen getragen hat. Solange hier im Hause der Verdacht bestand, daß er mit mir verwandt sei, hat er gleich einmal eine Bestellung in einen sehr unbeliebten Ort im Bregenzerwald bekommen. Erst als klar wurde, daß er mit mir nicht verwandt oder verschwägert ist, hat er dann seine Stelle im Rheintal bekommen, die er gewünscht hat. (Zwischenruf Dr. Keßler: Das ist eine Unterstellung!) Herr Landeshauptmann Keßler, Sie haben ja Ihre Haltung zu diesem Thema, fairerweise würde ich fast sagen, auch in der Öffentlichkeit in einem sehr offenen Interview bereits dargelegt. Es heißt in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung vom 17. Dezember 1981: «In Vorarlberg gibt es keine Parteibuchwirtschaft. Situationen, wie in anderen Bundesländern, wo sich aus dem Wahlergebnis Ansprüche auf Schuldirektorenposten ableiten, sind bei uns unvorstellbar. In Vorarlberg wird bei Besetzungen streng nach drei Kriterien vorgegangen: der fachlichen Qualifikation, der Dienstzeit und den sozialen Verhältnissen. Natürlich wird auch die menschliche und moralische Eignung geprüft.» Frage - «Nach politischer Einstellung wird nicht gefragt?» Antwort Keßler: «Nach Parteizugehörigkeit wird nicht gefragt. Die grundsätzliche politische Einstellung kann aber sehr wohl eine Rolle spielen. Bei gleicher Qualifikation können die von einem Bewerber vertretenen Grundsätze, etwa im Bereich der Familien- und Erziehungspolitik, sehr wohl ausschlaggebend sein. In einer Demokratie ist es nur natürlich, auch bei der Besetzung wichtiger Positionen, den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zu berücksichtigen.» Und das ist es eben, was wir bekräfteln. Das kommt einem Berufsverbot für Sozialdemokraten in Vorarlberg gleich.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Grabher.

Grabher: Hoher Landtag! Es gibt naturgemäß gewisse Unterschiede bei der Beurteilung der Schulgesetzgebung im allgemeinen. Es gibt selbstverständlich, ich habe hier in diesem Hause schon vor Jahren darauf hingewiesen, Unterschiede seitens der Regierung bei der Einschätzung von Personen. Nicht bei der Einstellung, aber wohl bei der Leiterbestellung an unseren Schulen. Und es gibt auch da und dort immer wieder gewisse Mängel, die es gilt aufzuzeigen und die es gilt abzustellen. Aber im großen und ganzen, das muß man der Ehrlichkeit halber sagen, ist es um unser Schulsystem, um unsere Schullandschaft in unserem Lande nicht so schlecht bestellt, als daß man jetzt seit fünf Jahren jedesmal - so lange ich im Hause bin - stundenlang die selben Themen wälzt.

Präsident: Herr Landeshauptmann, zum dritten Mal.

Dr. Keßler: Der Vorredner hat mir die Beantwortung jetzt eigentlich sehr leicht gemacht. Ich darf Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, wir lehnen den Proporz bei der Besetzung von Leiterstellen oder Lehrerstellen ab. Wir wissen, daß es Länder gibt, die nach einem Proporzsystem verfahren. Sie hätten das, ich habe Verständnis dafür, als relativ kleine Partei im Lande, als Oppositionspartei, nicht

ungern, wenn das nach Proporz vor sich ginge. Proporz ist bei Besetzung von Lehrer- und Leiterstellen unrichtig, und ich würde sogar sagen, er ist nicht vertretbar nach unserer Meinung. Wir sind der festen Überzeugung, daß das System, nach dem bei uns im Lande Leiter und Lehrer bestellt werden, ein weit gerechteres System ist. Ich weise den Vorwurf, Herr Abg. Dr. Häfele, daß eine Rechtsbeugung stattgefunden hätte im Kuratorium der Pädagogischen Akademie, entschieden zurück. Diese damalige Vorgangsweise war im Einklang mit der Auffassung der Direktion, im Einklang mit der Auffassung der Schulaufsicht im Lande, (Zwischenruf Winder: Nein, eben nicht!) auch im Einklang mit dem Unterrichtsminister in Wien. Im übrigen wissen Sie genau, daß sich auch die Mehrheit des Kuratoriums dieser Auffassung angeschlossen hat. (Zwischenruf Winder: Das sind Sie!) Die Mehrheit im Kuratorium bin ich? Sie gestehen mir eigentlich sehr viel Macht zu, Sie diffamieren eigentlich mit einer solchen Äußerung alle jene objektiv bemühten Vertreter im Kuratorium der Akademie, die dort versuchen, möglichst gute Arbeit zu leisten, wenn Sie einfach sagen, das Kuratorium sei ich. Ich meine, so kann man das auch machen. Vielleicht ist das so in der Schulpolitik in Wien. Ich weiß es nicht. Bei uns jedenfalls nicht. Den Proporz, wie er in einigen Ländern immer wieder geübt wurde, und von dem man jetzt langsam abzugehen beginnt, haben wir jedenfalls nicht gekannt. Ich muß leider bestätigen, es hat auch ÖVP-Länder gegeben, die das gemacht haben. Wir sind dennoch der Meinung, daß das falsch ist. Und ich bin auch überzeugt, daß das von der weit überwiegenden Mehrheit der Lehrerschaft in unserem Land auch abgelehnt wird. Im übrigen möchte ich doch auch noch am Schluß sagen, Sie haben gemeint, Herr Abgeordneter, Ihre Fraktion hätte sich recht tolerant verhalten, ich möchte das insoweit bestätigen, als fast alle Entscheidungen im Kuratorium der Pädagogischen Akademie, als auch fast alle Entscheidungen im Landesschulrat, die in schriftlichen Abstimmungen erfolgen, einmütige sind, oder jedenfalls fast immer Entscheidungen, bei denen Vertreter, die Ihrer politischen Gesinnungsgemeinschaft zugehören, mit uns stimmen. Das halte ich für ein recht gutes Zeichen.

Präsident: Kann ich nun das Kapital «Schule» endlich als abgeschlossen erklären? Wir kommen zunächst zur Abstimmung von zwei Anträgen, «Beiträge an die Diözese zur Förderung der Ehe- und Familienbildung» 500.000 S; wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Ist abgelehnt, das heißt, der Antrag hat nicht die nötige Mehrheit. Und schließlich der Antrag «Zuschüsse zum Personalaufwand der Kindergärten», Erhöhung um 7 Mio. S; wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Ist ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit Nun zum Kapitel «Sport und Wissenschaft». Das Wort hat der Abg. Dipl. Ing. Battlogg.

Dipl. Ing. Battlogg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Willen der Sozialistischen Fraktion sollte die im Aufbau befindliche Dokumentationsstelle der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer dem Rotstift zum Opfer fallen. Dies verwundert umso mehr, als den vorgesehenen Ausgaben von 1.094.000 S, Einnahmen in Höhe

von 1.017.000 S gegenüberstehen. Der Beitrag des Landes ist demnach 77.000 S, während die übrigen Kosten von den verbleibenden sieben Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft getragen werden. Die Dokumentationsstelle hat zunächst die Aufgabe, die Ergebnisse der vier Kommissionen zu sammeln und aufzuarbeiten. In der weiteren Folge soll eine Bibliographie über das gesamte Arbeitsfeld der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer erarbeitet werden. Unter anderem soll ein Register mit dem Inhalt der Heimatbücher und ein Bibliotheks- und Archivführer erscheinen. Ich meine, es handelt sich hier um eine durchaus sinnvolle Einrichtung in unserem Land, die auch bei durchaus kritischer Betrachtung dem Gegenwert entspricht.

Nun aber zur Erwachsenenbildung. Für Viktor Frankl besteht das eigentliche Problem unserer Zeit in einer neuen Geisteskrankheit. Er nennt sie die noogene Neurose, die daher kommt, daß der Mensch keinen Sinn in seinem Leben mehr sieht. Und dies ist nach meiner Auffassung, der Ausgangspunkt, für alle Bemühungen im Rahmen der Erwachsenenbildung, was aber nicht ausschließt, daß auch sehr spezielle, beispielsweise der beruflichen Fort- und Weiterbildung dienende Angebote gemacht werden und recht praktische Fertigkeiten vermittelt werden sollen. In unserem Lande sind etwa 20 Einrichtungen unter den verschiedensten Aspekten und vielfältigen Zielsetzungen bestrebt, ein den Wünschen unserer Bevölkerung und den Herausforderungen unserer Zeit entsprechendes Programm zu erstellen und anzubieten. Der Bogen reicht von den Volkshochschulen über die Bildungswerke und Bildungshäuser bis zu den Einrichtungen, die sich vorrangig der Wirtschaft und Berufsförderung widmen und hin bis zu den volkshochschulähnlichen Verbänden, wie beispielsweise Harmoniebund, um einen namentlich zu erwähnen. Im Zusammenwirken und mit Unterstützung des nunmehr seit sechs Jahren beim Amt der Landesregierung eingerichteten Referates für Erwachsenenbildung gelang es, eine jährliche Besucherfrequenz von ungefähr 170.000 Personen zu erreichen. Allein das Bildungshaus St. Arbogast weist in seinem Bericht anlässlich des 20-jährigen Bestehens rd. 4.300 Veranstaltungen mit 165.000 Besuchern aus, davon 456 Kurse mit knapp 16.000 Teilnehmern allein im Jahre 1980. Diese Zahlen stimmen einerseits sehr zuversichtlich, doch ist der Umstand zu berücksichtigen, daß es lediglich bei 8 bis 15% der Bevölkerung gelingt, sie für Bildungsangebote im Rahmen der Erwachsenenbildung zu motivieren. Und dies soll einerseits dadurch verbessert werden, indem den von der Erwachsenenbildung unterversorgten Gebieten besonderes Augenmerk geschenkt werden soll. Ich meine, das Kolping Bildungs- und Freizeitzentrum in Bezau könnte dafür als Fallbeispiel für den Bregenzerwald dienen und angeführt werden. Andererseits wird versucht, durch schichtenspezifische Ausrichtung der Angebote neuen Interessenskreise anzusprechen. Das Referat für Erwachsenenbildung organisiert im Sektor der eigenen Bildungsarbeit vor allem Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Vorarlberger Organisationen, entwickelt Vorschläge für Seminare und punktuelle Veranstaltungen, die dann durch die Zusammenarbeit mit den Organisationen im Lande einer breiten Öffentlichkeit angeboten werden können. Im Rahmen der Öffentlichkeits-

arbeit des Referates werden Verbindungen zwischen Medien und Organisationen hergestellt, in bescheidenem Maße Werbemaßnahmen eingesetzt und die jährlich zweimal erscheinende Beilage zur wissenschaftlichen Zeitschrift Montfort herausgegeben. Die Beiträge befassen sich naturgemäß mit Themen der Erwachsenenbildung in Vorarlberg. Die Mitarbeit im gesamtösterreichischen Verbund und im Rahmen der Arge Alp dient dem Ziele, ein kooperatives Entwicklungssystem zu erarbeiten. Und schließlich sind auch einmal die vielfältigen Serviceleistungen erwähnenswert, die von der Beratung über die Vermittlung von Kontakten, bis hin zum Vortrag durch den engagierten Leiter des Referates für Erwachsenenbildung reichen. Die Abwicklung des Förderungswesens und die Umsetzung der in der Volksbildungskommission erarbeiteten Beratungsergebnisse vervollständigen den Tätigkeitsbereich.

Meine Damen und Herren, diese umfangreiche Darstellung scheint mir deswegen gerechtfertigt, weil auf dem Gebiete der Weiterbildung, der Vermittlung von tieferem Wissen, zum Unterschied von mehr Wissen im Sinne von Erich Fromm, der eingangs erwähnten Feststellung wirkungsvoll begegnet werden kann, und der Mensch die Fähigkeit und Möglichkeit wiedergewinnt, die Probleme selbst in die Hand zu nehmen und sein eigenes Leben sinnvoll zu gestalten, imstande ist.

Und nachdem die Zeit knapp wird, nehme ich die Möglichkeit wahr, auch über Schloß Hofen noch etwas zu sagen. Es ist wohl in den vergangenen Sitzungen des Landtages, in den Ausschusssitzungen und bei der Eröffnung sehr, sehr vieles gesagt worden. Die ständigen Vorwürfe, es gebe kein Konzept, sind mehrfach widerlegt worden und darüber hinaus ist ein sehr umfangreicher Hausprospekt, er ist leicht verständlich, aufgelegt worden, der auch der Opposition zugänglich ist. Ich beschränke mich auf das im Finanzausschuß erwähnte detaillierte Konzept, das von Prof. Holtkemper erarbeitet wurde. Und darin haben die Vorstellungen konkrete Form angenommen. (Zwischenruf)

Das Organisationsschema sieht in der Sektion 1 die Weiterbildung der Akademiker vor. Sie soll in Form eines Kontaktstudiums, eines Aufbaustudiums oder eines Zusatzstudiums aus einer der neun Fachgruppen möglich sein. Für 1982 sind nach dem heutigen Stand 22 Veranstaltungen in der Form des Kontaktstudiums aus allen neun Gebieten und zwei dem Aufbaustudium dienende Seminare vorgesehen.

In der Sektion 2, wie es genannt ist, sind die der Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zugeordneten Veranstaltungen enthalten. Nach dem jetzigen Stand sind für das kommende Jahr 20 solcher Veranstaltungen vorgesehen.

Sektion 3 trägt den Titel Studium generale, dient der Persönlichkeitsbildung mit derzeit 12 Bildungsangeboten. Daneben ist ein Bereich ausgewiesen für Forschung und Symposien, dann für die Dokumentation, für die aber keine konkreten Titel noch vorliegen.

Und schließlich der 6. Sektor, in dem sind Gasttagungen mit geschätzten 900 Teilnehmertagen ausgewiesen. So viel zum Programm für 1982.

Nun noch einige Ausführungen zur Person des wissenschaftlichen Leiters, weil doch immer wieder die Frage aufgeworfen wird, warum gerade ein Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland bestellt wurde. Univ. Prof. Holtkemper studierte in Münster, dissertierte mit einer Arbeit über Augustinus, (Zwischenruf Winder: Das erklärt alles!) war Gymnasiallehrer, habilitierte sich in Kiel mit einer Arbeit über Kant. In der Folge beschäftigte er sich mit Lehrerbildung und Fortbildung an den pädagogischen Hochschulen und Universitäten in Kiel, in Wuppertal und in Münster. Daneben baute er in Münster den Fachbereich der Sozialpädagogik auf und erarbeitete eine Konzeption für den Ausbildungsgang. Und dieser Fachbereich, das sei zur Verdeutlichung erwähnt, wuchs innerhalb von fünf Jahren auf 1.200 Studenten, die von 49 Professoren betreut wurden. Schließlich ist noch eine weitere Arbeit zu erwähnen, nämlich die Konzeption für eine Fernhochschule in privater Trägerschaft, die seit einem Jahr im Bundesland Schleswig-Holstein staatlich anerkannt ist. Dies scheinen mir, in aller Kürze dargestellt, die wesentlichsten Fakten für seine Berufung. Und nach den bisherigen Erfahrungen haben wir alle Ursache anzunehmen, daß Prof. Holtkemper auch in Schloß Hofen ganze Arbeit leistet und im Verein mit unseren bildungswilligen Landsleuten dem hochgesteckten Ziel rasch nahekommt. Und angesichts der geleisteten ausgezeichneten Arbeit dürfen die anfänglich geäußerten Kritiken rasch verblassen, es sei denn, sein Vorname Franz-Josef werde als Makel empfunden.

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte von der hohen Wissenschaft herabsteigen und auf ein Sportthema überleiten. Wir haben im Budget den Ansatz 26 «Sport und außerschulische Leibeserziehung», wobei ich hier einen Antrag meiner Partei vorlegen werde und ihn auch begründen möchte.

Hohes Haus, jeder, der ein wenig sportinteressiert ist, weiß, daß die Stadt Feldkirch seit geraumer Zeit, und ich glaube ohne Übertreibung dies sagen zu dürfen, eine Hochburg nicht nur des Vorarlberger, sondern des österreichischen Eishockeysportes ist. Die Leistungen sind, Herr Landeshauptmann, es wäre gut, wenn Sie sich als Sportreferent dort auch einmal sehen ließen, die Leistungen sind großartig, und ich glaube vor allem, daß die heutige Mannschaft des VEU eine echte Vorbildfunktion erfüllt, eine Vorbildfunktion für den Breitensport, eine Vorbildfunktion aber auch für die sporttätige Jugend. Wir haben nebst der Hauptkampfmannschaft, Herr Landeshauptmann, fünf Jugendmannschaften mit insgesamt über 130 Aktiven. Leider muß dazu gesagt werden, daß die Sportstätte, die dort steht, trotz großer Investitionen, die die Stadt Feldkirch die letzten Jahre getätigt hat, weder dem Niveau der dort Tätigen, noch dem Andrang der Zuschauer auch nur in der geringsten Weise entspricht. Die Zustände, Herr Landeshauptmann, sind zum Teil trostlos, und ich bitte sie noch einmal, sich einmal persönlich zu überzeugen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Ich gehe schon!) Sie waren noch nie bei einem Spiel, das ist traurig, aber wahr.

Das muß ich hier einmal mit aller Deutlichkeit auch vor diesem Hause sagen. (Zwischenruf) Es ist trostlos, und ich möchte das nur mit zwei Beispielen untermauern, Herr Landeshauptmann. Die Schiedsrichter sind nicht einmal in der Lage, sich nach einem Spiel duschen zu können, und die VEU wird daher vom Österreichischen Eishockeyverband mit Strafen belegt. Noch trostloser ist es bei den Jugendspielen. Wenn mehrere Jugendmannschaften ein Match bestreiten, Herr Landeshauptmann, und sie wollen anschließend duschen, dann müssen sie mit einem Handtuch über die Lenden, das ist also von der Gürtellinie abwärts, durch's Stadion huschen, um unter die Dusche zu gelangen und in der gleichen Weise wieder zurückhuschen. Das ist nicht nur gegen jede menschliche Würde, Herr Landeshauptmann, sondern ich möchte auch die gesundheitlichen Auswirkungen erwähnen, die derartige Einrichtungen für Jugendliche nach sich ziehen.

Andererseits, Hoher Landtag, kann nicht bestritten werden, daß dieser faszinierende Sport eine großartige Ausstrahlung hat. Eine Ausstrahlung, Hohes Haus, die weit und Gott sei Dank über die Stadt Feldkirch hinausreicht. Sie hat, und das würden Sie an den Zuschauermassen feststellen, Herr Landeshauptmann, das ganze Land erfaßt und ich behaupte, daß der Eishockeysport, wie er heute in Feldkirch betrieben wird, einer der besten Reklameträger nicht nur für die Stadt, sondern für das Land Vorarlberg ist. Meine Damen und Herren, ich habe schon erwähnt, daß die Stadt Feldkirch einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung und Ausgestaltung dieser Sportstätte geleistet hat. Ich glaube aber auch, daß in Anbetracht der breiten Wirkung, in Anbetracht der Ausstrahlung auf das ganze Land man weitere Investitionen nicht mehr allein der Stadt aufbinden kann, sondern daß die Aufbringung notwendiger, weiterer finanzieller Mittel auch ein Landes Anliegen sein und werden müßte. Ich möchte Sie daher ersuchen, wobei es darum geht, die sogenannte Liechtensteintribüne etwas anzuheben, damit mehr Zuschauer untergebracht werden können, und die notwendigen sanitären Anlagen dort unterzubringen, der Stadt bei dieser Investition finanziell unter die Arme zu greifen. Ich glaube, daß die besondere Bedeutung dieses Sportes auch besondere Finanzierungswege, die möglichst rasch in die Tat umgesetzt werden, erfordern. Die Kosten sind bis heute grob geschätzt, das muß ich hinzufügen, man spricht von einem Volumen von rund 5 Mio. S, und wir würden in Anbetracht, ich sage es noch einmal, der Bedeutung dieser Sportart, in Anbetracht der äußerst positiven Wirkung auf den Breitensport, in Anbetracht der äußerst positiven Wirkung auf den Jugendsport meinen, daß hier ein Beitrag im Ausmaß von 3 Mio. S für diese Investition am Platze wäre. Und ich ersuche auch die Kollegen der ÖVP, diesen Antrag mitzuunterstützen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Grabher.

Grabher: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Es ist unbestritten, was der Kollege Keckeis sagt, daß derzeit Feldkirch die Hochburg des attraktiven Eishockeysportes unseres Landes ist. Ich freue mich persönlich. Ich freue mich vor allem für die tätigen

Funktionäre, die hier mit sehr hohem Risiko bei der Sache sind. Ich freue mich von ganzem Herzen für sie, ich freue mich bei jedem Spiel, wenn sie mindestens 6.000 Zuschauer haben. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das ist auch Deine Freude?) Ich freue mich persönlich für sie und für das ganze Land natürlich. Es ist auch richtig, was er sagt, daß die Nachwuchsförderung mit fünf Nachwuchsmannschaften betrieben wird, sehr aktiv und gut, und daß die Kabinensituation in desolatem Zustand ist.

Genau dasselbe kann man auch auf andere Vereine ummünzen. Und sollte uns das Glück, meine Damen und Herren, das Glück oder vielleicht auch das Unglück wiederfahren, vielleicht den Aufstieg in die höchste Bundesliga zu schaffen, so hat auch heute die Gemeinde Lustenau Pläne schon halb aus der Schublade, das Eisstadion bzw. die Eishalle zu vergrößern. Dann natürlich würden wir mit derselben Berechtigung, ich hoffe, daß wir dann auch die Unterstützung derjenigen finden, die sie vielleicht heute geben, an das Land herantreten und um einige Millionen an Subventionen ersuchen, und sie dann hoffentlich auch bekommen.

Meine Damen und Herren, anlässlich der Debatte des letzten Jahres habe ich beim Kapitel Sport gefordert, daß das Land bei der Sportförderung jenen Vereinen in Zukunft kräftiger unter die Arme greifen müßte, die mit ihren Kampfmannschaften, aber auch mit ihren Nachwuchsmannschaften an gesamtösterreichischen Bewerbungen teilnehmen bzw. gezwungen sind, an gesamtösterreichischen Bewerbungen teilzunehmen, was die Nachwuchsmannschaften betrifft. Der Kollege Aberer, in Sachen Sport ein Fachmann, hat dies dann bei der Rechenschaftsberichtsdebatte im Juli d.J. bestätigt und in dieser Richtung mich voll und ganz unterstützt. Es ist sehr erfreulich, daß nun diesen Forderungen Rechnung getragen wurde. Im Budget, der Berichterstatter hat es bereits ausgeführt, sind sowohl die Posten für den Mannschaftssport bis 300.000 S erhöht worden, es ist aber auch auf unseren Vorschlag hin ein neuer Ansatz geschaffen worden, der den Nachwuchssport, die Mannschaften, die sich an gesamtösterreichischen Bewerbungen im Nachwuchssport beteiligen, mit 200.000 S unterstützen soll. Ich glaube, daß dies eine sehr zielführende, für die Jugendförderung zielführende Investition ist.

Ich möchte hier nur einmal ein Beispiel von einer anderen Sportart bringen. Beispielsweise Tischtennis. Eine Sportart, die über keinerlei Einnahmen verfügt, was die Zuschauer betrifft. Eine Sportart, die aber sehr stark und schon breit in unserem Lande verankert ist. Es gibt viele Jugendliche, die bereits zu Ranglisten-Turnieren, den sogenannten Sichtungsturnieren, in Gesamtösterreich eingetragen wurden. Diese Vereine können es sich nicht leisten, diesen Jugendlichen diese Chance zu bieten, an diesen Turnieren, an diesen Fortbildungsveranstaltungen im Breitensport teilzunehmen. Ich hoffe, daß mit dieser Budgetpost hier ein Ausweg gefunden wurde, gefunden werden kann.

Nun, meine Damen und Herren, offensichtlich war schon im letzten Jahr der Beitrag zur Förderung des Mannschaftssportspitzensportes zu wenig hoch angesetzt. Es war das Budget 1981 mit 900.000 S angesetzt, und wir

haben dann zwei Spitzenrepräsentanten des Spitzensportes, VEU Feldkirch und Casino Bregenz-Dornbirn. Letztere gehören nicht mehr zu den Repräsentanten. Warum sie abgestiegen sind, hat der Kollege Aberer schon einmal ausgeführt. Das liegt also sicher nicht im Bereich des Landes.

Diese beiden Vereine sind an das Land herantreten, um zusätzliche Förderungen zu erhalten in der Höhe von je 500.000 S. Und der Landeshauptmann als Landessportreferent hat sich berechtigt oder unberechtigt stark dagegen gewehrt und hat gesagt: «Wir haben kein Geld. Das geht nicht. Das Budget besteht nur aus diesen 900.000 S und außerdem gilt eine solche Zusatzförderung nicht nur für die zwei Vereine, sondern auch für alle übrigen in Betracht kommenden Vereine. Nun, die beiden Vereine haben das sicher geschickt gemacht, denn sie haben die Medien mit eingespannt. Die Medien haben hier gut mitgespielt und deshalb war der Druck des Landeshauptmannes auch nur von kurzer Dauer, denn am 16. Juni wurde mittels Regierungsbeschuß dann eine Subvention ausgeschüttet. Das war der einstimmige Beschluß des Kollegen Mayer. Herr Landesrat Mayer, das wurde auch nicht kritisiert, und sie haben 235.000 bzw. 215.000 S erhalten. Allerdings mit einer Einschränkung. Nämlich mit der Maßgabe, daß diese Mittel, das steht schwarz auf weiß, für die verstärkte Nachwuchsarbeit dieser Vereine ausgeschüttet werden bzw. daß diese verstärkte Nachwuchsarbeit betrieben wird.

Nun, ich habe sofort beim Herrn Landeshauptmann angefragt, ob das auch für andere Vereine gelte, und er hat mir mitgeteilt: «Schreiben Sie das Ansuchen. Wir wissen, daß auch heizbösch beispielsweise eine verstärkte und aktive Nachwuchsarbeit betreibt.» Aber das Ansuchen, das am 28.7. dann ordnungsgemäß bei der Vorarlberger Landesregierung abgeliefert wurde, das wurde weder im Landessportbeirat behandelt, noch in der Vorarlberger Landesregierung wurde es behandelt und bis heute ist noch keine Antwort auf dieses Ansuchen erfolgt. Daher meine gestrige Frage zur Subventionspolitik. Wird hier nach dem Gleichheitsgrundsatz vorgegangen? Wird hier eine gerechte Behandlung zugesichert? Offensichtlich ist das hier im konkreten Falle nicht der Fall.

Aber vielleicht besteht ja noch die Möglichkeit, daß die Landesregierung bis zum 31.12. für dieses Budget doch noch irgendwelche Verstärkungsmittel findet. Im Zuge der gerechten Subventionspolitik und der gerechten Sportförderung unseres Landes wäre es nur wünschenswert.

Präsident: Ich habe noch so viele Wortmeldungen zu dieser Gruppe, daß ich mich außerstande sehe, das Kapitel 2 abschließen zu lassen, ansonsten laufen wir Gefahr, daß wir das Mittagessen nicht mehr bekommen. Ich unterbreche daher die Sitzung bis 14.00 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12.35 Uhr unterbrochen und um 14.00 Uhr wieder fortgesetzt.)

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir befinden uns in der Spezialdebatte - Kapitel 2 - Sport und Wissenschaft. Das Wort hat die Frau Abg.ENZELSBERGER-SCHÖNBICHLER.

Enzelsberger-Schönbichler: Herr Präsident, Hohes Haus! Das Kapitel 2 ist ein wenig ein Sammelsurium, wie wir gestern schon gehört haben. Der Vorredner, Herr Dipl.-Ing. Battlogg, hatte die Freundlichkeit, bereits über die Erwachsenenbildung und im speziellen zu Schloß Hofen zu sprechen.

Gestatten Sie mir einige Gedanken zu unserer Landesbücherei zu bringen. Der Landesbüchereiplan ist erstellt und nun gilt es, diesen etappenweise zu realisieren. Wir dürfen uns aber nicht der Illusion hingeben, daß dies ein kurzfristiger Prozeß sein kann. Die im Landesbüchereiplan beschriebene Zielsetzung kann nur in schwerpunktmäßig umschriebenen Pilotprojekten angepeilt werden.

(Zwischenruf Präsident: Frau Abgeordnete, bitte würden Sie ein bißchen lauter sprechen, ich stelle fest, daß die Galerie offenbar Ihre Worte nicht verstehen kann!) Danke schön, ich darf also kurz wiederholen: Die im Landesbüchereiplan beschriebene Zielsetzung kann nur in schwerpunktmäßig umschriebenen Pilotprojekten angepeilt werden. Selbstverständlich gilt es, Prioritäten zu setzen. Die Tätigkeiten im kommenden Jahr sollen daher u.a. sein: Einführung von bezirksweisen Sprechtagen über Büchereifragen im allgemeinen und büchereitechnische Angelegenheiten im besonderen. Durchführung von zwei Fortbildungstagen für Büchereileiter und Mitarbeiter.

Ausbau des Netzes der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch den Einsatz von Broschüren und anderen Werbemitteln.

Fortsetzung der Reihe «Gespräch mit dem Autor»; Durchführung einer Exkursion nach Südtirol zum Studium der Querverbindung «Schule und öffentliche Bücherei»; Entwicklung von Regionalbüchereien im Rahmen einer Landesbüchereiplanung; Abhaltung eines Grundkurses für Büchereileiter und deren Mitarbeiter; Betreuung von Neugründungen von Büchereien sowie regionale Verstärkungen von Buchangeboten durch die Wanderbücherei; daher auch Ausbau der Wanderbücherei in der Landesbüchereisteile.

Routinemäßige Hilfestellung durch Beratung; Einsatz bei Bildungsveranstaltungen; Kooperationstätigkeit in den zuständigen Gremien; Beratung beim Buchankauf und bei der Buchauswahl; Einführung von neuen Mitarbeitern im Vorarlberger Büchereiwesen in deren Arbeitsgebiete.

Ein Seminar «Öffentlichkeitsarbeit und Werbung im Büchereiwesen» ist ebenso vorgesehen.

Glanzpunkt soll 1982 der «Tag der Vorarlberger Büchereien» sein.

Diese Veranstaltung soll besonders auf unser Büchereiwesen aufmerksam machen. Es soll den Besuchern von Büchereien vor Augen führen, daß die Bücherei einer Gemeinde keine reine Buchausleihstätte darstellt, sondern ein kleines Kulturzentrum sein sollte. Gedacht ist, an diesem Tag in regional ausgewählten Büchereien des Landes Dichterlesungen sowie Ausstellungen und Erzählnachmittage durchzuführen.

Abschließend können wir dankbar vermerken, daß mit dieser Budgetpost ein wesentliches Anliegen im Referat für Erwachsenenbildung gefördert werden kann.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Jäger.

Jäger: Hohes Haus! Der Abg. Dr. Keckeis hat einen Antrag gestellt, dem Eishockeyklub VEU Feldkirch 3 Mio. S zu gewähren zur Verbesserung der Sportanlagen. Er hat insbesondere auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Umkleide- und Duschköglichkeiten verbessert werden sollten. Wir haben ja die Situation vor kurzem kennengelernt und ich glaube, man muß sagen, daß etwas getan werden muß, daß man also der Notwendigkeit, diesbezüglich Verbesserungen vorzunehmen, die Berechtigung nicht absprechen kann. Nur glaube ich, müßte man in diesem Zusammenhang die Gesamtsituation im Sport etwas berücksichtigen und bedenken. Wir haben nämlich verschiedene Vereine, die in gesamtösterreichischen Bewerbungen engagiert sind. Und ich glaube, gerade diesen Vereinen erwachsen durch die Tatsache, daß die Entfernungen sehr groß sind und durch die Fahrten, die sie deshalb zurücklegen müssen, sehr viele Kosten.

VEU hat zurzeit sicherlich die spektakulärsten Erfolge. Daran gibt es nichts zu rütteln. Aber auch Heizbösch Lustenau hat große Erfolge und es ist doch zu erwarten, daß auch sie nächstes Jahr in der obersten Klasse spielen werden und dann also auch das Erschwernis der langen Fahrten haben werden. Dann haben wir im Ringen Klaus und Götzis, die ebenfalls in gesamtösterreichischen Bewerbungen tätig sind. Bei den Stemmern ist es Rollfix, dann im Basketball ist Bludenz zur Zeit auch in der II. Division tätig und hat dort ebenfalls an einem gesamtösterreichischen Bewerb teilzunehmen und hat ebenfalls das Erschwernis und die Belastungen dieser Fahrtkosten. Und auch im Fußball ist eventuell zu erwarten, daß die IG Bregenz-Dornbirn im nächsten Jahr in die II. Division kommt und dann ebenfalls an einem gesamtösterreichischen Bewerb teilnimmt. Und ich glaube, daß man gerade unter diesem Aspekt, unter dieser geänderten Situation, die Sportförderung überdenken und eventuell neu konzipieren müßte, wobei natürlich auch daraus verschiedene Probleme entstehen. Was das Ansuchen oder den Antrag angeht, den der Kollege Dr. Keckeis eingebracht hat, 3 Mio. S für die VEU, so habe ich bereits gesagt, es wird sicherlich notwendig sein, etwas zu verbessern. In welcher Art und Weise und in welchem Umfang, das hat nicht einmal der Kollege Dr. Keckeis genau sagen können, von 5 Mio. S hat er etwa gesprochen. Aber ich glaube, nachdem vorerst noch kein Ansuchen, auch keine Planung vorliegt, wäre zumindest abzuwarten, bis ein Ansuchen daliegt, bis die Planung fertig ist, um dann einem Antrag entsprechen zu können.

Aber ich möchte doch bitten, daß man die Sportförderung unter dem Aspekt, den ich bereits erwähnt habe, unter Einbeziehung aller Vereine, die in gesamtösterreichischen Bewerbungen tätig sind, neu überdenkt und eventuell neu konzipiert unter besonderer Berücksichtigung der Belastungen, die diesen Vereinen entstehen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Berchtold.

Berchtold: Hoher Landtag! Einem Finanzreferenten einer mit Einnahmen nicht gerade gesegneten Gemeinde kann wohl nichts Erfreulicheres und Überraschenderes geboten werden, als kurz vor Weihnachten von einem

Oppositionskollegen 3 Mio. S offeriert zu bekommen. Ich glaube, man könnte an sich sagen, jawohl, her mit dem Geld! So überraschend aber, wie dieses Geschehen ist, so überraschend ist wohl auch der Gesinnungswandel, der durch diesen Antrag demonstriert wird. Denn noch ist - so glaube ich - allen in bester Erinnerung, daß gerade von demselben Herrn Kollegen Dr. Keckeis dieselbe Einrichtung seinerzeit in einem Zuge mit der Stadthalle als Renommierprojekt bezeichnet und in der Luft so zerrissen worden ist, daß sie praktisch nirgends mehr hineinpaßte. Was ist passiert, daß nun plötzlich in dieser kurzen Zeit aus dem Saulus ein Paulus geworden ist? Das dürfte nicht zuletzt auf das Konzept zurückzuführen sein, das in einem bewundernswerten Einsatz von verschiedenen Funktionären, die sogar selbst persönlich Haftungen für namhafte Beträge übernommen haben, erstellt wurde. Es hat sich nun eine Erfolgsserie eingestellt, die schon längst erwartet wurde und die ja dazu beiträgt, daß die VEU nun weit über unser Land hinaus in ganz Österreich einen hervorragenden Namen hat. Das hat bewirkt, daß praktisch derzeit Woche für Woche 5000 bis 6000 Vorarlberger, Schweizer und Liechtensteiner in das Eisstadion nach Feldkirch pilgern und dort diesem schönen Sport huldigen. Ich glaube, daß das der Beweggrund ist, daß man glaubt, daraus parteipolitisches Kapital schlagen zu können. Denn die Sache selbst ist ja nicht unbekannt. Wir wissen, daß die Verhältnisse, wie sie im Eisstadion in Feldkirch gegeben sind, angesichts dieser zahlreichen Zuschauer den Erfordernissen nicht entsprechen. Besonders sind es die sanitären Anlagen, die dringend einer Erneuerung und einer Erweiterung bedürfen. Nun ist aber die Schwierigkeit gegeben, daß an sich mit dieser Erneuerung, mit der Sanierung der Sanitäranlagen gleichzeitig eine Erneuerung der ganzen Tribüne erforderlich ist. Was dadurch an Kosten auf uns zukommt, ist derzeit noch nicht bekannt. Man ist dabei, diese zu erheben, und es dürfte auch in Bälde ein diesbezügliches Konzept und eine Planung vorliegen. Bevor aber dieses Konzept nicht vorliegt, da habe ich es mit dem Kollegen Jäger, hätte es glaube ich keinen großen Zweck, hier bereits Beträge zu beschließen als Beiträge, sondern es wird dann Sache der Stadt Feldkirch sein, mit allen Beteiligten sich an einen Tisch zu setzen, einen Finanzierungsplan zu erarbeiten und zu trachten, das gemeinsam über die Bühne zu bringen. Ich glaube, daß das bei gutem Willen aller Beteiligten auch gelingen müßte, und bitte Sie, dann, wenn es so weit ist, die erforderliche Bereitschaft hiefür zu zeigen. Heute aber bereits einen Beschluß zu fassen, ohne daß die geringste Unterlage vorliegt, 3 Mio. S für einen Zweck, bei dem man nicht einmal den mengen- und den finanzmäßigen Umfang kennt, bereitzustellen, dürfte - so glaube ich - doch etwas zuviel verlangt sein.

Präsident: Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Meine Damen und Herren! Zunächst zum Kollegen Berchtold, der sich natürlich schwer tut, die Anliegen des Finanzreferenten der Stadt Feldkirch als Abgeordneter zu vertreten und die verbalen Kurven, die er dabei kratzt, sind nicht sehr überzeugend. Kollege Berchtold, (Zwischenruf Berchtold: Aber vernünftig!) Kollege Berch-

told, ich stelle nun einiges richtig. Ich habe mich nie gegen die Halle gestellt, das wissen Sie doch ganz genau, sondern gegen die skandalösen Zustände, die mit der Errichtung zusammenhängen.

Zum zweiten, die Summe von 5 Mio. S, meine Damen und Herren, die stammt aus dem Feldkircher Bauamt. Ich habe ausdrücklich gesagt, eine grobe Schätzung, die vielleicht nach unten, vielleicht auch etwas nach oben korrigiert werden muß. Aber, meine Damen und Herren, wann wollen wir denn über einen Zuschuß des Landes reden, wenn nicht bei der Budgetdebatte? Diese Planung ist ja rasch fertig, wenn man weiß, woher das Geld kommt. Und wenn die Zeit und der Ort richtig sind, wo ein solcher Beschluß gefaßt werden soll, dann sicherlich bei der Verabschiedung des Budgets. Ich würde dem Kollegen Berchtold raten, sich eine Traverse einziehen zu lassen, damit er etwas mehr Rückgrat hat, wenn es um die Interessen der Stadt geht, und in diesem Fall geht es um die Interessen der Stadt. Daß er Anträge nicht nur durch die Parteibrille beurteilt, sondern von ihrer Rechtfertigung her, und dieser Antrag ist gerechtfertigt.

Präsident: Herr Kollege Dr. Keckeis, bitte mehr Sachlichkeit und mehr Kollegialität! Wer wünscht weiter das Wort? Herr Landeshauptmann!

Dr. Keßler: Herr Präsident, Hohes Haus! Für Sportzwecke sind im Landesvoranschlagsentwurf 1982 Beiträge enthalten, von denen wir glauben, daß wir im großen und ganzen in der Lage sein werden, die echten Bedürfnisse, die seitens der Dach- und der Fachverbände oder einzelner Sportorganisationen ans Land herankommen, befriedigen können. Wir haben für Beiträge an Gemeinden zur Errichtung von Sportstätten 5.2 Mio. S, für die Errichtung von Jugendsportplätzen, wo wir auf Grund der Erfahrungen wissen, daß in den letzten Jahren eigentlich weniger seitens der Gemeinden davon Gebrauch gemacht wurde als wir es selbst gewünscht hätten, 800.000 S, für die Förderung des Mannschaftssportspitzensports bei gesamtösterreichischen und internationalen Bewerben 1.2 Mio. S, also eine beachtliche Aufstockung, und für Beiträge an gemeinnützige Einrichtungen zur Sanierung von Sportstätten, wie schon betont wurde, erstmals einen Betrag von 900.000 S, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß es manchmal zweckmäßiger schiene, für entscheidendere Sanierungen von Sporteinrichtungen auch von Landes wegen helfen zu können und nicht nur bei der Errichtung neuer Sportstätten, so wie das bisher formal auf Grund der Benennung, auf Grund der einschlägigen Haushaltsstellen nur möglich war, wenngleich auch da oder dort hier Ausnahmen gemacht worden sind. Wir wollten bewußt hier nun eine Trennung herbeiführen zwischen Investitionen und Investitionsbeiträgen für neue Projekte und für Sanierungen. Bei der hier angesprochenen Projektserweiterung für die Feldkircher Anlage ginge es wohl in Richtung eher einer Sanierung denn einer neuen Sportstätte. Was mich nur wundert ist der Umstand, daß im Zusammenhang mit den Wünschen, die seitens der Sozialistischen Fraktion an den kommenden Landeshaushalt herangetragen wurden, im Finanzausschuß mit keinem Wort von dieser gewünschten Hilfe an

die VEU Feldkirch die Rede war. Wäre das der Fall gewesen, hätte man sich im Finanzausschuß bereits zu diesem Problem unterhalten können. Es ist nicht ganz leicht, nach Behandlung des Budgets im Finanzausschuß, wo ja auch die Weichen endgültig durch entsprechende Abstimmungen gestellt worden sind, jetzt im Hohen Haus hier plötzlich eine Wende herbeizuführen. Das ist Ihnen, Herr Dr. Keckeis, ja genauso geläufig wie uns. Warum kommt dieser Antrag erst im Hohen Haus und nicht im zuständigen für die Vorbereitung des Budgets vorgesehenen Ausschuß? Ich muß dazu sagen, daß wir auch von der VEU Feldkirch in letzter Zeit keinen diesbezüglichen konkreten Antrag bekommen haben. Was nicht heißen soll, daß auch wir nicht wüßten, daß es bei der Feldkircher Eisanlage und Eiskunstabahn Verbesserungswürdiges gibt. Und was auch nicht heißen soll, daß wir nicht grundsätzlich solchen Überlegungen aufgeschlossen gegenüberstehen. Aber man sollte die Vorbereitung in der Art und Weise treffen, wie sie nun einmal im Geschäftsordnungsbetrieb eines Landtages und bei der Vorbereitung des Budgets üblich ist; das heißt nicht hier plötzlich in die Plenarsitzung hereinpreschen, weil Sie genau wissen, wie schwierig es ist, hier jetzt in der Endphase Änderungen herbeizuführen. Auch wir wissen um die Erfolge, die erfreulichen Erfolge, die VEU Feldkirch in letzter Zeit erzielt hat. Und als Sportreferent freue ich mich umso mehr über diese Entwicklung, als es bekanntlich durch Jahre hindurch im Zusammenhang mit der VEU Feldkirch auch manche Enttäuschung und Schwierigkeit gegeben hat. Sie wissen, daß es in der Vergangenheit nicht immer ganz leicht war, die sehr beachtliche finanzielle Förderung, die seitens des Landes gewährt wurde, in der Öffentlichkeit zu vertreten, weil es öfters Rückschläge gegeben hat in sportlicher Beziehung und auch Rückschläge und berechtigte Kritik hinsichtlich der Finanzgebarung des Vereins, die es den für die Vergabe der öffentlichen Mittel Verantwortlichen nicht immer ganz leicht gemacht hat, diese Mittel vor der Bevölkerung zu vertreten. Das Land Vorarlberg, das muß einmal sehr deutlich gesagt werden, hat für die Entwicklung des Eissportes und für den Aufbau der Kunsteisbahn Feldkirch in der Vergangenheit beachtliche Beiträge geleistet. Das ist heute vielleicht schon wieder etwas in Vergessenheit geraten, vor allem denjenigen Damen oder Herren Kollegen, die erst relativ kurze Zeit hier im Hause sind, nicht bekannt. Diese Finanzierung geht nun schon auf viele Jahre, ich möchte sagen, ich glaube, ich übertreibe nicht, auf zwei Jahrzehnte zumindest zurück. Sie hat begonnen mit der Gewährung beachtlicher Darlehen seitens des Landes, auch mit der Übernahme von Bürgschaften damals für VEU Feldkirch bzw. für die Stadt und wir sind dann auch bereit gewesen, auf Grund der Entwicklung im Zusammenhang mit den damals leider weniger großen Erfolgen der VEU solche Darlehen teilweise in verlorene Zuschüsse umzuwandeln. Es sind, ich habe diese Rechnung jetzt nicht präzise bei der Hand, aber es sind viele hunderttausend Schilling, die für den Zweck nach Feldkirch geflossen sind. Ich darf auch erwähnen, und daraus möchten Sie entnehmen, daß wir schon um die Bedeutung der Feldkircher Entwicklung, insbesondere auch in Richtung Jugendsportförderung, wissen, Feldkirch ist ja dankens-

werterweise bereit und hat das auch bereits bewiesen, für den Eishockeynachwuchs Entsprechendes zu tun. Wir sind deshalb auch bereit gewesen, im heurigen Frühsommer für VEU Feldkirch zusammen mit Casino Schwarz-Weiß Bregenz eine außerordentliche Subvention zu geben. Ich darf Ihnen sagen, eine Subvention, die nicht von allen Sportverbänden und von allen für den Vorarlberger Sport verantwortlichen Funktionären von Haus aus begrüßt wurde. Es hat da manche kritische Bemerkung gegeben. Wir haben die Frage sehr eingehend im Landessportbeirat behandelt in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Sondersitzung und wir sind dort einig geworden, mit allen Vertretern der Sport-Dach- und Fachverbände und den im Amt der Landesregierung für die Vergabe der Sportförderungsmittel Zuständigen, daß man es vertreten könne, insbesondere auf Grund der guten Entwicklung von VEU Feldkirch in der jüngeren Zeit, hier eine Sondersubvention in der Höhe von rund 300.000 S, also eine Art Überbrückungshilfe, zu geben, gleich wie das für Casino Schwarz-Weiß Bregenz geschehen ist. Sie haben heute schon vielleicht aus der Wortmeldung des Herrn Abg. Grabher entnommen, daß hier ja die Meinungen nicht so einhellig sind und daß es Sportorganisationen und Sportvereine im Lande gibt, die gar nicht unbedingt der Meinung waren, daß diese Sonderbehandlung und diese Sondergewährung von Beiträgen vertreten werden kann. Herr Dr. Keckeis, wir haben es gemacht, weil wir der Meinung waren, daß VEU Feldkirch einmal auf Grund dessen, daß nachgewiesen wurde, daß nunmehr eine durchschlagskräftige, verantwortungsbewußte und mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten vertraute Führung am Werk ist. Man muß objektiverweise sagen, daß das leider nicht immer der Fall war. Wir haben hier schwere Enttäuschungen in der Vergangenheit erlebt im Zusammenhang mit der Hingabe öffentlicher Mittel, die nicht immer so verwendet wurden, wie man es aus der Sicht der öffentlichen Verantwortung hätte annehmen müssen. Weil wir den Eindruck haben können, daß hier nun ernstzunehmende und verantwortungsbewußte Vereinsfunktionäre am Werk sind, haben wir diese Sondersubvention gewährt. Und ich bitte, wenn nun ein zusätzlicher Wunsch ans Land herankommt, auf diese Situation nicht zu vergessen. Das war gar nicht so einfach. Ich werde ohnedies im Zuge einer Anfragebeantwortung eines freiheitlichen Abgeordneten noch Gelegenheit haben oder Gelegenheit nehmen müssen, um aufzuzeigen, warum das in der Form geschehen ist. So selbstverständlich war es nicht. Es war gedacht als eine Anerkennung für die gute Entwicklung des Vereins, der sich nach wie vor eben in nicht einfachen finanziellen Verhältnissen befindet. Es war gedacht vor allem als eine Anerkennung dafür, daß VEU Feldkirch, ähnlich wie das für den Fußballverein Casino Schwarz-Weiß Bregenz geschieht, für die Jugendarbeit in letzter Zeit Ersprießliches getan hat. Ob es gerade notwendig war, mich darauf hinzuweisen, daß ich in letzter Zeit bei keinem Spiel anwesend war, sei dahingestellt. Ich war aus zeitlichen und dienstlichen Gründen in letzter Zeit, obwohl ich das manchmal sehr gerne getan hätte, nicht in der Lage, dabei zu sein. Ich habe im übrigen zu Ihrer Beruhigung die Absicht, das in nächster Zeit sehr gerne zu tun, weil ich selber

neben einem schönen und attraktiven Fußballspiel auch sehr gern attraktives Eishockey sehe. Aber ob das, wie gesagt, gerade notwendig war, ich möchte jetzt nicht in gleicher Weise kontorn, weil es viele Anlässe in der jüngeren Vergangenheit gegeben hat, wo ich an Ihre Adresse ähnliche Fragen stellen könnte. Und ich glaube, da sollten wir gegenseitig vielleicht nicht so empfindlich sein. Das hat wahrscheinlich auch mit der Sache als solcher nicht allzu viel zu tun und ist für die unmittelbar Betroffenen und an einer guten Entwicklung der Finanzen von VEU Feldkirch Interessierten wahrscheinlich auch von weniger starkem Belang. Zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Grabher, möchte ich jetzt nicht Stellung nehmen, weil ja im Zuge der Anfragebeantwortung dieses Thema behandelt wird (Zwischenruf Grabher: Es wäre aber interessant, Herr Landeshauptmann!) ich möchte es nicht zweimal tun. Ich muß ja anschließend auf Grund der Tagesordnung die Anfragebeantwortung erledigen und darf dort dann auf diese Thematik zurückkommen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Mag. Spanring.

Mag. Spanring: Hohes Haus! Vom Sport noch einmal ein kurzer Blick zur Erwachsenenbildung. Schloß Hofen war doch ein Ereignis, das doch einiger Erwähnungen wert ist. Wie gesagt, Schloß Hofen hat eröffnet. Es ist damit ein erhaltenswürdiges Haus restauriert worden, und es ist auch sehr schön geworden, das muß man sagen. Es hat auch vom Baulichen her jene Atmosphäre, die geeignet ist, schöne Veranstaltungen und gute Erwachsenenbildungsveranstaltungen zu machen. Der Bau und die Restaurierung sind wohl im Vordergrund gestanden. Ein bißchen schwerer hat man sich dann sehr wohl getan, das merkt man, über den Sinn des Hauses, was man dort tun soll. Und das macht sich auch bemerkbar in verschiedenen Dingen. Darüber kann auch ein ich möchte fast sagen Alibikonzept nicht hinwegtäuschen. Wir haben beim Rechenschaftsbericht im vergangenen Sommer schon darüber diskutiert und ich bin nach wie vor der Meinung, daß es sich nicht um ein Konzept handelt, sondern bestenfalls um eine Ideensammlung. Sie haben vielleicht mit diesem sogenannten Konzept gar nicht einen allzu guten Dienst dem Prof. Holtkemper erwiesen, weil anhand dieses Kataloges, anhand dieses umfangreichen Kataloges wird man Prof. Holtkemper und die Leitung dieses Hauses immer messen können. Und dann wird sich halt herausstellen müssen, zwangsläufig, daß ein Großteil dieser Dinge, die in dieser Ideensammlung hier angeführt sind, gar nicht realisiert werden können. Und das zeigt allein dann, daß es sich um kein Konzept gehandelt hat, sondern eben um eine Ideensammlung. Aber es gibt natürlich sehr viel andere Kriterien auch noch, wie man ein Konzept beurteilen kann oder die zu einem Konzept gehören.

Man kann selbstverständlich auch die pompöse Eröffnung des Hauses nicht als Beweis dafür nehmen, daß hier gute Veranstaltungen gemacht werden. Und auch die Verleihung, und auch die Verleihung von Verdienstzeichen ist keine Tat der Erwachsenenbildung. (Zwischenruf Winder: Mitgezählt werden die Leute!) Wir sind für jede Förderung der Erwachsenenbildung, das ist gar keine Frage. Aber ein

paar Einwendungen müssen wir bei diesem Schloß Hofen nun schon machen. Über das sogenannte Konzept haben wir ja nun schon diskutiert. Ich möchte das alles nicht noch einmal aufrühren. In Wirklichkeit wird es sich ja einpendeln. Es wird sehr viel versucht werden, was dieses sogenannte Konzept ja ankündigt und eines oder zwei oder drei Dinge, die in diesem Konzept, sogenannten Konzept aufgezählt werden, sich dann ja sicherlich realisieren lassen und die werden auch einschlagen. Das ist gar keine Frage. Von diesen vielen Proben wird sich schon eine als geeignet herausstellen.

Was aber offensichtlich, und das ist auch unsere Kritik, was aber offensichtlich laufen muß in diesem Haus, läßt sich andeuten durch eine Aussage von Prof. Holtkemper, nämlich durch diese Aussage, die Basis für seine Arbeit sei die christliche Weltanschauungslehre. Ich meine, Herr Landeshauptmann, vielleicht haben Sie das so gesagt dem Prof. Holtkemper, daß das Ihre Grundlage sei, und daß es deshalb auch von Prof. Holtkemper die Grundlage sei. Wissen Sie, wenn das von einem Leiter eines Hauses oder von einem provisorischen Leiter eines Hauses gesagt wird, das dem Land gehört und der Landeshauptmann der ÖVP angehört, dann hat diese christliche Weltanschauungslehre einen ganz anderen Klang, nämlich wenn es um die katholische Lehre geht oder um die christliche Weltanschauung geht, dann müßte man sagen, das ist eine Fortsetzung oder eine Hilfseinrichtung des Katholischen Bildungswerkes. Wenn es darum ginge, um diese christliche Wertbildung, dann hätte man das Geld ja dem Katholischen Bildungswerk geben können. Es hätte das sicherlich genommen, gar keine Frage. Die sind dazu berufen, es zu tun und die würden es auch tun. Das ist aber nicht der Fall. Dann müssen wir sagen, was soll das heißen: «Christliche Weltanschauungslehre». Auf der Basis der christlichen Weltanschauungslehre sollen diese Veranstaltungen stehen in diesem Hause? Ich weiß, Sie bekennen sich immer wieder zur christlichen Soziallehre. Sie gehört zu einem wesentlichen Bestandteil des Programms, wesentlicher Bestandteil der Ideologie der ÖVP. Und das heißt für mich nichts anderes, Herr Landeshauptmann, daß jene Geisteshaltung gepflogen werden soll in diesem Haus und eingenommen werden soll, die halt der ÖVP-Ideologie nützt und dienlich ist. (Zwischenruf Dr. Intemann: Hier spricht ein Marxist!) Ich meine, ich meine, ja ich komme dazu, Herr Dr. Intemann, so einfach wie Sie nehmen wir es nicht. Wir meinen, daß dieses Haus von allen Steuerträgern bezahlt worden ist und diese Steuerträger bestehen aus Katholiken, bestehen aus Christlichen, sie bestehen aus Liberalen, es gibt Sozialisten darunter, es gibt Konservative und es gibt Progressive darunter. Und deshalb meinen wir, wäre es angebracht, wenn ein Leiter dieses Hauses oder auch ein Landeshauptmann, als politisch Verantwortlicher für dieses Haus sagen würde, daß die geistige Grundlage und Ausgangsbasis für dieses Haus die Pluralität und die Offenheit sei für alle Gedanken, für alle Ideen. Und dann erst wird dieses Wort wahr, das Bischof Wechner gebraucht hat, nämlich das Wort «Schutz vor Mißbrauch allen Wissens». Dann wird dieses Sprichwort oder diese Aussage des Bischofs wahr.

Die bisherige Auswahl der Referenten bei der Eröffnung läßt ja nicht ahnen, daß hier diese geistige Toleranz

gehandhabt werden soll. Ich meine, wir wollen nicht von vornherein unken und das Haus etwa mies machen, aber wir haben und das wollen wir ganz deutlich sagen, wir haben unsere Bedenken. Wir wollen die Leute in diesem Haus arbeiten lassen. Aber, das sagen wir auch, wir werden es sicherlich kritisch überprüfen. Und wenn wir kritisch prüfen, dann gibt uns eben auch dieser Haushalt zu diesem Punkt einigen Anlaß.

Für Schloß Hofen, so weist es dieses Budget aus, sollen 6.970.000 S ausgegeben werden. Die Einnahmen werden mit 3.157.000 S beziffert, d.h. also daß ein Nettoaufwand von 3.800.000 S ungefähr vorgesehen ist. Dazu möchte ich zwei Gedanken äußern, die die ÖVP immer wieder gerne gebraucht. Für Schloß Hofen sind also über 3 Mio. S Nettoaufwand vorgesehen. Demgegenüber stellen wir einmal die Aufwände für die sonstigen Erwachsenenbildungseinrichtungen. Da wird für die Volkshochschule beispielsweise im Rechnungsjahr 1980 110.000 S ausgegeben und 110.000 S gefördert. Zum Jahr 1981 hat es dann eine Steigerung von 10.000 S, sage und schreibe 10.000 S, auf 120.000 S erfahren und in diesem Jahr sieht auch der Voranschlag ebenfalls 120.000 S vor.

Oder beispielsweise das Volksbildungswerk hat im Jahr 1980 280.000 S bekommen, 1981 waren 300.000 S vorgesehen und heuer sage und schreibe auch 300.000 S vorgesehen. Oder bei den Volksbildungsheimen ist eine Steigerung von 100.000 S vorgesehen, von 750.000 S auf 850.000 S.

Wenn man weiß, daß das ja auch Schöpfungen der Landesregierung sind, die haben ja keinen wesentlichen Trägerverein, der sehr viel Geld dazugeben kann, sondern sie sind im wesentlichen ja vom Land abhängig. Solche Häuser haben sehr hohe Fixkosten. Es geht ja gar nicht anders, als daß man hier etwas aufstockt. Sie werden es schwer genug haben trotzdem, diese Volksbildungsheime. Oder aber die Volksbüchereien, von denen sich die Frau Kollegin Enzelsberger-Schönbichler so lobend geäußert hat die haben auch keine Steigerung erfahren, trotz Landesbüchereiplan, den Sie hervorgehoben haben, zu Recht hervorgehoben haben. Aber das sind halt ebenfalls 540.000 S im vorigen Jahr und heuer auch 540.000 S. Ich meine, wenn Sie sagen, Frau Kollegin, daß hier Gespräche geführt werden sollen und werden, Bezirksgespräche der Büchereileiter und was weiß ich, was alles, dann muß ich Ihnen halt sagen, auf einer Glatze tut man sich schwer, Locken zu wickeln. Und so sieht es nämlich bei den Volksbüchereien aus. Diese Gespräche sind alle sehr nett, nur realisieren wird man halt auf Grund der Budgetlage wenig können. Diese Zuwendungen sehen halt nicht danach aus, daß man einen Büchereiplan realisieren kann. Oder z.B. (Zwischenruf Dr. Keßler: Steht vor der Fertigstellung!) ja, der Plan, aber die Realisierung wird sicherlich noch länger auf sich warten lassen, speziell wenn diese Budgetierung weiterhin so aussieht, dann wird dieser Plan wahrscheinlich nicht gerade schnell realisiert werden können.

Aber auch bei der Förderung der öffentlichen Büchereien, die von privaten gemeinnützigen Einrichtungen getragen werden, ist keine Steigerung vorhanden, d.s. 160.000 S im vergangenen Jahr und heuer 160.000 S. Ich erwähne das deshalb, weil der Herr Landeshauptmann

sehr häufig und sehr gerne sich bekennt und unter diesen vielen Bekenntnissen bekennt er sich auch zur Subsidiarität. Und wenn ich nun diese unmittelbaren staatlichen oder von der Landesregierung her Eingriffe in die Erwachsenenbildung durch Schloß Hofen betrachte, hier diesen Nettoaufwand von 3 Mio. S betrachte und daneben diese Förderung in Anbetracht von Schloß Hofen darf man wohl sagen etwas kümmerliche Förderung der übrigen Erwachsenenbildung und damit der Eingriff, dieser staatliche Eingriff in die Erwachsenenbildung und die Mißachtung dieses Subsidiaritätsbegriffes. dann sehe ich, daß all diese Prinzipien, die der Herr Landeshauptmann sehr gerne und sehr häufig sagt, in Wirklichkeit, wenn es darauf ankommt, ja auch nicht ganz so ernst nimmt, mit einer Ausnahme, die muß man ja wohl erwähnen, und diese Ausnahme ist der Beitrag an die Diözese zur Förderung der Ehe- und Familienbildung. Hier sagt (Zwischenruf Dr. Keßler) ja, weil sie kennzeichnend ist, es sticht hervor, weil sie so kennzeichnend ist, diese Prinzipientreue. Im Jahre 1980, waren 300.000 S vorgesehen, im Jahre 1981 400.000 S, im Jahr 1982 sind 500.000 S vorgesehen. Jedes Jahr im Verhältnis zu den anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen eine erkleckliche Steigerung. Nur diese Einrichtung hat diese Zunahme zu verzeichnen im Rahmen des Budgets, und ausgerechnet jene Einrichtung, die sowohl von der SPÖ als auch von der FPÖ kritisiert wird. Herr Landeshauptmann, diese Tatsache läßt im Rahmen dieser Ideologiediskussion in Wirklichkeit sehr tief blicken.

Ich hätte gemeint und habe das schon bei vorherigen, früheren Diskussionen gesagt, wenn es tatsächlich darum gegangen wäre, primär um diese Familien- und Eheberatung, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, dieses Geld dem Katholischen Bildungswerk zu geben, das ebenfalls als Erwachsenenbildungseinrichtung in der Lage gewesen wäre, diese Schulungen durchzuführen, gar keine Frage selbstverständlich. Oder es ist auch das IFES genannt worden. Auch dieses Institut wäre in der Lage gewesen, solche Schulungen durchzuführen. Aber daß eben hier eigens das an die Diözese gegeben wird oder an eine bestimmte Personengruppe innerhalb der Diözese, das läßt ja manches erschließen.

Und einem zweiten Gedanken widersprechen Sie durch Ihre Gestaltung der Erwachsenenbildung, nämlich der freien Erwachsenenbildungseinrichtung. Auch die ÖVP bekennt sich zur freien Erwachsenenbildungseinrichtung, zur Pluralität, und auch dieses Prinzip, zu dem sie sich häufig bekennt, wird in Wirklichkeit mißachtet durch diese Gestaltung, wie es sich nun tatsächlich herausstellt. Das ist glaube ich gerade im Zusammenhang mit Schloß Hofen zu sagen, diese kritischen Gedanken sind anzubringen.

Ich meine zurückkommend auf Schloß Hofen, Schloß Hofen ist noch kein Erfolg, Herr Landeshauptmann, Schloß Hofen ist ein Versuch. Und auch wir hoffen, Herr Landeshauptmann, auch wir hoffen und wünschen, daß es eine Bildungsstätte wird, und zwar eine wirkliche Bildungsstätte wird, die offen ist, eine Stätte der Bildung für alle Leute, aber auch eine Stätte der Bildung für verschiedene Ideen und für verschiedene Gedanken und eine Stätte der geistigen Toleranz.

Präsident: Das Wort hat der Herr Klubobmann Winder.

Winder: Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir gestatten, möchte ich noch zwei Bemerkungen zu den Ausführungen machen, die der Herr Landeshauptmann über unseren Antrag machte. Zunächst einmal, Herr Landeshauptmann, haben Sie sowohl im Finanzausschuß als wie auch hier das Budget schon gedruckt gehabt. Zum zweiten muß man sagen, daß Sie die Geschäftsordnung auch in diesem Punkt offensichtlich schlecht kennen, denn das Budgetrecht des Landtages ist in Geltung bis zum Beschluß des Landtages. Der Beschluß ist noch nicht gefaßt. Wir diskutieren ja nicht nur über das, was hier alles schon gedruckt vorliegt, sondern auch über das, was uns noch dazu einfällt, denn ich fand es einen guten (Zwischenruf Dr. Keßler: Sehr spät einfällt!) mein Gott, Herr Landeshauptmann, wir würden uns froh und glücklich schätzen, wenn Ihnen die Dinge nur so spät einfielen, wie sie uns noch einfielen. (Zwischenruf Jäger: Es fällt uns nicht immer das Gleiche ein!) Dann wären wir immer noch rechtzeitiger. Ja wenn ich daran denke, was Ihnen heute alles zur Personalpolitik an den Schulen noch eingefallen ist, dann muß ich sagen, so spät, so spät kann uns das gar nie einfallen, wie das bei Ihnen der Fall ist, wirklich nicht! Zum dritten, zum dritten möchte ich sagen, daß Sie die Dinge etwas verzeichnen, offensichtlich macht Ihnen das die Argumentation etwas leichter. Es geht hier nicht darum, die VEU zu subventionieren, sondern es geht, wie der Kollege Berchtold schon richtig mit dem Kopf andeutet, darum, das Eisstadion der Stadt Feldkirch zu sanieren, und das ist der Zweck, um den es hier geht. Das möchte ich noch klargestellt haben. (Zwischenruf Berchtold: Daran hat niemand gezweifelt!) Bitte, dann haben wir etwas unterschiedlich verstanden, Kollege Berchtold! Ich habe dann die Absicht, einen Antrag der Sozialistischen Fraktion zu begründen, der in der Summe zwar nicht sehr groß ist, aber hinter dem doch meines Erachtens eine Gesinnung steckt, die wir aufzeigen wollen. Es geht um die Streichung der für die Dokumentation der ARGE Alp vorgesehenen 77.000 S. Das ist ein Dienstposten, aber wir meinen, daß dieser eine Dienstposten schon zuviel ist. Und wenn man die übrige Latte anlegt, die diese Regierung immer öffentlich an sich anzulegen pflegt, dann muß man bei jedem einzelnen Dienstposten sparen. Und hier glaube ich, Herr Landeshauptmann, wäre wirklich eine gute Gelegenheit, einen Dienstposten einzusparen.

Wenn Sie gestatten, dann möchte ich diese Gelegenheit benützen, um etwas mich mit der ARGE Alp zu befassen. Diese Arbeitsgemeinschaft ist ja, wenn ich es richtig mitbekommen habe, inzwischen zehn Jahre alt geworden. In diesen zehn Jahren hat sich mancher Geburtsfehler ausgewachsen und mancher war offensichtlich nicht zu beseitigen und einige sind auch von den Gründern nicht gewollt, daß sie beseitigt werden. Ich denke hier zunächst einmal an das organisatorische Problem. Es handelt sich ja im wesentlichen nicht um eine Arbeitsgemeinschaft aller Alpenländer, sondern es handelt sich um eine sehr willkürliche Zusammenkunft einiger alpiner Landesfürsten, wenn Sie mir diesen despektierlichen Ausdruck gestatten. Und dieses Problem zeigt sich ja zum Beispiel daran, daß

der Kanton Graubünden, der über einen sehr großen alpinen Anteil verfügt, ganz offen erklärt hat, wenn diese ARGE Alp mehr wie einmal im Jahr zusammenkommt, dann muß der Kanton Graubünden austreten, ausscheiden. Das hat dazu geführt, daß die ursprünglichen Absichten, das zu intensivieren, wieder fallen gelassen wurden. Es kommt also, es kommt also nach den Informationen, die ich als Außenstehender habe, Herr Landeshauptmann, nicht zu einer intensiven organisatorischen Befassung. Das zweite, und das ist meines Erachtens ein gewollter Konstruktionsfehler dieser ARGE Alp, ist die fehlende Bindung an die Parlamente der einzelnen Mitgliedsländer. Hier handelt es sich ganz bewußt und ganz gewollt nur um eine Zusammenkunft der Exekutive. Wie man dann nichtsdestotrotz hergehen kann und bei jeder Gelegenheit verlangen, daß der Europarat die ARGE Alp sozusagen anhängt, das ist mir unverständlich. Eigentlich müßten sie sich systemkonform an ein Exekutivgremium angliedern. Das wäre also in einen Fall etwa die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel oder im anderen Fall müßten sie sich an den Ministerrat des Europarates anhängen. Das wären Ihre Adressen. Das Parlament Europas kann es nicht sein, denn wenn man zuhause die Parlamente ausschließt, dann kann man sich nicht an das Europäische Parlament anhängen. Zum politischen Problem dieser Arbeitsgemeinschaft: Wenn man sie nun so intensiv verfolgt hat als es einem möglich war, mit dieser Einschränkung muß man reden, denn ich möchte ausdrücklich dazu sagen, daß jede Information, die ich über die ARGE Alp bekommen habe, mir mühsam herausfragen mußte, Herr Landeshauptmann! Sie erinnern sich an unsere vielen Gespräche in den Ausschüssen. Nach allem, was man weiß, kommt die ARGE Alp in Wirklichkeit nicht über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus, und der ist oft sehr klein. Ich nenne nur zwei Beispiele, die von eminenter Wichtigkeit wären: Eine gemeinsame Energiepolitik dieser ARGE Alp z.B. gibt es nicht, die gibt es nicht. Es ist z.B. die Region Lombardei und der Freistaat Bayern ein Anhänger von Kernkraftwerken, einer forcierten Kernenergiepolitik und des Baues von Kernkraftwerken, während die anderen ARGE-Alp-Regionen diesen ablehnen. Das führt dann zu solchen Peinlichkeiten, wie Pressekonferenzen in München, an denen der Herr Ministerpräsident Franz Josef Strauß einmal ausnahmsweise teilnimmt und dort zum Entsetzen seiner österreichischen Kollegen den Bau von Atomkraftwerken befürwortet. (Zwischenruf Eß: Das sagt Benya auch!) wir reden jetzt von der ARGE Alp und nicht von der ARGE ÖGB.

Ein zweiter Punkt, über den in der ARGE Alp offensichtlich keine Einigung zu erzielen ist, das ist die Verkehrspolitik. Hier weiß jedermann, daß die ursprünglichen Initiativen und Konzepte vom Tiroler Straßenbaudirektor ausgegangen sind. Die Rolle ist ihm dann später in zunehmendem Maße von der Bayrischen Staatskanzlei entwunden worden und das hat zu den Kalamitäten geführt. Wie die berühmt-berüchtigte Alemannia, die durch das Zillertal gerissen werden sollte. Das hat dazu geführt, daß beispielsweise die deutsche Schnellstraße herunter von Kempten in Füssen abrupt endet und von dort weg nicht mehr weitergeführt wird bis in die Lombardei hinunter, bekanntester

Teil aus dem Tiroler Landtagswahlkampf mit den bereits fertiggestellten Anschlußstellen, die nicht mehr weitergeführt werden. Man könnte endlos darüber reden, was sich im Eisenbahnsektor tut in punkto Verkehrspolitik. Jedenfalls hier sind die Nenner derartig unterschiedlich, daß man sich nur über Projekte verständigen kann, die so unfinanzierbar sind und so weit in der Zukunft liegen, wie beispielsweise das Splügenprojekt. Da gehts noch relativ, relativ reibungslos, und zwar deshalb, weil die Italiener natürlich auf Grund ihrer Staatsfinanzen ganz klar wissen, daß sie in den nächsten 20 Jahren das Geld niemals haben werden, um sich daran zu beteiligen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist offensichtlich die Kulturpolitik, das ist die Spielwiese des Vorarlberger Landeshauptmannes, die ihm von der ARGE Alp eingeräumt wurde und da tut sich einiges, wie wir wissen. Da gibt es also die Möglichkeit, Museen zu besuchen von München bis hinunter nach Mailand. Dazu ist extra ein Museumspañ installiert worden, den wir allerdings noch nicht im Detail zu Gesicht bekamen. Nach unseren Informationen sollen ihn jedenfalls die Hofräte schon haben und die sind sicherlich wichtiger als wir. Einer dieser kleinsten gemeinsamen Nenner ist dann auch das Leitbild der ARGE Alp, das ich den Kollegen des Hohen Hauses wirklich einmal zum Studium empfehlen möchte. Sie finden kaum irgendwo eine solche Ansammlung von unverbindlichen Gemeinplätzen, wie in diesem Leitbild, das die ARGE Alp herausgebracht hat. Ich sehe schon die Schwierigkeiten ein, die immer dann beginnen, wenn man praktische Politik machen will und wenn sich die Interessen des eines Landes mit dem anderen Land stoßen. Aber das Ganze müßte halt doch meines Erachtens dazu führen, daß man sich über mehr einigen kann als über den homo alpinus, was immer das sein mag, diesen alpenländischen Bergbauernmenschen, der offensichtlich hier in diesem Leitbild vorschwebt.

Wir haben uns letztes Jahr einmal die Mühe gemacht, der Kollege Häfele und ich, und haben uns gedacht, wir wollen doch selber einmal schauen, was bei der ARGE Alp eigentlich los ist. Eine der seltenen Gelegenheiten, wo auch gewöhnlich sterbliche Abgeordnete eingeladen waren, war der sogenannte Umweltkongreß in Gardone am Gardasee. Zu diesem Umweltkongreß waren wir, wie gesagt, liebenswürdigerweise einmal eingeladen und es war für uns ein willkommener Anlaß, einmal hinzugehen und selber anzusehen, damit wir nicht immer hören vom Landeshauptmann, ja sie reden über etwas, das sie selber gar nicht kennen oder? (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) Meine Herren, keine Voreiligkeit, ich erzähle Ihnen alles, Sie kriegen alles zu Gehör. (Zwischenrufe - Präsident: Bitte um Ruhe!) Wir waren, meine Damen und Herren, in Gardone, wir haben uns einmal die einleitenden Ausführungen angehört und die ersten Referate und dann sind wir mit Schaudern von dannen gefahren (Zwischenrufe), wie der Kollege Zerlauth richtig sagte. (Zwischenruf Jäger: Wie lange seid Ihr geblieben?) Kollege Jäger, wir sind länger geblieben wie Du überall bleibst, denn für uns gabs keinen Fototermin, wir waren da nur kleine Abgeordnete aus einem Mitgliedsland. Jedenfalls wir haben, damit wir nichts versäumen, Kollege Zerlauth, dann zuhause die Referate, die Referate noch

einmal nachgelesen. (Heiterkeit) Wenn ich mich nur erinnere, was einer der Vorarlberger Vertreter dort geboten hat, dann muß ich Ihnen sagen, wir haben unsere Interessen schlecht verkauft dort. Ich will nicht von Ihnen reden, Herr Landesrat Rüschi, Sie waren einer der wenigen, einer der wenigen Glanzpunkte, wie man mir erzählt hat, (Heiterkeit) aber ansonsten hat z.B. ein Hofrat der Vorarlberger Landesregierung dort einen Vortrag über das Luftreinhaltegesetz gehalten, den ich mir natürlich angehört habe, nachdem ich ja in inniger Beziehung mit diesem Luftreinhaltegesetz stand. Wissen Sie, wenn das Land nicht mehr vermag, als 15 Dias und ein Dia während des ganzen Vortrages, nämlich das vom Sonnenuntergang am Bodensee aufleuchtet, dann muß ich schon sagen, etwas besser vorbereitet hätte (Zwischenruf Dr. Mandl: Wie soll man sonst den Gestank fotografieren?) Herr Landeshauptmann, Herr Statthalter, mit etwas Liebe zum Detail kann man wirklich eine bessere Lichtbildfolge produzieren. Mein Herz hat geblutet, ich sage es Ihnen ganz offen und ehrlich. So schlecht sollte man die Luftreinhaltung aus Vorarlberg nicht verkaufen. Ich habe mich dann dort mit meinen Regierungsfreunden aus den anderen Bundesländern besprochen und habe gesagt, ist da nie mehr los bei euch? Ist das immer nur eine Befriedigung des Ehrgeizes einiger Hofräte, wo jeder halt aus seinem Kästchen heraus das beschreibt, was er tut, der eine über die Windgeschwindigkeit in Garmisch-Partenkirchen, der andere über die Luftreinhaltung da, der eine über die Gewässergeschwindigkeit im Oberinntal. Alles sehr interessant, aber doch typisch dafür, um was es hier geht. Da kommen die Hofräte zusammen - die Spesen sind auch entsprechend und dann befriedigen die Herren ihren Ehrgeiz und das ist für sie natürlich eine grandiose Gelegenheit, einmal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Meine Kollegen haben mir gesagt, na ja, mehr ist da an sich nie los! Darauf sage ich, aber das macht man doch einmal mit und ein zweites Mal kommt man nicht mehr wieder. Dann habe ich die Journalisten gefragt, die in erstaunlich großer Zahl dort vertreten waren. Der Salzburger ORF war da und das Bayrische Fernsehen war da, das Italienische Fernsehen, also große Besetzung. Vielleicht war das ein Grund für die Regierungsmitglieder, da zu sein. Jedenfalls kenn ich dort einige Leute und frage sie, was ist eigentlich der Grund, daß sie so zahlreich herkommen, die Neuigkeiten sind ja nicht so häufig, also vom Neuigkeitswert her sicher keine besondere Veranstaltung? Da hieß es, bittschön sagen Sie es nicht weiter, aber da sind halt die Spesen am dicksten, wenn man ins Ausland fährt und wenn man da sitzt. So wäscht eine Hand die andere, alles zusammen nennt sich die ARGE Alp und macht jedes Jahr eine solche große Veranstaltung. Da muß ich sagen, die Alpensozialisten sind geradezu ein kümmerlicher Verein dagegen. Wir treffen uns auch zwar, aber bei uns findet es halt im Schatten der großen ARGE Alp statt. Es kommt dafür einiges heraus, wie wir uns einbilden. Ich habe deshalb diesen Antrag zu vertreten, nämlich die Dokumentation der ARGE Alp dort zu belassen, wo sie bis jetzt schon war. Also nicht hier Dienstposten zu schaffen, sondern das, was bisher schon geschrieben wurde, wie beispielsweise hier dieses Elaborat über die Darstellung der Krankenanstalten und der ärzt-

lichen Versorgung im Bereich der ARGE Alp, weiter von der Bayrischen Staatskanzlei machen zu lassen. Jeder weiß, daß die das meiste Geld haben und daß die das ungeniert drucken können und daß sie es dann auch ablegen können. Das wäre der Grund gewesen, Herr Landeshauptmann, daß wir gemeint hätten, den Dienstposten, den könnten wir uns ersparen und die Bayrische Staatskanzlei soll das weiterhin ablegen.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Waibel.

Waibel: Meine Damen und Herren! Als soeben Herr Klubobmann Winder gekonnt Löcher in die Luft geboxt hat, ist mir eingefallen: Mancher kann stundenlang reden und er schafft es nicht, auch die Hälfte von dem zu sagen, was er nicht weiß. (Heiterkeit) Tatsache ist, Herr Kollege Winder: ich war auch unten in Gardone. (Zwischenruf Winder: Jawohl!) Mir ist halt aufgefallen, daß Sie eigentlich am Anfang nicht dabei waren, Sie sind zu spät gekommen, aber dafür sind Sie zu spät, pardon zu früh gegangen. Am zweiten Tag haben Sie es jedenfalls vorgezogen, um auch bei dieser heiteren Note zu bleiben, die Sie hineingebracht haben in ihren Debattenbeitrag, Romeo und Julia in Verona zu beäugen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Dort haben wir Dr. Gehrler und die halbe Regierung getroffen! - Heiterkeit) Diese «Vorträge» waren, glaube ich, wichtiger als die Vorträge (Zwischenruf Winder: Da war die halbe Landesregierung unten!) wie die Vorträge, die gehalten wurden. Also man soll nicht über eine Veranstaltung sprechen, bei der man es vorgezogen hat, doch die meiste Zeit nicht dabei zu sein. Ich nehme jedenfalls für mich in Anspruch, nicht nur (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) bei der Eröffnung ein Gesichtsbild zu nehmen und beim Bankett, beim abendlichen, dabei zu sein, sondern auch tatsächlich zu hören, was dort gesagt wird.

Sie haben da den Vortrag vom Hofrat Tschofen abqualifiziert. Ich hatte von anderen Teilnehmern gehört, daß es ganz interessant ist, zu erfahren, wie in Vorarlberg die Probleme der Luftreinhaltung gesehen werden und wie das auch legislativ gemacht wurde mit dem Luftreinhaltegesetz. Wenn Sie also die ARGE Alp lächerlich zu machen belibien, dann ist es Ihre Sache. Ich meine, daß in solchen überregionalen Organisationen das Wichtigste nun einmal ist, miteinander in Kontakt zu kommen, die Probleme gegenseitig kennen zu lernen und zu erfahren, welche Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Daß das ein langwieriger Prozeß ist und nicht in einer Veranstaltung zu endgültigen Ergebnissen führen kann, ist jedem Einsichtigen klar. Wenn Sie also dargetan haben, daß also das Leitbild der ARGE Alp nichts anderes wäre wie ein Sammelsurium von Allgemeinplätzen, dann werde ich heute noch Gelegenheit nehmen, auf das Leitbild der ARGE Alp im Zusammenhang mit der Behandlung des Themas «Umwelt» Stellung zu nehmen.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Kollege Spannring hat gemeint, daß Schloß Hofen ein Versuch ist. Ich möchte dem

widersprechen: Schloß Hofen ist kein Versuch, sondern eine Realität, denn wenn man das Schloß Hofen meint, verstehe ich darunter das Gebäude. Was Sie vielleicht gemeint haben könnten, war die Erwachsenenbildungseinrichtung, die dort drinnen ist. Wir bekennen uns als Freiheitliche zu Schloß Hofen und stehen auch nicht an zu sagen, daß wir die Restaurierung als gelungen bezeichnen, und daß damit ein echter aktiver Beitrag zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege geleistet wurde. Auch die Eröffnungszeremonie, die Kollege Spannring als pompös bezeichnet hat, glaube ich, kann man nicht so im Raum stehen lassen. Sie war dem Anlaß entsprechend angemessen. Was aber doch interessant war, daß man bei dieser Eröffnung eine Vielzahl von Magnifizenzen, Rektoren und Professoren treffen konnte, wahrscheinlich gewollt. Wenn man noch die Festreden, die dazu gehalten wurden, im Ohr hat, so hörte man sehr viele Botschaften, was all diese Herren dort in Zukunft machen wollen. Wir werden sehen, ob alle diese Botschaften, die sie hier hinterlassen haben, dann auch in die Tat umgesetzt werden. Uns ist im Sommer d.J. das Konzept über Schloß Hofen überreicht worden, wo drinnen festgehalten ist, daß bis Ende November jeweils das Programm für das kommende Jahr zur Verfügung steht. Es hat Prof. Holtkemper in seiner Ansprache hingewiesen, daß er während des Mittagessens über die Veranstaltungen des kommenden Jahres Auskunft geben werde. Er hat es dann aus Gründen, die ich nicht kenne, unterlassen und er hat uns einen Zettel überreichen lassen, den der Kollege Batlogg schon vorgetragen hat, wo ich also sagen muß, wenn das das Programm für das Jahr 1982 ist, ist es relativ wenig. Es hat dann der Kollege Batlogg gütigerweise noch die Veranstaltungen, die hier im kommenden Jahr abgehalten werden sollen, in der Anzahl bekanntgegeben. Ich habe es mir zusammengezählt, es sind 56 eigene Veranstaltungen, und wenn man die 900 Teilnehmer für Gasttagungen durch 40 dividiert, was der Aufnahme normalerweise in Schloß Hofen entspricht, dann wären das weitere 25 Veranstaltungen. Somit wäre es insgesamt 81 Veranstaltungen, die draußen geplant sind. Das wäre von der Anzahl her sicherlich eine phantastische Auslastung. Ich bin also neugierig, wie in Zukunft die Auslastung sein wird. Ich wünsche dem Erwachsenenbildungszentrum Schloß Hofen viel Erfolg. Aber wir werden auch als Freiheitliche Fraktion hier kontrollieren, ob die Vorgaben, die uns nun dargelegt wurden, auch eingehalten werden.

Eine Frage, Herr Landeshauptmann, die Sie aus meiner Generaldebatte unberücksichtigt gelassen haben, war die, daß ich gefragt habe, welche Mittel dem Institut für Sozialdienste für die Ehe- und Familienberatung in den Jahren 1980 und 1981 bzw. 1982 zufließen. Ich möchte diese Frage deshalb beantwortet haben, weil es nicht uninteressant ist zu wissen, in welchem Ausmaß nun eben das Institut für Sozialdienste für diese Aufgabe unterstützt wird. In welchem Rahmen die Diözese hier zum Zug kommt, haben wir gehört, mit nun rund glaube ich, wenn ich richtig informiert bin, 500.000 S. Und ich glaube, man muß also doch bei einer kritischen Betrachtung diese beiden Zahlen, die im Budget eben im Detail nicht vorliegen, gegenüberstellen. Aber ich bin dankbar, wenn das dann in der

Gruppe 4 geschieht. **Präsident:** Nun hat der Abg.

Grabher das Wort.

Grabher: Nach dem abendlichen Ausflug nach Verona noch einmal zurück zum Sport. Der Herr Landeshauptmann ist sehr ausführlich auf den Debattenbeitrag des Kollegen Keckeis, was die Stadionsanierung betrifft, eingegangen und entgegen seiner sonstigen Gewohnheit ist er eigentlich nur wenig darauf eingegangen, was ich vorher in Richtung Subventionspolitik ausgeführt habe. (Zwischenruf Dr. Keßler: Die Fragebeantwortung kommt dann in Pkt. 3!) Ich habe jetzt etwas zur Subventionspolitik im Sportbereich gesprochen. Sie sind entgegen Ihrer sonstigen Gewohnheit, daß Sie doch überhaupt nichts im Raume stehen lassen, mit keinem Wort darauf eingegangen. Ich finde das etwas betrüblich. (Zwischenruf Dr. Keßler: Ich komme schon noch darauf!) Ja, dann hätten Sie eigentlich hier die Gelegenheit gehabt. Wir haben schon im Rahmen der Generaldebatte diesen Vorwurf erhoben und es wäre uns sehr gelegen gewesen, wenn Sie diesen Vorwurf ausräumen hätten können. (Zwischenruf Dr. Keßler: Ich will es nicht zweimal tun, sondern nur einmal!) Ja, Sie könnten es sich dann morgen ersparen, wenn Sie es heute tun. Dann brauchen Sie morgen nicht mehr darauf eingehen. (Zwischenruf Dr. Mandl: Dann kommt der Nikolaus!) Ja, da kommt der Nikolaus, Herr Statthalter, da kommt der Nikolaus. Vielleicht wäre es dann möglich. (Zwischenruf Dr. Mandl: Jetzt schaut es eher nach Krampus aus!) Ja, vielleicht könnt's no a Christkindle weara, oder?

Und trotzdem hat der Landeshauptmann als oberster Sportreferent unseres Landes eigentlich zwei wesentliche Punkte hervorgehoben, warum beispielsweise VEU Feldkirch diese außerordentliche Subvention von 235.000 S erhalten hat. Das war der außerordentliche Betrag, soweit ich mich recht erinnern kann. Er hat gesagt, auf Grund der guten Nachwuchsarbeit dieses Vereins der letzten Jahre. Herr Landeshauptmann, ich möchte Sie als obersten Sportreferenten daran erinnern, daß beispielsweise heizbösch auch angesucht hat, zweimal österreichischer Meister in den Nachwuchsbewerben geworden ist. VEU noch nie. Aber trotzdem haben sie auch eine gute Nachwuchsarbeit und die Subvention ist berechtigt. Aber zweimal ist der andere Verein auch Meister geworden. Und der zweite Punkt war, daß Sie ausgeführt haben, daß es verantwortungsvolle Funktionäre waren, die den Verein in den letzten Jahren geführt haben. Ich lade Sie ein, zu unserem Verein zu kommen, dann können Sie sich auch dort ein Bild machen über die verantwortungsvolle Tätigkeit. Es bleibt also unser Vorwurf nach wie vor im Raume stehen. Und wir können nur hoffen, daß Sie diesen Vorwurf in nächster Zukunft ausräumen. Das wäre unser Anliegen.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort? Der Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Daß hier Redner am Pult, die durch Monate hindurch Schloß Hofen im früheren Landtagsgebäude nur lächerlich gemacht und bei jeder möglichen Gelegenheit

erklärt haben, Schloß Hofen sei eine Totgeburt von Haus aus, weil jegliches Konzept fehle, daß die gleichen Abgeordneten nicht jetzt herauskommen können, um zu sagen, Schloß Hofen ist eine gute Sache und hat ein Konzept, dafür habe ich persönlich Verständnis. Nur bitte ich gleichzeitig um ein weiteres Verständnis: Warten Sie, meine Herren mit Geduld nun etwas ab und geben Sie uns die Möglichkeit zu beweisen, daß es für Schloß Hofen ein Konzept gibt, und daß wir entschlossen sind, zusammen mit führenden Erwachsenenbildnern und Wissenschaftlern Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der benachbarten Schweiz dieses Konzept zu realisieren. Schloß Hofen

ist nicht allein eine Initiative oder Erfindung der Vorarlberger Landesregierung oder etwa des Erwachsenenbildungsreferates, sondern ist ein sehr ernstzunehmender und durch Fakten untermauerter Vorschlag der Österreichischen Rektorenkonferenz, die sich im Zusammenhang mit der Überlegung, in wieweit in Vorarlberg sinnvoll hochschulische oder hochschulähnliche Einrichtungen geschaffen werden könnten, sehr klar und eindeutig für dieses Projekt ausgesprochen hat. Ich darf Ihnen auch sagen, daß die Wissenschaftskommission des Landes, die im Rahmen des Kulturförderungsgesetzes bei uns bekanntlich installiert ist und in der auch namhafte Wissenschaftler Österreichs und der Nachbarstaaten Sitz und Stimme haben, sich voll und ganz hinter Schloß Hofen gestellt hat, aber auch voll und ganz, meine Damen und Herren, hinter jenes Konzept, das man heute immer noch in Frage zu stellen versucht. Wenn vorher gemeint wurde, man hätte am vergangenen Samstag im Zuge der offiziellen Eröffnung von Schloß Hofen nur ein recht bescheidenes Papier in die Hand bekommen, dann möchte ich Ihnen dazu sagen, daß das das Grundgerüst für die künftige Arbeit ist. Aber, Herr Abg. Mader, natürlich nicht das Detailprogramm für 1982, das wir Ihnen gerne schon in den nächsten Tagen, wenn Sie es wünschen, übergeben können. Dies ist erarbeitet, steht auch vor der Drucklegung und, ich habe das schon im Finanzausschuß betont, wird in Bände veröffentlicht werden können. Und wir glauben, daß dort eine Fülle von Themen und Veranstaltungen, Enqueten, Symposien, Wochenendtagungen, auch längerfristige Tagungen, enthalten ist, die sicher auch Ihre Zustimmung finden wird. Ich vermerke mit Genugtuung, daß die Freiheitliche Fraktion, offenbar etwas im Gegensatz zur Sozialistischen, im Prinzip hinter dem Konzept von Schloß Hofen

steht. Daß Sie nun zunächst darauf warten, welches die konkreten Ergebnisse sein werden, nachdem das Haus installiert ist und die Programme erarbeitet sind, dafür habe ich durchaus Verständnis. Ich wiederhole noch einmal, was ich im Frühsommer bei der Behandlung des Rechenschaftsberichtes gesagt habe in Abwandlung eines Wortes, eines, wie ich damals gemeint habe, Mannes und Politikers, der an sich nicht unbedingt erwähnenswert ist: Gebt uns wenigstens zwei Jahre Zeit, um dann zu sehen, was aus Schloß Hofen wurde! Wenn ich mich jedenfalls noch der Diskussionsbeiträge erinnere, die noch vor zwei Jahren, ja noch vor kürzerer Zeit zu Hofen aus der Sicht der Opposition gesagt wurden, dann, meine Damen und Herren, bin ich sehr beruhigt, denn Vieles von dem, was Sie prophezeit haben, ist bereits heute widerlegbar. Schloß Hofen ist.

das wird sogar von allen Seiten zugegeben, was die Restaurierung anbelangt, bestens gelungen, ist ein sehr schönes Haus geworden. Alle, die ein- und ausgehen, und es waren in den letzten Wochen schon viele, sind sehr begeistert. Am «Tag der offenen Tür» waren innerhalb von sechs oder acht Stunden 2000 Leute draußen aus dem ganzen Land, die Interesse hatten zu sehen, was sich dort tut. Ich bin überzeugt, sie sind befriedigt gewesen von dem, was sie sahen. Und wenn sie ehrlich sind und objektiv urteilen, dann müssen sie auch sagen, daß am vergangenen Samstag bei der offiziellen Eröffnung des Hauses auch eine konkrete Projektvorstellung seitens des wissenschaftlichen Leiters bestanden hat. So ist es nicht, wie noch vor kurzem behauptet wurde, «die haben kein Konzept». (Zwischenruf Winder: Wo ist das vorgelegt worden?) Das ist mündlich bereits im Grundgerüst erläutert worden und liegt bereits in einem sehr umfassenden Kompendium, das in Kürze auch der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden soll, vor. Aber, wie gesagt, noch einmal, ich habe schon Verständnis dafür, wer monatelang Steine wirft, kann nicht zur gleichen Frage, über die er Steine, laufend Steine geworfen hat, plötzlich in Lobeshymnen ausbrechen. Da muß man ihnen schon eine Zeit des Übergangs konzeditieren, und das tue ich recht gerne in dem Fall.

Was das Institut für Sozialdienste anbelangt, wird Herr Landesrat Mayer als zuständiges Ressortmitglied auf diese Dinge sicher eingehend Bezug nehmen. Die Ehe- und Familienberatung und die divergierenden Meinungen der Mehrheit und der Opposition in dem Haus kamen gestern und heute so oft zur Sprache, daß es schon geradezu verdächtig erscheint. Irgendwo muß Ihnen dieses Problem und das, was dazu gestern und heute gesagt wurde, doch im Magen liegen, wenn es bei jeder zweiten Wortmeldung wiederkehrt. Es muß also doch eine Frage sein, die Sie ernsthaft beschäftigt. Es ist im Prinzip gut, hoffentlich kommen Sie früher oder später mit uns zur Erkenntnis, daß es durchaus legitim, ja daß es durchaus sogar sehr sinnvoll sein kann, daß die öffentliche Hand dort, wo kirchliche Institutionen wertvolle gesellschaftspolitische Veranstaltungen durchführen, ihren Beitrag leistet. Da mögen wir uns vielleicht grundsätzlich unterscheiden. Ich bin überzeugt davon, daß sehr viele Vorarlberger Verständnis dafür haben, daß ein solches Projekt auch seitens der öffentlichen Hand unterstützt wird; vor allem dann, wenn durch laufende Rechenschaftsberichte und durch sehr konkrete finanzielle Abrechnungen über jeden Schilling, der dort verwendet wird, Auskunft erstattet wird.

Die Subsidiarität aber zu strapazieren im Zusammenhang mit Schloß Hofen, geht doch auch etwas weit Richtig, wir bekennen uns in weiten Bereichen zur Subsidiarität auch in der Weise, daß die Erwachsenenbildungseinrichtungen und daß überhaupt möglichst viele Einrichtungen auf welchen Gebieten immer von privaten oder halbprivaten Organisationen getragen werden können und von ihnen getragen werden sollen. Schloß Hofen ist eine hochschulähnliche Einrichtung, in der sehr stark der Bund mit hereinspielt und in der es nun in der Zukunft darauf ankommt, daß der Bund uns nicht nur ideell, sondern auch finanziell unterstützt. Wir waren der Meinung, daß Schloß Hofen eine der wenigen Ausnahmeeinrichtungen sein soll

und sein kann, die das Land selbst trägt, weil es für Private äußerst schwierig wäre, die vielfach nötigen Kontakte zu Universitäten und Hochschulen und zu den vielen, Gott sei Dank vielen, Erwachsenenbildungsträgern und -einrichtungen der näheren und weiteren Umgebung im Inland und vor allem auch im Ausland in der Weise zu halten, wie das nun einmal die öffentliche Hand kann. Die Kontakte, meine Damen und Herren, hinüber nach Freiburg, nach Weingarten, nach München oder wo überall sie im süddeutschen Raum wollen, oder die Kontakte hinüber zur Handelshochschule St.Gallen werden nun einmal über die öffentliche Institution Land leichter zu knüpfen sein. Das ist der Grund, warum im Fall Schloß Hofen

nicht ein Verein tätig wird, sondern das Land selbst. Und dabei will ich zusätzlich sagen, ich schließe gar nicht aus, daß in weiterer Entwicklung, wenn die Dinge entsprechend eingelaufen sind, wenn sich das Haus bewährt, nicht auch unter Umständen daran gedacht werden soll oder kann, so wie in vielen anderen Fällen, auch eine private oder halbprivate Institution in die Trägerschaft mit einzubinden oder ihr vielleicht sogar die Trägerschaft zu übertragen. Wir gehören nicht zu denen, die meinen, alles und jedes muß das Land selbst tun. Und Sie selber sind es ja, die uns laufend vorwerfen, daß wir in der Richtung zu viel delegieren, nicht zuwenig. Nun haben wir es einmal ausnahmsweise nicht getan, nun scheint es auch nicht ganz recht zu sein. (Zwischenruf Winder: Die Erbsünde, Herr Landeshauptmann!)

Was die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer anbelangt, Herr Klubobmann, kann man natürlich eine Institution, die nun in zehnjähriger Arbeit, ich glaube ich darf sagen im europäischen Raum sich einen Namen gemacht hat, auch so behandeln, wie Sie es getan haben, nämlich mit Lächerlichmachen, mit Heruntermachen, so mit dem Eindruck, mehr als Geschwätz gebe es in dieser Einrichtung überhaupt nicht. Ich darf immerhin sagen, daß die fünf Kommissionen, die nun seit zehn Jahren in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer tätig sind, eine Kommission für Verkehrsfragen, eine für Fragen der Landwirtschaft und der Raumordnung, eine für Kultur, sowie in jüngerer Zeit eine für Gesundheitswesen und eine für die wirtschaftlichen Probleme, daß die sehr viel grundsätzliche und konstruktive Arbeit geleistet haben, immerhin eine Arbeit, die heute auch in den internationalen Gremien, etwa beim Europarat und bei ähnlichen Einrichtungen, durchaus ernstgenommen wird, und daß es möglich war in diesen zehn Jahren, in sehr vielen Bereichen zu koordinieren und gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln. Ich weiß schon, Sozialisten haben mit dieser Einrichtung keine allzu große Freude. Nicht deshalb, weil diese Organisation von der Topographie, von der Geographie und auch von den geschichtlichen Gemeinsamkeiten her gesehen nicht ein sehr organisches Gebilde wäre. Das können Sie, Herr Klubobmann, nicht bestreiten. Es sind nämlich die Länder und Regionen des Zentralalpenraumes, die hier zusammengefaßt sind, und zwar in sehr konsequenter Weise. Daß Sie aber etwas skeptisch der Einrichtung gegenüberstehen, weil, und ich würde sagen weil zufällig, diese Arbeitsgemeinschaft Alpenländer von der Regierungszusammensetzung her nicht sozialistischen Vorstellungen entspricht,

steht auf einem anderen Blatt. Wir können eigentlich nichts dafür, wengleich wir uns darüber natürlich freuen. (Zwischenruf Winder: Sie können schon etwas dafür!) Wengleich wir uns natürlich darüber freuen, daß im Freistaat Bayern, daß in den Ländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg, daß im Kanton Graubünden, daß in der Provinz Südtirol, daß in der Provinz Trient und daß auch sogar in der Region Mailand nach Ihrem Jargon konservative Regierungschefs am Ruder sind. Das ist eigentlich ein Zufall, vielleicht ist es auch keiner, weil offenbar die Bevölkerung des Zentralalpenraumes gut überlegt, wem sie die Regierungsverantwortung überträgt. Aber wie gesagt, daß Sie keine Freude damit haben, das verstehe ich, das verstehe ich menschlich, das verstehe ich politisch. Verstehen Sie aber auch uns, daß diese politische Zusammensetzung kein Anlaß dazu sein kann, daß die Zentralalpenregionen sich nicht koordinieren und nicht bemüht sind, im Rahmen der ihnen gegebenen rechtlichen Möglichkeiten sich immer wieder zusammenzusetzen und gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln. Und Sie sind mir sicher auch nicht böse, wenn ich als der Vorsitzende der Kulturkommission sage, was etwa in der letzten Zeit in dem Zusammenhang geschehen ist. Weil ich glaube, daß man das gelegentlich doch auch den Kulturinteressierten und Kulturtreibenden im eigenen Land sagen sollte. Es ist immerhin in den letzten Jahren gelungen, daß in den verschiedensten Bereichen nun regelmäßig, und zwar in relativ kurzen Zeitabständen, Experten, die im Kulturbereich tätig sind, und zwar in den verschiedensten Sparten, sich immer wieder zu gemeinsamen Gesprächen zusammenfinden und gemeinsame Zielvorstellungen erarbeiten. Das gilt für die Probleme des Umweltschutzes, das gilt für die Denkmalpflege, das gilt für die Zusammenarbeit der Archive, für die Zusammenarbeit der Konservatorien, das gilt für die Historiker, die sich erfreulicherweise jetzt laufend zu gemeinsamen Expertengesprächen finden; das gilt für die Zusammenarbeit der Museen, das gilt sehr stark für die Erwachsenenbildung. Sie sind jetzt bemüht gewesen, zwar nicht die Erwachsenenbildung, aber einen Umweltschutzkongreß hier etwas ins Lächerliche zu ziehen. Bedenken Sie auch, Herr Klubobmann, daß die konkrete Arbeit der Arge Alp sich nicht in Symposien erschöpft. Es mag dort welche geben mit mehr oder weniger Erfolg, wengleich ich glaube, daß auch dieser Umweltschutzkongreß nicht so negativ verlaufen ist, wie Sie das hier dargestellt haben. Die Arbeit der ARGE Alp vollzieht sich in starkem Maße im Erfahrungsaustausch und in der Erarbeitung gemeinsamer Konzepte in den verschiedensten Kulturbereichen; ich habe einige genannt. Ich möchte nicht versäumen, zu sagen, daß es erfreulicherweise jetzt jedes Jahr Künstlersymposien gibt im Bereich der bildenden Kunst und der Literatur in gleicher Weise, in der jungen, talentierte Künstler der gesamten Zentralalpenregion die Möglichkeit haben, gemeinsam zu arbeiten, sich gemeinsam zu messen, und daß die qualifiziertesten und besten auch die Möglichkeit haben, durch internationale Preise auch finanziell einen gewissen Anreiz für ihre Arbeit zu bekommen. Der erwähnte Kulturpaß ist realisiert, und wenn er Sie interessiert, dann bin ich gerne bereit, Ihnen in allernächster Zeit einen zur Verfügung zu stellen. Wenn die Arbeit in der Zentralalpenregion so überflüssig wäre,

wie man das hier darzustellen versucht hat, dann frage ich mich eigentlich, warum auf sozialistischer Ebene gerade in den letzten Monaten und in den letzten zwei Jahren so intensive Versuche unternommen werden, um über den Weg der Parlamente, wenn Sie wollen, eine sozialistische Institution im Zentralalpenraum zu schaffen, die offenbar die Aufgabe haben soll, das, was auf der politischen Verwaltungsebene, im Bereich der Exekutive im Zentralalpenraum in den letzten zehn Jahren möglich wurde, nachzuahmen, und hier offenbar den Versuch zu machen, ein politisches Gegengewicht zu erhalten. Ich darf Ihnen sagen, uns geht es bei dieser Arbeit auf der Verwaltungsebene nicht um parteipolitische Suppen, sondern es geht uns darum, die vielen Probleme, die es hier gibt, die vielen gemeinsamen Probleme, die sich im Zentralalpenraum stellen, auf den verschiedenen genannten Gebieten zu koordinieren und gemeinsame Zielvorstellungen für den innerstaatlichen Bereich zu gewinnen. Ich meine, daß das keine parteipolitische, sondern eine im höchstem Maß staatspolitische Aufgabe ist, zu der wir uns auch kompromißlos bekennen.

Präsident: Die Rednerliste zur Gruppe 2 ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schluß dieser Diskussion.

Aberer: Geschätzte Kollegen! Zur Gruppe 2 habe ich doch noch, und zwar zum Antrag des Kollegen Keckeis, ein Schlußwort zu nehmen. Kollege Keckeis, für mich ist dieser Antrag allein abgesondert nicht zu betrachten, sondern ich habe folgende Meinung: Der Kollege Bundesratsvorsitzende DDr. Pitschmann und sein Mitgeschäftsführer Arnold Eß haben in wiederholtem Maße im Landessportbeirat, der Herr Landeshauptmann ist mein Zeuge, darüber geredet, daß man neben einer Sanierung dieser Tribüne mit Schaffung von Umkleide- und Naßräumen unbedingt eine weitere Eisfläche zu schaffen hat, um eben alle diese Dinge dann kostengünstiger auszunützen. Es ist also wichtig, daß der Rechtsträger, egal die Stadt Feldkirch oder der Verein «Erste Vorarlberger Kunsteisbahn», ich weiß nicht, ob er noch besteht oder nicht, aber jedenfalls der frühere Rechtsträger hieß so, ein Projekt mit Kostenberechnung erstellt, daß dieses Projekt mit Kostenrechnung zum ÖISS, Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau, gegeben wird, dann kostenlos dieses Projekt begutachtet und auf eventuelle Fehler hinweist und Umplanungen vornimmt. Das Land Vorarlberg zahlt ja dazu jährlich einen Beitrag, wo man eben kostenlos diese Dinge begutachten kann und soll. Übrigens diese Gutachten kommen innert drei Wochen (Zwischenruf Dr. Keckeis: Aber die Planung soll vorliegen!) innert drei Wochen, aber die Planung muß da sein. Daß dann, wenn bei Vorliegen dieser Dinge, also alle da sind, dann soll natürlich mit den beteiligten Förderungsstellen, sprich: Land und Stadt, aber auch mit dem Sport entsprechend kontaktiert werden, weil über die Dachverbände es auch ein sogenanntes Totosechstel gibt, das auch im Westen dieses schönen Österreichs flüssig gemacht werden kann und dazu sogar das sogenannte Ministerdrittel. Und da darf ich gleich erwähnen, ich bin am 23. Dezember mit einer kleinen Delegation als Vizepräsident des

Österreichischen allgemeinen Sportverbandes beim Minister Sinowatz, wo auch darauf hingewiesen wird, daß dieses Totosechstel und dieses Ministerdrittel auch im Westen Österreichs in den nächsten Jahren investiert werden soll. Und ich habe die Meinung, konzentriert mit diesen Dingen wäre es sicher möglich, in Feldkirch kostengünstig für alle Beteiligten entsprechende Investitionen zu tätigen.

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über die beiden Anträge. Zunächst den Antrag, eine neue Ausgaben-Vst. «Beiträge an Gemeinden zur Sanierung von Sportstätten» mit 3 Mio. S zu eröffnen. Wer ihm zustimmt, möge ein Zeichen geben. Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Und schließlich den Antrag, die «Dokumentationsstelle der ARGE Alp» um 77.000 S auf 1.017.000 S herabzusetzen. Wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit

Im Sinne der Vereinbarung kommen wir nun zur Beratung über die Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um die Einleitung.

Aberer: Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung. Die Ausgaben beziffern sich auf 277,741,000 oder 5,31% und die Einnahmen auf 31,481,000 S oder 0,61% des Gesamtvoranschlages.

Für den land- und forstwirtschaftlichen Wegebau sind 35,1 Mio. vorgesehen.

Der landwirtschaftliche Wasserbau erfährt eine Dotierung von 8,9 Mio., für Strukturverbesserungen und Elektrifizierungen sind 3,1 Mio. vorgesehen. Der landwirtschaftliche Siedlungsbau erfährt eine Förderung von 10,1 Mio. und die Besitzfestigung, wobei die Flächenprämien hier besonders herausragen, erfährt eine Förderung von 39,3 Mio. Im Rahmen der Landwirtschaftskammer fördert das Land Aktionen und Maßnahmen im Ausmaße von 36,1 Mio. und für Sozialversicherungsbeiträge des Alppersonals werden 7,1 Mio. hingegeben.

An die VKW werden zur Elektrizitätsversorgung, sprich Bau des Walgaukraftwerkes-Beteiligung 96,5 Mio. bereitgestellt, die allerdings als Dividendenzahlung der 111-Werke wieder hereinkommen.

Für den Fremdenverkehr sind 19,7 Mio. vorgesehen.

Für die Bildung und Beratung in Handel, Gewerbe und Industrie sind insgesamt 5,7 Mio. vorgesehen.

Für wirtschaftspolitische Maßnahmen sind im Jahre 1982 insgesamt 7,5 Mio. vorgesehen. Es wurde auch als Verrechnungsansatz die Vst. «Arbeitsmarktförderung» in den Voranschlag eingebaut, eine Dotierung aber noch nicht vorgesehen.

Zwei Anträge der SPÖ erhalten nicht die erforderliche Mehrheit: 781005 7320 021 Beitrag an das BFI von 300,000 um 100,000 auf 400,000 zu erhöhen und die Vst. 782005 7430016 «Arbeitsmarktförderung» mit S 13 Mio. zu dotieren, wobei 8 Mio. für Pendlerbeihilfe und 5 Mio. für Zuschüsse an Betriebe zu verwenden wären.

Präsident: Ich danke für die Einleitung. Wir teilen nun die Diskussion, zunächst Wirtschaft und dann erst an-

schließend Landwirtschaft. Das Wort hat der Abg. Kommerzialrat Fritz.

Fritz: Herr Präsident, Hohes Haus! Gestatten Sie mir, vor der Begründung der Ansätze des Fremdenverkehrsbudgets einen kurzen Situationsbericht des Vorarlberger Fremdenverkehrs zu geben.

Soeben sind die statistischen Daten über das Fremdenverkehrsjahr 1980/81 erschienen. Danach sind die Jahresnächtingungen um über 3% auf rund 8 1/2 Millionen angestiegen, was einen neuen Höchststand in der Geschichte des Vorarlberger Fremdenverkehrs bedeutet; oder mit anderen Worten, auf jeden Einwohner Vorarlbergs sind 26 Gästenächtingungen entfallen, was die ungeheure Intensität unseres Fremdenverkehrs erst so richtig anschaulich macht. Dem guten Jahresergebnis liegen sowohl eine Steigerung der Sommer- wie auch Wintersaison zugrunde. Der Winter hat seinen Anteil am Jahresergebnis bereits gegen 50% steigern können, so daß wir kurz vor dem Erreichen eines jahrzehntelangen Ziels der Vorarlberger Fremdenverkehrspolitik stehen. In seiner wirtschaftlichen Bedeutung hat der Winter den Sommer allerdings schon längst überflügelt; die Jahreseinnahmen stammen fast zu 60% aus der Wintersaison, auch die Auslastungswerte der Fremdenverkehrsbetriebe liegen im Winter deutlich über jenen der Sommerzahlen.

Um zu den Einnahmen zurückzukommen, es sind inklusive des Tagesausflugsverkehrs über 8 Milliarden Schilling ins Land geflossen, was einer rund 10%-igen Steigerung entspricht. Man kann also sagen, daß die klein- und mittelbetriebliche Struktur unseres Fremdenverkehrs «in Zeiten wie diesen» ein positives Ergebnis bewirkt und die Bedeutung des Fremdenverkehrs in der Wirtschaftsstruktur des Landes weiter erhöht hat und nicht zu vergessen der Fremdenverkehr auch von anderen Branchen freierwerbende Arbeitskräfte laufend aufnimmt.

Die 10%-ige Einnahmesteigerung bedeutet allerdings keinen realen Zuwachs mehr. Die allgemein festgestellte Spargesinnung unserer Gäste läßt sich erstmals auch statistisch nachweisen. Das Sparen äußert sich in mehrfacher Form; es gab einen Trend von den gewerblichen Betrieben in die Parahotellerie, einen Trend zur Verkürzung der Aufenthaltsdauer und einen Trend zum Sparen bei den Nebenausgaben. Der Grund für diese Entwicklung ist zuallererst in der Tatsache zu suchen, daß die frei verfügbaren Einkommen, die wichtigste Kennzahl für die Fremdenverkehrsentwicklung, europaweit zurückgehen.

Die Nachfrage aus den verschiedenen Herkunftsländern unserer Gäste hat sich äußerst unterschiedlich entwickelt. Zweistellige Zuwachsraten gab es aus denjenigen Staaten, die eine weit höhere Inflationsrate als Österreich aufweisen und somit einen Kaufkraft-Vorteil bei einem Urlaub in unserem Land haben; es sind dies insbesondere Belgien, Skandinavien, Frankreich, Großbritannien und Italien. Deutliche Nächtingungsgewinne gab es auch aus den Ländern, die ihre Währungen im Verhältnis zum Schilling stark aufgewertet haben, wie etwa die Schweiz und Nordamerika. Die Nachfrage aus denjenigen Staaten hingegen, für die ein Österreich-Urlaub keinen Kaufkraft-Vorteil bringt - etwa Deutschland, die Niederlande und natürlich das Inland,

war stagnierend.

Die Vorarlberger Ergebnisse sind im vergangenen Fremdenverkehrsjahr besser ausgefallen als der österreichische Durchschnitt. Diese Differenz ist natürlich hausgemacht; die für unser Land bestimmenden Faktoren waren in erster Linie die Preisdisziplin und das Leistungsniveau der Fremdenverkehrswirtschaft (auch auf die angelegene Wintersaison hin hat Vorarlberg mit 7,3% die niedrigste Preissteigerungsrate im Fremdenverkehr aller Bundesländer), wodurch die Betriebe allerdings eine Schmälerung ihrer Betriebslage in Kauf nehmen mußten; ausschlaggebend waren weiters die Förderungsaktionen von Bund und Land für die Gemeinden und Betriebe sowie die an Marketingkonzepten orientierte Tätigkeit der Fremdenverkehrsorganisationen auf Landes-, Regional- und Ortsebene.

Die heuer positive Entwicklung darf jedoch nicht zu dem falschen Schluß verleiten, der Fremdenverkehr werde den internationalen Konjunkturereinbruch, der 1982 voraussichtlich anhalten wird, ungeschoren überstehen. Normalerweise erfolgen die Auswirkungen auf den Fremdenverkehr mit einem Jahr Verspätung. Wir rechnen mit einem weiteren relativen Rückgang der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und möglicherweise auch mit Frequenzrückgängen, die sich aber in Grenzen halten werden; die in allen Ländern abnehmende Reiseintensität wird den Fernbereich stärker treffen als den Nahbereich der europäischen Ballungsgebiete, zu dem wir uns zählen dürfen. Sorgen bereitet uns weniger die Wintersaison, die eine normale Buchungslage aufweist, als vielmehr die Sommersaison; während wir im Winter mit einem blauen Auge davonkommen dürften, müssen wir im Sommer nach drei Jahren ununterbrochener Nächtigungszunahme wieder mit Einbußen rechnen. Unser Ziel muß es also sein, den erreichten hohen Stand zu bewahren bzw. allfällige Einbrüche für unser Land so gering wie möglich zu halten.

Das Budgetkapitel Fremdenverkehr, um nun zum konkreten Thema zu kommen, ist so angelegt, daß das Erreichen dieses Zieles ermöglicht wird. Die Beiträge an den Landesfremdenverkehrsverband und an die Österreichische Fremdenverkehrswerbung sind um je 6% angehoben worden. Während es aber beim Landesverband möglich ist, mit diesen Mehreinnahmen die Kostensteigerungen abzufangen und die gesunde Relation zwischen Werbung und Fixkosten mit 60 zu 40% zu halten, ergibt sich bei der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung ein wesentlich schlechteres Bild. Die genannte Steigerung der Einnahmen deckt die Zunahme der Fixkosten nicht ab, so daß der Werbeaufwand um 8% zurückgeht und nur noch 16 des Gesamtbudgets ausmacht; dies ist die schlechteste Relation seit 1965. Die Österreichische Fremdenverkehrswerbung hatte eine 12%ige Einnahmensteigerung beantragt, um diese negative Auswirkung zu vermeiden - Vorarlberg hätte diesem Satz zugestimmt, das möchte ich ausdrücklich betonen. Wir haben uns nun eingesetzt, daß es noch für 1982 zu Umschichtungen zu Gunsten der Werbung kommt; für 1983 und die folgenden Jahre wird allerdings ein neues Struktur- und somit Budgetkonzept der ÖFVW erstellt werden, um zu verhindern, daß eines Tages der Apparat nur noch Selbstzweck ist.

Es ist mir abschließend ein Bedürfnis, dem Landtag und der Landesregierung für die bisher gewährte und für 1982 vorgesehene Unterstützung namens der ÖFVW, des Landesfremdenverkehrsverbandes und der Fremdenverkehrswirtschaft zu danken.

Herr Präsident, ich hätte noch einige Worte, die zwar nicht zu diesem Kapitel gehören und (nur indirekt mit dem Fremdenverkehr zu tun haben). Es geht um den weiteren Ausbau der Landesstraße zwischen Balderschwang und Hittisau. Dieser Straße kommt aus der Sicht der Kleinwalsertaler Bevölkerung besondere Bedeutung zu. Ist diese Straße doch Teil der kürzesten Verbindung mit Vorarlberg. Auch eine künftige Verbindungsstraße, wie immer die Trasse geführt werden wird, wird kilometermäßig keine wesentliche Verkürzung bzw. Erleichterung für die Kleinwalsertaler Bevölkerung bringen. Daß die Verbindung über Balderschwang-Hittisau dennoch von vielen Kraftfahrern, insbesondere im Winter, nicht angenommen wird, liegt am Ausbauzustand des Vorarlberger Straßenteiles zwischen dem Zollamt Balderschwang und Hittisau.

Während die Straße aus dem Oberallgäu bis zum Zollamt Balderschwang nunmehr einen guten Ausbauzustand verzeichnet und die Straße auf Vorarlberger Seite vor der Einmündung der Sibratsgällertstraße bis zu den Verwaltungs- und Wirtschaftszentren des Landes ebenso befriedigend ist, befindet sich dazwischen eine Strecke von ca. 2 km in bedenklichem Zustand. Ich will nicht verkennen, daß in den letzten Jahren seitens des Landes hier viel geschehen ist, glaube jedoch, daß der Ausbau, wäre er entsprechend forciert worden, schon abgeschlossen sein könnte. Mir scheint auch, daß die Ursache für diesen «gebremsten» Ausbau nicht so sehr eine Frage der Finanzen ist, sondern in der fehlenden Grundablöse gesucht werden muß. Interesse am beschleunigten Ausbau besteht nicht nur seitens des Kleinwalsertales, sondern in nicht geringem Umfange auch bei der Fremdenverkehrswirtschaft (Hotellerie und Gastgewerbe) der Gemeinden Hittisau und Lingenau, die alle entsprechenden Nutzen von den Gästen aus der Fremdenverkehrsregion Allgäu ziehen. Ich werde aus diesem Kreise auch immer wieder ersucht, mich für den beschleunigten Ausbau einzusetzen.

Hohes Haus, was immer die Gründe für die Hintanstellung der Grundablöseverhandlungen sein mögen, muß doch festgestellt werden, daß dieser Straßenbau weit über die örtliche Bedeutung der Gemeinde Hittisau hinausgeht und das regionale bzw. Landesinteresse im Vordergrund steht.

Ich meine, man kann dieses Problem nicht allein aus der Sicht der Gemeinde Hittisau sehen und auch dieser Gemeinde keinerlei finanzielle Belastung in diesem Zusammenhang zumuten.

Ich beantrage daher, daß das Land bzw. die Straßenbaubehörde die Grundablösen selbst in die Hand nimmt und die Ausbauarbeiten im Jahre 1982 forciert fortführt. Dies wäre meines Wissens auch ohne Änderung der finanziellen Ansätze durchaus möglich. Es müßte möglich sein, daß im Jahre 1983 das in Frage stehende Straßenstück voll ausgebaut ist. Die Kleinwalsertaler Verkehrsteilnehmer und die Fremdenverkehrswirtschaft des Vorderwaldes wären Ihnen dafür außerordentlich dankbar.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen bei diesem Kapitel beginnen, vor allem auch deswegen, weil der Herr Landeshauptmann in der heute vormittag abgeführten Grundsatzdebatte zur Schulpolitik gemeint hat, daß sich die klassenlose Gesellschaft, Herr Landeshauptmann, vor allem in der Wirtschaftspolitik, die die SPÖ betreibe, reflektiere. Herr Landeshauptmann, ich weiß nicht, wie genau Sie unser Programm gelesen haben, sehr exakt kann es nicht gewesen sein, denn sonst hätten Sie sich nicht zu dieser Behauptung versteigen können. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten gerade die Kernthese unseres Programmes kurz wiedergeben. «Sozialistische Wirtschaftspolitik beschränkt sich nicht darauf, Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft jeweils im nachhinein zu korrigieren. Wo Produktions- und Investitionsentscheidungen vor allem am erwarteten Gewinn ausgerichtet sind, werden immer wieder Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation auftreten. Sozialistische Wirtschaftspolitik», und das ist wesentlich, Herr Landeshauptmann, «sieht im Markt keinen Wert an sich, sondern ein Organisationsprinzip, das neben anderen Steuerungsformen der Wirtschaft gesellschaftlich bestimmte Aufgaben erfüllen kann. Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht, heißt: freiheitvernichtende und regionenverödende Wirtschaftskrisen oder eine demokratisch planende Gesellschaft.»

Ich kann darin also, Herr Landeshauptmann, beim besten Willen keine Gleichmacherei sehen. Lassen Sie mich als zweites sagen, Herr Landeshauptmann, ich habe das in diesem Hause schon des öfteren getan, daß ich den Ausdruck «Soziale Marktwirtschaft» als einen Widerspruch in sich betrachte, denn denken Sie einmal nach, daß ja das Wesen der Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, darin besteht, daß der Stärkere den Schwächeren jeweils aus dem Markte verdrängt. Und so was, meine Damen und Herren, kann ich bezeichnen wie ich will, es ist sicherlich nicht sozial.

Als drittes, Hohes Haus, kommt dazu, ob Sie das nun wahrhaben wollen oder nicht, daß die Marktkräfte nicht in jedem Bereich funktionieren. Meine Damen und Herren, ich nenne etwa als Beispiel den Umweltschutz. Sie werden doch nicht glauben, daß ein Wirtschaftssystem, das einzig und allein auf dem Kosten-Nutzen-Prinzip basiert, diesen wichtigen gesellschaftspolitischen Bereich befriedigend abdecken kann. Ich nenne als zweites, Herr Landeshauptmann, Herr Dr. Intemann, die ungleiche regionale Entwicklung, wenn kein Eingriff der öffentlichen Hand erfolgt. Es ist ganz natürlich, daß in der Marktwirtschaft das Kapital dort hinfließt, wo die Kosten-Nutzen-Relation die beste ist, was durchaus nicht zielkonform sein muß mit dem Bestreben, etwa Einkommensparitäten oder annähernd gleiche Chancen in jeder Region zu erreichen. Und sehen Sie, Herr Landeshauptmann, ich glaube, daß dieses System in einem sehr verständlichen Bereich versagt, nämlich jenem der Wohnbaupolitik. Warum betreiben den wir der-art massiv Objekt- und Subjektförderung? Wir tun es deswegen, damit der Nachfrager auf dem Markt überhaupt erst in die Lage versetzt wird, nachfragen zu können und damit

dieses System überhaupt funktionstüchtig zu machen. Wenn wir hier das freie Spiel der Kräfte walten ließen, dann wäre es eine ganz dünne dünne Schicht, die sich auf dem freien Markt noch Wohnungen leisten könnte. Ich gebe zu, es gibt wieder andere Bereiche, Dr. Intemann, Sie sind mir nicht böse, wenn ich das Bierflaschenbeispiel wiederhole; beim Verkauf von Bier ist das also durchaus eine gängige, richtige, auch von uns bejahte Organisationsform.

Ich will damit zusammenfassen; die Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist als Organisationsprinzip selbstverständlich richtig. Ich wiederhole mich von gestern, man soll sie halt nicht immer zum Selbstzweck hochstilisieren und jede Maßnahme, die man ergreift, unter dem Gesichtspunkt sehen, sind wir nun dieser heiligen Kuh Marktwirtschaft treu geblieben oder sind wir es nicht. Es geht doch im Wesentlichen darum, ob wir jenes gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Ergebnis erzielen, das wir uns auf politischer Seite zum Ziel gesetzt haben. Und in Wirklichkeit, meine Damen und Herren der ÖVP, wissen Sie es ja auch ganz genau, daß staatliche Eingriffe notwendig sind und der politische Streit geht doch im Grunde darum, um das Maß dieses Eingriffes, wo soll etwas mehr geschehen, wo etwas weniger. Und, meine Damen und Herren, ich muß, um das gehts, Herr Landeshauptmann, schlußendlich halt einmal am Ergebnis messen, ob da und dort dieser Eingriff auch zu Lasten des Marktes richtig oder ob er schlecht war. Und ich glaube, daß die richtige Ausgewogenheit bisher in Österreich getroffen wurde. Das zeigen einfach die Resultate, die in diesen beiden Tagen auch von Ihnen unbestritten geblieben sind. Soviel, Hohes Haus, zum Grundsätzlichen.

Ich habe namens meiner Fraktion zwei Anträge zu vertreten, und zwar einmal die Arbeitnehmerförderung mit 5 Mio. S zu dotieren, um in Schwierigkeit geratenen Firmen zu helfen, und zum zweiten im Ausmaß von 8 Mio. S, um im Jahre 1982 eine «Pendlerbeihilfe» auszahlen zu können. Ich kann mich in der Begründung relativ kurz halten, Hohes Haus, weil gestern nachmittag schon hinreichend, vor allem was den ersten Antrag betrifft, hier diskutiert worden ist. Ich möchte aber doch vorausschicken, daß vielleicht zu wenig zum Ausdruck kam, welche Haltung die Sozialistische Fraktion zu den direkten Subventionen der Betriebe einnimmt, eine Haltung, die für sie selbstverständlich ist und deswegen gestern nicht eigens betont wurde.

Hohes Haus! Auch wir sind der Meinung, daß zunächst, wenn eine Hilfe mit öffentlichen Geldern gewährt wird, nach Möglichkeit garantiert sein muß und soll, daß der Betrieb auch durch diese finanzielle Hilfe tatsächlich langfristig in seinem Bestand nicht gefährdet ist. Wir sind zweitens der Auffassung, daß verlangte Änderungen, sei es im Management, sei es in anderen betrieblichen Strukturen, strikte durchgeführt werden, und sind drittens der Auffassung, das hat auch gestern Herr Dr. Intemann gesagt, daß selbstverständlich Privatvermögen des Unternehmers für die Sanierung herangezogen werden soll und werden muß. Es ist ebenso selbstverständlich, Hohes Haus, daß, wenn man die ganze Subvention, den ganzen Zuschuß in einem Stufenplan verwirklichen will, daß der direkte

verlorene Zuschuß natürlich die letzte Maßnahme sein kann und sein soll, und wenn andere Finanzierungsmaßnahmen ausreichen, dann selbstverständlich diese als erstes herangezogen werden sollen und müssen.

Was uns aber dennoch veranlaßt, Hoher Landtag, diesen Antrag aufrechtzuerhalten, ist einfach der Umstand, daß uns Analysen bekannt sind, die leider Gottes die Wahrscheinlichkeit oder die es leider Gottes wahrscheinlich sein lassen, daß wir ohne direkte Zuschüsse nicht auskommen werden. Sollte die Prüfung bis März ergeben daß es sich um eine bessere Situation handelt, dann können wir alle Gott sei Dank sagen. Wie jetzt die Resultate sehr fundierter Untersuchungen sind, lassen diese eher darauf schließen, daß Mittel gebraucht werden, daß es nicht ausreichen wird, diese als Darlehen oder Kredit oder in welcher Form immer zur Verfügung zu stellen, so daß das Land sich auch wird ernsthaft überlegen müssen, eventuell mit direkten Zuschüssen zur Hand zu sein. Und so meine ich, wäre es nur gut und richtig, wenn wir jetzt bei der Verabschiedung dieses Budgets Vorsorge für diesen Fall treffen, wobei wir der Auffassung sind, daß mit diesen 5 Mio. S sicherlich nicht zu hoch gegriffen sein wird. Und wir sind daher der Meinung, daß man diesen Antrag, diese Position mit dieser Summe zu dotieren, aufrecht erhalten soll.

Hoher Landtag! Das zweite ist die Zurverfügungstellung von Mitteln für die Unterstützung der Pendler. Wir waren offen gestanden der Auffassung, daß dieser Antrag im Haus eine Mehrheit bekommen wird und ich konnte gestern schon darauf hinweisen bzw. mein Kollege Falschlunger, daß in anderen Gremien diese Beihilfe einstimmig beschlossen worden ist. Die ÖVP-Kollegen im Finanzausschuß waren zunächst der Meinung, daß eine derartige Beihilfe nicht Sache des Landes, sondern in erster Linie Sache des Bundes sei, und haben dann einen Antrag eingebracht, man möge im Einkommenssteuergesetz das Pendlerpauschale, die Regelung des Pendlerpauschales zugunsten der Arbeitnehmer verbessern. Hoher Landtag! Auch wir sind die letzten, die glauben, daß die jetzige Form der Pendlerunterstützung auch auf Bundesebene das Non-plus-ultra ist. Die derzeitige rechtliche Regelung des Kraftfahrzeugpauschales hat zweifelsohne einige Mängel. Ich zähle nur auf, es ist sicherlich ein Mangel, daß es nur jene bekommen, die ihr Kraftfahrzeug benützen oder zumindest ein solches haben, hingegen die Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel nicht in den Genuß eines solchen Pauschales kommen. Es ist ebenso nicht einzusehen, daß etwa die Bezieher höherer Einkommen durch das heutige Freibetragsystem mehr aus diesem Pauschale lukrieren können als solche mit niedrigerem Einkommen. Die Differenz ist nicht groß, aber beim kleinen Pauschale etwa doch zwischen 132 S und 355 S und beim großen Pauschale zwischen 191 S und 516 S monatlich. Daher meinen auch wir, meine Damen und Herren, daß man von einer Unterscheidung zwischen Arbeitnehmern, die ein öffentliches Verkehrsmittel benützen, und solchen, die ein privates Verkehrsmittel benützen, abgehen soll. Das Kraftfahrzeugpauschale soll umgewandelt werden in ein sogenanntes «Verkehrspauschale», unabhängig nun davon, ob jemand sein eigenes Fahrzeug oder das öffentliche Verkehrsmittel benützt, und es soll mehr ein Freibetrag gelten, sondern

ein Absetzbetrag anstelle dieses Freibetrages von der Steuer eingeführt werden, um diese Wirkungen, diese sozial unausgewogenen Wirkungen im Steuerrecht hintanzuhalten. Nur, Hohes Haus, meine Damen und Herren, sind wir nicht der Meinung, daß Arbeitnehmerförderung nur allein Sache des Bundes sein kann, sondern daß selbstverständlich hier auch das Land zur Förderung des Bundes ergänzend etwas beisteuern soll. Wobei für mich noch der Umstand entscheidend ist, und ich habe es im Finanzausschuß bereits erläutert, daß gerade in diesem Bereich das Budget, das Landesbudget etwas unausgewogen erscheint. Wir haben eine Unternehmerförderung, wenn ich den Ansatz 78 heranziehe, von rund 14.5 Mio. S und, meine Damen und Herren, ich komme damit jetzt noch einmal zu einem Thema, das mich bei jedem Budget eigentlich ärgert. Ich sehe durchaus nicht ein, Herr Landesrat, daß die Handelskammer, die sicherlich einen wichtigen Produktionsfaktor vertritt, derart überdimensioniert im Vergleich zur Arbeiterkammer gefördert werden soll, die wohl einen genauso wichtigen Produktionsfaktor vertritt, sondern bin der Auffassung, daß Sie entweder beiden Institutionen gleichviel oder bitte beiden Institutionen nichts geben, wobei ich für die zweite Variante eine etwas größere Vorliebe hätte.

Aber es sei denn, hier könnte die soziale Symmetrie insofern einen gewissen Ausgleich erfahren, indem sie das erste Mal im Landesbudget eine direkte Förderung für Arbeitnehmer einbauen, eine direkte Förderung im Sinne des von uns gemachten Antrages und als Dotierung jene Vorschlagsstelle, die ich eingangs erwähnt habe. Die sachliche Rechtfertigung ist wohl unbestritten. Die Pendlerkosten sind gewaltig gestiegen, nennen wir nur etwa als Beispiel die Benzinpreiserhöhungen und vieles andere mehr. Und ich glaube, es wäre an der Zeit, daß sich auch das Land Vorarlberg dazu bereit erklärt, wenigstens in bescheidenem Ausmaß eine direkte Arbeitnehmerförderung zu betreiben.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Abg. Dr. Intemann.

Dr. Intemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Diskussion, was die soziale Marktwirtschaft ist und was sie nicht ist, was sie in den Vorstellungen der Sozialistischen Fraktion darstellt und was sie in unseren Vorstellungen darstellt, ist wirklich bis zur Ermüdung schon so oft in diesem Hause geführt worden, daß ich mir ersparen kann, lange darauf einzugehen.

Nur ganz kurz: Wenn Sie die soziale Marktwirtschaft als blosses Organisationsprinzip zur Regelung der Nachfrage und des Angebotes ansehen, ist auch von Herrn Dr. Keckeis unbestritten, daß die Marktwirtschaft in vielen Bereichen die beste Organisationsform ist.

Die Volkspartei hat zu diesem Begriff «soziale Marktwirtschaft» eine völlig andere Vorstellung. Für uns ist die soziale Marktwirtschaft etwas Fundamentales, ein wichtiges Ordnungsprinzip, mit dem die Freiheit des Menschen in der Wirtschaft wesentlich verbunden ist. Das geht weit über ein bloßes Organisationsprinzip hinaus.

Wenn hier im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung auch von der Gesellschaftsentwicklung ge-

sprochen wurde und gemeint wurde, daß klassenlose Gesellschaft, daß dieser Begriff der klassenlosen Gesellschaft mit der sozialen Marktwirtschaft in Widerspruch stehe, dann stimmt das. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, das auf dem Fundament des Eigentums, das auf den Fundamenten des Wettbewerbs, das auf den Fundamenten der Tarifautonomie und das auf dem Fundament der dezentralen Entscheidung aufbaut. Und wir sind der Meinung, daß das fundamentale Begriffe sind, mit denen die Freiheit der Entscheidung maßgeblich in jedem Wirtschafts- und damit auch in einem Gesellschaftsprozeß verbunden ist. Wenn Sie diese Dinge trennen, können Sie zwar Ziele erreichen, in denen wir übereinstimmen, aber Sie können Organisationsformen nehmen, wo Sie die Freiheit des Menschen und der wirtschaftlichen Entscheidung untergehen lassen. Und wenn die Ergebnisse der sozialen Marktwirtschaft oder eigentlich der Marktwirtschaft zufällig auch unsozial sein können, bestreitet das hier niemand; deshalb wurde ja die soziale Dimension eingeführt, das ist kein Widerspruch, sondern das ist eine ganz vernünftige logische Ergänzung zum marktwirtschaftlichen System. Die soziale Dimension bedeutet, daß jene, die wirtschaftlich schwach sind, von einem Sozialnetz aufgefangen werden, das vom Staat bereitgestellt wird, aber aus den Mitteln und den Ergebnissen der Wirtschaft, der sozialen Marktwirtschaft finanziert wird. Und wenn Sie sich überlegen, was «sozial» im ursprünglichen Sinn des Wortes bedeutet, nämlich der «societas dienlich», der Gesellschaft dienlich, dann glaube ich, daß die Ergebnisse dieser sozialen Marktwirtschaft sehr wohl sozial sind. Denen verdanken wir nämlich heute unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Gesellschaftsform.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorarlberger Wirtschaft wird im kommenden Jahr eine erneute Bewährungsprobe bestehen müssen, die mit Aufgaben verbunden ist, die ihr bisher kaum gestellt waren. Als Erfolg muß erwähnt werden, daß wir bislang die niedrigste Arbeitslosenrate in ganz Österreich verzeichnen konnten, nämlich 0,5 %, und daß unsere Exportwirtschaft mittlerweile von keinem Geringeren als dem ehemaligen Finanzminister Dr. Androsch als Modell für Österreich empfohlen wurde. Nachdenklich macht die gesunkene Bereitschaft, Investitionen zu tätigen, von denen bekanntlich die Arbeitsplätze in der Vorarlberger Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der Vorarlberger Betriebe abhängt, und zwar in hohem Maße abhängt. Nachdenklich stimmt auch, daß nach Untersuchungen in der Vorarlberger Wirtschaft, die Ihnen auch bekannt sind, die Selbstfinanzierungskraft der Vorarlberger Industrie in den letzten fünf Jahren ein Drittel abgenommen hat. Diese Verringerung des Selbstfinanzierungspotentials bedeutet eine Schwächung der Kaufkraft unserer Wirtschaft für zukünftige Investitionen. Es bedeutet weiters, daß das Eigenkapital in den Vorarlberger Betrieben in den letzten Jahren erheblich gesunken ist und es bedeutet, daß die Substanzverluste, die wir in der Krise 1974/75 verursacht bekommen haben, nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar aufgestockt wurden.

Ich habe gestern schon ausgeführt, was wir für richtig halten, was unsere Wirtschaft benötigt. Das sind nämlich Maßnahmen zur Erhöhung des Eigenkapitals anstatt staat-

licher Subventionen, das ist eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Vorarlberger Betriebe anstatt laufender Steuern und Abgabenerhöhungen.

In Kenntnis dieser Investitionsunsicherheit der Vorarlberger Wirtschaft hat die Vorarlberger Landesregierung ein Investitionsförderungsprogramm erstellt, das bereits veröffentlicht wurde und unter dem wir eine Vorbeugemaßnahme verstehen in dem Sinne, wie ich sie gestern als Kriterium auch erwähnt habe. Die Landesregierung, das Land Vorarlberg, fördert mit Zinszuschüssen Investitionsvorhaben im produzierenden Bereich der Vorarlberger Wirtschaft im kommenden Jahr. Der Kreditrahmen beträgt bekanntlich 150 Mio. S und hat für das investierende Unternehmen den entscheidenden Vorteil, daß man über die ganze Laufzeit des Darlehens mit einem fix vereinbarten, festen, günstigen Zinssatz kalkulieren kann, der dann noch vom Land mit 2% unterstützt wird. Meine Damen und Herren, das ist eine Maßnahme, unter der wir Vorbeugung verstehen, weil wir der Meinung sind, vorbeugen ist besser als sanieren. Wir wollten ein Signal setzen, um den in den Vorarlberger Betrieben beschäftigten Führungskräften und allen Arbeitnehmern zu zeigen, daß wir ihre Schwierigkeiten erkennen und daß wir ihre Leistungen auch anerkennen. Sanierungen sind in unseren Augen keine positiven Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Sanierungen sind in unseren Augen nur Kompensationen einer vorgegangenen negativen Entwicklung. Und da wären wir auch schon bei dem Thema, das gestern so oft erwähnt wurde, das über die Verschuldensfrage und die Analyse. Wir könnten glaube ich tagelang darüber diskutieren und wir kämen nie zu einem Ergebnis, wenn wir über die Verschuldensfrage der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir heute stehen, sprechen würden. Ich möchte deshalb nur ganz neutral einige Dinge in den Raum stellen, über die ich Sie bitte auch nachzudenken. Ich akzeptiere, daß die Weltwirtschaft derzeit in einer Situation steht, die von verschiedenen Leuten auch als Weltwirtschaftskrise bezeichnet wird. Ich akzeptiere den Einfluß der Veränderungen von Nachfrageschüben in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Als Beispiel, das Sie alle noch in Erinnerung haben, möchte ich hier die Schweizer Uhrenindustrie anführen, die von heute auf morgen ganze Produktlinien nicht mehr verkaufen konnte, weil neue Produkte auf den Markt kamen. (Zwischenruf Winder: Weil sie geschlofa hond, des ischt dr Grund!) Ich verkenne nicht das Problem der Schwellenländer, denen wir uns heute gegenüber sehen, die wesentlich günstiger produzieren können und heute in Europa eine erhebliche Problematik in den traditionellen Industriezweigen verursachen. Bei einer ernsthaften Analyse muß man aber auch jene Analysen sehen, die über die Betriebe in den letzten Jahren gemacht wurden. Und dort steht nun halt einmal fest, daß das Eigenkapital in den letzten Jahren eben um die Hälfte reduziert wurde. Dort steht halt nun einmal fest, daß die Selbstfinanzierungskraft in den letzten fünf Jahren um ein Drittel gesunken ist. Und dort kann man auch ablesen, daß die Steuern und Abgaben um über 18% Anteil an der Wertschöpfung gestiegen sind. Mit Managementfehlern allein, meine Damen und Herren, können wir heute die Unternehmenszusammenbrüche, die wir in diesem Jahr erlebt haben, nicht erklären.

Da müßten die österreichischen Führungskräfte inklusive jener, die in der verstaatlichten Industrie sind, innerhalb eines Jahres ihre Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, völlig verloren haben. Ich glaube, daß jeder Fehler macht, der aktiv ist und der handelt. Aber früher war es eben so, daß wir Fehler reparieren konnten in unseren Betrieben und heute kann ein einziger Fehler zum Zusammenbruch eines Betriebes führen. Wenn der Staat dann mit Sanierungsmillionen in die Wirtschaft eingreifen muß und einspringt, dann sind wir der Meinung, daß dies auf die Dauer keine Lösung der anstehenden Wirtschaftsprobleme ist, weil wir, das habe ich gestern bereits erwähnt, keine subventionierten, sondern rentable Arbeitsplätze benötigen, und weil wir wissen, daß die Sanierung nur durch zusätzliche Staatsverschuldungen oder durch Steuererhöhungen, immer aber zu Lasten der Allgemeinheit, durchgeführt werden kann.

Mittlerweile haben auch die sozialistischen Kollegen von Ihnen in Wien erkannt, daß es höchst an der Zeit ist, den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft wieder etwas zurückzusetzen. Man diskutiert heute bereits sogenannte heilige Kühe, die man früher nie in den Mund nehmen durfte. Man hat in der Sozialistischen Fraktion in Wien erkannt, daß man über den Markt Lösungen der anstehenden Wirtschaftsprobleme zumindest zur Entlastung der Staatsfinanzen in Angriff nehmen muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt auf den Antrag der Sozialistischen Fraktion zur Einführung eines Pendlerpauschales und zur individuellen Arbeitnehmerförderung kommen, der in etwa dem Antrag entspricht, der im Tagesordnungspunkt 6 auch auf dieser Tagesordnung des heutigen Landtages steht. Ich nehme an, daß man einverstanden ist, wenn ich das gleich mithandle, damit wir uns eine spätere Diskussion ersparen. Der Antrag der Sozialistischen Partei umfaßt die Einführung eines Pendlerpauschales in der Größenordnung von 8 Mio. S. Wir haben im letzten Jahr bereits in diesem Hohen Haus über das Pendlerproblem diskutiert und wir haben dort schon unseren Standpunkt angebracht, daß eine gerechte Lösung des Pendlerproblems nur über eine lohnsteuermäßige Berücksichtigung gelöst werden kann. Ich möchte grundsätzlich dazu festhalten, daß dieses Pendlerproblem nicht nur einseitig, wie im Antrag, gesehen werden kann, daß Pendler nämlich mehr Freizeit opfern müssen und höhere finanzielle Belastungen auf sich nehmen müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, als andere Arbeitnehmer. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß es auch Pendler gibt, die nur deshalb pendeln, weil sie an dem entfernten Arbeitsplatz, den sie sich gewählt haben, mehr verdienen. Dazu gehören mit Sicherheit der überwiegende Teil der Vorarlberger Grenzgänger, dazu gehören aber auch sehr viele Pendler in diesem Land. Es wäre nun ein Unsinn, diesen Arbeitnehmern zusätzlich auf Kosten der Allgemeinheit eine Unterstützung zu gewähren, da sie die Belohnung für die Mehrleistung und den Mehraufwand, den sie haben, ja in Form eines höheren Entgeltes erhalten. Was ich sagen will, ist, daß Pendler nicht nur durch die Bank starker belastete Arbeitnehmer sind, sondern daß es darunter durchaus auch solche gibt, die in voller Absicht zur Erzielung eines höheren Gewinnes oder Gehaltes

pendeln.

Nach einer Untersuchung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in Vorarlberg in der nahezu 80% der gesamten Industrie befragt wurde, ergab sich, daß rund 63% der Pendler Benutzer eines Werksverkehrs sind, 8% Benutzer eines öffentlichen Verkehrsmittels und rund 29% Benutzer eines privaten Verkehrsmittels. Der Werksverkehr ist zu 95 % kostenlos. 80 % der Betriebe vergüten die Fahrtkosten jener Pendler, die den Werksverkehr nicht benutzen können, in Form von Zeitkarten für öffentliche Verkehrsmittel bzw. in Form von Kilometergeldentschädigungen. Nahezu 40% der Betriebe verfügen über eine Betriebskantine, die das Essen, die Mahlzeiten durchschnittlich mit 21 S subventionieren. Wir sind der Meinung, daß man diese Ziffern, vielleicht mit Ausnahme der Betriebskantine, als repräsentativ für Vorarlberg ansehen kann. Das würde ergeben, daß der weitaus überwiegende Teil der in Vorarlberg pendelnden Arbeitnehmer derzeit durch die Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, unterstützt werden. Im sozialistischen Antrag ist weder eine Definition eines Pendlers noch die Höhe der Pendlerentschädigung, noch das Einkommen, ab welchem eine solche Pendlerentschädigung nicht mehr bezahlt oder bezahlt wird, genannt. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie müssen den Antrag genau lesen!) Das ist später dann nachgeholt worden im Finanzausschuß, wo man von einer Anzahl von 8000 Pendlern spricht, die mit 8 Mio. S auf Landeskosten subventioniert werden sollen. Rechnet man diese 8 Mio. S bei 8000 Pendlern durch, so ergibt das eine durchschnittliche Förderung von 1000 S pro Pendler pro Jahr oder wenn Sie so wollen, bei 250 Arbeitstagen 4 S pro Tag. Ich verstehe das also richtig. Die Sozialistische Fraktion Vorarlbergs stellt hier den Antrag, als Entschädigung für die 30%ige Luxussteuer auf Autos, für die laufenden Erhöhungen der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer, für die exorbitanten Benzinpreise Pendler auf Landeskosten mit durchschnittlich 4 S pro Arbeitstag zu subventionieren und zu unterstützen. Ich glaube, dem ist nichts mehr hinzuzufügen, da doch allgemein bekannt ist, wer für diese Steuererhöhungen die Verantwortung zu tragen hat.

Der Standpunkt der Volkspartei und ich darf sagen auch anderer sozialistischer Landesparteien, die ich Ihnen gleich anführen kann, wenn Sie darauf bestehen, zur Pendlerbeihilfe bleibt unverändert aufrecht. Das Pendlerproblem ist unseres Erachtens durch eine lohnsteuermäßige Berücksichtigung zu lösen, gerecht zu lösen. Das Land sieht seine Aufgabe zur Lösung des Pendlerproblems darin, daß wir die Infrastruktur ausbauen, d.h. Straßen, Autobahnen, zweigeleisiger Ausbau der ÖBB, und daß wir dafür erhebliche Mittel aufwenden. Und wir stellen auch fest, daß die Fahrtkostenaufwendungen für die Pendler weitgehend von den Betrieben ersetzt werden. Ich glaube, daß wir keinen dringenden Anlaß haben, Pendlern aus öffentlichen Mitteln in Vorarlberg Unterstützung zukommen zu lassen, da außerdem nämlich die Gefahr besteht, daß die Landesubschvention zu Lasten der betriebsindividuellen Unterstützung der Pendler gehen wird. Ich möchte aber vorankündigen, daß wir unter einem anderen Begriff uns durchaus Überlegungen vorstellen könnten, die der Struk-

turpolitik Vorarlbergs eher entsprechen. Wenn wir nämlich Unterstützungen ins Auge fassen bei Gebieten, in denen die Gefahr besteht, daß diese Gebiete entsiedelt werden. Hier könnte man aktive Strukturpolitik machen und dieses Pendler- oder Aussiedlungsproblem über diese Position fördern. Aber wir werden uns hier noch Gedanken machen müssen, welche Gebiete wir hier meinen und zur gegebenen Zeit einen eigenen Antrag dazu einbringen.

Ein völlig anders geartetes Problem, das im Sozialausschuß und im Finanzausschuß zu meiner großen Verwunderung nicht einmal diskutiert wurde, ist der zweite Teil des Antrages der Sozialistischen Fraktion, nämlich die individuelle Arbeitnehmerförderung, die heute abgeändert wurde in eine individuelle Unternehmenssubventionsförderung. Ich glaube, daß man diese beiden Bereiche auch trennen muß, einmal die Subventionsförderung für Unternehmen und einmal die individuelle Arbeitnehmerförderung laut Antrag der Sozialistischen Fraktion. Und ich möchte auch beide behandeln. Es ist jedem Befassten klar, daß hier wieder einmal verlangt wird, daß das Land Aufgaben des Bundes übernehmen soll, ohne die dazugehörigen Refinanzierungskompetenzen zu besitzen. In diesem Antrag wird eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer, vor allem der regionalen und beruflichen Mobilität gefordert, eine Förderung der Berufskennntnisse, ganz allgemein individuelle Beihilfen an Arbeitnehmer. Insbesondere sind hier Schulungsmaßnahmen, Notstandshilfen und Beihilfen für sonstige in Schwierigkeit geratene Arbeitnehmer gemeint. Der sozialistische Antrag stimmt ein in den Schlachtruf nach der Forderung nach mehr regionaler und beruflicher Mobilität. Dazu möchte ich anmerken, daß eines der Hauptprogramme der Arbeitsmarktverwaltung die sogenannte Mobilitätsförderung ist. Die dazugehörige Rechtsgrundlage bildet das Arbeitsmarktförderungsgesetz. Diese Maßnahmen sehen innerhalb dieser Gruppe z.B. vor: Erhöhung der beruflichen Qualifikation der Arbeitskräfte, Beihilfen zur Arbeitsaufnahme in räumlicher Entfernung vom Wohnort, Arbeitsmarktausbildung, betriebliche Fortbildungsmaßnahmen, Erleichterung des Austausches von Ausländern durch Inländer usw. Ich stelle fest, daß alle im sozialistischen Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen bereits vom Arbeitsmarktförderungsgesetz umfaßt sind, und daß die Arbeitsmarktverwaltung dieses Gesetz auch durchführen muß. Es stellt sich die berechnete Frage, warum gerade das Land mit eigenen Richtlinien die gleichen Aufgaben erfüllen soll wie der Bund. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß dieser zusätzliche Bedarf, den wir in Vorarlberg tatsächlich hätten und haben für mobilitätsfördernde Maßnahmen, daß dieser zusätzliche Bedarf tatsächlich besteht. In einem Bereich zumindest wird dieser Bedarf aber durch die Betriebe selbst gedeckt, indem die Leute auf immer mehr Ausbildungskurse geschickt werden, weil jeder weiß, daß hochqualifizierte Arbeitskräfte natürlich auch Wettbewerbsvorteile auf dem Markt mit sich bringen. Die jährlich ansteigende Anzahl von Kursbesuchern des Wirtschaftsförderungsinstitutes, des Managementcenters und möglicherweise auch des BFI sind sicher ein Indiz dafür. Offenbar hat aber das Landesarbeitsamt als Arbeitsmarktverwaltung eine völlig

andere Ansicht vom zusätzlichen Bedarf der individuellen Arbeitnehmerförderung als die Sozialistische Fraktion im Landtag. (Zwischenruf Winder: Wir sind auch nicht das Arbeitsamt oder?) Das ist aber leicht zu belegen. Wenn ich den Bundesvoranschlag 1981 des Landesarbeitsamtes heranziehe, dann stelle ich fest, daß die Mobilitätsförderung gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz von 1980 auf 1981 um rund 300.000 gekürzt wurde, dann stelle ich fest, daß die Arbeitsbeschaffung um rund 1.15 Mio. S gekürzt wurde, dann stelle ich fest, daß die Schaffung und Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen um 1.4 Mio. S gekürzt wurde. Erhöht wurden die Lehrlingsausbildungen und die Behindertenhilfen und ich stelle fest, daß die Notstandshilfe bei Arbeitslosigkeit um 4 Mio. S gekürzt wurde und die Sonderunterstützung um 8 Mio. S. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich und ich meine, daß das Landesarbeitsamt, wenn es einen solchen Bedarf feststellen würde und ihn nicht finanzieren könnte, sich doch als erstes melden müßte, wenn das Land hier einspringen sollte. Die Arbeitsmarktverwaltung, meine Damen und Herren, ich habe das gestern schon ausgeführt, verfügt im Rahmen dieser Bundesmaßnahmen über ein Budget von 240 Mio. S. Unterstellt man, daß die Vorarlberger 115.000 unselbständig Beschäftigten, die Erwerbstätigen, 115.000, nach der letzten Ziffer sind es sogar 119.000, den statistischen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 13.500 S pro Monat haben, so werden von den Vorarlberger Arbeitnehmern und Unternehmern rund 560 Mio. S an die Arbeitsmarktverwaltung in Wien pro Jahr abgeliefert. Von Wien kommen im Wege der Arbeitsmarktverwaltung nach Vorarlberg lediglich 240 Mio. S wieder zurück. Als Differenz verbleiben also in Wien rund 320 Mio. S. Mit diesen Vorarlberger Beiträgen werden dann die verstaatlichten Arbeitsplätze, die Arbeitsplätze in den verstaatlichten Unternehmen finanziert. Unter diesem Gesichtspunkt muß sich Vorarlberg fragen, ob es ihm zumutbar ist, sich an der individuellen Arbeitnehmerförderung zu beteiligen, solange nicht einmal der Bund bereit ist, jene Mittel, die in Vorarlberg aufgebracht werden, auch wieder in Vorarlberg zu verwenden. Ich frage mich, wie Vorarlberger Arbeitnehmer dazu kommen, ihre Förderung zweimal zu bezahlen, einmal durch Lohnabzug einmal in Form von Rückzahlung von Landesschulden. Es kann doch bei der derzeitigen Budgetsituation gar keine Frage sein, daß eine solche Dotierung nur eine Erhöhung der Neuverschuldung, durch Erhöhung der Neuverschuldung finanziert werden kann. Ich wäre eher der Meinung, daß wir den Antrag an den Sozialminister stellen sollten, die Mittel, die in Vorarlberg aufgebracht werden, im Krisenfall auch wieder nach Vorarlberg zurückfließen zu lassen, um den Vorarlberger Arbeitnehmern in den schwierigen Situationen die notwendige Förderung zukommen zu lassen.

Der sozialistische Antrag, im zweiten Teil umfaßt eine Dotierung von 5 Mio. S für eventuelle Sanierungsbeihilfen des Landes. Dies ist eine Abänderung Ihres ursprünglichen Wunsches, Ihres ursprünglichen Antrages zur individuellen Arbeitnehmerförderung. Wir haben im Finanzausschuß gesagt, daß die Budgetposition der Arbeitsmarktförderung unter dem Gesichtspunkt der Sanierung von uns deshalb nicht dotiert wird, weil wir in Unge-

wißheit der wirtschaftlichen Entwicklung noch keine konkreten Zahlen und Anforderungen an das Land besitzen. Wir haben jedoch zugesichert, daß wir gegebenenfalls, falls es zu solchen Sanierungen kommt, unter den Kriterien, die ich gestern in der Generaldebatte erwähnt habe, bereit sind, solche auf uns zukommende Forderungen aus Verstärkungsmitteln zu dotieren.

Die Forderung nach einer höheren Unterstützung des BFI kann von uns, muß von uns deshalb abgelehnt werden, weil das BFI bereits im heurigen Jahr um 100.000 S mehr bekommen hat als im letzten Jahr. (Zwischenruf: Um 150.000 S.) Um 150.000 S, ich korrigiere! Wenn wir das Wirtschaftsförderungsinstitut, das tausendmal mehr Absolventen und Kursabsolventen hat, (Zwischenruf Falschlunger: Das lernt man alles im Management-Center!) nicht höher dotieren, Herr Vizepräsident, dann können Sie doch guten Gewissens gar nicht verlangen, daß wir gerade das BFI um 250.000 S höher dotieren. Ich glaube, daß das BFI in diesem Budget bevorzugt ist. Ich kann nicht beurteilen, ich kann nicht beurteilen, ob dies zu Recht geschieht, aber jedenfalls ist es eine feste Tatsache, daß das BFI um 150.000 S erhöht wurde heuer. (Zwischenruf Dr. Keckeis) Es wurde erhöht, Herr Dr. Keckeis, da gibt es gar keine Diskussion, lesen Sie die Zahlen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Da müssen Sie die Basis auch anschauen!) Ich habe auch davon gesprochen, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut ein erheblich größeres Ausbildungsvolumen hat als das BFI, Herr Dr. Keckeis, und das glaube ich, kann man doch ohne weiteres zur Kenntnis nehmen. Wir müssen aus diesem Grund, meine Damen und Herren, die Erhöhung auch ablehnen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Klubobmann EB.

EB: Hoher Landtag! Ich möchte die Diskussion um die soziale Marktwirtschaft nicht unnötig verlängern, aber nach dem, was die beiden Vorredner gesagt haben, scheint mir namens der Freiheitlichen Fraktion doch ein kurzer Hinweis gestattet. Ich habe gestern schon erklärt, daß für uns Freiheitliche die soziale Marktwirtschaft ein Grundsatz ist, der zu unserem Programm gehört und ich darf nun feststellen, Herr Abg. Dr. Keckeis, daß offensichtlich das Wort «soziale Marktwirtschaft» für die Sozialisten doch in etwa ein Reizwort ist, daß aber Ihre Auslegung, die Sie hier gebracht haben, doch sehr viel Übereinstimmung annehmen läßt. Sie haben erklärt, daß Sie sich an sich zum Markt bekennen, daß aber der Markt nicht immer funktioniert, nicht in jedem Bereich funktioniert. Und genau das ist es, was wir an sich in unserem Programm auch feststellen. Wir stellen hier fest, daß staatliche Eingriffe, soweit sie darauf abzielen, eine funktionierende soziale Marktwirtschaft zu erreichen, durchaus zu vertreten und notwendig sind. Also mir scheint doch, daß sich hier in der Praxis gewisse Übereinstimmungen ergeben, denn allein der Begriff «soziale Marktwirtschaft» heißt ja, daß niemand mehr daran denkt, zum Laissez faire des Liberalismus zurückzukehren, sondern daß eben diese Marktwirtschaft die Aufgabe hat, soziale Dinge zu berücksichtigen und dort, wo Fehler sind, sie abzustellen. Dies nur ganz kurz aus freiheitlicher Sicht.

Die Frage der Pendlerbeihilfe und die vorhin diskutierte Frage, im sportlichen Bereich populäre Maßnahmen zu fordern, liegen gar nicht so weit auseinander. Schon im alten Rom hat man das Wort «panem et circenses» geprägt: Brot und Spiele. Damit wird man immer populär sein. Nun es ist verständlich, daß die Förderung für ein Eisstadion, das den Massensport, das Massen Zuschauer anlockt, populär ist. Und es ist ebenso verständlich, daß die Frage der Pendlerbeihilfe eine durchaus ernste Angelegenheit ist, weil eine Reihe von Umständen, Erhöhung der Benzinpreise usw. usw., Erhöhung der Lebenshaltungskosten, Erhöhung der Zinsen, gerade diejenigen, die darauf angewiesen sind, den Arbeitsplatz andernorts aufzusuchen, als dort wo sie wohnen, sehr stark belastet. Nur glaube ich, daß es sehr schwierig sein wird, hier eine gerechte und eine zielführende Lösung zu finden. 8 Mio. S für soundso viele Pendler, auf den ersten Moment eine durchaus beeindruckende Zahl. Wenn es aber gilt, diese Beihilfe zu verteilen, dann tauchen doch gewisse Schwierigkeiten auf. Wird das administrierbar sein? Wer wird bestätigen? Der Betrieb, daß er hier arbeitet; die Gemeinde, daß der Betreffende in einer anderen Gemeinde wohnt; wer ist die auszahlende Stelle; wird das Kraftfahrzeugpauschale berücksichtigt, das an sich auch keine besonders glückliche Lösung ist, weil derjenige, der zwei Kilometer zum Arbeitsplatz mit dem Auto fährt, bekommt es, obwohl er dann während der ganzen schönen Zeit mit dem Fahrrad fahren kann usw.? Ich bin also Ihrer Meinung, daß das einer Änderung wert wäre. Werden die betrieblichen Leistungen berücksichtigt? Wird die Einkommenshöhe berücksichtigt? Können wir uns wirklich auf den Standpunkt stellen heute, daß ein Pendlerpauschale bezahlt werden soll, gleichgültig wie hoch das Einkommen ist? Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, diese Bevölkerungskreise zu stützen, zumindest bis zu einem gewissen Einkommen, glauben wir, muß gut überlegt werden, wie das am zweckmäßigsten gehandhabt werden kann. Und hier scheint mir doch Tatsache zu sein, daß die einfachste und zweckmäßigste Lösung über die Besteuerung ginge, nicht als steuerlicher Absetzbetrag, sondern als Steuerermäßigung in jenen Einkommensbereichen, die wirklich unter diesem Problem am stärksten leiden.

Ich darf Ihnen nur ein Beispiel nennen, ein Bruttoeinkommen von 10.253 S ist heute bereits mit einem Steuersatz von 1615.30 S belastet. Wenn dieses Bruttoeinkommen um 250 S steigt, dann werden von diesen 250 S zusätzlich bereits 77.50 S, also mehr als 30%, wieder für die Steuer weggenommen. Und mir scheint, daß dies Einkommenshöhen sind, die heute einfach durch die Progression in eine Steuer hineingekommen sind, die nicht mehr vertretbar ist. Und die gerechteste Lösung, um den niedrigen Einkommensgruppen, die durch die Pendler, durch den Zwang zum Pendeln belastet sind, wäre wohl, sie durch eine steuerliche Entlastung zu fördern. Das hätten dann alle Gebietskörperschaften gemeinsam zu tragen, weil ja die Lohnsteuer bekanntlich in den Finanzausgleich geht und von allen Gebietskörperschaften auch Vorteile daraus genommen werden.

Ich glaube also, daß die Frage der steuerlichen, der Pendlerhilfe doch sehr gut überlegt werden muß. Wenn hier

Kosten durch die Verteilung und durch die Verwaltung entstehen, die wieder der Steuerzahler berappen muß, der in den Genuß dieses Pendlerpauschales kommen soll, dann scheint mir die Lösung nicht die zweckmäßige zu sein. Es wird also notwendig sein, hier doch zu überlegen, wie dies auf beste Art und ohne hohe Kosten geschehen kann.

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an ersten Landtagsvizepräsident Mag. Heinze.)

Mag. Heinze: Das Wort hat die Frau Abg. Enzelsberger.

Enzelsberger-Schönbichler: Herr Vizepräsident, meine Dame, meine Herren! Die beiden Vorredner, Abg. Eß und Dr. Intemann, haben das gesagt, was zur Pendlerpauschale bzw. zum Antrag der Sozialisten zu sagen notwendig war.

Ich bin derselben Meinung wie Herr Dr. Intemann, daß in diesem Budget bereits das Berufsförderungsinstitut sehr wohl im Budgetansatz bevorzugt wurde. Herr Dr. Intemann hat selbstverständlich bereits darauf hingewiesen, daß gerade durch das Wirtschaftsförderungsinstitut sehr viel und um wesentliches mehr getan wurde als je durch das Berufsförderungsinstitut.

Gestatten Sie mir einige Überlegungen des Wirtschaftsförderungsinstitutes zu den Programmschwerpunkten zu geben, denn die gehen davon aus, daß in immer mehr Bereichen immer mehr qualifizierte Mitarbeiter notwendig werden.

Und was sind nun diese Programmschwerpunkte im kommenden Jahr? Es sind dies u.a. die Werkmeisterschule mit zwei Fachrichtungen.

Da sich die Mikroelektronik noch vielfach im Anfangsstadium der betrieblichen Anwendung befindet, kommt der Ausbildung auf diesem Gebiet eine besondere Bedeutung zu. Dies auch deshalb, weil entgegen allen Befürchtungen von gewerkschaftlicher Seite eine Reihe von Untersuchungen sowohl im In- als auch im Ausland gezeigt haben, daß durch die Anwendung von neuen Techniken die Beschäftigung steigt, weil durch deren Einsatz auch die Produktivität wächst. Die neuen Techniken sind alles andere als «Jobkiller».

Einer Untersuchung zufolge werden bis Ende der achtziger Jahre im Bereich der EDV noch wesentlich mehr Fachkräfte benötigt, und zwar rund zusätzlich 500 Akademiker und 2000 Maturanten. Deren Kenntnisse werden sich jedoch weniger auf die technischen Belange der Hardware und der Software beziehen, sondern anwendungsorientiert sein müssen. In diesem Zusammenhang muß auch gefordert werden, daß vor allem an berufsbildenden Mittelschulen ein noch größeres Angebot an Computer-Unterrichtsfächern angeboten wird, und zwar nicht nur in den Handelsakademien, sondern vor allem auch in den technisch orientierten höheren berufsbildenden Mittelschulen, denn nur eine höhere Qualifikation der Mitarbeiter wird es ermöglichen, die notwendigen Arbeitsplätze zu sichern. Zur Errichtung neuer Arbeitsplätze tragen unsere Jungunternehmer sehr wesentlich bei. Sicherlich haben einige von Ihnen das Österreich-Bild am vergangenen Sonntag gesehen, in welchem wir drei signifikante Betriebe, nämlich Jungunternehmer, bei ihrer Arbeit, bei ihrer

Einstellung zur Arbeit, beobachten und sehen konnten.

Die Hst. 782005 7430 007 mit einer Budgetsumme von 1.1 Mio. S stellt sicher, daß auch für 1982 die zu erwartenden Zinszuschüsse den Jungunternehmern gewährt werden können.

Parallel dazu ist das Jungunternehmerseminar des Wirtschaftsförderungsinstitutes angelaufen, das auch für den Bereich «Handel» eingerichtet wurde.

Ist es doch gerade der Handel, der bei uns im Land Vorarlberg der drittgrößte Arbeitgeber ist. Und wie wird sich unser Handel in den achtziger Jahren entwickeln? (Zwischenruf Winder: Gut, Frau Kollegin, gut!) Hoffen wir's! (Zwischenruf Winder: In Dornbirn eine Schwemme wie nie vorher!)

Der Übergang von materiellen zu verstärkt immateriellen Bedürfnissen unserer Mitbürger zeigt sich 1981 besonders deutlich. Eine Ausgabenverteilung der Masseneinkommen in Richtung Freizeitfinanzierung zeigt bereits erhebliche Kaufkraftstromabwanderungen vom traditionellen Bedürfnisträger, nämlich dem Einzelhandel, ab zu anderen Bereichen.

Der Handel muß sich zumindest auf ein Jahr auf eine verlängerte Durststrecke einstellen, da von der allgemeinen Konjunktorentwicklung keine Entspannung der Situation im Handel zu erwarten ist. Nach letzten Prognosen werden 1981 der private Konsum um 1% und die Handelsumsätze um ein halbes Prozent zurückgehen.

Wir in Vorarlberg haben sicherlich noch eine etwas bessere Situation, und dies haben wir einmal einem steigenden Fremdenverkehr, Herr Kollege Abg. Fritz wies schon darauf hin, zu verdanken sowie auch darauf, daß unsere Industrie, und hier vor allem im Export, noch Zuwachsraten zu verzeichnen hat und daher auch dort die Arbeitsplätze und das Einkommen gesichert ist, das den privaten Konsum gewährleistet.

Dies darf über die verschiedenen Schwierigkeiten nicht hinwegtäuschen, auch wenn der Handel noch steigende Mitarbeiterziffern aufweisen kann. Aber hier haben wir wieder einmal den Beweis, daß es eben vier Arten von Lügen gibt, nämlich die bewußte, die unbewußte, die Scherzlüge und die Statistik, und eben die Statistik weist nur die Gesamtanzahl von Mitarbeitern auf, aber sie differenziert nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräften.

Und gerade im Handel finden wir mehr und mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die als Teilzeitarbeitskräfte beschäftigt sind.

Aber vorallem auch unsere Klein- und mittelständischen Betriebe leiden an einer Kosten- und Ertragsituation, die ihnen kaum noch einen Handlungsspielraum offen läßt. Dies kommt auch daher, daß absatzseitig die kleinen Betriebe potenten, preisbestimmenden Mitbewerbern gegenüberstehen, ihnen aber beschaffungsseitig das Volumen für optimale Einkaufskonditionen fehlt.

Eine Ausnahmescheine nur standortmäßig begünstigte Facheinzelhandelsgeschäfte zu genießen, wobei nicht nur an Fußgängerzonen, sondern auch an mittlere und kleinere Ortszentren zu denken ist, wo die Betriebe zum Teil von den aggressiven Betriebsmethoden der Multis verschont geblieben sind und sich daher leistungsfähig entwickeln

konnten.

Diese Entwicklung birgt zweifellos auch sozialpolitischen und ideologischen Sprengstoff in sich, z.B. wenn etwa ein Discounter durch seine Neuetablierung in einem Mittelort etliche ortsansässige Kaufleute zur Aufgabe zwingt, dann aber selbst scheitert (Zwischenruf Dr. Keckeis: Dann muß die öffentliche Hand her!) Nein, nein, dann aber selbst scheitert und damit eine echte Versorgungslücke hinterläßt. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie haben ja die Abänderung des Baugesetzes beantragt!) Ich glaube, daß gerade in der Nahversorgung, und das haben wir auch beim vergangenen Bild am Sonntag entnehmen können, es Jungunternehmer sind, ich glaube, ich darf hier ruhig den Namen nennen, ein Herr Pircher, der vom Bregenzerwald herausfährt, der also auch ein Pendler ist, und dem wird sicherlich nichts abgegolten werden für sein Pendeln, die eben bereit sind, diese Nahversorgung zu sichern.

Sicherlich ist hiezu im Land Vorarlberg unsere Hst. 782005 7430013 eine große Hilfe zur Sicherung der Nahversorgung. Diese HSt. ist 1982 wieder mit 400.000 S dotiert. Es werden damit rund 30 Firmen gefördert werden können.

Diese Förderungen wären dann nicht notwendig, Herr Dr. Keckeis, wenn die Rahmenbedingungen für eine Soziale Marktwirtschaft durch die sozialistische Bundesregierung seit mehr als ein Jahrzehnt nicht immer wieder zerstört worden wären.

Über die Soziale Marktwirtschaft wurde schon einiges gesprochen. Auch Herr Dr. Intemann hat in einem sehr profunden Beitrag dazu Stellung genommen. Sie gestatten, damit ich nicht irgendeinem Monatsblättle à la «Blickpunkt» Schlagzeilen liefere, daß ich sehr bewußt nicht die «VN» zitiere, sondern die Zeitung «Die Wirtschaft». Dort steht sehr kurz, was der Raab-Kamitz-Kurs war.

Mit Genehmigung des Herrn Vizepräsidenten zitiere ich: «Es waren im wesentlichen folgende Maßnahmen: schlagartiger Abbau des Wirtschaftsdirigismus, stabile Währung, Herunterführung der Steuerquote, die bei etwas mehr als 30% des Bruttonationalproduktes als unerträglich hoch empfunden wurde.»

Es kann also resümierend gesagt werden, daß es gerade für die mittelständische Wirtschaft, aber hier vor allem auch für den Handel notwendig wäre, die Ertragslage anzuhängen.

Aber die zu geringe Ertragslage ist vor allem auf die zu geringen Handelsspannen bei den vom Staat preisgeregelten Waren zurückzuführen. Diese preisgeregelten Waren machen bei den kleinen Nahversorgungsbetrieben bis zu 50% des Gesamtumsatzes aus. Da die durchschnittliche Handelsspanne der preisgeregelten Waren etwa drei Punkte unter der Betriebshandelsspanne liegt, bedeutet dies bei z.B. 2 Mio. Jahresumsatz eine Ertragseinbuße von mindestens 50.000 S jährlich. Daß das natürlich einen Herrn Dr. Keckeis bei seinem monatlichen Einkommen nicht sehr betrübt, kann ich mir vorstellen.

Die schon lange geforderte Aufhebung der Preisregelung wäre also der wichtigste Schritt, um das Einkommen in der Nähe, wie auch der Titel der derzeit laufenden Werbeaktion des Wirtschaftsverbandes lautet, weiter zu garantieren.

Am 1. Jänner 1982 soll auch die Grundpreisauszeich-

nungspflicht in Kraft treten. Deren Hauptadressat ist zwar der Handel, betroffen wird jedoch zuerst einmal die Industrie, was von der SPÖ-Bundesregierung offensichtlich beabsichtigt, eine schwere wirtschaftliche Störung im Kreislauf unserer Wirtschaft zur Folge haben wird.

Angeregt wird daher von uns, daß zumindest standardisierte und auf dem Markt bereits eingeführte Packungsgrößen von der Pflicht zur Grundpreisauszeichnung ausgenommen werden. Außerdem sollten Erzeugnisse, bei denen die Angabe des Normgewichtes auch für den Konsumenten keinen Wert hat, nach bundesdeutschem Vorbild ebenfalls aus dieser Regelung ausgenommen werden.

Aber auch die Bürokratie ist ein Hemmschuh und das nicht nur für den Handel, sondern für sämtliche Klein- und mittelständische Unternehmungen. (Zwischenruf: Na sicher!) Abend für Abend, wenn die Tore der Fabriken und Büros geschlossen werden, beginnt für die Betriebsinhaber der Frondienst für die aufgeblähten Zentralbehörden. Alle sitzen wir über unseren Büchern als Kulis der Nation und unbezahlte Hilfsarbeiter für den Fiskus. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ich suche Ihnen eine Stelle als unselbstständig Erwerbstätige, dann können Sie das aufgeben, Kuli der Nation zu spielen! Das können Sie, ich suche Ihnen eine Stelle! - Dr. Bernhard: Melden Sie sich zum Wort!)

Und ich stelle hier die Hypothese auf, daß von diesem staatlich abverlangten Bürokratieaufwand die Unternehmen umgekehrt proportional zu ihrer Größe betroffen sind, d.h. also daß die kleinen Unternehmer davon stärker belastet werden als die großen. Daraus ergibt sich aus meiner Sicht deutlich eine unsoziale und wettbewerbswidrige Wirkung. Außerdem hält der Staat für den Kleinunternehmer keinen Steuernachlaß bereit, wie er ihn noch, ich muß leider betonen, noch für den Arbeitnehmer gewährt.

Es ist also höchste Zeit, diesen Bürokratieaufwand, den man in sozial rechtsbedingten Bürokratieaufwand, in steuerbedingten Bürokratieaufwand sowie in statistikbedingten Bürokratieaufwand unterteilen kann, im Interesse aller Bürger abzubauen.

Vizepräsident Mag. Heinze: Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Sitzung bis 17.30 Uhr.

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr unterbrochen und um 17.30 Uhr wieder fortgesetzt.)

(Erster Landtagsvizepräsident Mag. Heinze übergibt den Vorsitz wieder an Landtagspräsident Dr. Purtscher.)

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind in der Spezialdebatte zur Gruppe 7 Wirtschaftsförderung. Das Wort hat nun der Herr Vizepräsident Falsch lunger.

Falschlunger: Meine Damen und Herren! Wenn hier soviel vom Herrn Dr. Intemann gesprochen wurde über die Freiheit, die dieser Begriff der sozialen Marktwirtschaft beinhaltet, dann muß ich sagen, welche Freiheit ist denn damit gemeint? Ist es allgemeine Freiheit oder soll das vor allem eine Freiheit des Unternehmers sein? Ich muß an-

nehmen, daß das so ist, weil ich weiß, wie schwierig alle Verhandlungen sind, um mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben. Die Gewerkschaften führen ja seit vielen Jahren diesen Kampf und wir kennen also, wie hartnäckig die Unternehmenseite im Verteidigen ihrer Freiheit in dieser Frage ist. Nun der Begriff der sozialen Marktwirtschaft, lassen Sie mich dazu nur einiges sagen. Ich glaube einfach, daß dieser Begriff im Wesenskern nicht richtig ist. Ich würde sagen, wir leben in einer freien Wirtschaft, zu der ich mich durchaus bekenne, aber in einer freien Wirtschaft, die floriert, sind die Dinge eben nicht sozial. Das verlange ich als Gewerkschafter gar nicht, sondern hier ist das freie Spiel der Kräfte, die Dinge werden geregelt wie eben am Markt nach Angebot und Nachfrage und dazu ist notwendig, und darüber geht ja glaube ich hier der Streit, wenn man dem Streit sagen kann, um aber doch gewisse Menschen und gewisse Dinge sozialer zu gestalten, sind Eingriffe des Staates notwendig, in dieser freien Marktwirtschaft. Und so sehe ich das. Aber dann soll man doch nicht so tun, als leben wir in einer sozialen Marktwirtschaft. Ich sage Ihnen (Zwischenruf) ein paar Beispiele, wie sozial denn diese Dinge ausschauen. Ich weiß, ich wiederhole mich zum x-ten Mal. Es gibt eine neue Untersuchung der Arbeiterkammer «Löhne in der Vorarlberger Industrie». Was haben die mit der sozialen Marktwirtschaft zu tun? Und, Frau Kollegin Enzelsberger, ich weiß schon, daß dem Wirtschaftsband die Dinge nicht gefallen und ich gebe ja gerne zu, daß sich da um 2 bis 3% vielleicht etwas verändern kann, weil es hier Werksangestellte sind. Das können Sie dazurechnen, Sie sind (Zwischenruf Enzelsberger-Schönbichler) Frau Kollegin Enzelsberger, Sie sind trotzdem von den fünfziger Jahren, wo die Vorarlberger Industriearbeiterlöhne an der ersten Stelle waren, rechnen Sie diese Werksangestellten mit dazu, das stellen wir vollkommen außer Streit, sind heute an der zweitletzten, hinter uns liegt nur noch das Burgenland, und wenn sie noch 2% dazurechnen, ändert sich an dieser Skala überhaupt nichts. (Zwischenruf Enzelsberger-Schönbichler) Ja, ob Sie das hören wollen oder nicht, wir machen die Untersuchung. Und wenn ich weiß, wie schwer es ist, in dieser sozialen Marktwirtschaft, so wie das immer gesagt wird, den Arbeitgebern sozialrechtliche, arbeitsrechtliche Verbesserungen abzurufen, dann zweifle ich halt oft daran, ob die Dinge, die Funktionäre der Arbeitgeberseite hier sagen und sich so sozial geben, wirklich wahr sind. Ich denke auch sozial, ist das soziale Marktwirtschaft, wenn ich sehe, wie die Arbeitgeber in unserem Land heute sich so der Gastarbeiterproblematik entledigen. Die Gastarbeiter sind hereingeholt worden. Da gibt es gesetzliche Verpflichtungen für die Arbeitgeber, und wenn ich sehe, wie sie sich um diese gesetzlichen Verpflichtungen herumdrücken und das Gastarbeiterproblem heute der Regelung der öffentlichen Hand überlassen wollen, dann zweifle ich an den Aussagen eines Herrn Dr. Intemann in Fragen, wie sozial diese Marktwirtschaft sei. Oder wenn ich schaue in der Frage der Humanisierung der Arbeitswelt, ich will hier nicht den Kollegen Jäger nur zitieren, aber ich kenne gerade seine Aussage über die Belastung der Arbeitnehmer in diesem Land. Ich kenne seine Aussagen, seine Aussendungen, wo er sagt,

wieviele Arbeitnehmer jeden Tag Medikamente nehmen, damit sie den Streß durchstehen. Soziale Marktwirtschaft - Frau Kollegin? Das sind für mich (Zwischenruf Enzelsberger-Schönbichler) schauen Sie, ich verlange sie von Ihnen ja nicht. Ich werde und wir werden als Arbeitnehmersvertretung, das ist ja unsere Aufgabe, dafür sorgen, daß in dieser freien Marktwirtschaft mehr soziale Aspekte hineinkommen. Das spielt sich jeden Tag ab. Da sagen Sie doch nicht, die wäre da, das ist doch nicht wahr. Die mag sozial sein für eine gewisse Gruppe, für jene, die sagen, es geht um die Freiheit. Herr Dr. Intemann, ich verstehe es, Sie meinen damit die unternehmerische Freiheit, die sollen Sie haben. Ich muß Ihnen nur noch etwas sagen zur Frage der Managementfehler, weil das immer wieder so gebracht wird. Ich habe nie behauptet, daß es nur Managementfehler sind, das wäre ja kindisch. Das habe ich nie gesagt, aber ich weiß nicht, hören Sie nicht zu oder können Sie es nicht hören oder ich muß schon bald annehmen, Sie wollen es nicht. Ich habe das gestern klar und deutlich gesagt. Ich würde nur von Ihnen, Herr Dr. Intemann, auch soviel Toleranz verlangen, daß Sie zugeben würden, auch in der Verstaatlichten gibt es Managementfehler. Aber sagen Sie, ich nehme an, ich stimme mit Ihnen überein, überall dort, wo Menschen arbeiten, passieren sie. Aber dann passieren sie eben auch in der privaten Wirtschaft. Nun es geht um die Pendlerbeihilfe. Wissen Sie, Herr Dr. Intemann, wir sind als Arbeitnehmersvertretung, ich meine jetzt hier die Kammer und den ÖGB, nicht so dumm gewesen zuglauben, durch eine Pendlerbeihilfe des Landes wären die Dinge geregelt, sondern wir haben in dieser Resolution zweimal in der Arbeiterkammer und einmal im ÖGB klar und deutlich gesprochen, was wir wollen. Wir wollen auch vom Bund, vom Finanzminister und in voller Einmütigkeit mit dem Vizepräsidenten des ÖGB, des Kollegen Gassner von den christlichen Gewerkschaftern, haben wir das gemeinsam verlangt. Wir haben schon den Mut dazu. Wissen Sie, wir reden nicht von Kompetenzen, sondern wir sagen das und wir handeln auch so, was wir uns denken, und wir haben auch den Mut, dem Finanzminister der Bundesregierung zu sagen, daß hier Änderungen geschehen. Und ich kann Ihnen sagen, daß von Experten der Arbeiterkammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Mitgliedern des Bundesvorstandes des ÖGB bereits an diesen Dingen verhandelt wird und wir verlangen auch dort eine Regelung, nicht nur vom Land. So politisch machen wir das nicht. Wir leben jeden Tag zusammen, ohne von viel Kompetenzen reden zu müssen. Daß Sie auf die Idee kommen, wir hätten an die Grenzgänger gedacht, Sie, das ist wirklich nicht unser Problem in erster Linie, sondern dort mag das, was Sie gesagt haben, sicherlich stimmen, daß der pendelt, weil er dort ein höheres Einkommen hat. Das ist nicht unser Problem. Was wollen wir denn, Pendlerpauschale, Arbeitnehmerförderung, was wollen wir? Wir haben gesagt von der Umschulung, Sie haben ja recht, wir wissen ja, daß der Bund da zuständig ist. Aber Sie, wir haben halt auch in diesem Lande den höchsten Hilfsarbeiteranteil, den es in ganz Österreich gibt. Ich will jetzt hier nicht untersuchen und Aussagen machen, warum das so ist, das ist eine Wirklichkeit, und hier glauben wir, daß über die Arbeitnehmerförderung auch vom Land

eine solche Möglichkeit bestehen müßte. Wir sind auch der Meinung, daß man in einem solchen Arbeitnehmerförderungsgesetz, und ich kann Ihnen sagen, die Salzburger Kammer, Arbeiterkammer, hat z.B. hier auch einstimmig einen Beschluß gefaßt, daß sie auf ein Arbeitnehmerförderungsgesetz drängen, wo sie z.B. der Meinung sind, daß Sportstättenbau für Betriebssport hineinkommen müßte. Ich sage Ihnen, das will ich so gar nicht, aber ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß wir in dem Land gerade für die Freizeit der Gastarbeiter was tun sollten, wenn wir wissen, welche Probleme sie haben mit hunderten Fußball- und Sportvereinen und keinen Platz kriegen und alle Probleme sind aus einem solchen Arbeitnehmerförderungsgesetz, wenn man das so nennen will, könnte man das tun. Hier ist also glaube ich das gesagt, was dazu zu sagen ist. Herr Dr. Intemann und Frau Kollegin Enzelsberger, Sie gestatten mir schon, daß ich über Ihre Rechnung, die Sie hier gemacht haben, daß der Beitrag des BFI, den das Land leistet, um 100% gestiegen sei, ich habe das so als eine Art tragisch-komische Vorstellung von Ihnen hier empfunden, ich will mich dazu nicht äußern. Ich sage Ihnen nur, warum wir das wollen, warum wir diesen Antrag stellen. Das Berufsförderungsinstitut hat gerade im vergangenen Jahr durch die Einrichtung einer Elektronikwerkstätte in Rankweil, die sehr viel gekostet hat, sehr viel Geld ausgegeben. Wir haben ein Budget von 10 Mio. S, bei dem sich das Land mit 300.000 S durch einen Zuschuß beteiligt und ich überlasse jetzt Ihnen, alleinig vom BFI aus, und wir maßen uns nicht an, wir sind nicht so dumm, uns mit dem WIFI zu vergleichen, das wissen wir doch, aber machen Sie doch gerade einmal eine Rechnung, ich weiß nicht, wieviel Millionen Sie dort haben und wieviel Sie dann vom Land kriegen, und dann bin ich überzeugt, würden Sie das nächste Mal hier eine andere Aussage machen. Ich habe sie also nur als Spaß empfunden und ich kann das nicht anders, wenn man 150.000 S auf 300.000 aufrechnet und sagt 100%, darüber gibts eigentlich nur, das erzeugt bei mir nur ein Lächeln. Zur Werkstätte möchte ich noch was, noch etwas sagen, daß wir auch für die Metallausbildungsstätte in Götzis, wo wir selbstverständlich, und das sage ich auch sehrgerne, die Unterstützung des Landes haben, ebenfalls neuerlich Geldmittel investieren müssen. Nun darf ich noch zum Schluß, und ich bitte, Herr Kollege Jäger wird dafür sicherlich Verständnis haben, wir haben in allen diesen Dingen der Pendlerpauschale, der Arbeitnehmerförderung, ich will sie nicht vorlesen, aber ich stelle sie jedem gerne zur Verfügung, einmal in der Vollversammlung am 4. November 1980, einmal in der Vollversammlung am 2. April 1981 und einmal im Österreichischen Gewerkschaftsbund am 31.3.1981 diese Forderungen gemeinsam beschlossen. Hier gibt es einstimmige Beschlüsse und ich muß Ihnen halt sagen, Sie werden den Standpunkt, ihren politischen Standpunkt, Herr Dr. Intemann, er wird Ihren politischen Freunden im ÖGB und in der Arbeiterkammer gesagt werden, so denken Sie über uns, so denken Sie über unsere gemeinsamen Forderungen und daher möchte ich nachholend darum ersuchen, Herr Präsident, daß auch der Antrag, die Anträge, die der Kollege Dr. Keckeis eingebracht hat, daß darüber eine namentliche Abstimmung durchgeführt wird.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort zum Thema Pendlerbeihilfe, damit wir das Thema erledigen können? Bitte, Herr Abg. Jäger.

Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielleicht noch ganz kurz zur Diskussion über die soziale Marktwirtschaft. Ich glaube, was der Kollege Dr. Keckeis hier gesagt hat, ist nicht so ganz falsch. Es ist also völlig richtig, daß es insbesondere um das Maß der Eingriffe geht und das ist das Kriterium und dort sind wir halt sehr vorsichtig, weil wir ein wenig Angst haben, daß dieses Maß der Eingriffe bei Ihnen doch zu weit geht. Es wird heute niemand mehr einen Nachtwächterstaat wollen. Wir wissen alle, daß der Staat, das steht auch im Mock-Plan drin und steht auch im ÖVP-Programm drin, daß die Notwendigkeit besteht, daß der Staat eingreift, und wir wissen auch, daß die soziale Komponente in dieser Marktwirtschaft nicht von selbst kommt, sondern daß sie bewußt durch staatliche Eingriffe herbeigeführt werden muß. Aber wie gesagt, die Frage ist halt, wieweit sollen diese Eingriffe des Staates reichen? Ich gestehe auch ganz offen, daß man sicherlich auch überlegen muß, das ist vielleicht jetzt eine noch nicht ganz ausgereifte Überlegung, wie man diese soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln könnte. Ich könnte mir vorstellen, in Richtung einer «Humanen Marktwirtschaft», wo also alle diese Komponenten der Humanisierung mitenthalten sind. Es wird das Postulat heute schon immer wieder aufgestellt, daß der Mensch im Mittelpunkt stehen müsse, daß das wirklich realisiert wird. Der Kollege Winder hat mich da nach der neuen Enzyklika gefragt, da stehen diesbezüglich einige recht interessante Dinge drin. Hier wird ja unterschieden nach dem objektiven und dem subjektiven Sinn der Arbeit und da heißt es halt auch: Grundlage zur Bewertung menschlicher Arbeit sei nicht in erster Linie die Art der geleisteten Arbeit, sondern die Tatsache, daß der, der sie verrichtet, Person ist. «Die Würde der Arbeit wurzelt zutiefst nicht in ihrer objektiven, sondern in ihrer subjektiven Dimension.» Und dann weiter: «Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen, für sein Menschsein, weil er durch die Arbeit nicht nur die Natur umwandelt und seinen Bedürfnissen anpaßt, sondern auch sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen mehr Mensch ist.» Ich gebe nun ohne weiteres zu, daß das bei weitem nicht in jedem Arbeitsprozeß und für jeden Arbeitnehmer möglich ist, oder daß wir mit dieser Forderung bereits am Ziel wären. Darum wäre es auch völlig falsch, wenn jemand diese Enzyklika für sich reklamieren würde und sagen würde, alles was er bisher getan habe, finde darin die Bestätigung, sondern ich glaube eher, daß es eine Herausforderung ist und daß es noch lange brauchen wird, bis man den Idealen, wie sie hier dargelegt sind, näherkommt.

Nun zum Pendlerpauschale und den anderen Forderungen, die heute hier erhoben worden sind. Ich darf vielleicht nur zunächst noch feststellen, es ist heute wiederum darauf hingewiesen worden, daß ein Mitverhältnis bestehe zwischen den Förderungen oder den Subventionen, die an die Handelskammer oder über die Handelskammer an das Wirtschaftsförderungsinstitut, und den Subventionen, die an die Arbeiterkammer gegeben werden. Ich darf schon für

mich in Anspruch nehmen, daß ich, seit ich in der Kammer Präsident war, ganz vehement und immer wieder gefordert habe, daß diese Subventionen erhöht werden. Ich habe es, deshalb etwas schwer gehabt, weil das meine Vorgänger, es war ja der Vorvorgänger zumindest auch im Landtag, nicht mit demselben Nachdruck getan haben. Das kann ich hier und muß ich hier auch mit aller Deutlichkeit feststellen, denn lange Zeit sind diese Beiträge nicht in dem Ausmaß angehoben worden.

Nun aber zum Pendlerpauschale; ich gebe ohne weiteres zu, Kollege Falschlunger, daß ich Resolutionen und Anträgen zugestimmt habe, in denen vom Pendlerpauschale und von der Pendlerbeihilfe die Rede war, in denen Pendlerpauschale und Pendlerbeihilfe gefordert worden sind. Dabei haben wir aber immer, zunächst einmal das Pendlerpauschale gefordert, und die Pendlerbeihilfe, die ist dann später ins Gespräch gekommen. Und es ist aber auch nicht so, daß man immer wieder davon gesprochen hätte, Pendlerpauschale und Pendlerbeihilfe nebeneinander, sondern wenn Pendlerbeihilfe, dann nur so lange, bis der Bund sich dazu bewegen läßt, ein Pendlerpauschale einzuführen, wobei die Dinge meiner Meinung nach nicht so weit gediehen sind, daß der Bund diesbezüglich schon herwärts schaut. Und es ist dann auch die Überlegung eingebracht worden, ja hat es einen Sinn, wenn jetzt überall in den Ländern Pendlerbeihilfen eingeführt werden, (sie werden übrigens nicht in allen Ländern eingeführt), ich werde darauf noch zurückkommen, daß dann der Bund keine Notwendigkeit und keine Verpflichtung mehr sieht, ein Pendlerpauschale einzuführen. Das ist also mit einer Überlegung, die eingebracht worden ist und die ich auch heute hier anführen möchte.

Der Kollege Eß hat auf die vielen Schwierigkeiten hingewiesen, die es im Zusammenhang mit einer Pendlerbeihilfe gibt. Und ich habe diese Pendlerbeihilfe auch vertreten in der Meinung, daß es eine Möglichkeit sei, eine besondere Belastung der Arbeitnehmer, die pendeln müssen, abzubauen. Und dann sind wir darangegangen, diese Sache zu untersuchen. Und ich kann Ihnen sagen, ich habe mich mit der Pendlerbeihilfe und mit anderen Möglichkeiten der Arbeitnehmerförderung befaßt und habe sie zur Diskussion gestellt, das werden meine Klubkollegen bestätigen können, längst bevor ein sozialistischer Antrag im Hause gelegen ist. Und gerade bei diesen Diskussionen sind natürlich die Probleme und die Schwierigkeiten, die es gibt, angeführt und ins Treffen geführt worden. Und gerade bei diesen Problemen ist wieder klar und deutlich zutage gekommen, daß ein Pauschale sicherlich die administrativ am leichtesten zu bewältigende Form wäre, den Pendlern zu helfen und auch die wirksamste Form, weil über ein Pendlerpauschale, abgestuft nach Distanzen, den Arbeitnehmern wahrscheinlich wesentlich mehr gegeben werden könnte als über einen einmaligen Beitrag von 1000 S, der dazu noch alle möglichen administrativen Arbeiten erfordert, wie es der Kollege Eß schon dargetan und dargelegt hat, und wie ich auch von Oberösterreich her, wo die Pendlerbeihilfe realisiert worden ist, weiß. Ich glaube sogar, daß es nirgends so kompliziert wäre, wie gerade bei uns. Und ich meine, es gibt natürlich auch bei der Abgrenzung nach Distanzen usw. überall Probleme und Schwierig-

keiten. Wir haben diese Diskussion geführt. Ich darf vielleicht in dem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen, daß heute, und es ist kürzlich wieder von Präsident Benya gesagt worden, Arbeitsplatzsicherung Priorität hat. Priorität Arbeitsplatzsicherung bedeutet auch, daß alle anderen Aspekte zurücktreten müssen. Ich habe mich deshalb auch besonders engagiert hinsichtlich der Zinsstützungsaktion, damit ein Anreiz für die Betriebe geschaffen wird, damit sie wieder investieren. Und wir haben ja auch diskutiert über die Beihilfen für gefährdete Betriebe, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden sollten. Sicher müssen wir heute auch zugestehen und sagen, Vorrang für Arbeitsplätze. Und ich sage hier auch deutlich, lieber sichere Arbeitsplätze als eine Beihilfe oder ein Pauschale für Pendler, die auf Arbeitsplätze pendeln müßten, die dann womöglich nicht mehr vorhanden sind. Priorität unter allen Umständen für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Das ist nicht nur von mir gesagt worden, sondern das sagen auch andere, nicht allein im Hinblick und im Zusammenhang mit dem Pendlerpauschale.

Dann haben wir, weil die Situation ja untersucht werden muß, diese Untersuchung durchführen lassen, was war ja eine einheitliche Meinung, daß eine Untersuchung vorgenommen werden soll: 1. Wieviel Leute pendeln in Vorarlberg? 2. Wem wird das Pendeln auf welche Weise abgolgten? Und 3. Wieviele werden es sein, die die Belastung des Pendeins allein zu tragen haben?

Es sind die Zahlen und die Prozentsätze schon gesagt worden. Und insbesondere ist deutlich geworden, daß der überwiegende Teil der Pendler an einem Werksverkehr partizipiert, also durch einen Bus zum Betrieb gebracht wird. Dann ist klargelegt worden, daß der Teil der Pendler, der nicht einen Werksverkehr in Anspruch nehmen kann, oder die Kosten für ein öffentliches Verkehrsmittel vom Betrieb refundiert erhält, also rückerstattet erhält, daß relativ wenige übrig bleiben, die keine Vergütung bekommen.

Ich glaube, daß die Abgeltung der materiellen Nachteile nicht alles ist, über eine Pendlerbeihilfe oder ein Pendlerpauschale können wir ja auch nur materielle Nachteile abgelden, wobei eine direkte Beihilfe auch die Gefahr, die wir bei anderen Zulagen schon feststellen, beinhaltet, daß direkte Beihilfen auch noch ein gewisser Anreiz sind, diese Belastung auf sich zu nehmen, und das scheint mir auch nicht wünschens- und erstrebenswert. Was könnte aber passieren, wenn wir eine Pendlerbeihilfe einführen? Dann würden die betrieblichen Leistungen ganz sicher in vielen Fällen gekürzt werden. Und die Reduzierung der betrieblichen Leistungen, die würde viele Arbeitnehmer treffen, die eine Pendlerbeihilfe oder ein Pendlerpauschale nicht in Anspruch nehmen könnten, weil sie nur über Distanzen pendeln, die sicherlich von einer Pendlerbeihilfe oder von einem Pendlerpauschale nicht erfaßt werden würden, denn beim Werksverkehr kann auch einer, der 2 oder 3 km vom Betrieb weg wohnt, mit dem Bus in den Betrieb fahren. Eine Pendlerdistanz von 2 - 3 km würden wir sicherlich nicht abgelden und es wären sehr viele, die von einer Reduzierung diese freiwilligen betrieblichen Leistungen betroffen würden, und das wäre sicherlich für alle diese Leute ein Nachteil.

Ich habe mir dann das Arbeitsmarktförderungsgesetz an-

gesehen. Und in diesem Arbeitsmarktförderungsgesetz sind Beihilfen für die Fahrt zum Arbeitsplatz, sind Beihilfen bei kurzfristigen betrieblichen Schwierigkeiten, sind Beihilfen bei langfristigen betrieblichen Schwierigkeiten und vieles andere vorgesehen, also vieles, was in dem Antrag steht, ist im Arbeitsmarktförderungsgesetz bereits abgedeckt; im Arbeitsmarktförderungsgesetz, auch das möchte ich betonen hier, das im Jahre 1969 unter der ÖVP-Alleinregierung beschlossen worden ist. Es ist ein anderes Problem, daß es heute nicht mehr in dem Maße exekutiert wird, wie es im Gesetz eigentlich vorgesehen wäre. Und das Problem, auf das der Kollege Intemann mit Recht hingewiesen hat, daß ein Großteil der Mittel, die hier aufgebracht werden, nicht mehr zurückkommt - ich bin mir völlig klar, es wäre unmöglich, wenn jedes Land die Forderung aufstellen würde, was es aufbringe, das muß im selben Umfang wieder zurückkommen, eine gewisse Solidarität wird notwendig sein - aber ich habe schon einmal gesagt, eine Solidarität darf man halt nicht überstrapazieren und wir sind der Meinung, daß diese Solidarität in verschiedenen Bereichen überstrapaziert ist.

Ich habe dann auch mit vielen Leuten diskutiert, nicht nur mit ÖVP-Leuten, sondern auch mit sozialistischen Mandataren, über die Pendlerbeihilfe und ihre Einstellung dazu. Ich könnte Ihnen vielleicht ein paar Adressen geben, mit denen Sie reden könnten. Und es war interessant, daß fast alle diese Leute große Bedenken gegen eine Pendlerbeihilfe gehabt haben, und gerade die Leute in den Ländern, wo sie schon verwirklicht ist, haben auf große Probleme hingewiesen, die damit verbunden sind, besonders die Probleme administrativer Art, aber auch Abgrenzungsprobleme und anderer Dinge, die damit verbunden sind. Es hat beispielsweise die Arbeiterkammer Niederösterreich kürzlich in ihrer Vollversammlung auch eine Forderung aufgestellt. Dort heißt es: «Die ständig vor sich gehende Erhöhung der Mobilität der niederösterreichischen Arbeitnehmer lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitnehmervertretung in verstärktem Ausmaß auf die Probleme des Verkehrs. Für die tausenden Pendler in Niederösterreich sollen in möglichst kurzer Zeit Voraussetzungen geschaffen werden, die ihnen die Benützung rascher, billiger und attraktiver Verkehrsmittel gestatten. Diese Frage gewinnt auch durch die ständig steigenden Benzinkosten an Bedeutung. Die AK-Vollversammlung verlangt daher eine weitere Verbesserung des Nahverkehrs, der Vertragsabschlüsse mit dem Bund im Rahmen der Nahverkehrsvorhaben, eine Verbesserung des Regionalverkehrs und baldige Installierung des Verkehrsverbundes.» Soweit dieses Zitat. Ich glaube, wenn man objektiv ist, muß man zugeben, daß die Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse den Arbeitnehmern, die pendeln müssen, sicherlich mehr bringt als eine Pendlerbeihilfe, zumal ja Benzin immer teurer wird und der Handelsminister Staribacher noch vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat: «Der Benzinpreis kann gar nicht hoch genug sein, die Leute sollen mit der Bahn fahren.» Wenn sie mit der Bahn fahren sollen, dann muß man natürlich auch entsprechend attraktive Verkehrsmittel anbieten können, und, wir haben ja auch schon darüber diskutiert, daß das notwendig sein wird, um die Situation der Arbeitnehmer, die pendeln müssen, zu verbessern. Das

scheint mir eine der wichtigsten Maßnahmen zu sein. Der Kollege Falschlunger hat einmal auf andere Möglichkeiten hingewiesen, Förderung von gemeinsamen Fahrten zum Arbeitsplatz, d.h. daß man einen PKW anfüllt, daß die Leute gemeinsam fahren. Dabei sind natürlich auch Probleme damit verbunden, gelegentlich wird es ja praktiziert.

Nun wie auch Funktionäre Ihrer Partei über die Pendlerbeihilfe denken, dazu ein Zitat von Landeshauptmann Kery in seiner Rundfunkrede am 21. April 1981. Dabei muß das erwähnt werden, daß Burgenland 49% Pendler hat, wie ich unlängst gehört habe, Vorarlberg, so ist in der Sendung gesagt worden, 35, 36%, wobei das Pendeln für die Burgenländer natürlich noch eine viel größere Belastung ist, als das Pendeln für unsere Leute, denn die sind ja größtenteils Wochenpendler und denen erwachsen viel höhere Unkosten mit dem Pendeln, als unseren Leuten. Also Landeshauptmann Kery sagt wörtlich: «Eine Pendlerbeihilfe aus Landesmitteln, die den Betroffenen etwa 1000 bis 2000 S pro Jahr bringt, das Landesbudget aber mit 38 Mio. S belastet, bewirkt im Endeffekt nureines: das Land wird ärmer und die Benachteiligung bleibt bestehen. Dieser Vorschlag, der auf Grund eines Initiativantrages im Landhaus debattiert wurde, ist wenig durchdacht, unausgewogen und politisch unreif.» Soweit also Landeshauptmann Kery zur Pendlerbeihilfe, die im Burgenländischen Landtag auf Grund einer Initiative der ÖVP diskutiert worden ist.

Ich muß also sagen, ich habe die Pendlerbeihilfe zur Diskussion gestellt, auch bei uns im Klub, wir haben darüber diskutiert, aber wenn man die Sache objektiv prüft, muß man feststellen, daß im Land Vorarlberg letztlich nur noch ein relativ kleiner Teil übrigbleibt, der die finanziellen Mehrbelastungen des Pendeins selber und allein tragen muß.

Es ist vom Kollegen Intemann schon gesagt worden, daß wir bereit sind zu prüfen und prüfen wollen, wo in entlegenen Regionen das Pendeln mit zusätzlichen besonderen Belastungen verbunden ist, daß man dort, Oberösterreich hats ja auch eingeführt, um die entsiedlungsgefährdeten Gebiete, d.h. um die Entsiedelung von Gebieten aufzuhalten, ob eine solche Pendlerbeihilfe die Entsiedelung aufhalten kann, das bleibt sicherlich zu bezweifeln, aber einen kleinen Anreiz zu bieten, um in solchen Gebieten, in Problemgebieten möchte ich sagen, eine Erleichterung zu schaffen. Ich habe zunächst die Meinung vertreten, eine Pendlerbeihilfe wäre sinnvoll.

Ich gebe offen zu, der Argumente bleiben letztlich sehr wenig übrig, ich wäre der letzte, der nicht mit aller Vehemenz kämpfen würde dafür, wenn ich entsprechende und genügende Argumente dafür hätte. Ich habe sie auch deshalb zur Diskussion gestellt, weil ich zunächst der Ansicht war, daß wir diese Argumente haben, wobei ich dazu sagen muß, es ist natürlich immer ein Problem, wenn der Kollege Falschlunger sagt, in einer Arbeitnehmerförderung eventuell auch die Freizeitaktivitäten der Gastarbeiter zu fördern. Sicherlich richtig, aber man müßte halt die ganze Sache einmal überlegen und durchdenken, denn es scheint ihm so zu gehen, wie es auch mir gegangen ist, daß man sich an sich schwer tut, im Rahmen der Landespolitik entsprechende Bereiche zu finden, wo wir echte Arbeitnehmer-

förderung betreiben könnten, und vor allem Förderungen, die nicht schon im Arbeitsmarktförderungsgesetz vorgehen sind. Eines glaube ich dürfen wir nicht machen, daß wir das Arbeitsmarktförderungsgesetz völlig auf die Seite legen und so tun, als ob es dieses Gesetz gar nicht gäbe. Dieses Arbeitsmarktförderungsgesetz ist deshalb geschaffen worden, um den Arbeitnehmern vor allem Umschulungen, weitere Ausbildungen zu erleichtern und mitzufinanzieren. In dieser Beziehung ist anfangs in Vorarlberg sehr viel getan worden, jetzt leider gar nichts mehr; aber auch um kurzfristige Beschäftigungsprobleme zu mildern; um längerfristige Konjunkturunbrüche zu bewältigen, aber insbesondere auch um Beihilfen für Fahrten zu gewähren. Das also zur Pendlerbeihilfe.

Es geht dann auch um einen Antrag, 5 Mio. S für die Firma Herrburger & Rhomberg. Worum geht es hier? Es geht also darum, die Lohnkosten für einen Zeitraum, in dem überprüft werden soll, ob innerhalb der Vorarlberger Industrie Fusionen, Kooperationen, Produktbereinigungen usw. durchgeführt werden können, zur Verfügung zu stellen, damit die Betriebe weiterarbeiten können, im speziellen also jetzt die Firma Herrburger & Rhomberg in Vorarlberg neben Herrburger-Rhomberg in Innsbruck, Jenny & Schindler usw. Nun hat in diesem Zusammenhang der Chef der Firma, der in Wien war bei dem Textilgipfel, selber erklärt, daß er nur deshalb in Schwierigkeiten gekommen ist, weil es die Probleme mit dem Kredit gegeben hat, von dem gestern schon die Rede war. Und wenn er diesen Kredit zur Verfügung hätte, dann hätte er nicht an den Bund herantreten müssen, um eine Überbrückung zu bekommen. Und nun hat die Vorarlberger Landesregierung auf Grund der Aufforderung des Bundeskanzlers oder des Vorschlages des Sozialministers diese Drittellösung vorzusehen: ein Drittel Bund, ein Drittel Land, ein Drittel Banken, nach einer Möglichkeit gesucht, dieses Drittel zur Verfügung zu stellen, nicht als direkte Subvention, sondern eben im Wege der Übernahme einer Haftung für diesen Kredit, mit dem es Schwierigkeiten gegeben hat. Ich glaube, diese Sache und diese Lösung ist an sich auch nach dem, was der Kollege Keckeis heute hier gesagt hat, die bessere Lösung als die Zurverfügungstellung einer Subvention, also die Hingabe von Mitteln a fond perdu. Es ist also auf Grund dieses Beschlusses möglich, daß die Firma weiter arbeitet bis ein Textilfachinstitut geprüft hat, ob solche Kooperationen, Fusionen oder Produktbereinigungen möglich sein werden. Das soll also bis Ende März, so weit sein und dann erst soll ja entschieden werden, was gemacht wird, wobei sicher ist, daß mit dem Gutachten noch nicht alles erledigt ist, denn von heute auf morgen kann man ja nicht bereinigen, fusionieren oder kooperieren, sondern dann werden die Probleme erst recht auf uns zukommen. Das Land hat meiner Meinung nach mit diesem Beschluß das Seine getan und ich habe mich etwas gewundert, daß gestern angezweifelt worden ist, ob der Bund darauf einsteigen werde. Ich meine, der Bund hat es relativ leicht, Kollege Dr. Keckeis, denn der Bund und der Sozialminister, der gibt das Geld aus den Arbeitsmarktförderungsmitteln, die er sowieso im Budget hat, und nicht auf Grund einer zusätzlichen und gesonderten Finanzierung. (Zwischenruf)

Ich muß in dem Zusammenhang noch ein Problem streifen. Es wird, wenn die Zeitungsberichte stimmen, daß Jenny & Schindler die Löhne bereits aus dem Insolvenzentgeltfonds bevorschußt bekommen haben, dann ist das ein großes Unrecht den Vorarlberger Betrieben gegenüber, denn wir haben immer die größten Schwierigkeiten, denn auch wenn der Konkurs angemeldet ist, geht es noch relativ lange, bis die Gelder flüssig sind, und es ist an sich gegen das Gesetz, Löhne und Gehälter aus diesem Fonds zu bevorschussen. Wir werden dieser Sache nachgehen, weil natürlich jetzt die Vorarlberger Betriebe, die nichts bekommen haben, und die Arbeitnehmer, die lange warten mußten, an uns herantreten und fragen, ja habt ihr geschlafen, da kommen andere, die kriegen das Geld sogar im vorhinein und wir müssen nach dem Konkurs noch so lange warten.

Jetzt ist also der Antrag weiterhin aufrecht erhalten worden, 5 Mio. S zu geben. Die Gründe für den Antrag sind an sich weggefallen und ich frage mich, warum muß und soll dieser Antrag länger aufrecht bleiben? Es ist auch erklärt worden, wenn es notwendig wird, Mittel zu geben und es einem Betrieb, so wie auch Sie es sagen, zu ermöglichen, die Arbeitsplätze längerfristig zu sichern und nicht nur über ein bis zwei Monate hinaus zu helfen. Ich meine, es geht doch um längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze, also um eine Hilfe auf lange Zeit, nicht nur darum, daß man das Sterben verzögert. Dafür wäre jeder Schilling schade. Diesbezüglich sind wir doch einer Meinung, Herr Kollege Dr. Keckeis! Nur frage ich mich, warum jetzt noch der Antrag, die 5 Mio. S ins Budget aufzunehmen? Der sachliche Grund ist mit den Beschluß der Landesregierung, so glaube ich, weggefallen. (Zwischenruf Winder: Vorläufig!) Ja bitte, wenn er vorläufig weggefallen ist, und vorläufig ist er einmal weggefallen. Man wird doch nicht schon 5 Mio. S reservieren für einen Fall, der vielleicht einmal eintreten wird, für Herrburger & Rhomberg oder vielleicht für einen anderen Fall, der einmal kommt. Und deshalb sehe ich also nicht ein, warum dieses Mittel gegeben werden sollen. Der Kollege Falschlunger hat gestern gesagt, ja im Betrieb fragt niemand nach der Kompetenz. Das ist richtig, im Betrieb fragen die Leute, wo kriegen wirs Geld her und nicht, wer ist kompetent dafür. Aber ich glaube, wir dürfen es uns nicht so einfach machen, denn wir müssen schon auch ein wenig nach der Kompetenz fragen, denn die Kompetenzen, die bedeuten doch auch, daß dann im Rahmen des Finanzausgleiches eine entsprechende Aufteilung erfolgt, und deshalb der, der kompetenzmäßig dafür zuständig ist, auch im Rahmen des Finanzausgleiches über die Mittel verfügt. Und deshalb müssen wir uns gerade als Landtagsabgeordnete auch fragen, wer ist kompetenzmäßig zuständig. Denn es ist doch auch die Frage, was könnte mit diesem Geld, das wir aus Landesmitteln geben müssen, weil der Bund es nicht tut, was könnte mit diesem Geld sonst getan, was könnte sonst damit gemacht werden? Ich glaube, diese Frage müssen wir uns sehr ernstlich, sehr ernst stellen.

Es ist, um noch einmal zum Pendlerpauschale zurückzukommen, im Kontaktausschuß vom Kollegen Nationalrat Heinz am Schluß, nachdem die Untersuchung von den Vertretern der Handelskammer dargelegt wurde, der

Antrag gestellt oder die Anregung gemacht worden, man solle in einem Sozialpartnergremium vielleicht doch versuchen, wie man Arbeitnehmern in entlegenen Regionen eine Hilfe zuteil werden lassen könne. Ich habe schon gesagt, das ist an sich auch möglich und vorgesehen, wobei ich keine Zweifel daran lassen möchte, daß es auch sicherlich schwierig ist, hier eine Abgrenzung zu finden, wobei die Frage Pendlerbeihilfe immer mit solchen Abgrenzungsproblemen und administrativen Problemen behaftet ist. Wenn ich also diesen Antrag ablehne, es ist, ich habe mir das ohnedies gedacht, eine namentliche Abstimmung verlangt worden, ich komme also damit durchaus nicht in Verlegenheit - das kann ich das guten Gewissens tun. - Ich muß auch dazu sagen, ich bin etwa nicht im Klub dazu vergewaltigt worden, hier mitzustimmen, sondern es waren die Argumente. Es wird diskutiert und die stärkeren Argumente, das sage ich auch, wenn der Kollege Winder immer sagt, ich versuche populär zu werden mit allen Mitteln, das ist vielleicht nicht ganz populär, aber ich glaube, man muß halt auch den Mut haben, unpopuläre Dinge zu vertreten. Ich befinde mich aber mit dieser Ablehnung in guter Gesellschaft. Alle sozialistischen Landeshauptleute und viele sozialistische Mandatäre denken genauso wie ich und es gibt kein sozialistisches Land, kein sozialistisch dominiertes Land, in dem es eine Pendlerbeihilfe geben würde. Diskutieren Sie dort mit Ihren Genossen, die werden Ihnen gute Argumente für ihren Standpunkt gegen die Pendlerbeihilfe sagen. Und ich habe eben auch auf Grund der Argumente, die es dafür gibt, mich zu dieser Haltung bewegen lassen.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Klubobmann Winder.

Winder: Hohes Haus! Der Kollege Jäger hat gemeint, es gäbe nur eine sehr kleine Zahl von Arbeitnehmern, für die diese Pendlerbeihilfe in Frage käme. Einer dieser Pendler ist sicher der Kollege Jäger selber. Denn wer so weit pendeln muß zwischen dem, was er in der Arbeiterkammer oben beschließt, und dem, was er hier vertritt im Lande, wer so weit pendelt, Kollege Jäger, hat einen Anspruch auf die Pendlerbeihilfe, und zwar in einer besonderen Höhe würde ich sagen. (Zwischenruf Jäger) Wir freuen uns öfters, wie Du merkst! Wenn man sich auf eine Generaldebatte vorbereitet, meine Damen und Herren, dann überlegt man natürlich die Position des politischen Gegners. Und wenn der politische Gegner, sprich: die Landesregierung, schon in der Grundsatzklärung nach der Landtagswahl erklärt, ihre Maxime sei das christliche Naturrecht, dann glaubt man nicht fehl zu gehen, wenn man zur Erläuterung der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Interpretation einen katholischen Professor für Sozialrecht zitiert. Umsomehr, Herr Landeshauptmann, war ich überrascht, um nicht zu sagen bedrückt, wie wenig, wie wenig Ihnen dieses Zitat imponiert hat, ja Sie haben sogar eine gefährliche Drohung ausgestoßen. Sie haben gesagt, bei der Wahl, da werden wir darüber reden. Also, Herr Landeshauptmann, ich muß schon sagen, in dieser Gesellschaft habe ich mich in Wahlauseinandersetzungen noch nicht befunden. Auf der einen Seite Sie, der Wirtschaftsbund, und auf der

anderen Seite die Sozialistische Partei, die einen christlichen Professor für christliches Gesellschaftsrecht in Regensburg zitiert. So kann man manchmal eingehen in seinen Erwartungen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Ich werde Ihnen etliche christliche Soziologen zitieren, die anderes sagen!) Da Sie mich aber so enttäuscht haben, Herr Landeshauptmann, da Sie mich so enttäuscht haben, habe ich mir in meinem Zettelkasten noch andere Zitate mitgebracht, damit Sie es heute schon wissen, wie sich diese Wahlauseinsetzung zwischen uns abspielen wird. Ich möchte nur noch einmal diesen einen wichtigsten Satz wiederholen, den der Professor für christliche Soziallehre gesagt hat. Er sagt, die soziale Marktwirtschaft sei eine Zweckkonstruktion der politischen Propaganda mit dem Ziel, die Mißstände des Spätkapitalismus zu verschleiern. Und, meine Damen und Herren, man braucht ja wahrlich keine Brille, um diese Mißstände mitzuerleben. Sie müssen ja nur am Abend auf den bestimmten Knopf an Ihrer Röhre drücken und die Weltnachrichten ansehen. Was sehen Sie denn ununterbrochen in der ganzen Welt, und zwar rede ich jetzt nicht von Afrika und von Südamerika und von Asien, sondern ich rede von Europa, vom christlichen Abendland, was sehen Sie denn da ununterbrochen? Arbeitslose, Arbeitskämpfe, konservative Regierungen, die zugrunde gehen an diesen Problemen, 30 Mio. Arbeitslose in Mitteleuropa. Und da wagt es der Herr Intemann, hier herauszugehen und zu sagen, diese Marktwirtschaft sei sozial. Sozial, Herr Intemann, haben Sie gesagt. 30 Mio. Arbeitslose, ich wiederhole es, damit Sie es noch einmal hören. In welcher Welt leben Sie eigentlich, Kollege Intemann? (Zwischenruf Dr. Intemann: In welcher Welt leben Sie denn?) Das muß eine Scheinwelt sein, wenn Sie überhaupt nicht registrieren, was um Sie herum in der Welt vorgeht, Herr Kollege Intemann! Das muß man sagen. (Zwischenruf Dr. Kofler: Glauben Sie, daß Sie durch eine zentrale Wirtschaftsleitung die Probleme besser lösen können?) Auf dieses Argument würde ich gerne noch zurückkommen, Kollege Kotier. Damit wir nun die Zitate abrunden und nicht nur christliche Professoren zitieren, möchte ich Ihnen sagen, was einer der bekanntesten deutschen Politikwissenschaftler über die soziale Marktwirtschaft sagt: Das ist Prof. Iring Fetscher, der Ihnen vielleicht kein Unbekannter ist. Bei der sozialen Marktwirtschaft handle es sich um ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das vom Konkurrenzkampf lebt, von der Jagd nach dem wirtschaftlichen Erfolg und vom unaufhörlichen Anstacheln des persönlichen Egoismus. Und jeder sieht, meine Damen und Herren, wohin das führt, wohin dieses Ellbogen- und Profitsystem unsere Gesellschaft geführt hat, Herr Kollege Intemann. Und Ihre Tragik ist es ja, daß Sie die Auswüchse, daß Sie ununterbrochen die Auswüchse eines Systems hier anprangern und der Kollege Sausgruber noch dazu den Verfall der Werte, der ausgerechnet durch dieses System produziert wurde. Das ist eine echte Tragik, die Sie offensichtlich nicht begreifen, denn Ihnen wäre es lieber, dafür die sozialistische Bundesregierung verantwortlich zu machen. Das verstehe ich natürlich, das liegt Ihnen näher. Aber jeder, ich sagte das schon einmal, der den Blick über den Teller hinausbringt, der sieht natürlich, daß das ein Problem ist, das in der ganzen zivilisierten Welt umgeht.

(Zwischenruf Jäger: Nennen Sie uns einmal Ihr System!) Dazu komme ich noch, Herr Kollege Jäger! Nicht so vorlaut sein, ich komme zu allem. Ich möchte nur noch die Zitate abrunden, um einen Ihrer großen Sterne, wenige gibt es ja noch, Kollege Jäger, den Dr. Mock vielleicht und dann auch noch den Dr. Busek in Wien. Was sagt der Dr. Busek über die soziale Marktwirtschaft? Herr Landeshauptmann, darf ich Sie bitten, kurz zuzuhören. Auch das wäre ein Zitat, das wir im Wahlkampf dann wieder austauschen könnten: Der steigende Massenwohlstand, der zunehmende technische Fortschritt und die zunehmende Komplexität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge haben neue Probleme geschaffen, die mit dem traditionellen Instrumentarium der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr bewältigt werden können. Busek sagt weiter, «für unsere Situation ist der Begriff der sozialen Marktwirtschaft zu eng geworden.» Für Sie wird er immer zu weit sein. Weil es den Begriff, Kollege Intemann, weil es den Begriff des «Sozialen» in Maßnahmen versteht, die zur Korrektur der Ergebnisse des Marktmechanismus ergriffen werden. Das ist eine Kritik an der sozialen Marktwirtschaft durch einen Ihrer führenden Politiker, meines Wissens sogar stellvertretender Bundesparteiobmann der ÖVP, so wie der Kollege Jäger. Das war ja auch der Grund, weshalb die Volkspartei meines Wissens von diesem Begriff der sozialen Marktwirtschaft bei der Programmdiskussion vor Salzburg abgerückt ist und zur qualitativen Marktwirtschaft übergegangen ist. (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten) Sie lesen vermutlich das Salzburger Programm am wenigsten, Herr Kollege Rümmele! Schauen Sie (Zwischenruf Dr. Rümmele: Ich lese nicht nur das, sondern auch das Ihrige!) werfen Sie eines schönen Abends in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr einmal einen Blick in dieses Programm hinein, dann sehen Sie, daß Sie zum Begriff der qualitativen Marktwirtschaft übergegangen sind. (Zwischenruf Jäger) Und Sie wissen natürlich, wo ich hinaus will, Kollege Jäger, das ist der Grund, weshalb Sie hier Einspruch erheben. Prof. Erhard auf die Frage, was er davon hielte, von dieser Wertverschiebung: er halte das für einen blühenden Unsinn. So schaut es also aus. Und nun werde ich gefragt, und was wollen Sie? Das simpelste Gegensatzpaar ist immer, daß man uns eine Zentralverwaltungswirtschaft vorstellt. Herr Kollege Kofler, das ist natürlich wirklich zu simpel. Man muß doch ganz einfach sehen, daß sowohl der Privatkapitalismus oder der Spätkapitalismus, wie die Professoren sagen, seine grundlegenden Strukturfehler hat, genauso wie der Staatskapitalismus im Osten, genauso. Und wir Österreicher bilden uns ja ein, daß wir einen an sich vernünftigen Mittelweg gefunden haben, einen vernünftigen Mittelweg gefunden. (Zwischenruf Eß: Das ist die soziale Marktwirtschaft!) Na eben nicht mehr, sondern wir sind bei der österreichischen Marktwirtschaft, Herr Kollege Eß! (Zwischenruf Jäger) Ich weiß es, Herr Kollege Jäger, ich habe halt andere Anforderungen an den Begriff «sozial». Ich kann mir nicht helfen, ich würde mich ewig weigern, eine Wirtschaft sozial zu nennen, in der der Staat alles das reparieren muß, was diese Wirtschaft vorher kaputt gemacht hat, deswegen ist diese Wirtschaft doch nicht sozial. (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten) Und was da alles kaputtgeht, Kollege Jäger,

das kann man ja aus einer Untersuchung etwa entnehmen, die die Arbeiterkammer veranlaßt hat. Da wurde z.B. in Vorarlberg, also nicht irgendwo anders, sondern bei uns in Vorarlberg gefragt: Nimmt Sie ihre Arbeit sehr mit, sind Sie müde und abgespannt, wenn Sie von der Arbeit heimkommen? Antwort: 24.5% der ungelerten Arbeiter, 35% der angelernten Arbeiter, 18% der Arbeiter mit abgeschlossener Lehre und 26% der Facharbeiter sagen, daß sie nach der Arbeit meistens ziemlich kaputt sind. Und noch ärger ist das Verhältnis bei den älteren Arbeitnehmern. So geben bei den über 35-jährigen bereits 35% der Arbeiter und 45% der Frauen an, nach der Arbeit kaputt zu sein. Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die uns schon bewegen müssen. Ein Wirtschaftssystem, das die Arbeiter und die Angestellten so kaputt macht, ist in meinen Augen nicht sozial. Ich bin froh, daß der Kollege Jäger schon aus der neuen Enzyklika zitiert hat. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Das ist eine dialektische Meisterleistung! - Glocke des Präsidenten) Danke für das Kompliment von Ihnen, Kollege Bernhard, ich nehme Komplimente zu jeder Tages- und Nachtzeit entgegen, da kann man nie davon genug bekommen. (Zwischenruf Enzelsberger: Das glaube ich gleich!) Ich möchte noch einmal auf diese Enzyklika zurückkommen. Ich finde hier einen wirklich guten Ansatz, was man unter einer sozialen Wirtschaft verstehen sollte. Da heißt es: Der Mensch darf sich an seinem Arbeitsplatz nicht als Ware, anonyme Arbeitskraft oder als Sklave der Maschine fühlen. Die Maschinen müssen stets Werkzeug für den Menschen bleiben. Dort wo sie den Ansporn zu Kreativität und Mitverantwortung verdrängen, sind sie unverantwortlich. Die Arbeit muß dem Menschen dienen. Wenn das der Papst heute noch sagt, dann hat er nicht nur nach Südamerika geblickt und nicht nur nach Afrika, sondern hat auch die Situation in Europa im Sinn, und das ist die Antwort, wenn Sie mich fragen, wie ich mir eine soziale Wirtschaft vorstelle. So müßte sie ausschauen.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Abg. Dr. Kofler.

Dr. Kofler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Meine Damen und Herren, Sie müssen keine Angst haben, daß ich gewillt bin, die Diskussion, die Ideologiediskussion über die soziale Marktwirtschaft fortzusetzen. Ich hatte mir gedacht, daß eine Zeitlang nach den Reden vom Kollegen Keckeis und auch nach denen des Herrn Vizepräsidenten Falschlunger hier doch gewisse gemeinsame Ansatzpunkte gegeben gewesen wären. Aber nachdem Sie jetzt, Herr Kollege Winder, Ihre Ideologiefilippika gehalten haben, sehe ich kaum irgendwelche Gemeinsamkeiten mehr. Es hat daher auch keinen Wert, daß wir uns darüber lange unterhalten, denn es wird so sein: Sie werden von Ihrem Standpunkt nicht abgehen, Herr Kollege Winder, das ist Ihr gutes Recht. Gestatten Sie aber auch uns, daß wir unsere Meinung hier vertreten. Ich möchte aber zu einem anderen Thema kurz Stellung nehmen, und zwar wurde bereits im Rahmen der Generaldiskussion über die Textilwirtschaft in Vorarlberg im allgemeinen gesprochen. Ich erlaube mir, auch einige Gedanken zu diesem Thema hier im Rahmen der Spezialdebatte beizutragen. Im Zusammenhang mit den sicherlich nicht erfreulichen Entwicklungen

in zwei Vorarlberger Textilbetrieben haben verschiedentlich auch Proponenten aus Politik, und ich meine dabei nicht den Herrn Vizepräsidenten Falschlunger, eine äußerst negative Stellung zur Textilindustrie insgesamt und zur Vorarlberger Textilindustrie im besonderen bezogen. Die Begründungen lauten hauptsächlich: Die Vorarlberger Textilindustrie ist im Verhältnis zur übrigen Industrie überdimensioniert. Zweitens, die Textilindustrie unseres Landes ist krisenanfälliger als andere Sparten. Drittens, sie ist zu wenig innovativ, ihre Produkte sind zu wenig intelligent. Die Produkte könnten kostengünstiger in Ländern der Dritten Welt hergestellt werden. Ganz abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß es die Textilindustrie samt textilem Gewerbe war und ist, die mit ihren vielschichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten den doch nicht zu verleugnenden Wohlstand unseres Bundeslandes begründet hat und daher eine verallgemeinernde Abqualifikation nicht verdient, sind obige Argumente auch nicht stichhaltig. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat nämlich aus dem ehemals 65%igen Anteil an der Vorarlberger Industrieproduktion im Jahre 1980 einen solchen von nur noch 47,8% bewirkt. Und trotz aller pessimistischen Einstellungen zu diesem Industriezweig muß festgestellt werden, daß der Produktionswert 1980 den nicht geringen Betrag von 10,9 Mrd. S erreicht hat. Das ist gegenüber 1979 eine Steigerung von 8,5%. Von den genannten 10,9 Mrd. S gehen zudem über 50% in den Export. Die Vorarlberger Textilindustrie leistet also ihren positiven Beitrag zur österreichischen Leistungsbilanz. Außerdem verdienen noch immer über 18.000 Arbeitnehmer ihr Brot in dieser Industriesparte. Die Krisenanfälligkeit der Textilindustrie ist keinesfalls größer als in anderen Sparten. Die größten Krisen der letzten Zeit haben jedenfalls nicht den textilen Bereich erfaßt, sondern jenen, der lange Zeit zu den wachstumsträchtigsten gezählt wurde; ich erinnere an EUMIG, an Klimatechnik, an die VEW. Der Konkurrenzkampf ist zweifelsohne schärfer geworden und der Druck aus den sogenannten Niedriglohnländern ist stärker und schärfer, vielleicht für manchen Betrieb sogar zu stark. Aber die Textilindustrie allgemein als besonders gefährdet zu betrachten, ist unrichtig, ja sogar rufschädigend. Wir haben in Vorarlberg namhafte Textilunternehmen, die hinsichtlich ihrer Produktivität, ihres Cash flow und ihres steuerlichen Ergebnisses keineswegs einen Vergleich mit anderen Sparten zu scheuen brauchen. Das Argument, die Textilindustrie sei zu wenig innovativ, ihre Produkte zu wenig intelligent und die Produktion könne in den Schwellenländern günstiger abgewickelt werden, zeigt eigentlich, wie wenig man sich mit den Gegebenheiten dieser Industrie beschäftigt hat. Was ist denn innovativer und intelligenter, als jedes Jahr zweimal vollkommen neue Kollektionen zu erstellen, die dem Geschmack eines weltweiten Publikums entsprechen? Es gibt kein Ausruhen, wer nicht laufend kreativ tätig ist und Produkte höchster Qualität anbietet, der wird sicher von Korea oder Hongkong überrollt werden. Die Investitionsziffern von 31.800 S pro Beschäftigten im Jahre 1980 beweisen zudem, daß Vorarlbergs Textilindustrie enorme Anstrengungen unternimmt, um mit besten Maschinen auch beste Ware zu erzeugen, und zwar Ware, die von Niedriglohnländern nicht erzeugt werden kann.

weil es ihnen an technischer Erfahrung und vielleicht auch an modischem Geschmack fehlt. Wie wäre es sonst eigentlich möglich, daß über 50% der Produktion von ausländischen Kunden abgenommen wird? Diese Investitionen im Jahre 1980 von immerhin 600 Mio. S dienen aber nicht nur der Absatzsicherung, sondern auch der Sicherung von qualitativ immer höher werdenden Arbeitsplätzen. Jeder überzogene Pessimismus würde auch bei uns zum sogenannten schwedischen Modell führen, das darin besteht, der Textilindustrie jegliche Existenzberechtigung abzusprechen. Heute ist Schweden bereits so weit, daß es nahezu zu jeden Meter Stoff einführen muß, was allein von der Handelsbilanz her zu äußerst negativen Auswirkungen führt. Schweden hat daher erkannt, daß diese Entwicklung eines Industriezweiges falsch war und unternimmt heute wieder starke Anstrengungen, eine heimische Textilindustrie aufzubauen. Wir meinen daher, daß es auch in Österreich und speziell in Vorarlberg angebracht wäre, der heimischen Textilindustrie wieder jenen Platz zukommen zu lassen, der ihr auf Grund ihrer Leistungen als Arbeitgeber und als Mitverantwortlicher für den erwiesenen Vorarlberger Wohlstand auch gebührt.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Meine Damen und Herren! Nur kurz einige Äußerungen zu dem, was Kollege Jäger gesagt hat. Kollege Jäger, wir sind natürlich Abgeordnete im Vorarlberger Landtag und nicht im Burgenländer Landtag und auch nicht im oberösterreichischen Landtag und Sie haben ein geradezu klassisches Beispiel dafür gegeben, wie man ein Problem auch in Grund und Boden zerreden kann.

Wenn Sie etwa gemeint haben, für Sie bedeute die Priorität Arbeitsplatzsicherung, dann wissen Sie genauso gut wie ich, daß die Pendlerbeihilfe ein Mittel ist, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen und Mobilitätsförderung im weiteren Sinne auch eine Arbeitsplatzförderung bedeutet. Sie haben zum zweiten, Kollege Jäger, die Untersuchung der Handelskammer bemüht. Kollege Jäger, die Handelskammer hat einzig und allein in der Vorarlberger Industrie recherchiert, nur Pendler erfaßt, die mindestens 25 km zwischen Arbeitsort und Wohnort als einen Weg zurücklegen, damit dem Pendlerbegriff, wie er in Österreich gängig ist, natürlich nicht gerecht werden, wozu noch kommt, daß die Industrie ja nur ein Viertel aller Vorarlberger Arbeitnehmer repräsentiert, und ich überzeugt bin und habe das auch im Finanzausschuß schon dargelegt, daß wahrscheinlich größere Betriebe in der Abgeltung der Pendlerkosten vielleicht großzügiger sind, als dies kleinere und mittlere Betriebe sind, und drei Viertel aller Arbeitnehmer, Kollege Jäger, sind von dieser Untersuchung einfach nicht erfaßt. Man kann also auf Grund der Untersuchung der Handelskammer im Rahmen der Sektion Industrie bitte nicht auf alle übrigen Arbeitnehmer Vorarlbergs schließen. Zum vierten, Kollege Jäger, natürlich ist die Administration öffentlicher Beihilfen, in welcher Art immer, mit gewissen Schwierigkeiten verbunden. Kollege Eß, das sage ich auch Ihnen. Aber genauso, wie man etwa die Wohnbauförderung administriert, gäbe es selbstverständlich auch Möglichkeiten, ohne allzu großen und allzu

viel Aufwand diese Beihilfeadministratoren zu können. Und wenn Sie gemeint haben, Kollege Jäger und Kollege Intemann, die ÖVP überlege sich, in jenen Regionen, die eher schwach entwickelt, die von Entsedelung bedroht sind, gemeint haben Sie offenbar das Große Walsertal, vielleicht auch das Klostertal, es gehört auch zu diesen Regionen, ja, meine Damen und Herren, da tritt dann genau das gleiche Problem auf. Sie müßten natürlich diese Beihilfen genauso administrieren, wenn auch in kleinerer Quantität, als wenn die Beihilfe landesweit gegeben würde. Ich glaube also, an administrativen Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, kann und soll diese Beihilfe nicht scheitern.

Und ich meine, der «klügste» Beitrag, klug bitte in Anführungszeichen, war sicher vom Dr. Intemann, wie er gemeint hat, jetzt müsse man beim Bund vorstellig werden, um die Arbeitslosenversicherungsbeträge, die von Vorarlberg bezahlt werden, oder die Arbeitsmarktförderungsbeträge wieder ins Land zurückzubekommen. Das ist genau eine jener irrigen Meinungen, meine Damen und Herren, wie sie von den Pro-Vorarlbergern vertreten wurden, in der Sache überhaupt nicht haltbar. Wir machen uns ja lächerlich, meine Damen und Herren, mit einer solchen Forderung. Diese Beiträge basieren nun einmal auf dem Prinzip der Solidarität. Und man kann nicht in jedem Augenblick, wo es einem opportun erscheint, abspringen, indem man mit irgend einer Kennzahl, bei der Vorarlberg im Vergleich zu anderen Bundesländern günstig abschneidet, sagte, diese Mittel müssen her, und in anderen Bereichen, wo wir negativ oder ausgeglichen bilanzieren, erklärt, wir bleiben im Solidaritätsverband des ganzen Bundesstaates. Es ist zwar richtig, was Sie hier sagen, daß wir etwa mehr Arbeitslosenversicherungsbeiträge in den Bundestopf zahlen als zurückkommen. Aber ich könnte nun mit Gegenbeispielen auffahren, meine Damen und Herren. Wir holen etwa bei verschiedenen Pensionen weitaus mehr aus diesem Topf heraus als wir einzahlen. Das Gleiche gilt für die Bauarbeiterurlauberkassa und dergleichen mehr. (Zwischenruf Enzelsberger-Schönbichler: Das ist nicht wahr!) Es gibt ja auch, aber natürlich, Frau Schönbichler, Sie haben heute soviel Unsinn geredet, daß ich gar nicht darauf eingehe. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Das ist nicht grad schön!) Ja, das ist auch nicht gerade schön, was Ihre Kollegin schon von sich gegeben hat. Herr Präsident, entschuldigen Sie, Sie waren (Zwischenruf Präsident: Aber ich bitte Sie, den Ausdruck zurückzunehmen, weil «Unsinn» ist nicht parlamentarisch!) Sie waren nicht da, haben also ihren Beitrag nicht gehört. Auf Ihre Äußerung muß der Kollegin Schönbichler schon einmal anständig repliziert werden. *Es* ist schade, daß Sie damals nicht den Vorsitz inne hatten, als sie gesprochen hat.

Es gibt Untersuchungen, meine Damen und Herren, wo diese Geldströme zwischen Bund, Land oder wie Sie es auszudrücken belieben, Wien und Vorarlberg dargestellt wurden, und Sie wissen, daß wir grosso modo, in etwa ausgeglichen abschneiden. Man kann sich also aus einem Kuchen nicht die Rosinen herauspicken.

Und, Kollege Jäger, mit den schwachen Argumenten, die Sie hier vorgebracht haben, wäre es wirklich besser gewesen, Sie hätten jene beibehalten, wie Sie sie im Rahmen

des ÖGB und der Arbeiterkammer vertreten haben.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Klubobmann Eß.

EB: Hoher Landtag! Die Version, die der Kollege Klubobmann Winder hier von der österreichischen Wirtschaft geäußert hat, hat mich doch veranlaßt, noch einmal herauszugehen, um unsere Meinung, und dies zum letzten Mal zu diesem Thema, zur sozialen Marktwirtschaft zu sagen. Als einer der Ältesten hier in diesem Hause, an Jahren Ältesten, habe ich als junger Mensch die Zwischenkriegszeit erlebt in einer fünfköpfigen Familie. Die Leistungen, die sozialen Leistungen des Staates waren damals äußerst gering, vermutlich nicht deshalb, weil der Staat nicht gewollt hätte, sondern weil einfach die Mittel nicht zur Verfügung standen zu sozialen Leistungen, wie dies heute der Fall ist. Ich habe dann zum Teil als Soldat eine Diktatur erlebt mit einer Wirtschaft, die bis ins letzte Detail gelenkt war. Darüber noch ein Wort zu verlieren, ist müßig. Ich habe dann die Nachkriegszeit erlebt mit dem allmählichen Aufblühen der Wirtschaft und damit mit der Möglichkeit, daß der Staat mehr enorme und beachtliche Leistungen, Sozialleistungen erbracht hat. Soziale Leistungen, die zugegebenermaßen maßgebend auch durch die Tätigkeit der Gewerkschaften usw. erkämpft und erstritten wurden. Aber darin sehe ich ja den Unterschied zwischen der totalen Staats Wirtschaft, wie wir sie im Osten haben, von der doch sicher niemand behaupten kann, daß sie soziale Leistungen erbringe, wie wir sie uns heute vorstellen, und jener sozialen Wirtschaft, sozialen Marktwirtschaft, die es unserem Staat ermöglicht hat, von der Kinderbeihilfe über die Geburtenbeihilfe bis zur Hochzeitsgabe usw. Leistungen zu erbringen, die nun einmal die Marktwirtschaft, für die nun einmal die Marktwirtschaft ihre Mittel zur Verfügung stellt. Wo nähmen wir heute die Mittel her, jetzt in einer etwas kritischeren Zeit, um sowohl private Betriebe, die in Schwierigkeiten kommen, zu stützen, wenn es notwendig und nützlich ist, um aber auch in die staatlichen Betriebe Milliarden hineinzugeben, um die Arbeitsplätze zu sichern? Und schauen Sie, Sie werden keinen Gegenbeweis finden, daß diese Wirtschaft, die hier auch von Ihrer Regierung zum großen Teil praktiziert wird, doch die soziale Marktwirtschaft ist oder jedenfalls das ist, was wir Freiheitlichen uns unter sozialer Marktwirtschaft vorstellen.

Präsident: Das Wort hat nun Herr Klubobmann Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Mancher Zuhörer, meine Damen und Herren, war vielleicht gestern der Meinung, daß der Angriff des Herrn Klubobmannes Winder auf die soziale Marktwirtschaft auf eine vorübergehende geistige Verstimmung zurückzuführen sei. Vielleicht auch darauf, daß er den Blick für die Größenordnungen verloren zu haben scheint, denn die Realität der Arbeitslosigkeit in Mitteleuropa ist zwar tragisch, aber von 30 Millionen Arbeitslosen in Mitteleuropa zu sprechen, zeigt doch, daß Ihnen fundamentale Kenntnisse abgehen. Aber ich erkläre noch einmal, die Realität ist traurig genug.

Die Wirklichkeit ist aber offenbar, Herr Klubobmann Winder, doch so, daß Sie sich in vollkommener Übereinstimmung mit Ihrem Parteiprogramm befinden, wenn ich einige Sätze zitieren darf. Da ist die Rede von der Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft, wo unter der Überschrift - der pompösen Überschrift - der «Wirtschaftsordnung des Kapitalismus» in Ihrem Parteiprogramm die Rede ist, daß diese auf Gewinn und Konkurrenz aufgebaute Wirtschaftsordnung Eigennutz und Gleichgültigkeit an die Stelle von Kooperation und Solidarität setzt, alles werde zur Ware gemacht. Ein weiteres wörtliches Zitat: «Der Wohlfahrtsstaat ist durch die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedroht.» Ein weiteres Zitat aus Ihrem Parteiprogramm spricht von der Unfähigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die Probleme der Menschen zu lösen. Es sei eine tiefgreifende Änderung der Gesellschaft notwendig. Ich weiß nicht, ob man traurig sein soll oder dankbar sein soll, daß Sie in dieser Klarheit den Standpunkt Ihrer Partei hier geäußert haben. Ich persönlich hatte eigentlich gehofft, daß wenigstens in Vorarlberg diese sehr linken Teile Ihres Parteiprogrammes nicht zu ernst genommen werden, (Zwischenruf Winder: Der Papst ein Linker!) aber ich muß mich eben eines Besseren belehren lassen.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Jäger.

Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben letztes Jahr in der Diskussion zum Kapitel Wirtschaft uns auch darüber unterhalten, inwieweit die Kompensationsgeschäfte, die von Regierungsmitgliedern, insbesondere des Bundeskanzlers, anlässlich von Staatsbesuchen getätigt werden, unserer Wirtschaft, im speziellen der Wirtschaft unseres Landes, Schaden und Konkurrenz machen, wobei ich nur die Vermutung ausgesprochen habe, daß es durchaus denkbar sei, daß solche Waren, die im Kompensationswege nach Österreich kommen, dann halt weiterverkauft werden und auch unserer Vorarlberger Wirtschaft Konkurrenz machen. Sie haben das strikt in Abrede gestellt. Folgendes hat sich ereignet: Die Republik Österreich, das Bundesministerium für Landesverteidigung hat am 17.9. ein Angebot eingeholt über 33.000 Stück Leintücher. Kollege Keckeis, das könnte gar nicht uninteressant sein für Sie als Wirtschaftssprecher der SPÖ-Fraktion. Das Landesverteidigungsministerium, also das Bundesministerium für Landesverteidigung, hat ein Angebot eingeholt - 33.000 Stück Leintücher, und zwar Eröffnung der Angebote am 20.10.1981, Erteilung des Zuschlages am 19.11.1981 und Lieferung am 30.11.1981, also von der Eröffnung des Angebotes 20.10.1981 bis zur Erteilung des Zuschlages 19.11.1981 ist fast ein Monat vergangen, und dann bis zum Liefertermin, da sind noch ganze 11 Tage verblieben. Es hätte also in 11 Tagen geliefert werden sollen, und da sind die Firmen der Reihe nach eingeladen worden und den Zuschlag bekommen hat dann die Import Gesellschaft der Chemiehütte Linz. Das Bundesministerium für Landesverteidigung vergibt einen Auftrag und bekommen hat ihn die Import-Gesellschaft der Chemiehütte Linz. Das war just noch in der Woche, in der überall plakatiert worden ist, man soll österreichische Ware

kaufen.

Es hat dann eine Firma, um einmal die Situation bei dieser Chemiehütte Linz oder Importgesellschaft der Chemiehütte Linz etwas zu überprüfen, auch ein Angebot eingeholt und da heißt es: Lieferzeit; die angebotenen Positionen sind kurzfristig in jeder gewünschten Menge lieferbar, d.h. also doch im Klartext, daß diese Importgesellschaft eben diese Kompensationsware hereinnimmt und dann schaut, sie an den Mann zu bringen, wobei es natürlich Angebote sind, die weit weit unter dem liegen, was unsere Industrie in der Lage wäre anzubieten. Gerade Angebote, die aus dem Wiener Raum gekommen sind, sind dreimal so hoch gelegen als das Angebot der Chemiehütte Linz. Der Bundesminister für Landesverteidigung, damit konfrontiert, hat gesagt, es war eine dringende Anschaffung für ein Flüchtlingslager und schreibt dann, daß in erster Linie der dringende Bedarf erfüllt werden muß. «Erst in zweiter Linie kann auf österreichische Firmen Rücksicht genommen werden. Im weitesten Sinne ist dies aber auch im gegenständlichen Fall erfolgt, da die Firma Chemiehütte Linz eine österreichische Firma ist und auch durch Kompensationsgeschäfte zur Sicherung der Arbeitsplätze österreichischer Arbeiter beiträgt.» Ich weiß nicht, was diese Herren sagen würden, wenn wir für die Textilien, die wir ins Ausland liefern, Chemikalien oder was immer im Kompensationswege hereinnehmen würden.

Ich wollte damit nur aufzeigen, daß halt doch die Befürchtungen, die ich ausgesprochen habe, der Wahrheit entsprechen, und daß über diese Kompensationsgeschäfte, letztes Jahr haben wir darüber diskutiert, unserer Wirtschaft Konkurrenz gemacht wird und unsere Arbeitsplätze damit gefährdet werden. Das wollte ich dazu noch sagen.

Zum Schluß vielleicht noch einmal zur Diskussion über die soziale Marktwirtschaft. Qualitative Marktwirtschaft? Dieser Begriff ist von der ÖVP nie geprägt worden. Es hat Busek zusammen mit zwei anderen ein Buch geschrieben, das den Titel trägt: «Qualitative Marktwirtschaft.»

Was die soziale Marktwirtschaft anlangt, so können wir eines nicht bestreiten, daß die Effizienz dieser Wirtschaftsform eine große ist und wohl kein anderes Wirtschaftssystem in der Lage ist, materiell dieselbe Effizienz hervorzubringen. Das Problem liegt in der Verteilung, das gebe ich ohne weiteres zu. Und ich gebe mich auch nicht ganz damit zufrieden, daß, wie es vielfach geschieht, erst im nachhinein korrigiert wird, d.h. also, wie man schon gesagt hat, daß diese soziale Marktwirtschaft so funktioniert, daß ein Wagen durchfährt und hinten nach ein Handwagen, auf dem die Maroden aufgeladen werden, die herabgefallen sind. Ich bin auch nicht zufrieden mit dem Begriff «qualitative Marktwirtschaft», weil er wiederum vom Sachlichen ausgeht, von besserer Umweltqualität, besserer Lebensqualität, die zwar wieder personenbezogen sind. Deshalb kann ich mir auch vorstellen, daß gerade auch im Hinblick auf die Enzyklika und das, was wir diskutiert haben, einmal vielleicht der Begriff, den ich geprägt habe, «Humane Marktwirtschaft», als Leitbild gilt. Daß also vorher auf den Menschen und seine Bedürfnisse Rücksicht genommen, und eine Wirtschaftsordnung weiterentwickelt wird, aber nicht geändert, sondern weiterentwickelt wird, die diesen Kriterien gerecht wird.

Und nun noch zum Kollegen Dr. Keckeis: Die Untersuchung der Handelskammer, die haben wir im Kontaktausschuß gefordert, weil man gesagt hat, man braucht halt auch Zahlen, damit man über diese Dinge reden kann. Ich bin mir klar, daß man sie vielleicht nicht exakt hochrechnen kann. Aber weit daneben wird man nicht liegen, wenn man eine Hochrechnung anstellt. Ich habe das nicht mit administrativen Schwierigkeiten begründet, sondern habe eben auch administrative Schwierigkeiten angeführt. Aber eines fällt mir halt doch auf, immer wieder, wenn es darum geht, daß der Bund Verpflichtungen, die er an sich kraft gesetzlicher Bestimmungen hätte oder (auch das Pendlerpauschale wäre in erster Linie Sache des Bundes) und der Bund kommt diesen Aufgaben nicht nach, daß dann von Ihnen gefordert wird, das Land soll hier einspringen. Ich frage mich, ist das wirklich die Aufgabe eines Landtagsabgeordneten? Das ist eine eigenartige Haltung. Es ist nicht im Interesse des Landes gelegen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das gilt fürs ganze Förderungswesen, da werden viele Aufgaben wahrgenommen) Na gut, ich habe auch schon einmal gesagt, daß auch die Vorfinanzierungen problematisch sind. Vorfinanzierung ist auch vorweggenommene Arbeit, die uns einmal abgehen wird. Aber ich glaube, (Zwischenruf Winder: Für Präsenzdiener haben wir auch Beihilfen beschlossen!) Gut, aber das ist also sicherlich nicht vergleichbar. Beim Präsenzdiener gibt es auch keine Verpflichtung des Bundes. (Zwischenruf: Doch!) Jetzt schon, aber bisher nicht gegeben. Aber es ist nicht im Interesse des Landes gelegen, wenn man Verpflichtungen, denen der Bund nicht nachkommt, obwohl er zuständig wäre, von den Ländern fordert. Ich glaube, die Konsequenz müßte doch sein, daß man den Bund auffordert, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Und wer halt immer wieder nur das Land auffordert, die Verpflichtungen des Bundes, denen er nicht nachkommt, einzulösen, ich weiß nicht, mir kommt vor, Ihr seid nicht so sehr Landtagsabgeordnete, sondern vielmehr Bundesentlastungsabgeordnete. Das ist sicherlich nicht die Aufgabe eines Landtagsabgeordneten.

Präsident: Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer zur Geschäftsordnung.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Herr Präsident hat nach der Geschäftsordnung die Aufgabe, bei verbalen Entgleisungen von Abgeordneten nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung vorzugehen, und er hat, soweit das die Sozialistische Fraktion an diesen beiden Tagen betrifft, von diesem Recht auch immer wieder Gebrauch gemacht. Herr Präsident, ich erinnere Sie daran, daß Sie umgekehrt in früheren Zeiten protokollierte Beleidigungen sozialistischer Abgeordneter durch ÖVP-Mandatare nicht im selben Maße geahndet haben, und ich muß Sie deshalb heute, Herr Präsident, mit allem Nachdruck auffordern, im Sinne einer gerechten Vorsitzführung und im Sinne der Geschäftsordnung auch dafür zu sorgen, daß beispielsweise Ihr Parteifreund und Klubobmann Sausgruber seine beleidigenden Äußerungen gegen unseren Klubobmann zurücknimmt. Er hat behauptet, der Klubobmann leide unter vorübergehenden geistigen Ver-

stimmungen, was gar nichts anderes bedeutet, als daß der Klubobmann gestern offensichtlich nicht ganz zurechnungsfähig gewesen wäre. Herr Klubobmann Sausgruber, das ist eine persönliche Beleidigung und ich erwarte von einem Vorsitzenden, der so sehr Gebrauch gemacht hat von der Geschäftsordnung gegenüber der SPÖ, bei verbalen Entgleisungen darauf hinzuweisen, daß das nicht in dieses Haus paßt. Daß er dieser Verpflichtung auch gegenüber seinen eigenen Klubfreunden nachkommt.

Präsident: Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen sagen, daß die Art und Weise, wie der Herr Klubobmann Dr. Sausgruber das gebracht hat, in keiner Weise nach meinem Dafürhalten eine Verächtlichmachung war, wie sie mehrfach heute in diesem Hause von mir ungerügt erfolgt ist. Ich darf erinnern an die Äußerungen, die mehrfach von Ihrer Fraktion hier gemacht worden sind, ohne daß ich einen Ordnungsruf erteilt habe. Ich habe zur Sachlichkeit ermahnt und habe gebeten um eine Zurückhaltung, um mehr Kollegialität im Zusammenhang mit Äußerungen, die unvergleichlich härter waren und die darauf ganz bewußt abgezielt haben, einen Kollegen herabzusetzen. Das habe ich jedenfalls hier nicht so empfunden.

Das Wort hat nun der Herr Landesrat Dr. Rümmele.

Es war die Rede von Rechtsbeugung und weiß ich was allem. (Zwischenruf Winder: Das war auch eine Rechtsbeugung, Herr Präsident, das ist aktenkundig!) Bitte, Herr Landesrat Dr. Rümmele. (Zwischenruf Winder: Habe ich zu Ihnen schon einmal gesagt, Sie seien wirr im Kopf, Herr Landeshauptmann, habe ich zu Ihnen das schon einmal gesagt? - Zwischenruf Dr. Keßler: Rechtsbeugung haben Sie mir vorgeworfen! - Zwischenruf Winder: Bitte, habe ich zu Ihnen gesagt, daß Sie wirr im Kopf sind? - Präsident: Herr Klubobmann, Sie haben heute in einem Zwischenruf zum Herrn Landeshauptmann von Ayatollah gesprochen! - Zwischenruf Winder: Das ist was anderes! - Präsident: Na eben, ist das nicht eine ganz bewußte Herabsetzung, für die Sie bei einer Wiederholung den Ordnungsruf erhalten? - Winder: Tun Sie mich nicht provozieren! - Präsident: Aber bitte nicht so wehleidig zu sein auf der einen Seite, wenn ich großzügig bin Ihnen gegenüber! Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Rümmele! - Winder: Wir werden mit Euch anders umgehen in Zukunft! - Präsident: Nur keine Drohung bitte, Herr Klubobmann! - Zwischenruf Winder: Wenn das einreißt, daß ein Klubobmann hier der geistigen Verwirrung geziehen wird, meine Herren, ...! - Präsident: Er hat nicht gesagt «geistige Verwirrung», sondern «geistige Verstimmung»!) Bitte, Herr Landesrat Dr. Rümmele.

Dr. Rümmele: Hohes Haus! Ich hoffe, daß ich nun doch zu Wort komme, daß auch der Herr Klubobmann Winder mich zu Wort kommen läßt. Ich habe schon gesagt, daß zahlreiche Vorredner eigentlich fast alles zu den aufgeworfenen Themen gesagt haben, was ich sagen wollte. Ich kann mich deshalb kurz fassen!

Zum Thema soziale Marktwirtschaft nur noch zwei kurze Bemerkungen. Zunächst einmal wird der Begriff «soziale Marktwirtschaft» hier offensichtlich falsch verstanden. Der Kollege Keckeis hat etwas gesagt, daß der Begriff «soziale

Marktwirtschaft» ein Widerspruch in sich selbst wäre, weil Marktwirtschaft nicht sozial sein könnte. Ich glaube, man muß eigentlich nur das Lexikon aufschlagen, um dort genau zu sehen, was gemeint ist mit sozialer Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft basiert bekanntlich auf dem Prinzip des Wettbewerbs. Nun müssen wir zugeben, daß ein unbeschränkter, ein schrankenloser Wettbewerb natürlich gewisse negative Erscheinungen mit sich bringen kann, welche einer Korrektur, Herr Klubobmann, wieder eines Korrektivs, was Dr. Busek richtig gesagt hat, bedarf, damit eben hier gewisse negative Nebenerscheinungen ausgeglichen werden. Man denkt dabei natürlich nicht an direkte Eingriffe des Staates, sondern unter diesen korrigierenden Maßnahmen sind Rahmenbedingungen gesetzlicher und auch vertraglicher Natur gemeint, welche diese negativen Erscheinungen ausgleichen. Ich erwähne hier beispielsweise gewerberechtliche Bestimmungen, Kartellgesetze, Urheberrechtsgesetze, Patentgesetze, vor allem aber der soziale Schutz des Schwächeren. Und es ist ein unabdingbares Attribut der sozialen Marktwirtschaft, hier auch in sozialer Hinsicht ganz entscheidende Akzente zu setzen. Ich darf erwähnen, daß die großen Sozialgesetze, welche in Österreich, aber auch in anderen Ländern mit der sozialen Marktwirtschaft geschaffen wurden, in jenem Zeitpunkt geschaffen wurden, wo die soziale Marktwirtschaft ihre Blüte hatte.

Ich komme damit zum zweiten, Herr Klubobmann Winder: Ich brauche keine Zitate, was die soziale Marktwirtschaft sei, wir haben ja praktische Beispiele. Wir müssen uns nur an den Raab-Kamitz-Kurs in Österreich oder das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder unter Erhard erinnern. Das waren typische Beispiele der sozialen Marktwirtschaft. Und diese Beispiele, Herr Klubobmann Winder, würde ich Ihnen empfehlen, auch dem von Ihnen oft zitierten Jesuitenprofessor bekanntzugeben. Eines muß ich allerdings sagen, die soziale Marktwirtschaft braucht zu ihrem Funktionieren einige gewisse Voraussetzungen und Grundlagen. Solange man der sozialen Marktwirtschaft diese Voraussetzungen läßt, funktioniert sie. Und wenn man heute gelegentlich sagt, der Staat muß eingreifen, weil die soziale Marktwirtschaft nicht mehr so richtig funktioniert, dann müßte man eigentlich umgekehrt richtig sagen, daß die soziale Marktwirtschaft nicht mehr so richtig funktionieren kann, weil der Staat zuviel eingreift. Man muß diese Voraussetzungen gelten lassen, genauso wie man einem Menschen nicht das Blut abzapfen kann bis zum letzten und dann sagen, der Blutkreislauf funktioniert nicht mehr. So kann man der sozialen Marktwirtschaft gewisse Voraussetzungen, wie beispielsweise die ausreichende kapitalmäßige Ausstattung der Betriebe nicht nehmen, um dann zu sagen, wenn in schwierigen Zeiten die Betriebe keine Reserven mehr haben, hier müsse der Staat eingreifen. Das zum Begriff der sozialen Marktwirtschaft.

Des weiteren zu den Ausführungen von Herrn Dr. Keckeis bzw. zu seinen Anträgen bezüglich der Dotation von 5 Mio. S, um in Schwierigkeiten geratenen Firmen zu helfen. Ich möchte unbeschadet der Ausführungen vom Herrn Kollegen Präsident Jäger, der jetzt diese Maßnahme auf eine bestimmte Firma bezogen hat, doch darauf hinweisen, daß die Landesregierung bereits Richtlinien für die

Gewährung von Beihilfen zur Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze geschaffen hat und ich glaube, in dieser Position könnte auch die von Ihnen gewünschte Haushaltsposition, Herr Abg. Dr. Keckeis, enthalten sein. Es handelt sich um eine Maßnahme, welche als Ergänzung zu den Maßnahmen gemäß §35 und 36 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes Zuschüsse gewährt. Diese Zuschüsse sind neben der Voraussetzung, daß seitens der Arbeitsmarktverwaltung entsprechende Beiträge geleistet werden, noch an weitere Bedingungen geknüpft, so beispielsweise, daß von Seiten der Unternehmensführung alles unternommen wird, den Betrieb am Leben zu erhalten. Dazu gehört z.B. auch die Bereitschaft des oder der Gesellschafter, Privatvermögen für den Betrieb zu verwerten. Es muß ferner angenommen werden können, daß durch die Gewährung einer Beihilfe eine dauernde Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Betriebes erwartet werden kann. Es wird ferner erwartet, daß die Gewährung der Beihilfe im öffentlichen Interesse gelegen ist. Und für diese Zwecke, glaube ich, ist es gerechtfertigt, Mittel einzusetzen ergänzend zu den Arbeitsmarktförderungsmitteln, weil hier eben doch offensichtlich die Gewähr besteht, daß hier nicht gutes Geld dem schlechten nachgeworfen wird, sondern daß es eine Maßnahme wirklich im Interesse der Wirtschaft und damit der Erhaltung der Arbeitsplätze ist. Im Budget ist für diese Position zwar ein Haushaltsansatz gegeben, der ziffernmäßig allerdings nicht dotiert ist. Dies deshalb, weil gerade heute man auch nicht annähernd abschätzen kann, welcher Bedarf für diese Position erwartet werden muß, zumal nicht bekannt ist, wieviel Mittel die Arbeitsmarktverwaltung bereit ist, hierfür einzusetzen. Nun noch ein Wort zur Solidarität im Zusammenhang mit dem Einsatz und der Abfuhr von Arbeitsmarktförderungsmitteln. Herr Kollege Keckeis, ich pflichte Ihnen völlig bei, daß natürlich bei allem gegenseitigen Ausgleich ein Solidaritätsprinzip im Vordergrund stehen muß und auch stehen soll. Nur glaube ich, daß dieses Solidaritätsprinzip solange uneingeschränkt angewendet werden kann, als man die Arbeitsmarktförderungsmittel irgendwo nicht braucht. Aber Sie werden mir sicher beipflichten, daß in dem Moment, wo wir auch in Vorarlberg mehr derartige Arbeitsmarktförderungsmittel brauchen, man uns diese auch geben muß, eben auch unter dem Aspekt der Solidarität und daß es deshalb schon gerechtfertigt ist, darauf hinzuweisen, was man auf der einen Seite hingibt und was man auf der anderen Seite zurückerhält. In Wien wird bisher immer behauptet, Vorarlbergs Wirtschaft habe keine Probleme. Wir haben eben auch, leider muß ich sagen, unsere Probleme und da würde ich eben erwarten, daß auch von Seiten des Bundes eine entsprechende Konsequenz gezogen wird.

Zur Frage Pendlerbeihilfe brauche ich nicht mehr viel zu sagen. Sicher gibt es Fälle, wo ein Pendlerpauschale von der Sache her gerechtfertigt wäre. Wir haben aber gehört, daß doch offensichtlich ein großer Teil jener Dienstnehmer, welche pendeln müssen oder freiwillig pendeln, irgendwie mit den Mehraufwendungen wenigstens zum Teil abgedeckt sind. Es gibt sicher noch vor allem aus regionalen Erwägungen Härtefälle, wo eine Hilfe angebracht wäre. Es ist natürlich schwierig, diese im einzelnen herauszuhalten.

Ich muß aber doch folgendes sagen: Ich glaube, daß den Arbeitnehmern gesamthaft gesehen damit am besten geholfen ist - gerade in der heutigen schwierigen Zeit - wenn möglichst viele Budgetmittel investitionswirksam eingesetzt werden. Und wir müssen uns doch im klaren sein, daß, wenn 8 Mio. S nach Ihrem Vorschlag für eine Pendlerbeihilfe verwendet werden, die dem einzelnen sehr wenig bringt - der Herr Abg. Intemann hat das sehr eindrucksvoll durch eine Rechnung dargelegt - daß diese 8 Mio. S irgendwo anders abgehen. Und abgehen tun sie meistens dort, wo man ein gewisses Ermessen hat, nämlich im investitionswirksamen Raum. Und mit 8 Mio. S kann man immer schon einiges tun. Man kann sehr viele Wohnungen damit fördern, man kann Hochbauten fördern, man kann auch Straßenbauten oder Wasserbauten, um nur einige Beispiele zu nennen, damit fördern und auch wieder Arbeit schaffen und damit einer Branche helfen, welche es derzeit auch nicht sehr leicht hat. Schließlich nur noch ganz kurz zum Schluß zur Frage des Vergleichs der Förderung von Handelskammer bzw. Wirtschaftsförderungsinstitut und Arbeiterkammer. Ich darf darauf hinweisen, daß die Anträge, welche von Seiten der Arbeiterkammer an das Wirtschaftsreferat gestellt wurden, voll erfüllt wurden, und zwar im Umfang des jeweiligen Antrages. Wenn Sie darauf hinweisen, daß entweder beide dasselbe haben sollten oder beide nichts, Herr Abg. Dr. Keckeis, ist das doch etwas weit hergeholt, denn wenn man einen solchen Vergleich oder eine solche Gleichstellung bezieht, dann muß man auch berücksichtigen, was jede Institution für Aufgaben hat, was jede Institution macht. Und bei aller Anerkennung dessen, was zum Beispiel das BFI macht, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Er kassiert auch die gesetzlichen Beiträge für diese Leistung. Es ist so vergesorgt, um ihre Aufgaben zu erfüllen!) Herr Dr. Keckeis, das WIFI, das Wirtschaftsförderungsinstitut hat ein Jahresetat von 26 Mio. S, die Förderung des Landes, die beantragte, die im Budget vorgesehene beträgt 3.9 Mio. S. Ich muß aber neben dieser vergleichenden Leistung - ich meine, das WIFI muß mehr leisten, leistet mehr, es ist auch älter als das BFI, ich möchte die Leistung des BFI absolut nicht herabsetzen, auch sie sind sehr wertvoll - doch berücksichtigen, daß natürlich auch die Kosten des WIFIs ungleich größer sind. Ich möchte in dem Zusammenhang aber auch noch darauf hinweisen, daß die Ausgaben für die gewerbliche Berufsförderung bis 1951 im Rahmen des Gewerbe-förderungsinstitutes vom Land zur Gänze getragen wurden. Ab diesem Zeitpunkt übernahm das Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer diese Aufgaben. Das Land verpflichtete sich damals zu einer finanziellen Unterstützung, weil sich das Land ja auf der anderen Seite diese Verpflichtung eingespart hat und diese Verpflichtung betrug in den ersten Jahren mehr als 30% der gesamten Kosten gegenüber beispielsweise 1981 nur noch 15.6%.

Präsident: Herr Klubobmann Winder hat in einem Zwischenruf die Geschäftsordnungsdebatte von vorhin noch einmal aufgegriffen. Herr Klubobmann, ich darf Ihnen noch einmal betonen, daß der Herr Dr. Sausgruber nicht von geistiger Verwirrung, sondern von geistiger Ver-

stimmung sprach, was ein kardinaler Unterschied ist, bitte. Und ich darf jetzt nur aus der Fülle von Blasphemien, die heute hier leider zu meinem großen Bedauern gesagt worden sind, zwei zitieren des Herrn Abg. Dr. Keckeis. Eine laut Mitschrift von Herrn Dr. Schwarz: «Ich würde dem Herrn Kollegen Berchtold raten, eine Traverse einziehen zu lassen, damit er mehr Rückgrat hat.» Ist das keine Beleidigung? Oder gegenüber der Frau Enzelsberger: «So viel Unsinn, wie Frau Enzelsberger gesprochen hat» usw. Nur zwei Zitate aus der Fülle von bedauerlichen Entgleisungen von heute. Ich möchte nur an alle appellieren, daß wir uns hier einer anderen Sprachweise zu bedienen haben, um nicht entsprechende Nervosität allseits auszulösen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Bitte, Herr Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Sie haben diese von Ihnen zitierten Entgleisungen beide sofort und spontan gerügt. (Zwischenruf Enzelsberger: Nein - Präsident: Nein, das stimmt nicht!) Während Sie die Behauptung des Herrn Kollegen Dr. Keckeis gerügt haben, (Zwischenruf Präsident: Die eine schon, ja, das ist richtig, die eine ja!) aber das was Dr. Sausgruber gesagt hat, haben Sie ungehört passieren lassen. Und was wir verlangen, Herr Präsident, ist ein gleiches Maß bei der Beurteilung verbaler Entgleisungen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Es geschieht mehr als genug!)

Präsident: Ich darf nochmals, Herr Abgeordneter, betonen, daß ich im Wort «Verstimmung» keine Herabsetzung eines Kollegen sehe. Die Frau Abg. Enzelsberger hat das Wort, zur Geschäftsordnung bitte!

Enzelsberger: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich habe gewisses Verständnis dafür, wenn man in der Sache nicht replizieren kann, daß man persönlich werden muß, nur bedauere ich so etwas sehr.

Präsident: Herr Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, Sie hatten leider nicht die Vorsitzführung beim Debattenbeitrag der Frau Kollegin Schönbichler; ich habe bereits darauf hingewiesen. Die Kollegin Schönbichler glaubte mich attackieren zu müssen, indem sie erklärte, es war die Rede von sozial kalkulierten Artikeln, indem sie erklärte, ich mit meinem Einkommen brauchte die sozial kalkulierten Artikel nicht. (Zwischenruf Enzelsberger-Schönbichler: Das habe ich nicht gesagt!) Sinngemäß haben Sie das so ausgedrückt, Frau Schönbichler, sogar in etwas drastischerer Art als ich es tue. Und wer so etwas ernst an einen Abgeordnetenkollegen weitergibt, der redet in meinen Augen Unsinn, weil Sie brauchen sie nicht und jeder andere, hier im Hause, braucht sie auch nicht. Daß Sie gerade mich herauspicken und versuchen in einer Art Neidkomplexe zu schüren, das ist Unsinn, da nehme ich kein Wort zurück.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zum Kapitel Wirtschaft. Zunächst «Beitrag an das

BFI von 300.000 S um 100.000 S auf 400.000 S zu erhöhen. Wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag hat nicht die Mehrheit. Antrag «Arbeitsmarktförderung» mit einem Kredit von 5 Mio. S zu dotieren. Wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag hat ebenfalls nicht die Mehrheit. Und nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung. Darf ich der Form halber zunächst um die Unterstützungsfrage bitten bezüglich der namentlichen Abstimmung. Es bedarf der Unterstützung durch vier Abgeordnete. Danke, damit ist die erforderliche Unterstützung gegeben. Ich bitte den Herrn Dr. Schwarz um Verlesung der Namen. Wer dem Antrag, die «Pendlerbeihilfe» mit 8 Mio. S, also diesen Kredit zu eröffnen, der möge ja, wer dagegen ist. nein sagen.

Dr. Schwarz:

Aberer:	nein
Dipl.-Ing. Batlogg:	nein
Berchtold:	nein
Dr. Bernhard:	nein
Dietrich:	ja
Enzelsberger-Schönbichler:	nein
Eß:	abwesend
Falschlunger:	ja
Dipl.-Ing. Feierle:	nein
Fritz:	abwesend
Grabher:	nein
Dr. Häfele:	abwesend
Mag. Heinzle:	nein
Dr. Intemann:	abwesend
Jäger:	nein
Dr. Keckeis:	ja
Dr. Keßler:	nein
Dr. Kofler:	nein
Langanger:	ja
Ludescher:	nein
Dr. Mader:	abwesend
Maurer:	nein
Dipl.-Ing. Mayer:	ja
Moosbrugger:	nein
Dr. Purtscher:	nein
Dr. Renner:	abwesend
Riedmann:	ja
Salzgeber:	abwesend
Dr. Sausgruber:	nein
Mag. Spannring:	ja
Stadelmann:	nein
Dr. Sutterlüty:	nein
Waibel:	nein
Winder:	ja
Wolf:	ja
Zerlauth:	nein

Präsident: Der Antrag hat damit nicht die erforderliche Mehrheit. Wir kommen nun zum Kapitel Landwirtschaft. Wer wünscht das Wort? Herr Abg. Maurer.

Maurer: Hoher Landtag! Erlauben Sie mir, als nichtjung an Jahren, aber jung an Tagen im Vorarlberger Landtag tätigen Abgeordneten, den Voranschlag 1982 über Land-

wirtschaft und deren Förderung einige Feststellungen zu treffen. Über den Stand der Landwirtschaft in unserem Land muß man nicht mehr viel feststellen. Dies wurde, wie mir meine Kollegen berichtet haben, in diesem Hause schon mehrmals vorgetragen. Wenn ich einige Punkte der sehr vielseitigen Landwirtschaftsförderung herausgreife, dann ist besonders die Besitzfestigung im Bergbauernsonderprogramm zu erwähnen, die wir für 1982 um 500.000 S erhöhten. Gerade diese Form der Förderung zeigt, daß es in Berggebieten Möglichkeiten gibt, billig die Arbeitsplätze zu sichern, nicht wie es von unserem Bund praktiziert wird, wo jede Arbeitsplatzsicherung Millionen kostet und noch nicht sicher ist. Ein weiterer Schwerpunkt unserer hervorragenden Landwirtschaftsförderung in unserem Land ist die Gewährung von Zinszuschüssen, die auf 2 Mio. S angehoben werden konnte. Wenn wir hier Vergleiche herannehmen mit dem immer wieder gelobten Bund, so können wir feststellen, daß dort der Trend gerade umgekehrt läuft, z.B. 1982 werden erstmals die AIK-Kredite des Bundes von 2.5 Mrd. S auf 2 Mrd. S gekürzt. Gerade in einer Zeit wo die Baukosten so im Steigen begriffen sind und die Arbeit eher schmaler wird. Bereits 1978 waren es schon 2.5 Mrd. S; z.B. waren 1970 von den Bauern nur 3% für diese Aktion zu zahlen. Die Zinsverbilligung vom Bund damals war bereits 6.14%. Die Entwicklung 1982; es sind, wie erwähnt, nur noch 2 Mrd. S zur Verfügung, davon hat der Bauer jetzt über 8% zu zahlen und der Bund gibt einen Zinszuschuß von nur noch 3³/₄%. Ich glaube, diese Entwicklung zeigt, in welche Situation nur auf einer Ebene die Landwirtschaft in unserem Lande in Zukunft kommen wird. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß für Viehabsatz ebenfalls aufgestockt wurde aus der Sicht der Bedeutung, daß ein Bauer nicht allein mit der Direktzahlung, sondern mit einer echten, guten Preisgestaltung in den Bergregionen überhaupt gehalten werden kann. Ein ganz besonderes Anliegen, wie es sich in Vorarlberg niederschlägt, ist im Land Vorarlberg der Betriebs helferdienst sowie Nachbarschaftshilfe, Förderung der Maschinenringe. Erstmals wird es möglich sein, auch eine Betriebs helferin einzustellen, um der vom Bund unvorstellbaren Ungerechtigkeit gegenüber der Bäuerin sowie der noch guten bäuerlichen Familie zur Zeit noch bescheiden entgegenwirken zu können. Man könnte hier noch viele Aktionen, die sehr erfolgreich sind, anführen. Wir haben bereits Ihre Aussendung oder Ihren Initiativantrag gelesen, das der Bauernbund bereits schon durch zehn Jahre fordert und jetzt kommt plötzlich diese Ansicht aus Ihrer Sicht und dazu schreibt man noch so angenehm, daß die Hälfte wieder mit unseren Beiträgen bezahlt werden soll. Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zu Äußerungen der sozialistischen Bauern in den letzten Tagen. Wenn Sie glauben, daß eine Verdoppelung des Bergbauernzuschusses durch das Land sein soll, so kann ich Ihnen entgegenhalten, daß dies einfach aus einer anderen Welt stammt. Erstens bekommen in Vorarlberg ein Drittel der Bergbauern. 947 Betriebe, den Bundesbergbauernzuschuß überhaupt nicht. Daher glauben wir, daß es besser wäre, bei ihren Genossen in Wien zu sondieren, sich an unseren Förderungen zu beteiligen, da diese keine Pauschale sind, sondern leistungsbezogen, z.B. Bewirtschaftungsprämie,

Alpaprämie u.a. Bei Übersicht der Bundesländer sehen wir gerade aus dieser Sicht, daß nur Burgenland und Kärnten diesem Vorarlberger großen Beispiel noch nicht gefolgt sind. Das Land Vorarlberg hat für 1982 für Flächenprämien bereits 25.850.000 S bereitgestellt für Alpaprämien 7,4 Mio. S. Dies zu verdoppeln wäre eine edle Aufgabe des Bundes. Diese Gelder kann auch ein Betrieb bekommen, wo der Betriebsführer zur Arbeit geht und die Frau und die ganze Familie den Betrieb bewirtschaftet. Hier könnte man viele Beispiele nennen, die zwar immer Sie, wenn ich in Klammer sage SPÖ-Fraktion, betreut haben wollen. Einen weiteren Punkt schneiden Sie auch an, den Fremdenverkehrsstillung. Hier ist zu sagen, daß wir bereits Gemeinden haben, die aus solchen Mitteln die Landwirtschaftsförderung verbessern. Wir sind der Ansicht, daß die guten Fremdenverkehrsgebiete auf direktem Wege machen sollten, daß sie hier echt am Nahbereich leisten können und helfen können. Aber die übrigen Gebiete in unserem Land, die um jede Übernachtung kämpfen müssen, nicht noch mehr belastet werden. Ich darf nur noch darauf hinweisen, daß halt, wie überall, vom Bund stets andere zu belasten sind. Der Bundesvoranschlag war 1966 für die Landwirtschaft noch mit 1.29% belastet, 1982 nur noch mit 0.53%. Über all dies und vieles könnte man hier stundenlang darüber reden, ich lasse Sie selber und auch unsere Bauern beurteilen.

Präsident: Nun hat das Wort Herr Vizepräsident Falschlunger

Falschlunger: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Sicherlich sehr ungewohnt, daß ich mich im Kapitel Landwirtschaft melde, aber um besseres Verständnis darf ich vielleicht jedem Klub ein Bild geben, das ist nicht von mir, sondern es gehört zu dem Thema, über das ich spreche. Meine Damen und Herren! Durch eine Sendung im ORF im Laufe dieses Sommers sind wir auf die Probleme der Fischerei, besonders der Berufsfischerei am Bodensee aufmerksam gemacht worden. Es ist das eingetreten, was Fachleute, besonders einzelne Berufsfischer, seit Jahren angekündigt haben, nämlich das Aussterben wertvoller Fischarten. z.B. seit 1965 sinkt der Hechtertrag trotz steigender Einsätze. Schuld am Rückgang sind vor allem Uferverbauungen und Aufschüttungen, denn durch diese Baumaßnahmen wurden Laichplätze vernichtet. Ich darf vielleicht vorausschicken, daß die Dinge, die ich hier anführe, ich mir die Mühe gemacht habe, ich bin zum Seenforschungsinstitut nach Langenargen gegangen, das sind die Aussagen des Herrn Dr. Teufel von dort. Seit 1960 sinkt der Forellenertrag ebenfalls trotz steigenden Besatzes. Durch Flußverbauungen und Abwassereinflüsse gelangen die Forellen nicht mehr zu ihren Laichplätzen, ihre Fortpflanzung ist gefährdet. Nach einer Aussage vom genannten Dr. Teufel vom Seenforschungsinstitut in Langenargen sind einzelne Fischarten oder Fischarten vom Aussterben bedroht, so der Seibling, Gründling, Groppe, die Schmerle und ebenfalls die Trüsche. Es folgte auch ein Wechsel in der Artenzusammensetzung der Fänge. Früher waren nahezu 80% des Fanges Felchen und Forellen, heute hingegen liegt der Anteil dieser Edelfische unter 10%. Zum

Beispiel hat mir ein bekannter Bregenzer Fischer folgendes festgestellt: Während in den ersten vier Monaten des Jahres 1980 er noch bei gleicher Netzlänge 1229 kg Barsche fing, ging der Fang im gleichen Zeitraum des Jahres 1981 auf 64 kg zurück. Auch die Fischkrankheiten nehmen in 'einem Ausmaß zu, das erschreckend ist. Die Beispiele vom Massensterben der Fische sind aus den Medien bekannt. Auf Grund der angeführten Fakten ist es schon so weit, daß Gastwirte Felchen z.B. aus oberbayrischen Seen kaufen, weil sie am Bodensee nicht mehr zu bekommen sind, nicht in genügender Menge zu bekommen sind. Auch andere Edelfische, wie Seeforellen usw. sind ebenfalls nicht in ausreichender Menge da. Das Bodenseefischereigesetz sagt im § 3 Abs. 2 folgendes: «Die Fischerei ist so auszuüben, daß das Leben und die Gesundheit von Menschen nicht gefährdet, ein wertvoller und artenreicher Bestand an Fischen einschließlich ihrer Lebensgrundlagen erhalten und die sonst am Bodensee lebende Tierwelt nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird.» Nun die Fragen an Sie, Herr Landesrat Blank, erfüllt dieses Gesetz eigentlich noch nach dem Wortlaut seinen Zweck oder ist es durch die Wirklichkeit bereits überholt, und zweitens, was werden Sie tun oder was schlagen Sie vor, was getan werden kann, um das Aussterben des wertvollen Fischbestandes, um dem Aussterben des wertvollen Fischbestandes Einhalt gebieten zu können?

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Zerlauth.

Zerlauth: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu der im Haushalt vorgesehenen Förderung unserer heimischen Landwirtschaft kann aus freiheitlicher Sicht festgestellt werden, daß sie im Vergleich zu anderen Bundesländern gut ist. Man kann auch darüber befriedigt sein, daß unseren Forderungen um gezieltere Einsetzung von Förderungsmitteln in der Landwirtschaft teilweise Rechnung getragen wurde. Dies ist z.B. ganz besonders beim Bau von Fahrhilfen deutlich zum Ausdruck gekommen, denn gerade wir Freiheitlichen haben immer wieder darauf gepocht, daß allein nur Förderungsmittel die Rückstände in der Landwirtschaft nicht beheben können, sondern daß auch hier eine gezielte Förderung absolut notwendig ist.

Auch der Inhalt Ihrer Antwort auf meine Anfrage bezüglich verstärkter Förderung von überbetrieblichen Maschineneinsätzen in der Berglandwirtschaft ist ein Zeichen, daß Sie diesen Weg fortschreiten wollen. Es ist nur im Interesse der Bergbauern zu hoffen, daß die Beratungen in der Landwirtschaftskammer über neue Vorschläge zur Förderung des überbetrieblichen Maschineneinsatzes ehestens durchgeführt werden und zum Tragen kommen. Außergewöhnlich gute Arbeit haben die Beamten der Landwirtschaftskammer und die Geschäftsführer der Maschinenringe am Aufbau dieser Einrichtung geleistet. Es darf daher nicht versäumt werden, allen diesen Personen den Dank für ihre hervorragende Arbeit auszusprechen.

Etwas verwundert bin ich über die 50%ige Kürzung des Budgetansatzes «Beiträge zur Aufforstung an private Waldbesitzer». Es ist nur zu hoffen, Herr Landesrat, daß diese Kürzung nicht auf Grund der überhöhten Wildbestände in unseren Wäldern durchgeführt wurde. Sicherlich nicht

richtig ist es, wenn Mittel zur Aufforstung bereitgestellt werden, aber auf Grund von schlechten Abschlußplanungen die waldbirtschaftlichen Ziele nicht erreicht werden können. Die ungenügende gesetzliche Lage beim Jagdgesetz führt in vielen Gemeinden zu einer Überforderung der Jagdausschüsse bei der Erstellung der Abschlußpläne. Anlässlich des Vorarlberger Waldtages kam dies deutlich zum Ausdruck. Dies wird mir auch Kollege Ludescher, der dabei war, bestätigen können oder der Herr Kollege Wolf. Äußerungen, wie «da hilft nur noch, wenn man die Kugeln subventioniert» oder «man müßte eigentlich wieder froh sein, wenn die weißen Engel des Waldes kommen», müßten einem zu denken geben. So konnte man auch hören, daß das neue Forstgesetz bezüglich der Neuregelung der Waldaufsicht Probleme mit sich bringt. Im besonderen trifft dies auf jene Gemeinden zu, in welchen Agrargemeinschaften bestehen. Speziell im Ablauf der Bewirtschaftung ihrer Wälder werden zusätzliche Kosten, die durch dieses Gesetz verursacht werden, festgestellt. Es ist mir vollkommen klar, daß jedes neue Gesetz in der Phase der Umstellung Probleme mit sich bringt. Nur sollte man hier früh genug seitens des Gesetzgebers einschreiten, um Unzulänglichkeiten, die sich in der Praxis ergeben, ehestens abzustellen.

Herr Landesrat, können Sie meinem Vorschlag folgen, ehestens alle Betroffenen zu einem klärenden Gespräch an einen Tisch zu bringen? Dazu gehören vor allem Vertreter des Waldvereins, der Jagd, der zuständigen Behörden, aber vor allem auch Vertreter des Landwirtschaftlichen Ausschusses des Vorarlberger Landtages, welche ja dann schlußendlich in der Gesetzgebung tätig sind. Nur so kann nach meiner Meinung ein Weg gefunden werden und eine praxisnahe Lösung erzielt werden.

Vor langer Zeit haben Sie, Herr Landesrat, auch ein Tierzuchtförderungsgesetz versprochen. Das ist schon zwei Jahre her und im Wahlkampf zur Landwirtschaftskammer konnte man des öfteren hören, daß es schon bereits in der Schublade liegt. Mir ist leider bis heute noch nichts bekannt, daß es vorliegt. Leider warten wir immer noch darauf. Allen Landwirten ist nur zu wünschen, daß sie bei der Besamung und der Zucht insgesamt mehr Erfolg haben als Sie bei der Erarbeitung dieses Gesetzes.

Grundsätzlich werden wir Freiheitlichen dieser Haushaltsstelle die Zustimmung erteilen, weil die vorgesehene Förderung für die Landwirtschaft neue Impulse und somit für die Betroffenen gewisse Erleichterungen geschaffen werden.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Wolf.

Wolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Maurer hat heute seine Jungferrede gehalten. Er ist zum Sprecher für das Kapitel Landwirtschaft auserkoren worden und es ist ihm bestimmt nicht zu verübeln, wenn er hier einige Dinge hinsichtlich der Zuständigkeit und der Verantwortung so delegiert hat, wie es einfach am praktischsten ist. Wenn man Geld will, kann es nicht zentralistisch genug sein, von Wien viel zu bekommen, und das Verteilen, das möchte man am liebsten hier im Land selbst tun. So einfach ist es allerdings nicht. Ich möchte

nochmals daran erinnern, daß heute die Kompetenz der landwirtschaftlichen Bereiche nur für den Bereich der Marktordnungsgesetze, und hier wiederum nur befristet bis zum 30. Juni 1982, beim Bund ist, alles andere ist beim Land. Wir haben hier ein eigenes Landwirtschaftsgesetz, wir haben ein eigenes Landwirtschaftskammerwahlgesetz, wir haben ein eigenes Tierzuchtförderungsgesetz, alles was den Bereich Landwirtschaft tangiert, ist hier im Landtag zu beschließen, und ich glaube, das müßte man auch zur Kenntnis nehmen.

Ich bedauere eigentlich, daß hier auch wieder Zahlen genannt wurden, die meines Erachtens nicht richtig sind. Es hat bei der letzten Budgetdebatte der allzu früh verstorbene Kammerpräsident Ignaz Battlogg gesagt, es werden die Bergbauernzuschüsse eingestellt, es ist nicht wahr gewesen, ich konnte es beweisen. Sie gehen hierher und sagen, die Kredite im Bereich des AIK werden in Hinkunft nur noch 2 Mrd. S ausmachen. Ich habe hier die Zahlen, daß es 2.5 Mrd. S sein werden. Sie haben hier gesagt, die Kredite, Sie reden hier von Bergbauernzuschüssen und sagen, die AIK-Kredite werden mit $3\frac{3}{4}\%$ verzinst, wissen ganz genau, daß das für die Landwirtschaft ist, und daß wir für die Bergbauern einen wesentlich günstigeren Unterstützungssatz, nämlich $5\frac{1}{4}\%$, haben. Ich glaube, das wäre das Wichtigste. Und was die Förderung des Bergbauernsonderprogrammes anlangt, darf ich darauf verweisen, daß im Bundesbudget 1981 777 Mio. S budgetiert waren und es im Budget 1982 858 Mio. S sind und es ist ganz einfach auszurechnen, daß dies eine Steigerung von mehr als 10% ist. Das vielleicht nur jetzt zu diesen speziellen Anliegen.

Der Herr Statthalter hat als Landesfinanzreferent anlässlich der Generaldebatte in Erläuterung des Budgets von einem Sparbudgetgesprochen. Herr Statthalter, ich pflichte Ihnen auf jeden Fall im Kapitel 7 in den Unterabschnitten 710 und 740 zu, was die Landwirtschaft betrifft, weil hier kaum Veränderungen festzustellen sind. Es ist die Untergruppe «Wegebau» gleichgeblieben, im Gegenteil, sie ist um 90.000 S gekürzt worden; es ist der «Wasserbau» gleichgeblieben, es ist die «Strukturverbesserung» gleichgeblieben, es ist die «Elektrifizierung» gleichgeblieben. Und erst im Ansatz 714, im «Siedlungswesen», ist eine Erhöhung von 2 Mio. S, und diese 2 Mio. S beschließen wir ja morgen in Form eines Nachtragsvorschlages auch für den Bäuerlichen Siedlungsfonds. Diese 2 Mio. S sind die Aufstockung von 6 auf 8 Mio. S. Die brauchen wir heuer schon und das nächste Jahr sollen wir das Auslangen finden. Jetzt kann sich jeder vorstellen, nachdem auch beim Bäuerlichen Siedlungsfonds man übergegangen ist auf Zinszuschüsse - von der früheren Regelung der Beiträge wurde abgegangen - wie schwierig es sein wird, das nächste Jahr überhaupt zu fördern. Rein gefühlsmäßig kann man heute schon sagen, daß es mindestens ein Erfordernis von 11 bis 12 Mio. S sein wird, um die derzeitigen Verpflichtungen erfüllen zu können, ohne daß wir neue Fälle berücksichtigen können. Ich glaube, hier ist entschieden zu wenig gemacht worden.

Was die Besitzfestigung anlangt, ist ebenfalls eine Kürzung festzustellen. Auch bei den sonstigen Maßnahmen ist der Betrag in Summe gleichgeblieben. Eine Steigerung ist bei der Interessenvertretung festzustellen, bei der Land-

wirtschaftskammer. Bei der Produktionsförderung ist ebenfalls eine Kürzung um 80.000 S festzustellen, Jagd und Fischerei ist fast gleichgeblieben und sonstige Maßnahmen sind erhöht worden, wobei diese Punkte in erster Linie auf Refundierungsbeträge für die Waldaufseher an die Gemeinden bzw. um die Erhöhung der Sozialbeiträge für das Alppersonal entstanden sind. Wenn ich das sage, daß hier der Sparmeister mit fester Hand am Werk gewesen ist, so nimmt es mich eigentlich wunder, daß man hier mit der Landesregierung hinsichtlich des Budgets sehr zufrieden ist, aber dem Bund jegliches Verständnis für die heimische Landwirtschaft scheinbar absprechen möchte.

Einer der wesentlichsten Punkte dabei ist auch erwähnt worden, es ist dies der Viehabsatz. Ich glaube, Herr Kollege Maurer und alle, die sich für die Landwirtschaft interessieren, in Vorarlberg haben wir die Hauptbereiche Milch- und Viehwirtschaft. Es ist uns überhaupt nicht möglich oder nur kaum möglich, in andere Bereiche auszuweichen. Darum wäre gerade hier meines Erachtens eine Schwerpunktsetzung notwendig gewesen. Ich darf z.B. darauf verweisen, daß wir bei der Rechnung 1980 im Ansatz 740 bereits 37 Mio. S gehabt haben, daß der Voranschlagsansatz z.B. für die Viehabsatzförderung im Jahre 1980 10.9 Mio. S betrug und daß wir heute für denselben Zweck im Voranschlag 7 Mio. S enthalten haben. Es ist da ein Rückgang von 3.9 Mio. S oder von fast 40% festzustellen, wobei gerade die Absatzmaßnahmen für unsere Bergbauern sehr wichtig sind. Man hat seinerzeit dann gesagt, daß die Einstellung des Bergbauernzuschusses bei Ab-Hof-Verkäufen ein Problem ist. Alle, die sich damit befaßt haben, wissen ganz genau, daß es seinerzeit eine Forderung des Rechnungshofes an den Nationalrat gewesen ist und daß der Nationalrat diesbezüglich auch eine einstimmige Entscheidung gefaßt hat, daß der Landwirtschaftsminister entsprechende Maßnahmen zu setzen hat.

Der Landwirtschaftsminister war anlässlich seines Besuches am 12.4. im Lande auch bereit, eine Aussprache mit Vertretern des Vorarlberger Bauernbundes zu führen, es haben dort alle maßgeblichen Vertreter mit Ausnahme des durch Krankheit verhinderten damaligen Präsidenten Battlogg daran teilgenommen. Der Minister hat damals in Bregenz bei dieser Aussprache das Angebot an die Vertreter des Bauernbundes gemacht, sich in der Vorarlberger Landesregierung dafür einzusetzen, daß die Grundzuschüsse erhöht werden. Damals betragen sie noch 1000 S. Er hat sogar zugesagt, daß auf Grund der ungünstigen Verhältnisse im Land Vorarlberg er bereit wäre, für Vorarlberg eine Sonderregelung ins Auge zu fassen, die Grundzuschüsse, die derzeit mit 2000 S seitens des Bundes ausgesetzt sind, auf 2500 S zu erhöhen. Man hat damals gesagt, daß dies kaum möglich sei. Mittlerweile kann ich erfreulicherweise feststellen, daß dann doch mit 1. August 1981 eine Erhöhung seitens der Vorarlberger Landesregierung für die Bergzonenbereiche II und III festgesetzt wurde, die vorsieht, daß 500 bzw. 300 S direkt ausbezahlt werden. Diese Beträge werden durch den Bund verdoppelt. Das war genau das, was seinerzeit der Bundesminister angeboten hat. Er hat gesagt, wenn diese Zuschüsse über die Landesregierung abgewickelt werden, dann bin ich überzeugt, wird auch der Rechnungshof damit einverstanden sein, weil die-

se Zuschüsse direkt an die Bergbauern, an die Betroffenen unmittelbar ausbezahlt werden und nicht über die Viehhändler in andere Säcke geleitet werden, wenn ich das so sagen darf. Ich glaube, hier wäre es noch möglich, daß man diese 1500 S auf die 2000 S ausweitet, Herr Landesrat! Beim letzten Rechnungsabschluß hat der Kollege Mader richtigerweise darauf hingewiesen, daß die budgetierten Förderungsmittel um 1.7 Mio. S nicht ausgenützt wurden. Wenn man gleich bereit gewesen wäre, diese Beträge z.B. auf 2000 S zu erhöhen bzw. mit dem Bund zu verhandeln und auf 2500 S zu erhöhen, dann würde heute ein Bergbauer, nicht nur für Zuchtvieh, sondern auch für das Nutztvieh bei Ab-Hof-Verkäufen direkt statt je 300 S bar, 1500 vom Bund und 1500 vom Land bekommen. Aber für das hatte man ja scheinbar kein Gehör. Hier hatte man eher das Gefühl, daß die 1.7 Mio. S dem Herrn Statthalter zurückgegeben werden sollten. Der hat sich natürlich bei der ganzen Sache gefreut, das ist klar.

Das zweite Problem, das ich anschneiden möchte, ist die Milchwirtschaft. Ich glaube, das ist jenes Problem, das immer wieder zu Mißdeutungen in unserem Land und insbesondere, was ich sehr bedauere, von den Berufenen in der Interessensvertretung führt. Die Milchmarktordnung wurde im Jahre 1978 neu beschlossen. Daß es zu einem Beschluß kam, der auch rechtskräftig werden konnte, war es natürlich notwendig, daß die Zustimmung zumindest der beiden großen im Parlament vertretenen Parteien notwendig war. Ich möchte damit sagen, es ist ein Kompromiß. Ein Kompromiß ist immer etwas, wo alle einen Schritt zur Mitte machen müssen, und es ist unfair, im nachhinein nur das Positive dieses Beschlusses dann in der Öffentlichkeit zu vertreten und das Negative dem Partner in die Schuhe schieben zu wollen. Ich möchte das hier bewußt sagen, aus dem einen Grund, weil man in den Kammerblättern dann wieder, in den «Amtlichen Kammerblättern» lesen kann: Proteste, Alleingang des Ministers etc., wenn man z.B. bei der Festsetzung der Absatzförderungsbeiträge die Entwicklung nicht kennt oder wenn man nicht bereit ist, sie in der Öffentlichkeit richtig darzustellen.

Zum Verständnis darf ich vielleicht sagen, daß wenn wir heute nur für den Inlandsmarkt produzieren, der Landwirt keinen Groschen Absatzförderungsbeitrag bezahlen muß. Wenn wir heute 16% mehr produzieren, als wir im Inland absetzen können, dann zahlt die ersten 16% zur Gänze der Bund. Und wenn wir 21% mehr produzieren, dann sind die nächsten 5% der Mehrproduktion, die ja vermarktet werden muß, durch den allgemeinen Absatzförderungsbeitrag zu decken und erst was über 21% der im Inland absetzbaren Produkte betrifft, ist durch den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag zu decken. Und das scheint mir richtig, wenn wir heute Richtmengen haben, wir haben ja keine Kontingentierung, Kontingent würde heißen, er darf nur bis zu dieser Menge liefern, keine Übermilch. Die Richtmenge sagt, daß er nach wie vor alles bringen kann, das ist eine Garantie, die andere Berufsgruppen nicht haben. Nur wenn er über der Richtmenge liefert, muß er den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag leisten, zum Zweck haben, den dabei entstehenden Überschuß zu vermarkten. Und da ist es interessant festzustellen, daß auch in der Kammerzeitung schon am 31. Juli darauf hingewie-

sen wurde, daß der allgemeine Absatzförderungsbeitrag mit 0.13 S je kg unverändert bleibt. Weiters: «Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft empfiehlt, darauf Bedacht zu nehmen, die Richtmengen nicht zu überliefern, da bei weiteren Anlieferungssteigerungen mit einer weiteren Erhöhung des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages zu rechnen ist.» Das wurde bereits im Juli geschrieben und die Milchlieferungsentwicklung betrug im Juli in Vorarlberg plus 4%, in Österreich 6%, im August waren es in Vorarlberg plus 2.7%, im September plus 3.2%, im Oktober plus 2.5%. Der Überschub ist immer größer geworden und das waren eben jene Folgen, die den Minister auf Grund des Gesetzes veranlaßten, den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag zu erhöhen. Ich glaube, auch hier wäre es logisch gewesen, daß man jene Vertragspartner, die seinerzeit die Milchmarktordnung als Instrument zur Regelung des weißen Stromes beschlossen haben, gemeinsam vertritt.

Wer vor einigen Tagen gesehen hat, daß in London der EG-Gipfel der Staatspräsidenten fast gescheitert ist, weil man in Sachen Agrarfragen nicht in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen und zu lösen, für den muß dies als Signal gewertet werden. Die Regelung, wie sie bei uns praktiziert wird, ist meines Erachtens nicht das Optimale, aber doch eine hervorragende Lösung, die Dinge zu steuern. Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß es ungelungen ist, mit der EG hervorragende Vertragsbedingungen zu schließen; wenn ich nur daran denke, daß bei verschiedenen Diskussionen der Bauernbund damit argumentiert, daß der Import sehr große Ausmaße annimmt, so möchte ich nur zwei Zahlen nennen. Der EG-Vertrag sieht vor, daß wir 9000 t Käse importieren dürfen oder zulassen müssen, wobei diese 9000 t zum überwiegenden Teil heute schon über Genossenschaften importiert werden; daß uns andererseits aber die Möglichkeit geboten ist, auf dem EG-Markt 41.000 t Käse abzusetzen. Und wenn man dazu weiß, daß die EG heute zu 103% Selbstversorger ist, daß sie mehr produziert, als sie insgesamt absetzen kann, so darf ich doch sagen, daß hier dem Herrn Landwirtschaftsminister bestimmt ein guter Wurf gelungen ist.

Wenn ich etwas zu den Ausführungen bezüglich der Bergbauernzuschüsse und deren Verdoppelung durch das Land sagen darf, so glaube ich, hier geht es um etwas Entscheidendes. Wenn wir heute in den Gunstlagen der Produktion freien Lauf lassen, dann hatte dies zur Folge, daß die Landwirte in den Bergregionen, sprich: in den Ungunstlagen, ins Hintertreffen gelangen. Es ist nicht möglich, jene Voraussetzungen in den Berggebieten zu haben, wie wir sie anderswo haben. Deshalb glaube ich, die Direktzuschüsse, die der Bund im Jahre 1972 eingeführt hat, sollten eben mithelfen jene Voraussetzungen zu schaffen, daß unsere Berggebiete auch in Hinkunft besiedelt und vor allen Dingen auch bewirtschaftet bleiben. Die Bergbauernzuschüsse sind klein eingeführt worden und sind jährlich verbessert worden. Das kann auch nachgewiesen werden. Es kann auch nachgewiesen werden, Herr Kollege Maurer, daß das Landesgesetz über die Flächenbewirtschaftungsprämie erst zu einem späteren Zeitpunkt vom Vorarlberger Landtag im Jahre 1974 beschlossen wurde.

Ich glaube, es ist richtig, daß hier diese zwei Möglichkeiten der Förderung bestehen, in der einen Richtung die leistungsbezogene Flächenbewirtschaftungsprämie, die den Zweck hat, daß diese Flächen weiter bewirtschaftet werden und nicht der Erosion und anderen Umständen ausgesetzt werden, und der Direktzuschub für den wirtschaftlich schwächeren Bergbauern, die Flächenbewirtschaftungsprämie, kann ja heute ein Talbauer genauso bekommen. Wenn hier eingewendet worden ist, daß in Vorarlberg ein Teil der Landwirte diesen Bergbauernzuschub nicht bekommt, dann ist das eben auch nur eine halbe Aussage, die hier getroffen wird. Alle jene, die einen fiktiven Einheitswert von über 300.000 haben, die bekommen ihn nicht. Aber auch dieser fiktive Einheitswert ist immer verbessert worden. Ich darf erinnern, daß der fiktive Einheitswert keine Erfindung der SPÖ-Alleinregierung oder eines SPÖ-Landwirtschaftsministers gewesen ist, er wurde unter dem ÖVO-Landwirtschaftsminister Schleinzner eingeführt. Der Multiplikator betrug damals 5; derzeit sind wir bei 1.4 und vielleicht ist Ihnen auch das Schreiben bekannt, das der Herr Landwirtschaftsminister dem damaligen Präsidenten Battlogg übermittelt hat, in dem er darauf hingewiesen hat, daß eine weitere Senkung des Faktors von 1.4, z.B. auf 1.2 im Jahre 1982, zu rechnen ist, und daß auch die Erhöhung der Grenzen von 300.000 bis zu 350.000 b/w. 400.000 gemacht werden wird. Es betrifft hierin erster Linie Nebenerwerbslandwirte, die Vollerwerbslandwirte sind hier ausgenommen. Die Vollerwerbsbetriebe in der Zone III sind sogar in der Lage, die günstigen Direktzuschüsse im Jahre 1982 von nicht weniger als 10.000 S zu bekommen. Wir sind der Meinung, daß das Land hier mitziehen müßte. Im Jahre 1980 sind in Vorarlberg ca. 8 Mio. S an Bergbauernzuschüssen ausbezahlt worden, im Jahre 1981 ist eine bedeutende Erhöhung seitens des Bundes auf ca. 14 Mio. S erfolgt und eine neuerliche Erhöhung im Jahre 1982 auf ca. 17 Mio. S ist vorgesehen. 17 Mio. S müßte natürlich der Herr Statthalter aus seinem Landesäckel bereitstellen. Daß das nicht so einfach ist, das haben wir in den letzten Tagen sowohl in der Finanzausschußsitzung als auch in den Beratungen hier im Hause erlebt. Alle unsere Anträge bis auf eine einzige Ausnahme wurden abgelehnt. So war es für mich auch schwer, heute zu sagen, jetzt stellen wir den Antrag auf die 17 Mio. S.

Wir möchten eine Alternative der Finanzierung in der Form anbieten, daß wir für die Einführung eines Bergschillings eintreten, eines Bergschillings, der im Zusammenhang mit der Gästetaxe eingehoben werden soll. Herr Kollege Maurer, ich teile nicht Ihre Auffassung, wenn Sie sagen, die Gemeinden leisten viel für den Fremdenverkehr bzw. der Fremdenverkehr ist bereit, hier im Wege der Gästetaxe örtlich Beiträge an die Landwirtschaft zu leisten. Das wird in jenen Gemeinden genauso der Fall sein, wo kaum Fremdenverkehr ist. Aber hier ging es darum, die Landschafts- und Kulturarbeit, und als solche möchte ich die Tätigkeit der Bergbauern auch mitbezeichnen, daß sie hierin irgendeiner Form honoriert wird, in Form von zweckgebundenen Beiträgen, die im Wege der Gästetaxe eingehoben werden könnten. Das Ganze ist natürlich Landessache und müßte hier im Landtag in Form einer Änderung des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes beschlossen werden. So könnte

ein wesentlicher Teil der Mittel für den Direktzuschuß aufgebracht werden und es würde dem Statthalter bestimmt leichter fallen, den fehlenden Teil der Mittel bereitzustellen.

Ich möchte noch etwas zu den Rückgängen der Förderung des Bundes für die Landwirtschaft, wie sie hier aufgezeigt wurden, sagen. Es ist einfach, eine Rechnung zu machen, indem man nur sagt, was der Bund direkt in Form von Zuschüssen für den Güterwegebau, wie er im Landesbudget ausgewiesen ist, oder von anderen Zuschüssen herzunehmen. Da gebe ich recht, daß die Beiträge nicht gewaltig höher geworden sind. Ich sage aber auch, daß vom Budgetvolumen des Landes Vorarlberg für die Landwirtschaft, nämlich von den rund 144 Mio. S, nach Abzug der Gemeindebeiträge und der Bundesbeiträge noch ungefähr Förderungen des Landes von 100 Mio. S übrigbleiben. Wenn ich dem gegenüberstelle, daß der Bund im Jahre 1982 mehr als 8 Mrd. S allein für die Sozialversicherungseinrichtungen der Landwirtschaft aufbringt, nämlich für die Krankenversicherung, für die Unfallversicherung und für die Pensionsversicherung, so glaube ich, müssen wir, wenn wir hier eine Rechnung zwischen Bund und Land machen, auch diese Fakten miteinbeziehen. Und dann kommen wir darauf, daß das Landesbudget der Landwirtschaft nicht einmal 2% ausmacht, daß der Anteil, den der Bund in Form von Sozialleistungen an die landwirtschaftliche Bevölkerung in diesem Land leistet, ein bedeutend höher ist als der Beitrag, den unser Land der heimischen Landwirtschaft zukommen läßt. In einem Bundesland, in dem der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung am niedersten ist und das eine hervorragende Wirtschaftsstruktur aufzuweisen hat, hätte ich mir, wenn heute auch schon des öfteren von Solidarität gesprochen wurde, eben hier etwas mehr Solidarität erwartet.

Ich darf in einer anderen Form zum Ausdruck bringen, wie hoch die Leistungen des Bundes für die Bauern gemessen an den Bundesbeiträgen an die einzelnen Sozialversicherungsanstalten sind: in die Sozialversicherungsanstalt der Bauern sind es 87,6%, in die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft schade, die Kollegin Enzelsberger ist nicht hier 70,6%, an die Versicherungsanstalt Österreichs Bergarbeiter 48,2%, an die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahner 28%, an die Versicherungsanstalt der Arbeiter 22%, der jeweiligen Aufwendungen. Lediglich die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten kommt heute noch ohne Zuschuß über die Runden. Auch das ist meines Erachtens richtig und wichtig hierzu sagen.

Wenn ich ein anderes Beispiel anziehen darf, ich konnte es schon anläßlich der letzten Budgetdebatte aufgreifen, das Problem mit dem Krankenschein. Die Forderung der SPÖ-Bauern war hier ganz eindeutig und klar. Jeder Landwirt und auch die in der Landwirtschaftskrankenversicherung mitversicherten Angehörigen müssen jederzeit und ohne einen Schilling zum Arzt gehen können. Der Arzt schickt die Rechnung an die Versicherungsanstalt und diese kann dann dem Landwirt den Selbstbehalt in Höhe von 20%, wie es derzeit auch beim öffentlichen Dienst oder z.B. in der Versicherungsanstalt der Eisenbahner geschieht, mittels Zahlschein vorschreiben. Man war fast so

weit, daß diesem Vorschlag zum Durchbruch verholten hätte werden können. Es waren hier die Interessenvertretungen, insbesondere auch die der Bäuerlichen Sozialversicherung, die vom Bauernbund dominiert werden, die diesen Antrag voll und ganz unterstützten. Bei den Verhandlungen, zu denen der Sozialminister geladen hatte, war auch der leitende Angestellte der Sozialversicherungsträger, Millendorfer, dabei und man hat sich geeinigt. Man glaubte, man hätte sich geeinigt. Einer war allerdings nicht dabei, der Präsident der Ärztekammer, Piaty. Er hat seinen Vertreter geschickt. Seine Vertretung war auch mit der Abmachung einig, die im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung getroffen werden konnte. Nur am nächsten Tag war es dann anders. Die Vereinbarung wurde von Piaty nicht zur Kenntnis genommen. Er war imstande, in der Ärztekammer eine andere Lösung durchzusetzen, die heute relativ wenig Klarheit verschafft. Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß sich die Ärzte sehr an die Bauern hängen, denn von den Landwirten bekommen sie heute echt am meisten. Zum Vergleich, in der Allgemeinen Krankenversicherung bekommt ein Vertragsarzt pro Besuch 233 S. Wenn ein Landwirt oder ein Angehöriger des Landwirtes zum Arzt geht, sind es sage und schreibe 364 S, und das ist ja das traurige System, daß hier die Ärzteschaft auf dem Rücken einer der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen ihr großes Geschäft macht. Und wenn ich es hier so betone, dann aus dem einen Grund, weil hier der ÖVP-Bauernbund mit der ÖVP-dominierten Ärztekammer meines Frachtens auch eine Solidaritätsleistung erbringen könnte. Hier müßte man weder Bundes- noch Landesfunktionär sein, hier müßte man guten Willen und etwas Solidaritätssinn haben.

Und wenn hier angekündigt worden ist, daß der SP-Initiativantrag, der gestern im Parlament eingebracht worden ist und der für den Mutterschutz der Bäuerin und auch der selbständig Frwerbstätigen, das möchte ich dazusagen, daß der sehr gut aufgenommen wurde, und wenn der Kollege Maurer sagt, es wurde auch hier wieder eine Beitragserhöhung vorgenommen 50% der dadurch entstehenden Kosten sind durch höhere Versicherungsbeiträge - nämlich 0,2% abzudecken, so ist das richtig. Es ist aber auch richtig, daß das mindestens 9 S und maximal 15 S pro Monat ausmacht. Nur eines möchte ich sagen, wenn die bäuerliche Krankenversicherung heute als einzige Krankenversicherung jährlich über 600 Mio. S als Bundeszuschuß bekommt, so glaube ich ist es auch zumutbar, wenn man hier diesen Solidaritätsbeitrag leistet, denn wenn man Forderungen stellt, muß man auch bereit sein, einen Teilbolus für das abzugeben. In diesem Sinne glaube ich ist von seilen des Bundes weit mehr für die Landwirtschaft geschehen, als dies im Landesbudget zum Ausdruck kommt.

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an zweiten Landtagsvizepräsident Falschlunger.)

Vizepräsident Falschlunger: Zum Wort gemeldet ist der Abg. Moosbrugger; ich erteile es ihm.

Moosbrugger: Hoher Landtag! So wie allenthalben die letzten zwei Tage kann man auch in der Landwirtschafts-

debatte den Eindruck haben, jeder Krämer lobt seine Ware. Aber Herr Kollege Wolf oder Herr Kollege «Bauer» Wolf, muß ich sagen oder, seit neuestem ist er ja Bauernbundobmann auch noch, Arbeitsbauernbundobmann, hat er sich sehr angestrengt mit dieser Wortmeldung. Und er hat vor allem angezogen die Milchkontingentierung und hat vom Käseimport gesprochen. Das ist eine alte Forderung unsererseits, daß Importe, wenn auch jetzt andere Maßstäbe angelegt werden bei der Einfuhr, sowohl geldlich als auch mengenmäßig, wenn diese Importe, besonders an Käse, in die Quote des Staates miteingerechnet würden. In kommenden Verhandlungen, wenn man von den jetzt geltenden 116% auf 118% kommen könnte, wäre für die Landwirtschaft eine große Erleichterung. Sie haben auch gesprochen, daß der Bund enorme Sozialbeiträge an die Bauern überweist. Dazu ist festzustellen, daß die Beiträge, die auf Grund des Budgets sonst an die Landwirtschaft fließen, so wie anders wohin auch, Ermessensausgaben sind. Die Sozialbeiträge sind Pflichtausgaben, d.h. von Gesetzes wegen gebundene Ausgaben. Und es ist gar nichts anderes, als daß die sozialistische Bundesregierung, so wie es das Gesetz hier vorschreibt, sowie es die ÖVP-Alleinregierung noch beschlossen hat gegen den Widerstand der Sozialisten damals, sie muß es heute vollziehen, ja man darf fast sagen, sie darf es vollziehen, statt es immer auf ihre Fahnen zu heften als ihren Erfolg. Dem ist ja gar nicht so, das ist einzig und allein ein Erfolg der ÖVP, daß wir heute diese Sozialversicherung der Bauernschaft haben, Ihr wolltet das damals nicht, vielleicht wäret Ihr auf unser Drängen heute auch so weit, genauso wie mit dem Mutterschaftsgeld.

Ich wollte im Prinzip auch auf die Kontingentierung eingehen. Wir wissen alle, daß ein ganz großes Problem in unserem Land besteht, weil wir enorm viele Siedlungshöfe haben, im Walgau, im Rheintal, zum Teil auch in Berggegenden, und daß diese Siedlungshöfe auf einem bestimmten Konzept aufgebaut wurden und beraten wurden. Und unglücklicherweise ist diesen Siedlungsbauern die Milchkontingentierung in die Quere gekommen und von der Richtmenge her gesehen kommen diese Höfe zusehends in Schwierigkeiten, und zwar in sehr große, weil das Kontingent zu klein ist, um die zu leistenden Abzahlungen wirklich auch tätigen zu können, also das Geld nicht aufbringen können, weil sie zuviel Strafe zahlen müssen. Ich weiß, man kann gut sagen, das sind die Großen des Rheintales, das sind die Könige des Grünlandes, die liefern 100.000, 150.000 l Milch. Aber ich kann nachweisen, daß zehn Siedlungshöfe, also Höfe, die von der Agrarbezirksbehörde, durch Beratung der Agrarbezirksbehörde gebaut wurden, die Finanzierung wurde festgelegt, daß zehn dieser Höfe, weil sie eben entsprechend Überlieferungen getätigt haben, im letzten Jahr 306.000 S Milchstrafe bezahlt haben. Das ist alles auch Bauerngeld, das in den Staatssäckel geht zum Großteil, denn wir wissen ja heute, daß viele dieser Gelder, die dorthin fließen, gar nicht zu dem Zweck verwendet wurden, zu dem sie verwendet werden hätten sollen. Es bedarf also gerade in dieser Hinsicht einer Härteregelung, die solche Fälle berücksichtigt.

Wir haben uns mit dieser Frage innerhalb des Bauernbundes auf breiter Ebene sehr eingehend befaßt und wir

sind zu folgender Entscheidung gekommen, die wir vertreten. Die Entwicklung der Milchlieferung wirft bei uns die Frage auf, ob die bisherige Regelung tatsächlich die nötige Bremswirkung hat. Die Automatik der Kontingentaufstockung auf Grund der jährlichen Überlieferung führt dazu, daß Milchlieferanten sich geradezu bemühen, viel Milch zu liefern, damit sie dann eine Kontingentaufstockung erreichen können, um für alle Fälle ein möglichst hohes Kontingent zu haben. Diese Automatik führt da/u, daß Milchlieferanten auch dann zu höheren Milchkontingenten kommen, wenn die Notwendigkeit gar nicht gegeben ist. Im Gegensatz dazu gibt es immer wieder neue Härtefälle, für welche dann eine Kontingentaufstockung eine Existenzfrage ist. Das sind eben unsere Jungbauern als Hofübernehmer, die Aussiedler, die Neusiedler. Für diese Gruppe ist die Möglichkeit, zu höheren Kontingenten zu kommen, unzureichend und auf jeden Fall viel zu teuer. Notgedrungen sehen sich solche Bauern zu einem Ausweg veranlaßt, welcher weder vom Milchmarkt her noch aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll sein kann. Die Kühe werden verkauft z.B. beim Neueinsteiger, weil er das erste Jahr, wenn jetzt ein Vater den Hof verpachtet und dann der Junge herangewachsen ist, er hat kein Kontingent, er möchte jetzt anfangen mit der Milchwirtschaft, weil etwas anderes ist ja bei uns auf Grund der Verhältnisse gar nicht möglich in Vorarlberg. Dann wird die Milch, die er das erste Jahr ermilkt, ihm als Kontingentgutgeschrieben. Man weiß ja, wie es bei der Viehzucht geht, man kann nicht gleich hergehen und 20 Kühe kaufen, man muß halt eben langsam aufbauen, so wie in jedem Geschäft, und man müßte so weit kommen, daß erst im dritten Jahr, wenn er wirklich die Leistung hat, die der Hof erbringen kann, das Kontingent festgesetzt wird. Es zeigt sich, daß sich immer wieder neue echte Härtefälle ergeben. Man kann in der Praxis gar nicht linear die echten Lösungen finden. Es müßte daher eine Aufteilung der jährlich freiwerdenden Kontingente, für diese Aufteilung ein neuer Weg gefunden werden. Und wir in Vorarlberg sind zu der Ansicht gekommen, daß die Aufteilung der Kontingentmengen an die einzelnen Bauern aliquot der Milchlieferleistung des Landes durch die Länder selbst durch Kommissionen erfolgen soll, welchen Förderungsbeamte der Kammer, der Agrarbezirksbehörde angehören sollen. Nur auf diesem Wege könnte es gelingen, Kontingentaufstockungen dort vorzunehmen, wo dies am notwendigsten ist. Als noch denkbarer Kompromiß würde eine Regelung angesehen, nach welcher nur ein Teil der freiwerdenden Kontingente in den einzelnen Ländern nach obigem Vorschlag zur Aufteilung käme. Es wird daher bei der kommenden Novelle der Milchmarktordnung unumgänglich notwendig sein, sich mit dieser Frage in der Form zu befassen. Wir wissen, daß das ein mutiger und ein sehr neuer Schritt ist, den wir zu gehen bereit sind und nach unserer Auffassung für die sicher bestehenden echten Härtefälle eine Lösung bringen würde. Wir sind auch der Meinung, daß die zusätzliche Abgabe nicht zu niedrig sein soll, damit die Bremswirkung auch bestehen bleibt. Wir sind aber auch nicht der Meinung, daß er, so wie jetzt, eine ungerechtfertigte Höhe erreicht, denn wir wissen alle, 1.83 S pro kg abgelieferter Milch, ist zu hoch, es ist sehr schade in einer Zeit, wo soviel Hun-

ger auf der Welt ist, wenn man das hier in einem Parlament sagen muß, man tät besser, sie in den Bach zu schütten. Ma tät fast mehr verdienen dabei oder ma tät a Kuh verkauf und weniger melken. Wir wissen aber alle, daß wir gerade die großen und die kleinen Bauern im Ernstfall in unserem Lande sehr notwendig brauchen werden zum Überleben. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wie die meisten Bauern im Landtag oder?) Ja, wir sind gut repräsentiert bei der ÖVP. Nun zu einer Frage, Kollege Wolf, wo ich gedacht habe, daß Sie auch draufkommen werden auf diese Frage, weil Sie von den Bergbauern geredet hatten, da habe ich gedacht, jetzt kommt es dann langsam. Es besteht also die Meinung Ihrerseits wie unsererseits, die Bauern der Zone III aus der Kontingentierung herauszunehmen, d.h. also vom Strafezahlen für die Arbeit zu befreien. Wir sind da Ihrer Ansicht und sind dafür. Nur sind wir Landwirte nicht dafür, daß das auf Kosten der andern Bauern geschieht. Wir sind der Meinung, daß das auf Kosten der §-9-Mittel geschehen soll. Wenn man eh der Meinung ist, daß dort oben nie so viel produziert werden kann, daß es einen großen Happen ausmacht, dann kann man doch so weit gehen, daß man sagen muß, das soll die Allgemeinheit tragen, denn der erste und beste Landschaftserhalter ist nach wie vor die Kuh, und darum für eine Regelung, wo alle für den Nutzen zahlen, den die Kuh nicht nur über die Milch bringt.

Man kann sich auch nach unserer Ansicht über eine Obergrenze des Kontingents, es könnte bei 100.000 kg liegen, unterhalten. Nur müßte dann von dort weg ein anderer Maßstab angelegt werden. Ein großes Problem bei der Kontingentierung das eine, daß z. B. ein Bauer 60 Jahre alt wird, er hat statt zehn Kühe nur fünf, dann kann er also die fünf Kühe auf seinem Hof halten, kann diese Richtmenge, die er hat, beanspruchen, aber er kann sie nicht an den Pächter weitergeben. Man müßte in der neuen Regelung die Möglichkeit schaffen, daß dort, wo Pachtgründe abgegeben werden, auch Kontingente erworben oder weitergegeben werden können. Genau dasselbe, das habe ich schon gesagt, ist bei den Neubeginnern notwendig. Abschließend hoffen wir Bauern, daß es einen Konsens in dieser für uns sehr wichtigen Frage gibt, wir bekennen uns dazu, das habe ich gesagt, aber wir hoffen auch, daß es der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister mit dem Milchgeld von uns Bauern nicht so hält, wie wir es mit der Kuh halten, denn man sagt ja allgemein so schön, die Kuh gibt uns die Milch, in Wirklichkeit nimmt man sie ihr weg.

Vizepräsident Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Wenn ich gleich auf den Kollegen Moosbrugger eingehen darf, er hat gemeint, daß es richtig wäre, wenn freiwerdende Milchmengen im Rahmen einer Landeskommission verteilt werden, so wundert es mich schon etwas, und zwar deshalb, weil Sie ja in der Bundesförderungskommission sich geweigert haben, mitzuarbeiten. Auf der einen Seite, wo Sie die Mehrheit haben, sind Sie gerne bereit, sozusagen dafür einzutreten; dort wo Sie sozusagen die Mitarbeit nur zugebilligt bekommen, sind Sie nicht einmal bereit, mitzutun. Aber das bitte nur als eine kleine Replik auf Ihre Rede.

Das zweite möchte ich anführen, was der Kollege Falschlunger angezogen hat über das Fischsterben im See. Ich selbst, der am Bodensee wohnt und auch im Sommer gerne darin badet, mußte diesen Sommer feststellen, daß ein großes Sterben von Weißfischen festzustellen war. Ich war dann persönlich bemüht, mich darum zu kümmern und habe bei einem Fachmann angefragt, was hier zu tun wäre, ob man hier recherchieren könnte, was der Grund ist. Leider konnte ich hier zu keinem Ergebnis kommen, und hier auf den Grund der Ursache kommen. Ich weiß nur eines, daß es für die Badenden und für die Mannschaften der Stadt Bregenz, die jeden Morgen die Strände von diesen Fischkadavern zu reinigen haben, natürlich nicht angenehm ist, diese stinkenden Kadaver zusammen zu sammeln. Es ist ein weiterer Punkt, den ich anführen darf, daß gerade die Zusendung von Herrn Martin Bilgeri, zu dem man stehen kann wie man will, aber der doch über eine reiche Erfahrung verfügt, hier auf diese Situation aufmerksam gemacht hat und ich habe bis heute weder von der Regierung noch sonstwo eine Stellungnahme gehört. Des weiteren ist gerade trotz der fortschreitenden Klärung der Abwässer festzustellen, daß, wie Kollege Falschlunger gesagt hat, der Fischbestand in der Art und in der Menge abnimmt. Weiters ist interessant festzustellen, daß das Land versucht hat, mit einer Fischzuchtanstalt in Hard hier entgegenzusteuern. Auch hier ist glaube ich nicht der entsprechende Erfolg beschieden gewesen. Es wäre daher sicher interessant, vom zuständigen Referenten, dem Herrn Landesrat Blank, zu hören, was er darüber denkt, was der Fachmann in der Umweltschutzanstalt darüber denkt, und welche Maßnahmen getroffen werden. Weil ich glaube, nur zuzuschauen, ist zu wenig. Und wenn man selbst nicht in der Lage ist, dann müßte man sich eben an das Seenforschungsinstitut wenden oder sonst gemeinsam mit den anderen Uferstaaten versuchen, hier doch entgegenzusteuern. Daher, Herr Landesrat, vielleicht können Sie uns eine Antwort geben, wenn nicht, bitte ich Sie, das zu prüfen und uns vielleicht später direkt zu informieren.

Als einen der Punkte, die ich in der Generaldebatte auch vorgetragen habe, war der Obstbau. Dieser hat in Vorarlberg sicher eine gewisse Tradition, wurde aber meist zur Eigenversorgung betrieben; Erwerbsobstbauern gab und gibt es wenige. Mit dem Rückgang der Landwirtschaft und Widmung von landwirtschaftlichen Flächen zu Bauflächen verschwanden auch meist die Obstgärten. Derzeit hat Österreich, wie wir aus den Ausführungen vom Kollegen Wolf und auch Moosbrugger hörten, einen Überschuß an Milch, wie viele andere europäische Staaten, und die Regierungen bemühen sich, diesen abzubauen, sei es durch, wie wir gehört haben, die Milchkontingentierung, Absatzförderungsbeiträge usw. Auf der anderen Seite ist der Selbstversorgungsgrad bei Obst in Vorarlberg relativ bescheiden und erreicht je nach Ernte 15 bis 20%. Die Gebiete Rheindelta und Leiblachtal würden sich aus klimatischen Gründen aber besonders gut für den Obstbau eignen. Es könnten damit Devisen gespart, die Landesversorgung sichergestellt und der Milchüberschuß abgebaut werden. Anlagen in Höchst und auch in anderen Gebieten sind vielversprechend. Allerdings gehört heute zu einer Obstproduktion auch eine entsprechende Obstver-

marktung, wo Sortierung, Lagerung bewerkstelligt werden können. Um hier einen Anreiz zu geben, wäre die Erstellung einer solchen Lagerhalle mit Sortierung zu planen und zu realisieren und die Landwirtschaftskammersollte bei der Aufklärung und Umstellung zur Hand gehen. Wir haben in den Budgetverhandlungen erreicht, daß hier in der Wirtschaftsförderung 100.000 S zusätzlich für diese künftige Lagerhalle zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, daß 100.000 S ein relativ bescheidener Ansatz sind, und wenn man bedenkt, daß heute bereits für die Viehzucht allein für Alpeng und Flächenprämien über 40 Mio. S zur Verfügung gestellt werden, so glaube ich ist dieser Ansatz, der insgesamt 320.000 S ist, sehr bescheiden. Wir sind der Ansicht, daß man hier den ersten Schritt getan hat und daß es nun an den Bauern und an der Landwirtschaftskammer liegt, diese Chancen zu nutzen. Ich darf, nachdem der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß die einzelnen Regierungsmitglieder sich mit den Punkten der Regierungserklärung, die noch nicht erfüllt worden sind und die von mir in der Generaldebatte angeschnitten worden sind, beschäftigen. Ich möchte den Herrn Landesrat Blank noch einmal darauf hinweisen, daß ich hier die Frage gestellt habe, was hat die Regierung unternommen zur Anpassung der Wildbestände an die Äsungs- und Umweltverhältnisse, wie es in der Regierungserklärung enthalten war?

Vizepräsident Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Ludescher.

Ludescher: Hoher Landtag! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich auf wenige Ansatzpunkte im Budget beschränken, eine Erhöhung hat das Kapitel Alp- und Weideverbesserung erfahren, und zwar von 300.000 S; es gibt jetzt einen Gesamtbetrag von 6 Mio. S. Wenn ich im vergangenen Sommer bei Alpbegehungen festgestellt habe, daß die Besetzung unserer Alpen zwar mit der Stückzahl sehr gut ist, aber daß fortschreitend eine Verwilderung und auch ein Rückgang des Grases bzw. Futters zu bemerken ist, so ist es bedenklich. Ich glaube, daß jetzt mit diesem Geld doch gewisse Anfänge gemacht werden können, um diese Alpweideverbesserung in Angriff zu nehmen, es wäre für einen Bauer ein böses Erbe, das er von seinen Vätern übernommen hat, verschlechtert oder verwildert übergeben zu müssen. Und ich habe das Gefühl, daß bei unserer Alpwirtschaft, die wir jetzt momentan betreiben, das so geschehen müßte. So gut diese Alpprämien sind, die wir vor einem Jahrzehnt geschaffen haben, so beinhalten sie, daß auch zu diesen die Weideverbesserung dazukommt. Und mit diesem Ansatz glaube ich haben wir den ersten Anfang gemacht.

Der Wegebau in der Landwirtschaft, sei es jetzt Güter-, Forstwege oder Zufahrten, Hofzufahrten, ist stagnierend im Ansatz. Diese Stagnation hat verschiedene Gründe, einmal im Sparbudget und einmal, daß der Wegebau, auch der landwirtschaftliche, zunehmend auf Widerstand stößt. Wir können feststellen, daß jede Straße, sei es ein Güterweg oder eine Forststraße, sofort bei gewissen Natur- und Landschaftsschützern die Frage aufwirft, ja ist es unbedingt notwendig, daß hier eine Straße gebaut werden muß. Es wäre doch hier so romantisch gewesen. Aber wir wissen, daß

ohne Straße, und hier nenne ich jetzt besonders die Froststraßen, eine Bewirtschaftung der Wälder einfach nicht wirtschaftlich ist. Sie ist zwar möglich, wenn ich denke, daß es heute auch per Hubschrauber und per Seilbahn alle möglichen Holzbringungsmöglichkeiten gibt, wenn ich denke, wenn so große Schläge gemacht werden, wie hier das Kleinklima und auch die Forstschädlingsgefahr wächst, was hier alles auf uns zukommt, ist kaum abzusehen. Also ich glaube, daß hier der Wegebau Vorrang hat, und daß die Naturschützer das Verständnis aufbringen müssen. So ähnlich ist es beim landwirtschaftlichen Wasserbau. Wir wissen, daß auch hier der Ansatz stagniert, aber auch hier ist mit den Natur- und Landschaftsschützern bei jedem Vorhaben ein gewisser Kampf zu führen. Wir wissen, daß der Naturschutz eine gewisse Berechtigung hat, aber doch glaube ich, daß allgemein wir zur Auffassung kommen müssen, daß das Brot noch vor der Romantik kommt.

Jetzt noch zum Kollegen Zerlauth, er hat festgestellt, daß die Aufforstungsbeihilfen zurückgegangen sind; das hat verschiedene Gründe. Ich habe heuer festgestellt, wir haben ein Grenzertragsgrundstück erworben mit der Auflage, daß es nicht aufgeforstet werden darf. Vor einem Jahrzehnt war es üblich, daß Grenzertragsböden mit einer gewissen Aufforstungspflicht erworben wurden und heute ist das Gegenteil. Das folgt daraus, daß einfach das Umweltbewußtsein sich so gewandelt hat und hier eine neue Auffassung, nicht der Bauern, sondern der Landesbevölkerung eingetreten ist.

Noch ein Wort zum Kollegen Mader über die Alternative, daß er glaubt, im Obstbau in unserem Land für die Landwirtschaft in irgendwie eine Alternativsparte aufzuzeigen. Als ich vor 30 Jahren die landwirtschaftliche Schule absolviert habe, habe ich mich mit einem Fachlehrer unterhalten, ob nicht der Obstbau als Haupterwerb in Frage käme, da der Grund, den mein Vater besaß, ziemlich klein war, er hoffte ich mir vom Obstbau eine gewisse Rentabilität und eine Lebensgrundlage, und er sagte zu mir, Obstbau in Vorarlberg ist recht für einen, der ein gesichertes Einkommen hat. Heuer hat sich dieser Ausspruch richtig bestätigt. Also ich will nicht sagen, daß es unmöglich ist, aber als Haupterwerb einfach zu gefährlich, weil den Ausfall einer Ernte zu überstehen, nicht leicht ist. Jetzt noch ein Wort zum Kollegen Wolf, der gesagt hat so ganz lapidar, das Land hätte alle Möglichkeiten, es soll sie ausnützen, was immer der Ruf nach dem Bund, hat er gesagt. Einzig das Marktordnungsgesetz, und das nur auf zwei Jahre, bestimmt das Einkommen der Landwirte. Ich möchte sagen, der Preis ist das Um und Auf. Was nützen mich alle möglichen Kleinigkeiten, wo doch das Einkommen des Landwirtes irgendwie der Erlös seiner Produkte ist, und das ist das Um und Auf. Was das Land machen kann, das sind so eine Art Feuerwehractionen, dort irgendwie zur Hilfe eilen und wieder ein Loch zu stopfen, wo Not am Manne ist, zu helfen. Aber die Grundlage für das Einkommen des Bauern, das muß über die Produkte kommen. Hier hat der Staat mit diesem Marktordnungsgesetz alles in den Händen. Und wenn schon von der Überproduktion bei der Milch geredet wird, in Vorarlberg haben wir von keiner Sparte, auch bei der Milch keine Überproduktion, daß das ein gesamtösterreichisches Problem ist, aber kein Vorarl-

berger Problem, wissen wir. Wir haben schon bei der Wirtschaft gehört, daß hier Vorarlberg mit den anderen diese Solidarität eingegangen ist und da kann man nicht nur die Rosinen aus einem Kuchen herauszupfen, sondern muß auch den Teig, wie einmal einer zu mir gesagt hat, mitessen. Ich habe schon das Gefühl, daß die Landwirtschaft und auch wir Bauern das Gefühl haben, daß mit diesem Budget auch die anderen Berufsstände dokumentiert haben, daß sie ein gewisses Verständnis für uns Bauern haben. Und wenn ich so Nachtragsvoranschläge im nachhinein überdenke, kann ich feststellen, daß der Landtag bereit ist, zu uns zu stehen.

Falschlunger: Das Wort hat der Herr Landesrat Blank.

Blank: Hoher Landtag! Der Abg. Maurer hat die Bergbauernpolitik des Landes entsprechend herausgestellt und die Meinung vertreten, daß es wohl das Land sei, das versucht, die Arbeitsplätze im bäuerlichen Bereich, im Berggebiet im besonderen, zu sichern. Ich glaube, die Zahlen, auf die er hingewiesen hat, beweisen das eindeutig.

Der Abg. Falschlunger und der Herr Abg. Mader sind auf die Bodenseefischerei zu sprechen gekommen und haben die Meinung vertreten, daß wertvolle Fischarten im Aussterben wären. Nun ich möchte hier etwas einschränken und sagen, daß gewisse Fischarten stark dezimiert vorhanden sind. Die Ursachen sind sehr verschieden. Wenn man aus der Geschichte hört, daß es auch in früheren Zeitabschnitten zu Dezimierungen der Fischbestände im Bodensee gekommen ist und man die Ursachen eigentlich nicht genau kennt, so ist in der ganzen Sache ein etwas Unbestimmtes drinnen, das sicher von der Natur her bestimmt ist. Tatsache ist, daß die Wasserqualität des Sees sich gegenüber früher natürlich verändert hat, es ist auch nicht abzustreiten, daß es in den letzten Jahren zu einer Überfischung des Sees gekommen ist.

Auf Grund dieser Tatsachen wurden auch Maßnahmen gesetzt. Sie wissen, es besteht die Internationale Bevollmächtigungskonferenz, die sich aus Fischereivertretern aller am Bodensee angrenzenden Länder zusammensetzt. Diese haben darauf zu achten, daß der Fischereibestand im Bodensee erhalten bleibt. Es wurden zu diesem Problem auch die entsprechenden Beratungen geführt. Das ist nicht immer leicht, weil die Auffassungen der einzelnen Anrainerländer sehr verschieden sein können und es manchmal erst mit Zeitverzögerungen zu entsprechenden Maßnahmen kommen kann. Es sind aber Maßnahmen gesetzt worden. Alle Länder am Bodensee haben inzwischen entsprechende Verordnungen erlassen, auch bei uns ist dies im vergangenen Jahr geschehen.

Ich darf z.B. erwähnen, daß die Zahl der Netze, die zum Fischen bestimmter Fischarten verwendet werden, dezimiert wurden, daß die Größe der Netze eingeschränkt wurde. Der Einsatz der Fische in den Bodensee ist größer denn je. Es sind also Maßnahmen durch Verordnungen der jeweiligen Länder gesetzt worden. Die Erfolge können nicht gleich eintreten, das braucht seine Zeit, aber wir hoffen, daß der Erfolg sich einstellen wird.

Der Abg. Zerlauth hat die Landwirtschaftsförderung des Landes als gut empfunden. Ich möchte ihm für diese Aner-

kennung danken. Daß die Förderung der Aufforstung gekürzt ist, hat lediglich den Grund, daß man die Mittel an den Bedarf angepaßt hat. Ich möchte da die Ausführungen vom Abg. Ludescher unterstützen.

Die Maschinenringförderung, ich glaube, hier können wir uns im Lande sehen lassen. Wir haben in unserem Lande 1098 Mitglieder von Maschinenringen, d.s. immerhin 3.63% der Mitglieder von allen Maschinenringen in Österreich. Wir liegen also mit der Mitgliederzahl, gemessen an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, weit über dem österreichischen Durchschnitt. Auch was die Förderung betrifft liegt Vorarlberg an der Spitze. Vorarlberg gibt mit 400.000 S 5.2% der gesamten Bundesförderung aus. Wir liegen also hier sehr gut. Wir wissen, daß die ganze Sache natürlich noch entwicklungsfähig ist. Darüber laufen auch Beratungen, was hier getan werden kann, um diese Bemühungen noch zu verstärken.

Die Jagdausschüsse wären überfordert, hat der Abg. Zerlauth gemeint, das Gesetz biete ihnen zu wenig Möglichkeiten. Ich kenne genauso Jagdausschüsse, die Abschußvereinbarungen treffen oder Verträge machen, die sehr gut sind. Das Gesetz macht ja hier keine Einschränkungen. Jagdausschüsse haben also hier Möglichkeiten, wenn sie wollen, und auf diese Möglichkeiten weisen wir die Jagdausschüsse immer wieder hin. Es bestehen hier also keine Einschränkungen.

Was die Waldaufsicht betrifft, sie würde vermehrte Kosten bringen, so kann ich Ihnen, Herr Abg. Zerlauth, das nicht ganz lassen. Wenn die Waldaufsicht in der heutigen gesetzlich festgelegten Form einmal voll eingeführt ist, müßte diese Waldaufsicht billiger sein als die heutige. Auf jeden Fall sind dann weit weniger Dienstposten da, als dies gegenwärtig der Fall ist. Das Gesetz wird sicher unterschiedlich beurteilt, das gebe ich zu. Es gibt im ganzen Privatwaldbereich überhaupt keine Schwierigkeiten. Es gibt dort Schwierigkeiten, wo Förster vielleicht nicht mehr mit Aufgaben betraut sind, die sie früher hatten, wo sie sich selber noch beaufsichtigt haben. Aber eines muß ich dazusagen, das Land kann natürlich nicht mit den Aufwendungen für Polizeiaufgaben, auch betriebliche Aufwendungen mitfinanzieren.

Zum Tierzuchtgesetz: Das Tierzuchtgesetz ist in Ausarbeitung. Ich habe von der Abteilung Legistik eine Meldung, daß im März bis April ein Entwurf vorliegen dürfte.

Nun zum Abg. Wolf; Herr Abgeordneter, wenn die Bundespolitik so gut wäre, wie Sie sie dargestellt haben, dann müßte sie nicht so verteidigt werden, das möchte ich vorausschicken. (Zwischenruf Wolf: Landeszuständigkeit!) Wir streiten die Landeszuständigkeit nicht ab. Wir nehmen diese Zuständigkeiten auch wahr und bemühen uns, auch etwas zu tun. Diese Tatsache ist auch aus verschiedenen Wortmeldungen anerkannt worden. Es sind ganz verschiedene Bereiche, die für das Einkommen der Bauernschaft entscheidend sind. Diese Bereiche sind vom Bund wahrzunehmen. Der Abg. Ludescher hat bereits darauf hingewiesen. Es ist die ganze Preisfestsetzung in Händen des Bundes, die Festsetzung der Produzentenpreise. Und dort wissen wir, wie schwer es immer ist, auch nur zu einem Teilergebnis zu kommen. Wir wissen, daß die Festlegung der Betriebsmittelkosten nicht in unseren Händen ist. Das

ist für das Einkommen der Landwirtschaft das Entscheidende. Und wenn wir dort die Indexentwicklung anschauen, so müssen wir halt feststellen, daß in den letzten zehn Jahren die Entwicklung sehr zu Ungunsten der Bauern gelaufen ist.

Beim Sozialen ist ebenfalls der Bund zuständig. Das sind ganz wichtige Bereiche, die für die Entwicklung der bäuerlichen Einkommen am entscheidendsten sind.

Die Landwirtschaft hätte dieses Sparbudget zu spüren bekommen. Ja wenn man ein Sparbudget macht, dann müssen halt alle mittragen, daß es ein Sparbudget wird, und wir bekennen uns dazu. Aber ich muß immerhin darauf hinweisen, daß es möglich war, dieses Landwirtschaftsbudget um 6.150.000 S zu erweitern, d.s. immerhin 4/2%. Und der Anteil am Budget macht immerhin noch 1.2% vom Gesamtbudget aus, das ist immerhin doppelt soviel, wie dies beim Bund der Fall ist, obwohl der Anteil beim Bundesbudget einmal, um das Jahr 1970 herum, auch noch auf dieser Höhe war.

Beim Viehabsatz nur 7 Mio. S, das wäre ein Rückschritt. Ich glaube, die Landesregierung hat immer wieder unter Beweis gestellt, daß dann, wenn Hilfe wirklich notwendig ist, daß man dann eine Hilfe gibt, zu dem wird man sich weiter bekennen.

Zum Landwirtschaftsminister Haiden, er hätte eine Sonderregelung zugesagt und wir hätten diese Möglichkeiten nicht wahrgenommen. Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen doch in Erinnerung rufen, daß gerade der Landwirtschaftsminister es war, der den Bergbauernzuschuß gestrichen hat, und daß dann auf Initiative des Landes, wie Sie dann richtig festgestellt haben, dieser Bergbauernzuschuß zum Teil wieder eingeführt wurde. Und wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Bund ja in diesem Bereich zweckgebundene Einnahmen hat, und zwar gar nicht wenige. Es hat Jahre gegeben, wo der Bund für die Viehabsatzförderung überhaupt keine echten Budgetmittel eingesetzt hat, sondern der Bund konnte aus diesen zweckgebundenen Einnahmen diese Absatzförderungsmaßnahmen finanzieren.

Nun zur Milchmarktregelung. Wir stehen also vor der Novelle. Die SPÖ kann also Verständnis zeigen. Wir werden sehen, wie das läuft dann, wenn die Verhandlungen auf Wiener Ebene geführt werden. Der Abg. Moosbrugger hat darauf hingewiesen, was unsere Ansichten zu dieser Novellierung sind. Die Festlegung des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages, Herr Abgeordneter Wolf, kann der Minister Haiden nach Anhören der Berufsvertretung im Alleingang vornehmen; er hat das auch getan. Nach Gesetz müßte er eigentlich die landwirtschaftliche Interessenvertretung anhören, er hat das nicht getan. Er ist also für diese Erhöhung allein zuständig und alle Fachleute in der Milchwirtschaft sagen, daß diese Erhöhung, ich meine die letzte, von 1.50 S auf 1.83 S nicht notwendig gewesen wäre.

Der Bergbauernzuschuß, hier dürfen wir uns, glaube ich, Herr Abg. Wolf, wirklich sehen lassen. Wenn wir den Bergbauernzuschuß des Landes und des Bundes zusammenzählen und dann schauen, wie die Verhältnisse zwischen Bund und Land liegen, so stellen wir halt fest, daß im letzten Jahr 18% der Mittel vom Bund gekommen sind und 82% vom Land. Wir würden also sehr gut dastehen,

wenn der Bund das gleiche tun würde wie wir und nicht umgekehrt.

Herr Abg. Wolf, Sie haben dann weiters gemeint, mit der EWG sei der Außenhandel jetzt bestens geregelt. Ich darf hier Sie mit eigenen Angaben schlagen, und zwar ist es der Tätigkeitsbericht des Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1980. Ich darf hier nur zwei Sätze mit Verlaub des Präsidenten zitieren: «Einleitend wäre zu bemerken, daß sich die Außenhandelsbilanz auf dem Agrarsektor gegenüber der EWG auch im Berichtsjahr im Vergleich zu 1979 weiter verschlechtert hat. 1979 betrug das Passivum 4.778.000.000, 1980 waren es 5.354.000.000 S. Die Deckungsquote im Agrarhandel gegenüber der EWG betrug im Jahre 1973 58.5% und im Berichtsjahr 49.1%». Das ist also der Bericht des Landwirtschaftsministers vom Jahre 1980.

Auf sozialem Gebiet, steht es der SPÖ wirklich schlecht an, sich der Leistungen zu rühmen. Hier müssen wir feststellen, daß es seit 1970 auf gesetzlicher Ebene für die Bauern einen Sozialstopp gegeben hat. Alles was in der Zeit der SPÖ-Regierung auf sozialem Gebiet geschehen ist, war zwingend notwendig auf Grund des Gesetzes aus dem Jahre 1969. Und wir wissen alle noch zu gut, als damals die sozialistischen Vertreter im Parlament hinausgegangen sind und die Meinung vertreten haben, die Bauern zahlen zu wenig ein und bekommen zuviel heraus. Das ließe sich in den Protokollen nachlesen. Das zu widerlegen, werden Sie sich schwer tun. Daß der Bund für die bäuerliche Sozial-einrichtung natürlich entsprechendes zu leisten hat, das ist sicher, das bestreiten wir gar nicht. Wir müssen die Situation in der Landwirtschaft sehen, die besondere Situation, die durch den gewaltigen Strukturwandel entstanden ist. Es gibt in keinem Berufsstand ein so ungutes Verhältnis zwischen Rentenempfängern und Einzahlern. Und das ganze Sozialsystem soll ja ein gewisser Ausgleich sein und deshalb kann man glaube ich den Bauern nicht vorwerfen, daß der Staat für sie mehr bezahlt als in allen anderen Bereichen. Dieser Ausgleich ist nicht mehr als gerechtfertigt. Das ist nicht ihre freiwillige Leistung, sondern das ist zwingend auf Grund des Gesetzes, aus dem Jahre 1969 notwendig. Das sind also die Tatsachen.

Das Mutterschaftsgeld, ich glaube, das war ein Nachholen eines etwas längst Versäumten. Es wurden von der ÖVP, das wissen Sie zu gut, in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativanträgen im Parlament gestellt, sie wurden abgelehnt. Jetzt wurde von den Sozialisten plötzlich ein Initiativantrag eingebracht, den wir natürlich begrüßen. Wir glauben aber, daß eine solche Bevormundung, was mit diesen Geldern zu geschehen hätte, nicht notwendig gewesen wäre.

Der Abg. Mader hat mich ermahnt, daß er gestern in der Generaldiskussion darauf hingewiesen hätte, was unternommen worden wäre, um die Schäden durch das Wild am Wald einzuschränken. Hier ist natürlich Verschiedenes geschehen, das muß ich einmal vorausschicken. Ich glaube, es gibt keinen anderen Weg, als die Wildbestände an die Äsungsverhältnisse anpassen. Alle anderen Maßnahmen bringen nichts und sind unnatürlich. Wenn wir Zäune erstellen, dann wird die Äsungsfläche eingeschränkt und die Schäden an den übrigverbleibenden Flächen werden größer. Die Streichungen sind keine hundertprozentige

Sicherheit. Wir können feststellen, daß auch verstrichene Pflanzen Schäden erleiden, und wenn sie dann hochgekommen sind, dann können sie erst noch geschält oder gefegt werden. Vorrang muß also die Anpassung der Wildbestände an das Äsungsangebot haben. Hier sind wirklich eine Reihe von Bemühungen im Gange, wir haben innerhalb der letzten Jahre die Abschlußplanverordnung einige Male geändert. Es finden laufend Besprechungen statt mit den Sachverständigen der BHs, mit den Vertretern des Jagdschutzvereines, des Waldvereines. Das ist das letzte Mal am 3.11. d.J. geschehen. Der Erfolg ist der, daß man versucht, immer wieder aus den gewonnenen Erfahrungen Maßnahmen zu setzen. Und ich muß sagen, daß, seit wir diese Besprechungen machen und seit der Gesetznovelle im Jahre 1975, die Abschlußzahlen noch ganz bedeutend gestiegen sind. Ich gebe zu, daß es vielerorts noch fehlt. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen. Und ich darf auch darauf verweisen, daß wir in der letzten Zeit alle Waldaufseherangeschrieben haben und sie auf die Aufgaben hinwiesen, die sie auf Grund des Forstgesetzes auch haben, nämlich bei der Ausführung des Jagdgesetzes mitzuwirken dahingehend, daß sie die Schäden am Wald feststellen und auch melden, und daß sie auch bei der Erstellung der Abschlußpläne mitwirken. Sie haben nicht nur in diesem Zusammenhang zu schauen, welche Waldbestände geschält oder gefegt sind, sondern wir haben insbesondere darauf hingewiesen, daß sie zu beobachten hätten, auf welchen Flächen eine Naturverjüngung nicht mehr gegeben ist.

Es ist ein langsamer Prozeß. Wir glauben aber, daß wir zur Besserung der Verhältnisse in den letzten Jahren viel beitragen konnten und wir werden nicht erlahmen, weiter in dieser Richtung tätig zu sein.

Herr Abgeordneter, Sie haben auch gestern in der Generaldebatte wegen der Beschäftigung des Alppersonals außerhalb der Alpsaison etwas gesagt, ich möchte auch dazu Stellung nehmen. Natürlich ist es schwierig, das Alppersonal außerhalb dieser drei Monate Alpzeit unterzubringen. Es ist eine Saisonarbeit. Es gibt hier Probleme in der Sicherung des Arbeitsplatzes. Seit Jahren bemühen wir uns, die Verhältnisse zu verbessern. Teilerfolge sind da, Sie haben das glaube ich anerkannt, daß es Freistellungen gibt bzw. Wiedereinstellungen bei den Landesdienststellen, bei den Illwerken. Wir haben auch viel Verständnis bei Schifftunternehmungen gefunden und wir haben im Sommer 1981 mit dem Landesarbeitsamt ein Gespräch geführt, wo es dann zwei Erhebungen gegeben hat, einmal bei den Alpen festzustellen, wo es wirklich Probleme gibt, wie groß das Ausmaß dieser Probleme ist, und zweitens einen Fragebogen an die Wirtschaft, an die Industrie über gebotene Möglichkeiten. Man nimmt sich also um dieses Problem an.

Herr Abg. Mader, muß ich doch noch zu Ihrer Verquickung der Bundesförderungskommission mit der Kommission, die hier im Lande gebildet werden soll auf Vorschlag des Abg. Moosbrugger, etwas sagen. Ich glaube, es ist zu einfach, diese zwei Kommissionen in einen Topf zu werfen. Bei der Bundesförderungskommission geht es um eine grundsätzliche Sache, und hier ist ein ganz hoher Unterschied. Bei der Bundesförderungs- und Prü-

funktionkommission geht es um die Aushöhlung und um die Schwächung bestehender Institutionen. Es sind die Landwirtschaftskammern. Es sind dies demokratische zustande gekommene Einrichtungen, die durch diese Kommissionen einfach ausgehöhlt werden. Im Falle Moosbrugger handelt es sich um eine Kommission, die innerhalb des Landes sich zusammensetzen soll aus Vertretern der einzelnen Institutionen, das ist glaube ich ein ganz großer Unterschied. Und wir wollen mit dieser Kommission ein Problem lösen, das man auf Bundesebene einfach nicht lösen kann, sondern das man nur im Nahbereich angehen kann.

Zum Obst- und Gartenbau hat der Abg. Ludescher Stellung genommen. Ich möchte nur sagen, daß die Landwirtschaftskammer einen eigenen Referenten hat, daß die Förderung seit Jahren erfolgt. Ich muß zugeben, daß immer Wünsche offen bleiben. Natürlich gäbe es auf vielen Gebieten noch zu tun. Das können wir nicht abstreiten, aber man wird sich je nach Bedarf bemühen. Soweit zu den Anfragebeantwortungen.

Ich muß doch abschließend noch feststellen, daß es mit dem Einkommen in der Landwirtschaft ich möchte schon sagen bedenklich aussieht. Es wurde im Jahre 1960 der Grüne Bericht oder das Landwirtschaftsgesetz geschaffen. Auf Grund dieses Landwirtschaftsgesetzes muß ja jährlich ein Grüner Bericht herausgegeben werden und auf Grund des Gesetzes müßten je nach der gegebenen Situation entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Es hat sich also der Bund eindeutig zu dieser Landwirtschaftsförderung damals bekannt, Herr Abg. Wolf. Diese notwendigen Maßnahmen sind dann leiderausgeblieben und es ist dann unter der SPÖ-Regierung im Jahre 1977 erstmals zu einem realen Einkommensverlust gekommen. Seit dem Jahre 1960 das erste Mal. Dieser Verlust hat sich dann wiederholt im Jahre 1979 und ich glaube nicht, daß hier das Klima allein schuld sein kann, daß in so kurzen Abständen jetzt zweimal ein Einkommensverlust eintritt. Natürlich hat es jetzt im Jahre 1980 einen Einkommenszuwachs gegeben. Aber bedenken wir die Ausgangslage auf Grund von Verlusten durch zwei Jahre und es ist immerhin so, daß das landwirtschaftliche Bruttoeinkommen im österreichischen Durchschnitt bei 7567 S liegt und bei den Bergbauern bei 5700 S, die Einkommen hinken also weit nach und von einer Annäherung an andere Gruppen kann also keine Rede sein.

Wir müssen leider vermerken, daß bei der Verzinsung des eingesetzten Kapitals im Jahre 1979 erstmals ein negatives Resultat gegeben war, und zwar 0.8% minus. Der Index der Betriebseinnahmen ist zwischen 1970 und 1980 um 58.7% gestiegen und jener der Ausgaben um 110%. Die Preisschere hat sich also für die Bauern in diesen zehn Jahren um nicht weniger als 32.5% verschlechtert. Das ist das Ergebnis dieser berühmten Politik, Herr Abg. Wolf. Für diese Situation ist der Bund verantwortlich. Der Grüne Bericht, der solche Zahlen ausweist, müßte zu Konsequenzen Anlaß sein. Wir vermischen hier einige Dinge, die längst von unserer Seite gefordert werden, es ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um ein Prozent. Das bringt für die Bauern einen Verlust von rund 500 Mio. S in Österreich. Das System der Mehrwertsteuer ist ja das, daß die Belastungen weitergegeben werden sollen. Bei den Bauern

ist das scheinbar nicht der Fall, ich meine hier die pauschalierte Landwirtschaft.

Die Treibstoffpreise, die unsere Landwirtschaft zu tragen hat, sind höher als sie in anderen Ländern Europas sind. Und bei der Investitionsförderung mußten wir leider laufend Verschlechterungen hinnehmen. Bis 1972 haben die Bauern für ein AIK-Darlehen 3% bezahlt, im Jahre 1981 sind es 6.5 bzw. 8.5%. Und der Abg. Maurer hat bereits darauf hingewiesen, daß das Kreditvolumen von 1981 auf 1982 sogar um 500 Mio. S gekürzt wurde. Die Preispolitik wurde auf dem Rücken der Bauern ausgetragen. Nun was bedeutet diese Situation, die sich gegenwärtig den Bauern stellt? Wir werden den Bauern, meine lieben Kollegen, raten müssen, von größeren Investitionen Abstand zu nehmen, weil dieselben nicht mehr zu finanzieren sind. Wir sind eigentlich gezwungen, das Gegenteil von dem zu tun, was die Wirtschaftslage momentan erfordern würde. Es werden weiter viele Menschen aus der Landwirtschaft abwandern und auf dem Arbeitsmarkt mit anderen in Konkurrenz treten. Ich darf erinnern, 1980 waren es 7000 Menschen in Österreich. Von der ÖVP auf Bundesebene wurde ein Sofortprogramm für den ländlichen Raum vorgeschlagen in Höhe von 500 Mio. S. Man hat bei der SPÖ kein Verständnis gefunden und den Effekt, der hier sicher ausgelöst worden wäre, könnten wir gesamtwirtschaftlich notwendig brauchen. Wie sehen halt auch, daß für andere Dinge Geld da ist. Ich erwähne hier das Autowerk in Wien, für das ganz ungeheure Summen ausgegeben werden können. Hier ist die Wertung der politischen Entscheidungen ganz klar. Diese fällt zu Ungunsten des ländlichen Raumes aus und zu Ungunsten der Bergbauern. Schlecht wäre es glaube ich um den ländlichen Raum bestellt, wenn, insbesondere für die Bergbauern, vom Land aus nicht wesentliches getan würde. Ich darf erwähnen den Wegebau, die Aplwirtschaftsförderung, die Hilfe bei Investitionen, die Hilfe zur Errichtung bei Infrastruktureinrichtungen und schließlich auch die Direktzuschüsse. Wir brauchen gerade diesen ländlichen Raum. Dieser ländliche Raum ist nur durch die Landwirtschaft gesichert. Wir brauchen dort aber neben den Bauern die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, die Angestellten und die Beamten. Sie sind eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft mit vielen gegenseitigen Wechselbeziehungen. Wir sehen es als die große Aufgabe, alles zu tun, um die Existenz der Bauern zu sichern. Dieses Bemühen sollte, glaube ich, mehr unsere gemeinsame Aufgabe werden, die Aufgabe von Bund und Land.

Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Wolf.

Wolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat hat es sich hier bestimmt etwas zu leicht gemacht, wenn er da einige Zahlen in den Raum gestellt hat und die Einkommensentwicklung so dargestellt hat, als ob sie heute viel schlechter wäre als in der Zeit der ÖVP-Dominanz im landwirtschaftlichen Bereich. Ich muß darauf hinweisen, daß die Zahlen, die sich mit dem land- und forstwirtschaftlichen Einkommen befassen, ja nicht im Ministerium gemacht werden, sondern daß auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes, das von Ihnen zitiert wurde, von einer land- und forstwirtschaftlichen Landesprüfungs-

gesellschaft geliefert werden. Diese Gesellschaft wird vom Bauernbundespräsidenten Derfler präsiert. Es soll nicht die Streitfrage sein. Nur etwas ist erwähnenswert, daß es in dieser ganzen Kommission, Herr Landesrat, einen einzigen Sozialisten gibt, der diese Zahlen liefert. Ich möchte das nur sagen, damit ich nicht in Verruf komme, falsches Zahlenmaterial zu zitieren.

Ich pflichte Ihnen vollkommen bei, daß man das landwirtschaftliche Einkommen nicht jährlich fixieren kann, sondern daß man es über einen längeren Zeitraum beurteilen muß, weil in der Landwirtschaft eben Umstände eine Rolle spielen, die bei anderen Produktionszweigen nicht jene Bedeutung haben. Ich denke insbesondere an das Wetter, das für den Ertrag entsprechende Auswirkungen hat. Zwischen 1960 und 1970 war ein reales Wachstum unter der ÖVP-Alleinregierung von 1.6% und dies ist von dieser Gesellschaft ausgerechnet worden. Zwischen 1970 und 1980 gab es ein reales Wachstum von durchschnittlich 3%, wobei das letzte Jahr sehr gut war, aber das vorletzte Jahr richtigerweise negativ erwähnt wurde. Diese Feststellung ist zur Objektivierung des Sachverhaltes notwendig.

Ein anderes Problem, die Sozialversicherung. Im Jahre 1956 wurde unter dem damaligen Sozialminister Maisel das Allgemeine Sozialversicherungspensionsgesetz dem Nationalrat vorgelegt, es wurde auch mit den Stimmen der ÖVP beschlossen. Damals war es die Absicht der Sozialdemokraten in diesem Lande, alle, die nicht einer anderen Versicherung angehören, miteinzubeziehen, also auch den damals noch nicht versicherungspflichtigen Bauernstand. Ich darf jetzt zitieren, was der damalige Sprecher des Bauernbundes im Nationalrat, der steiermärkische Präsident der Landwirtschaftskammer, gesagt hat: «Wir halten es überhaupt für richtiger, nicht das gesetzliche Rentnertum ins Bauernhaus zu tragen, sondern, wie unsere Vorfahren es getan haben, wieder mehr den christlichen Geist der Achtung und Dankbarkeit den Eltern und Alten gegenüber zu pflegen. Es ist damals nicht dazu gekommen, daß die bäuerlichen Kreise ins ASVG miteinbezogen wurden. Sie würden heute natürlich genauso partizipieren. Wenn Sie von den kleinsten Leistungen der SPÖ-Bundesregierung seit dem Jahre 1970 zur Sozialversicherung sprechen, so darf ich Ihnen aus dieser Broschüre zitieren, ich glaube, diese Broschüre ist Ihnen bekannt, Herr Landesrat, es ist das der Bericht der Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern, nicht daß ich in den Versuch komme, wieder falsche Zahlen zu zitieren. Im Jahre 1970 wurde eine Milliarde Schilling an Pensionsversicherungsbeiträgen, Krankenversicherungsbeiträgen und Unfallversicherung vom Bund zugeschossen, im Jahre 1971 1.4 Mrd. S, im Jahre 1972 2.2 und das erhöht sich immer, und im Jahre 1980 waren wir bei 6.5 Mrd. S, im Jahre 1981 über 7 Mrd. S und für das Jahr 1982 sind über 8 Mrd. S prognostiziert. Ich habe gesagt, der Anteil der Leistungen für die Versicherten aus der bäuerlichen Sozialversicherung im Land Vorarlberg umgelegt von diesen 8 Mrd. S ein bedeutendes mehr ist als die gesamte Landesförderung für die Landwirtschaft, die heute hier erwähnt wurde. Wobei bei diesen 140 Mio. S Landesförderung auch die Sozialversicherungsbeiträge für das Alppersonal enthalten sind, aber auch die Bundesbeiträge, die Gemeindebeiträge zur

Flächenbewirtschaftung, die nicht weniger als 40% ausmachen, sind hier enthalten. Wenn hier gesagt wird, daß für die Flächenprämien teilweise Rückvergütungen erfolgen, so ist das richtig. Aber dann müssen Sie auch dazu sagen, aus welchen Kapiteln diese Rückvergütungen erfolgen, nämlich aus den besonderen Bedarfszuweisungen. Und das sind wieder Mittel, die aus dem Gesamtpf der Ertragsanteile für Gemeinden abgezweigt werden und für spezielle Förderungen den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Das sind jedenfalls nicht Landesmittel. Ich kann sagen, 40% der Flächenbewirtschaftungsprämien werden auf jeden Fall von den Gemeinden aufgebracht.

Herr Landesrat, es tut mir leid, wenn Sie heute einen Tätigkeitsbericht aus dem Jahre 1980 zitieren, obwohl Sie ganz genau wissen, daß dieses Käseabkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG erst einige Wochen alt ist, daß dies im Tätigkeitsbericht 1980 nicht enthalten sein kann, ist logisch. Ich hätte gedacht, wenn ich hier Zahlen zitiere, die in die Zukunft weisen, Sie diese Zahlen, die auch Ihnen wohl bekannt sind, zur Kenntnis nehmen.

Noch etwas zu den Bewirtschaftungsprämien bzw. zum Absatzförderungsbeitrag zur Milchregelung. Kollege Moosbrugger hat gemeint, ich habe die Absatzförderungsbeiträge der Zone II und III vielleicht vergessen. Es gäbe ja noch vieles, Kollege Moosbrugger, was man erwähnen sollte und könnte, aber hier scheint mir doch die Notwendigkeit einer Erläuterung. Ich bin nicht der Meinung, daß heute gewaltig überliefert werden sollte, nur damit man in eine höhere Richtmenge gelangt, das führt nicht zum Ziel. Nach der jetzigen Regelung der Marktordnung ist es nicht auszuschließen, daß, wenn der Jahresinlandsabsatz entsprechend rückläufig wäre, daß auch die Richtmenge entsprechend kleiner würde, und daß dadurch der Absatzförderungsbeitrag weit höher angehoben werden müßte. Wir sind der Meinung, daß z.B. von einer bestimmten Höhe an überhaupt kein Zuschlag zur Richtmenge auch bei Überlieferung gewährt wird. Die Höhe wäre bei uns bei einer Richtmenge von 80.000 kg. (Zwischenruf Moosbrugger: Das habe ich ja gesagt!)

Ja ich möchte Dir jetzt die Vorstellungen sagen, die wir zu dem Problem haben, weil Du sie vorher bei mir vermißt hast. (Zwischenruf Moosbrugger: Ich habe nur die Ausschaltung der Zone II erwähnt!) Die Zone II und III möchten wir ausnehmen. Wir möchten sie von der Leistung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages befreien, weil in der Zone II und III Ungunsthverhältnisse vorhanden sind, darum sind es ja Bergbauernzonen II und III. Wir sind der Meinung, daß man diesen Bauern, diesen Produzenten in den Ungunsthlagen, die Chance der Produktion in jeder Hinsicht gewährleisten müßte und daß sie in keiner Weise für den Überschuß verantwortlich gemacht werden können. Deshalb sind wir der Meinung, daß dieser Absatzförderungsbeitrag, der schlußendlich der Vermarktung des Überschusses dient, in der Zone II und III nicht eingehoben wird.

Wir sind auch für die Neuregelung der Aufteilung von Einzelrichtmengen im Rahmen einer neuen Härtefallregelung, auch für Hofübernahmen soll eine Neuregelung erfolgen. Daß Du einiges gesagt hast, lieber Kollege Moosbrugger, das heute Gesetz ist, wundert mich eigentlich. Es

ist sehr wohl heute schon möglich, wenn ein Betrieb verpachtet wird, der Neupächter auch die Kontingentmenge mitübernehmen kann. (Zwischenruf Moosbrugger: Aber nicht, wenn er selber weiter wirtschaftet!) Wenn er selber weiter macht, dann nicht. (Zwischenruf Moosbrugger: Ja, was ist dann?) Ja, wenn er den Betrieb verpachtet, hat er heute schon diese Möglichkeit und diese Möglichkeit wird sich auch in Hinkunft bestimmt ergeben.

Herr Landesrat, noch etwas zur Jagd. Die letzten Debattenbeiträge anlässlich des Budgets bzw. des Rechenschaftsberichtes haben an und für sich immer am Ziel vorbeigeschossen im wahrsten Sinne des Wortes, weil hier im Haus für diese Probleme wenig Gehör besteht, insbesondere wenig Gehör für die Waldeigentümer und für die Forstleute. Die Lobby der Jäger ist hier immer noch viel stärker vertreten. Ich habe seinerzeit die Anregung gemacht, man möge zu den Abschlußplanverhandlungen bei der Bezirkshauptmannschaft neben der Jägerschaft auch die Waldbesitzer, vertreten durch den Waldverein, beiziehen.

Es wurde mir lapidar geantwortet, für die Waldbesitzer macht dies doch die Landwirtschaftskammer. Auch für die Jägerschaft wäre an und für sich die Landwirtschaftskammer zuständig.

Was die Effizienz der Jagdausschüsse betrifft, muß ich sagen, sie kann nicht gegeben sein, wenn auch gute Leute, erfahrene Leute in den Jagdausschüssen tätig sind, weil die Jagdreviere, die diese Ausschüsse schlußendlich dann zu beurteilen haben, viel zu klein sind. Da müßte man mindestens eine Regelung in der Form finden, daß man Jagdausschüsse für ganze Wildfütterungsgemeinschaften einrichten würde, wo auch die Zählung, wo auch die Abschlußplanung schlußendlich als Basis genommen wird, um einigermaßen die Dinge in den Griff zu bekommen. Meines Erachtens wird sich auf dem Sektor in nächster Zeit bestimmt etwas tun müssen. Die Novellierung des Jagdgesetzes ist dringend notwendig. Es hat Ihnen der Waldverein schon die Vorschläge unterbreitet. Es ist bei jeder Jahrestagung des Waldvereines immer dasselbe Thema. Es wäre glaube ich höchste Zeit, daß man endlich für den Wald mehr tut, als nur schöne Reden halten.

Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Zerlauth.

Zerlauth: Ich möchte Sie, geschätzte Kollegen, nicht lange aufhalten, aber ich finde, daß die Debatte über die Landwirtschaft mindestens so wichtig ist z.B. wie die Sportförderung, nur derzeit leider nicht so aktuell, es könnte aber in schlechten Zeiten so werden. Ich finde es überhaupt nicht sinnvoll, wenn man hier gegenseitig Bund und Land in der Förderung ausspielt, weil schlußendlich kommt es darauf an, was für den einzelnen Landwirt überhaupt getan wird. Es trägt hier sicher der Bund seinen Beitrag bei, aber auch das Land hat hier sehr große Verdienste im Land Vorarlberg. Ich glaube, das kann man nicht abstreiten.

Zur Milchkontingentierung, Herr Kollege Wolf, wollte ich folgendes noch dazusagen. Es ist natürlich bei uns im Land Vorarlberg so, daß wir im Land Vorarlberg selbst keinen Milchüberschuß haben und es wäre hier ganz sicher richtig, also das würde ich unterstützen, wenn hier wirk-

lich eine föderalistische Lösung, eine regionale Lösung möglich würde. Da ich aber wenig Hoffnung habe, daß dies zum Tragen kommen wird, müßte man mindestens beim Bund folgendes erreichen: Zum ersten gänzliche Aufhebung der Kontingentierung in Silosperrgebieten, weil hier hat der Landwirt überhaupt keine Möglichkeit, irgend eine andere Bewirtschaftung vorzunehmen, ungefähr wie Mastvieh- oder Kälberzucht, das ist ja gar nicht möglich. Er kann praktisch nur einen Milchbetrieb aufrechterhalten. Zum zweiten müßte man im Land auch erst ab einer bestimmten Größe die Kontingentierung überhaupt einführen. Somit würde für Mittelbetriebe oder Kleinbetriebe die Existenz eher gesichert werden. Und dort wo dann die Kontingentierung zutrifft, ich weiß, Kollegen, es ist nicht so leicht, müßte man einen Weg finden, daß man jene Kontingente, die nicht erfüllt werden, durch jene intern hier im Land ausgleichen könnte, die darüber kommen. Ich glaube, das würde sehr viele Härten vermeiden.

Zum Wildverbiß, Herr Landesrat, bin ich eigentlich Ihnen dankbar, daß Sie heute erklärt haben, es wäre das Ideale und man wird in Zukunft mehr auf die Naturverjüngung schauen. Es gibt nur eine Methode, dort wo wir Naturverjüngung haben, dort wird auch der richtige Wildbestand im Wald sein. Zu diesen Maßnahmen natürlich zählt nicht nur der Abschlußplan, so wie es Kollege Wolf vorgetragen hat, daß man größere Regionen miteinbezieht, was ich an und für sich für richtig finde, sondern insgesamt die Wildzählung und natürlich auch vor allem die Bewertung der Trophäen, weil solange dieses Punktesystem hier im Land Vorarlberg herrscht und ein Kult betrieben wird, wird der Wildbestand in den Wäldern nicht zurückgehen.

Falschlunger: Weitere Wortmeldung? Herr Landesrat Blank.

Blank: Hohes Haus! Herr Abg. Wolf, ich habe fast den Eindruck, daß Sie die Arbeit dieser Buchführungsgesellschaft, die seit 21 Jahren arbeitet, irgendwie anzweifeln. Wir tun das nicht, scheinbar auch das Ministerium nicht, denn diese Ergebnisse wurden auch vom Landwirtschaftsministerium anerkannt, diese wurden als Grundlage für den Grünen Bericht benutzt. Die einzelnen Betriebe, das sind Richtbetriebe draußen in den Ländern, liefern die Zahlen. Es ist auch absolute Geheimhaltung gewährleistet. Wir dürfen also alle in diese Einrichtung Vertrauen haben und diese Zahlen, die hier herauskommen, als stichhältig ansehen.

Bezüglich des Einkommenszuwachses in der Landwirtschaft: Sie haben festgestellt, und ich streite das gar nicht ab, daß während der SPÖ-Regierungszeit die Einkommen der Bauern brutto mehr gestiegen sind als während der ÖVP-Zeit. Wir dürfen aber eines nicht übersehen, daß die Inflationsentwicklung natürlich eine ganz andere war. Wenn wir dann die realen Zuwächse ansehen, dann verbleibt für den Bauern halt seit wir eine SPÖ-Regierung haben, wesentlich weniger. Das läßt sich einfach nicht hinwegdiskutieren. Man kann hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Sozialpolitik: Sie haben versucht, die SPÖ als Vorkämpfer für die bäuerliche Sozialpolitik herauszu-

stellen. Hier werden Sie sich schwer tun, das beweisen zu können. Ich darf doch daran erinnern, daß der erste Vorkämpfer für eine Sozialpolitik im bäuerlichen Bereich und ein Vorkämpfer für die Einführung einer Volksrente unser Bauernbundabgeordneter Dipl.-Ing. Pius Fink war, der schon Anfang der fünfziger Jahre diese Ideen im Parlament vertreten hat. (Zwischenruf Wolf: Der hat damals bei den Großgrundbesitzern wenig Gehör gefunden!) Natürlich das gebe ich offen zu, hat es innerhalb der Landwirtschaft verschiedene Meinungen gegeben. Aber Sie können sich nicht aufspielen als der Sozialapostel im Namen Ihrer SPÖ in Wien. Wenn es Steigerungen bezüglich der Bundesleistungen in den letzten Jahren gegeben hat, so gebe ich auch das offen zu. Aber das waren keine freiwilligen Leistungen, sondern diese Leistungen waren auf Grund des Gesetzes aus dem Jahre 1969, also unter der ÖVP-Alleinregierung, notwendig. Die Einführung der verschiedenen Sozialeinrichtungen war in Etappen vorgesehen und deshalb Jahr für Jahr ein erhöhter Bundesbeitrag notwendig, wobei natürlich auch berücksichtigt werden muß, daß die Bauern auch ihren Obolus geleistet haben. Das, was die Bauern heute in die Sozialversicherung einzahlen, ist gar nicht so wenig, das kann sich mit anderen Bereichen absolut messen. Und wir sind gar nicht so unglücklich, daß wir nicht in die ASVG heute einbezogen worden sind. Wir dürfen uns rühmen, daß wir mit den Verwaltungsaufgaben bei der Bauernkrankenkasse verhältnismäßig günstig liegen, jedenfalls günstiger als dies in anderen Bereichen der Fall ist.

Zu den Flächenprämien: Natürlich leisten die Gemeinden einen Beitrag. Ich glaube, wir haben eine gute Lösung. Es ist die Kontrolle mit dieser Lösung gewährleistet. Es gibt hier ein absolutes Einvernehmen zwischen Land und Gemeinden.

Nun bezüglich des Käseabkommens mit der EWG: Ich hätte hier alte Zahlen verwendet, ich muß leider feststellen, daß in diesem Käseabkommen, das was in der Praxis bereits Wirklichkeit war, vertraglich fixiert wurde. Eine Mengenveränderung hat es deshalb nicht gegeben. Wir müssen leider beklagen, daß nach wie vor eine ungleiche Konkurrenz da ist, daß Käse aus dem Ausland hereinkommt, den wir genauso im Inland anbieten können, zu einem weithin gestützten Preis, und das wirkt sich halt für unsere Landwirtschaft sehr negativ aus. Zu beklagen ist natürlich diese Tatsache insofern doppelt, als diese importierten Käsemengen dann bei der Festlegung der Richtmengen für die Bauern nicht angerechnet werden. Auch das wird von uns nicht eingesehen, weil diese Mengen ja auch von unseren Konsumenten konsumiert werden.

Zur Jagd: Die Lobby der Jäger wäre stärker, ich darf nur feststellen, daß die Jäger mit mir nicht zufrieden sind, scheinbar ist es doch ein Zeichen, daß hier Maßnahmen gesetzt wurden, die den Jägern manchmal an der, Nerv gehen. Eine Novelle des Jagdgesetzes ist sicher nicht auszuschließen, einiges zu verbessern. Eine Novelle allein wird sicher nicht das Allseligmachende sein.

Der Vorschlag, den Milchmarkt, Herr Abg. Zerlauth, im Lande selbst auszugleichen, glaube ich, können wir nicht so ohne weiteres übernehmen ohne zu wissen, was dies bringen würde. Wir wollen ja, daß freiwerdende Milchkon-

tingente aus den östlichen Bundesländern in den Westen wandern. Wenn wir innerhalb des Landes einen Ausgleich machen, wäre das nicht möglich. Wir würden deshalb sehr wünschen, wenn es möglich wäre, im Osten Österreichs Alternativproduktionen zu machen, ich darf erwähnen das Ölsaatenprojekt, das Biospritprojekt, so hat es auch der Landeshauptmann in seiner letzten Samstagsendung, Herr Abg. Wolf, gemeint, nicht hier im Rheintal sollen Ölsaaten angebaut und Biosprit gemacht werden, sondern in Innerösterreich, wo das möglich ist. Es würde sich dadurch ein positiver Effekt auch für unsere Bauern geben, weil eine Entlastung bei der Milch erwartet werden könnte. Wir meinen, daß freiwerdende Milchkontingente aus dem Osten dann in den Westen wandern könnten, deshalb sind wir der Meinung, daß es nicht sinnvoll wäre, einen Ausgleich im Lande selbst vorzunehmen. Dies wäre nicht ohne bedeutende wirtschaftliche Nachteile möglich.

Falschlunger: Damit ist das Kapitel Landwirtschaft abgeschlossen, auch die Gruppe 7. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Es ist nicht der Fall.

(Zweiter Landtagsvizepräsident Falschlunger übergibt den Vorsitz wieder an Landtagspräsident Dr. Purtscher.)

Präsident: Wir kommen nun, geschätzte Damen und Herren, in der Reihenfolge wieder zur Gruppe 3 - Kunst, Kultur, Kultus. Zuvor aber bitte ich um Verständnis für die Einschubung des Abschnittes 52. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Rüschi hat morgen den Herrn Landeshauptmann bei der deutsch-österreichischen Raumordnungskonferenz zu vertreten. Es ist sein Wunsch, daß die Frage der Mülldeponie Oberland heute noch in seiner Gegenwart diskutiert werden kann. Ich darf daher um Zustimmung bitten, daß man den Abschnitt 52 kurz einschubt. Wünscht jemand zur Frage «Mülldeponie Oberland» das Wort? Bitte, Herr Abg. Mag. Spannring.

Mag. Spannring: Hoher Landtag! Ich darf einleitend dem Herrn Landesrat für die morgige Konferenz viel Erfolg wünschen. Ich wünsche ihm mehr Erfolg bei den morgigen Gesprächen, als er das bisher bei der Müllfrage Oberland gehabt hat. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich bemühen, recht kurz zu sein, insbesondere deshalb, weil es eigentlich keine neuen Fakten gibt. Das Faktum ist, daß das Müllproblem im Oberland nicht gelöst ist, der Skandal dauert an und, so wie man hört und sieht, sich auch nichts dergleichen abzeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die Müllfrage Oberland wahrscheinlich ein einmaliger Fall in Vorarlberg, daß man ein Problem über zehn Jahre hinweg vor sich hinschiebt. Alle Beteiligten beteuern, sie würden es lösen oder lösen wollen und trotzdem wurde keine Lösung gefunden. Es ist sehr viel dazu schon gesagt worden und ich will das nicht wiederholen, es ist einfach müßig, ich möchte mit aller Deutlichkeit und mit aller Entschiedenheit Sie, Herr Landesrat Rüschi, noch einmal auffordern, alles zu unternehmen, um dieses Problem endlich

zu lösen. Und Ihnen, Herr Landeshauptmann, möchte ich sagen ebenfalls mit der gleichen Entschiedenheit und mit derselben Ernsthaftigkeit, daß Sie auch endlich Ihren Beitrag leisten, den Sie angekündigt haben, damit wir endlich in absehbarer Zeit dieses Müllproblem im Oberland einer Lösung zuführen können.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort? Herr Landesrat.

Dipl.-Ing. Rüschi: Herr Präsident, Hoher Landtag! Zumindest in einem Punkt, Herr Abg. Spannring, sind wir uns heute einig, wir sollten uns möglichst wenig wiederholen. Etwas muß ich aber trotzdem wiederholen, und zwar den Umstand, daß die Kompetenz eindeutig bei den Gemeinden liegt, wobei ich nie verschwiegen habe, daß wir alles tun, um die Gemeinden in ihren Bemühungen zu unterstützen. Es ist zwar nicht ganz richtig, daß keine neuen Fakten vorliegen, denn ich habe gestern noch mit Bürgermeister Dr. Bilz von Feldkirch telefoniert, um mich über den letzten Stand der Bemühungen des Bürgermeisterrates im Oberland zu erkundigen.

Noch einmal, was hat das Land getan, wozu ist das Land verpflichtet? Das Land hat einen Standort ermittelt in Nenzing. Das Land hat Verhandlungen geführt und mit der Gemeinde Nenzing ein Einverständnis dadurch erreicht, daß fünf oder sieben Punkte erfüllt würden. Das Land hat gesetzmäßig bzw. der gesetzlichen Verpflichtung nachkommend sich bemüht, die Art der Anlage festzulegen. Nach Ansicht des Landes ein Müllrotte- und Kompostwerk, wobei man auch nie Zweifel darüber offengelassen hat, daß, wenn die Gemeinden einen besseren Vorschlag, derzeit sind sie offensichtlich geneigt, lieber einer geordneten Deponie zuzusprechen, daß, wenn diese Möglichkeit den Landesgesetzen entspricht, selbstverständlich im Rahmen der Gesetzeslage akzeptiert würde.

Das Land hat weiter sich bemüht, die Lagerungsmöglichkeiten für die Endprodukte aus einem Rotte- und Kompostwerk zu fixieren. Das ist auch gelungen und die entsprechenden Unterlagen liegen dem Bürgermeisterrat vor. Um zu fixieren, daß die Lagerung der Endprodukte gesichert ist, hat das Land in seiner 25. Sitzung heuer sogar beschlossen, ich lese Ihnen den Text vor: «Die Vorarlberger Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß Rotte- und Kompost oder unbearbeitete Abfälle nach Auffüllung der Materialbaustelle im Böschistobel/Nenzing in anderen Gemeinden deponiert werden, falls die Gemeinde Nenzing keinen Bedarf nach Ablagerung solcher Materialien hat.» Dieser Beschluß wurde in Erledigung des Schreibens der Gemeinde Nenzing vom 27. Juli 1976 gefaßt. Ich will jetzt dieses Schreiben, das ich ja schon öfters vorgelegt habe, hier nicht noch einmal zitieren. Leider sind einige Gemeinden bis heute nicht dazu zu bewegen gewesen, bei diesem Rotte- und Kompostwerk mitzutun und es bliebe somit nur der Zwang. Für mich ist das allerdings ein Widerspruch, auf der einen Seite von mehr Kompetenzen für die Gemeinden zu reden, und auf der anderen Seite sie bei Pflichtaufgaben der Gemeinden zwingen zu müssen.

Nun vielleicht noch ganz kurz zur Argumentation der Stadt Bludenz, die ja die Behauptung aufgestellt hat, die

Rotteanlage sei zu teuer. Ich nehme an, daß Ihnen die Aufstellung, der Kostenvergleich der einzelnen Möglichkeiten, Rotteanlage, geordnete Verdichtungsdeponie und Schüttdéponie bekannt ist. Die Betriebskosten sind mit ca. 500 S fixiert, die Kosten für Auflagen mit ungefähr 35 S, die Einlagerungsgebühr mit 80 S und die Transport- und Sammelkosten mit 580 S und dann noch 8 S für Grundkosten, summa summarum ein Betrag von 1260 S. Ich habe mir die Mühe genommen, und zwar auf Grund einer Studie, die vom Gemeindeverband erstellt wurde, die Kosten der Abfallbeseitigung pro Person und Jahr bzw. Monat in Abhängigkeit des durchschnittlichen Abfallanfalles sowie der drei Beseitigungsmethoden zusammenzustellen. Diese Erhebung des Städtebundes ist aufgestellt worden, da je nach Größe der Gemeinde natürlich unterschiedlicher Müllabfall anfällt, ganz einfach deshalb, weil in kleinen Gemeinden oder Dörfern die Möglichkeit besteht, z.B. irgendwelche organische Substanzen, wie Abfälle von Salat usw. noch im eigenen Garten zu kompostieren oder vielleicht auch einmal etwas in einem Ofen zu verbrennen, während dem selbstverständlich in großen Städten, wo nur oder überwiegend Siedlungsbauten sind, diese Möglichkeit nicht mehr gegeben ist.

Demnach ergäbe sich für eine Rotteanlage bei 1000 Einwohnern ein Preis von 11.60 S pro Monat und Person, bei 3000 Einwohnern 13.70 S, bei 5000 Einwohnern 16. - S und bei 10.000 Einwohnern 17.— S. Ich habe mir die Mühe genommen, die Abfallgebühren der Stadt Bludenz, die aus dem Jahre 1974 stammen, zu vergleichen und bin daraufgekommen, daß die Stadt Bludenz mit ihren Müllgebühren auch heute noch nicht jene behaupteten 100 bis 200% Erhöhung erfahren müßten. Und wenn man hingeht und die Müllgebühren aus dem Jahre 1974 indexberichtigt, so würden diese heute sogar ganz genau stimmen. Ich habe einen ähnlichen Vergleich für die Gemeinde Thüringen gemacht, die heuer Müllgebühren beschlossen hat, und bin zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Ich möchte damit nur sagen, daß es nicht richtig ist, daß hier eine sündteure Anlage empfohlen wurde, sondern daß eine Anlage empfohlen wird und angestrebt wird, die durchaus im Rahmen der üblichen Müllgebühren liegt.

Es ist selbstverständlich, daß Städte, wie Bregenz, Dornbirn oder Feldkirch, schon diese Gebühren haben, weil sie bei der Fa. Häusle abliefern. Ich möchte noch einen Irrtum aus der Welt räumen. Wenn man von diesen 1260 S die Aufgliederung anschaut, dann stellt man fest, daß nur rund 500 S für die Bearbeitungsgebühren anfallen, d.h. von den 1200 S kann ich 500 S beeinflussen und sie vielleicht um 100 S reduzieren, vielleicht auch maximal um 150 S, ich kann aber nicht die Transportkosten beeinflussen.

Wenn man heute nach einer zentralen Landeslösung ruft, ist es glaube ich jedermann klar, daß die Transportkosten dann wesentlich höher wären, weil natürlich zwei Schwerpunkte in Unter- und Oberland weniger mittlere Transportweite haben als eine zentrale Lösung im Lande.

Der letzte Stand der Dinge ist der, daß am 24. November das Bürgermeisterkomitee zusammengelassen ist, daß das Komitee eigentlich weitgehend alle Unterlagen zusammen hat, daß das Komitee aber unter Punkt 3 noch festgestellt hat, daß die Sitzung bis zum 11. Dezember 1981,

vertagt wurde, um die Einholung von Unterlagen über die Möglichkeiten der Abfallbeseitigung mittels Pyrolyse - und zwar ist das bekanntermaßen ein Vorschlag, ich glaube sogar ein Antrag der SPÖ-Nenning, zu ermöglichen. Ich hoffe, daß damit endlich einmal alle Unterlagen zusammen sind, und daß ein Beschluß gefaßt werden kann, wobei selbstverständlich beide Möglichkeiten offen sind, entweder man entschließt sich nun endlich für eine Rotteanlage oder man entschließt sich für eine geordnete Déponie. Jedenfalls sind die Unterlagen auf dem Tisch und die Herren Bürgermeister am Zug, endlich eine Entscheidung zu fällen. Ich bin gleicher Meinung wie Sie und hoffe, daß dieses leidige Thema bald einmal zu einem Ende geführt werden kann. Ich meine, alle Jahre wieder freut es mich, daß wir hier diskutieren, aber ich glaube, wir fänden auch noch andere Themen und es wäre dem Land gedient, wenn das Müllproblem vielleicht einmal nicht mehr hier herinnen in dieser Breite diskutiert werden müßte.

Präsident: Abg. Wolf.

Wolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Landesrat, Sie haben es sich alle Jahre wieder sehr einfach gemacht und gesagt, der Kompetenzbereich ist eindeutig bei der Gemeinde. Sie haben aber einmal mehr verschwiegen, daß hier das Land bzw. die Regierung sehr wohl eine Aufgabe zu erfüllen hätte, nämlich die Erlassung des Abfallbeseitigungsplanes, wie er im Abfallbeseitigungsgesetz vorgesehen ist. In diesem Plan müßte geregelt werden, wie und wo die Abfallbeseitigung durchgeführt werden könnte oder durchgeführt werden muß. Diese Aufgabe hat die Landesregierung bis heute nicht erledigt und es ist einfach, den Bürgermeistern die Verantwortung zuzuschieben, ohne daß hier die Landesregierung bereit ist, jene Verordnung zu erlassen, die die Beseitigung des Mülls im ganzen Landesgebiet zum Inhalt hätte.

Präsident: Herr Landesrat!

Dipl.-Ing. Rüschi: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich muß Sie leider korrigieren, Herr Abg. Wolf, ich habe das schon öfters gesagt, dieser Abfallbeseitigungsplan wurde erarbeitet, dieser Abfallbeseitigungsplan wurde zur Begutachtung ausgesandt, nur gehen hier die Rechtsmeinungen auseinander. Es hat meiner Meinung nach, und das ist die Meinung aller Juristen hier im Hause, wenig Sinn, eine Verordnung zu beschließen, von der man von vorneherein weiß, daß sie nicht exekutiert werden kann. (Zwischenruf Wolf: Aber die Verordnung ist noch nicht erlassen!) Es hat keinen Sinn, eine Verordnung zu erlassen, von der man von vorneherein weiß, daß sie nicht exekutiert werden kann. Aber jedenfalls die Arbeiten wurden alle geleistet und es liegt alles auf dem Tisch. Wir können uns hier jetzt über Juristereien unterhalten, es hat aber wenig Sinn, eine Verordnung zu erlassen, die nicht exekutiert werden kann. (Zwischenruf Wolf: Dann müssen wir das Gesetz ändern!) Das Gesetz muß diesbezüglich nicht geändert werden. Der Abfallbeseitigungsplan, wenn Sie die Gesetzwerdung verfolgen, und ich habe mir die Mühe gemacht, wurde zu einem ganz anderen Zweck, nämlich damals im Gesetz

fixiert, und zwar wollte man damals erreichen, daß nicht z.B. die Firma Häusle eine Anlage hier erbaut hat und alle Gemeinden dann sagen, ja wir machen etwas anderes. Es ist praktisch darum gegangen, daß, wenn eine Anlage irgendwo steht, daß man die Gemeinden dazu bringen kann, auch in dieser Anlage effektiv den Müll zu verarbeiten. Das ist die Ursache und Wirkung von der anderen Seite her betrachtet.

Ich glaube, diese Diskussion habe ich mit Ihrem Parteikollegen Stecher schon zur Genüge geführt. Es ist eine reine Philosophiesache; eine Verordnung zu beschließen, die ich nicht exekutieren kann, halte ich (Zwischenruf Wolf: Aber die Verordnung ist noch nicht erlassen!) Herr Abg. Wolf, eine Verordnung zu beschließen, von der man von vorneherein weiß, daß sie nicht exekutiert werden kann, halte ich nicht für sinnvoll.

Präsident: Können wir die Diskussion zu diesem Unterabschnitt nun abschließen? Dann kommen wir nun zur Gruppe 3; ich bitte um Einleitung.

Aberer: Die vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 75,716,000 oder 1,45% die Einnahmen sind mit 5,482,000 oder -, 11% des Gesamtvoranschlags eingesetzt.

Hier erfahren die Beiträge für die Musikschulen eine Erhöhung von 1,4 Mio. auf 8,4 Mio. Damit will man dem Wunsche der Gemeinden in gezielten Schritten näherkommen, innerhalb 5 Jahren 1/3 der Personalkosten in den Musikschulen zu subventionieren. Es ist auch weiter eine Dokumentation, daß mit der Gründung des Landeskonservatoriums der Unterbau zu dieser höheren Musikschule, nämlich die gemeindlichen Musikschulen, nicht vernachlässigt werden.

Die Maßnahmen zur Musikpflege, hier fallen insbesondere die Beiträge zu Orchesterveranstaltungen, Schubertiade, Bregenzer Festspiele, Orchesterveranstaltungen von Gemeinden herein, sind gesamthaft mit 14 Mio. gefördert, wobei natürlich die Bregenzer Festspiele mit 11 Mio. am höchsten dotiert sind.

Die Förderung des Schrifttums, der Sprache, die Vorarlberger Naturschau, das Vorarlberger Landesmuseum sowie die Denkmalpflege erfordern insgesamt 8,9 Mio. Die Förderung des Berufstheaters erfährt eine Erhöhung von 6,8 auf 7,5 Mio.

Die Presseförderung ist wieder mit 3,9 Mio. dotiert.

Für die Einrichtungen der Kulturpflege, wie Beiträge zu Kultursälen, Kongreßhaus Dornbirn und Beiträge zu sonstigen Veranstaltungen werden mit 5,8 Mio. gefördert. Die Montfortausstellung in Bregenz wird eigens mit 700.000 gefördert.

Für Beiträge zu Kirchenneubauten werden im kommenden Jahr 1,5 Mio. zur Verfügung stehen.

Ein Antrag der SPÖ, die «Presseförderung» von 3,9 Mio. zu streichen erhält nicht die Mehrheit im Ausschuß.

Präsident: Ich danke für die Einleitung. Die Diskussion ist eröffnet. Das Wort hat Herr Dipl.-Ing. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, Hoher Landtag! Der

Voranschlag für die Gruppe 3 folgt im wesentlichen den Intentionen des Gesamtbudgets, in dem die freien Förderungen eingefroren werden. Unter den Maßnahmen zur Förderung der bildenden Künste ist ein erster Baukostenzuschuß an die Berufsvereinigung der bildenden Künstler zum Neubau des sogenannten Gärtnerhäuschens im Ensemble des Palais Thurn und Taxis in Höhe von 500.000 S vorgesehen. In dem geplanten Neubau, der das baufällige Nebengebäude in der bestehenden Erscheinungsform ersetzen soll, ist von der Berufsvereinigung vorgesehen, ihr Sekretariat mit den erforderlichen Nebenräumen unterzubringen. Hohe Betriebskosten im Künstlerhaus und die Notwendigkeit, dieses umfangreich sanieren zu müssen, machen das Anliegen der Berufsvereinigung verständlich. Zunächst soll aber noch die Frage geklärt werden, welchen Beitrag die Berufsvereinigung von sich aus zu den präliminierten Baukosten von 2 Mio. S leisten kann. Neben den Ankäufen von Werken einheimischer Künstler, der Atelierförderung und der Unterstützung von Ausstellungen ist an die von der Berufsvereinigung mit wesentlicher Unterstützung des Landes durchgeführte, sehr repräsentative Otto-Dix-Ausstellung zu erinnern.

Die Beiträge für die Musikschulen der Gemeinden werden auch im kommenden Jahr mit einer überproportionalen Steigerungsrate von 20% von bisher 7 auf nunmehr 8,4 Mio. S erhöht. Im Zusammenhang mit den Aufwendungen darf ich auf die bedeutenden Erfolge unserer Teilnehmer beim Bundeswettbewerb «Jugend musiziert» 1981 in Leoben verweisen, wo unsere musikalischen Vertreter insgesamt sieben erste Preisträger gestellt haben. Im Zusammenhang mit dem seit 1977 bestehenden Landeskonservatorium und des städtischen Konservatoriums Bregenz, das als Außenstelle geführt wird, kann guten Gewissens gesagt werden, daß es einen guten Ruf genießt, wenn auch zeitweilig in Zeitungen Gegenteiliges zum Ausdruck kam. Zum Lehr- und Studienbetrieb kommen verschiedene Aufgaben, wie Lehrerkonzerte, Austauschkonzerte, die Herausgabe einer Zeitschrift «Seminar und Fortbildungseminare». Die Führung des Seminars B ermöglicht die Ausbildung der Musiklehrer im Lande und soll auch den Nachholbedarf decken.

Erstmals, zumindest soweit ich dies zurückverfolgen kann, ist der Beitrag an die Bregenzer Festspiele stabilisiert worden. Er liegt nach Abschluß der Beitragszahlung zur Errichtung des Festspielhauses nunmehr bei 11 Mio. S. Im Bereich der Literatur ist in der letzten Sitzung des Kulturbeirates eine sehr erfreuliche Klimaverbesserung konstatiert worden. Zahlreiche Publikationen und Veranstaltungen konnten mit Landesbeiträgen finanziell unterstützt werden. Der Schwerpunkt der Förderung von Heimatmuseen betraf das Heimatmuseum Großwalsertal in Sonntag, das heuer eröffnet werden konnte, und das Heimatmuseum Montafon in Schruns. Und damit steigen die Hoffnungen, den Schwerpunkt der Initiativen in absehbarer Zeit in den Bregenzerwald verlegen zu können.

Als wesentlicher Beitrag zur Denkmalpflege ist die Sanierung von Schloß Hofen anzusehen und eine neue umfangreiche Aufgabe steht in der Renovierung des ehemaligen Klosters Viktorsberg bevor. Als Träger wird eine von der Stadt Feldkirch, den Vorderländer Gemeinden, der

Diözese, der Rheticusgesellschaft und dem Land Vorarlberg zu gründende Stiftung fungieren.

Gute Aufnahme fand die Herausgabe des in jahrelanger Vorbereitungszeit erarbeiteten Vorarlberger Liederbuches, das in seiner ersten Auflage von 10.000 Stück bereits vergriffen ist. Nach dem Zuschuß für die erste Auflage von ca. 230.000 S wird es nunmehr möglich sein, die zweite Auflage kostendeckend bei gleichem Endpreis zu halten. Eine Anzahl von Heimatbüchern, Schriften des Landesmuseumvereins und andere Publikationen konnten gefördert werden und werden auch durch die Budgetansätze für das kommende Jahr bedeckt. Erwähnenswert ist die geplante repräsentative Montfortausstellung, für die 700.000 S vorgesehen sind. Mit in die Kulturpflege gehört die verbesserte Förderung öffentlicher Kultursäle. In der laufenden Periode konnten 30 Projekte gefördert werden. Förderungen wurden zu Kirchenbauten gegeben, derzeit sind die Kirchen von Lech, Fußach und Mellau von dieser Förderung betroffen. Schließlich ist der gleichbleibende Beitrag an die Schubertiade zu erwähnen, der es heuer gelungen ist, mit einzelnen Veranstaltungen an die breite Öffentlichkeit heranzukommen. Für das Theater für Vorarlberg ist im Budgetansatz eine 10%ige Steigerung vorgesehen, so daß die Förderungssumme nunmehr 7,5 Mio. S beträgt. Und wenn man bedenkt, daß damit elf Inszenierungen finanziert werden, und darüber hinaus berücksichtigt, unter welch schwierigen Bedingungen die verschiedenen Orte bespielt werden, so ist dem Ensemble und der Leitung Dank auszusprechen.

Meine Damen und Herren! Wer Zeitung liest, Radio hört und, so wie Sie, Anteil am öffentlichen Geschehen nimmt, stellt fest, daß nicht nur in den traditionellen kulturellen Hochburgen, sondern in allen Teilen des Landes eine jährlich fortgesetzte Zunahme an kulturellen Aktivitäten festzustellen ist. Orgelkonzerte, Konzerte von Musikschulen, Lesungen, Gespräche mit Autoren, Atelierbesuche und Ausstellungen, neue Ansätze im Bereich der Heimat- und Denkmalpflege und verschiedenes andere mehr lassen den Schluß zu, daß hier latent vorhandenen Bedürfnissen entsprochen wird. Wenn ich weiter berücksichtige, daß dabei eine große Zahl von Veranstaltungen von ambitionierten Privatleuten initiiert, organisiert und meist auch finanziell verantwortet werden, verstärkt sich mein vorhin geäußertes Eindrück. Und wenn im Laufe dieser Debatte immer wieder der gedankliche Hintergrund, vor dem sich das politische Geschehen abspielt, diskutiert wird, dann ist für mich auch hier das Bedürfnis offensichtlich, nicht nur Symptombehandlung zu betreiben, sondern Dingen tiefergründiger zu begegnen.

Hoher Landtag! Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß nach Jahrzehnten, in denen der uneingeschränkte Glaube an den Fortschritt Vorrang hatte, in denen alles technisch Machbare dem Fortschritt unreflektiert zugezählt wurde und darüber hinaus die Meinung vorherrschte, die materielle Verbesserung löse alle Probleme des Menschen, daß nun die Grenzen und die Möglichkeiten bewußt werden. Die ebenso landläufige wie billige Vorstellung, es gehe im menschlichen Leben lediglich um materiellen Wohlstand und um Macht und um Sicherheit, ist gewaltig ins Wanken geraten und die Frage nach dem Sinn, nach

dem Inhalt unseres Lebens, nach den bewegenden Kräften in unserem Dasein sind in breiten Kreisen der denkenden Bevölkerung in den Vordergrund der Diskussion getreten. Heute halten wir im Zeitalter des Pluralismus, der, wie der Name sagt, eine Vielzahl an Meinungen und Auffassungen zuläßt und respektiert und darüber hinaus wird der Anschein erweckt, diese Meinungen seien gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. Dies führt zu babylonischer Sprachverwirrung: Toleranz wird oft mit Grundsatzlosigkeit verwechselt, Freiheit neigt zu Grenzenlosigkeit, Rechte und Pflichten werden isoliert betrachtet, Gleichheit wird als Vorwand für Gleichmacherei mißbraucht, soziale Einrichtungen werden als bequeme Hängematten strapaziert und Wert und Zielvorstellungen werden so adaptiert, daß sie ausschließlich der Bequemlichkeit dienen. Als besonders gefährlich betrachte ich die Tendenz der bequemen, mehrheitlich geäußerten Meinung recht zu geben und sich anzupassen, weil wie Noelle Neumann richtig formuliert hat, die Angst, isoliert zu sein, größer ist als die, dem Irrtum zu unterliegen. Hier muß die Besinnung wieder einsetzen, die Eigenverantwortung erkannt werden. Staat und Bürokratie mit ihren Gesetzen und Kontrollen können das Gewissen nicht ersetzen. Gewissen ohne Wissen ist wenig wirksam; Wissen ohne Gewissen jedoch ist unmenschlich. Ich komme schließlich zu einer sehr persönlichen Erkenntnis, die sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr zur Gewißheit verdichtet hat. Im Selbstverständnis des Menschen müßten wieder mehr ideelle Werte und Inhalte ihren Platz finden: Inhalte, die mit Gefühl, Gemüt, mit Seele verbunden sind, aber auch das schon von Walther von der Vogelweide besungene Maß und die in unserer religiösen Überzeugung wurzelnde Demut. Der Umgang damit ist mühsam, weil sie nicht gemessen, gezählt, gewogen, tabelliert werden können, sie erfordern andere Maßstäbe. Durch die Vernachlässigung dieser ideellen Qualitäten ist vieles unter die Räder geraten. Wir spüren den Verlust von zwischenzeitlich als unnötig empfundenen Tugenden, die sich in den Oberbegriffen von Ethik und Moral zusammenfassen lassen. Und es ist Zeit, den Einfluß der Technokraten zu reduzieren und dem Individuum, dem Menschen das Wort zu geben. Es ist aber auch an der Zeit, und darauf liegt die Betonung, sich der Verantwortung über das eigene Tun und Lassen zu besinnen. Diese Änderungen, so mühsam sie sich auch den Weg bahnen werden müssen, werden schließlich alle Bereiche des Lebens und der Gesellschaft beeinflussen. Sie werden den Lauf der Dinge auf das für den Menschen zuträgliche Maß bremsen, die Bereiche überschaubarer machen und das Übermaß an anonymer Fernsteuerung reduzieren müssen und schließlich der Plünderung unseres Planeten ein Ende bereiten. Respektierte Individualität, natürliche Eigenständigkeit, Selbstbeschränkung freiwilliger Art, aber auch die Bereitschaft zur Verantwortung im eigenen Bereich bilden neue Voraussetzungen für geänderte Werthaltungen und Wertvorstellungen. Das sind die Gedanken eines bemühten Konservativen, bemüht um mehr Ehrlichkeit, bemüht um mehr Glaubwürdigkeit, vielleicht vermessen in der Einschätzung der Wirklichkeit, aber überzeugt von der Impulsfunktion des kulturellen Lebens.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Es ist das erste Mal, daß die Kultur zu so später Stunde drankommt. Die Entwicklung der Musikschulen, meine Damen und Herren, ist immer ein Thema, das einer Beachtung wert ist. Wohl ist die Musikschulförderung auch in diesem Jahr um 20% von 7 auf 8.4 Mio. S angehoben worden und im Verhältnis zu früheren Jahren entsteht dadurch wieder eine gewisse Entlastung für die Gemeinden, jedoch wird diese zusätzliche Förderung durch ein Ansteigen der Zahl der Musikschulen und Musikschüler verwässert und auch die 6.9%ige Gehaltserhöhung und Neueinstufung der Absolventen der Konservatorien in die Verwendungsgruppe b frißt einen Teil dieser Besserstellung der Gemeinden wieder weg. Zudem fangen viel mehr Elementarschüler nach einem Jahr mit einem Instrument an, was eine zusätzliche Steigerung der Personalkosten mit sich bringt, weil der Elementarunterricht als Gruppenunterricht und der Instrumentalunterricht meist als Einzelstunde erteilt wird und damit natürlich andere Kostenfaktoren entstehen.

Erfreulich, daß ab dem heurigen Schuljahr alle Musikschulen nach dem gleichen Lehrplan arbeiten, den Musikschulinspektor Kremmel in Eigenregie zusammengestellt und mit den Musiklehrern abgesprochen hat. Vorarlberg ist derzeit das einzige Bundesland, das sich auf einen solchen einheitlichen Lehrplan bzw. Lehrpläne für die einzelnen Instrumente stützen kann. Gestern oder vorgestern hörten wir aus dem Rundfunk, daß daran gedacht wird, die Musikschulförderungsmittel nicht wie bisher nach der Schülerzahl bzw. Stunden, sondern in einer verfeinerten Form nach Leistungsdaten aufzuteilen. Eine sinnvolle Maßnahme nach meiner Ansicht, die den gesunden Wettbewerb unter den Musikschulen fördert.

Schlecht schaut es derzeit bei den meisten Musikschulen mit Instrumenten und Noten aus. Diese Aufgabe hätte aber meiner Meinung nach der Musikschulerhalter zu erfüllen und sollte nicht dem Land aufgebürdet werden. Vom Erfolg der Musikschulen hängt aber auch die Qualität des Nachwuchses für die Konservatorien ab. Je besser hier in den Musikschulen gearbeitet wurde, je breiter die Basis, umso bessere Musiker wird es auch später geben.

Zum Konservatorium ist folgendes zu sagen, Herr Landeshauptmann: Sind die Musikschulen derzeit dem Musikschulinspektorat unterstellt, so mutet es etwas komisch an, wenn das Konservatorium in musikalischer Hinsicht von einem AHS-Professor aus Tirol kontrolliert wird. Hier läge es auch am Kulturreferenten und in seinem Interesse, wenn die fachlich-musikalische Beurteilung der Leistung des Konservatoriums einem Musiker unterstehen würde, der den Kulturreferenten dann auch besser beraten könnte. Ein Thema, das ich auch schon einige Male angeschnitten habe, Herr Landeshauptmann, betrifft beim Konservatorium die große Anzahl von Vorklassenschülern. Es ist in keinem anderen Konservatorium in Österreich eine in Prozenten so hohe Vorklassenschülerzahl festzustellen, wie in Feldkirch. Ich glaube, daß man hier diese Sache prüfen muß, weil es auch einen Kostenfaktor darstellt und es wäre sinnvoller, hier das Konservatorium um diese Vorklassenschüler zu reduzieren oder auf ein normales Maß zu brin-

gen und die freiwerdenden Mittel zusätzlich den Musikschulen zur Verfügung zu stellen, weil hier doch ein wesentlich kostengünstigerer Stundensatz für die Musikschüler zu erzielen wäre.

Ein zweites Thema, Jeunesse-Musical, dieses Jahr erhielt die Jeunesse für ihre Konzerte meist für die Jugend eine Landessubvention von 50.000 S und, so Mittel im Revirementwege gefunden werden, nochmals 60.000 S. Diese von uns im letzten Jahr eingeleitete Verbesserung für die Jeunesse, mit 49 Konzertveranstaltungen der größte Konzertveranstalter im Lande, und diese noch auf sehr viele Orte des Landes verteilt, war doch ein kleiner Fortschritt für diese Jeunesse. Das Programm fächert sich sehr breit auf und kann viele Geschmacksrichtungen befriedigen. Erfreulich, daß die Städte Dornbirn und Feldkirch dies erkannt haben und Subventionen von über 100.000 S gewährten. War in den vergangenen drei Jahren die musikalische Jugend Österreichs für das Defizit von rund 350.000 S eingesprungen, so muß befürchtet werden, daß wenn das Land nicht seinen zugesagten Verpflichtungen Folge leistet und sich auch künftig nicht etwas stärker engagiert, daß dann eine Programmeinschränkung und damit einseitiges Programm die Folge ist. Gerade im Hinblick auf die enormen Mittel für die Hochkultur sollte solch ehrenamtlich tätigen Organisationen auch in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden.

Last not least, das wieder mit unserer Budgetvereinbarung mit der ÖVP zusammenhängt, die Denkmalpflege. Viele historisch wertvolle Gebäude sind durch den Zahn der Zeit dem Verfall preisgegeben, auch in Vorarlberg. Auf der einen Seite besteht die gesetzliche Verpflichtung, diese Gebäude zu erhalten, und auf der anderen Seite werden die Renovierungen durch Vorschriften des Bundesdenkmalamtes oft enorm verteuert. Für manchen Eigentümer ein schier unlösbares Problem, zumal die Kosten nie genau vorhersehbar sind. Die Beträge vom Bund sind sehr bescheiden, die beim Land seit Jahren in der Höhe eher sinkend. Wir haben zwar nicht so viele Burgen und Schlösser wie andere Bundesländer, aber trotzdem gibt es in unseren Städten und auf dem Land wertvolle Bausubstanz. Diese zu erhalten, läge im Interesse unseres Landes und vielleicht gelänge es, manch einen Eigentümer dazu zu bewegen, rechtzeitig mit der Renovierung zu beginnen, wenn er vom Land dezidiert wüßte, was er bekommen kann. Ich denke z. B. an eine Regelung, wie wir sie in der Wohnbauförderung haben.

Noch zum Schluß, Herr Landeshauptmann, es ist in der Finanzausschußsitzung an Sie die Frage gerichtet worden, wie es beim Landesmuseumsverein steht; ich möchte diese Frage wiederholen, vielleicht ist es Ihnen in der Zwischenzeit gelungen, hier nähere Informationen zu erhalten.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, Hohes Haus! Nach den sehr theoretischen und philosophischen Ausführungen, für die er sehr viel Aufmerksamkeit genießen durfte, nämlich den Ausführungen des Abg. Batlogg, darf ich doch auf einige Dinge zu sprechen kommen, die vor allem also in letzter Zeit sich im Lande wieder aktualisiert haben. Wobei ich

eingehend als sehr erfreulich vermerken möchte, daß sich nunmehr eine größere Anzahl der sogenannten kleinen Kulturveranstalter zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengekommen haben. Neben der Möglichkeit der besseren Koordinierung zwischen den einzelnen Veranstaltern sehe ich darin ganz besonders die große Chance, das kulturelle und künstlerische Bewußtsein in diesem Lande zu stärken. Durch diese Arbeitsgemeinschaft wird es möglich sein, durch bessere Absprache und gestiegenen Wettbewerb das Bewußtsein und das Interesse vieler Menschen für die Kunst in den verschiedensten Bereichen zu wecken. Zum anderen aber ist durch diesen Zusammenschluß eine Initiative entstanden, der es hoffentlich möglich sein wird, als starker Partner gegenüber dem Land und einzelnen Gemeinden aufzutreten. Dies sage ich auch, oder gerade weil ich als Kulturreferent in der Gemeinde tätig bin. Ich sehe diese Arbeitsgemeinschaft als eine Art Gewerkschaft, mit dem Ziel, den kleinen Kulturveranstaltern sowohl die ideellen als auch die materiellen Voraussetzungen zur Präsentation einer künstlerischen Vielfalt als auch zur Durchsetzung ihrer kulturpolitischen Vorstellungen zu bieten.

Wenn ich von der Durchsetzung bzw. Erfüllung einer kulturpolitischen Vorstellung spreche, so möchte ich nochmals zurückkommen auf die Diskussion über die künstlerische Ausgestaltung des Landhauses, und ich hoffe, Herr Landeshauptmann, daß ich Sie gestern falsch verstanden habe, nämlich in der Richtung, daß Sie gesagt haben, daß auch im heurigen oder im Budget 1982 wieder 340.000 S für Ankäufe durch das Land vorgesehen sind, und daß dieser Betrag für Ankäufe für die künstlerische Ausgestaltung des Landhauses zu verwenden wäre. Ich bin vielmehr der Meinung, daß dieser Betrag von 340.000 S zusätzlich ausgeworfen werden soll, denn dieser Betrag für die Ankäufe durch das Land wurde die letzten fünf Jahre lediglich um etwas mehr als 10% erhöht. Die zusätzliche künstlerische Ausgestaltung für das Landhaus hat zusätzliche Mittel zur Folge. Es ist einfach notwendig, daß, wie ich es gestern schon formuliert habe, daß bei einem solchen Jahrhundertbauwerk mit Baukosten von rund 650 Mio. S einfach ein entsprechend hoher Betrag auch für die künstlerische Ausgestaltung dieses Hauses verwendet wird. Damit wird ein aktiver Beitrag für die Kunst und auch für die Wirtschaftsförderung geleistet.

Heute über die Festspiele zu reden, ist sicherlich nicht sinnvoll, einerseits auf Grund der sehr fortgeschrittenen Zeit, zum anderen und zum wesentlichen ist es notwendig, den Bericht des Rechnungshofes abzuwarten und dann die Diskussion darüber abzuführen.

Es ist schon erwähnt worden, daß die Mittel für die Musikschulförderung heuer um 20% wieder erhöht wurden. Ich möchte das als Fortschritt bezeichnen und es kommt sicherlich auch hier zum Ausdruck, daß das stete Verlangen der Sozialistischen Fraktion nach Erhöhung dieses Betrages doch etwas Wirkung zeigt, so nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein! Aber die Kosten der musikschulerhaltenden Gemeinden nehmen ganz gewaltig zu. Sie explodieren deshalb auch, weil nur mehr in einem verringerten Ausmaße Aushilfslehrer verwendet werden, und jetzt sehr stark Absolventen und Studenten

der Konservatorien eingesetzt werden, die natürlich ganz gewaltige Mehrkosten auf dem Personalsektor erfordern. Und das bedeutet natürlich, daß diese erhöhten Mittel für die Musikschulförderung, die das Land gewährt, dadurch aufgefressen werden und für die musikschulerhaltenden Gemeinden kaum eine Einsparung erfolgt.

Herr Landeshauptmann, seit der letzten Landtagswahl sind über zwei Jahre vergangen. Vor der Landtagswahl haben Sie einigemal den sogenannten Kulturstammtisch abgehalten. Seit dieser Zeit warten die Vorarlberger Künstler auf die weitere Abhaltung der von Ihnen als regelmäßig zugesagten Diskussionen. Im heurigen Frühjahr wurden Sie von einigen Künstlern zu Aussprachen eingeladen. Zu dieser Einladung meinten Sie bei der Diskussion über den Rechenschaftsbericht im Juli d. J., daß Sie es nicht nötig hätten, sich zu derartigen Gesprächen einladen zu lassen. In der Zwischenzeit, Herr Landeshauptmann, hätte es Ihnen sicherlich leicht möglich sein müssen, Ihr vor der Landtagswahl gegebenes Versprechen einzulösen und wieder einmal einen Kulturstammtisch abzuhalten. Aber vielleicht und ich hoffe, geschieht dies bald in nächster Zeit.

Nun zu zwei ganz anderen Dingen. In Ihren Reden, Herr Landeshauptmann, unterscheiden Sie immer zwischen Kulturpolitik und der Kulturverwaltung. Und ich glaube, es würde der Kulturpolitik dieses Landes sehr nützen, wenn Sie von der Kulturverwaltung z.B. die Koordinierung des Ausstellungswesens übernehmen würden. Zum Zweiten könnte ein vom Land Vorarlberg herausgegebener oder mitfinanzierter Katalog, in dem die bildenden Künstler Vorarlbergs in ihrem Schaffen vorgestellt werden, den Bekanntheitsgrad der Künstler und ihrer Werke gewaltig heben. Zudem hätte ein solcher Katalog, geschickt und informativ aufgemacht, auch dokumentarischen Wert. Ein drittes, Herr Landeshauptmann, der Transparenz der Vorarlberger Kulturpolitik sehr dienlich wäre auch die Herausgabe eines jährlich erscheinenden Kunstberichtes. Ein großer Teil der in der Gruppe 3 ausgewiesenen Ausgaben bezieht sich auf Ankäufe, Förderungen und Subventionen. Nicht nur den Mitgliedern des Landtages, sondern auch den Künstlern, Institutionen sowie anderen Kulturinteressierten dieses Landes wäre ein solcher Kunstbericht, wie er vom Bund seit Jahren erfolgreich herausgegeben wird, eine wertvolle Unterlage. Und ich füge hinzu, wenn wir die Forderung nach der Herausgabe eines Kunstberichtes stellen, so heißt das nicht, daß wir Einfluß nehmen wollen auf die Exekutive, sondern diese Maßnahme diene der Transparenz der gesamten Kulturpolitik.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich noch einen Einsparungsantrag stellen. Die Position, die Ausgaben- Vst. 371005 7355 005 «Presseförderung» mit dem Ansatz von 3.9 Mio. S soll ersatzlos gestrichen werden. Es ist nicht einzusehen, daß aktiv gebarende Zeitungsunternehmen mit Steuergeldern vom Land finanziell gefördert werden, nur um sich eine wohlwollende Schreibweise zu sichern. Dazu kommt, daß die von der Sozialistischen Landtagsfraktion seit Jahren geforderte gesetzliche Regelung für die Presseförderung von der Mehrheit dieses Hauses nie vollzogen wurde.

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Berchtold.

Berchtold: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich bisher aus den alljährlich stattfindenden Auseinandersetzungen über Kunst, Kultur im allgemeinen und Musikschulen und deren Förderung durch das Land im besonderen bewußt herausgehalten. Aus gutem Grund, weil ich mich dem vielleicht nicht ganz unberechtigten Vorwurf nicht aussetzen wollte, als von den Musen Ungeküßter und mit dem Ruf eines nüchternen Zahlenjongleurs Behafteter die bekanntlich vielfach nicht gerade unbescheidenen Forderungen und finanziellen Bedürfnisse, die von den auserwählten Musenjüngern hier immer vorgebracht werden, zu einseitig zu gewichten. Die im Voranschlag 1982 sich aber nun abzeichnende Entwicklung der Musikschulen des Landes und deren Förderung haben mich diese Bedenken überwinden lassen und veranlassen mich - nicht zuletzt auch in meiner Eigenschaft als Finanzreferent einer Musikschulgemeinde und somit im Namen aller musikschulbetreibenden Gemeinden des Landes - der Genugtuung Ausdruck zu geben über die sich nun aus dem Voranschlag 1982 deutlich widerspiegelnde Bereitschaft des Landes, zunehmend die Belastungen mittragen zu helfen, die den zahlreichen Gemeinden des Landes aus der Führung von Musikschulen entstehen.

Beweis für diese Bereitschaft zu einer generellen Lösung ist die - im Förderungsbereich im Voranschlag 1982 sonst kaum festzustellende prozentuelle Steigerung des Ausgabenansatzes für Beiträge für Musikschulen der Gemeinden um, wie bereits vom Berichterstatter und auch von den Vorrednern angeführt, 20% gegenüber dem laufenden Jahr, nämlich von 7 auf 8.4 Mio. S, und von sage und schreibe 50% gegenüber 1980, in dem sich die Beitragsleistung des Landes noch auf 5.6 Mio. S belief. Damit wird 1982 ein weiterer zügiger Schritt auf dem Weg zu jener Lösung getan, die die musikschülerhaltenden Gemeinden und mit ihnen auch der Vorarlberger Gemeindeverband anstreben, nämlich die Abdeckung der Personalkosten der Vorarlberger Musikschulen aus Landesmitteln im Ausmaß von einem Drittel des Gesamtaufwandes.

Meine Damen und Herren, daß dieser Weg nicht nur mit einem oder zwei Schritten zurückgelegt werden kann, wird jedem Einsichtigen klar, der sich die Entwicklung einerseits der Landesfinanzen im allgemeinen und andererseits der Anzahl der Musikschulen und deren Schüler und die daraus resultierenden Kosten vor Augen hält. Waren es z. B. 1975 noch insgesamt elf von Gemeinden oder Vereinen geführte Musikschulen, an denen 4440 Schüler unterrichtet wurden und für die das Land damals einen Betrag von 2.7 Mio. S ausschüttete, sind es derzeit 15 Musikschulen mit insgesamt 7606 Schülern. Einer Steigerung der Schülerzahl in diesem sechsjährigen Zeitraum um an sich schon beachtliche 54% steht somit eine Steigerung der Landesförderung, bezogen auf den Voranschlagsansatz für 1982, von sage und schreibe 211% gegenüber. Oder mit anderen Worten: betragsmäßig beträgt die Musikschulförderung im Jahre 1982 bereits mehr als das Dreifache des Jahres 1975. Auch die gegebene Steigerung der Pro-Kopf-Förderung kann sich sehen lassen und ist an sich noch aussagekräftiger: Trotz der erwähnten Zunahme der Schülerzahl im Vergleichszeitraum um 54% wird sich nämlich der Förderungsbetrag aus Landesmitteln von 607 S pro Musikschüler

im Jahre 1975 bei gleichbleibender Schülerzahl im Jahre 1982 wie im laufenden Jahr auf 1104 S erhöhen.

So beachtlich allein diese Kopfquotenziffer aber auch ist, noch beeindruckender ist die bereits auch schon erwähnte Tatsache, daß 1982 der Personalkostenaufwand weiter steigen wird und rund 40 Mio. S allein in den Musikschulen des Landes betragen wird. Ebenfalls unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Schülerzahl ergibt sich somit allein pro Musikschüler eine Belastung durch den Personalaufwand von 5250 S im Landesdurchschnitt. Für die angestrebte Verwirklichung der Drittförderung aus Landesmitteln wäre daher eine Anhebung der Förderungskopfquote von den erwähnten 1104 S für das Jahr 1982 auf 1750 S erforderlich. Oder mit anderen Worten: anstelle eines Ansatzes von 8.4 Mio. S im Budget 1982 als Förderungsbeitrag für die Vorarlberger Musikschulen - der damit voraussichtlich 21% des gesamten Personalaufwandes abzudecken vermag - wäre zur sofortigen Erreichung der angestrebten Drittförderung ein solcher von rund 13.3 Mio. S erforderlich. Ich habe bereits darauf verwiesen, daß es jedem Einsichtigen und Verantwortungsbewußten klar sein muß, daß eine derartige Anhebung nur in mehreren Etappen realisierbar ist. Dennoch sollte es angesichts der Bedeutung, die die Musikschulen in Vorarlberg in den letzten Jahren erlangt haben, und im Hinblick auf die dadurch außerordentlich gestiegene Belastung der Gemeinden möglich sein, bei Beibehaltung der nun eingeschlagenen Steigerungsraten in den beiden jüngsten Voranschlagszeiträumen das einvernehmlich festgelegte Ziel spätestens im Jahre 1985 zu erreichen.

Zu dieser Zielsetzung einer 33%igen Abdeckung der Personalkosten durch Landesmittel ist noch eine Klarstellung erforderlich. Es wäre meines Erachtens völlig falsch, die Verteilung dieser Mittel auf die einzelnen Musikschulen ausschließlich nach dem Merkmal der Personalkosten vorzunehmen, wenn auch die Summe der Personalkosten das Maß der Förderung sein soll. Denn dies würde einer völlig unwirtschaftlichen und unvermeidbaren Bevorzugung einer Personalexpansion Vorschub leisten. Dies wurde auch schon vor Jahren erkannt und deshalb ist auch bereits im Jahre 1978 ein neuer Förderungsschlüssel einvernehmlich im Zusammenwirken mit dem Landesmusikschulinspektor und den Direktionen der Musikschulen für alle Musikschulen in Vorarlberg ausgearbeitet worden, der sich aus drei Komponenten, nämlich aus der Qualifikation der Lehrer, aus der Anzahl der Wochenstunden und aus der Schülerzahl zusammensetzt und auf diese Art und Weise doch eine einigermaßen gerechte und sachbezogene Mittelverteilung ermöglicht. Langfristig wäre allerdings zu überlegen, ob allenfalls eine Teilung vorzunehmen wäre, nämlich diese an Personalkosten und Schülerzahl orientierte Basisförderung noch durch eine zweckgebundene Projektförderung zu ergänzen. Eine solche Projektförderung würde sich sicherlich langfristig als leistungsfördernd, motivierend und strukturierend auf die Musikschullandschaft von Vorarlberg auswirken, wenn sie nach einem festzulegenden Kriterienkatalog, der z.B. Starthilfen, Stipendien, Lehr- und Lernhilfen und auch bauliche Maßnahmen umfassen könnte, erfolgen würde.

Besondere Beachtung, glaube ich, sollte aber in diesem

Zusammenhang auch der Förderung einer Begabtenauslese gewidmet werden, um dem Landeskonservatorium landesweit die besten Begabungen zuführen zu können und tatsächlich auch nur solche zuzuführen. Denn der enorme Mittelaufwand am Landeskonservatorium - es ist zu beachten, daß z.B. ein Ausbildungsplatz an diesem immerhin an die 40.000 S pro Jahreswochenstunde kostet, während an der Musikschule die Jahreswochenstunde 7000 S erfordert - ein solcher Mitteleinsatz ist nur dann auf Dauer gerechtfertigt, wenn wirklich nur die Begabtesten aus allen Landesteilen einen derartigen Studienplatz erhalten.

Meine Damen und Herren! Bei der Erwähnung des Landeskonservatoriums ist aber an dieser Stelle abschließend noch ein weiteres Wort der Anerkennung angebracht, nämlich dafür, daß seitens des Landes im Zuge der Sanierung und Adaptierung der vom Kolleg Stella Matutina übernommenen Gebäulichkeiten in Feldkirch auch ein wertvoller und kostspieliger Beitrag in Richtung Stadtbildsanierung geleistet worden ist. Das Landeskonservatorium in Feldkirch stellt sich dadurch heute in einem allgemein anerkannt gelungenen Gewand dar und trägt somit erheblich zur Verwirklichung der Bemühungen der Stadt zur weiteren positiven Gestaltung des Stadtbildes bei. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank!

Präsident: Das Wort hat nun der Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die SPÖ-Fraktion hat sich im Vorarlberger Landtag seit vielen Jahren für eine verbesserte Förderung der Musikschulen eingesetzt, nachdem ja bekannt war, daß noch im Jahre 1977 die Förderung der Musikschulen in Vorarlberg weit unten in der Liste der Länderförderungen Österreichs lag. Wir haben darauf immer wieder hingewiesen, daß viele Bundesländer bis zu 100% des Personalaufwandes übernommen haben und damals waren es in Vorarlberg noch etwa 10%. In der Zwischenzeit sind die Landesaufwendungen für Vorarlbergs Musikschulen durchschnittlich pro Jahr um 16,93% gestiegen. Nun hat der Kollege Berchtold in seinen Ausführungen versucht darzutun, daß diese Anstrengungen nun tatsächlich eine entscheidende Verbesserung der Musikschulförderung im Land gebracht hätten. Er hat gemeint, er sei zwar kein Sprecher der Kultur, weil ihn die Musen nicht küssen, also mit der Pecunia, mit der Dame Pecunia steht er auf dem Gebiet scheinbar auch auf dem Kriegsfuß, Herr Kollege Berchtold, denn wenn Sie meinen, daß die Steigerungsrate an Schülern allein von 54% etwa Aufschluß darüber gibt, wie im selben Zeitraum die Kosten der Gemeinden für die Musikschulen gewachsen sind, so ist das ganz und gar unrichtig. Denn erstens klaffen die Kosten, die wahren Kosten pro Schüler und die Einnahmen pro Schüler, wie Sie ja selber wissen, von Jahr zu Jahr mehr auseinander, und zweitens ist nicht nur die Schülerzahl als solche für die Kostensteigerung bei den Gemeinden maßgebend, sondern natürlich auch die Kostensteigerung für das Personal und für die Sachaufwendungen und dergleichen mehr. So darf ich Ihnen denn, Hoher Landtag, berichten, daß sich die Kostensteigerungen der Gemeinden für Musikschulen durchaus mit jenen der

Kostenzuschußsteigerungen des Landes vergleichen lassen, und daß immer noch die Förderung des Landes zugunsten der Gemeinden weit, weit am Tabellenende in Österreich liegt. Hier wird mir nicht einmal der Kollege Mandl widersprechen können. Das zum ersten.

Zum zweiten, es wurde im Land immer wieder darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, bei den vielen Musizierenden in Vorarlberg, die wir jetzt haben und immer mehr bekommen, denn die Konservatorien bringen ja eine ganze Menge hochqualifizierter Musiker hervor, ein Landesorchester aufzubauen. Und so hat denn dieses Jahr, es ist erst wenige Monate her, doch ein bedeutendes Ereignis gebracht, indem nämlich die Gesellschaft der Musikfreunde zum ersten Mal in ihrer 25-jährigen Geschichte zur Gänze mit Vorarlberger Musikern ein durchaus beachtliches Konzert im Bregenzer Kornmarkttheater gegeben hat. Und ich glaube, meine Damen und Herren, man sollte deshalb seitens des Landes diesen Landesverein einer besonderen Förderung zuführen. Tatsache ist, daß diese Vereinigungen, beispielsweise auch die Oratorienvereinigung für Vorarlberg, übrigens eine Vereinigung, die den Namen «Vorarlberg» in ihrer Bezeichnung trägt, von der Stadt fünfmal so stark gefördert wird, wie vom Land. Wir glauben also, daß es nicht genügt, wenn wir jetzt über Konservatorien gute Musiker aus dem eigenen Land hervorbringen, sondern daß es höchste Zeit ist, daß das Land Vorarlberg sich auch darum bemüht, diese Musiker im Rahmen einer Gesellschaft, einer Vereinigung, eines Landesorchesters auch ständig einzusetzen, denn ein Bedarf für ein solches Orchester ist in vielfältiger Art bereits gegeben. Alle Gemeinden wissen, wie schwer sie es oft haben, für bestimmte Veranstaltungen ein Orchester zu bekommen, und daß wir oft weit fahren müssen, um ein durchaus taugliches Orchester zu bekommen. Beispielsweise haben wir das auch im Zusammenhang mit Theateraufführungen erlebt. Das wäre also mein erster Vorschlag, daß man es nicht in erster Linie einer Stadt überläßt, ein solches Landesorchester, besetzt ausschließlich von Vorarlbergern aus allen Teilen des Landes, mehrheitlich sogar aus Nichtbregenzern, zu fördern, sondern daß das Land sich dieser Aufgabe in Zukunft in verstärktem Maße annimmt.

Meine Damen und Herren! Mein Kollege Riedmann hat bereits darauf hingewiesen, daß wohl heute eine Festspiel-diskussion im Hinblick auf den zu erwartenden Festspielbericht nicht am Platze ist. Aber dennoch sollten wir einen ganz kurzen Hinweis über den Stand der Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Festspielen geben. Ich darf Ihnen berichten, daß es in fast wöchentlich mehrfach stattgefundenen und oft tagelang dauernden Verhandlungen unserer Experten gelungen ist, sämtliche Vertragsgrundlagen unterschriftsreif abzuschließen sowohl für die Gründung eines Kuratoriums der Subventionsgeber als auch für die Übernahme des Personals in die Festspiel- und Kongreßhausgesellschaft. Am kommenden Samstag wird die Stadt Bregenz mit dem Präsidium der Festspiel-gemeinde vorerst einmal zweiseitig Schlußbesprechungen über die bisherigen Vertragsverhandlungen führen können.

Meine Damen und Herren! Das ist immerhin, glaube ich, ein erfreuliches Ereignis, denn nunmehr können die Bre-

genzer Festspiele darangehen, die Persönlichkeiten auszusuchen und zu suchen, die sie für die Weiterführung dieses bedeutenden Kulturunternehmens so dringend benötigen.

Meine Damen und Herren! Eine weitere künstlerische Vereinigung bedarf der besonderen Förderung. Ich meine hier die Berufsvereinigung der bildenden Künstler. Wir haben die Aufgabe und die Verpflichtung als Stadt, unser Gebäude zu sanieren, das seit jeher der Berufsvereinigung der Vorarlberger Künstler mehr oder weniger kostenlos zur Verfügung gestanden hat. Es gab organisatorische Schwierigkeiten bei der Aussiedlung der Berufsvereinigung, damit der Umbau beginnen konnte, und wir konnten deshalb in Verhandlungen mit der Berufsvereinigung der bildenden Künstler vor wenigen Wochen klarstellen, daß der Umbau dieses Hauses möglich ist, auch wenn für die Berufsvereinigung das vom Land zu finanzierende eigentliche Klubgebäude im Vorgarten bis dann noch nicht fertiggestellt sein wird. Die Berufsvereinigung wird sich also zwischenzeitlich selbst eine Bürorunterkunft suchen, und dieser Umstand ermöglicht es nun, noch nachträglich im städtischen Budget, es wurde bereits vor 14 Tagen darüber in den Zeitungen berichtet, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen für das Künstlerhaus vorzusehen. Und es freut mich, daß das Land Vorarlberg einen Betrag etwa in der halben Größe wie jenes Betrages, den wir von der Stadt für das Künstlerhaus vorsehen, auch für den eigentlichen Bürobau der Künstlervereinigung vorgesehen hat.

Noch ein Wort zum Landestheater. Meine Damen und Herren, ich glaube, man sollte sich das nicht so leicht machen indem man behauptet, daß in diesem Land das Sprechtheater keinen Platz hat, im Gegenteil, dieses Theater hat eine hohe bildnerische Aufgabe für alle Altersklassen, aber auch vor allem für die Jugend, und es ist vor allem für unsere Jugend oft die einzige Möglichkeit, während ihrer Schulzeit mit Sprechstücken in Verbindung zu treten. Wir sehen, daß die Besucherzahl ständig steigt. Es ist ja hoch interessant, daß trotz der vielen Veranstaltungen im Festspielhaus die Besucherzahl im Kontrasttheater ständig im Steigen begriffen ist. Das weist ja schon darauf hin, daß diese Einrichtung notwendig ist. Wir leisten als Stadt beispielsweise jährlich samt den Realleistungen zusammengenommen für dieses Theater einen Beitrag von 1.6 Mio. S. Meine Damen und Herren! Ich würde mich sehr freuen, wenn die übrigen Gemeinden Vorarlbergs, die ebenfalls dieses Theater einladen, und jene Gemeinden, in welchen dieses Theater Aufführungen durchführt, ebenfalls einen nennenswerten Beitrag zum Fortbestand dieses Unternehmens leisten würden. Weil wir einen weiteren Schritt tun wollen, um das Landestheater nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen, haben wir uns bereit erklärt, für eine besondere Veranstaltung alljährlich auch eine besondere finanzielle Patronanz zu übernehmen, wie das beispielsweise seitens des Landes für die Aufführung auf dem Martinsplatz im Rahmen des Festspielsommers alljährlich geschieht.

Meine Damen und Herren! Vielleicht noch ein spezielles Thema zum Schluß. Vielleicht die bedeutendsten Ausgrabungen aus der Antike wurden im letzten Jahr freigelegt.

Ich habe in diesem Haus und in den Unterausschüssen seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß es hoch an der Zeit ist, diese römischen Ausgrabungen im Bereich des Steinbühels, wo wir ja wußten, daß dort römische Bauten vorhanden waren, frühzeitig in Angriff zu nehmen. Es ist ein ausgesprochenes Glück gewesen, daß wir noch im letzten Moment nun doch diese Ausgrabungen durchführen konnten, und nun gehts um die Erhaltung. Wir haben uns in allen Bundesländern interessiert, wer denn die Kosten für diese Erhaltungen in den Bundesländern trägt, und haben festgestellt, daß in den Bundesländern für die Erhaltung dieser Römermauern und vor allem für die teuren Sanierungen, die in die Millionenbeträge gehen, ausnahmslos die Länder aufkommen. Ich möchte gar nicht die Forderung an Sie, Herr Landeshauptmann, stellen, daß das Land zur Gänze diese Kosten übernimmt, im Gegenteil, ich habe vor, in der nächsten Woche mit dem Bund darüber zu verhandeln, daß zur Sanierung dieser Mauern, die sich auf dem Grundbesitz des Bundes befinden, auch der Bund einen nennenswerten Beitrag leistet. Ich glaube also, die Erhaltung dieser für die Kultur dieses Landes doch bedeutenden Funde sollte gemeinsames Anliegen aller drei Gebietskörperschaften sein und auch die Stadt wird dazu ihren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren! Die vorgerückte Stunde erlaubt es nicht, grundsätzliche Erklärungen zur Kulturpolitik in der notwendigen und ausführlichen Weise zu machen. Darf ich deshalb nur noch etwas Grundsätzliches zum Fortbestand der Festspiele sagen. Ich glaube und bin überzeugt davon, daß Festspiele, wenn sie Festspiele bleiben wollen, nur dann weiter existieren und ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie ihr internationales Profil nicht nur bewahren, sondern weiter ausbauen. Wir haben es gerade im vergangenen Sommer erlebt, daß die besten Künstler auch wirtschaftlich, Herr Kollege Berchtold, auch wirtschaftlich gesehen für uns immer die besten und die günstigsten sind, weil sie uns volle Häuser garantieren und weil auch, wenn gleich hohe Honorare (Zwischenruf Dr. Kofler: Das müssen Sie dem Brandauer sagen!) na ja, da gibts noch bessere, die billiger sind, Herr Kollege, und darum habe ich ihn abgelehnt, als erster Politiker, nicht! Wir sollten dabei bleiben, die Bregenzer Festspiele in ihrem hohen künstlerischen Niveau auszubauen und zu erhalten. Das ist die erste Aufgabe. Es ist die zweite Aufgabe, die Bregenzer Festspiele, im Nahbereich populärer zu machen, das bedeutet aber nicht, daß sie grundsätzlich von den Programmleitlinien abweichen müssen, sondern daß sie sich mit vielen Randveranstaltungen zur Bevölkerung hin aufschließen sollten, damit sie auch dort mehr Sympathien und Kontakte finden. Dies hat die Stadt in den letzten beiden Jahren nicht nur angeregt, sondern zum großen Teil auch allein finanziert. Ich glaube, wenn wir uns als Subventionsgeber dazu bekennen, diese lokalen Kontakte zu schaffen, dann müssen wir auch, und das ist eine Forderung meinerseits an beide Subventionsgeber, an den Bund und an das Land, dann müssen wir auch diese Aufgabe in Zukunft gemeinsam finanzieren.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort? Herr Landes-

hauptmann.

Dr. Kefler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Leider verbietet die sehr fortgeschrittene Zeit ein näheres Eingehen auf die umfassenden Aktivitäten, die im Bereich der Landeskultur gerade in den letzten beiden Jahren und insbesondere in dem zu Ende gehenden Jahr möglich gewesen sind. Ich muß gestehen, ich hätte als Landeskulturreferent gerne anlässlich der Diskussion und Vorbereitung des Landesbudgets 1982 einmal einläßlicher über die vielen Themen und Aktivitäten gesprochen, über die eigentlich bei der Diskussion über die Kulturpolitik geredet werden müßte. Es gibt im Zuge der Kulturdebatte jedes Jahr wertvolle Beiträge zu Spezialthemen. Wir unterhalten uns aber eigentlich nie umfassend und grundsätzlich über das, was sich in der Kulturszene des Landes tut. Wenn ich etwa an die bildende Kunst denke und alles das, was sich im Zusammenhang damit tut, wenn ich an die Musikförderung denke, an die Literaturprobleme, an die Förderung der Heimatmuseen, an die Aufgaben, die sich in der Denkmalpflege stellen; sie sind dankenswerterweise jetzt in der Diskussion erwähnt worden, wenn vielleicht auch das zu bemerken wäre, was sich in der Brauchtumpflege im Lande tut, oder die gerade in letzter Zeit umfassenden Aktivitäten im Rahmen der landeskundlichen Bestrebungen genannt werden sollten. Wir konnten in der jüngeren Vergangenheit bei der Errichtung von Kultursälen in etlichen Gemeinden des Landes wertvolle Hilfe leisten. Wir konnten bei der Errichtung neuer Kirchen oder bei der Restaurierung von Kirchen beachtliche Landesbeiträge investieren. Und wenn jetzt gesagt wurde soeben in der Diskussion, daß sich erfreulicherweise die kleinen Kulturveranstalter des Landes zu organisieren scheinen, dann möchte ich auch als Landeskulturreferent sagen, auch aus unserer Sicht begrüßen wir die Bestrebung, weil wir damit vielleicht in der Zukunft einen koordinierten Verhandlungs- und Diskussionspartner für manche Bereiche zur Verfügung haben. Ich darf aber sagen, daß gerade auch im Bereich der Förderung kleinerer Kulturveranstalter in letzter Zeit Entscheidendes geschehen konnte. Mir fehlt jetzt die Zeit, darauf im einzelnen einzugehen. Die Bregenzer Festspiele und das Theater für Vorarlberg sind kurz gestreift worden. Herr Bürgermeister, ich glaube, Sie gehen mit mir einig, wenn ich sage, die Konstruktion, wie sie, wie ich glaube, als ein guter Ausgangspunkt für die künftige Entwicklung des Unternehmens Bregenzer Festspiele nunmehr gefunden wurde, ist das Ergebnis konstruktiven, emotionslosen Zusammenwirkens zwischen Bund, Land und Stadt Bregenz. Und die Verträge, die Sie soeben angesprochen haben und die vor der Unterzeichnung stehen, sind auch in entscheidendem Maße, ich glaube, ich darf das ohne Übertreibung sagen, neben den erwähnten Bemühungen der Stadt Bregenz das Ergebnis eines sehr konstruktiven Zusammenwirkens zwischen Landeshauptmann und Vizekanzler Dr. Sinowatz, der von Anfang an, und das möchte ich heute einmal in dem Raum sehr klar herausstellen, jene grundsätzlichen Konstruktionsüberlegungen mitgetragen hat, die wir seit Jahren immer wieder verfolgt haben und die wir jetzt in letzter Zeit realisieren konnten; nämlich

eine Festspielgemeinde Bregenz, die als Verein in ihrer vollen Funktion erhalten bleibt und daneben ein Kuratorium der Subventionsgeber, das künftighin bessere Kontrolle garantiert. Das, was mit den von Ihnen erwähnten Verträgen in Kürze unterzeichnet wird, ist genau jene Vorstellung, die die Mehrheit dieses Hauses und auch die Landesregierung bei den umfassenden Diskussionen der letzten zwei Jahre, wo ja soviel über die künftige Konstruktion der Festspiele gesprochen wurde, gewünscht haben. Ich unterstütze Ihre Meinung, daß das Theater für Vorarlberg entscheidende Förderung verdient. Ich glaube, von Landes wegen kommt sie dadurch zum Ausdruck, daß wir bemüht waren, die Subvention des Theaters für Vorarlberg in den letzten Jahren sukzessive anzuheben. Sie wird auch im Jahre 1982 im Vergleich zu heuer nicht unbeachtlich, nämlich im Umfang von rund 600.000 S weiter ansteigen können. Es gäbe, meine Damen und Herren, viel zu sagen im Rahmen der Wissenschaftspflege, zur Entwicklung der Landesbibliothek, von der ich sagen darf, daß sie entgegen mancher früherer Unkenrufe sich sehr gut entwickelt; viel zu bemerken, was den Buchbestand anbelangt, was die Organisation mit dem modernen EDV-System anbetrifft, was die Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung des Zentralkataloges anbelangt. Wir sind immerhin bei einem Buchbestand von rund 185.000 Bänden angelangt, was uns bekanntlich zwingt, aus den bereits zu eng gewordenen Räumen in der Kirchstraße auszuziehen um, wie wir hoffen, möglichst bald die neuen Räume im Gallusstift übernehmen zu können, die allerdings noch einer entscheidenden Renovierung und Restaurierung bedürfen. Aber, ich glaube, ich darf sagen, bis, wenn nicht alle Zeichen trügen, in wenigen Jahren wird die Vorarlberger Landesbibliothek nicht nur über einen schon recht imponierenden Bücherbestand verfügen, sondern auch in sehr schönen, für Bibliothekszwecke ausgezeichnet geeigneten Räumen untergebracht sein. Über das Landesbildungszentrum Schloß Hofen ist schon Erfreuliches gesagt worden, ich möchte dem nichts hinzufügen. Wortüber wir uns aber freuen, und ich möchte sagen, hier besonders freuen mit den zeitgenössischen Literaten, das ist die vor kurzem erfolgte, auch vertragsmäßig abgesicherte Errichtung des Franz-Michael-Felder- und gleichzeitig Vorarlberger Literaturarchivs, das die Aufgabe hat, in der Zukunft sich nicht nur mit der schwerpunktmäßigen Erforschung der Arbeiten Franz Michael Felders zu beschäftigen, sondern vor allem auch den aktiven und besonders den jungen Literaten im Land eine entsprechende Arbeitsbasis zu bieten. Etwas zu kurz gekommen sind meines Erachtens, meine Damen und Herren, im Zuge der bisherigen Debatte die wissenschaftlichen Einrichtungen und die Bemühungen um die Installierung hochschulischer Einrichtungen im Lande. Ich möchte Sie jetzt angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht hinhalten, aber ich darf immerhin sagen, daß das angestrebte Institut für Textilchemie und Textilphysik unmittelbar vor der Realisierung steht. Es wird nur mehr, wie wir hoffen, wenige Wochen dauern, bis wir so weit sind, und daß die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Institutes für Drogenforschung in Zusammenarbeit mit dem Chef der Innsbrucker Nervenambulanz, Prof. Kryspin-Exner, wie es den Anschein hat, gut voran-

schreiten; und gleiches gilt für die Bemühungen um die Einrichtung eines Lehrkrankenhauses in Feldkirch. Wir sind bekanntlich auch dabei, die Entscheidungsunterlagen für ein Institut für Biomedizin zu erarbeiten in Zusammenarbeit mit dem international anerkannten Experten Prof. Anliker, Zürich, und Prof. Schuy in Graz. Hier sind, wie gesagt, die Vorarbeiten im Gange und wir hoffen, daß es in absehbarer Zeit möglich ist, auch hier Grundsatzentscheidungen zu treffen. Ich darf vielleicht ganz kurz die Erwachsenenbildung erwähnen, wo über das Erwachsenenbildungsreferat Umfassendes in letzter Zeit geleistet werden konnte. Und ich darf hinweisen auf Schwerpunktveranstaltungen gerade im Zusammenhang mit der Erwachsenenbildung und auf die Randschichtenuntersuchung, die in letzter Zeit im Gange war, die praktisch abgeschlossen erscheint und die uns Grundlagen liefern soll für die künftige Schwerpunktesetzung im Bereich der Erwachsenenbildung. Und es gäbe, wie gesagt, hier vieles weiteres zu nennen. Es ist heute auf Grund der Terminsituation leider nicht mehr möglich. Aber vielleicht sollte, wenn von der Kulturförderung die Rede ist, doch auch nicht ganz auf die Tätigkeit der Landesbüchereisteile vergessen werden, die gerade in den letzten zwei Jahren sich sehr gut entwickeln konnte und die eine Wanderbücherei betreibt, die für viele Vorarlberger Büchereien in letzter Zeit eine sehr wertvolle Hilfe gewesen ist. Und ich darf schließlich den erarbeiteten Landesbüchereiplan erwähnen, der kurz vor der Veröffentlichung steht und der die Grundlage für den Ausbau des Büchereiwesens im Land in der näheren und weiteren Zukunft sein soll.

Und nun ganz kurz zu den Diskussionsbeiträgen konkret. Es ist dankenswerterweise von eigentlich allen Vorrednern gesagt worden, daß die Musikschulförderung steigende Tendenz hat. Wir sind uns, meine Damen und Herren dessen bewußt, daß wir hier noch einiges zu tun haben, daß der Prozentsatz für das Ausmaß der Landesförderung 30 bis 35% erreichen soll. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht, aber ich glaube, wir sind auf dem guten Weg dorthin. Es ist schon gesagt worden, die Steigerung für 1982 ist beachtlich. Und ich glaube, es ist auch mit Recht hervorgehoben worden, daß sich das Musikschul-Inspektorat mit Herrn Aldo Kremmel doch sehr gut bewährt und daß wir Schritt für Schritt jetzt zu jener Koordination im Musikschulwesen übers ganze Land kommen, das im Interesse der Sache notwendig ist. Und wenn gemeint wurde, man solle beim Landeskonservatorium auch auf die Talenteauswahl Rücksicht nehmen, dann möchte ich das im Prinzip unterstreichen, muß aber andererseits doch sagen, daß es neben der Sorge um die Förderung der echten Talente schon nach Möglichkeit auch darum gehen sollte, möglichst vielen jungen Leuten im Lande eine gehobene musikalische Ausbildung zu ermöglichen. Und daß das Konservatorium sowohl in Feldkirch als auch mit der Außenstelle Bregenz auf dem richtigen Weg ist, beweist der Umstand, daß beim heurigen gesamtösterreichischen Wettbewerb «Jugend musiziert» das Vorarlberger Landeskonservatorium hervorragend abgeschnitten hat. Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, es liegt vom Erfolg her gesehen, reaktiv gesehen von der Größenordnung her, an der Spitze überhaupt. Es ist auch gemeint

worden, man möchte die Vorklassenschülerzahl senken, sie sei hoch. Wir haben in dem Zusammenhang, nachdem diese Frage ja schon im vergangenen Jahr zur Diskussion stand, eine österreichischen Vergleich eingeholt und stellen hier überraschenderweise fest, daß die Vorklassenschülerzahl des Feldkircher Konservatoriums und auch die der Außenstelle Bregenz durchaus im österreichischen Schnitt liegen. Sie sind nicht höher als die Zahlen der anderen österreichischen Konservatorien. Ich kann Ihnen, Herr Abg. Mader, wenn Sie das bezweifeln, diese Zahlen in den nächsten Tagen zur Verfügung stellen. Die Subvention für die Jeunessemusical wird im kommenden Jahr, Herr Abg. Mader, entscheidend erhöht werden können. Wir haben vor einigen Tagen mit Herrn Prof. Ulrich Gabriel und einigen seiner Mitarbeiter ein eingehendes Gespräch geführt und konnten ihm dort mitteilen, daß die Landesförderung im Jahre 1982 entsprechend angehoben werden kann. Sie wird heuer bereits viel höher sein als im vergangenen Jahr. Sie sprachen von 50.000 S, sie wird bedeutend höher sein, weil jetzt zum Jahresende eine Zusatzsubvention noch aus heurigen Mitteln möglich wird und sie wird (Zwischenruf Dr. Mader: Die haben wir beantragt!) ja, das mag schon sein, und sie wird im kommenden Jahr, wer sie beantragt hat, ist letztlich gleich, Hauptsache ist, es gibt mehr Geld, entscheidend erhöht werden, (Zwischenruf Winder: Wieviel werden es nächstes Jahr sein?) Sie werden nächstes Jahr mindestens 120.000 S bekommen, wenn es möglich ist auch mehr, aber jedenfalls eine Summe, von der Prof. Gabriel selbst gemeint hat, sie sei im Rahmen seiner Vorstellungen. Ich stehe auch nicht an, daß über die Jeunessemusical viel Wertvolles sowohl an tradiertem musikalischem Kulturgut als auch an moderner Musikliteratur, vor allem der Jugend im Lande vermittelt wird. Und ich stehe auch nicht an zu sagen, daß diese dezentrale Art der Vermittlung sowohl tradierter als auch moderner Musikliteratur, nämlich übers ganze Land verteilt, sicher auch eine gute Art der Vermittlung ist. Daß die Denkmalpflegemittel nach wie vor zu gering sind und vom Bedarf her gesehen umfassender sein sollten, sei unbestritten. Aber ich glaube, man darf doch ohne unbescheiden zu sein sagen, daß im Vergleich zu dem, was der Bund fördert, sich die Landesförderung geradezu gigantisch ausnimmt. Sie ist ein Vielfaches von dem, was der Bund tut, und ich meine, wie dürfen schon erwarten, daß der Bund in dem Bereich mehr täte, denn Denkmalpflege ist von der Kompetenz her Bundessache. Wenn hier die Länder nicht sehr entscheidend finanziell beitragen würden, wäre es um die Denkmalpflege sowohl im sakralen als auch im profanen Bereich sehr schlecht bestellt. Es ist gefragt worden, wie es um den Landesmuseumsverein steht. Ich darf Ihnen, Herr Abg. Mader, dazu sagen, daß nach dem Bekanntwerden der bedauerlichen Unterschlagung durch den Kassier der Verein einen Anwalt beigezogen hat, und daß über Vorschlag des zugezogenen Anwalts mit Zustimmung der Ehefrau des betreffenden Sekretärs bzw. Kassiers die Ansprüche des Vereins auf einem familieneigenen Grundstück samt Wohnhaus grundbücherlich sichergestellt worden sind. Nachdem der Wert dieser Liegenschaft weit über dem veruntreuten Betrag liegt, ist hier eine gewisse Sicherheit gegeben. Das

Kulturreferat hier im Amt der Landesregierung hat in der Zwischenzeit wiederholt darauf gedrungen, daß im Wege eines Liegenschaftsverkaufs getrachtet wird, die dem Landesmuseumsverein entgangenen Gelder zurückzubekommen. Ich bin vor kurzem informiert worden, daß morgen, am 4. Dezember, eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden soll, die sich offensichtlich mit der heutigen Frage wieder beschäftigen wird. Aber wie gesagt, entscheidend ist, daß diese Beträge sichergestellt sind bis zu dem Zeitpunkt, wo durch einen Verkauf oder anderweitige Hereinbringung der Schaden gutgemacht werden kann. Zur künstlerischen Ausgestaltung des Landhauses darf ich kurz bemerken, wir haben uns darüber im Finanzausschuß schon unterhalten, vergessen Sie bitte nicht, daß die Saalgestaltung, die Festsaalgestaltung, sehr hohe Mittel in Anspruch genommen hat, daß gleiches für die Gestaltung des Innenhofes gilt; das sind Beträge, die immerhin, alles zusammen, mit Material, Transportkosten und vor allem eben künstlerischer Arbeit schon Millionenhöhe erreichen und daß eine halbe Million Schilling für Bilderankäufe zur Verfügung steht. Diese Ankäufe sollen möglichst rasch realisiert werden, und zwar über die Kunstkommission; aber ich gestehe gerne zu, daß ich als Landeskulturreferent es auch gerne sehen würde, wenn es noch möglich wäre, diesen Ankaufbetrag zu erhöhen. Vielleicht gelingt es, daß wir aus dem Baukredit da noch einiges dazu bekommen können. Es ist im übrigen ja vorgesehen, so wie bisher schon, daß im Budget 1982 eine Summe von 340.000 S für Ankäufe im Laufe des Budgetjahres zur Verfügung steht. Aber wir werden wohl bestrebt sein müssen, Sie nicht primär für die Ausgestaltung des Landhauses zu verwenden. Kulturstammtisch: Ich gebe zu, daß ich hier etwas im Verzug bin, nicht deshalb, weil ich mich nicht gerne an Stammtischen unterhalte, sondern einfach deshalb, weil die zeitliche Inanspruchnahme in den letzten zwei oder drei Monaten mir das einfach sehr schwer gemacht hat. Aber in den zu erhoffenden, terminlich etwas ruhigeren Zeiten nach dem Jahreswechsel will ich bemüht sein, dieses Versprechen wieder wahrzumachen, weil ich schon überzeugt davon bin, daß diese Kulturstammtische etwas sehr Wertvolles sind. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, daß ich, wie behauptet wurde, in der Vergangenheit eine Einladung von Künstlern abgelehnt hätte mit der Begründung, ich würde eine solche Teilnahme nicht für nötig erachten. Mir ist als nicht ganz klar, was hier gemeint gewesen ist. Das dürfte sich eher auf eine Einladung zu einer Diskussion mit Vertretern der Häuser der offenen Tür beziehen. Dort habe ich tatsächlich eine solche Äußerung gemacht und ich habe die Auffassung, daß ich nach dem, was sich in letzter Zeit in der Presse und in Presseerklärungen getan hat, mit dieser Haltung nicht so ganz schief liege. Ich bejahe auch den Vorschlag, daß im Ausstellungswesen besser koordiniert werden sollte. Es ist tatsächlich eine Katastrophe, wenn man sieht, wie oft an einem Wochenende, an einem Freitag oder Samstag drei, vier, fünf und mehr Vernissagen stattfinden. Ich hätte allerdings gemeint, daß eine solche Koordination auch über die örtlichen Kulturreferate möglich sein müßte. Aber wenn dem nicht so sein sollte, werden wir gerne bereit sein, einmal den Versuch zu unternehmen, die Vernissage-Termine über das

Kulturreferat des Landes zu koordinieren. Es wird nicht ganz leicht sein, Herr Abgeordneter, wir haben hier schon einige Erfahrungen, mit den Schwierigkeiten der Koordination im Bereich des Konzertwesens. Dort ist es also beim besten Willen bisher nicht ganz gelungen. Katalog über bildende Künstler: Ich möchte hier doch sagen, daß auch einiges über Privatinitiative geschieht. Es gibt bekanntlich sowohl der Neufeld-Verlag als auch die Galerie Mutter in Feldkirch jedes Jahr einen Kunstkalender heraus, in dem Vorarlberger Künstler entsprechend präsentiert werden, und diese Kalender werden vom Land wesentlich finanziell unterstützt. Zum jährlichen Kunstbericht kann ich mich kurz fassen, Sie kennen meine Meinung: Wir haben die Auffassung, daß umfassende Information über die Kunstförderung auch ohne einen Kunstbericht möglich ist, in dem jede einzelne Förderung namentlich bis auf den Schilling genau angeführt wird. Wir wollen das deshalb nicht tun, weil wir wissen, daß es auch Künstler gibt, die auf gewisse Vertraulichkeit und Anonymität Wert legen. Wir haben in der Richtung ja in der Vergangenheit wiederholt auch Diskussionen mit den Künstlern im Lande geführt und die Meinungen zu der Frage sind bei den Künstlern selber, soweit ich mich informieren konnte, doch geteilt. Was abschließend die Presseförderung anbelangt, die Mehrheit im Hause bekennt sich aus den wiederholt genannten Gründen zur Presseförderung, wie sie in den vergangenen Jahren geübt wurde, weil wir der Meinung sind, daß die Medien, daß insbesondere die Presseorgane im Lande eine entscheidende gesellschaftspolitische Aufgabe bei der Information der Bevölkerung und Wählerschaft in unserem Lande haben. Weil wir diese Überzeugung haben, sind wir auch der Meinung, daß diese Förderung im Jahre 1982 beibehalten werden sollte.

Präsident: Herr Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Landeshauptmann, Sie mußten im Zusammenhang mit der Untersuchung über die Vorgänge beim Landesmuseumsverein des öfteren aufgefordert werden, tätig zu werden. Sie haben eigentlich bis in die letzten Tage hinein den Ahnungslosen gespielt. Hingegen ist aufgefallen, daß Sie eine heimliche Überprüfung des Verlages des Redakteurs Walter Fink durchgeführt haben. Mich würde nur interessieren, wer hat diese Untersuchung gewünscht, wer hat sie durchgeführt und zu welchen Ergebnissen ist sie gekommen?

Dr. Keßler: Hohes Haus! Zur Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Häfele möchte ich sagen, daß Einschauren der Art, wie sie auch beim Verlag Fink durchgeführt wurden, nichts ungewöhnliches sind. Wir haben auf Grund der Rechnungshofberichte und der Stellungnahmen des Rechnungshofes zur freien Förderung Anlaß, in Zukunft verstärkt auch private oder halbprivate Einrichtungen, die in stärkerem Maße Landesförderung erfahren, entsprechend zu kontrollieren. Der Verlag Fink bekommt, wie soll ich sagen, nicht riesige, aber doch gemessen an unseren Möglichkeiten nicht unbeachtliche finanzielle Zuwendungen, und deshalb ist eine solche Prüfung angebracht. Sie bezieht sich, und das möchte ich ausdrücklich sagen, natürlich

nicht nur auf den Fink-Verlag, sondern es geschieht gleiches und wird in naher Zukunft gleiches in verschiedenen anderen ähnlich gelagerten Fällen geschehen. Die Prüfung im Fall «Fink» ist über Vorschlag des Amtes erfolgt. Das Ergebnis ist mir noch nicht bekannt, ich darf aber annehmen, Herr Fink ist ja selber da, ich darf annehmen, daß die Prüfung für beide Teile ein befriedigendes Ergebnis erbringen wird. Ich hoffe das jedenfalls.

Präsident: Dürfen wir nach diesem Intermezzo die Debatte zur Gruppe 3 abschließen? Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir kommen nun zur Abstimmung über den gestellten Antrag, die Presseförderung um 3,5 Mio. S zu erleichtern, d.h. ersatzlos zu streichen. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag hat nicht die nötige Zustimmung. Damit ist die Gruppe 3 abgeschlossen. Ich unterbreche nun die Sitzung bis morgen früh 9 Uhr.

(Die Sitzung wird am 3.12.1981 um 23.05 Uhr unterbrochen und am 4.12.1981 um 9.00 Uhr wieder fortgesetzt.)

Präsident: Ich begrüße Sie, geschätzte Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen nun in die Spezialdebatte zum Landesvoranschlag 1982 zur Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um die Einleitung.

Aberer: Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Der Aufwand für diese Gruppe beziffert sich auf 1,204,994,000 oder 23,01% der Gesamtausgaben und die Einnahmen belaufen sich auf 904,494,000 oder 17,44%.

Die Sozialhilfe schwillt von 215,9 auf 241,5 Mio. an. Die Behindertenhilfe von 84,1 Mio. auf 98 Mio. Die Blindenhilfe, die Mutterschaftshilfe, die Jugendwohlfahrt und die Hilfen in Notständen runden das Bild der sozialen Hilfen des Landes ab. Eine eklatante Steigerung, die auch im 2. Nachtragsvoranschlag 1981 ihren finanziellen Niederschlag finden wird. Sicher auch ein Kapitel, das durch Überdenken der Förderungsarten und des Ineinandergreifens der Behörden sowie das Einschleusen der öffentlichen Meinung genug Anlaß sein muß, die finanziell letztlich Betroffenen an einen Beratungstisch zu bringen.

786 Mio. Wohnbauförderung im Jahre 1982! Ein Betrag der sicherstellt, daß die Bauwirtschaft und das Handwerk auch im kommenden Jahr eine gewisse Grundlast der Auftragslage abzudecken vermag. Aber auch ein Garant, daß die vielen Wohnungswerber auch im Jahre 1982 wieder Hoffnung auf die Verwirklichung ihrer Pläne, auf die Verwirklichung vieler Wohnungswünsche aus Notständen und Familiengründungen haben können. Die Steigerung der Einnahmen aus dem WFG 1968, zum überwiegenden Teil durch die Volkszählung 1981 begründet, verhilft nun dem Land gerade in der Zeit der merklichen Abschwächung der Bautätigkeit, diese Lücke doch einigermaßen schließen zu helfen.

Folgende Anträge der SPÖ darf ich nun verlesen:

413005 7670 084 Beiträge zur Bekämpfung der Sucht-

krankheiten um 750,000 auf 1,650,000 aufzustocken.

480008 7330 023 Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds um 12,200,000 auf 50,000,000 aufzustocken.

482004 7680 021 Wohnbeihilfen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 um 5,000,000 auf 47 Mio. aufzustocken.

482006 2444 Darlehen an die VOGEWOSI um 7 Mio. auf 62 Mio. aufzustocken.

482006 2446 001 Darlehen an andere gemeinnützige Einrichtungen um 5 Mio. auf 35 Mio. aufzustocken.

482006 2470 Darlehen an private Haushalte um 25,000,000 auf 450,974,000 zu kürzen.

und schließlich

482006 7403 004 Verwendung von Mitteln des WFG 68 für Wohnungsverbesserungen um 8 Mio. auf 19,219,000 zu erhöhen.

Die Anträge fanden nicht die erforderliche Mehrheit. Ein von der ÖVP als Kompromiß eingebrachter Antrag, die Vst 480008 7330 023 Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds um 3 Mio. auf 40,800,000 S aufzustocken, wurde zum Beschluß erhoben!

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zur Gruppe 4, wobei wir wiederum trennen und zunächst die Debatte über die Wohnbauförderung abführen. Das Wort hat der Abg. Stadelmann.

Stadelmann: Hoher Landtag! Im September d.J. hat in Wien unter dem Ehrenschatz des Bautenministers Karl Sekanina die 3. Internationale Wohnungswoche stattgefunden. Anlässlich dieser Tagung hat die Österreichische Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen einen Diskussionsentwurf vorgelegt, und zwar zufolge von Finanzierungsschwierigkeiten, die sich im Wohnungsbau ergeben und auch zufolge der Ungleichheit der Wohnungsbelastung in Österreich. Der Entwurf, der sich die Ziele und Aufgaben der Wohnungspolitik zu eigen macht, spricht von einer Neuordnung der österreichischen Wohnungspolitik.

Gestatten Sie mir, ganz kurz einige sinngemäße Auszüge. Es heißt in diesem Entwurf, daß eine Neuordnung die Gemeinschaft nicht der Verpflichtung enthebt zur Hilfeleistung, wenn und solange ein Haushalt selbst außerstande ist, seinen legitimen Wohnungsbedarf aus eigener Kraft zu bestreiten, ein Postulat, zu dem wir uns auch im Lande immer bekannt haben. Aber es heißt dann in diesem Entwurf weiter, daß man schon daran denken müsse, die Zahl der Bedürftigen in einen kleineren Kreis zu fassen und diesen zu verringern, da Österreich immerhin zu den 24 reichsten Ländern der Erde zähle. Es wird argumentiert, daß es möglich sein müßte, einen größeren Bevölkerungskreis anzusprechen, die Wohnung selbst besorgen zu können. Und es heißt weiter, mit dieser Neuordnung wäre auch der Tatsache Rechnung getragen, daß eine Wohnung ein Wirtschaftsgut ist, dessen Erstellung und Erhaltung Kosten verursacht, die im Regelfall vom Wohnungsnutzer aufzubringen sind und nur im sozial begründeten Ausnahmefall teilweise von der öffentlichen Hand getragen werden können. Es ist uns glaube ich allen bewußt, daß der Weg dahin

noch eine Weile dauern wird, und daß noch einige Auslotungen bezüglich der Einkommens- und Steuerpolitik ins reine gebracht werden müssen, daß vor allem bessere Rahmenbedingungen zu schaffen sind. Der Entwurf regt für die Übergangszeit eine regionale Differenzierung an. Der Entwurf mißt einer umfassenden Wohnungspolitik eine so große Bedeutung zu, daß er vorschlägt, daß zwischen dem Bund und den Ländern notfalls durch einen Staatsvertrag gemäß Art. 15 des Bundesverfassungsgesetzes dem Rechnung getragen werden müßte. Ich glaube, in Vorarlberg haben wir dem kaum etwas hinzuzufügen. Wir hoffen nur, daß die Diskussion zu diesem Entwurf noch nicht beendet sein wird, um somit doch auf breiterer Ebene, ich möchte sagen den Vorarlberger Weg ins Rollen zu bringen.

Zur gegenwärtigen finanzpolitischen Situation in der Wohnungspolitik müssen wir feststellen, daß die restriktiven Maßnahmen, die gesetzt wurden, eigentlich dem zuwiderlaufen, was wir unter aktiver Wohnungspolitik verstehen. Ich möchte hier gar nicht auf die schon öfter erwähnte Hochzinspolitik oder die gewaltige Bremsung des begünstigten Bausparens eingehen, sondern heute nur einen Punkt besonders erwähnen, nämlich die Energiekosten. Im Rahmen der Wohnungsgesamtbelastung sind sie enorm. Noch im Jahre 1979 hatte eine 75 m² große Wohnung einen Energiekostenaufwand von monatlich 580 S. Dieser Aufwand ist im Jahre 1981 auf 1070 S angestiegen, hiezu kommt dann noch die erhöhte Umsatzsteuer. Die Summe der Restriktionen hat dazu geführt, daß die Wohnbauleistungen in den meisten Bundesländern, in den anderen Bundesländern zum Teil auch durch gewaltig getätigte Vorgriffe bei den Förderungsmitteln, stark zurückgegangen sind.

Nun, meine Damen und Herren, zur Situation in Vorarlberg. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre erbrachte nach der Volks- und Häuserzählung eine Bevölkerungszunahme von 34.139 Personen, eine Zunahme der Haushalte von 18.248 und eine Zunahme von 26.600 neu errichteter Wohnungen. Diese Wohnbauleistung, meine Damen und Herren, ist enorm. Und nur durch den Sparwillen und die starke Eigeninitiative der Wohnungswerber, aber auch, und das muß ich einmal hier deutlich sagen, durch die Treffsicherheit der Wohnbauförderung in Vorarlberg erklärbar. Hätten wir allen Forderungen, die seitens der Sozialistischen Fraktion in diesen zehn Jahren in bezug auf die Wohnbauförderung gestellt wurden, nachgegeben, so wäre diese Wohnbauleistung wohl kaum zustande gekommen.

Ich darf in diesem Zusammenhang nun doch auf einige Vorarlberger Spezifika eingehen, die auch in der gesamtösterreichischen Förderung vielfach ihren Niederschlag gefunden haben. Ein im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnbau ganz beachtliches Vorarlberger Spezifikum ist die Einfrierung der Einkommensgrenzen der förderungswürdigen Personen. Wir haben seit 1978 die Einkommensgrenzen, nach denen Darlehen zu bekommen sind, nicht mehr verändert, d.h. mit anderen Worten: wer in Vorarlberg ein Förderungsdarlehen erhalten will, darf nur 57.5% des Einkommens verdienen, wie dies in allen anderen österreichischen Bundesländern derzeit möglich ist. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, überhaupt

sozialen Wohnbau zu betreiben. Ein weiterer Punkt ist, daß wir in Vorarlberg keine nennenswerten Wartezeiten haben. Es ist nicht so, wie zum Teil in anderen Bundesländern, daß mehrere Jahre gewartet werden muß, bis eine Förderung auch finanziell durchgeführt werden kann. Vorarlberg ist das erste Land, das Wohnbeihilfen geschaffen hat, die dann auch im WFG 1968 Eingang gefunden haben. Etwa ab dem Jahre 1974 wurden in Vorarlberg weit über die Ö-Norm hinausreichende energiesparende Maßnahmen im Wohnungsbau angewendet. Was die Umweltverbesserung betrifft, war Vorarlberg ebenfalls bahnbrechend, und zwar in der Förderung von Tiefgaragen, die dann auch die Erstellung von Kinderspielplätzen in weit größerem Ausmaß ermöglichten, die ebenfalls gefördert werden, ebenso Kinderspielräume. In Vorarlberg, das wissen wir, wird ein besonderer Wert auf das Eigenheim gelegt. Um überhaupt den Bau des Eigenheimes weiterhin zu ermöglichen, wurde sehr früh der Gedanke des Eigenheimes in verdichteter Bauweise realisiert und ich bin heute noch stolz darauf, daß wir das zum richtigen Zeitpunkt richtig angefaßt haben. Das Eigenheim in verdichteter Bauweise ist im besonderen als familiengerecht zu bezeichnen. Wir haben aber auch, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, den Mietwohnungsbau im Land keineswegs übersehen. Wir haben auch als erstes Bundesland zum Erträglichmachen der sich immer steigenden Kosten rückzahlbare Annuitätzuschüsse eingeführt, um so die Belastung gerade in den ersten zehn Jahren stark herabzumindern. Und wenn wir die Bilanz ziehen über den Mietwohnungsbau seit dem Jahre 1968, so sind es im Durchschnitt pro Jahr 406 Mietwohnungen und insgesamt 5687 soziale Mietwohnungen, die seit dem Jahre 1968 in Vorarlberg gebaut wurden. Interessant ist, daß die Stadt Bregenz in diesem Zeitraum mit einem Bevölkerungsanteil von 8.5% 27.17% der errichteten Mietwohnungen, im Vergleich zu Dornbirn mit einem Bevölkerungsanteil von 12.6% und 14.2% der Mietwohnungen aufscheint. In Bregenz allein wurden in den letzten fünf Jahren 831 Mietwohnungen mit einem Förderungsaufwand von 273 Mio. S errichtet. Das nur kurz zur Illustration, wie stark der Mietwohnungsbau auch in Vorarlberg gefördert wird. Wir waren in Vorarlberg die ersten, die in diesem Ausmaß die Förderung von Althausanierungen betreiben. Und wir haben uns in Anbetracht der Schwierigkeit der Auszahlung der Bausparkassendarlehen bemüht, für die Zwischenfinanzierung Zinsstützungen zu gewähren, die nun im kommenden Jahr noch bedeutend verstärkt werden sollen. Der Vorarlberger, und das wissen wir alle, hat einen echten Wunsch nach Eigentum, nach Wohnungseigentum in der Eigentumswohnung oder im Eigenheim. Eine Untersuchung hat ergeben, daß es über 80% der Bevölkerung sind. Meine Damen und Herren, wir werden diesen Wunsch nicht als einen unerfüllbaren und nebulösen Wunsch betrachten, sondern überall, wo es geht, versuchen, diesem Wunsch nach Bildung von Eigentum Rechnung zu tragen. Und eines muß ich noch hinzufügen, dies ist eine Spezifität, wenn heute das Land in der Lage ist, Darlehen auszubezahlen, um den Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus den Zusicherungen ergeben, so ist das nur möglich, weil keine

übermäßigen Vorgriffe getätigt wurden. Wir wissen, daß in anderen Bundesländern Vorgriffe der zu erwartenden Wohnbauförderungsmittel von Jahren im vorhinein kassiert wurden, hier ist das Land Vorarlberg zufolge einer maßvollen Politik in der Lage, auch künftig diesen Ausgaben finanziell nachzukommen.

Zum Budget 1982 und den Aussichten auf dem Wohnungsbau hat ja bereits der Berichterstatter gesagt, daß 786 Mio. S zur Verfügung stehen werden, das ist der bisher höchste Betrag, wiewohl wir auch wissen, daß wir immer mehr Geld brauchen, um gleichviel Wohnungen fördern zu können. Die Erhöhung von 15% kommt zufolge der Volkszählung zustande und bringt um 100 Mio. S mehr als im Jahre 1981, d. h. mit anderen Worten: daß 1982 auch eine Erhöhung der Einzel-Darlehen um durchschnittlich über 11% möglich werden wird. Auch die Wohnbeihilfen werden sich in der Summe über 13% erhöhen. Die Zahl der möglich zu fördernden Wohnungen wird das Kontingent aus 1981 von über 1800 Wohnungen ebenfalls erreichen können, wobei die Zahl von 400 Mietwohnungen gesichert ist. Nur eines, meine Damen und Herren, wenn die Sozialisten nun Anträge einbringen auf 500 Mietwohnungen, dann muß ich doch zu bedenken geben, daß es sehr schwerfallen würde, 100 Mietwohnungen mehr zu errichten, hierfür aber 270 Eigenheime zu streichen. Meine Damen und Herren, ich glaube, das können wir nicht machen, zumal, wie ich vorher schon gesagt habe, die Förderungswerber auch bei den Eigenheimen bei einer Einkommensgrenze liegen, die durchaus, besonders vom sozialen Gesichtspunkt her, förderungswürdig ist. Ich finde es für angebracht, daß bei der Zuwendung von Förderungsmitteln die Familie, ob jung oder älter, eine besondere Berücksichtigung verdient. Für 1982 sind wir zuversichtlich, weil, wie es derzeit noch aussieht, das Land in der Lage sein wird, die budgetierten Mittel auch tatsächlich auszahlen zu können.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Dietrich.

Dietrich: Herr Präsident, Hohes Haus! Manche der Kollegen und auch der Journalisten äußern wiederholt die Meinung oder die Furcht vor einer überlangen Wohnbaudebatte. Nun in Anbetracht dessen, was die vergangenen zwei Tage hier zu hören war, werde ich zumindest versuchen, diese Befürchtungen zu zerstreuen und mich auf das Wesentlichste konzentrieren. (Beifall bei der FPÖ) Na ja, wenn Sie für alles applaudieren, das ich jetzt vorbringe, dann freuen wir uns alle. (Zwischenruf Eß: Das galt selbstverständlich nur für die Kürze!)

Also, meine Damen und Herren, der Wohnbauförderung stehen im Jahre 1982 in Vorarlberg mit rund 783 Mio. S laut Budget oder plus 3 Mio. S auf Grund eines Antrages von uns, also 786 Mio. S, das sind rund 100 Mio. S mehr zur Verfügung wie im Jahre 1981. Im wesentlichen ist dies auf die enorme Anhebung des Bundesbeitrages für die Wohnbauförderung in Vorarlberg zurückzuführen. Dieser steigt von 465 Mio. S im vergangenen Jahr auf 530 Mio. S im Jahre 1982. Der Beitrag des Landes für die Wohnbauförderung steigt von 99 Mio. S auf 110 Mio. S, soweit es der Voranschlag des Landesstatthalters beinhal-

tete; jetzt kommen noch weitere 3 Mio. S auf unseren Druck hinzu. Die Mittel werden im Jahre 1982 zu 67.7% vom Bund, zu 14% vom Land, zu 3.7% von den Gemeinden und zu 14.6% durch Darlehensrückflüsse und Zinsen aufgebracht. Der Anteil des Bundes ist steigend, jener des Landes gleichbleibend.

Die im Jahre 1982 zusätzlich zur Verfügung stehenden 100 Mio. S wurden im Budgetentwurf des Landesstatthalters überwiegend für die Erhöhung der Darlehen an private Haushalte verwendet, nämlich plus 78 Mio. S. Demgegenüber beantragt die SPÖ nachstehende Umschichtung innerhalb der Ausgabenposition «Wohnbauförderung»: Die Ausgabenpost «Darlehen an private Haushalte» soll um 25 Mio. S gegenüber dem Voranschlagsentwurf reduziert werden. Die Steigerungsrate bei dieser Haushaltsstelle von 1981 auf 1982 soll daher nicht, wie vorgesehen, 78 Mio. S, sondern «nur» 53 Mio. S betragen. Und diese 25 Mio. S, die bei dieser Haushaltsstelle eingespart werden, sollen unserer Ansicht nach folgendermaßen verwendet werden:

1. Für den Mietwohnungsbau, indem die Darlehen an die VOGEWOSI um 7 Mio. S und die Darlehen an andere gemeinnützige Einrichtungen um 5 Mio. S angehoben werden.

2. Die Mittel für die Wohnungsverbesserung um 8 Mio. S angehoben werden und

3. Die Mittel für die Wohnbeihilfen um 5 Mio. S angehoben werden. Dieser Umschichtung von 25 Mio. S liegen bewußt gesellschaftspolitische Überlegungen zugrunde.

Meine Damen und Herren, sie berücksichtigen aber auch die Realität, denn es gilt einen großen Fehlbestand an Mietwohnungen zu beseitigen und überdies wird die Zahl der errichteten Eigenheime und Eigentumswohnungen in der derzeitigen Phase der Hochzinspolitik zwangsläufig rückläufig sein. Und wenn der Abg. Stadelmann hier fragte, ob es besser sei, 100 Mietwohnungen oder 270 Eigenheime zu fördern, so ist dies einfach eine falsche Fragestellung. Denn wie gesagt, es wird automatisch ein Rückgang eintreten und es wird ja nicht, so wie es von Ihnen dargestellt wurde, eine rigorose Streichung bei den Eigenheimen erfolgen. Wir sind für die Eigentumsbildung, das darf ich hier ohne weiteres sagen, und jeder, der es sich leisten kann, soll zu seinem Eigenheim kommen. Nur werden dies vermutlich weniger sein. Es gibt auch ganz spezifische Gründe, weshalb in Vorarlberg soviel Eigenheime errichtet werden, nämlich weil der Grundbesitz auf Grund des unterschiedlichen Erbrechtes zu anderen Bundesländern hier wesentlich breiter gestreut ist und viele auf eigenem, geerbtem Grund ein Eigenheim errichten konnten. Wenn sie jedoch diesen Grund zu den heutigen Preisen kaufen müssen, sind es schon sehr wenige, zumindestens nicht jene, die unter die Einkommensgrenzen fallen, die es sich leisten können, ein Eigenheim zu errichten.

Und (Zwischenruf Stadelmann: Dann brauchen Sie auch eine Mietwohnung!) eben, das brauchen sie auch, und außerdem bitte ist einfach Ihre Vorstellung, der Vorarlberger wolle unbedingt Eigentum, nicht richtig. Ich konzedere dies für das Eigenheim. Es gibt sicherlich nichts Schöneres und nichts Angenehmeres und Besseres, als in einem Eigenheim mit möglichst viel Grün herum zu wohnen. Nur das können sich nicht alle leisten. Hingegen

Ihre Behauptung, daß auch der Drang nach Eigentum bei den Eigentumswohnungen so groß sei, die ist schlichtweg falsch oder geht von falschen Voraussetzungen aus. Denn die Situation im Land ist ganz einfach jene, wenn eine junge Familie eine Wohnung braucht, so bekommt sie auf Grund der geringen Zahl neuer Mietwohnungen kaum eine Mietwohnung oder muß zehn oder mehr Jahre darauf warten. Was sie jedoch bekommt, sehen wir in den Tageszeitungen tagtäglich, wenn wir den Inseratenteil durchblättern, Eigentumswohnungen in jedem Ort, in jeder Lage angeboten. Es bleibt, ob er will oder nicht, dem jungen Menschen nichts anderes übrig, als eines dieser Angebote anzunehmen. Was hier mitunter geschieht, das ist gelinde gesagt katastrophal, weil die Leute sich dies ganz einfach nicht leisten können, weil sie überfordert werden. Die Folge davon ist unter Umständen, ist im besten Fall, daß beide Ehepartner über einen langen Zeitraum hinein berufstätig sein müssen, was an und für sich auch nicht ihren Vorstellungen entspricht, und im schlimmsten Fall kommt es über kurz oder lang ob dieser großen finanziellen Beanspruchung und den daraus resultierenden Schwierigkeiten möglicherweise dann auch zur Trennung dieser Familie. Hier wäre, wenn ein größeres Angebot an Mietwohnungen erbracht würde, der Drang nach Eigentumswohnungen ganz sicher geringer, denn der Wohnwert zwischen einer Mietwohnung und einer Eigentumswohnung ist gleich. Hier gibt es also keinen Unterschied im Gegensatz zum Eigenheim.

Nun unsere Überlegungen bei der Umschichtung der 25 Mio. S im Budget für die Wohnbauförderung wird also noch verstärkt durch unseren Antrag, den Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds von 37.8 Mio. S um 12.2 Mio. S auf 50 Mio. S anzuheben. Diese zusätzlichen Mittel sollen unseren Vorstellungen zufolge gleichfalls dem Mietwohnungsbau zugute kommen. Nun wir wissen, daß ob unserer langjährigen Anträge erstmals zumindestens ein Teilerfolg erzielt werden konnte, indem diese Ausgabenposition um 3 Mio. S angehoben wurde.

Die Details über die Wohnbauförderung werden in den noch zu beratenden und zu beschließenden Wohnbauförderungsrichtlinien für 1982 festzulegen sein. Unsererseits werden hierfür folgende konkrete Vorschläge unterbreitet und ich glaube, daß wir in einem großen Bereich gar nicht weit auseinanderliegen. Es geht im wesentlichen um eine einzige entscheidende Frage.

Die angemessenen Gesamtbaukosten sollen unseren Vorstellungen zufolge von derzeit 9000 auf 10.000 S angehoben werden. Des weiteren sollen, so wie in den anderen Bundesländern und im Wohnbauförderungsgesetz zum Teil auch zwingend vorgeschrieben, zu diesen Gesamtbaukosten bestimmte Zuschläge gewährt werden, und zwar je 10% für eine behindertengerechte Wohnung sowie für den Einsatz von alternativen Heizungssystemen im Zusammenhang mit erhöhtem Wärmeschutz. Gleichfalls soll, so wie in den anderen Bundesländern, bei Mehrwohnungsbauten ab 300 m² Wohnnutzfläche eine öffentliche oder beschränkte Ausschreibung die Voraussetzung für den Erhalt der Wohnbauförderung sein. Weiters soll als Grundvoraussetzung für eine Förderung im Mehrwohnungsbau eine Prüfung der Angemessenheit der Grundkosten unter

eventueller Festlegung von bestimmten Höchstgrenzen sein.

Die Darlehenssätze, gemessen an den Gesamtbaukosten von 10.000 S, sollen unseren Vorstellungen entsprechend betragen: Für Eigenheime 25%, für Reihenhäuser, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen mit Kaufanwartschaft 45% und für Mietwohnungen 60%. Dies ergibt Darlehenssätze von 2500 S pro m² Wohnfläche bei Eigenheimen, ich höre bereits eine Zustimmung vom Landesrat Gasser dafür, was mich freut, 4500 S bei Reihenhäusern und Eigentumswohnungen, gleichfalls eine Steigerung um 11.1%, und 6000 S bei Mietwohnungen, was einer Steigerung von 23.7% entspricht, wodurch, und das betone ich hier ausdrücklich, lediglich ein Zurückbleiben der Mietwohnungsförderung in den vergangenen Jahren wiederum aufgeholt werden soll.

Die Mietwohnungen, meine Damen und Herren, sollen aber nicht nur stärker gefördert werden als bisher, sondern es soll auch die Anzahl der geförderten Wohnungen von derzeit knapp 400 auf 500 angehoben werden. Sind im Jahre 1981 an Darlehen für Mietwohnungen 145 Mio. S aufgewendet worden, so wären es nach dem SPÖ-Voranschlag im kommenden Jahr 225 Mio. S, wobei in beiden Fällen noch Annuitätzuschüsse von rund 25 Mio. S dazukommen. Bitte vergleichen Sie dazu nur die Vst. «Darlehen an private Haushalte», die Ihren Vorstellungen zufolge mit 475 Mio. S dotiert sein soll. Es kann hier keinesfalls damit argumentiert werden, man möge das Eigentum oder das Eigenheim unsererseits in den Hintergrund stellen, sondern wir glauben ganz einfach, dem Bedarf an Mietwohnungen soll besser als bisher entsprochen werden.

Der 1981 erstmals eingeführte rückzahlbare Annuitätzuschuß gemäß §28 der Wohnbauförderungsrichtlinien soll meiner Ansicht nach neu überdacht werden. Bei grundsätzlicher Bejahung dieses rückzahlbaren Annuitätzuschusses muß doch gesagt werden, daß nach der jetzigen Regelung im 6. und 11. Jahr nach Bezug der Wohnung durch das gleichzeitige Zusammentreffen der Änderung von Darlehensbedingungen in mehreren Fällen, nämlich die Rückzahlung des Landeswohnbaufonds und auch die Reduzierung des normalen Annuitätzuschusses, eine nicht verkraftbare, sprunghafte Anhebung des Hauptzinses folgen müßte und ich bitte also zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, hier die Laufzeit dieses rückzahlbaren Annuitätzuschusses auf 15 Jahre zu verlängern.

Die Förderung von Eigentumswohnungen soll nur dem tatsächlichen Bedarf entsprechend geschehen. Jedes Eigentumswohnungsprojekt privater Baugesellschaften soll unserer Ansicht nach zuerst einer grundsätzlichen Behandlung des Gesamtprojektes dem Wohnbauförderungsbeirat unterzogen werden. Und der tatsächliche Bedarf kann anhand eines notariell beglaubigten Nachweises, daß 75% der Wohnungen verkauft sind, erfolgen. Wie Sie alle wissen, gibt es Beispiele aus jüngster Zeit, die sehr deutlich dafür sprechen, daß man hier um einiges strenger vorgeht. Gleichfalls sollte also die Angemessenheit der Grundkosten eine Voraussetzung für die grundsätzliche Förderungswürdigkeit eines Bauprojektes sein, ebenso wie die

Verpflichtung zur Ausschreibung und das Verbot, von den Wohnungskäufern Generalvollmachten zu verlangen. Gleichfalls müßten sich meiner Ansicht nach auch die privaten Baugesellschaften freiwillig einer laufenden, eingehenden Überprüfung durch die Landesregierung unterziehen lassen.

Meine Damen und Herren! Alle Fachleute bestätigen, daß den größten Energieverbrauch jene Bauten aufweisen, die zwischen 1966 und 1974 errichtet wurden. Gleichfalls ist es unbestritten, daß durch eine relativ geringe energiesparende Investition in diesen Bauten die monatlichen Betriebskosten um 300 S und mehr reduziert werden können. Nun der Bundesgesetzgeber sieht die Möglichkeit vor, daß nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz solche energiesparende Investitionen gefördert werden könnten für Bauten, die vor dem 1.1.1974 baubewilligt wurden. Demgegenüber setzen die Wohnbauförderungsrichtlinien des Landes diese Grenze mit dem 1.1.1966 fest. Die von der SPÖ beantragten 8 Mio. S mehr für die Wohnungsverbesserung sollen die Möglichkeit schaffen, um den berechtigten Intentionen des Bundesgesetzgebers auch in Vorarlberg nachzukommen.

Die Tabelle für die Berechnung der Wohnbeihilfen ist in Vorarlberg seit Jahren unverändert. Die SPÖ fordert im Hinblick auf die zwischenzeitlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und die noch wesentlich stärker angestiegenen Betriebskosten eine generelle Anhebung der Wohnbeihilfen um 20%. Der Richtsatz für Berechnung der Wohnbeihilfen für Jungfamilien und kinderreiche Familien soll von derzeit 9000 auf 10.000 S angehoben werden. Die von mir persönlich wiederholt geforderte Einrichtung einer Wohnbauberatungsstelle soll endlich realisiert werden. Die Finanzierung kann ja aus Mitteln des Landeswohnbaufonds und aus Wohnbauforschungsmitteln des Bundesministeriums für Bauten und Technik erfolgen.

Und nun zum Schluß, meine Damen und Herren: es soll beim Land ein Wohnungsbeirat eingerichtet werden, welcher weniger aus Politikern, Bautechnikern usw. zusammengesetzt sein soll, sondern von den Familien- und Frauenorganisationen entsandten Praktikern, die auch in diesen Wohnungen leben und arbeiten müssen. Und dieser Wohnungsbeirat soll alle zur Überprüfung der grundsätzlichen Förderungswürdigkeit eingebrachten Mehrwohnungsprojekte, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen einer Begutachtung unterziehen. Diese soll sich insbesondere auf die Zweckmäßigkeit der Planung in bezug auf Arbeitsablauf der Hausfrau, den Spiel- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kinder, aber auch der Berücksichtigung der Erfordernisse von älteren Menschen und von Behinderten dienen.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Zerlauth.

Zerlauth: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Diskussion um die Erstellung der neuen Wohnbauförderungsrichtlinien kommt gerade bei der derzeitigen kritischen Wirtschaftslage besondere Bedeutung zu. So kann ich nur nochmals kurz eingangs betonen, daß bei einer Gesetzgebung durch das Land und nicht durch den Bund bei der Wohnbauförderung selbst und

auch beim Mietrecht andere Voraussetzungen in unserem Land gegeben wären. Es ist das eine vom anderen einfach nicht zu trennen, wenn die Wirksamkeit der Abwicklung beibehalten werden soll.

Bevor ich auf unsere freiheitlichen Vorschläge eingehen will, möchte ich doch dem Herrn Kollegen Dietrich noch etwas entgegenen. Es ist richtig, daß bei den Mietwohnungen ein Nachholbedarf gegeben ist. Aber Sie stellen es so dar, als könnte nur mehr die Mietwohnung in unserem Land das Wohnungsproblem lösen. Herr Kollege Dietrich, ich sage Ihnen etwas, wenn die Eigentumswohnung in unserem Land dieselbe Förderung bekommen würde wie die Mietwohnung, dann könnten wir ab morgen die halben Mietwohnungen streichen. Das möchte ich Ihnen gesagt haben, bei dieser Höhe der Förderung. Ich gebe Ihnen aber vollkommen recht, daß beim Eigenheim ganz sicherlich der Grund fehlen wird in der Zukunft und daß hier ganz bestimmt ein Rückgang, ein natürlicher, vorhanden sein wird. Aber trotzdem wird es eine freiheitliche Forderung sein, beim Eigenheim den Förderungssatz um mindestens 25% anzuheben. Die momentane Förderung genügt gerade, um die Mehrwertsteuer zu begleichen. Diese gewaltige Benachteiligung muß zum Vorteil des einzelnen Eigenheimbauers in unserem Land doch endlich behoben werden.

Geschätzte Damen und Herren! So wird es notwendig sein, bei der verdichteten Bauweise dem Eigentums- oder Mietwohnungsbau und der großen Althausanierung die Indexangleichung vorzunehmen. Das Ausmaß der Förderung darf auf keinen Fall in diesen Bereichen verringert werden. Zusätzlich sollte bei der verdichteten Bauweise überlegt werden, geschätzter Herr Landesrat, nicht nur bei mindestens vier Objekten mit je 400 m² Grundanteil pro Haus den erhöhten Förderungsbeitrag zu gewähren. Man müßte nach meiner Auffassung bei zwei oder drei Objekten mit vier oder sechs Wohnungen und einem Grundanteil von 600 m² pro Haus dieselbe Förderung, also den erhöhten Satz, ebenfalls gewähren, denn ich glaube, daß hiemit der Gedanke, sparsamer mit Baugrund umzugehen, gewährleistet wäre. Auf diesem Weg kann der Gestaltung und der Planung solcher Bauweisen ein größerer Spielraum eingeräumt werden.

Beim Bau von Eigentumswohnungen ist es nach unserer Auffassung unbedingt notwendig, jene Kontrolle zwischen Bauherrn und Wohnungskäufer durch die Wohnbauförderung einzuführen, mit der Pleiten, wie bei der Fa. Intermobilia, vermieden werden können. Wir Freiheitlichen könnten uns vorstellen, daß den Bauherren eine treuhändische Verwaltung vorgeschrieben wird. Abtritts-erklärungen, egal für welche Gelder, dürfen nur an diese treuhändische Verwaltung ausgestellt werden. Argumente, hier einen kostenintensiven Verwaltungsapparat aufbauen zu wollen, können in diesem Fall nicht anerkannt werden. Sicherlich ist eine Kontrolle auf diesem Weg billiger, als schlußendlich eine Pleitefirma sanieren zu müssen. Zum zweiten müßte der Nachweis, und dort gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Dietrich, durch den Bauherrn erbracht werden, daß vor Baubeginn mindestens 80% der jeweiligen Wohnungen verkauft und einwandfrei finanziert sind. Auch bei den Förderungswerbern von Eigenheimen wird

vor Baubeginn ein Kostenvoranschlag und ein Finanzierungsplan verlangt. Durch solche Maßnahmen kann jene Kontrolle erreicht werden, die den Käufern und den Geldgebern gewährleistet, daß die Abwicklung solcher Projekte ordnungsgemäß verläuft. Aber nicht entstehen sollte jener Eindruck, daß die anderen Wohnbaugesellschaften sich bisher nicht um eine redliche Abwicklung dieser ihrer Projekte bemüht hätten.

Bei der Gewährung von Annuitätzuschüssen zu Klein- und Mittelwohnungen, kurz Wohnungsverbesserung genannt, sollte die Möglichkeit der Antragstellung um ein Jahr erweitert werden. Um im Verhältnis zu anderen Förderungen eine echte Hilfe auch bei der Althausanierung zu erreichen, ist die Anhebung des Förderungssatzes pro Eigenheim von derzeit 70.000 S und bei Eigenheimen mit mehreren Wohnungen von 40.000 S unbedingt notwendig. Die Förderung von Instandsetzungen von Wohnungen, bei welchen die Wärmedämmung im Vordergrund steht, hat sich, glaube ich, in unserem Land bestens bewährt. Der 5%ige Zinszuschuß darf, um eine wirksame Förderung zu erreichen, auf keinen Fall mehr um je 10 v. H. gekürzt werden. Ich möchte aber auch hier sagen, Herr Kollege Dietrich, daß Maßnahmen der Wärmedämmung in Zukunft nicht nur für Mietwohnungen abgestimmt werden können. Es muß auch immer wieder Bedacht genommen werden, daß genauso Eigentumswohnungen und Eigenheime im selben Ausmaß und mit derselben Gerechtigkeit gefördert werden, weil Wärmedämmung wird es überall geben, nicht nur bei der Mietwohnung.

Als unsinnig erachte ich den Termin 30. September, bis zu welchem Anträge eingereicht werden können, um im selben Jahr noch behandelt zu werden. Um die Winterarbeit zu sichern, müßte gerade bei der Althausanierung die Möglichkeit zur Antragsstellung bis 30. November verlängert werden. Ich glaube, das wäre im Sinne der Bauwirtschaft, denn gerade bei Althausanierungen wäre es möglich, die Winterarbeit doch etwas zu fördern.

Erfreulich für mich ist, Herr Landesrat Gasser, daß Sie meine Anfrage betreffend Prüfung der gesetzlichen Möglichkeit zur Einrichtung von Schlichtungsstellen nach dem neuen Mietrecht so schnell an den zuständigen Bundesminister weitergeleitet haben. Wir Freiheitlichen hoffen, daß Sie, Herr Landesrat, unsere Vorschläge und Forderungen zur Änderung der Wohnbauförderungsrichtlinien weitestgehend berücksichtigen werden.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Berchtold.

Berchtold: Herr Präsident, Hohes Haus! Was sich bereits in den letzten Jahren deutlich abzeichnete, hat im heurigen Jahr solche Ausmaße erreicht, daß man sich wirklich fragen muß, was aus dem geworden ist, was man seit den Nachkriegsjahren in Österreich den sozialen Wohnbau genannt hat. Man darf dazu feststellen, daß der von der öffentlichen Hand geförderte Wohnungsbau bundesweit gesehen jene Grenzen im heurigen Jahr erreicht hat, die es einem Wohnungswerber trotz mannigfacher Begünstigungen und Förderungsmaßnahmen praktisch fast unmöglich machen, sein Ziel, nämlich eine seinen Bedürfnissen und Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnung zu erlangen.

Die Schere zwischen dem Einkommen einerseits und deren Kostenfaktoren des Wohnungsbaues und des Wohnens selbst andererseits hat sich derart weit geöffnet, daß das System, das 1967 zu einer grundlegenden Form in Gestalt des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 geführt hat, nicht mehr funktionieren kann und auch nicht mehr funktioniert. Das damals eingeführte Ausmaß der Föderalisierung und der Subjektförderung vermag bereits seit Jahren den geänderten Gegebenheiten nicht mehr Rechnung zu tragen. Beweis dafür ist, daß bereits seit Jahren in mehreren Bundesländern und, wie Ihnen allen bekannt ist, auch bei uns mit Wissen und stiller Duldung des Bundes im Bereich der Wohnbauförderung Maßnahmen praktiziert werden, mit deren Hilfe allein trotz der schon aufgezeigten unerfreulichen Entwicklung der Kostenfaktoren bisher noch eine den Bedürfnissen einigermaßen entsprechende Wohnbauförderung aufrecht erhalten werden kann, die aber auch eindeutig den gesetzlichen Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes aus dem Jahre 1968 zuwiderlaufen. Es dürfte deshalb wohl auch mehr den Zwängen der Realität und der Absicht, Verantwortung abzuschieben, als dem grundlegenden Willen des Bundes zu einem verstärkten Föderalismus zuzuschreiben sein, wenn sich nun in verstärktem Maße die Bereitschaft für eine Reform des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 mit einer weitgehenden Veränderung der öffentlichen Wohnbauförderung abzeichnet. Vornehmlich die Einsicht, daß nur eine länderweise Abstimmung auf die bekanntlich sehr unterschiedlichen Bedürfnisse in den einzelnen Bundesländern einen Ausweg aus dem gegebenen und sich immer noch verstärkten Dilemma aufzuzeigen vermag, dürfte die maßgeblichste Triebfeder hierfür sein. Aber leider mahlen auch hier des Gesetzgebers Mühlen viel zu langsam und sind die Ergebnisse der anhängigen Reforminitiativen noch viel zu ungewiß, um etwa hier die Hände einfach in den Schoß legen zu können. Dies stünde auch nicht im Einklang mit der Vorarlberger Mentalität, dank derer und dank der Aufgeschlossenheit der Verantwortlichen gerade bei uns im Bereich der Wohnbauförderung seit den Nachkriegsjahren immer wieder entscheidende und auch in anderen Bundesländern beachtete und nachgeahmte Akzente gesetzt worden sind. Kollege Stadelmann hat bereits in seinen Ausführungen mehrere davon aufgezählt. Ich darf nur nochmals in Erinnerung rufen, wieviel Tausenden von Vorarlberger Eigenheimbauern und Wohnungssuchenden mit Hilfe des durch Land und Gemeinden gespeisten Landeswohnbaufonds in den vergangenen gut drei Jahrzehnten tatkräftig und wirksam geholfen werden konnte. Wo stünden wir wohl, wenn wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ausschließlich Wohnbauförderung mit Hilfe der uns vom Bund nicht nach dem Bevölkerungsanteil, sondern verkürzt zugeteilten Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 angewiesen gewesen wären und wir auch im kommenden Jahr nicht zusätzlich zu den sich voraussichtlich auf 666 Mio. S belaufenden Mitteln nach dem Wohnbauförderungsgesetz noch weitere annähernd 120 Mio. S aus dem Landeswohnbaufonds insbesondere für solche Zusatzmaßnahmen und Sonderförderungen zur Verfügung hätten, für die das Wohnbauförderungsgesetz überhaupt keine Möglichkeiten bietet.

Meine Damen und Herren! Der Bestand eines eigenen Landeswohnbaufonds und dessen verstärkte Speisung durch Land und Gemeinden ermöglicht es denn auch, ab 1982 eine Zinsstützungsaktion zur Verringerung der Belastung der Eigenheimbauer und Errichter von Eigentumswohnungen durch die aufzunehmenden Bausparkassen-Zwischenkredite einzuführen. Die aufgetretenen, durch unverständliche Einschränkung der steuerlichen Begünstigungen durch den Bund einerseits und die Hochzinspolitik andererseits bedingten Schwierigkeiten der Bausparkassenfinanzierungen, die sich in unserem Land infolge der überdurchschnittlich hohen Anteile an Bausparen besonders stark auswirken, sind ja hinreichend bekannt. Wie soll heute noch ein junger Wohnungswerber, dem bisher der Bau eines Eigenheimes oder der Erwerb einer Eigentumswohnung vornehmlich dank vorarlbergerischer Sparsamkeit und zinsgünstiger Bausparkassendarlehen möglich war, künftig durch Eigeninitiative seinen Wohnbedarf noch decken können, wenn die Bauspardarlehen erst nach vier- bis fünfjähriger Wartezeit zugeteilt werden und zusätzlich noch für die für derart lange Zeiträume aufzunehmenden Zwischenkredite Bankzinsen in Höhe von 12,13 und 14% bezahlt werden müssen? Sicherlich wäre dies nur noch einem geringen Prozentsatz der Wohnungswerber und Wohnungssuchenden möglich. Dementsprechend müßte sicherlich in wenigen Monaten mit einem bedeutenden Rückgang der Zahl der Neubauten an Eigenheimen und Eigentumswohnungen gerechnet werden - einer Entwicklung, die nicht nur aus der Sicht auf das Fehlen dieser Neubauwohnungen und den sich dadurch ergebenden verstärkten Druck auf dem Mietwohnungsbau gewertet werden darf. Vielmehr dürfen gerade in Zeiten wie diesen auch nicht die folgenschweren Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und in weiterer Folge auf den Arbeitsmarkt übersehen werden. Die ÖVP-Fraktion hat sich daher sehr eingehend mit diesem Problem befaßt und beabsichtigt, wie bereits angedeutet, die Einführung einer Zinsstützungsaktion, in deren Rahmen der Mehrzinsaufwand gegenüber den bisherigen Zwischenfinanzierungszinsen der Bausparkassen von derzeit 9% durch Zuschüsse abgedeckt werden soll. Dieser Aktion kommt daher wohl eine grundlegende und weitreichende Bedeutung zu. Es muß nun unbedingt angestrebt werden, und dazu besteht auch seitens der Verantwortlichen die Bereitschaft, die näheren Bestimmungen für diese Aktion möglichst rasch und unkompliziert zu schaffen, damit die Sonderaktion bald im Interesse aller Wohnungswerber und Arbeitnehmer des Bau- und Baunebengewerbes zu greifen beginnt.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP-Fraktion ist sich allerdings auch dessen voll bewußt, daß diese Maßnahme für sich allein die zunehmenden Schwierigkeiten im Wohnungsbau nicht zu mildern vermag. Sie war sich denn auch im Zuge der bereits stattgefundenen Vorberatungen über die 1982 neu zu beschließenden Wohnbauförderungsrichtlinien darüber im klaren, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um unter Auswertung der Erfahrungen im zu Ende gehenden Jahr dort den Wohnungswerbern in erster Linie Hilfe zuteil werden zu lassen, wo sie es am dringendsten benötigen. Dementsprechend sieht der von uns ausgearbeitete Richtlinienentwurf vor allem eine

mit 1000 S und somit 11% erheblich über dem Wert der Geldwertverdünnung liegende Anhebung des Satzes für die angemessenen Baukosten von derzeit 9000 S auf 10.000 S vor. Wie wir aus den Ausführungen des Kollegen Dietrich erkennen können, stehen wir hier auf einer Ebene, decken sich also hier unsere Auffassungen. Daraus folgt die Konsequenz, daß sich auch die Förderungssätze für die maßgeblichen Förderungsarten sowohl für Eigenheime und Eigentumswohnungen sowie auch für Auf-, Zu- und Einbauten, für Altersheime und sonstige Heime und auch für Mietwohnungen ab 1982 erhöhen werden. Aber nicht nur die Förderung der Neubauten, sondern auch bei den Förderungsmaßnahmen für Wohnungsverbesserungen, die bekanntlich in zunehmendem Maß in Anspruch genommen werden und denen vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt im Hinblick auf die Erhaltung der Substanz besondere Bedeutung zukommt, soll durch Anhebung der Grenze der anrechenbaren Baukosten von derzeit 280.000 S auf 320.000 S bzw. des maximalen Baukostensatzes von 7200 S im Jahre 1981 pro m² Nutzfläche auf 8000 S ab 1982 eine spürbare Besserung eintreten. Auch die Wohnbeihilfen sollen nach unserer Auffassung besonders für den vordringlich zu berücksichtigenden Personenkreis, nämlich junge Ehepaare, alleinstehende Mütter mit Kindern und Einzelpersonen, durch Anhebung der angemessenen Nutzfläche ebenso verbessert werden wie bei Jungfamilien und Familien mit drei und mehr Kindern, bei denen sich die Anhebung der Einkommensgrenze für die Berechnung der zumutbaren Wohnungsaufwandsbelastung zu ihren Gunsten auswirken soll. Schließlich sei noch stellvertretend für die restlichen zahlreich vorgesehenen Verbesserungen in Form der Anhebung der in den einzelnen Bereichen für die Förderung maßgeblichen Betragsgrenzen insbesondere auch die Absicht der ÖVP-Fraktion herausgestellt, unter dem Begriff «Instandsetzung von Althäusern» nicht nur vor dem 1.1.1954 baubehördlich, bewilligte Objekte, sondern bereits auch solche mit einer vor dem 1.1.1960 erteilten Baubewilligung in die Förderung miteinzubeziehen und außerdem die Annuitätzuschüsse für Darlehen von 80.000 S für ein Einfamilienhaus statt bisher für solche von 70.000 S und von 50.000 S je Wohnung bei Mehrwohnungshäusern anstelle der derzeit geltenden 40.000 S flüssig zu machen.

Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, daß derart weitreichende Förderungsverbesserungen, wie sie nun für 1982 zum Abfangen der Schwierigkeiten vorgesehen sind, auch einen erheblichen finanziellen Mehraufwand bedingen. Hier kommt uns erfreulicherweise die Auswirkung der Volkszählung 1981 zu Hilfe, die bewirkt, daß für Förderungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz anstelle von 580 Mio. S laut Voranschlag 1981 im kommenden Jahr voraussichtlich die bereits erwähnten 666 Mio. S oder um rund 15% mehr zur Verfügung stehen. So erfreulich diese Steigerung aber auch ist, so schmerzlich muß einem aber auch in diesem Zusammenhang bei diesem Steigerungssatz wieder bewußt werden, welch riesiger Beträge Vorarlberg allein in den letzten Jahren deshalb verlustig gegangen ist, weil anstelle eines höchstens fünfjährigen Zahlungszeitraumes ein solcher von zehn Jahren angewendet wird; ganz zu schweigen von den be-

deutenden finanziellen Einbußen, welche wir alljährlich zusätzlich und weiterhin dadurch erleiden, daß die Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel nicht nach der Volkszahl vorgenommen wird, sondern von vornherein eine Präferenz zugunsten der Bundeshauptstadt besteht. Aber nicht allein die zusätzlichen, von allen Steuerzahlern gemeinsam aufzubringenden und vom Bund nur verteilten Wohnbauförderungsmittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz - ich betone das deshalb besonders, weil hier heute wieder gesagt worden ist, der Bund leiste einen Beitrag von 666 Mio. S. Das sind Steuermittel, die wir alle, Lohnsteuerzahler und Einkommenssteuerzahler, bezahlen und die genauso wie die Ertragsanteile - nur mit dem Unterschied, daß die Ertragsanteile nicht als Beitrag des Bundes ausgewiesen werden - auf die Länder nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Es handelt sich also hier nicht um einen Betrag des Bundes im Sinne dieser Wortschöpfung. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Es ist ja gedruckt!) Es ist manches gedruckt, was der Wahrheit nicht entspricht, Herr Bürgermeister! (Heiterkeit - Zwischenruf Dietrich: Das ist aber ein schlechtes Zeugnis, was Sie geben. Gerade die Zahlen, die Sie erwähnt haben gestern, die soviel falsch waren! Dipl.-Ing. Mayer: Im eigenen Budget drucken Sie, daß das Bundesmittel sind. Hier steht es schwarz auf weiß und dann sagen Sie, daß es keine Bundesmittel sind!) Darf ich weitersprechen? Vielmehr tragen auch Land und Gemeinden mit Beiträgen zum Landeswohnbaufonds von 40.8 Mio. S und von 31.4 Mio. S - damit insgesamt um 10.2 Mio. S mehr als im Vorjahr - sehr erheblich zur Aufrechterhaltung einer im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch intakten, funktionierenden und den unbefriedigenden Entwicklungstendenzen entgegenwirkenden Wohnbauförderung bei. Eine Tatsache, die es verdient, immer wieder hervorgehoben zu werden.

Es sei mir abschließend noch eine Bemerkung zu den Anträgen der Opposition im Bereich der Wohnbauförderung gestattet, die ja bekanntlich - Abg. Dietrich hat sie vorgetragen - das Begehren nach einer Verlagerung der Förderung des privaten Wohnungsbaues zugunsten des Mietwohnungsbaues beinhaltet. Eine Zustimmung zu diesen Anträgen im beantragten Ausmaß käme wenn nicht einer Abkehr, so doch einer Verwässerung des in Vorarlberg seit Jahren und - man kann wohl sagen - mit bestem Erfolg praktizierten Grundsatzes «soviel Eigentum wie möglich und soviel Mietwohnungen wie notwendig» gleich. Wie sähe die Struktur des Wohnungsbestandes in Vorarlberg wohl aus, - Herr Kollege Stadelmann hat es bereits mit Zahlen in etwa angedeutet - wenn man in den letzten Jahren nicht durch Initialzündungen über Darlehensgewährungen, Annuitätenzuschüsse und sonstige Förderungsmaßnahmen in einem derart riesigen Umfang private Kräfte motivieren und privates Kapital mobilisieren hätte können, sondern im Sinne der sozialistischen Totalversorgung die zur Verfügung stehenden Wohnbauförderungsmittel in einem unverhältnismäßig hohen Ausmaß in den Mietwohnungsbau investiert hätte? Wobei ich ausdrücklich betonen möchte: «Soviel Mietwohnungen wie notwendig» heißt, daß jeder, der tatsächlich nicht in der Lage ist, seinen Wohnbedarf im Wege der Eigeninitiative

über Eigentum zu decken, nach wie vor die Möglichkeit haben soll, diesen Bedarf zu tragbaren Bedingungen über eine Mietwohnung abzudecken. (Zwischenruf Dietrich: Hat er aber nicht!) Meine Fraktion steht auch dazu, Herr Kollege Dietrich, die zur Verwirklichung dieses Grundsatzes erforderlichen Mittel allenfalls durch Erhöhung der Zahl der zu fördernden Mietwohnungen von derzeit 400 zu erhöhen und die Mittel hierfür bereitzustellen, wenn es die Entwicklung der Situation erfordern würde. Diese Voraussetzungen sind aber im gegebenen Zeitpunkt nach unserer Auffassung keineswegs gegeben. Sowohl die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre als auch die Ergebnisse der durchgeführten Wohnungsfehlbestandserhebung lassen erkennen, daß das bestehende mehrjährige Wohnbauprogramm, das bekanntlich die Förderung von weiterhin 400 Mietwohnungen jährlich vorsieht, beibehalten werden kann, und damit auch bei den derzeit gegebenen Verhältnissen voraussichtlich das Auslangen gefunden wird. Es sei denn, daß die Entwicklung, die hier angedeutet worden ist, nämlich, daß die Eigenheimbauer es tatsächlich nicht mehr vermögen, sich selbst durch Eigeninitiative zu helfen, eintritt. Denn dann wird sich der Druck nach Mietwohnungen erhöhen. Voraussetzung für eine allfällige Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen ist allerdings, daß die Leistungen der Wohnbauförderung kontinuierlich erbracht werden. Diesbezüglich können jedoch die Vorarlberger Wohnungswerber auf Grund der Erfahrungen in den vergangenen Jahren guten Mutes und voll Vertrauen sein. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, insbesondere auch zur sozialistisch regierten Bundeshauptstadt, hat Vorarlberg im Wohnbauförderungsbereich stets das gehalten, was versprochen wurde und wir es auch weiterhin tun.

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an ersten Landtagsvizepräsident Mag. Heinzle.)

Mag. Heinzle: Das Wort hat Herr Klubobmann Eß.

Eß: Hoher Landtag! Auch auf die Gefahr hin, daß die Kollegen von der Sozialistischen Fraktion nicht sehr begeistert sind, muß ich auf das Thema Bund, Land und Gemeinden doch noch einmal zurückkommen. Es wurde gestern (Zwischenruf) es wurde gestern schon in einer Diskussion angezogen, wie großzügig der Bund in der Verteilung der Mittel ist, ich glaube im Zusammenhang mit der Landwirtschaftsdebatte war es, und wie knickrig und kleinlich das Land. Und ich glaube, ich halte es für die größte Irreführung der Wähler, auch wenn es gedruckt ist im Landesvoranschlag, Herr Abg. Bürgermeister Mayer, daß man in der Weise von Bundesmitteln spricht, etwa um den Eindruck zu erwecken, es wären hier Geschenke des Bundes. Dasselbe gilt, Herr Bürgermeister, dasselbe gilt für Land und Gemeinden. Ich glaube, man muß immer wieder betonen (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Das habe ich auch gar nicht gesagt!) man muß immer wieder betonen, daß es sich hier um Steuermittel handelt, und daß die Mittel, die der Bund den Ländern gibt, auf Grund gesetzlicher Grundlage zu geben sind. Es wäre ja alles völlig anders, es wäre alles völlig anders, wenn das Land eigene Steuer-

hoheit hätte, dann könnte man von Steuermitteln reden, die das Land verwaltet, von Steuermitteln, die der Bund verwaltet, und von solchen, die die Gemeinden verwalten. Ich glaube, es ist einfach eine Täuschung, wenn wir so tun, als ob hier eine Körperschaft Geschenke verteilt. Die Frage ist, wie die Steuermittel (Zwischenruf Dietrich: Interpretieren Sie doch nicht etwas hinein, was gar nicht ist!) Sie haben diesen Eindruck hier erweckt, Herr Abg. Dietrich, Sie haben wortwörtlich, wortwörtlich erklärt, das kommt vom Bund. (Zwischenruf Dietrich: Ich habe gesagt, der Bundesbeitrag ist gestiegen!) Ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, es kommt vom Steuerzahler und wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Dinge sparsam und ordentlich zu verwalten. Unterschwellig wird immer Propaganda für den Bund gemacht und dagegen muß man sich ganz entschieden wehren.

Dann eine zweite, eine zweite Frage, die angeschnitten wurde, das ist die Frage des Wohnungseigentums. Wir Freiheitlichen sind grundsätzlich der Meinung, daß Wohnungseigentum Vorrang haben soll. Das soll nicht heißen, daß man nicht dort, wo Mietwohnungen notwendig sind, entsprechend genügend Mietwohnungen bauen soll, aber ich glaube, das Wohnungseigentum ist für den Eigentümer sehr wertvoll und auch für die Jugend sehr wertvoll, wenn wir der Auffassung sind, daß dem Wohnungseigentum vor der Mietwohnung der Vorzug gegeben werden soll. Ich bin also nicht der Meinung, daß wir hier den jungen Menschen keinen Gefallen tun, ich bin sogar der Auffassung, daß wir den jungen Menschen einen großen Gefallen tun, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, Eigentum zu schaffen. Und wenn ich mich richtig entsinne, ist auch im sozialistischen Programm die Auffassung enthalten, daß der Eigentumsbildung in Arbeiterhand durchaus zuzustimmen ist. Also ich glaube, da könnte man sich auch finden. Diese beiden Dinge müssen doch gesagt sein.

Für uns Freiheitlichen ist es also besonders wichtig, einmal festzustellen, es wäre viel besser, wenn die Länder hier ihre eigene Steuerhoheit hätten - Salcher-Vorschläge gingen ja in dieser Richtung - dann könnten wir unsere Wohnbaumittel so verwalten und so anwenden, wie wir wollen und müßten nicht immer hören, daß es Geschenke des Bundes sind, die eine Seite, und die zweite Seite, wir bevorzugen das Wohnungseigentum, weil wir es ebenfalls für sehr wichtig halten.

Mag. Heinzle: Das Wort hat der Abg. Dipl.-Ing. Mayer.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Eigentlich müßte es ja nicht notwendig sein, von dieser Stelle aus die einfachsten Grundsätze des österreichischen Finanzausgleiches zu erklären. (Zwischenruf: Ist auch nicht notwendig!) Aber weil es immer wieder selbst Finanzreferenten, und in dem Fall auch Sie, Herr Finanzreferent Kollege Berchtold aus Feldkirch, einfach nicht wahrhaben wollen, muß ich einmal diese Grundlagen hier dartun. Nach dem österreichischen Recht zahlen die Bürger Steuern an den Bund und an die Gemeinden. Die Länder selber heben keine Steuern ein. (Zwischenruf: Es gibt auch ganz geringe Ausnahmen!) Ganz geringe Ausnahmen, wie beispielsweise, Herr Statthalter, wo ist er? - er ist schon

wieder draußen, der Finanzreferent glänzt während der Budgetdebatte immer durch Abwesenheit Meine Damen und Herren, es ist nun einmal eine Binsenweisheit und alle politischen Mandatare wissen es, daß in Österreich lediglich der Bund und die Gemeinden den Bürgern Steuern vorschreiben und Abgaben einheben mit Ausnahmen, die diese Aussage und diese Regel bestätigen. Nun also zahlen die Bürger ihre Steuern an die Finanzämter und damit an den Bund. (Zwischenruf Berchtold: Das wissen wir, Herr Bürgermeister!) Sie haben aber vorher so getan, als ob Sie es nicht wüßten, und darum erkläre ich es jetzt einmal, weil Sie es einfach nicht wahrhaben wollen. (Zwischenruf Berchtold: Wir brauchen von Ihnen keine Belehrung!) Vor den Bürgern müssen deshalb die Steuern die Bundespolitiker vertreten, beispielsweise der Bundesfinanzminister, oder in den Gemeinden meistens die Bürgermeister und die Finanzreferenten. Das werden Sie doch als Finanzreferent nicht bestreiten. Sie und ich und wir alle als Gemeindeverantwortliche für die Finanzen müssen alle Jahre für die Gebühren, die wir machen, und für die Steuern, die wir einheben, soweit wir sie überhaupt selber gestalten können, hier sind uns Grenzen gesetzt, jedesmal vor dem Bürger geradestehen und die Verantwortung tragen. Dasselbe muß der Bund. Nach der österreichischen Rechtslage müssen aber die Länder und schon gar nicht die Landeshauptleute diesselbe Verpflichtung erfüllen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Die täten es gerne, wenn sie es könnten!) Von der Stelle aber haben Sie es abgelehnt, als ich es vor Jahren vorgeschlagen habe, Herr Landeshauptmann! Sie haben es abgelehnt von dieser Stelle aus, als ich das vorgeschlagen habe. (Zwischenruf Dr. Keßler: Forderungsprogramm der Bundesländer, da steht es drinnen!) Aber Sie haben es abgelehnt, genau diesen Punkt im Forderungsprogramm, das Sie unterschrieben haben. Ich verstehe Sieja schon, daß Steuereintreiben ein unangenehmes Geschäft ist, weil man dem Bürger allemal für das, was man baut, auch die Rechnung präsentieren muß. Ich verstehe es auch, daß die Landeshauptmänner und Landespolitiker aller Couleurs, ich möchte da gar keinen ausnehmen, grundsätzlich ist es ja menschlich verständlich, sich gar nicht darum raufen, unbedingt eine Steuerhoheit zu bekommen. Noch keiner hat sich darum gerauft. (Zwischenruf Eß: Das stimmt doch nicht!) Nennen Sie mir einen! Sie haben halt keinen, Herr Kollege Eß, die Freiheitliche Partei hat keinen Landeshauptmann, und darum stimmt es für Sie sicher. Ihre haben sich nicht darum gerauft, weil Sie keinen haben, das stimmt für Sie, aber für die anderen stimmt es nicht. Es stimmt für uns Sozialisten nicht und es stimmt für die ÖVP nicht, die Länder raufen sich also nicht um diese Steuerhoheit, weil sie wissen, daß es natürlich nicht angenehm ist, wenn man alle Jahre dem Bürger Steuern vorschreiben muß, und wenn man alle Jahre im Zuge der Preiserhöhungen auch vielfach unsere Gebühren und Abgaben gleichziehen muß, d.h. immer wieder von neuem erhöhen muß.

Meine Damen und Herren, das hat ja auch seine Folgen, daß die Länder keine eigenen Steuervorschreibungen machen. Die Folge ist nämlich die, daß der Bürger die Landespolitik sehr oft nicht in dem kritischen Maß beurteilen kann, wie der Bürger beispielsweise die Gemeinde-

Politik kritisch beurteilen kann oder die Bundespolitik. Was ist denn, meine Damen und Herren? Ja, Herr Kollege Jäger, (Zwischenruf Jäger) Sie leben ja auch von den Geldern, die Sie zugewiesen erhalten und die Sie nicht selber vorschreiben müssen, nicht wahr, Sie leben auch davon als Kammerpräsident? Die ganze Kammer muß sie auch nicht vorschreiben, sondern sie kriegt Gelder zugewiesen, die andere Politiker vertreten. Nun, was ist denn die Folge? Daß auf der Länderebene, meine Kolleginnen und Kollegen, da ist gar keine Aufregung notwendig, das gilt für schwarz und blau genauso, daß auf der Länderebene die politischen Verhältnisse eben ganz anders sind. Sie sind unbeweglicher geworden, sie sind versteinert, weil der Bürger als Steuerzahler keine Kontrollinstrumente gegenüber den Ländern hat. Das wesentlichste Kontrollinstrument des Bürgers sind die Steuern, die ihm der Politiker aufbrummt. Dieses Kontrollinstrument hat der Bürger in der Landespolitik nicht. Meine Damen und Herren, und darum möchte ich neuerdings von dieser Stelle aus meinen wiederholt vorgebrachten Vorschlag erneuern, die Länder, die Länder sollen alle miteinander, das ist keine Forderung an die ÖVP, Sie müssen sich gar nicht allein betroffen fühlen, sondern die Länder sollen alle zusammen beim Bund vorstellig werden, um den Wohnungsbau länderweise selbst zu lösen. Wir wissen, daß selbst der Bundeskanzler für eine solche Vorstellung größtes Verständnis hat. Allerdings haben sich die Landeshauptleute diesbezüglich bis heute nicht einigen können. Das ist der Grund, warum man den Ländern beispielsweise für den Wohnbau die Möglichkeit noch nicht gegeben hat, die Geldmittel für den Wohnbau im eigenen Land durch eigene Steuerhoheiten einzutreiben.

Es ist auch gar kein Argument, daß das so schwer sei, weil man da eigene Landesfinanzämter schaffen müßte. Das ist gar nicht so schwer. Wichtig ist nur, daß der Landtag und die Landtage die Hoheit haben, diese Steuern festzusetzen und politisch zu verantworten. Wer dann administrativ diese Steuern eintreibt, ob man sich da der Hilfe der Gemeinden oder der Bundesfinanzämter bedient, dürfte dann wohl eine sekundäre Frage sein. Das ist eine völlig sekundäre Frage und ich glaube, daß dadurch auch gar keine Aufblähung des Beamtenapparates gegeben wäre. Der Wohnbau hat nun einmal sehr unterschiedliche Aufgaben. Wir wissen, daß in ganz Europa, ja in der ganzen Welt, wo Großstädte sind, die in Jahrhunderten historisch gewachsen sind, natürlich der Altbaubestand sehr groß ist, wie beispielsweise in der Bundeshauptstadt, wo Wohnbauten aus der Gründerzeit stehen. Niemand käme auf die Idee, diese Wohnbauten abzureißen. Natürlich haben Wohnbauten in allen Großstädten in ganz Europa nicht denselben Standard, wie Wohnbauten, die erst nach dem Krieg beispielsweise in dünner besiedelten ländlichen Teilen errichtet worden sind, weil die eben damals anderen technischen Vorstellungen entsprochen haben. Aus dieser Situation heraus resultiert die Tatsache, daß die Qualität des Wohnungsraumes in Vorarlberg relativ zu alten gewachsenen Großstädten hoch ist. Das sagt aber über die tatsächliche Situation des Wohnungsmarktes relativ wenig aus, denn was nützt es, wenn die durchschnittliche Qualität hoch ist, wenn aber auf der

anderen Seite die Preise dieser durchschnittlichen Qualität so hoch sind, daß oft beide Eheteile auch in jungen Jahren, wenn die Familie die Mutter noch zuhause brauchen würde, einer Arbeit nachgehen müssen, um überhaupt diese hohen Mieten bezahlen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich habe Untersuchungen machen lassen über die Gesamtwohnungskosten, die heute in diesem Land manche Familie zu bezahlen hat. Ich meine die monatlichen Entgelte für Miete und Betriebskosten zusammengenommen. Ich kenne Wohnungen, Kleinwohnungen, dort zahlen die Mieter, dicht zusammengedrängt auf einem Wohnraum, weil sie sich ja mehr nicht leisten können, bis zu 90 S und mehr pro m²; das ist keine Ausnahme. Und sehr häufig zahlen, wir haben einen ganzen Wohnblock untersucht, der vor 15 Jahren gebaut wurde, Leute für Miete und Betriebskosten zusammengenommen über 70 S. Ja stellen Sie sich jetzt vor, es braucht eine vierköpfige Familie 70 oder 80 m², dann muß die Familie 5000 bis 6000 S hinlegen, um überhaupt diese Miete, das sind Mieten in Häusern von Privaten, die Private errichtet haben, keine Gemeinnützigen, bezahlen zu können. Sie müssen sie aber bezahlen. Der andere Weg wäre eben die Obdachlosigkeit.

Meine Damen und Herren. Alle Gemeindevertreter in diesem Haus kennen die Fälle in Hülle und Fülle. Wenn da Bürgermeister aus Nachbargemeinden sitzen, so muß ich darauf hinweisen, da oft die Notstandsfälle zu uns kommen, weil sie woanders nicht unterkommen können. Ein kleines Beispiel: Letzte Woche ruft mich eine Kellnerin von Sulzberg an, die ist erkrankt und hat bisher mit ihren beiden Kindern im Gasthaus gewohnt. Nun kann sie ihrem Beruf nicht mehr nachgehen. Sie muß den Beruf aufgeben. In Sulzberg gibt es aber keine Mietwohnungen. Wohin geht sie, um Mietwohnungen zu bekommen? Natürlich in die Städte und Gemeinden, die Mietwohnungen haben. Natürlich kommt die Bezirkshauptmannschaft dann zur Stadt Bregenz und bittet uns, bevor diese Frau mit ihren beiden Kindern obdachlos wird, sie zu übernehmen. Hinterher wirft man uns vor, wenn man hier im Landtag die Wohnbaupolitik der Stadt zu verteidigen hat, daß wir Leute von auswärts übernehmen, bei vielleicht 100 im Jahr kommt das einmal oder zweimal insgesamt tatsächlich vor. Aber es sind ausschließlich Fälle, wo es um die menschliche Existenz einer solchen Familie geht. Ich möchte es deshalb einmal hier von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß Bregenz künstlich versucht, den Bedarf an Mietwohnungen zu vermehren.

Meine Damen und Herren! Und nun etwas noch zur Aufbringung der Mittel. Ich habe schon vorher darauf hingewiesen, daß nach der österreichischen Rechtslage nur der Bund und die Gemeinden die Gelder aufbringen. Und nun nach dem Bundesfinanzausgleich gehen die Gelder des Bundes und der Gemeinden, die diese Körperschaften politisch zu vertreten haben, in einen großen Topf und werden im Finanzausgleich, also nach einem Bundesgesetz, das allemal akkordiert wird, verteilt. Aus diesem Topf bekommen dann die Länder das Geld und alle Milliarden, die sie in ihrem Budget haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen. Im wesentlichen kommt alles, was sie in diesem Budget haben, aus Einkünften des Bundes und der Gemeinden.

Natürlich aufgrund von Gesetzen, weil Gott sei Dank noch in Österreich der Hausbrauch existiert, daß Haushalte nach Gesetzen gemacht werden, auch wenn in solchen Haushalten, wie der Herr Kollege Berchtold gemeint hat, man nicht alles so nehmen muß, wie es hier gedruckt steht. Meine Damen und Herren, und deshalb sagen wir immer wieder, die Geldmittel, die Sie für die Wohnbauförderung vom Land aus verteilen, sind natürlich in erster Linie Bundesmittel, weil sie der Bund aufbringt. (Zwischenruf Eß: Der Steuerzahler!) Ja natürlich, ich komme gleich darauf, Herr Kollege Eß. Herr Kollege Eß, ich komme gleich darauf. Ich weiß schon, daß die ÖVP Ihre Sekundanz so dringend notwendig braucht und Sie deshalb da besonders agieren. Sie müssen ja versuchen, daß Ihr Landesrat noch länger in der Regierung bleiben darf, ich verstehe das. Nun aber, meine Damen und Herren, natürlich sind letzten Endes alles ausschließlich bis auf jeden Groschen Mittel, die der Steuerzahler aufzubringen hat. Aber wenn Sie sagen, dieses Geld sind Landesmittel, die Sie verteilen, warum sind denn das nicht gleichzeitig Gemeindemittel, weil der Bürger ist doch genauso gut ein Gemeindebürger wie ein Landesbürger. Wenn man also vom Aufkommen her die Mittel beurteilt, warum sagt man dann nicht, in Vorarlberg kommen die Gelder aus den Gemeinden. Sie behaupten immer, die Gelder kommen aus dem Land. Sie kommen doch genauso gut aus den Gemeinden. Man kann doch nicht einen Menschen dreiteilen und sagen, ein Drittel bist Du Bundesbürger, ein Drittel bist Du Landesbürger und ein Drittel bist Du Gemeindebürger. Das ist doch Ihr Kunststück, das Sie jedes Jahr da mathematisch zu vollziehen trachten, diese Dreiteilung. Die hat man im Mittelalter seinerzeit bei Hinrichtungen vollzogen. (Zwischenruf Jäger: Probleme hast Du!) Aber heute geht das beim Steuerzahler wieder nicht, wie Sie sich das vorstellen. Also bleiben wir dabei. Wir bezeichnen, wie Sie es selber in Ihrem Voranschlag gedruckt haben, die Mittel je nach dem, wer sie aufgebracht hat, welche Gebietskörperschaft sie aufgebracht hat, als Bundesmittel, als Gemeindemittel oder als Landesmittel. (Zwischenruf Stadelmann: Der Bürger hat sie aufgebracht!) Das Land hat die Aufgabe, diese Mittel gerecht zu verteilen.

Nun bin ich bei einem zweiten Punkt, auf den der Herr Kollege Gasser da hinten schon lange wartet. Ich spüre es direkt, er wartet darauf. Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt über die Verteilung der Mittel. Es ist eine Tatsache, und ich habe das auch, Herr Landesrat, Sie bestätigen das, bei der letzten Eröffnung der Wohnbauanlage der Alpenländischen Heimstätte vor vielleicht 150 Menschen auch ganz klar gesagt. Ich habe mich auch bei Ihnen persönlich und beim Land dafür bedankt, daß tatsächlich die Summe der geförderten Mietwohnungen für Bregenz an der Spitze in Vorarlberg liegt, wenn man die letzten zehn oder 15 Jahre x-beliebig zusammennimmt. Das ist eine Tatsache, die habe ich nie verschwiegen und die sage ich auch hier in aller Öffentlichkeit. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen doch, wenn Sie über die Wohnbauförderung reden, nicht davon ausgehen, wieviel Mittel man pro Kopf einer Einwohnerschaft verteilt, also nach der Zahl jener Menschen, die ohnehin eine Wohnung haben, sondern man muß doch bei der Verteilung von Mitteln

davon ausgehen, wieviel Wohnungssuchende in einer Gemeinde vorhanden sind. Ich komme dann gleich darauf, was wir darunter verstehen, Herr Landesrat. Ich bin überzeugt, wir können uns auch darüber einigen. Wir müssen doch davon ausgehen, wieviel Wohnungssuchende in irgendeinem Gebiet des Landes vorhanden sind und je nachdem, ob mehr Wohnungssuchende sind, gebührt dieser Gemeinde mehr Wohnbauförderung. So ist es ja überall, auch bei Ihnen, Herr Namenskollege Mayer, im Sozialwesen. Sie werden auch die Sozialmittel nicht nach der Zahl der Bürgerschaft einer Gemeinde, sondern nach der Zahl der Sozialhilfefälle in einer Gemeinde verteilen. Also sollte man an sich glaube ich auch bei der Wohnbauförderung bei der Zuteilung der Mietwohnungsförderung vorgehen. Da habe ich nun eine Liste über die letzten Jahre von 1968 bis 1980 aufgestellt und habe einmal durchdividiert, wieviel Wohnungssuchende pro geförderter Wohnung in den Städten Vorarlbergs vorhanden sind. Wir haben nun folgende Quotienten: Bludenz hat 14.2 Wohnungssuchende, also 14 Wohnungssuchende pro geförderter Wohnung, 14 Wohnungssuchende pro im Jahr geförderter Wohnung, Bregenz hat neun Wohnungssuchende pro jährlich geförderter Wohnung, Dornbirn hat, Kollege Winder hat schon darauf hingewiesen, daß Dornbirn beim Aufschreiben der Wohnungssuchenden nicht gerade gründlich ist, ich glaube, das macht ein Polizist dort nebenbei, der hat auch etwas anderes zu tun, der muß ja auch Strafzettel verteilen, der kann nicht nur Wohnungssuchende aufschreiben, Dornbirn hat, aber das ist immerhin die offizielle Zahl, ich habe ja keine andere, Herr Landesrat, Sie haben auch keine andere, wir haben beide dieselbe, Dornbirn hat 7.5 Wohnungssuchende pro geförderter Wohnung. Wenn man also sagt, Bregenz ist hier bevorteilt, weil da die Zahl der gesamten Wohnungen am höchsten ist, meine Damen und Herren, dann muß man zuerst den Maßstab angeben, nach welchem man diese Zuteilung bemißt. Ich meine, um das nochmals klarzustellen, man muß diesen Maßstab danach setzen, ob in einer Gemeinde Wohnungen in hohem Maße fehlen oder ob sie nicht fehlen.

Nun warum fehlen sie gerade, meine Damen und Herren, warum fehlen sie gerade in der Landeshauptstadt besonders? Das ist keine Erscheinung der letzten Jahrzehnte, sondern wenn man Bededikt Bilgeri liest, dann ist das doch schon seit einigen Generationen festzustellen. Das hat eine spezifische und mit der Topographie der Stadt Bregenz zusammenhängende Ursache. Zum ersten einmal ist Bregenz ein sehr starkes berufsmäßiges Einpendlerzentrum. Jeden Morgen fahren tausende Menschen in diese Stadt, um hier zu arbeiten und sie fahren am Abend wieder hinaus zu ihren grünen Witwen, wie das so schön heißt. Das also ist einmal die eine Ursache. Natürlich will der Mensch, der hier arbeitet, auch hier wohnen, denn der Mittelpunkt seiner Lebensbedürfnisse ist in den seltensten Fällen seine Wohngemeinde, sondern meistens die Gemeinde, wo er arbeitet und wo er auch dienstleistungsmäßig das größte Angebot, kulturell beispielsweise, im Handel und dergleichen hat. Nun meint man, daß unter den 1000 Wohnungssuchenden eine Großzahl von solchen Menschen, die außerhalb wohnen, nach Bregenz tendieren. Die

Aufschlüsselung zeigt, daß 300 gegenüber 700 Bregenzern in erster Linie, nicht alle, den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen als Arbeitnehmer, aber auch sonst tatsächlich in Bregenz haben und deshalb hier wohnen wollen. Wir können gar keine Wohnungssuchenden von auswärts hereinnehmen. Es gibt nämlich einen Grundsatzbeschuß des Wohnungsausschusses, daß man zuerst die 700 berücksichtigen muß, die schon hier wohnen und die eine Wohnung brauchen.

Nun sind diese Zahlen über den Wohnungsfehlbestand Vorarlbergs, die das Land nun erhoben hat, eine Addition der Aufzeichnungen der Gemeinden, nichts anderes, Herr Landesrat, die Kritik können wir in gleicher Weise an allen diesen Zahlen üben, aber sie gilt nicht nur an den Zahlen von Bregenz, sondern an den Zahlen aller Gemeinden. Wir stellen fest, daß beispielsweise in der Stadt Bregenz ungefähr 70 echte Katastrophenfälle sind. Nun, meine Kollegen von den Gemeinden, Sie wissen, daß das Unterbringen von sogenannten Katastrophenfällen sehr sehr oft nicht allein, vielleicht nicht einmal überwiegend, ein Problem des Wohnungsfehlbestandes ist, sondern ganz einfach oft ein soziales Problem, weil es sich bei diesem relativ kleinen Restsatz an 70 Familien sehr oft um Problemfamilien handelt, die unter Umständen von der VOGEWOSI gar nicht angenommen werden. Wir haben sehr oft, wenn wir der VOGEWOSI Vorschläge machen, von der VOGEWOSI die Nachricht, daß man diese Familie nicht aufnimmt, weil sich die betreffende so verhält, daß die Nachbarn im gleichen Haus, die Mitbewohner, mit dieser Familie nicht zusammenleben können. Es ist dann immer sehr schwierig, diese 70 Familien oder jemanden von diesen 70 Familien, die Probleme sind ja genau dieselben, ich verkünde doch da nicht etwas politisch Einseitiges, es ist leider überall so, es ist dann sehr sehr schwierig, diese Notstandsfälle unterzubringen. Manchmal sind darunter Alkoholiker, manchmal sind es auch Fälle, die man, weil diese Familie durchaus ein ordentliches und nachbarschaftlich annehmbares Familienleben führt, zwar gut lösen könnte, die aber finanziell oft nicht imstande sind unterzukommen, auch trotz der Beihilfen, Herr Landesrat, damit Sie das nicht wiederholen müssen. Sie sind eben auf ganz billige, möglichst Substandardwohnungen, angewiesen. Darum ist es ja interessant, wir rühmen uns immer, wir hätten die größte Qualität an Wohnungen, aber Tatsache ist, daß bei mir z.B. reißen jene Wohnungen weggehen, die den niedrigsten Standard haben. Dort ist die Nachfrage am größten. Beispielsweise, Herr Kollege Rümmele, bei den Südtiroler Wohnungen, die ja baulich natürlich noch in ordentlichem Zustand sind, die aber keine Zentralheizung und keine Bäder haben, die nur die Auszeichnung haben, daß sie, weil sie um das Jahr 1940 gebaut wurden, billige Mieten haben, haben wir den größten Andrang. Da stehen die Leute, wenn eine Wohnung zur Vergabe kommt, geradezu Schlange im Wohnungsausschuß, der übrigens die Wohnungsvergaben fast ausnahmslos in Bregenz einstimmig vollzieht. Mein Beitrag dabei ist jedesmal lediglich noch das zu exekutieren und die Unterschrift zu leisten, nur um einmal das auch aus der Welt zu schaffen, was da dauernd herumerzählt wird, daß man da sich die aussucht, die einem ins Konzept passen. Es sind fast ausnahmslos ein-

stimmige Beschlüsse.

Meine Damen und Herren! Aber nun auch noch zu einem anderen Punkt. Unser Referent für das Problem des Mietwesens ist der Kollege Dietrich und ich bin überzeugt, er wird dazu das Wort ergreifen, wie er es heute schon getan hat. Ich möchte nun aber aus meiner Warte auch dazu etwas sagen. Dieses neue Mietengesetz ist ein Gesetz, das geben wir in allen Ländern alle zu, auch wir, wir Sozialisten, das in erster Linie einmal geschaffen wurde, um diese uralte Mietungerechtigkeit in den Großstädten, vor allem in Wien, aus der Welt zu schaffen. Wir wissen, daß es dort noch Mietverträge gegeben hat, wo ein Mieter eine Wohnung um 20 oder 30 S, eine Wohnung, die 50, 60, 100 m² hat, aus den zwanziger Jahren gemietet hat. Diese Wohnungen sind dort in der Vielzahl, eine ganze Masse, ich weiß nicht wieviel, aber man weiß, daß halb Wien aus solchen Häusern besteht, die in den zwanziger Jahren gebaut wurden. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Etwa 600.000!) Na also ich höre es sind etwa 600.000 Wohnungen. Sie sind in den zwanziger Jahren von der Gemeinde Wien errichtet worden. Soviel Wohnungen stehen dort. Sie werden nach dem alten Mietengesetz mit Mieten von 50, 60, 70 S verrechnet. Das alte Mietengesetz hat der Gemeinde wie auch dem Privaten, es hat ja auch Zinskasernen Privater gegeben, die in denselben Zuständen waren, keine Möglichkeit gegeben, diese Mieten auf nur ein halbwegs vernünftiges Maß anzuheben. Das wissen Sie ja alle. Darüber haben sich die Hausbesitzer, die privaten, in Wien, genauso wie die Gemeinden, die solche Wohnungen besessen haben, und die Genossenschaften etc. früher sehr beschwert. Nun der Private, vor allem in Wien mit diesen riesigen Mietkasernen, die es bei uns ja bei den Privaten nie gegeben hat und auch heute kaum gibt, mit wenigen Ausnahmen, diese privaten Wohnhäuser, man sieht sie in den Vorstädten von Wien, zerfallen. Da ist der Verputz heruntergefallen, die Dachrinne hängt herunter, und wenn man hineinkommt, eine Bassena auf dem Gang und so fort. (Zwischenruf Waibel: Das ist doch uninteressant!) Meine Damen und Herren, ich spreche über etwas, worüber die Vorarlberger Zeitungen jetzt Tag für Tag und Monat für Monat Titelseiten schreiben, und worüber sie vor allem die Bevölkerung falsch aufklären. (Zwischenruf Waibel: Dann sagen Sie es den Zeitungen, aber doch nicht hier im Landtag!) Und worüber Sie, meine Damen und Herren, als Politiker, so würde, wenn der Präsident mir sagt, ich hätte hier das Thema verfehlt, so würde ich das zur Kenntnis nehmen und ich würde das Thema wechseln, Herr Präsident! Gestatten Sie, daß ich fortfahre! Ich glaube, daß es doch ein sehr wesentliches Thema ist, wenn man zum Mietrecht heute spricht. Sie wissen also, warum es gemacht wurde. Es wurde geschaffen, damit man einerseits dem Hausbesitzer, der diese alten Kasernen mit geringen Einnahmen gehabt hat, einmal die Möglichkeit schafft, mehr Mieteinnahmen zu erzielen und zweitens hat man ihn aber auch gesetzlich gezwungen, dieses Mehr an Mieteinnahmen zur Sanierung des alten Hauses zu verwenden. Das ist der Grund. In Vorarlberg sind andere Verhältnisse. In Vorarlberg betrifft dieses neue Mietengesetz, der Kollege Dietrich hat es schon gesagt, ganze 5% der Vorarlberger Wohnungen. (Zwischenruf Dr. Rümmele:

10% hat er gesagt!) Bitte, wieviel sind es? Also 5 oder 10, das irgendwo wird die Wahrheit dazwischen sein. Jedenfalls nur ein kleiner Prozentsatz der Vorarlberger Wohnungen wird durch dieses Mietengesetz überhaupt betroffen. Ich kann Ihnen als Vertreter der Stadt mitteilen, die selbst 150 Wohnungen hat, Wohnungen, die der Stadt gehören, nicht der VOGEWOSI, sagen, daß für einen Großteil der Hausbesitzer in Vorarlberg, die diese alten Häuser haben, dieses neue Mietengesetz gegenüber dem alten absolute Vorteile hat. Auch wir haben noch Mieten in diesen alten Kasernen mit 30, 40 oder 50 S. Ich könnte Ihnen eine ganze Liste allein aus Bregenz zeigen. Natürlich für andere wiederum, die mit diesen alten Zinsburgen versuchten, große Geschäfte zu machen, für die bedeutet die Festlegung der Mietzinsuntergrenze einen Nachteil, richtig! Aber wenn man jetzt von diesen 5% oder 10% jene wegnimmt, die Vorteile als Mieter oder als Hausbesitzer haben, dann bleibt nur noch ein ganz geringer Teil an Menschen übrig, die durch das Mietengesetz echte Nachteile haben. Mich würde es einmal interessieren, Herr Landesrat, daß man erhebt, wieviel Hausbesitzer in Vorarlberg tatsächlich Nachteile durch das Mietengesetz jetzt haben, und wieviele dieser Hausbesitzer Vorteile vom Mietengesetz haben. Diese Bilanz würde mich sehr interessieren, denn sie wäre für unsere politische Diskussion von größtem Interesse, denn den Wert des Mietengesetzes kann man nur danach messen, welche Vorteile und welche Nachteile es in gleicher Weise bringt. Wenn man nur von den Nachteilen redet oder nur von den Vorteilen, so ist das keine faire Diskussion. Was ich aber zum Mietengesetz nun endgültig sagen möchte, mich würde schon einmal ein Gesetz interessieren, das nicht nur diese 5 oder 10 oder diese Bruchteile an Prozenten an Vorarlberger Mietern betrifft, sondern das auch die anderen Mieter betrifft, denn es ist nun einmal ein Skandal, meine Damen und Herren, daß es Mieten im Lande gibt, und zwar von Wohnungen, die vor 10 oder 15 Jahren gebaut wurden, die sehr teuer sind und wir wissen, daß Wohnungsmieter von Wohnungen, die in zwei, drei Jahren gebaut werden, auch gemeinnützige, wahrscheinlich samt den Betriebskosten schon in der Höhe von 80 S liegen. Es wird ja fürchterlich, was da auf uns zukommt. Wir müssen uns eben etwas einfallen lassen, alle, wir, Sie, wir gemeinsam. Es ist uns da noch nicht sehr viel eingefallen, wie wir dem begegnen. Mich würde also ein zusätzliches Mietengesetz interessieren, das diese überhöhten Mieten in den Neubauwohnungen regelt, die nach 1945 geschaffen wurden. Meine Damen und Herren, das würde mich sehr interessieren. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Niedere Steuern, weniger Abgaben!) Schlagen Sie einmal, Herr Landesrat, Mietzinsobergrenzen vor nach einem Gesetz, das Sie machen würden. Schlagen Sie einmal diese Mietzinsobergrenze vor, haben Sie diesen Mut und schlagen Sie diese Mietzinsobergrenzen vor, dann können wir miteinander reden, (Zwischenruf Dr. Rümmele: Sie tun da Betriebskosten und Miete und alles in einen Topf!) Das habe ich ja gesagt, die ganze Zeit schon habe ich das immer gesagt, Betriebskosten plus Mieten. Das habe ich doch gesagt, das hat doch jeder verstanden. Ja, ich kanns auch auseinandernehmen, wenn Sie wollen, dann trifft genau daselbe zu. Wenn Sie also immer davon reden, daß Sie eine

Landeskompetenz bei der Mietenregelung brauchen, dann schlagen Sie doch einmal überhaupt eine Diskussionsgrundlage vor, legen Sie da Ihre Karten auf den Tisch, damit man einmal ein Gespür bekommt, wohin dann Ihr Hase läuft, was Sie wollen. Aber Sie haben bisher nichts anderes getan, als Kompetenzen gefordert, ohne zu sagen, was Sie mit diesen Kompetenzen wollen.

Meine Damen und Herren! Und noch zum Schluß vielleicht ein Problem der Bedarfserhebung in Vorarlberg. Das Land Vorarlberg hat, nachdem wir jetzt seit Jahren darum gebeten haben, man möge eine Bedarfserhebung seitens des Landes durchführen, damit man endlich einmal für Diskussionen Zahlen hat, einen Beamten zu unseren Wohnungsämtern geschickt und der hat die dort vorgegebenen Zahlen in eine Liste aufgenommen und diese Liste liegt nun beim Amt der Vorarlberger Landesregierung. Wir wissen, daß diese Wohnungssuchenden sehr differenziert zu betrachten sind. Wie gesagt, in Bregenz sind 70 Katastrophenfälle. Es sind nicht, wie der Herr Landesrat Gasser immer meint, die Fälle, die eine Wohnung brauchen und die anderen nicht. (Zwischenruf Dipl. -Ing. Gasser) Ja, ich lese Ihnen den Brief vor, den sie da geschrieben haben, wenn Sie es wollen. Ich melde mich gerne noch einmal. Das sind nicht die 70, die die Wohnungen brauchen, sondern es sind unter den anderen 1000 hunderte Jungfamilien, hunderte Jungfamilien, die getrennt leben müssen, weil sie keine Wohnung haben. Für mich sind solche Fälle auch ernstzunehmende Fälle, gerade wenn man von Familienpolitik in Vorarlberg so viel redet und sich so gerne rühmt, daß da alles zum besten steht. Dann muß ich sagen, ich zähle eigentlich diese jungen Familien, die eine Mietwohnung brauchen, um überhaupt ein Heim schaffen zu können, auch zu den besonders dringenden Fällen, einen großen Teil dieser Jungfamilien zähle ich zu den dringenden Fällen. Und von den restlichen paar Hundert gibt es auch noch viele Fälle, von denen man nicht nur sagen kann, sie möchten eine andere Wohnung, weil sie böse Nachbarn haben oder dergleichen mehr. Also ich glaube man sollte, Herr Landesrat, und das möchte ich jetzt auch vorschlagen, sollten wir uns - Gemeinden und das Land - an einen Tisch setzen, um einmal gewisse Grundrichtlinien gemeinsam zu erarbeiten über den tatsächlichen und echten Fehlbestand im Lande. Weil wir da keine Hilfe bekommen, haben wir auf diesem Gebiet selber einen Auftrag vergeben. Das ist leider nicht billig, solche Erhebungen, ich weiß es, vor allem deshalb, weil man sich bezüglich der Methodik noch nicht klar ist. Wir haben einen Auftrag gegeben, um das mit allen Methoden der Wissenschaft nun durchzuführen. Natürlich, ich weiß, daß viel Geld dafür erforderlich ist, aber das Problem ist zu wichtig, als daß man zur Klarstellung dieser Frage nicht auch gewisse Opfer bringen sollte. Herr Landesrat, das wäre eine wesentliche Aufgabe für Sie. Wir haben jahrelang darum gebeten und wir bitten Sie, endlich einmal diesem Verlangen nachzukommen, damit wir in diesem Haus wissen, zahlenmäßig belegt wissen, welche Grundlagen und welche vergleichbaren Daten tatsächlich gemeinsam anerkannt werden, und daß wir dann nach diesen Daten bei der Wohnbauförderung vorgehen.

Und jetzt noch etwas zur VOGEWOSI. Da hat man mir

Herr Landeshauptmann, unlängst einen Brief geschrieben, Ich habe ihn da, ich könnte ihn vorlesen. Und da schreibt man mir, bei der letzten Sitzung (Zwischenruf Dr. Keßler: Wenn Sie sich etwas kürzer fassen würden! - Winder: Das ist ja wohl das letzte, daß der Landeshauptmann einem Abgeordneten das Reden verbietet! - Vizepräsident Heinzle: Sie haben das Wort, Herr Bürgermeister!) Herr Präsident, der Herr Landeshauptmann verlangt, daß ich aufhöre. Sie sind der Zuständige. (Vizepräsident Mag. Heinzle: Sie sind am Wort!) Darf ich abschließen. Ich habe unlängst einen Brief bekommen, vor wenigen Wochen, von der VOGEWOSI, in dem mir mitgeteilt wurde, daß ein fertiges Projekt mit 70 oder 80 Wohnungen in Bregenz zurückgestellt wurde, und ich habe gehört, daß man nach derselben Sitzung Städte, die nicht einmal ein Ansuchen gestellt haben, weil sie keine Projekte haben, angetrieben hat, damit sie auch endlich einmal mit Anträgen kommen.

Ich verstehe auch etwas zweites nicht Herr Kollege Berchtold, damit Sie dann noch etwas haben, um zu erwidern, ich verstehe auch etwas nicht, daß Sie es z.B. als ÖVPLer ablehnen, ich habe Sie im Rundfunk angehört und habe auch die Abschrift dieses Rundfunkinterviews, daß Sie es ablehnen, verbilligte Grundstücke für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, nur um den Wohnbaufonds nicht zu sehr zu schonen. Ich glaube, es müßten auch alle Gemeinden aufgefördert werden, soweit sie das überhaupt können. Feldkirch ist doch potent genug, daß es das auch könnte, die Grundstücke zu möglichst günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Ich darf Ihnen sagen, wir stellen seit zehn Jahren diese Grundstücke zur Verfügung mit Preislagen, die etwa 20 bis 50% unter den ortsüblichen Preisen liegen. Das ist eine Realleistung für den Wohnungsbau, von zusammengerechnet 30 Mio. S in zehn Jahren, die zusätzlich erbracht worden sind über das hinaus, was Sie z.B., Herr Kollege Berchtold, tun. Wir tun dasselbe auch für Betriebsgründungen, nur ist die Stadt sehr beengt und hat kaum mehr einen Grund. Mein Appell geht also nicht nur an das Land, an den Bund in gleicher Weise, die Wohnbaufinanzierung auf eine neue Basis zu stellen, sondern auch an die Gemeinden, in einem Gemeinschaftswerk dem Notstand abzuhelpen. Danke, Herr Landeshauptmann, daß Sie mich so lange angehört haben!

Mag. Heinzle: Das Wort hat der Herr Landesrat Gasser.

Dipl.-Vw. Gasser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! An und für sich ist eine große Übereinstimmung in vielen Fragen festzustellen. Natürlich gibt es in der Wohnungsproblematik immer wieder Nuancen, wo es darum geht, auch gesellschaftspolitisch Position zu beziehen. Ich glaube aber, daß es ein Streit um Kaisers Bart wäre, woher die Mittel kommen, da, wie der Kollege Eß richtig bemerkt hat, es sich sicherlich um Steuermittel des Bürgers handelt, das ist also unbestritten. Und ich glaube, dann wäre der nächste gemeinsame Nenner, daß es Wohnbauförderungsmittel sind und damit hat es sich an und für sich, denn es ist ein Sondergesetz, das Wohnbauförderungsgesetz 1968, die Mittel stammen nicht aus dem Bundeshaushalt, daher kann man mit Fug und Recht sagen, daß es ein Finanzierungsgesetz ist, das die Mittelauf-

bringung regelt. Der Mietenbegriff ist immer wieder ungenau präzisiert worden, denn wir müssen splitten zwischen den Wohnungskosten, die auf Grund der Wohnung entstehen, und den dazu zu addierenden Betriebskosten. Und Sie wissen, daß die Einflußgrößen für die Betriebskosten ganz andere sind, wie bei den Wohnungskosten, wo wir selber bei der Wohnung die Chance haben, durch verschiedene Maßnahmen die Kosten zu reduzieren und im Griff zu halten, ist dies bei den Betriebskosten nicht der Fall. Hier sind andere Körperschaften und nicht die Wohnbaubranche und insbesondere nicht die gemeinnützige Wohnungswirtschaft dafür verantwortlich zu machen.

Wenn wir die Mietwohnungsförderung uns vor Augen führen, so ist doch zu bemerken, daß wir in den vergangenen Jahren, insbesondere in Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz, Lustenau, große Leistungen erbracht haben. Wenn in den übrigen Gemeinden 32.5% der Mietwohnungen errichtet wurden, so waren es in Bregenz 27.2, in Dornbirn 14.2, in Feldkirch 12.6 und in Bludenz 8.5 und in Lustenau 5.1%, die hier bewältigt werden konnten. Zu der Bedarfslage ist zu bemerken, daß wir selbstverständlich uns immer wieder bemüht haben, einmal dem Wohnbauförderungsgesetz entsprechend einen Fünfjahresplan zu erstellen. Dieser Fünfjahresplan ist auf die Regionen abzustellen. Und hier muß man auch beachten, daß nicht nur eine Region aus einer Gemeinde besteht, sondern die Region natürlich auch die umliegenden Gemeinden miteinschließt, d.h. man kann nicht eine Stadt oder einen Ort allein betrachten, sondern als Umfeldregion. In der Hinsicht wird ja insbesondere die Landeshauptstadt Bregenz, als deren Sprecher der Herr Bürgermeister vorher das Wort ergriffen hat, in den nächsten Jahren sich immer mehr, wenn sozialer Wohnbau betrieben werden muß, in Kooperation mit den Umlandgemeinden bemühen müssen, Lösungen zu finden, weil eben die Baulandreserven in der Landeshauptstadt selbst nicht in gewünschtem Umfang gegeben sind. In der Gruppe der Erhebungen, wo wir die dringlichste Stufe haben, wurden im ganzen Land 357 Wohnungswünsche registriert. Ich bin überzeugt, daß auf Grund des Wohnbauprogrammes dieses Jahres und des nächsten Jahres diese dringlichsten Fälle bewältigt werden können. Daß es mehr Wohnungswünsche gibt, das ist nur zu natürlich und ist auch für alle klar und einleuchtend, die sich mit dieser Problematik beschäftigen. Unser Hauptaugenmerk wird aber dem gelten, daß wir versuchen, durch laufende Bemühungen uns dieser Arbeit zu unterziehen, nämlich zu versuchen, auch einmal den Althausbestand unter die Lupe zu nehmen. Meine Damen und Herren! Der Staat, wie immer er heißen mag, welche Körperschaft, ob Bund oder Land, wird niemals in der Lage sein, für alle seine Mitbürger Mietwohnungen zu kulanten Preisen in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen. Dies wäre eine Utopie. Das dürfen wir auch nicht dem Bürger vormachen. Wenn nicht der einzelne selber mit Hand anlegt und seinen Beitrag leistet, können wir in der Hinsicht nicht erfolgreich sein. Daher darf ich zu dem Schluß kommen, daß dadurch eine Subventions- und Anspruchsmentalität gefördert würde, wenn wir hier falsche Hoffnungen wecken. Erschwingliche

Mieten für alle können nur von allen selber mitfinanziert werden, wie wir an den Wohnbeihilfen sehen. Die Sozialmieten sind daher, meine Damen und Herren, nur scheinbar niedrig. Was an Miete gespart wird, muß der Steuerzahler als Lohn-, Einkommens- und Umsatzsteuer refundieren und subventionieren. In diesem Zusammenhang darf ich ebenfalls einen Sozialwissenschaftler zitieren, nämlich Oswald von Nell-Breuning, der gesagt hat, «wie können wir das so finanzieren, daß derjenige, der es wirklich zahlt, es nicht merkt oder daß man überhaupt nicht weiß, bei wem die Belastung hängenbleibt.» Ende des Zitats. Dadurch daß Altmietwohnungen unseres sozialen Wohnungsbaues zu äußerst reduzierten Bedingungen erhältlich sind und Neubauwohnungen nach einem Realkostenprinzip errichtet werden und somit laufend subventioniert werden müssen, ist die Situation bereits so, daß eine Sozialwohnung durchschnittlicher Größe, durchschnittlichen Zuschnitts und durchschnittlicher Lage staatlicher Subvention bedarf, die einer monatlichen steuerfreien Subventionsrente für den einzelnen Sozialmieter entspricht.

Ein zweiter Problemkreis zeigt auf, daß wir keine falschen Hoffnungen wecken dürfen, da wir keinen Selbstbedienungsladen mieten können, wo Wohnungen zum Nulltarif gegeben werden können. Eine Erhebung in Österreich zeigt auf, daß der durchschnittliche Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen im Monat schon mehr für das Auto als für die Miete ausgibt, monatlich wird mehr für das Auto als für die Miete ausgegeben. Bedenken wir auch, daß in allen europäischen Ländern zu den Nutznießern des sozialen Wohnungsbaues von Anfang an oft - sind wir ganz ehrlich - falsche gehören. Sobald nämlich jemand eine Sozialwohnung erhalten hat, verteidigt er sie wie eine Festung, da diese für ihn sicherlich das beste Geschäft bedeutet. Keine politische Partei hatte bisher den Mut, Regelungen zu schaffen, und es ist wahrscheinlich eine Utopie, daß derjenige, der über ein erhöhtes Einkommen verfügt, dann wieder diese Wohnung verlassen muß, wobei ich aber glaube, daß es ein moralischer Anspruch der Gesellschaft wäre und ein echtes Bedürfnis der Solidarität wäre gegenüber dem Schwächeren, daß derjenige, der wirtschaftlich erstarkt ist durch seine Leistungen, durch seine Arbeit, dann selbst die Entscheidung fällt, einen höheren Beitrag in der Hinsicht zu leisten, daß er selber Investitionen tätigt. Ich glaube, daß diese Wohnungen dann auch echt demjenigen zugeführt werden könnten, der diesen Bedarf hat, nämlich sie sozial Schwächeren zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund haben sozial Schwache und insbesondere junge Menschen weniger Chancen, eine Sozialwohnung zu bekommen, weil kaum eine je frei wird. Und ich verstehe die Klagen der in der Kommunalverwaltung Tätigen.

Ich darf aber doch betonen und bemerken, daß der Staat den privaten Investoren die Lust am Bauen genommen hat und ich befürchte, daß die Auswirkungen des Mietengesetzes auch dazu führen, daß hier eine Eindämmung weiter Platz greift, so daß dieser Bereich brach liegen bleibt. Was bleibt als Alternative? Wichtig erscheint mir, den Mietwohnungsbau so stark wie möglich zu fördern, wie wir es in unserem Lande tun, und kein Gießkannenprinzip zu verwenden, d.h. wir können nicht utopisch

jedem Bürger gleiche Verhältnisse schaffen, jedem Bürger das gleiche geben, aber dem wirklich sozial Schwachen, dem muß geholfen werden, und das ist die Politik der Österreichischen Volkspartei, die wir immer versucht haben zu verwirklichen. Wir haben nicht die Möglichkeit, allen Bürgern im Lande eine Mietwohnung zur Verfügung zu stellen. Meine Damen und Herren, diese Wahlfreiheit können wir nicht bieten, das ist unreal. Aber dem begrenzten Kreis jener, die nicht in der Lage sind, selber etwas zu leisten, aus dem Grunde, weil sie in irgend einer Form die Chance nicht haben, selber zu Eigentum zu kommen, denen müssen wir zu annehmbaren Bedingungen, und das ist unsere Verpflichtung, diese Wohnung geben, und dies ist die Mietwohnung mit Unterstützung der Wohnbeihilfe. Auf diese Bedarfslage ist daher Rücksicht zu nehmen. Wir haben im Bereich von geförderten 400 Mietwohnungen einen Spitzenplatz in Österreich. Wenn Sie die Größenordnung sehen, den Vergleich der Anzahl der Mietwohnungen zu anderen Ländern in der Größe zu unserem Land, zum Budget, dann darf ich sagen, daß wir hier eine sehr gute Situation vorfinden, insbesondere auf Grund der Höhe der Förderung selbst, da vergleichsweise andere Bundesländer keine so hohen Wohnbauquoten aufweisen. Auf Grund der großen Bedarfslage ist es aber unsere Aufgabe, den restlichen Wohnungsbau so stark wie möglich anzukurbeln, um der leistungsbereiten und auch leistungsfähigen Bevölkerung ebenfalls einen Anreiz für den Erwerb von Wohnungen zu geben. Würden wir diese Anreize nicht bieten, würde jeder natürlich mit Recht sagen, es ist Aufgabe des Landes, des Staates, wessen auch immer, hier diese Leistungen zu schaffen. Wenn ich die Wohnbauförderung des Bundeslandes Kärnten vergleiche, das gerade eine neue Publikation herausgebracht hat, so decken sich unsere Auffassungen in diesem Bereich voll. Ich darf aber betonen, daß wir das einzige Bundesland sind, das in diesem Ausmaß Wohnbeihilfen zu den Mietwohnungen gibt, zu Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Es ist viel zu wenig bekannt, daß wir auch jenen, die unter schweren Bedingungen ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung erarbeitet haben, ebenfalls wieder Wohnbeihilfen geben, also nicht nur dem Mieter verlorene Zuschüsse, sondern auch jenem verlorene Zuschüsse geben, der auch selber große Leistungen erbracht hat.

Zur Fragestellung nach den Bemühungen um eine Wohnberatung darf ich bemerken, daß wir gemeinsam mit dem Institut für Wohnbauforschung und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik bereits grundsätzlich übereingekommen sind, eine Wohnberatungsstelle im Amt der Vorarlberger Landesregierung in der Landesstelle für Wohnbauförderung zu installieren. Der Modellcharakter dieser Einrichtung wird auch dadurch unterstrichen, daß es uns gelungen ist, und ich bin nächste Woche mit der Frau Staatssekretärin Eypeltauer in Wien zusammen, daß es uns gelungen ist, einen Dienstposten auch für diese Betreuung zu erhalten. Das Institut für Bauforschung hatte ursprünglich u.a. nicht vor, im äußersten Westen eine solche Wohnberatungsstelle zu realisieren. Es ist aber nun doch nach Bekanntgabe unseres Interesses so, daß dies mit 1. April in Angriff genommen wird. Es liegt bereits ein Konzept des Instituts

für Bauforschung für die Tätigkeit einer solchen Wohnberatungsstelle vor. Es ist in Aussicht genommen, mit dieser Beratungstätigkeit, wie gesagt, kommdes Jahr im April zu beginnen. Inzwischen hat sich das Institut auch bereit erklärt, für ein Jahr die Kosten des entsprechenden Beraters, der seine Tätigkeit im Rahmen der Landesstelle Für Wohnbauförderung auszuüben hat, zu übernehmen. Dieses Angebot des Instituts, das in persönlichen Gesprächen noch konkretisiert wird, und zwar nächste Woche Montag findet ein Wohnbauseminar mit allen von Gemeindeverband über die Arbeiterkammer die Handelskammer und die Wohnbaugesellschaften hier statt, sind wir deshalb so interessiert, weil wir erreichen, daß eine sehr konzentrierte Beratung des Wohnungssuchenden in unserem Land damit geschaffen werden kann. Dies heißt aber nicht, daß wir die Bemühungen der Gemeinden konkurrieren wollen, das Einweisungsrecht der Gemeinden etwa beschneiden wollen, sondern daß wir eine Beratungsstelle bieten wollen, um auch der Koordinierungsfunktion, die von Vorrednern angesprochen wurde, besser entsprechen zu können. Die Tätigkeitsgebiete sind so zu sehen, daß es um eine Beratung und eine Hilfestellung geht, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den dortigen Wohnungsämtern, den Kammern, den gemeinnützigen Bauvereinigungen, den Mietervereinigungen, den Hausbesitzervereinigungen, den Wohnbaugesellschaften, und laufend wiederholende Beratungsstunden bei den Bezirkshauptmannschaften, nicht nur durch den zuständigen Referenten, sondern die Beamten sollen dies in periodischen Abständen ergänzen. Es ist so, daß wir doch die Hoffnung haben, als erstes Bundesland einen erfolgreichen Schritt in diese Richtung tun zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Frage der Kontrolle darf bemerkt werden, daß wir uns in den vergangenen Beiratssitzungen auch bemüht haben, auf Grund der jüngsten Ereignisse diesen Problembereich nochmals näher unter die Lupe zu nehmen. Wenn auch nochmals betont werden darf, daß alles ordnungsgemäß abgewickelt wird, so können aber Verbesserungen, wie sie in der letzten Landtagssitzung vom LABg. Eß vorgeschlagen wurden und die dann im Beirat eingehendst beraten wurden, sicherlich weiter verfeinert werden. Es haben auch die Vertreter der Hypothekenbank erklärt, daß Vollmachten in Zukunft nur mehr angenommen werden, wenn sich der Darlehensnehmer nachweislich im Ausland aufhält und die Bauabwicklung sonst behindert würde. Abtretungen werden natürlich auch künftig erforderlich sein, doch sollen diese nicht mehr, wie der Kollege Dietrich bemerkt hat, unwiderruflich sein. Zessionen werden von den Banken nur noch nach eingehender Prüfung zur Kenntnis genommen, d.h. es wird auf jeden Fall vor einer Überweisung geprüft, ob diese Zession auch in Ordnung geht. Es haben hier auch Gespräche mit dem Konsumentenschutz der Arbeiterkammer und mit anderen Stellen stattgefunden, um weitere Problemkreise einzugrenzen.

Ich darf zum Schluß noch darlegen, daß wir uns permanent bemühen, den Wohnbau weiter voranzutreiben, die nötige Bandbreite zu haben, um den entsprechenden Mietwohnungsbau zu halten und ihn so zu gestalten, daß er für jenen, der diese Hilfestellung benötigt, auch attraktiv

ist. Wenn aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der sozialistische Antrag um Erhöhung von 100 Mietwohnungen realisiert würde, hätte dies bedenkliche Folgen, da 100 Mietwohnungen 91.6 Mio. S Aufwand benötigen würden. Nach der Rechnung, die der Kollege Dietrich gemacht hat, wären es 94 Mio. S. Dieser Aufwand entspricht 271 Eigentumswohnungen oder 306 Eigenheimen. Dies würde ein absolutes Absinken in der Wohnbauleistung unseres Bundeslandes bedeuten und nicht einer situationsgerechten Deckung des Wohnbedarfes entsprechen. Absolut würden damit 171 Eigentumswohnungen oder 206 Eigenheime weniger gebaut, und diese Lücke würde sich in den nächsten Jahren noch weiter vergrößern, denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Wohnbeihilfen sich additiv vergrößern, und daß das ja immer vom Gesamtkuchen der Wohnbauförderung subtrahiert werden muß. Wir haben einfach eine andere Situation wie bevölkerungsarme östliche Bundesländer, die immer mehr stagnieren, und wir müssen einfach auf Grund der Dynamik diesen Zuwächsen Rechnung tragen. Die Eigenheime kosten, wenn wir also eine starke Anhebung, wie sie heute die Fraktionssprecher der Österreichischen Volkspartei, Abg. Stadelmann und Abg. Berchtold, dargelegt haben, wenn diese Erhöhung bei Eigenheimen Platz greift, ca. 300.000 S pro Eigenheim, bei der Eigentumswohnung 340.000 S, bei der Mietwohnung kostet bei unserer Berechnung jede 920.000 S mit allen Förderungen, von der Mietwohnungsförderung selbst ausgehend, dem Annuitätenzuschuß, dem §-28-Zuschuß und den Eigenmitteldarlehens, d.h. also daß, wenn wir noch die Wohnbeihilfen dazuzählen, jede Mietwohnung an und für sich in der Dynamik in eine Realität hineinwächst, die über einer Million Schilling liegt. Das ist gerechtfertigt, zu dem stehen wir, das ist auch eine richtige Politik, daß eine so hohe Förderung erfolgt, aber das können wir eben nicht allen Bürgern bieten, sondern muß beschränkt sein auf jene, die dieser speziellen Hilfestellung bedürfen. Die Wohnbeihilfe gleicht diese Möglichkeiten aus und die Kürzung, die Sie vorgeschlagen haben bei den privaten Haushalten, wäre nicht zu rechtfertigen.

Ein letztes Wort noch zum §28. Wir können als Vorarlberger ruhig sagen, daß uns hier europaweit ein Durchbruch gelungen ist, nämlich den ersten Schritt zu einer dynamischen Miete zu schaffen. Und ich gebe dem Kollegen Dietrich recht, daß man über die Sprünge, die sich hier abzeichnen, sich unterhalten muß, ob es hier noch Verflachungsmöglichkeiten operativ durch Gestaltung der Richtlinien gibt, daß wir versuchen, eine fließendere Vorgangsweise zu schaffen, wobei etwas nicht vergessen werden darf, in allen Bemühungen um die Wohnbauförderungsänderung sollte die dynamische Miete in dem Sinne Jahren, wo jemand eine Familie gründet, eine starke Entlastung Platz greift. Wir sprechen bewußt hier von einem Nullprozent von Zinsen, und daß später, wenn die Familie etwas erstarkt ist, dann eine 5%ige Belastung kommen soll und in den restlichen Jahren ab zehn dann eine stärkere Belastung bis über 10% möglich wäre. Gleichzeitig würde damit natürlich auch mitzunehmendem Lebensalter die Erwartungshoffnung groß, daß auch das Einkommen sich steigert und damit würde

diese Schere von Einkommen und Belastung sich decken und es würde fließend eine dynamische Miete anpaßbar sein. Der §28 ist der erste Schritt dazu in Österreich und ich glaube, daß dies ein richtiger Schritt war, wenn es uns gelingt, an die Bedürfnisse und an die Leistungsmöglichkeiten des Menschen die Miete anzupassen.

(Erster Landtagsvizepräsident Mag. Heinze übergibt den Vorsitz wieder an Landtagspräsident Dr. Purtscher.)

Präsident: Das Wort hat nun Herr Landeshauptmann.

Dr. Keßler: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Herr Obmann der Sozialistischen Partei hat im Zusammenhang mit den Bemühungen des Landes Vorarlberg um eine gewisse Steuerhoheit einige Bemerkungen und Feststellungen getroffen, die aus der Sicht der Landesregierung und ich glaube, auch aus der Sicht der Mehrheit des Hauses nicht unwidersprochen bleiben können. Er hat nämlich gemeint, die Länder und offenbar auch unser Land Vorarlberg seien im Grunde genommen gar nicht willens, um eine eigene Steuerhoheit zu kämpfen, weil sie die Einbringung dieser Steuern aus politischen, aus taktischen Gründen scheuen würden. Dem möchte ich, meine Damen und Herren Abgeordneten, sehr entschieden widersprechen. Wir haben in der Vergangenheit wiederholt, und ich persönlich habe das auch gegenüber dem Herrn Finanzminister und insbesondere auch gegenüber dem Herrn Bundeskanzler getan, wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß wir uns selbstverständlich Steuerkompetenz nur so vorstellen können, und etwas anderes wäre gegenüber dem Bund unfair, daß wir mit der Übernahme der Kompetenz auch die Bereitschaft erklären, für die Steuereinhebung und für die Entscheidung zur Steuereinhebung die volle Verantwortung zu übernehmen. Es ist richtig, daß im Zusammenhang damit dann und wann auch gesagt wurde, man sollte, wenn diese Bereitschaft realisiert wird, darauf Rücksicht nehmen, daß unter möglichster Schonung des Steuerzahlers, d.h. unter möglichst ökonomisch günstigen Voraussetzungen diese Steuereinhebung vor sich geht und da könnten wir uns, wenn man uns eben endlich eine gewisse Steuerhoheit zuerkennen würde, eben auch vorstellen, daß es über die Finanzämter Möglichkeiten gäbe, ohne neue Ämter zu schaffen, diese Erhebung durchzuführen; aber unter völliger Klarstellung, daß das Land die Verantwortung für die Steuer und für die Steuereinhebung trägt. Das ist wiederholt, meine Damen und Herren, deponiert worden, und das kann keine Ausrede und kein Grund dafür sein, daß der Bund in den letzten Jahren und bis herauf zum heutigen Tag auch nicht im geringsten bereit gewesen ist, diesem Wunsch der Länder auf mehr Steuerhoheit zu entsprechen. Im Forderungsprogramm der Bundesländer aus dem Jahre 1976 gibt es, wie Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, alle selbst wissen, einen sehr eingehenden und detaillierten Teil C, der überschrieben ist «Forderungen in Finanzangelegenheiten». Dieser Teil C des Forderungsprogrammes ist von den Landeshauptleuten aller neun Bundesländer getragen und von ihnen unterschrieben worden. Und in diesem

Teil C gibt es eine ganze Reihe von grundsätzlichen Vorstellungen, wie sich die Bundesländer verbesserte Steuerhoheit und damit mehr Einfluß der Länder als Gliedstaaten auf die Finanzpolitik und auf die Steuerpolitik im Staat vorstellen könnten. Da ist die Rede von der Steuerhoheit, von der Verteilung der Besteuerungsrechte und der Abgabenerträge. Es wird eine Schutzklausel im Interesse der Länder vorgeschlagen. Es wird das Steuerfindungsrecht der Länder behandelt, wie wir uns das aus Ländersicht vorstellen würden; und nicht nur, wie gesagt, die ÖVP-dominierten Länder, Kery, Wagner, Gratz genau so wie wir. Es werden Vorschläge gemacht über die gemeinschaftlichen Bundesabgaben und die ausschließlichen Bundesabgaben vom selben Besteuerungsgegenstand. Es werden Vorstellungen entwickelt zur besseren Gestaltung des Förderungswesens und es sind insbesondere auch Vorschläge enthalten zu sogenannten wichtigen finanzpolitischen Fragen, gemeint damit ist die Krankenanstaltenfinanzierung und die Schulfinanzierung. Wir müssen leider feststellen und kommen nicht darum herum, das immer wieder zu sagen, daß seit dem Jahre 1976 - im November 1976 ist dieses Kompendium dem Herrn Bundeskanzler von einer Delegation der Landeshauptleute überreicht worden bis zum heutigen Tag zum Teil C, den Forderungen in Finanzangelegenheiten, mit Ausnahme, soweit ich informiert bin, einer etwa zweistündigen Besprechung mit einem Verhandlungskomitee der Länder, keine einzige Verhandlung geführt worden ist. Auch leider jetzt wieder nicht im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Landeshauptleutekonferenz vom 10. Dezember in Bregenz. Ich habe gestern schon gesagt, man hat auf Grund der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 Gott sei Dank nun in verschiedenen Bereichen die Verhandlungen aufgenommen und sie sind in den letzten Jahren intensiv auf verschiedenen Ebenen geführt worden. Zum Teil C des Forderungsprogrammes ist keine einzige, vielleicht von einer Ausnahme abgesehen, keine einzige konkrete Verhandlung geführt worden, weder mit dem früheren Finanzminister Dr. Androsch noch mit dem neuen Finanzminister Dr. Salcher, von dem wir uns als einem früheren Regierungsmitglied eines Bundeslandes eigentlich mit gewissem Optimismus und gewisser Hoffnung erwartet haben, daß auch zu diesen entscheidenden Fragen - finanzrechtlicher Teil Forderungsprogramm - endlich Verhandlungen aufgenommen werden. Das muß schon einmal sehr klar gesagt werden, daß in den viereinhalb Jahren 1976 1980, im November sind es sogar schon fünf Jahre, keine konkreten Verhandlungen geführt worden sind, obwohl die Bundesländer wiederholt solche Verhandlungen gefordert haben. Man kann nur hoffen, daß jetzt endlich der Zeitpunkt kommt, wo wir die Möglichkeit haben, diese detaillierten Vorstellungen der Bundesregierung und insbesondere dem Herrn Finanzminister näherzubringen. Wenn der Herr Bürgermeister gemeint hat, wir wären in der Vergangenheit dort, wo es gewisse Vorstellungen für mehr Steuerhoheit der Länder gegeben hat, nicht bereit gewesen, ihnen zu folgen, dann muß ich halt einmal mehr sagen, die Spitalsfinanzierung war ein schlechtes Beispiel. Bei der Spitalsfinanzierung damals und bei der eingehenden Diskussion vor einem oder zwei Jahren, ist es ja nicht darum ge-

gangen, den Ländern eine echte Steuerhoheit zuzuerkennen, sondern es ging damals um die momentane Überbrückung einer sicher peinlichen und für den Finanzminister schwierig überwindbaren Finanzierungslücke des Bundes durch die Länder. Man hat dort gemeint, weil man von Bundes wegen über die Schwierigkeiten in der Spitalsfinanzierung nicht hinwegkommt, sollten die Länder von sich aus im Wege eigener Steuerfindung zusätzliche Beiträge zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren Abgeordneten, so einfach kann man das Steuerfindungsrecht der Länder und kann man die Steuerhoheit der Länder nicht behandeln. (Zwischenruf Winder: Sie haben es sich sehr einfach gemacht!) Was wir, Herr Klubobmann Winder, was wir unter Steuerhoheit der Länder verstehen, ist nicht dann oder wann eine Länderhilfe, um Finanzierungslücken des Bundes zu überbrücken, dann, wenn der Bund selber es aus taktischen Gründen ablehnt, selbst eine finanzpolitische Entscheidung zu treffen und deshalb sagt, Länder macht das selbst, sondern wir stellen uns unter Steuerhoheit etwas ganz anderes vor; nämlich dies, daß man sich endlich bereit findet, die Finanzverfassung und insbesondere den sechsjährigen Finanzausgleich zu konstruieren, daß die Steuern nicht nur einseitig dem Bund und in gewissem Rahmen auch noch den Gemeinden zur Verfügung stehen und Bund und Gemeinden eine gewisse Steuerhoheit haben, die Länder aber praktisch völlig leer ausgehen. Steuerhoheit und in dem Zusammenhang Verlangen nach Kompetenzen heißt nicht, in schlechten Finanzsituationen des Bundes unter Beibehaltung der bestehenden Finanzrechtskonstruktion Lückenbüßer zu sein, sondern sich echt zusammensetzen und überlegen, wie man eine bessere Finanzverfassung und einen für die Länder günstigeren Finanzausgleich schaffen kann. Und da sind wir leider bisher keinen Schritt weitergekommen. Wir können nur hoffen, daß sich das etwa doch in absehbarer Zeit ändert. Ich habe schon gesagt, die Länder haben sehr konkrete Vorstellungen im Teil C des Forderungsprogramms der Bundesländer entwickelt. Ich darf auch sagen, der Vorarlberger Landtag hat sich vor dem 15. Juni 1980 die Dinge nicht leicht gemacht, weil da heute vom Herrn sozialistischen Parteiobmann und Bürgermeister gesagt wurde, die Länder würden es sich zu leicht machen, würden nur Steuerhoheit verlangen, ohne konkret zu sagen, was sie sich aus Ländersicht unter Steuerhoheit vorstellen. In dem 10-Punkte-Programm gibt es drei Themen, in denen wir sehr konkret unsere Vorstellungen entwickelt haben. Da heißt es unter den zehn Punkten, daß wir uns eine teilweise Veränderung des Mietenrechtes und der Wohnbauförderung vorstellen würden, (Zwischenruf Dietrich: Warum nur teilweise?) teilweise, ja, weil wir sachlich und objektiv genug sind, um zu wissen, daß Wohnbauförderung ein komplexer Themenkreis ist, in dem sich auch der Bund in gewissen Bereichen mit Recht zu Wort meldet und auch eigene Vorstellungen entwickelt. Wir sind nicht so, Herr Abgeordneter, daß wir überall alles wollen nur aus Prinzip, sondern wir wären der Meinung, daß wir dort Kompetenzen bekommen sollten, wo sie sachlich gerechtfertigt sind. Ich glaube, ich habe das schon einmal vor einigen Tagen gesagt, wir hätten ja keinen besseren Kronzeugen bei der Verklärung des Mietenrechtes, als

den derzeitigen Finanzminister Dr. Salcher, der ganz offensichtlich als früherer Sozialreferent des Bundeslandes Tirol weiß, wie sehr die Länder unter mangelnden Möglichkeiten gerade im Mietenbereich leiden, und wie sehr die mangelnde Kompetenz der Länder im Mietenbereich zu sozialen Härten führt. Es ist eigentlich symptomatisch, daß der Sozialreferent des Landes Tirol als der heutige Finanzminister der Republik Österreich hier auf völlig einer Linie mit den Vorstellungen des Landes Vorarlberg und der Länder ganz allgemein liegt. Wir haben im 10-Punkte-Programm gesagt, daß dem Land durch Übertragung eines Teiles der Abgabehoheit des Bundes ein seinen Aufgaben angemessenes verfassungsrechtlich gesichertes Recht, Abgaben festzusetzen und einzuhoben, eingeräumt werden sollte. Und wir haben schließlich gesagt, wörtlich: «Die aufgabengerechte Verteilung der Abgabenerträge zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden hat unter wirklicher Einschaltung des Landes und der Gemeinden zu erfolgen.» Und weil der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt Bregenz soeben gemeint hat, wir fordern wohl im Grundsatz, sind aber nicht bereit oder offensichtlich nicht in der Lage, konkret zu sagen, wie wir uns das vorstellen, bitte ich Sie jetzt noch um etwas Geduld, damit ich Ihnen aus einem umfassenden Kompendium zu den 10 Punkten des Forderungsprogramms des Vorarlberger Landtages, den sogenannten 30 Skizzen zur Thematik der Volksabstimmung vom 15. Juni, das auch sämtlichen Regierungsmitgliedern in Wien zugänglich war, sagen kann, was wir uns darunter vorstellen. Unter Abgabehoheit heißt es folgendes: «Derzeit sind den Ländern vom Bundesgesetzgeber nur wenige Bagatellsteuern überlassen. Die Einnahmen des Landes Vorarlberg an landeseigenen Steuern betragen im vergangenen Jahr, das ist noch bezogen auf das Jahr 1979, nur rund 1/4 der Gesamteinnahmen des Landes. Das Land Vorarlberg erhält also den Großteil der notwendigen Mittel vom Bund zugewiesen und ist damit völlig von diesem abhängig.» Es gilt nun halt einmal, meine Damen und Herren, in einem Bundesstaat, wo es eine sehr konkrete Abgrenzung geben sollte zwischen den Aufgaben des Bundes, des Gesamtstaates und denen der Länder als den Gliedstaaten des Bundesstaates, es gilt hier der Grundsatz, wer zahlt, schafft an! Und weil die Länder praktisch überhaupt keine Steuerhoheit haben, ist auch die Stellung der Gliedstaaten in diesem österreichischen Bundesstaat zwangsläufig eine so schwache. Und ich kann mir schon vorstellen, daß es natürlich gesellschaftspolitische Grundüberlegungen seitens des Sozialismus in Österreich gibt, ganz bewußt den Gliedstaaten Steuerhoheit vorzuenthalten, weil man eben über das Geld sehr weitgehenden Einfluß auf die Staatsgestaltung und auf die Gestaltung der Gemeinschaftsangelegenheiten hat. Aber ich füge noch hinzu, leider Gottes gibt es eben nur in Österreich diese Situation, weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in der Schweiz noch in den Vereinigten Staaten von Amerika, den klassischen Bundesstaaten der freien Welt, ist die Situation eine so schlechte. Dort haben die Gliedstaaten neben echten Kompetenzen, die uns weitgehend fehlen, vor allem auch jenes Geld, das sie zur Ausfüllung echter Kompetenzen benötigen. Wir haben in dieser ausführlichen Expertise zum 10-Punkte-Katalog, die, wie ge-

sagt, den Ministern und den Abgeordneten auch auf Bundesebene verfügbar ist, weiter folgendes zur Abgabenhöhe gesagt: «Als einer der besten Wege zur Stärkung der Steuerhoheit des Landes und der Gemeinden gilt eine verfassungsgesetzlich abgesicherte Ermächtigung der Länder und Gemeinden zur Einhebung von Zuschlägen zu Bundesabgaben.» Das ist ein sehr konkreter Vorschlag, auf den leider der Herr Finanzminister bis zum heutigen Tag überhaupt nicht eingegangen ist, wobei die Bundesabgabe vorher aber in Höhe des Zuschlages der Länder und Gemeinden herabgesetzt werden muß. Wir wollen ja, meine Damen und Herren, mit der Forderung nach Steuerhoheit nicht eine verstärkte Besteuerung der ohnedies schon bis an die Grenze des Möglichen besteuerten Österreicher, sondern wir wollen eine Umverteilung. Da wird eben sehr häufig falsch argumentiert, indem da oder dort gesagt wird, diese bösen Länder, die eine Steuerhoheit wollen, wollen mehr Steuern für die Bürger. Das ist eine völlige Verdrehung des Sachverhalts. Es geht nicht um mehr Steuern, sondern um eine gerechtere Verteilung des Steuerkuchens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, und das kann eben nur im Wege der Änderung des Finanzausgleiches geschehen. Dies wäre, wird hier abschließend gesagt, mit keinem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden, da sich dadurch an der Einhebung dieser Steuern durch die Finanzämter des Bundes nichts ändern müßte. Wozu wir uns aber absolut bekennen, ist, daß wir selbstverständlich bereit wären zu sagen, das sind Steuern des Landes und das sind Steuern, die der Vorarlberger Landtag beschlossen hat. Wissen Sie, hier wird halt schon manchmal sehr demagogisch operiert. Dort wo man von Bundes wegen hier nicht gern Konzessionen macht, wird einfach gesagt, die Länder möchten wohl das Steuerfindungs- und Steuereinhebungsrecht, aber die politische Verantwortung für die Entscheidung soll der Bund behalten. Das stimmt nicht. Jedenfalls Vorarlberg hat das wiederholt, auch in offiziellen Äußerungen gegenüber den Bundesinstanzen, zum Ausdruck gebracht. Und dann gibt es in diesen Skizzen, mit denen ein Kommentargeliefert wird zu den 10 Punkten des Landtages, auch eine Aussage zu Mitsprache (Zwischenruf Winder: Können wir den auch haben, wir kennen ihn nicht!) Herr Abgeordneter, den könnten Sie schon längst haben, weil Sie wissen müßten, daß es diesen Kommentar gibt. Er ist sämtlichen Landeshauptleuten der Bundesländer, ist allen Finanzreferenten der Bundesländer zugegangen, er ist selbstverständlich auch jedem Abgeordneten zugänglich. Aber Sie scheinen sich um die Details zu den Vorstellungen, zu den 10 Punkten des Vorarlberger Landtages wenig zu bemühen. (Zwischenruf Winder: Würden Sie den Vorarlberger Landtag lebenswürdigerweise auch damit beteiligen!) Jetzt lassen Sie mich bitte noch weiterreden, Sie sind herzlich eingeladen, anschließend dann Stellung zu nehmen. Zur Mitsprache der Länder und Gemeinden bei der Verteilung der Abgabenerträge ist folgendes gesagt worden an die Adresse der Bundesregierung: Der üblicherweise auf sechs Jahre abgeschlossene Finanzausgleich regelt, welche Steuern der Bund, die Länder und die Gemeinden einheben können und welche Anteile sie davon erhalten. Bei der Aushandlung des Finanzausgleiches stehen Länder und Gemeinden unter starkem Druck des

Bundes, weil die Nationalratsmehrheit das Recht hat, das Finanzausgleichsgesetz auch gegen den Willen der Länder und Gemeinden zu beschließen. Das ist auch so eine Besonderheit der Bundesstaatlichkeit in Österreich, die es in keinem anderen Bundesstaat der freien Welt gibt, daß die gesamte Finanzverfassung bzw. der Finanzausgleich im Wege der Einfachgesetzgebung erledigt wird, und daß weder die Länderkammer noch die Landtage einen Einfluß haben, um auf den Finanzausgleich auch nur den geringsten Einfluß zu nehmen. Neben freiwillig geführten Verhandlungen gibt es einen rechtlichen Einfluß und eine rechtliche Mitgestaltungsmöglichkeit im Finanzausgleich überhaupt nicht. Und das ist eines der ganz entscheidenden Kriterien für die Bundesstaatlichkeit an sich. Das gibt es nirgends sonst in der freien Welt. Sie werden nicht in der Lage sein, auch nur ein einziges Beispiel in einem Bundesstaat der freien Welt anzuführen, wo das ähnlich geregelt ist. Das ist klar ausgedrückt, ein finanzpolitischer Skandal, wenn man es aus Ländersicht sieht. Aus diesen Gründen wird angestrebt, daß Länder und Gemeinden ein Recht auf echte Mitbestimmung bei der Gestaltung des Finanzausgleiches und darüber hinaus einen Schutz vor nachteiligen, eigenmächtigen Veränderungen des Finanzausgleiches durch den Bund erhalten. Und siehe da, in dem erwähnten Teil C des Forderungsprogrammes, unterschrieben von den sechs ÖVP-Landeshauptleuten, erfreulicherweise unterschrieben von Landeshauptmann Kery, Wagner und Gratz, gibt es einen Punkt 2, in dem es heißt: «Dem Bundesrat ist in bezug auf Gesetze, die eine Änderung oder Verteilung der Besteuerungsrechte oder Abgabenerträge beinhalten, ein Zustimmungsrecht einzuräumen.» (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Der Kollege Berchtold hat gesagt, es ist nicht alles wahr, was gedruckt ist! - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) Das ist leider von allen neun Landeshauptleuten unterschrieben. (Zwischenruf Winder: Ihre Unterschrift haben sie lange vergessen, Herr Landeshauptmann! - Glocke des Präsidenten) Zwischen gedruckt und handschriftlich unterschrieben ist noch ein großer, entscheidender Unterschied. Das steht aber da drinnen. Der Bund ist bisher kein einziges Mal innerhalb von fünf Jahren konkret auf diese Vorstellung eingegangen, obwohl wir, ich würde sagen erfreulicherweise, nun seit längerer Zeit über die Aufwertung des Bundesrates in anderen Bereichen verhandeln. Und nun abschließend noch etwas zum Mietrecht. Ich habe schon gesagt, daß der Kronzeuge Finanzminister Dr. Salcher, der, ich stelle das sehr heraus, ich würde meinen mit sehr viel Mut schon zu einem Zeitpunkt, als auf Grund der Vorstellungen der sozialistischen Mehrheit der Bundeshauptstadt Wien das Mietrecht in der Weise beschlossen wurde, wie wir ja wissen über den Kopf eigentlich des Bürgermeisters Gratz hinweg, der andere Vorstellungen hatte, aber sich der linken Mehrheit der Bundeshauptstadt Wien beugen mußte, (Zwischenruf Winder: Der rechten Mehrheit!) der linken und ganz linken Mehrheit in Wien, Sie wissen schon, wen ich hier meine, sich beugen mußte, daß der hier völlig unsere Auffassung teilt, und daß er sagt, das Mietrecht sei eine Thematik, bei der es sinnvoll wäre, an die Länder zu delegieren, weil die Mietrechtssituation in den Bundesländern sehr verschieden ist. Und gerade der

Herr Bürgermeister, gerade der Herr Bürgermeister hat ja vorher diese These untermauert, indem er gesagt hat, in Vorarlberg habe das neue Mietrecht ganz andere Auswirkungen wie in anderen Bundesländern. Ich frage mich deshalb, warum eben dann nicht die gewünschte Veränderung? Wir meinen, meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, weil Sie einleitend gemeint haben, wir hätten keine konkreten Vorstellungen zu grundsätzlichen Forderungen, wir meinen, daß die Wohnungssituation in Vorarlberg, und das ist heute ja schon wiederholt auch gesagt worden, sich wesentlich von der des übrigen Bundesgebietes und insbesondere von der der Wohnungssituation in Wien unterscheidet. Während in der Bundeshauptstadt der Anteil der Mietwohnungen 81% beträgt, liegt er bei uns bei nur 29%, das ist schon gesagt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich in Vorarlberg die Mietwohnungen vorwiegend in kleinen Objekten, vielfach in Zweifamilienhäusern, bei denen eine Wohnung vermietet wird, befinden. In Wien aber herrscht das große Zinshaus vor, bei dem der Eigentümer keinerlei persönliche Beziehung zu seinen Mietern hat, ja diese in den meisten Fällen gar nicht kennt. Zudem überwiegt in Vorarlberg bekanntermaßen nicht der kommunale Mietwohnungsbau, sondern die Vermietung von Räumlichkeiten durch Privatpersonen und durch gemeinnützige Genossenschaften sowie die Vermietung von Werkswohnungen. Eine Häuser- und Wohnungszählung im Jahre 1971 hat ja auch gezeigt, daß wir das Land mit dem höchsten Ausstattungsstandard sind. Der Anteil der Wohnungen des Ausstattungstypus I, das ist Zentralheizung, Bad, WC und Wasser, beträgt 36%, in Wien 8%. Im März 1978 gehörten bereits 60% der Wohnungen in unserem Land dem Ausstattungstypus I an, in Wien waren es 26%. Dieser hohe Ausstattungsgrad der Wohnungen in unserem Land ist ausschließlich, und das möchte ich jetzt in dem Zusammenhang sehr herausstellen, ist ausschließlich in der starken privaten Wohnbautätigkeit der Nachkriegszeit begründet, und nicht etwa in staatlicher Hilfe. Man sieht ja hier im Unterschied zwischen Wien und unserem Land, wo die stärkere Effizienz der Wohnbauförderung liegt, gerade auch im Mietwohnungsbau: In Wien mit dem völlig verstaatlichten Mietwohnungsbau oder in einem Land, in dem Private die Träger des Mietwohnungsbau sind. Rund die Hälfte des Wohnhausbestandes im Jahre 1971 wurde nach 1945 errichtet, in Wien hat diese Quote nur 28% betragen, und so ließe sich diese Liste fortsetzen. Ich will Sie hier nicht mit Zahlen langweilen. Die Vergleiche aber, meine Damen und Herren, zeigen, daß an ein Mietrecht, das den Verhältnissen in Vorarlberg gerecht werden soll, primär die Forderung zu stellen ist, und das, Herr Bürgermeister, ist eben die Problematik des neuen Mietgesetzes für unser Land, die Sie so sehr heruntergespielt haben, daß primär die Forderung zu stellen wäre, daß die Mobilität des Wohnungsmarktes erhalten bleibt bzw. verbessert wird. Die Beteiligung der privaten Bauherren an der Wohnbautätigkeit, die in den letzten Jahren nicht weniger als 74% betrug, müßte im bisherigen Ausmaß erhalten bleiben. Sie wird es aber nicht können, ich will mich jetzt nicht zu hart ausdrücken, weil das wieder Emotionen auslöst, weil ein Mietrecht, das zutiefst dirigistisch und staatskapitalistisch orientiert ist.

in Vorarlberg eben nicht funktionieren kann. Wir fürchten, daß das dazu führt, daß die vielen Privaten, die bereit waren, in den vergangenen Jahrzehnten auch für den privaten Wohnungsbau, für den privaten Mietwohnungsbau viel zu tun, das nicht mehr tun werden, weil man von ihnen nicht so viel Altruismus verlangen kann. Wir vertreten im Gegensatz zu Ihnen zurzeit die Meinung, daß der Mietwohnungsbau sozial gestaltet werden muß, daß man aber dort, wo Private bereit sind, den Mietwohnungsbau zu fördern, nicht einfach darauf abstellen kann, daß sie das unentgeltlich tun, nach dem neuen Mietengesetz ist das nämlich der Fall, sondern daß man ihnen eine gewisse Rendite zuerkennen muß. Man kann von keinem Privaten verlangen, daß er das oft schwer verdiente Geld in Anlagen investiert, die keinerlei finanzielle Rendite versprechen. Dem, glaube ich, werden Sie nicht widersprechen können, das ist jedenfalls ein Grundsatz, der von 99% der Bevölkerung in diesem wirtschaftlich orientierten Land gutgeheißen wird. Das ist sicher auch mit der Grund, daß wir als Kronzeugen den Herrn Finanzminister anführen können. Gerade in unserem Land, wo auf Grund des großen Wohnungsbedarfs die Tätigkeit privater Bauherren unbedingt im bisherigen Ausmaß aufrecht erhalten werden müßte, kann es weder im Interesse der Vermieter und schon gar nicht im Interesse der Mieter und Wohnungssuchenden liegen, wenn auf Grund dirigistischer, und ich spreche dieses harte Wort aus, eigentumsfeindlicher Maßnahmen das Interesse Privater am Bau von Mietwohnungen abgewürgt wird und der private Mietwohnungsbau zum Erliegen kommen muß: hoffentlich nicht ganz, hoffentlich trotz dieser Situation nicht ganz! Für Vorarlberg würde nämlich eine solche Eintrocknung des Wohnungsmarktes akute Wohnungsnot bedeuten, die vor allem die Wohnungssuchende Bevölkerung mit niedrigen Einkommen treffen müßte. Wir sind deshalb der Meinung, daß überall dort, wo die zweifellos bestehenden unterschiedlichen Verhältnisse eine unterschiedliche gesetzliche Regelung erfordern, dem einzelnen Land die Möglichkeit eingeräumt werden müßte, solche Gesetze auch zu erlassen. Und wir sind deshalb der Meinung, daß mit diesem lang diskutierten und, wie Sie wissen, ja auch mit Recht viel kritisierten neuen Mietengesetz diese Chance leider versäumt worden ist. Und ich darf mit Finanzminister Dr. Salcher abschliessend auch noch einen für Sie wahrscheinlich unverdächtigen Zeugen mit in die Diskussion bringen. Daß die Einwände gegen eine solche Eintropfregelung, wie sie das neue Mietengesetz bringt, beim Mietrecht keineswegs auf parteipolitischen Erwägungen beruhen kann, mag auch die Haltung des sozialistischen Landes Kärnten und seines Landeshauptmannes Wagner beweisen. Kärnten hat in seiner Stellungnahme den Mietrechtsentwurf des Bundesministeriums für Justiz in scharfen Worten und aus den gleichen Gründen wie Vorarlberg abgelehnt. Wir befinden uns hier nicht auf einer politischen Einbahnstraße. Auch in Ihren Reihen und bei früheren sozialistischen Mandatären wird die von Vorarlberg geteilte Meinung zu diesem bedenklichen destruktiven Mietengesetz absolut geteilt.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Stadelmann.

Stadelmann: Hoher Landtag! Es war eine Königsidee, das Wohnbauförderungsgesetz 1968, wie bereits Landesrat Gasser ausgeführt hat, durch eine Sonderfinanzierung zu ermöglichen, d.h. auch heute nach 14 Jahren belastet es den Bundeshaushalt nicht, sehr wohl aber den Landeshaushalt 1982 mit 67.5 Mio. S. (Zwischenruf Dietrich: Es sind nur 16 Milliarden im Staatshaushalt) Wir wissen, daß die Wohnbauförderung kein Allheilmittel ist, wie Landeshauptmann Dr. Keßler gerade ausgeführt hat, sondern nur ein Element der sozialen Marktwirtschaft. Wo dies mißachtet wird, meine Damen und Herren, kommt es zum Zusammenbruch des Wohnbaues, früher oder später. Das Beispiel hat in seinem Debattenbeitrag der Herr Bürgermeister von Bregenz geliefert, wenn er erwähnt hat, daß hauptsächlich in Wien Hunderttausende von Wohnungen dem Verfall preisgegeben wurden und das ist, glaube ich, nicht nur ein gesellschaftspolitisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Trauerspiel ohnegleichen. Es gehört hoffentlich der Geschichte an, aber zu sagen, daß nun die neue Regelung des Mietrechtes für Vorarlberg kaum eine Bedeutung habe und nur 5 bzw. 10% betreffe, so wichtig scheint das den Sozialisten nicht zu sein, genau wie bei der Inflation auch nicht. Für uns ist es trotzdem sehr wichtig, weil es inhaltlich in keiner Weise den Vorstellungen einer bürgernahen Wohnungswirtschaft entspricht. (Zwischenruf Dietrich: Hast Du es schon einmal gelesen? Glocke des Präsidenten) Herr Abg. Dietrich, ich bin am Wort, ich lese Ihnen etwas anderes vor. (Zwischenruf Dietrich: Das sind Grimms Märchen' Glocke des Präsidenten) Es ist tatsächlich eine Täuschung, ein Roßhändlertrick, wenn seitens der Sozialisten dieses neue Mietrecht als für Vorarlberg völlig belanglos bezeichnet wird, wenn gleichzeitig die Junge SPÖ in diesem Lande eine Broschüre herausgibt «Wohnen in Vorarlberg» und darin die Katze aus dem Sack läßt. Entgegen den Beteuerungen ihrer älteren Generation, mit Genehmigung des Herr Präsidenten -soll die Mietzinsbildung einer generellen Regelung und Kontrolle unterworfen werden. Und es heißt, daß die gesetzliche Mietzinsregelung auch auf nach 1945 erbaute Mietwohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser, Dienst- und Werkwohnungen, vermietete Eigentumswohnungen und Mietverträge mit weniger als sechs Monaten Laufzeit unbedingt ausgedehnt werden müsse, ja, meine Damen und Herren, wenn die Jugend die Zukunft unseres Landes ist, dann haben wir von den Sozialisten ja schöne Aussichten zu erwarten, wenn das verwirklicht werden soll. (Zwischenruf Dietrich: Da ist mir diese Jugend noch zehnmal lieber als Eure! - Glocke des Präsidenten) Herr Abg. Dietrich, ich glaube, wir würden uns alle auf dem Holzweg befinden, wenn wir glauben möchten, daß wir allein durch Interventionen den Wohnungsbedarf mit Mietwohnungen nur annähernd zu decken versuchten. Das würde völlig ausgeschlossen sein und eine Wohnungsnot heraufbeschwören. Aber ich glaube, es sei daher notwendig, doch die Markierungen abzustecken. Wenn nun der Herr Bürgermeister von Bregenz auch für seinen engeren Bereich noch mehr Mietwohnungen haben möchte, dann ist das das gute Recht eines jeden Gemeindeoberhauptes. Aber sich zu beklagen, daß er wieder bevorzugt werden sollte vor anderen, das ginge dann doch zu weit. Nun zu den ganz

klaren Daten. Die Stadt Bregenz hat nach der Volkszählung 1981 um 1785 Seelen zugenommen. Die Haushalte haben um 1206 zugenommen und die Wohnungen um 1806, eine Entwicklung, die von einer Wohnungsnot in Bregenz nichts mehr übrig läßt. Herr Bürgermeister, Sie können wohl mit Wohnungswünschen hier auftreten, aber doch nicht mit Wohnungsnot, es sei denn mit Ihren 70 Fällen, die sie erwähnt haben, das gebe ich zu, (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Also doch!) aber nicht die Wohnungsnot. Wenn nun die VOGEWOSI Ihnen mitgeteilt hat bzw. der Geschäftsführer, daß Ihre Wünsche nicht alle auf einmal erledigt werden können, so glaube ich, ist das durchaus legitim, weil eben Mietwohnungen, die jährlich zu errichten und zu fördern möglich sind, auch nach der Dringlichkeit im Lande errichtet werden müssen. Ich glaube, hierfür hat selbst der Bürgermeister von Bregenz Verständnis. Ein anderes Problem ist ganz sicher das jener Haushalte, die niemand will, wo die Leute die Haare aufstellen, wenn solche Nachbarn auftauchen. Das ist ein Problem, über das man sich unterhalten muß. Es könnte aber auch die Konsequenz haben, daß man dann eher auch seitens der Gemeinden etwas tun müßte und andere Renommiervorhaben, ich möchte nicht das Hallenbad nennen, zugunsten von Wohnungen billiger zu bauen. Hiefür glaube ich haben wir alle Verständnis. Aber grundsätzlich, und das möchte ich abschließend sagen, liegt das Problem darin, daß die Familie eine Wohnung hat, und auch die junge Familie eine bekommt. Das ist unser Ziel, für diejenigen Hilfe zu leisten, die ihrer tatsächlich bedürfen, die anderen soll man aber nicht davon abhalten, das zu tun, was sie selbst tun können.

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Waibel.

Waibel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wohnbausprecher der SPÖ, der Kollege Dietrich, überraschte anfangs seines Debattenbeitrages die Mitglieder des Landtages mit der Ankündigung, daß er sich auf das Wesentliche beschränken werde und alles schmückende Beiwerk diesmal weglassen werde, entgegen seiner sonstigen Art. Er hat seine Ankündigung auch wahr gemacht. Aber da kommt dann sein Parteiohmann daher und straft seine besten Vorsätze, Lügen, indem er eine Filibusterrede hält, bei der allerdings ganz zwangsläufig laufend der Verputz runterfallen mußte.

Aber Herr Kollege Dietrich. Sie meinten gegen Schluß die Anregung machen zu sollen, zu den Kommissionen, Beiräten und was es sonst noch hiezulande gibt, einen weiteren Ausschuß oder Beirat zu installieren, nämlich einen Wohnbaubeirat, der die Aufgabe hätte, bestehende Planungen bei größeren Wohnbauvorhaben zu überprüfen, ob die Küchen die richtigen Ausmaße haben, ob die Kinderspielplätze entsprechend vorgesehen werden. Dazu, Herr Kollege Dietrich: Sie haben sich hier einer Fleißaufgabe unterzogen, die völlig überflüssig ist. Es gibt in den Gemeinden, und zwar in allen, nicht nur in der Landeshauptstadt, Ausschüsse, Wohnungsausschüsse, Planungsausschüsse und wie immer Namen habend, und diese Gremien unterziehen sich vielfach der Aufgabe, Planungen auf Herz und Nieren dahingehend zu überprüfen, ob sie

den heutigen Vorstellungen modernen und auch wirtschaftlichen Wohnens gerecht werden. Das geschieht also in der Praxis. Ihr Vorschlag würde auch eine Entmündigung der Planer bedeuten. Wir können doch heute von der Annahme ausgehen, daß durchwegs ausgereifte Pläne - ich räume ein, im einen oder anderen Fall kann etwas passieren - der Baubehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Und dort werden sie also noch geprüft und schließlich, wenn alles in Ordnung ist, genehmigt. Nach einem Genehmigungsverfahren dann diese Pläne noch einmal zu begutachten, hätte auch unter Umständen die Konsequenz, daß die Planarbeit umsonst war und die Honorare, die in der Regel nicht niedrigen, buchstäblich zum Fenster hinausgeworfenes Geld bedeuten.

Und nun, Herr Kollege Dipl.-Ing. Mayer, bei Ihrem Wald- und Wiesenstreifzug von Sulzberg bis in die Wiener Bassena haben Sie u.a. auch beklagt, daß die Erfassung der Wohnungssuchenden nach anderen Kriterien wie bisher vor sich gehen wollte. Wir haben uns doch die ganzen Jahre alle gemeinsam immer und immer wieder überlegt, wie wir dieses System verfeinern könnten. Aber so wenig es gelungen ist, etwa über den Finanzausgleich den Gemeinden genau die Mittel zur Verfügung zu stellen, die maßgeschneidert sind, damit die Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können, so schwierig ist es, Grundsätze oder Kriterien zu schaffen, wo eine Erhebung der Wohnungssuchenden ganz objektiv möglich erscheint. Die einen Wohnungssuchenden aus Überlegungen, die naheliegend sind, gehen her und lassen sich in den verschiedensten Gemeinden vormerken, wenn er in Bregenz arbeitet, in Lauterach, Hard, Wolfurt und weiß ich noch wo, oder umgekehrt, weil der betreffende Wohnungssuchende denkt, je mehr «Eisen» ich «im Feuer habe», umso eher werde ich möglicherweise zu einer Wohnung kommen. Und wenn also hier neu überlegt werden soll, wie dieses System verbessert werden kann, dann muß auch allerdings das Datenschutzgesetz ebenfalls berücksichtigt werden. Wir werden also hier, vermute ich, bei allen Bemühungen und bei allen Anstrengungen nicht weiterkommen.

Herr Kollege Mayer, wenn Sie jetzt etwas anderes interessiert wie das, was ich vorzutragen habe, das ist Ihre Sache, kommt aber doch einer Mißachtung der Behandlung von Fragen im Landtag gleich, das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit hier sagen. Sie meinen, daß - der Herr Landeshauptmann hat das dann in seiner Rede völlig richtiggestellt - durch eine Änderung der Kompetenzen mehr Mittel für den Wohnbau zur Verfügung stehen würden und könnten: zweifellos! Aber Sie wissen genau, daß Ihre Parteifreunde für eine Änderung der derzeitigen Schlüssel nicht zu haben sind. Sie bejammern zwar hier alles, was sich damit ergibt, sind aber, obwohl sie im Vorstand Ihrer Partei in Wien sitzen, scheinbar doch nicht in der Lage, ihren Einfluß geltend zu machen, daß hier die Dinge geändert, zum Besseren gestaltet werden können. Es wäre das mit einem einzigen Federstrich möglich. Die Bundesregierung müßte dem Parlament nur ein Gesetz vorlegen, wonach die Mittelaufteilung geändert wird, und das wäre hoch an der Zeit. Wien hat in den vergangenen zehn Jahren an die 100.000 Einwohner verloren und das kleine Bundesland Vorarlberg registriert bei der Volkszäh-

lung um 34.000 Einwohner mehr. Wo ist also der Bedarf an Wohnungen, in einer sterbenden Stadt oder in einem Land, das einen starken Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hat?

Und schließlich, ich möchte Ihre Filibusterrede nicht nachahmen, Herr Kollege Mayer, zu den beklagten hohen Mieten: Woher rühren sie? Einmal daher, daß nunmehr beim sozialen Wohnungsbau, seit der Umstellung der Umsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer, die 18% Umsatzsteuer nicht mehr absetzbar sind. Früher war es möglich, die Umsatzsteuer abzusetzen, was selbstverständlich zu einer ganz beträchtlichen Verringerung der Mieten führte. Der Finanzminister hat die Umsatzsteuer bei Energien von 8 auf 13% erhöht. Und diese 5% Erhöhung bewirken selbstverständlich auch eine nicht unerhebliche Erhöhung der Betriebskosten. Und schließlich eben: daß die Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz nicht gerecht aufgeteilt werden. Wenn Vorarlberg jenen Anteil der Wohnbauförderungsmittel bekäme, der uns im Lande eigentlich bei objektiver Einschätzung der Dinge zustehen würde, dann wäre es möglich, die Förderungssätze zu erhöhen und damit auch die Mieten etwas niedriger zu halten. Also zum Bejammern der Zustände, da habe ich geglaubt, hier die Ursachen hierfür in Kürze aufzeigen zu können. Wenn also hierzulande dennoch, trotz der beschränkten zur Verfügung stehenden Mittel, die Wohnbauförderung dieses Attribut ist angebracht - vorbildlich gestaltet werden konnte, dann nicht zuletzt auch dank einer unbürokratischen Abwicklung. Nicht zuletzt hat der Leiter der Landeswohnbauförderungsstelle, ObAmtsRat Wurzer, für diese vorbildliche Tätigkeit einen hohen Bundesorden verliehen bekommen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Wenn wir gehört haben, daß das Mietengesetz nur 5 bis 10% der Wohnungen in Vorarlberg betrifft, so mag dies stimmen. Aber für diese 5 oder 10% kann das folgendes bedeuten: Ich habe einen Fall vor Augen, den ich kenne, wo in einem Fünffamilienhaus Renovierungen vom Hausbesitzer unter Einsatz persönlicher Leistungen vorgenommen wurden, ich muß keinem sagen, was das bedeutet, wenn man eine Althausrenovierung vorzunehmen hat, wo er künftighin nur mehr diese 22.50 S von den Mietern verlangen kann. Nun ergibt sich folgende Situation, daß die Kapitalrückzahlungen und Zinsen, die Feuerversicherung und Grundsteuer in Zukunft mehr wie 22.50 S ausmachen werden und damit der Hausbesitzer etwas draufzuzahlen hat. Interessant war für mich anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung im WIFI in Dornbirn, daß dort der anwesende Finanzbeamte erklärte, daß bei Vermietung und Verpachtung, wenn auf Dauer mehr Ausgaben wie Einnahmen festzustellen sind, das als Liebhaberei bezeichnet wird, und daß dann sozusagen nur bis zu den Einnahmenhöhen die Ausgaben geltend gemacht werden können. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, bezeichne ich für diese 5 bis 10% der Wohnungen das Mietengesetz als ein Enteignungsgesetz und nicht nur das, sondern als ein Draufzahlergesetz. Man wird also künftighin davon sprechen können, daß der-

jenige, der eine private Wohnung hat und sie vermietet, es als Liebhaberei sozusagen weiterführen muß.

Ich glaube, daß diese Situation nicht nur einen Einzelfall in Vorarlberg darstellt und ich daher festhalten muß, daß ein derartiger Eingriff in das Eigentum eigentlich vor dem Gleichheitsgesetz nicht standhalten könnte. Weiters, meine Damen und Herren, ist es einfach so, daß, wenn die Sache verländert wäre, das für uns natürlich ganz andere Voraussetzungen bringen würde, und daß man auf diese Dinge Rücksicht nehmen könnte. Daher, meine Damen und Herren, wir Freiheitlichen lehnen dieses Mietengesetz ab, weil es einfach vom Grundsatz her, und wenn wir gestern von der Marktwirtschaft gesprochen haben, einfach auch nicht in die Marktwirtschaft hineinpaßt. Es muß andere Möglichkeiten geben, die sozialen Komponentenz hier geltend zu machen, als wie auf dem Rücken einiger Hausbesitzer, die ihr gut gespartes Geld angelegt haben und unter persönlichem Einsatz bemüht waren, der Wohnungsnot hier zu helfen. (Zwischenruf Winder: Mir kommen gleich die Tränen!) Es müssen keine Tränen kommen, Herr Klubobmann Winder, ich kann Ihnen sagen, es gibt Fälle, die mir bekannt sind, daß hier Leute das Leben lang gespart haben, die letzten Mittel in die Wohnungen hineingesetzt, um ihre Rente aufzubessern, und heute sie die Betrogenen sind. Das muß man einmal festhalten.

Zu einem Problem, das Kollege Landesrat Gasser darge-
tan hat, vielleicht auch aus meiner Erfahrung als früherer Wohnungsreferent von Bregenz etwas. Es ist richtig, daß die Wohnungen der Neuen Heimat und auch die ersten Wohnungen der VOGEWOSI sehr sehr billigsind, daß aber die Einkommen des einzelnen in der Zwischenzeit gewaltig angestiegen sind und damit die Mietenbelastung derzeit oft in einem Miniprozentsatz derzeit nur vorhanden ist. Ich erinnere mich eines Falles, wo eine Dame zu mir kam, die in einer etwas teureren Wohnung war und gebeten hat, sie möchte in eine billigere kommen. Sie hat das begründet und nebenher, meine Damen und Herren, mit dem Autoschlüssel eines Mercedes gespielt, ohne daß sie es bemerkt hat. Ich kann daher bestätigen, daß heute die Leute auf Grund der Situation, daß sie das Auto nicht hergeben wollen, billige Wohnungen für sich beanspruchen wollen. Ich möchte das nicht verallgemeinern, aber diesen Fall einmal als Beispiel hier anführen. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Aber, Herr Doktor, wir haben ihr doch keine Wohnung gegeben oder?) Nein, aber ich möchte damit dokumentieren, daß die Leute die Wohnung als eine soziale Festung ansehen, und daß das Bemühen von vielen Leuten gegeben ist, sich auf diesem Wege einen persönlichen Vorteil oder wenn man es klar sagt, eine Steuererleichterung oder Subvention zukommen zu lassen.

Des weiteren, meine Damen und Herren, ist mir immer wieder aufgefallen, daß gerade die billigen Wohnungen von sehr vielen alleinstehenden Leuten bewohnt werden. Und es ist ein Skandal, daß es hier keine Möglichkeit gibt, diese Leute zu bewegen, teilweise auch vielleicht in sogar bessere Wohnungen zu transferieren, wo sie also im Alter weniger Aufwand hätten und Unannehmlichkeiten, und daß gerade hier Vierzimmerwohnungen sozusagen blockiert sind, die kinderreichen Familien zugute kämen.

die erstens von der Größe und vom Preis sozusagen prädestiniert wären. Es wäre also zu überlegen, ob man hier auch im künftigen Mietengesetz, wenn man einmal wieder drangeht, hier es zu verändern, und nicht nur wie es jetzt vorgesehen ist. Und daß also der bestehende Wohnungsbestand besser genutzt wird, ohne daß es dafür öffentliche Mittel braucht.

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Klubobmann Eß.

Eß: Hoher Landtag! Ich möchte nur noch drei Themen aus dieser ganzen Diskussion herausgreifen. In Mayers Erzählungen waren viele Mißtöne im Gegensatz zu Hoffmanns Erzählungen, die weitaus melodischer klingen würden. Aber ein echter Ton war dabei, Herr Bürgermeister, als Sie gesagt haben, als Sie geschildert haben, was nun auf Grund des neuen Mietengesetzes möglich sein wird, wie es möglich sein wird, verfallene, verrottete Wohnungen zu sanieren. Eine erste klare Aussage, daß das alte Mietengesetz zu Zuständen geführt hat, die jeder Beschreibung gespottet haben. (Zwischenruf Dietrich: Darum wollen wir es ja geändert, aber Sie sind dagegen!) Herr Abg. Dietrich, wenn ein Gesetz, das seit Jahrzehnten als nicht mehr zielführend erkannt wird, 80 Jahre braucht, damit es geändert wird, dann muß man sagen, die Verantwortlichen dafür haben reichlich spät geschaltet.

Das was es wirklich bringt, das neue Gesetz, ich will nun durchaus zugeben, daß sicher im neuen Gesetz auch positive Dinge drin sind, das ist sicher nicht zu leugnen, aber es sind auch Tendenzen drin, die von Vorarlberger Sicht nicht gutgeheißen werden können. Am 10. November hat der Finanzstadtrat Mayer, der Wiener Finanzstadtrat Mayer erklärt, das Gesetz bringe ab 1. Jänner 1982 erstmals die Möglichkeit wertgesicherter Einnahmen und vor allem für die Gemeinde Wien bringe das neue Mietrecht eine Einnahme von mehr als 200 Mio. S., d.h. daß die Gemeinde Wien, Überschrift übrigens «Neues Mietrecht bringt Wien 700 Mio. S.» (Zwischenruf Dr. Keckeis: Muß in den Hausbestand investiert werden!) selbstverständlich, muß in den Hausbestand investiert werden, aber um wieviel früher und um wieviel weniger Reparaturen wären notwendig gewesen, wenn man diesen dem Verfall preisgegebenen Hausbestand durch eine Regelung des Gesetzes früher beheben hätte können?

Das zweite, es ist nun einmal eine Tatsache, daß dieses Gesetz hauptsächlich auf die Bundeshauptstadt zugeschnitten ist, das soll kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung, es ist dort sicher besonders notwendig, allenfalls auf andere große Städte, und es ist eben eine Tatsache, wie schon gesagt wurde, daß es in Vorarlberg nur etwa für 5% Geltung habe. Und hier wiederhole ich, was ich schon glaube ich am ersten Tag gesagt habe, das kann für einen Bundesstaat kein befriedigendes Gesetz sein und ich teile hier, wie schon öfters gesagt wurde und auch gestern, die Auffassung von Ihrem Finanzminister, daß hier ein ganz wesentlicher Ansatzpunkt für eine Verländerung gegeben wäre. Und wenn nun halt eine Regierungspartei oder eine politische Gruppe sich erst nach 80 Jahren dazu bequeme, ein Gesetz, das seit Jahren keine Berechtigung mehr hat, zu verbessern, dann verstehen Sie eine gewisse

Skepsis auch beim neuen Gesetz. Ich hoffe, daß diese Skepsis nicht in allen Bereichen gerechtfertigt ist. Daß sie es im einzelnen ist, hat gerade mein Kollege Dr. Mader dargelegt. Das weitere noch zu diesem Thema: an sich wäre es wünschenswert, wenn man immer wieder betont, daß man für mehr Bürgerrechte und für mehr Aufklärung der Bürger ist, wenn man ein solches Gesetz, das, wie Sie sagen, ganz Österreich berührt, vornehmlich aber Wien berührt, so wie es die Freiheitlichen im Parlament gefordert haben, einer Volksabstimmung unterworfen hätte. Hier könnten wir doch die Bevölkerung interessieren am politischen Geschehen, weit mehr als mit manchen Debattenlängen, wie sie hier im Hause stattfinden. Ferner glaube ich müssen wir feststellen, die Wohnung muß in der Öffentlichkeit in der Wertung ein besseres Bild erhalten. Ich glaube, es ist der größte Fehler, wenn man im politischen Alltag den Eindruck erwecken will, daß die Wohnung etwas wäre, was der Staat oder das Land oder die Gemeinde beizustellen hat, etwas, was quasi gratis zur Verfügung zu stellen ist. In Vorarlberg weiß das der größte Teil der Bevölkerung, daß das nicht geht. Sicher soll die Wohnung keine Ware sein. Sie soll aber etwas Wertvolles sein, bei dem der Staatsbürger das Bewußtsein hat, daß es sich lohnt, dafür zu arbeiten, und daß er aber auch dann, wenn es eine Eigentumswohnung ist oder ein Eigenheim mit zwei oder mehreren Wohnungen, es sich lohnt, dafür zu arbeiten und sich dafür für das Alter allenfalls eine Reserve anzulegen. Also der Begriff, die Wertung der Wohnung muß besser werden. Das dritte, wir Freiheitlichen sind, das sage ich hier ganz offen, für kostendeckende Mieten. Alles andere hieße den Leuten etwas in die Tasche lügen. Die kostendeckende Miete ist einfach notwendig, weil alles andere sonst auf anderem Wege abgedeckt werden muß. Das soll aber nicht heißen, daß wir uns auch nicht der sozialen Verpflichtung bewußt sind. Mietbeihilfe, Annuitätzuschüsse usw. sollen dort gegeben werden, wo es sozial gerechtfertigt und notwendig ist. Im übrigen aber soll der Staatsbürger, der es sich leisten kann, auch die kostendeckende Miete zahlen. Auch beim Mietrecht oder bei der Wohnbauförderung oder den Annuitätzuschüssen nach dem Gießkannensystem zu verfahren, ist völlig unrichtig. Es wird dahier im Lande Gott sei Dank nicht gemacht.

Und was unserer Auffassung nach notwendig wäre, wäre eine größere Beweglichkeit im Mietrecht, damit kann, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind und keine sozialen Härten vorhanden sind, auch wirklich eine bessere Mobilität erreicht werden. Dann wäre es viel leichter, die Wohnungssuchenden zu befriedigen, freie Wohnungen zu schaffen, wenn der Eigentümer der Wohnung oder der Vermieter die Gewißheit hätte, daß er sie unter bestimmten, genau festzulegenden Bedingungen auch wieder freibekommen kann, etwa bei Eigenbedarf oder bei völliger Unverträglichkeit usw. Ich glaube, wenn diese Voraussetzungen erfüllt würden, könnten wir uns viele gesetzliche Maßnahmen im Wohnungsmarkt ersparen.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Berchtold.

Berchtold: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Darf ich mich vorerst in aller Form entschuldigen, daß ich

nochmals herauskomme. Aber ich glaube, die Vorwürfe, die hier Bürgermeister Mayer mir gegenüber öffentlich geäußert hat, erfordern es, daß ich dazu Stellung nehme.

Ich möchte aber noch eine Feststellung voranstellen: Ich finde es völlig unkollegial und geradezu als eine Mißachtung des Landtages, wenn jemand herausgeht, noch und noch Feuer anzündet, sich dann wie ein ertapptes Kind davonschleicht und diejenigen, die dann auf diese Vorwürfe antworten und zu diesen Stellung nehmen, überhaupt nicht anhört. Ich meine, was in dieser Form hier geschehen ist, das, ich glaube, es muß öffentlich gesagt werden - das ist nicht in Ordnung, das ist eine Mißachtung des Landtages! (Zwischenruf Langanger: Er hat den Bürgermeister zum Telefon geholt!) Er war vorher schon weg, er hat sich dort unterhalten, und ist dann hinausgegangen! Das ist nicht in Ordnung! (Zwischenruf Waibel: Das ist eine Arroganz sondergleichen! - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte! Herr Abgeordneter!)

Nun, worum geht es in der Angelegenheit? Ich bitte zu entschuldigen, wenn man vielleicht den Vorwurf machen wird, das hier sei eine Gemeindeangelegenheit. Ich will nicht, wie es gestern in bezug auf Bregenz geschehen ist, hier Feldkircher Vorkommnisse hervorziehen. Aber Bürgermeister Mayer hat hier derart schwerwiegende Vorwürfe erhoben, daß ich mich genötigt sehe, das genauer darzulegen, vor allem auch, weil diesem Vorwurf eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zukommt. In Feldkirch soll die VOGEWOSI gemeinsam mit der Feldkircher Gemeinnützigen auf einem Areal, den sogenannten Lorünser-Gründen in Tosters, eine Wohnungsanlage mit ungefähr rund 300 Wohnungen errichten. Dieser Grund gehört derzeit zum Teil der VOGEWOSI, der Feldkircher Gemeinnützigen und der Stadt Feldkirch. Es ist nun notwendig, daß die Stadt Feldkirch der VOGEWOSI dort Gründe abtauscht und vor allem auch dann dieser den Restgrund käuflich übergibt. Es handelt sich um eine Größenordnung von ca. 11.000 m², die abgetreten oder verkauft werden soll. Und nun darf ich noch sagen, um das Bild in etwa abzurunden, daß der letzte Grund, der für diese Anlage zusätzlich benötigt wird, vor kurzem von der VOGEWOSI und zwar zu einem Kaufpreis von nahezu 900 S gekauft worden ist. Es liegt auf der Hand, daß das ein Arrondierkauf war und daher der echte Verkehrswert etwas darunterliegt. Man kann aber auf jeden Fall sagen, daß der Verkehrswert bei 700 S bis 800 S liegt. Nun hat Kollege Dr. Keckeis das zum Anlaß genommen und den Antrag gestellt, daß der Grund der Stadt um sage und schreibe 260 S an die VOGEWOSI verkauft werden soll. Wir sind bereit, ich erkläre das hier, unter Berücksichtigung des Verwendungszweckes auch eine Ermäßigung einzuräumen, für eine günstigere Gestaltung des Mietpreises. Eine Ermäßigung um zwei Drittel, wie es hier der Kollege Dr. Konzett, Entschuldigung, Dr. Keckeis beantwortet hat und in der Öffentlichkeit hinausträgt, ist aber auch durch den Prozentsatz, den Bürgermeister Mayer erwähnt hat, nicht gedeckt. Bürgermeister Mayer hat hier erklärt, daß er ca. eine 20- bis 50-%ige Ermäßigung gegeben hätte. Auch das, was wir geben, liegt in diesem Rahmen, Herr Bürgermeister! Aber ich frage Sie nun als Finanzreferent, was Sie sagen würden, wenn Kollege Dr. Bernhard mit dem Vor-

schlag käme, einen Grund der Stadt Bregenz mit einem Verlust von sage und schreibe 5.5 Mio. S zu verkaufen, was Sie als Finanzreferent sagen würden. Vor allem auch dann, wenn, und das muß bitte beachtet werden, der Mieter dadurch derzeit keinen Groschen Vorteil hat. Was hier geschieht, ist nämlich folgendes: Die Mehrkosten, die durch den Grundpreis entstehen, gehen ja von der Spitze der Miete weg, wenn der Grundpreis herabgesetzt wird. Die Spitze aber wird dank der Einrichtungen, die wir geschaffen haben - a) Wohnbeihilfe und b) die §-28-Lösung der Wohnbauförderungsrichtlinien genommen, so daß sich dieser Preis überhaupt nicht auf die Miete durchschlägt. Nun ist noch folgendes zu sagen, die §-28-Lösung sieht vor, daß ab dem 6. Jahr der Annuitätzuschuß abgebaut wird und ab dem 11. Jahr ein Rückfluß dieser Mittel erfolgen soll. Meine Damen und Herren, bei der derzeitigen Entwicklung der Inflation ist aber damit zu rechnen, daß jeder Hunderter, auf den heute verzichtet werden soll, in drei bis vier Jahren vielleicht noch zwei Dritte! wert ist und in sechs bis sieben Jahren noch die Hälfte. Ab dem Zeitpunkt, ab dem der Mieter dann tatsächlich die jetzt eingesparten Mittel rückerstatten soll, hat er vielleicht überhaupt nur 10 bis 15%, oder 20% wenns hoch geht, von diesem Betrag aufzubringen, ganz abgesehen davon, daß zu diesem Zeitpunkt sein Einkommen ja erheblich angestiegen sein wird.

Diese Fragen, das ist auch bezeichnend in diesem Zusammenhang, werden nun in der Presse hochgespielt. Es ist zweimal bereits vom Kollegen Dr. Keckeis eine Presseausendung veranlaßt worden, ohne daß das betreuende Presseorgan es der Mühe wert gefunden hat, die Gegenseite überhaupt zu fragen, welche Überlegungen diesem Verkauf zugrundegelegt worden sind. Ich meine, ich habe hier volles politisches Verständnis für den Kollegen Dr. Keckeis, der mit neun, ich will nicht sagen Hanseln, mit neun Gemeindevertretern in Feldkirch im Rathaus sitzt und natürlich mit dieser Stärke (Zwischenruf von der SPÖ: Hansel, das ist doch unerhört!) ich habe gesagt «ich will nicht sagen ...» (Präsident: Das ist ungebührlich!! Also bitte, ich nehme den Ausdruck mit Bedauern zurück! mit neun Gemeindevertretern im Rathaus sitzt und daher jede Gelegenheit benutzen muß, um irgendwie nach außen aufzutreten, und auch jede Gelegenheit benützen, um auf jeden schon fahrenden Zug aufzuspringen. Wir haben das gestern ja mit der Kunsteisbahn auch wieder feststellen können. Das ist sein gutes politisches Recht, das gestehe ich ihm zu. Aber ich glaube, man sollte trotzdem der Bevölkerung das Urteil überlassen, welche Vorgangsweise die richtige und was eventuell noch vertretbar ist, wenn man mit öffentlichen Steuergeldern zu tun hat und über deren Verwendung verantworten muß.

Im übrigen aber ist hier etwas noch zu sagen: Ausgerechnet Bürgermeister Mayer macht mir den Vorwurf, daß ich nicht zugunsten von Wohnbauförderungsmitteln und Mitteln des Landeswohnbaufonds auf völlig legale Mittel verzichten würde. Was macht Bregenz. Gehen Sie mal her und schauen Sie, welche Verpflegungssätze in den Bregenzer Altersheimen vorgeschrieben werden! Es wäre wohl zu überlegen, Herr Landesrat Mayer, den Prozentsatz, der Sozialhilfeempfänger in den einzelnen Altersheimen im Land festzustellen, weil es meines Wissens sehr wenige

Altersheime gibt, bei denen die Gemeinde 6800 bis 8000 S pro Pflegeplatz im Monat verlangt, in der Absicht, auf die Art und Weise (Zwischenruf Wolf: Mehr als 10.000 S pro Monas in der Valduna, in der landeseigenen Anstalt!) Das ist kein Altersheim, ich rede ausdrücklich, in einem Altersheim (Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte!) Bitte, damit kein Mißverständnis entsteht, ich spreche hier nicht von Alters- und Chronischkrankenstationen, ich spreche nicht von Pflegeplätzen in der Valduna, ich spreche von Plätzen in Altersheimen! Und hier werden in Bregenz offensichtlich, und das preifen bereits die Spatzen von den Dächern, mit Hilfe hoher Pflegekosten (Glocke des Präsidenten Präsident: Bitte zurück zur Wohnbauforderung!) Sozialhilfemittel auf die Art und Weise zugunsten der Stadt Bregenz losgeeist.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nun nicht so unfair sein und die Kollegen der ÖVP in der Feldkircher Stadtvertretung in der gleichen Art titulieren, wie Berchtold es getan hat. Es ist aber bezeichnend für Ihre Denkweise über alle jene Leute, die sich der Kommunalpolitik zur Verfügung stellen und sich diesen vielfältigen Aufgaben widmen, Kollege Berchtold! ich muß zum zweiten, ich muß zum zweiten, Herr Präsident, jetzt doch mit einigen Sätzen auf diesen Fall eingehen, warum wir meinen, daß diese Lorünser-Gründe der VOGEWOSI zu den bereits genannten 260 S und nicht zu den von Berchtold und der ÖVP geforderten 700 S zur Verfügung gestellt werden sollen. Auch Feldkirch hat wie Dornbirn eine drückende Wohnungsnot, von Ihren eigenen Parteikollegen bestätigt, Kollege Berchtold! Und diese Hausnummer mit angeblich 287 Wohnungssuchenden, die Feldkirch offiziell hat, stimmt hinten und vorne nicht. Wenn ich die Entmutigtenquote berücksichtige, also Menschen, die schon x-mal aufs Rathaus gerannt sind und zwischen dem Bürgermeister und dem beamteten Wohnbaureferenten hin- und hergeschickt werden und schließlich doch zu keiner Mietwohnung gelangen, es mit der Zeit halt einfach aufgeben, sich ans Rathaus zu wenden und mit dem Ergebnis null sich dann wieder entfernen zu dürfen, ist der Wohnungsfehlbestand doppelt so hoch.

Und ich würde Sie wirklich bitten, Herr Landesrat, im Interesse einer objektiven Mietwohnungsfehlbestandserhebung diese mit anderen Methoden durchzuführen, als dies das letzte Mal geschehen ist. In Feldkirch weiß ich sind die Beamten des Landes hinaufgekommen ins Rathaus, haben sich vom städtischen Beamten die Akte geben lassen, unkritisch die Zahlen abgeschrieben, die dort als Wohnungssuchende registriert sind. Ich getraue mich nun schon erwähnt zu behaupten, daß es mindestens die doppelte Anzahl an dringenden Fällen sind, die dort, die in der Stadt Feldkirch mit Mietwohnungen versorgt werden müßten.

Nun aber zurück zum Fall Lorünser-Gründe. Meine Damen und Herren, es ist richtig, die Stadt Feldkirch verkauft etwa 11.000 m² und auf diesem Areal sollen in der ersten Etappe rund 86 Mietwohnungen errichtet werden. Nun muß man aber wissen, daß der Kollege Berchtold

und seine ÖVP an jeden Unternehmer, der sich in Feldkirch ansiedelt, die Grundstücke zum gleichen Preis verkauft, wie sie angekauft worden sind. Sicherlich (Zwischenruf Berchtold) Kollege, lassen Sie mich fertigreden, sicherlich mit der Auflage und der Erwartung, daß damit ein gewisses Steueraufkommen durch diese Firma für die Gemeinde zu erwarten ist. Aber, meine Damen und Herren, steuerpflichtig ist doch jeder Bürger dieses Landes und er kann deswegen nicht zur öffentlichen Hand gehen und für sich ein kostengünstiges Grundstück in diesem Ausmaß verlangen. Es ist ein besonders krasser Fall in Feldkirch vorgekommen, nämlich daß die äußerst finanzkräftige Firma König, die Firma ELKO in Rankweil, da soll auch der Herr Statthalter im Hintergrund kräftig mitgemischt und mitgewirkt haben, da hat die Firma König in Rankweil 31.000 m², man höre und staune 31.000 m², städtischen Grund und Boden, der erschlossen ist, zum sagenhaften Preis von 50 S pro m² erhalten, zu 50 S pro m² erhalten hat. (Zwischenruf Dr. Keßler: Der Bund macht das im großen Stil! - Waibel: General Motors in Wien! - Glocke des Präsidenten - Präsident: So wie ich vorhin gemahnt habe, so möchte ich auch jetzt wieder mahnen, zurück zur Wohnbauförderung!) Ich bin dabei, Herr Präsident, ich bin dabei, Herr Präsident! Und ich war der Auffassung, Kollege Berchtold, und meine Fraktion ist es, wenn eine preisliche Grundförderung auf Unternehmenseite in diesem Ausmaß erfolgen kann, wobei wir bei allen Fällen, bei denen um den Einkaufspreis der Grund weitergegeben wurde, mitgestimmt haben. Wir sind der Meinung, daß ein gewisses Maß an Förderung selbstverständlich auch dem Unternehmer zugute kommen kann und daß auch für den sozialen Wohnbau großzügige Maßstäbe angelegt werden müssen. Zumindest in Einzelfällen sollte diese Modalität der Weitergabe von Grund und Boden auch dort angewandt werden. Daher unser Antrag, diese Lorünser Gründe, dieses Areal ebenfalls, nicht einmal zu einem Mischpreis, sondern zu jenem Quadratmeterpreis, der zum Schluß, also zum höchsten, bezahlt worden ist, an die VOGEWOSI weiterzugeben. Wir können hier die Beurteilung unserer Haltung ohne weiteres der Öffentlichkeit überlassen, Kollege Berchtold, aber tun Sie nicht so, als ob hier willkürlich und völlig unmotiviert von den, wie Sie zunächst gesagt haben, Hanseln der SPÖ etwas willkürlich und unmotiviert verlangt worden sei.

Meine Damen und Herren! Zu den Äußerungen des Kollegen Waibel ganz kurz, Kollege Waibel, ich bin also nicht der Auffassung, daß die Wohnbauförderungsmittel allein, ich sage, sie ist eine wesentliche Kennziffer, aber nicht allein nach dem Gesichtspunkt des Bevölkerungswachstums verteilt werden können und verteilt werden sollen. Schauen Sie, jedes Agglomerationsgebiet, jedes großstädtische Agglomerationsgebiet hat natürlich einen riesigen Althausbestand, der nicht unbedingt jetzt proportional mit dem Bevölkerungswachstum in Zusammenhang stehen muß, der aber äußerst kostenintensiv ist, wenn er wieder renoviert und in einen brauchbaren Zustand versetzt werden sollte. Daher werden wir mehrere Kriterien heranziehen müssen, um hier, wie Sie richtig sagen, eine gerechte und vor allem zweckmäßige Verteilung dieser Mittel zu erreichen.

Kollege Stadelmann, wenn Sie gemeint haben, man müsse die Vorschläge der sozialistischen Jugend kritisieren, dann darf ich Ihnen eines sagen, ich würde Ihnen eine solche Jugend gönnen, die zu einem Problem, das heute nach wie vor ungelöst ist, mit z.T. sicherlich unkonventionellen Vorschlägen aufwarten und Diskussionsanstöße geben will. Wir alle werden uns mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen müssen. Das heißt ja noch lange nicht, daß die Partei jeden Vorschlag, der zur Diskussion gestellt wird, gleich zum eigenen Programm und zum eigenen Beschluß erhebt.

Herr Landeshauptmann Dr. Keßler, Sie haben sich hier zur Behauptung und zur Äußerung verstiegen, daß die heutige Finanzverfassung und der darauf basierende Finanzausgleich ein finanzpolitischer Skandal sei. Herr Landeshauptmann, dieser finanz (Zwischenruf Dr. Keßler: Das habe ich nicht gesagt!) wörtlich: ein finanzpolitischer Skandal sei. Meine Damen und Herren, dieser «finanzpolitische Skandal» hat 25 Jahre während einer ÖVP-Regierung auch schon bestanden. Mich wundert nur, wie schaumgebremst, wie schaumgebremst Sie damals agiert haben bzw. welch großer Schweiger Sie gerade in dieser Frage gewesen sind. Und wenn Sie, Herr Dr. Keßler, dauernd die eigene Abgabenhöhe für sich reklamieren und dann interessanterweise als Zeuge das Forderungsprogramm der Bundesländer heranziehen, als schriftlichen Zeugen, dann würde ich Sie in Hinkunft bitten, nicht nur die Überschriften dieses Programmes vorzulesen, sondern auch ein wenig auf den Inhalt einzugehen, Redezeit genug haben Sie ja hierfür in Anspruch genommen. Und dann wissen Sie ganz genau, daß in diesem Forderungsprogramm den einzelnen Bundesländern und damit auch Ihnen weniger die eigene Abgabenhöhe so sehr am Herzen liegt, sondern in erster Linie ein größerer Kuchen von den Ertragsanteilen. Das kann ich ja verstehen, weil da brauchen Sie keine politische Verantwortung zu übernehmen und nur zu kassieren. Daß Ihnen ebenso, Herr Landeshauptmann, die Zuschlagsabgaben zu den Bundesabgaben am Herzen liegen, ist natürlich auch verständlich, weil bei diesen brauchen Sie ebenfalls keine politische Verantwortung zu übernehmen und nur zu kassieren. Wenn Sie immer von der politischen Verantwortung reden, die Sie angeblich so gerne übernehmen. Im steuerpolitischen Bereich, meine Damen und Herren, haben Sie an dieser Verantwortung kein Interesse. Nun aber (Zwischenruf Dr. Keßler: Punkt 1 Steuergelder!) Steuergelder, ja, lesen Sie den Inhalt und interpretieren Sie ihn auch richtig.

Meine Damen und Herren, wir räumen gerne ein, daß man auch im neuen Mietrecht Haare in der Suppe finden kann. Das ist völlig klar, weil man zwei völlig unterschiedliche Interessengruppen, wenn Sie wollen, so weit es geht, befriedigen soll, diejenigen der Mieter und jene der Vermieter. Daß es hier zu Kollisionen kommt, ist ja völlig unbestritten. Wir räumen auch als Sozialistische Partei ein, daß unsere Vorliebe hier eher beim Mieter liegt als beim Vermieter. Das haben wir immer bei der Diskussion dieses Gesetzes gesagt und haben dennoch bis zum Exzeß möchte ich sagen versucht, einen Kompromiß herzubringen, der auch von der ÖVP mitgetragen werden kann. Und dieser Kompromiß ist, wie Sie wissen, sehr weit

gediehen, Kollege Jäger, und Sie sind dann eigentlich am Schluß, aus nicht ganz, für mich sind es schon erklärbaren Gründen, aber aus der Sache selbst kann man sie nicht erklären, abgesprungen, weil Sie halt aus Opportunismus glauben, daß dies in der Öffentlichkeit besser verkaufbar sei.

Aber bei aller Kritik, meine Damen und Herren, die Sie diesem Gesetz entgegenbringen, würde ich doch das eine Verdienst, und Kollege Eß hat es fairerweise getan, in den Vordergrund rücken, daß wir von der unmöglichen Friedenskronenregelung endlich einmal abgekommen sind. Und ich glaube, dieser Umstand allein, bei aller sonstigen Kritik, läßt dieses Gesetz bereits positiv erscheinen.

Meine Damen und Herren! Sie sagen immer, soviel Mietwohnungen wie notwendig, und soviel Eigentumswohnungen wie möglich. Nur müssen wir uns. Hohes Haus, über den Grad dieser Notwendigkeit endlich einmal ins reine kommen. Denn wie sieht denn die Nachfragestruktur aus, wer sucht denn heute eine Wohnung, meine Damen und Herren? Ich nehme wieder Feldkirch kurz als Beispiel. Wenn wir bei diesen 300 Wohnungssuchenden bleiben und Sie schauen deren Einkommenssituation an, dann verdienen diese Leute, diese Familien monatlich 8000 bis 10.000 S, in Einzelfällen sind es vielleicht 12.000 S. Dem stehen Wohnungskosten im Ausmaß, ich sage jetzt Wohnungskosten, Herr Landesrat, im Ausmaß von 6000 bis 7000 S, in einzelnen Fällen sogar darüber, gegenüber. Und trotz ständiger Anpassung der Richtlinien, Hohes Haus, das ist zugegeben, reichen für diese Fälle unserer Meinung nach diese Anpassungen allein nicht aus, sondern man wird vor allem in jenen Bereichen, die von uns beeinflusbar sind, und das ist die Miete, weniger beeinflusbar ist leider der Betriebskostenbereich, noch andere Möglichkeiten suchen müssen, um diese Sonderfälle von Wohnungssuchenden befriedigend regeln zu können. Eine solche Lösungsmöglichkeit wäre eben, meine Damen und Herren, die günstige Zurverfügungstellung von Grund und Boden, wie es übrigens auch im Wohnungsförderungsgesetz, wenn ich mich recht erinnere, im § 7 verlangt wird, wenn dieses Verlangen auch nicht mit Konsequenzen versehen ist. Ich würde auch bitten, vielleicht einmal zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, einen günstigeren Zinssatz für den sozialen Mietwohnungsbau zu erreichen und würde Sie ersuchen, Herr Landesrat Gasser, sich hier doch einmal, vor allem mit der Hypothekenbank in Verbindung zu setzen, weil ich nicht der Meinung bin, und Kollege Mandl wird mir das bestätigen müssen, ich tue es immer wieder im Kuratorium, daß man auch für den sozialen Mietwohnungsbau bei jeder Zinserhöhung auch die Zinsen für diese Darlehen laufend in der gleichen Proportion miterhöht. Und wenn es uns gelänge, für derartige Sonderaktionen, für Mietwohnbausonderprogramme, einen Vorschlag haben wir bereits vor zwei Jahren gemacht, im Bereich des Grundstückspreises mit Hilfe der Gemeinden eine Lösung zu finden, wenn es uns gelänge, diese kostengünstige Lösung noch durch einen entsprechenden Zinssatz zu verstärken, dann kämen wir im vorhinein auf eine Miete, die es auch den Fällen, die wir im Auge haben, ermöglichen würde, eine derartige Wohnung unter Be-

dingungen zu beziehen, die nicht erfordern, daß ein Familienmitglied einzig und allein für die Miete arbeiten muß.

Präsident: Die Rednerliste zum Kapitel Wohnbau ist abgeschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Zunächst über jene sechs im Finanzausschuß gestellten und hier wiederholten Anträge, die keine Mehrheit im Ausschuß fanden. Ich verlese am besten alle sechs nacheinander und wir stimmen unter einem ab darüber. «Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds» Erhöhung um 12.2 Mio. S auf 50 Mio. S; «Wohnbeihilfen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968» Erhöhung um 5 Mio. S auf 47 Mio. S; «Darlehen an die VOGEWOSI» Erhöhung um 7 Mio. S auf 62 Mio. S; «Darlehen an andere gemeinnützige Einrichtungen» um 5 Mio. S auf 35 Mio. S zu erhöhen; «Darlehen an private Haushalte» um 25 Mio. S auf 450.974.000 S herabzusetzen und schließlich «Verwendung von Mitteln des WFG 1968 für Wohnungsverbesserungen» um 8 Mio. S auf 19.2 Mio. S zu erhöhen. Wer diesen sechs Anträgen zustimmt, möge ein Zeichen geben. Die Anträge sind abgelehnt.

Nun komme ich noch zum Antrag, den der Herr Berichterstatter bereits verlesen hat im Sinne der Beschlußfassung des Finanzausschusses, nämlich den Kredit der Ausgaben-Vst. «Beitrag des Landes an den Landeswohnbaufonds» um 3 Mio. S auf 40.8 Mio. S zu erhöhen. Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. Ich stelle die Annahme fest. Ich unterbreche nun die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12.40 Uhr unterbrochen und um 14.35 Uhr wieder fortgesetzt.)

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen in der Gruppe 4 noch zum Kapitel Soziale Wohlfahrt. Wer wünscht das Wort? (Zwischenruf Wolf: Der Berichterstatter ist noch nicht da!) Er hat die Einleitung zur Gruppe 4 bereits gemacht. (Zwischenrufe -Glocke des Präsidenten) Dann muß ich die Sitzung inzwischen unterbrechen, bitte! (Glocke des Präsidenten) Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wer wünscht im Kapitel, in der Gruppe 4 - soziale Wohlfahrt -- das Wort? Herr Abg. Waibel.

Waibel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klubobmann Winder glaubte kürzlich in einer dringenden Anfrage an den Landesrat Fredy Mayer meinen zu sollen, daß in Vorarlberg eine große Anzahl von Wohn- und Pflegeplätzen für ältere Mitbürger fehlen würden. Daß keinerlei Anlaß besteht, hier die Dinge zu dramatisieren, machte die Antwort von Landesrat Mayer deutlich.

Selbst wenn die Richtwerte, wie sie im Altenhilfeprogramm des Landes im Jahre 1974 festgelegt wurden, noch eine Modifizierung erfahren, kann doch davon ausgegangen werden, daß die Gemeinden, allerdings mit tatkräftiger Unterstützung des Landes, was ich besonders hervorheben möchte, daß die Gemeinden in den letzten zehn Jahren sich sehenlassende Leistungen bei der altersbedingt erwünschten Unterbringung und bei der Versorgung kranker und

pflegebedürftiger Mitbürger erbracht haben. Mit einem Zuwachs von rund 500 Betten konnte das bis dahin bestandene Angebot um nicht weniger als 40% erhöht werden.

Wenn in der Anfragebeantwortung auch von erheblichen Unterschieden bei den Verpflegungskostensätzen die Rede ist und dabei vor allem ins Treffen geführt wird, hierfür wären die unterschiedlichsten Ausstattungen und die Finanzkraft der Rechtsträger als Begründung zu sehen, für diese Unterschiede, so kann ich allerdings diese Auffassung in ihrer Undifferenziertheit nicht unbedingt teilen. Tatsache ist nämlich, mitunter ist sogar das Gegenteil der Fall, nämlich, daß für neue, modern ausgestattete Heime, von finanzschwachen Rechtsträgern errichtet, wesentlich niedrigere Verpflegungskostensätze festgelegt erscheinen, als für solche, die im Standard nicht ganz oder höchstens an die vorhin gemeinten heranreichen und überdies von finanzstarken Rechtsträgern errichtet wurden.

Ein Beispiel: Ein Vergleich zwischen der Alters- und Chronischkrankenstation der Gemeinde Wolfurt und der Alters- und Chronischkrankenstation Tschermakgarten der Landeshauptstadt Bregenz. Beide Heime wurden in etwa derselben Zeit errichtet, zur selben Zeit in Betrieb genommen, also ist durchaus eine Vergleichsmöglichkeit gegeben. Nun aber, Bregenz erhebt für die Pfleglinge im Jahre 1981 einen Verpflegungskostensatz von 561 S pro Tag, während die Gemeinde Wolfurt mit 402 S pro Tag das Auslangen findet, wobei unter besondere Betonung zu stellen ist, daß es sich bei diesen 402 S in Wolfurt, also um diesen Verpflegungskostensatz, daß dieser ganz und gar nach den Bestimmungen des Spitalbeitragsgesetzes ermittelt wurde, d.h. daß sämtliche Kosten, die mit dem Betrieb dieser Pflegestation verbunden sind, kalkulatorisch erfaßt sind und der Tarifgestaltung zugrundegelegt wurden. (Zwischenruf Winder: Hat Wolfurt geistliche Schwestern?) Wir haben keine geistlichen Schwestern, sondern ausschließlich weltliches Personal, also eine Vergleichsmöglichkeit ist in jedem Falle gegeben.

Nun, wir sehen also, die sozialistisch regierte Stadt Bregenz verlangt beinhart einen Verpflegungskostensatz für Pfleglinge im Tschermakgarten, der rund 40%, 40% über jenem liegt, der für Pfleglinge in einer im Standard etwas besseren, aber zumindest gleichwertigen und in der Betreuung sicherlich gleichwertigen Pflegestation erhoben wird. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der sozialistischen Überlegungen zugrundeliegenden Tarifpolitik? Erstens einmal, der Selbstzahler hat in Bregenz monatlich um 4770 S mehr zu bezahlen, mehr zu bezahlen für eine gleichartige, wenn ich es so bezeichnen darf, ich meine nicht einmal ganz gleichartige, öffentliche Leistung, gemessen an Wolfurt.

Zweitens, überall dort, wo der Ergänzungsbeitrag zwischen festgelegten Verpflegungskosten und eigenem Leistungsvermögen der Pfleglinge von der Sozialhilfe getragen werden muß, und das ist in der überwiegenden Zahl der Fälle der Fall, heißt das nicht mehr und nicht weniger, daß alle Gemeinden des Landes 75% und überdies das Land 25% dieser nicht unbeträchtlichen Kostenanteile mitzufinanzieren haben. Die Differenz von monatlich fast 5000 S zwischen den Sätzen von Wolfurt und Bregenz belastet die Träger der Sozialhilfe also in ganz entscheidendem Maße.

Und noch einmal, beide Heime sind durchaus in Standard und Art der Pflege miteinander vergleichbar.

Hier wird doch nachdrücklich vorexerziert, was sozialistische Machtpolitik bedeutet: Sehr beachtliche höhere Belastungen für den Bürger in Bregenz, der das öffentliche Gut, so darf man das wohl bezeichnen, Altenbetreuung, Pflege und Hilfe in Anspruch nimmt. Und diese unsoziale sozialistische Gebührenpolitik belastet, wie bereits dargelegt, noch zusätzlich das Land und alle anderen Gemeinden des Landes. (Zwischenruf Grabher: Die Gemeinde Hard macht genau dasselbe auf Kosten der öffentlichen! Winder: Das ist doch blanke Demagogie!)

In Zeiten wie diesen, Herr Landesrat Mayer, ist es sicherlich an der Zeit Überlegungen ins Auge zu fassen. Es kann doch nicht länger hingenommen werden, daß jene Gemeinden, welche nach den Grundsätzen Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit, Solidität öffentliche Leistungen wesentlich günstiger den Bürgern anzubieten in der Lage sind, dafür im Wege der Sozialhilfeumlage für diese sozialistische Machtpolitik bestraft werden. Welche, diese Finanzpolitik, sich im Unvermögen sozialen Handelns zeigt oder in der Unfähigkeit, gleichartige Leistungen nach dem Äquivalenzprinzip, anzubieten, wie das angeführte Beispiel stellvertretend für viele andere doch in beklemmender Weise zeigt.

Ich muß daher im Interesse der Gemeinden, aber auch der Landesfinanzen dringend gebeten haben, ernsthaft Überlegungen anzustellen, wie dieses Überschwappen sozialistischer Tarif- und Gebührenpolitik, wie dieser wirksam begegnet werden kann, die sowohl den einzelnen Bürger, aber auch die meisten Gemeinden und das Land zwingt, dafür tiefer in die Tasche greifen zu müssen. Eine Gegensteuerung, um die Dinge ins richtige Lot zu bringen, ist hier sicherlich angezeigt.

Präsident: Nächster Redner ist die Frau Abg. Langanger.

Langanger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat aus einem Bericht über die Lage der Familie in der Schweiz. «Ein Familienbericht vertritt als solcher eine Werthaltung, er ist familienfreundlich, weil er die Familie als einen zu erhaltenden und förderungswürdigen Grundwert betrachtet. Täte eine Familienpolitik nicht dasselbe, hätte sie weder Gegenstand noch Sinn.» Ende des Zitats. Ich bekenne mich, meine Damen und Herren, zu diesem Zitat, es teilt vollinhaltlich meine Auffassung über Familienpolitik. Und damit sind wir schon beim Kern der Sache. Meine, unsere, also sozialistische Auffassung ist es schon von den Grundsätzen her, daß Menschen, die in Not geraten, Anspruch auf Hilfe haben sollen und nicht um Hilfe betteln müssen. Und es gibt genug Menschen und genug Familien, auch in diesem Land, das wissen Sie so gut wie ich, die unverschuldet in Not geraten. Derzeit ist es aber im Lande eher so, daß es mehr oder weniger dem Zufall überlassen bleibt bzw. Hilfe diejenigen bekommen, die irgendwo um Hilfe bitten. Es wird also völlig der Privatinitiative überlassen oder den Gemeinden, die ohnehin sehr stark belastet sind ich glaube, das wird mir jeder Bürgermeister in der Runde bestätigen - oder der Arbeitsmarktförderung. Ich meine, das Land könnte von sich aus Initiativen setzen und z. B. Pflege-

mütter in den sozialen Leistungen den Tagesmüttern angleichen, oder aber Familienhilfe nicht nur den Gemeinden überlassen. Ich kann es nur von Budget zu Budget immer wieder sagen und ich muß das mit viel Bedauern sagen, in der Budgetpost «Familienpolitische Maßnahmen» ist kein einziger Schilling ausgewiesen. Eine echte Familienpolitik kann sich doch nicht darin beschränken, Beratungsstellen einzurichten, noch dazu zusätzliche Beratungsstellen. Und sie dürfte sich nicht darauf beschränken, zur Kenntnis zu nehmen, daß es immer mehr junge Frauen und Mütter gibt, die bedingt durch Streß und Doppelbelastung, denn vergessen wir nicht, eine berufstätige Frau und Mutter hat mindestens 35 Stunden auch noch für Haushalt und Kinderbetreuung aufzubringen, daß immer mehr dieser jungen Frauen in der Valduna landen. Sie sind einerseits dem Druck und dem Streß der Akkord- und Fließbandarbeit in den Betrieben ausgesetzt und haben andererseits die Belastung zuhause. Wenn wir davon ausgehen, daß es in Österreich ca. 400.000 Familienalleinerhalter gibt, und davon sind 90% Frauen, und wenn wir das umlegen auf den Bevölkerungsschlüssel von Vorarlberg, dann sind das bitte nicht nur einige wenige, von denen hier immer die Rede ist, sondern es ist eine ganz stattliche, eine ganz beachtliche Anzahl. Diesen Frauen kämen Einrichtungen, die wir immer wieder fordern, wie Ganztagskindergärten und Heime, eben doch zugute und sie würden eine wesentliche Entlastung für diese Frauen bedeuten.

Und Probleme der Familie, meine Damen und Herren, sind in gleicher Weise auch Probleme der Kinder. Leider steigt die Zahl der mehrfach behinderten Kinder ständig an. Probleme der Familie schlagen sich bei Kindern nämlich in Verhaltensstörungen nieder, sie setzen sich fort in der Schule in Form von Leistungsdruck, es gibt Lernschwierigkeiten, sie halten diesem Druck nicht mehr stand und es kommt zu Konzentrationsschwächen, die Kinder werden krank. Und ebenso sind Probleme der Jugend in starkem Maße Probleme der Familie. Es fehlt an den nötigen Jugendsportplätzen und es fehlt vor allem, das wurde bereits in einem anderen Kapitel behandelt, an Geld zur Errichtung bzw. zur fachlichen Betreuung von Jugendzentren, denn die könnten sehr wohl ein Kommunikationsbereich für unsere Jugend sein.

Und dann gibt es im Bereich der Jugend noch ein ganz besonderes Problem, nämlich das der Drogen. Es gibt eine Untersuchung, demnach gibt es im Lande Vorarlberg ca. 800 Drogensüchtige, bei denen mit Sicherheit angenommen werden kann, daß sie ohne unterstützende Maßnahmen von Sozialarbeitern, Therapeuten und Ärzten nur geringe Chancen haben, von den Drogen loszukommen. Diese Gruppe ist in erster Linie von Opiaten, wie Heroin und ähnlichen, abhängig. Sie sind zum großen Teil arbeitslos und zeigen Verwahrlosungserscheinungen. Und dann gibt es noch geschätzte 3400 Drogenkonsumenten. Diese Gruppe nimmt zwar nicht permanent, sondern nur sporadisch Drogen ein, das sind eher die weichen Drogen, wie man hört. Nur die Gefahr, daß sie zu harten Drogen überwechseln und zu Drogenabhängigen werden, ist natürlich sehr groß. Wir wissen, daß es zur Zeit in Vorarlberg vier Sozialarbeiter gibt, die sich mit diesem Problem ausschließlich beschäftigen. Und ein Sozial-

arbeiter kann bei intensiver Betreuung höchstens 15 Drogenabhängige betreuen. Das ergibt bei vieren eine Betreuung von 60, man muß sich das einmal überlegen. Die neuesten Erkenntnisse gehen nicht nur im Drogentherapiebereich, sondern auch bei der Behandlung und Betreuung von psychisch Kranken weg von der stationären und hin zur ambulanten Behandlung. Denn der Drogenabhängige lernt den Umgang mit den Konflikten in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und der sozialen Umwelt am besten in der ambulanten Therapie, denn in diesen Bereichen ist die Ursache von Drogenabhängigkeit zu suchen. Ich habe in diesem Zusammenhang auch einen Antrag meiner Fraktion einzubringen, der in diese Richtung läuft. Wir glauben nämlich, daß die im Haushaltsvoranschlag vorgesehene Summe «Beiträge zur Bekämpfung von Suchtkrankheiten» von 900.000 S um den Betrag von 750.000 S auf 1.650.000 S erhöht werden sollte. Und es gibt im Umfeld dieser Drogen auch noch die Probleme des Jugendalkoholismus und der Medikamentenabhängigkeit. Und es gibt, und auch das ist eine schreckliche Tatsache, eine erschreckende Zunahme von Selbstmorden bei Jugendlichen, eine Fülle von Problemen also.

Hinter diesen Problemen stehen doch Ursachen, meine Damen und Herren. Das aber nimmt von den Verantwortlichen offensichtlich niemand in diesem Maße zur Kenntnis, denn, Herr Landesrat, Sie machen es sich leicht, ich würde sagen zu leicht, wenn Ihnen zu diesen Problemen nichts anderes einfällt, als vom Bund generelle Konsequenzen in der Familienpolitik zu fordern, wie Sie das anlässlich der Jahreshauptversammlung des Elternvereins der Hauptschule Innerbrax getan haben. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, wir würden sehr schnell eine gemeinsame Sprache finden, in der Weise nämlich, daß wir uns einig sind darüber, daß die Gesellschaft, in der wir leben, nicht in allen Punkten so ist, wie wir dies wünschen. Nur wir unterscheiden uns sehr stark in den Vorstellungen, wie wir dies verändern könnten. Sie sind nicht bereit, jedenfalls nicht in dem entsprechenden Maße bereit, sich mit den Ursachen zu befassen und nach konsequenten Lösungen zu suchen. In diesem Punkt trennen uns Welten, denn wenn ich den Worten Ihres Klubobmannes folge, so ist für Sie eine der Lösungen jene, in der nächsten Zeit, wenn ich das richtig verstanden habe, einen eigenen Öffentlichkeitsreferenten einzustellen für Familienpolitik, der über Familienpolitik in der Öffentlichkeit informieren soll. Eine neuerliche Beratungsstelle also. In diesem Zusammenhang stelle ich noch etwas fest, meine Damen und Herren, nämlich ein eigenartiges Subsidiaritätsverständnis Ihrerseits. Sie, die immer betonen, sich für die kleinen und kleinsten Gruppen einzusetzen, und Initiativen zu unterstützen, suchen sich diese sehr genau aus. Ich weiß nicht, liegt es daran, daß welche mit besonders klingenden Namen, sie sind allen bestens bekannt, ich möchte sie nicht wiederholen, bevorzugt werden. Oder woran liegt es, daß Sie Selbsthilfegruppen z.B. im Drogenbereich nicht unterstützen?

Das gleiche Schicksal ist auch einer Initiative von einer Gruppe junger Frauen, widerfahren, die sich für die Errichtung eines Frauenhauses im Lande eingesetzt hat. Diese jungen Frauen haben ein Konzept erstellt, haben mit dem

Herrn Landesrat, mit dem zuständigen, ein Gespräch gehabt, er hat sie sehr wohlwollend empfangen, wohlwollend behandelt und war grundsätzlich nicht dagegen. Was das heißt, das wissen wir alle. Das vorgelegte Konzept wurde jedenfalls unter Hinweis, daß es fachlich nicht entspreche, abgelehnt.

Und jetzt frage ich Sie eines, Herr Landesrat, was entspricht einem Konzept für die Errichtung einer solchen Einrichtung wie immer man sie nennen will. Es ist Tür mich nämlich, das sage ich Ihnen ganz deutlich, sekundär, welchen Namen dieses Kind bekommt. Ich wäre nur froh, wenn es endlich einen Taufpaten gäbe, der es aus der Taufe hebt. Und wenn sich (Zwischenruf Mayer: Ich lade Sie ein, Patin zu sein!) nehmen Sie Familienpolitik so ernst?

Wenn dieses Konzept also darin besteht, daß es heißt, Offenheit zu jeder Tages- und Nachtzeit, keine Frau darf abgewiesen werden, Selbstorganisation, die Frauen gestalten ihr Leben und das ihrer Kinder im Hause selbst, der Haushalt wird gemeinsam geführt, Beratung und praktische Hilfe. Sind das Gründe, ein Konzept fachlich abzulehnen? Ich kann das eigentlich nicht verstehen. Und es beeindruckt mich auch überhaupt nicht, Herr Landesrat, wenn in den letzten Tagen in der Zeitung zu lesen war, daß ja Krisenwohnungen in Vorbereitung sind; es war u.a. auch von Feldkirch die Rede. Denn bereits anlässlich einer Diskussion über dieses Thema in der Öffentlichkeit, nämlich Gewalt in der Familie, in einer ORF-Sendung live im Juni d.J. haben Sie sich auch telefonisch zu Wort gemeldet und gemeint, die ÖVP hätte eine eigene Vorstellung, sie hätte ein Konzept von Krisenwohnungen. Nun würde mich interessieren, wie dieses Konzept aussieht, ob es überhaupt eines gibt. Inzwischen ist es Dezember geworden, Herr Landesrat, und außer einer kurzen Meldung im «Kurier» (Zwischenruf Mayer: Im Kurier eine halbe Seite ist allerhand!) mit einer ihre üblichen Aussagen sehe ich keinen Lichtblick, was die Erfüllung dieses Anliegens betrifft, und es ist ein Anliegen, meine Damen und Herren!

Gewalt in der Familie heißt auch Gewalt gegen Kinder, gegen Kinder und Frauen, und das findet auch im Lande statt. Ich glaube, darüber sind wir uns einig, alle, die wir da sitzen und darüber hinaus. Ich möchte Ihnen nur noch einen Satz sagen, wenn Sie unter Krisenwohnung etwas verstehen, daß man in einer Gemeinde eine kleine Wohnung einrichtet und dort die Frauen mit ihren Kindern vorübergehend wohnen läßt, dann ist das sicherlich nicht im Sinne dieser Frauen, denn dann treiben Sie sie von einer Isolation in die andere. Weiter möchte ich mich über dieses Thema, wir können gerne einmal zu einer anderen Zeit eine Diskussion darüber führen, nicht verbreiten.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen noch die Ergebnisse einer OECD-Studie zur Kenntnis bringen. Sie hat sich auch mit denselben Problemen befaßt, nämlich die Situation der Familie, mit der Berufstätigkeit der Eltern, den Anforderungen der Schule, den verhaltensprägenden Einflüssen einer Umwelt, in der zu oft Profit vor Kultur kommt, über die neuen sozialen Phänomene der Wohlstandsgesellschaft, den psychosomatischen Erkrankungen, die hohe Selbstmordrate, Kinder, die im Scheinwohlstand aufwachsen, denen aber Liebe fehlt und die an vielen Egoismen der Erwachsenenwelt leiden. Und

nach dieser Studie der OECD über künftige Erwartungshaltungen der Menschen liegen die Schwerpunkte ganz eindeutig in den Bereichen Familie, Gesundheit, Umwelt, Freizeit und Kultur. Ich glaube, das müßte allen verantwortungsvollen Politikern zu denken geben und müßte sie aufrufen. Daß wir Sozialisten dabei immer auf der Seite der sozial Schwächeren stehen, das war und ist für uns politischer Auftrag.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Kollege Waibel hat sich bemüßt gefühlt, hier die Verpflegskosten für die Chronisch-Krankenstation in Bregenz und in Wolfurt zu vergleichen. (Zwischenruf Waibel: Ah, der Ministrant vom Mayer! - Heiterkeit) Nein, ich werde auf etwas ganz anderes kommen, wovon Herr Kollege Waibel, ich meine, Sie mögen sich etwas beruhigen, lassen Sie mich zuerst meine Ausführungen machen, und wenn Sie dann glauben, ich assistiere Mayer, dann kann man darüber diskutieren. Jedenfalls ist es richtig, daß Wolfurt im Pflegesatz wesentlich billiger ist. Und ich darf Ihnen auch noch etwas anderes sagen, es ist in Wolfurt so, wie ich mir berichten habe lassen, daß die Chronisch-Krankenstation von den Wolfurtern selbst auch nicht übermäßig belegt ist, und zwar weil es den Wolfurtern auch bei den 402 S noch teilweise zu teuer ist, und nach der Marktwirtschaft, wie ich höre, gibt es also Leute, die eben noch günstigere Chronisch-Krankenpflegeplätze finden. Aber ich glaube, was Sie am meisten ärgert, Herr Kollege Waibel, ist, daß Sie von der Gemeinde, wenn ich noch das richtig in Erinnerung habe, pro Tag 87 S, wenn ich richtig informiert bin, dazuzahlen. Das ist für die Gemeinde Wolfurt eine große Belastung, vor allem wenn man denkt, daß sie eben diesen Betrag nicht nur für die Wolfurter, sondern zum größeren Teil für die Nicht-Wolfurter bezahlen müssen.

Aber nun, meine Damen und Herren, vielleicht zu einem Thema, das ebenfalls damit zusammenhängend ist. Durch die Sozialhilfe ist sichergestellt, daß jeder Bürger unseres Landes, unabhängig von seinem Einkommen, ein Altersheim oder eine Chronisch-Krankenstation aufsuchen kann oder dort sein kann. Allerdings ist es so, daß die 20%, die ihm von seiner Rente verbleiben müssen plus dem 13. und 14. Gehalt, zu folgender Situation führen können: Wenn ich Bregenz heranziehe, kostet es 16.830 S. Nehmen wir an, es hat jemand eine Pension von 12.000 S, so muß er an Verpflegskosten 9600 S selbst bezahlen, der Rest von 7230 S wird der Sozialhilfe angelastet. Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zum springenden Punkt, es verbleiben daher demjenigen, der in dieser Alters- und Chronisch-Krankenstation ist, monatlich die 2400 S, gibt im Jahr 28.800 S, plus 13. und 14. mit 24.000 S, gibt 52.800 S. Ein Mensch, der in einer Chronisch-Krankenstation ist, kann oft diesen Betrag nicht verbrauchen. Die Folge davon ist, daß diese Beträge auf Sparbücher gelegt werden, oft nach einigen Jahren stolze Beträge erbringen, die dann meistens die Angehörigen, in welcher Form auch immer, zugeschoben bekommen. Es ist dies rechtlich sicherlich in Ordnung, allerdings sehe ich nicht ein, daß auf der einen Seite die Sozialhilfe einen sehr bedeutenden

Beitrag monatlich zu leisten hat und daß aus dieser Situation heraus dann die Angehörigen am Schluß auch noch einen großen Rebbach herausziehen können.

Meine Damen und Herren! Mir ist bewußt, daß dieses Problem natürlich bei niederen Pensionen nicht so schlagend ist, aber bei höheren Pensionen gibt es also Beträge, die im Jahr zusammenkommen, die also ganz beträchtlich sind. Die Regelung liegt sicherlich nicht beim Land allein, hier eine Änderung herbeizuführen, aber ich möchte auf dieses Problem auch hier im Hause einmal hinweisen.

Bezüglich der Frauenhäuser, Kollegin Langanger, ist es heute sicher so, daß es Gewalt in den Familien gibt, die hat es auch früher gegeben, sie wird es auch in Zukunft geben. Wenn man Einrichtungen schafft, wie Sie sagen, dann sollte aber auch die Gewähr dafür sein, daß das nicht nur punktuell geschieht, es geschieht genauso am Lande. Wie ist es aber möglich, einer Frau aus Schoppenuau eventuell bis nach Feldkirch oder, wo immer dieses Haus sein soll, zu kommen, allein die Distanz schafft hier Probleme. Wir glauben, daß man hier, wenn man es macht, es verteilt auf das Land machen muß. Die Form ist eine zweite Frage. Daß man sich damit auseinandersetzen soll, ist richtig, nur glaube ich, die Gewalt müßte man nicht nur in den Frauenhäusern selbst sozusagen als Therapie, sondern auch im Grunde in der Ursache versuchen auszuräumen. Das ist glaube ich, mit eine Aufgabe. Man kann hier eine gewisse Kosmetik und Erleichterung erreichen, aber im Grunde, meine Damen und Herren, wird man Gewalt nie verhindern können.

Präsident: Nächster Redner ist der Abg. Stadelmann.

Stadelmann: Hoher Landtag! Die Frau Abg. Langanger hat in ihren Ausführungen um die Sorge der Familie und der Jugend ganz sicher recht. Diese Sorge hat ihre Berechtigung. Nur möchte ich sagen, daß, wenn uns auch in vielen Belangen Welten trennen mögen, uns die Sorge zur Hilfeleistung für die Familie und die Jugend zusammenführen müßte. Ich glaube, die fehlende gemeinsame Verantwortung der Parteien in diesem Hause ließe sich nicht entschuldigen, sich um einen gemeinsamen Konsens zu bemühen, wenn diese Not tatsächlich, und ich zweifle nicht daran, vorhanden ist. Die Frage ergibt sich nur, um welche Art von Not es sich primär handelt. Ist es tatsächlich das zuwenige Geld, ist es die materielle Not oder ist es eine andere Not, der wir gegenüberstehen? Ich möchte im Konkreten auf eines der Probleme unserer Zeit, es ist von der Frau Abg. Langanger erwähnt worden, das Drogenproblem, eingehen. Mögen wir dieses Problem zurückdrängen oder aktualisieren. Es ist eine Krankheit, die die Fachleute als sozial-seelische Krankheit unserer Zeit bezeichnen, eine Krankheit mit verheerenden Folgen, die, muß man den Fachleuten und den Kennern der Materie Glauben schenken, in Ausweitung begriffen ist, eine Krankheit, von der keiner und keines der Eltern weiß, welchen Tag sie eines ihrer Kinder befallen wird. Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Hier fragt man sich, warum, und ich glaube, die Frage des Geldes wird nicht die erste Rolle spielen. Man fragt sich angesichts des doch relativen Wohlstands, der

heute breitesten Kreisen der Bevölkerung zugänglich und nicht mehr verschlossen ist, man fragt sich angesichts einer Zeit der Aufklärung, wie es sie kaum einmal gegeben hat, auch in der Befriedigung der Neugier, in einer Zeit, in der alles machbar scheint, in der alles transparent ist, in der die Freiheit kaum noch Grenzen kennt, in der es Chancen gibt, auch für die Jugend, wie es sie zu unseren Zeiten, Kollege Eß hat gestern davon gesprochen, in keinem Vergleich jemals gegeben hatte, da fragt man sich, warum kann solches geschehen? Ich gebe zu, daß die Ursachen vielschichtiger Natur sein können. Aber allein die Feststellung, daß wir keine heile Welt mehr haben, auch in unserem Land Vorarlberg, und dies als Vorwurf, womöglich an die Mehrheitspartei oder sonst jemanden, vielleicht an die Konservativen richten, schafft dieses Problem nicht aus der Welt. Ich habe gestern bei der Diskussion um die gesellschaftspolitischen Vorstellungen mit Erschrecken nur ein Wort des Herrn Abg. Mag. Spannring bezüglich der klassenlosen Gesellschaft aufgenommen, wenn er meinte, daß die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft ähnlich vor sich gehen sollte, als wenn Konstrukteure Motoren entwickeln, und daß diese Versuche an sich nicht erfolglos sein müssen, ergo dessen auch die gesellschaftliche Entwicklung vor sich gehen könnte. Nur bei aller Überlegung wissenschaftlicher Möglichkeiten zeigt sich doch auch in dieser ganzen Problematik der Suchtkrankheiten, daß die Ursachen an fundamentalen Fragen rühren. Man mag noch soviel Ausreden suchen, es zeigt sich ganz sicher auch in der Statistik, wengleich nicht umfassend, daß die Familie, die von der Frau Abg. Langanger angezogen wurde, hier eine ganz entscheidende Rolle spielt. Und wir können uns damit nicht abfinden, daß wir sagen, die heile Welt ist für uns verloren, wir hätten daher für diese verlorengegangenen Substanzen einfach Ersatzlösungen zu suchen, sondern wir haben mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß diese für das Leben notwendigen Substanzen wieder zur Existenz kommen. Hierzu bedarf es der Familie. Die Familie ist unersetzbar, nicht nur die formale Familie, sondern die Familie als die natürliche Gemeinschaft menschlichen Lebens in ihrer Funktion, sowohl innerhalb der Familie als auch in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Es bedarf für das Kind und für den jungen Menschen der gemütsnahen Bindung und es gibt kein Kind, das ohne Mutter jemals ins Leben treten könnte oder auch im Leben sich weiterentwickeln könnte. Ich glaube, diese Bindung ist ganz wesentlich. Es bedarf in der Familie aber auch der Erziehungsfähigkeit. Man mag zur antiautoritären Erziehung der vergangenen Jahre stehen wie man will, ich glaube jeder, der eine Familie hat und Kinder hat, der wird aus einer ganz verständlichen Zuneigung zu den Kindern ohne pädagogische Methoden der Erziehung nicht nur keine Freude haben, sondern er wird Schiffbruch erleiden. Es bedarf bei der Erziehung auch der Anwendung von Disziplin und des Weckens des Gefühls für die Pflicht. Meine Damen und Herren, das sagt nicht, daß die Familie Gewalt erleiden muß, Frau Abg. Langanger, es bedarf in dieser Familie des Harmonisierungsfaktors, ich sage das, diese Dinge werden wir hinkünftig noch viel mehr sagen müssen, wenn wir, im besonderen die Kinder, weiterleben sollen. Und es geht in der Familie bei allem kollektiven Verständnis, bei aller

Solidarität, um den Menschen, um die Person. Meine Damen und Herren! Auch das Kind als Person muß erzogen und gebildet werden. Und wo soll es diese Bildung, und ich meine hier ganz im Konkreten die Bildung des Gewissens, denn erfahren, wenn nicht in der Familie? Wo gibt es die natürliche Rücksicht auf einen Menschen, als in der Familie? Selbst wenn Gewalt da und dort sein mag, so ist nicht zu bestreiten, daß das Daheim für ein Kind und für die Jugend nur in der Familie den notwendigen Nährboden findet. Wir wissen auch, daß in Ergänzung zur Familie auch die Schule tätig sein soll, daß aber nicht nur Fachwissen vermittelt wird, sondern auch echte Bildung vermittelt werden sollte. Man spricht heute vielfach vom Streß der Jugend, ich meine aber, daß dieser Streß vielfach daraus resultiert, daß zufolge von Gleichmacherei, weil man von jedem dasselbe verlangen will, Schüler in den Streß getrieben werden. Nun als eine der möglichen Prophylaxe-Maßnahmen, ist vor allem, und das ist meine persönliche Auffassung, der Stellenwert der Familie auf allen Ebenen mit größtem Nachdruck aufzuwerten. Meine Damen und Herren! Wenn gestern darüber gesprochen wurde, daß neben einer schon bestehenden Institution noch in einer zusätzlichen Phase die Familie beraten werden soll, ich glaube es wäre geradezu lächerlich, das mit klerikaler Einnischung abzutun. Wenn es darum geht, die Familie zu beraten, daß sie imstande sein kann oder in den Stand versetzt wird, ihrer Aufgabe, die ihr niemand abnehmen kann, besser entsprechen zu können, so glaube ich, ist das zu unterstützen, mit allem Nachdruck zu unterstützen. Ich halte es auch mit Bürgermeister Mayer, der gestern meinte, daß die Jugend am wenigsten schuld habe. Bei der akuten Gefährdung eines Teiles unserer Jugend, man könnte auch von Verführung sprechen, sollten wir die Sorglosigkeit ablegen und vor allem jenen Gaunern das Handwerk legen, die sich an unserer Jugend vergreifen, ich meine hier ganz besonders den Drogenhandel und möchte wirklich anerkennend aussprechen, was der Exekutive in der letzten Zeit mit Erfolg gelungen ist, einigen das Handwerk zu legen. Und vielleicht, vielleicht, gelingt es, aus dieser sozial-seelischen Notsituation heraus, die es tatsächlich gibt, auch bei unserem Lebensstil bei uns Erwachsenen jene Korrekturen vorzunehmen, die die Sinnlosigkeit, die uns die Jugend manchmal vordemonstriert, im Maßhalten auf allen Ebenen zu überwinden.

Was nun den Antrag der Sozialistischen Fraktion auf Erhöhung der Post von 900.000 S auf 1.650.000 S betrifft, darf doch auf die eingeleiteten Maßnahmen und die Aktivitäten auf diesem Gebiet hingewiesen werden, daß seitens der Regierung durch die Errichtung des Drogenkonzeptes die Grundlagen für eine optimale Tätigkeit geschaffen wurden, daraus resultiert z.B. eine Drogenberatungsstelle «Treff», die im Rahmen des Drogenkonzeptes im November 1980 errichtet wurde, das seit August 1981 ein Team der Drogenberatungsstelle aus drei Diplom-Sozialarbeitern, einem Facharzt für Psychiatrie und einem praktischen Arzt bereits in Funktion ist. Wenn bisher rund 100 Süchtige betreut wurden und mit ihnen intensiv Gespräche geführt wurden, und zwar regelmäßig, dann ist das glaube ich eine Tätigkeit, die sich laut Aussagen auch von Fachleuten als durchaus prädestiniert in der Abhilfe dieser

Krankheit ergibt. In 60% der Betreuten wurden von der Drogenberatungsstelle intensive Kontakte zu den Eltern und Angehörigen, und das scheint mir außerordentlich wichtig, vorgenommen. Altersmäßig entfallen nach den vorhandenen Daten 50% auf das Alter zwischen 14 und 20 Jahren, davon 10%, das sind insgesamt 5% aller Betreuten, auf die Altersgruppe von 14 bis 17 Jahren, 40% auf die Altersgruppe 20 bis 25 Jahre und die restlichen 10% auf die über 25-jährigen. In vielen Fällen wurden von den professionellen Mitarbeitern freiwillige Helfer aktiviert, das ist durchaus möglich in der praktischen Arbeit. Es wurden Selbsthilfegruppen aktiviert. Die Art der Suchtgifte, die Situation verschärft sich, ist eine Hinneigung zu den harten Drogen. Es ist keine leichte Sache mehr, die ohne weiteres abgetan werden kann, sondern die harten Drogen liegen weit im Vorsprung. Das erfordert in der Behandlung der Süchtigen eine spezielle Betreuung. Die Möglichkeiten und die Einrichtungen, die gegeben sind, sind der Sozialmedizinische Dienst der Caritas, die Stiftung «Maria Ebene», das Landes-Nervenkrankenhaus und eben auch die privaten Gruppen in Zusammenarbeit auch mit den Eltern und mit den Angehörigen. Der Aufbau der Drogenstation Carina soll nun die Möglichkeit einer stationären Behandlung schaffen, wie dies nach dem Konzept vorgesehen ist. Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß seitens der Regierung alle Vorsorge getroffen wurde, diesem Problem ernsthaft zu Leibe zu rücken. Ich meine daher, daß die 900.000 S im Budget für diese Aufgaben, die heute übersehen werden können, ausreichen werden.

(Landtagspräsident Dr. Purtscher übergibt den Vorsitz an den zweiten Landtagsvizepräsidenten Falschlunger.)

Falschlunger: Darf ich die Dame und Herren Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß wir uns erst in der Gruppe 4 befinden. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Enzelsberger; ich erteile es ihr.

Enzelsberger-Schönbichler: Herr Vizepräsident, meine Dame, meine Herren! Ich habe mit großem Interesse den Ausführungen von Frau Abg. Langanger zugehört. Ich habe weiters mit noch größerem Interesse vermerkt, daß sie hier im Hause ein Bekenntnis zur Familie abgelegt hat.

Ich frage mich allerdings, inwieweit sie da in einen Ideologiekonflikt mit ihrer Partei gerät. Aber das soll sicherlich nicht meine Sorge sein!

Sie hat davon gesprochen, daß die Frauen, vor allem die berufstätige Frau einem großen Streß ausgeliefert ist. Das ist sicherlich richtig und zu unterstreichen. Ich glaube aber, daß gerade Sie, Frau Langanger, den Draht zu Ihren Staatssekretärinnen hätten, um Teilzeitarbeitsplätze, die sehr wohl zu einer besseren Zufriedenheit der arbeitstätigen Frauen beitragen würden, um diese Teilzeitarbeitsplätze endlich auf Bundesebene zur Verfügung zu stellen. Man soll nicht nur dann schreien, wenn eine öffentliche Position vom Bund zu besetzen ist, daß diese durch eine Frau besetzt werden müßte.

Aber wenn ich auf Ihren Antrag zurückkomme, frage ich mich ein klein wenig, wieweit Sie nicht zwiespältig sind.

Sie hätten eigentlich gerade aus Ihrem Bekenntnis zur Familie zu unserem Budgetposten zur Familienförderung durch die Diözese zustimmen müssen. Ich glaube, Sie sollten diese Einstellung vielleicht ein wenig überdenken.

Falschlunger: Danke der Frau Kollegin Enzelsberger für die Kürze ihres Beitrages! Zum Wort gemeldet ist der Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Ich hatte nicht die Absicht, mich bei dieser Gruppe zu Wort zu melden. Aber die von Haßtiradengetragenen Worte des Bürgermeisters Waibel aus Wolfurt, politischen Haßtiraden, damit es also etwas genauer ist, reizen mich, doch einiges dazu zu sagen, wenn er von sozialistischer Machtpolitik, vom Ausdruck einer sozialistischen Machtpolitik gesprochen hat. Und wenn er es für müßig befunden hatte, die angeblich unsoziale Gebührenpolitik sozialistischer Kommunalpolitiker aufzuzeigen, dann, Herr Abg. Waibel, muß ich halt sagen, daß es keinen Unterschied gibt zwischen sozialistischen Kommunalpolitikern und ÖVP-Kommunalpolitikern. Ich sage Ihnen, in dieser unsozialen Kommunalpolitik, (Zwischenruf Waibel: Ist Kollege Mayer einverstanden mit dieser Feststellung?) ich darf Ihnen in bezug auf diese unsoziale Gebührenpolitik, so wie Sie es genannt haben, ich darf Ihnen mitteilen, Herr Abg. Waibel, daß die Verpflegskosten der Chronisch-Krankenstation im Altersheim in Hard pro Tag 518 S betragen, in einem Altersheim, das bereits seit sieben Jahren in Betrieb ist, das erstellt wurde noch unter wesentlich besseren Konditionen. Die Aufnahme des Fremdkapitals konnte damals zu wesentlich günstigeren Zinsen verzinst werden, als das heute der Fall ist. Und ich darf Ihnen auch sagen, daß das landeseigene Krankenhaus Valduna einen täglichen Verpflegungssatz von 608 S hat. (Zwischenruf Waibel: Sie verwechseln die Wälderbahn mit einer Normalspurbahn!) Herr Abg. Waibel, Sie haben von der Pflegestation gesprochen, ich habe von der Pflegestation Valduna gesprochen. (Zwischenruf Waibel: Valduna ist doch keine Pflegestation!) Selbstverständlich ist in der Valduna eine Pflegestation eingerichtet. (Glocke-Vizepräsident Falschlunger: Bitte keine Zwiegespräche, Herr Abgeordneter!)

Und wenn heute vormittags gesagt wurde, daß es unsozial sei, wenn die monatliche Belastung für die normalen Altersheiminsassen zwischen 6000 und 6300 S sich belaufen, dann muß ich Ihnen halt sagen, daß die Altersheimgebühren, die normalen Altersheimgebühren in Hard monatlich 6900 S betragen. Herr Abg. Waibel, diese Gemeinde wird geleitet von einem ÖVP-Bürgermeister, von einem Alt-Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei. Dazu kommt noch, daß die jährliche Erhöhung dieser Altersheimgebühren überproportional zunimmt. Allerdings, und das möchte ich auch sagen, auf Antrag der Freiheitlichen Fraktion in der Harder Gemeindevertretung, aber natürlich, die Österreichische Volkspartei, freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Abg. Waibel, mit Dank ist die Mehrheitsfraktion der Österreichischen Volkspartei in der Harder Gemeindevertretung auf diesen Antrag aufgesprungen. (Zwischenruf Waibel: Wer ist denn in Hard Finanzreferent?) Bürgermeister Köhlmeier von der

Österreichischen Volkspartei bitte! (Zwischenruf Waibel: Es war ein sozialistischer Finanzreferent, der die Verpflegskosten festgesetzt hat! - Glocke - Vizepräsident Falschlunger: Bitte keine Zwiegespräche!) Der Finanzreferent der Sozialistischen Fraktion ist seit dem Jahre 1975 nicht mehr Finanzreferent und damals waren die Gebühren noch wesentlich sozialer. Herr Abg. Waibel, ich würde Sie bitten und ersuchen, sprechen Sie nicht mit zwei Zungen, eine würde in diesem Hause genügen. Nämlich dieselbe Argumentation, die Sie hier vertreten haben, dieselbe Argumentation, die Sie hier vertreten haben, hat Ihr Parteikollege Köhlmeier in der Gemeindevertretung nämlich auch verwendet, daß wir über den Weg des Sozialhilfegesetzes dann diese Mittel hereinbekommen. Ich würde Sie allerdings, Herr Abg. Waibel, auch um eines ersuchen, daß Sie sich in Ihrer Funktion als Vizepräsident des Gemeindeverbandes und als ehemaliger Präsident des Gemeindeverbandes, daß Sie sich dafür einsetzen, daß der Beschluß, der unter Ihrer Präsidentschaft im Gemeindeverband gefaßt wurde, nämlich die Änderung des Sozialhilfeschlüssels auf 50 : 50 bei Ihren Regierungskollegen durchgesetzt wird.

Vizepräsident Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Waibel.

Waibel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wenn der Kollege Mader seine eigenen Überlegungen angestellt hat, um seinem Bürgermeister, seinem Bürgermeister Mayer Samariterdienste zu leisten, dann verstehe ich das noch. Herr Kollege Mader, Sie haben also gemeint, 402 S in Wolfurt wäre ein Verpflegungskostensatz, der sei so hoch, daß er von manchen Wolfurtern als zu hoch empfunden werde und die deshalb irgendwo anders eben Pflege in Anspruch nehmen. Jetzt haben Sie aber keinen einzigen Fall genannt, wo das zutrifft, Sie werden auch keinen nennen können. Ich werde Ihnen die Begründung liefern: Wir haben in Wolfurt eine gut ausgebaute private Hauskrankenpflege. Und es gibt noch sehr viele Fälle, Gott sei Dank, Alters- und Chronischkranke, wo die Pflege zuhause in der Familie möglich ist. Warum wir aber in der Pflegestation in Wolfurt auch auswärtige Pflegefälle aufnehmen, hat zwei Gründe: einen menschlichen Aspekt und einen anderen: Wir haben uns gegenüber dem Land verpflichtet, nachdem wir doch beachtliche Subventionen für diese Pflegestation bekommen haben, auch Pfleglinge aus anderen Gemeinden, nach Maßgabe der freien Plätze, aufzunehmen, und diese Verpflichtung nehmen wir ernst. Ich glaube, damit die Sache aufgehellt zu haben.

Aber, Herr Kollege Riedmann, jetzt ist er auch wieder verschwunden, wenn man von ihm spricht, das ist doch merkwürdig, (Zwischenrufe) Herr Kollege Riedmann, es ist bezeichnend, sich hier in einer Art und Weise verbreitert zu haben, wo man sagen muß, erinnert er sich nicht daran, daß ein sozialistischer Finanzreferent in Hard die Verpflegungskostensätze für die Alters- und Chronischkrankenstation festgelegt hat und die damals schon überproportional hoch waren und mittlerweile nur nach Maßgabe der Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Veränderung erfahren haben. Das hat er wohlweislich vergessen zu

sagen. Tatsache ist also, daß die Verpflegungskostensätze in Wolfurt, gemessen am Tschermakgarten Bregenz, zwei Heime, die zur selben Zeit errichtet wurden, zwei Heime, die zur selben Zeit in Betrieb gegangen sind, um 40% niedriger sind. Das eine ist also konservative Gebührenpolitik und das andere sozialistische.

Vizepräsident Falschlunger: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Dipl.-Ing. Mayer; ich erteile es ihm.

Dipl.-Ing. Mayer: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Als ich am Vormittag (Zwischenruf Jäger) ja, gerade dazu wollte ich Ihnen etwas sagen, Herr Kollege Jäger! Täten Sie sich einmal bitte umdrehen und einmal schauen, wieviel von Ihren Kollegen da sitzen? Nicht einmal die Hälfte! (Zwischenrufe) Nicht einmal die Hälfte, Herr Jäger! In der ersten Bank sind sie zu zweit und da hinten ist fast niemand mehr. Meine Damen und Herren! Bezüglich der Anwesenheit im Hohen Hause, da brauchen Sie sich wirklich nicht gerade als Musterbeispiel hinzustellen. Ich bin also (Zwischenrufe - Glocke - Vizepräsident Falschlunger: Der Abg. Mayer hat das Wort!) Ich bin in meiner Abwesenheit, wie ich im Rundfunk gehört habe, gerügt worden, daß ich mich kurzfristig entfernen mußte. Meine Damen und Herren, ich hatte einen, ja es war tatsächlich kurzfristig, zwei bis drei Minuten, ich hatte also, darf ich Ihnen das mitteilen, einen sehr dringenden, wahrscheinlich für den 10. Dezember, Sie wissen ja, am 10. Dezember ist in Vorarlberg die Landeshauptleutekonferenz, und als Mitglied des Bundesparteipräsidiums der SPÖ ist es wohl eine Selbstverständlichkeit, daß man am Forderungsprogramm der Bundesländer mitarbeitet, ich hatte also diesbezüglich einen sehr wichtigen telefonischen Kontakt, wenn Sie gestatten, Herr Jäger. Einen Kontakt, der dem Land wahrscheinlich sehr zum Nutzen gereichen wird.

Meine Damen und Herren, aber ich sage Ihnen etwas anderes. Wenn Sie einen Abgeordneten der SPÖ kritisieren, weil er ein paar Minuten durch einen Anruf, den er ja nicht programmieren kann, draußen ist, dann bitte fordern Sie doch Ihren Herrn Landesfinanzreferenten auf, auch da zu sein. Er hat ja das Budget vorgelegt und er ist dazu da, um mit uns das Budget zu diskutieren. . . . (Zwischenruf Dr. Mandl: Mich hat der Generaldirektor Fremuth und heute vormittag der Minister Lausecker angerufen!) Ja und gestern, als Sie den halben, nicht den halben? (Glocke des Präsidenten) als Ihr Finanzreferent, Hoher Landtag, gestern den halben Tag draußen im Kaffeehaus gesessen ist? Dort draußen war kein Fremuth und kein anderer. Da draußen war der Herr Fremuth nicht, Herr Statthalter! (Zwischenruf Dr. Mandl: Das können Sie nur sagen, wenn Sie auch draußen waren! - Glocke - Vizepräsident Falschlunger: Meine Damen und Herren, wir sind in der Gruppe Soziale Wohlfahrt!) Nun also, ich möchte die Art und Weise, wie ich in Abwesenheit kritisiert wurde, und das Recht habe ich wohl dazu, mit aller Klarheit zurückweisen und behaupte, daß die ÖVP diesbezüglich doch keinen Grund zur Aufregung hat.

Meine Damen und Herren! Es ist hier üblich geworden, daß man irgend einen von der ÖVP-Fraktion auf einen

der Gemeindevertreter, meistens ist es der Bregenzer Bürgermeister, losläßt, um damit die Möglichkeit der Diskussion über das Landesbudget zeitlich zu verkürzen. Dazu gibt sich ja meistens mein lieber Nachbar, der Bürgermeister von Wolfurt her, seit er Kollisionen mit Bregenz in der Autobahnfrage gehabt hat. Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie deshalb doch, daß ich einiges klarstelle zu dem, was der Herr Kollege Waibel gesagt hat. Erstens einmal, wenn Sie meinen, es sei signifikant für die sozialistische Gebührenpolitik, daß sie hoch ist, dann haben Ihnen meine Kollegen aus diesem Haus verschiedener Fraktionen ja schon die Antwort gegeben. Es gibt sehr wohl ÖVP-Bürgermeister in diesem Land, die beispielsweise bei den Altersheimen ähnliche Gebühren wie in Bregenz haben. Nur gibt es keinen einzigen ÖVP-Bürgermeister im Land, der sich hinsichtlich des Angebotes für die Senioren, hinsichtlich der ganzen Palette der Angebote für die Senioren auf allen Gebieten nur annähernd mit dem vergleichen kann, was wir in Bregenz als Beispiel (Zwischenruf Waibel: Was zum Beispiel!) weit über die Grenzen des Landes hinaus getan haben. Es gibt diesbezüglich (Zwischenruf Waibel: Was tun Sie schon?) ja, ich weiß schon, daß Sie sich über das ärgern, ich weiß schon, daß Sie sich ärgern. (Zwischenruf Waibel: Das ist eine Behauptung!) Ich weiß schon, daß Sie sich darüber sehr ärgern. Sie können von mir gerne diesbezüglich die Unterlagen bekommen. Herr Präsident, ich werde aufgefordert, über Bregenz zu referieren, ich soll da alles erzählen. Ich möchte Ihnen die Zeit nicht wegnehmen, aber ich tue das natürlich liebend gerne, Herr Kollege Waibel! Schauen Sie einmal beispielsweise das Seniorenheim Tschermakgarten an, das Seniorenheim Tschermakgarten, was hat das für Einrichtungen? Dieses Seniorenheim Tschermakgarten betreibt beispielsweise ganztägig eine Seniorenstube mit Programm. Diese Seniorenstube bietet allen Pensionisten der ganzen Stadt während des ganzen Tages vom Morgen bis zum Abend Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. (Zwischenruf Waibel: Das haben wir auch, das ist nichts besonderes!) Möglichkeiten der Freizeitgestaltung! Meine Damen und Herren! Dieses Seniorenheim Tschermakgarten beispielsweise besitzt die modernsten geriatrischen und altersmedizinischen Einrichtungen. Dieses Seniorenheim Tschermakgarten beispielsweise verfügt über komplette Einrichtungen für die Körperpflege alter Menschen vom Friseur bis zur Pediküre und dergleichen mehr. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Das kostet Geld!) Alle diese Einrichtungen jawohl, Herr Landesrat Rümmele, kosten Geld, aber weil sie für sinnvoll angesehen werden, haben Sie, Herr Landesrat Rümmele, und Sie, Herr Statthalter Mandl, und Sie, Herr Landeshauptmann Keßler, und Sie, Herr Landesrat Fredy Mayer, und Sie, Herr Landesrat Gasser, ja auch der Herr Kollege Konrad Blank, noch in jedem Jahr, und Sie müssen das ja tun im Zuge der Budgetüberprüfung, die Bregenzer Gebühren an diesen Altersheimen ohne jeden Einspruch vollinhaltlich bewilligt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie also von den ÖVP-Bänken irgendwo meinen, daß die Bregenzer Gebühren nicht den Leistungen entsprechen, dann fragen Sie doch Ihre eigene Regierung, warum sie diese Gebühren durchaus als angemessen betrachtet. Meine Damen und Herren,

weil wir aber schon beim Sozialbudget sind, man muß bei all diesen Dingen, beispielsweise in der Seniorenbetreuung, die ganze Palette des sozialen Angebotes betrachten, dann werden Sie auch dort sehen, daß Bregenz aus früherer Zeit schon, aber besonders auch aus neuerer Zeit über eine Fülle von sozialen Einrichtungen verfügt, von denen man beispielsweise im benachbarten Wolfurt bloß träumen kann, weil immer wieder Bürger aus dem benachbarten Wolfurt nach Bregenz kommen, um teilzuhaben an diesen Einrichtungen. So bietet beispielsweise Bregenz an jedem Tag für seine alten Menschen eine eigene Veranstaltung auf den verschiedensten Gebieten an, unterhaltende Veranstaltungen, Veranstaltungen für die Weiterbildung, Veranstaltungen zur Erhaltung der Gesundheit und dergleichen mehr. So hat Bregenz beispielsweise, auch das gehört zum Sozialkapitel, noch immer aus letzter Zeit, das sei zugegeben, die einzige Tagesheimstätte in ganz Vorarlberg zur Betreuung der Kinder berufstätiger Eltern, den Ganztagskindergarten, der gebaut wurde, und wir werden in wenigen Jahren mit dem Bau eines weiteren Ganztagskindergartens in Vorkloster beginnen können. Anlässlich des Jubiläums der Familienhelferinnenschule wurde beispielsweise berichtet, und zwar von Funktionären, die Ihrer Partei sehr nahe stehen, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß Bregenz die meisten Familienhelferinnen beschäftigt, und daß man im Lande Schwierigkeiten habe, überhaupt die Familienhelferinnen bei den diversen Gemeinden unterzubringen, weil viele Gemeinden, obwohl sie finanziell dazu in der Lage sind, das war die Begründung Ihrer Parteifreunde, nicht meine Begründung, weil diese Gemeinden, obwohl sie dazu in der Lage wären, diese Familienhelferinnen gar nicht beschäftigen wollen. Es gibt beispielsweise einen Behindertenkindergarten und sehr vieles andere mehr. Meine Damen und Herren, die Stadt leistet aber im Sozialwesen über die Grenzen hinaus auch so manches, was woanders nicht üblich ist. Beispielsweise hat sie im letzten Jahr ein ganzes Kinderdorfhaus gestiftet. Sie hat 200.000 S vor wenigen Tagen der Lebenshilfe gestiftet. Sie tut das von Jahr zu Jahr! Fragen Sie einmal, was die ÖVP-Stadt Dornbirn für die Lebenshilfe tut, fragen Sie einmal, was die ÖVP-Stadt Feldkirch für die Lebenshilfe tut. Und nun etwas noch über die Belastung aus diesen sozialen Kosten im Verhältnis zu den Ertragsanteilen. Ich will Ihnen gerade am Vergleich mit Wolfurt hier einmal zur Kenntnis bringen, weil immer wieder Sie den Herrn Kollegen Waibel hier als Referenten ans Rednerpult schicken, um wie gesagt die Diskussion über das Landesbudget zumindest zum Teil als Diskussionen über die Gemeinden zu nutzen. Es hat ja der Kollege Tizian, der lange Zeit Präsident des Vorarlberger Landtages war, ja schon schriftlich erklärt, ich kann Ihnen das Schriftstück zur Verfügung stellen, daß das die alte Methode der ÖVP in diesem Lande ist und immer war, eine Gemeinde gegen die andere auszuspielen. Sie, Herr Kollege Waibel, haben in diesem sich gegenseitigen Ausspielen immer für die ÖVP offensichtlich eine strategisch wichtige Rolle gespielt. Vergleichen wir also an Zahlen das, was Sie vorher angeschnitten haben, die Ertragsanteile. Wolfurt bekommt beispielsweise im Jahre 1981 2981 S an Ertragsanteilen pro Kopf seiner Bevölkerung. Nach dem abgestuften Bevölke-

rungs... (Zwischenruf Waibel: Wir sind in der Guppe 9!) wir kommen gleich zum Sozialen, das gehört nämlich zum Verständnis dazu, Bregenz bekommt pro Kopf seiner Bevölkerung 4439 S aus den Ertragsanteilen. Wenn wir jetzt die Landesumlage betrachten, so zahlt aber Wolfurt nur die Hälfte von Bregenz und zur Sozialhilfe, Herr Kollege, weil Sie gemeint haben, Sie bekommen zu wenig aus dem Sozialhilfepotenzial (Zwischenruf Dr. Mandl: Das geht ja nicht nach den Ertragsanteilen, sondern nach der Finanzkraft!) Ja nach der Finanzkraft, (Zwischenruf Dr. Mandl) die aber mit der wirklichen Finanzkraft, Herr Statthalter, nichts zu tun hat. Zur Sozialhilfeumlage, das gehört zu diesem Kapitel, Herr Kollege Waibel, Sie haben das angeschnitten, Sie haben gemeint, Sie kriegen zu wenig. Sie zahlen pro Kopf der Bevölkerung 387 S für Sozialhilfe, während Bregenz pro Kopf in den Landestopf 640 S, also nahezu das Doppelte von Wolfurt, in diesen Sozialhilfepotenzial bezahlt. Wenn man dann ausrechnet, was in der Bilanz zwischen Ertragsanteilen und zentralörtlichen Ausgaben übrigbleibt, so sieht man, daß unter dem Strich für die zentralörtlichen Gemeinden weniger übrigbleibt, als es beispielsweise für Wolfurt der Fall ist. Meine Damen und Herren! Also wenn Sie künftighin wieder einmal den Kollegen Waibel aus Wolfurt ans Rednerpult schicken, damit Sie nach der Taktik «angreifen ist besser als über das eigene Landesbudget zu reden», dann sollten Sie einen Gemeindevertreter wählen, der mit besseren eigenen Beispielen aufwarten kann, als das für den Kollegen Waibel der Fall ist.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Grabher.

Grabher Hoher Landtag! Anlässlich der Ausschlußberatung für dieses Budget hat u.a. auch der Präsident gesagt, daß wir alle Gedanken anstellen müssen, wie wir doch die ungeheure und auf die Dauer und für die Zukunft gesehen untragbare Kostenexplosion beim Kapitel Sozialhilfe irgendwie eindämmen können. Das waren Worte, die ich schon vor Jahren hier, zumindest im alten Haus am Rednerpult, ebenfalls dargelegt habe mit dem Hinweis, daß man sich einfach wieder einmal an das Verursacherprinzip erinnern muß und habe letztes Jahr auch dazu den Vorschlag gemacht, daß unter der bewährten Stabführung von Landesrat Mayer eine Enquete durchgeführt werden soll, wie man eben diese ungeheuren Kosten eindämmen kann. Statt dessen führen wir hier eine fast beschämende Diskussion. Wir halten uns gegenseitig, zumindest die Schwarzen den Roten und die Roten den Schwarzen, vor, was für hohe Pflegesätze sie in ihren Altersheimen bzw. Chronisch-Krankenstationen haben, ungeachtet dessen, daß dies die anderen Gemeinden ganz ordentlich mitbezahlen. Und zwar deswegen, weil das Land die Finanzkraftberechnung immer noch nach einem Schlüssel durchführt, der äußerst ungerecht ist. (Zwischenruf) Ich könnte Dir aber schon die Zahl sagen, die Lustenau beispielsweise für Bregenz mitzahlen muß durch die erhöhten Pflegesätze. Aber es geht doch darum, es sollte uns allen gemeinsam darum gehen, diese Kostenexplosion irgendwie in den Griff zu bekommen.

Falschlunger: Meine Damen und Herren, ich mache Sie

noch einmal darauf aufmerksam, es ist vier Uhr nachmittags, wir befinden uns in der Gruppe 4. Zum Wort ist der Abg. Jäger gemeldet; ich erteile es ihm.

Jäger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich muß mich jetzt doch noch einmal mit dem Herrn Bürgermeister Mayer befassen, und zwar auf Grund der Vorkommnisse heute vormittag, insbesondere als sich der Abg. Waibel zum Wort gemeldet hat, denn das muß noch einmal richtig und klargestellt werden, insbesondere deshalb, weil der Bürgermeister Mayer, als Bürgermeister Waibel hier gesprochen und ihm erwidert hat, sich in provokanter Art dahinten unterhalten, also abgewendet und nicht zugehört hat. Ich möchte sagen, das ist unfair und unkollegial, Bürgermeister Mayer greift an, der Bürgermeister Waibel kontert, er hört nicht zu. Das ist geradezu eine Mißachtung und eine Verachtung des Abgeordneten, der hier redet und der auf die Argumente, die der Bürgermeister Mayer vorgebracht hat, eingeht. Der Bürgermeister Mayer hat auch vom Statthalter geredet. Er hat gesagt, der war ja auch nicht da. Das ist ein großer Unterschied, der Statthalter hat nicht geredet, Bürgermeister Mayer redet und bringt alles Mögliche vor, und wenn man dann zurückschießen will, wenn man dann zurückschießen will, dann trifft man nicht, aber nicht deshalb, weil die Gegenargumente nicht sitzen, sondern weil der Bürgermeister Mayer nicht dasitzt, sich in provokanter Art abwendet oder aber hin- und herflitzt. In dem Zusammenhang etwas: wenn der Kollege Keckeis sich heute am Vormittag darüber aufgeregt hat, weil der Abg. Berchtold gesagt hat, daß er - Dr. Keckeis - mit neun Hanseln in der Feldkircher Stadtvertretung sitze, gut, er hat es mit Bedauern zurückgenommen, dann würde ich fast sagen, wenn ich das Ganze bedenke: Lieber ein Hansl, der sitzt, als ein Mayer, der flitzt, aus und ein flitzt! (Heiterkeit - Zwischenrufe - Glocke)

Falschlunger: Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß diese Dinge so nicht zur schnelleren Abwicklung der Tagesordnung Führen. Das Wort hat der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich habe mir gestern zweimal die Freiheit genommen, Ausführungen des Bregenzer Bürgermeisters zu korrigieren, weil sie nicht stimmten. Ich muß heute wiederum eine Debatte fortsetzen, die nicht ich angefangen habe, die aber einfach dazu herausfordert, die Dinge beim Namen zu nennen. Das eine ist die Spende, die angebliche Spende der Stadt Bregenz an die Vorarlberger Lebenshilfe. Damit ist offensichtlich die Veranstaltung «Musik hilft helfen» im Bregenzer Festspiel- und Kongreßhaus gemeint. Um es klar zu sagen, es handelt sich dabei offensichtlich um die unentgeltliche Zurverfügungstellung des Bregenzer Festspielhauses für diese Wohltätigkeitsveranstaltung; von einer Barspende der Stadt ist mir als städtischem Mandatar (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Aber die Stadt Bregenz hat einen Scheck von 200.000 S gegeben!) von einer Barspende, von einer Barspende, von einem Scheck von runden 200.000 S ist mir als städtischem Mandatar, und ich müßte es ja schließlich, ich müßte es ja schließlich wissen, bis heute nichts bekanntgeworden, Herr Bürgermeister!

(Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Ist ein Scheck denn kein Geld?) Es kann sich also nur um die unentgeltliche Zurverfügungstellung des Bregenzer Festspiel- und Kongreßhauses handeln. Das ist natürlich ganz etwas anderes, wenn man etwas einmal ausleiht. Wir müssen aber etwas dazu sagen, der ORF, der ORF hat seit Jahren diese Veranstaltung mustergültig auf eigene Kosten veranstaltet und organisiert, und auch heuer hat er es wieder. Die Stadt Bregenz trat als Mitveranstalter auf, weil sie eben das Festspielhaus gratis zur Verfügung stellt. Wenn jemand Dank verdient in diesem Zusammenhang, dann sind nach diesem doch etwas eigenartigen Eigenlob des Bürgermeisters in erster Linie der ORF und in ganz besonderer Weise die vielen hundert Besucher zu nennen, diese Besucher, die aus dem ganzen Land gekommen sind. Ich schätze, daß etwa ein Viertel davon Bregenzer waren und drei Viertel Auswärtige, die in überaus hochherzigem Maße für die Ärmsten spendiert haben. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, daß man mit dem nun hier große Dinge verkündet. Und wenn, und wenn (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Landesrat Mayer weiß Bescheid!) bittschön, Herr Bürgermeister, wenn Sie anderer Meinung sind, dann kommen Sie her und sagen Sie, wo das die Stadtvertretung oder der Stadtrat beschlossen hat oder wann es noch beschlossen werden soll. Bis jetzt ist das jedenfalls nicht geschehen. Zu etwas anderem, zu etwas anderem, die Gebühren der städtischen Alterheime werden sicher in der Stadtvertretung breit diskutiert werden. Ich stelle nur fest, daß das Altersheim Schloßbergstraße 167 S letztes Jahr pro Tag gekostet hat und heuer um 43 S mehr, d.h. im nächsten Jahr um 43 S mehr kosten soll, d.i. also eine stolze Steigerung von schätzungsweise 25%. Ich stelle weiters fest, daß im Tschermakgarten, ein durchaus modernes Altersheim, der Monatsbetrag, den ein Rentner, ein Pensionist, Herr Kollege Dr. Keckeis, wenn Sie endlich zuhörtä täten, wers ou besser. In der ersten Bank wie die Lümmel do drin hocka und dauernd bloß dazwischerufo, hotjo koan Sinn. (Glocke - Vizepräsident Falschlunger: Führen Sie keine Zwiegespräche bitte!) Jawohl, ich nehme es zur Kenntnis! Im Tschermakgarten, einem sicher sehr modernen Altersheim, kostet der Monatsbetrag inklusive Umsatzsteuer jetzt schon 7800 S, und das gleiche, der gleiche Betrag, grosso modo würden Sie sagen, kostet es auch in der Kronhalde, und die Kronhalde ist vom Standard, vom Standard, vom Bauzustand und all diesen Dingen her nicht mit einem der moderneren Altersheime zu vergleichen. Darüber daß in Bregenz die Senioren, unsere Senioren, schon an die 8000 S, genau 7800 S im Monat zu bezahlen haben, und daß dadurch ein Großteil, ein wesentlicher Teil der Heimbewohner zu Sozialhilfeempfängern gemacht werden, werden wir noch an anderer Stelle reden müssen. Wir glauben, daß es nicht der richtige Weg ist, daß Senioren, die ihr Lebtag lang gearbeitet haben, im Altersheim zur Sozialhilfe kommen müssen.

Falschlunger: Das Wort hat Herr Landesrat Mayer.

Mayer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sichtlich hat man sich an der Höhe der einzelnen Pflegesätze für Alters- und Chronischkrankenstationen er-

regt. Gestatten Sie mir daher, daß ich ganz kurz einmal auf die Situation eingehe. Ich möchte hier feststellen, daß die Gestaltung der Preise selbstverständlich im freien Ermessen des einzelnen Rechtsträgers steht und dieser Rechtsträger natürlich auch die volle Verantwortung für die Kostenhöhe hat. Wir haben in unserem Lande Städte und Gemeinden sowie Rechtsträger, die der Ansicht zuneigen, daß sie der Vollkostenrechnung huldigen müssen, d.h. daß sie alle nur möglichen Sätze in den Tarif einbauen müssen, und wir haben andere Institutionen, Rechtsträger, die der Ansicht sind, daß man hier Sozialtarife vorschreiben muß. Beide Ansichten haben etwas für sich. Nur, Herr Bürgermeister Mayer, ich darf hier dezidiert feststellen, ich achte an und für sich die Einrichtungen des Tschermakkartens, das ist bestimmt ein modernes Haus. Nur so zu tun, daß das der Nabel der Welt wäre, das wäre doch etwas zuviel gesagt. Es gibt in unserem Land viele moderne, zweckmäßig Einrichtungen, die ohne weiteres an diesen von Ihnen genannten Standard herankommen. Natürlich würde ich mich als Sozialreferent außerordentlich freuen, wenn ich erfahren könnte, wo Sie bzw. über welche Kanäle Sie der Lebenshilfe 200.000 S zukommen lassen möchten, weil dies bisher nicht der Fall war. Bisher hat sich die Stadt Bregenz standhaft und mannhaft geweigert, entsprechende Mittel flüssig zu machen. Wenn das nicht die vom Kollegen Dr. Bernhard angezogene ORF-Veranstaltung wäre, würde ich mich als Sozialreferent außerordentlich freuen.

Ich darf dem Hohen Hause mitteilen, daß sich auch der Sozialhilfebeirat mit der Gestaltung der Pflegekosten in Altersheimen beschäftigt hat, daß dort die gemeindlichen Vertreter insbesondere die Auffassung vertreten haben, man sollte versuchen, ich betone ausdrücklich, versuchen, einen gewissen Richtwert pro Altersheimplatz zu bekommen; wengleich ich mir über die Schwere dieser Aufgabe bewußt bin, möchte ich doch versuchen, im Laufe des Jahres hier die Diskussion zu entwickeln, obwohl ich weiß, daß letztlich der Rechtsträger die Möglichkeit hat, hier frei zu entscheiden und die Aufgabe der Aufsichtsbehörde es ist ja nur festzustellen, ob Kosten in diesen Pflegesätzen enthalten sind, die budgetär im Haushalt nicht vorgesehen sind. Aber weil natürlich diese Kosten im Sozialhilfebudget ihren Niederschlag finden und im Rahmen des Sozialhilfebudgets ja 67% des Sozialhilfebudgets für Anstalten und Heime gebunden sind. Es ist natürlich legitim zu fragen, ob nicht hier irgendwelche andere Möglichkeiten gefunden werden können und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht gleich überleiten auf die Wortmeldung von Herrn Abg. Grabher, der in etwa gemeint hat. Man müsse sich in Zukunft Gedanken machen, wie die Sozialhilfe überhaupt finanzierbar ist. In diesem Zusammenhang ist doch auch einmal in diesem Hohen Hause zu sagen, daß die Inanspruchnahme der Sozialhilfe von der Vorarlberger Bevölkerung in einem bescheidenen Maße vonstatten geht, was nicht heißt, daß die Kosten in absoluten Zahlen gemessen natürlich sehr hoch sind. Man muß wissen, daß wir im Land Vorarlberg nur, ich sage bewußt nur, 3,5% der Bevölkerung haben, die Sozialhilfe in irgendwelcher Form beziehen, und von diesen 3,5% oder rund 11.000 Personen, rund 1800 Personen in unserem Land zu verzeichnen sind, bei denen Sozialhilfe in Heimen anfällt.

Allerdings, und das ist das Traurige oder das Unangenehme an dieser Sache, daß diese 0,6% der Bevölkerung 67% der Sozialhilfekosten in diesen Heimen beanspruchen und 2,9% der Bevölkerung im wesentlichen ja die Sozialhilfe auf dem Wege von Dauerunterstützungen einschließlich Pflegekinder und für einmalige Leistungen und Beratungsdienste hier in Anspruch nehmen. Ich möchte also nochmals zusammenfassen und auf Ihre Frage zurückkommen, Herr Abg. Grabher, der Anteil der Bevölkerung, dem Sozialhilfemaßnahmen gewährt werden müssen, ist meiner Meinung nach relativ klein und er wird, wenn man die Diskussion um die wirtschaftliche Situation in unserem Lande verfolgt hat, meiner Meinung nach in Zukunft nicht kleiner werden können, weil die Schwierigkeiten, die sowohl im Rahmen der Wirtschaftsdiskussion als auch im Rahmen der Wohnbaudiskussion hier offen ausgebreitet worden sind, nicht den Schluß zulassen, daß hier wesentliche Senkungen in der Gesamtsumme erreicht werden können. Um was es geht und um was wir bemüht sind, ist eine gewisse Umschichtung und ich glaube doch darauf hinweisen zu müssen, daß gerade durch die Installation ambulanter Dienste hier ein Auffangnetz und eine Umschichtung erzielt worden ist und bereits jetzt Maßnahmen fruchten, die zu einem geringeren Steigerungssatz hinführen. Ich glaube, daß es einfach notwendig ist, die Versorgung im Nahraum zu forcieren und ich bin zutiefst überzeugt, daß nur dann die Bewältigung des sozialen Problems möglich sein wird, wenn es gelingt, die Probleme im Nahraum in den einzelnen Gemeinden oder Sozialsprengeln aufzuarbeiten.

Wir sind an und für sich doch sehr sehr weit vorangekommen, weil wir, insbesondere was die Infrastruktur und was die ganzen ambulanten Dienste angeht, doch in etwa eine Struktur haben, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen wird und wir stellen auch gerade fest, daß die vielen Beratungsdienste, die in den Bezirksstädten und in den Talschaften eingerichtet worden sind, von der Bevölkerung in vermehrtem Maße in Anspruch genommen werden und hier komme ich auf die Anregung und auf die Meinung des Herrn Abg. Dr. Mader in der Generaldebatte zurück, der ja wissen wollte, wie die Kosten sich hier auswirken. Man muß wissen, daß natürlich gerade die Beratungsstellen des Institutes für Sozialdienste nicht nach einem Subventionsschema abgewickelt werden, sondern nach einem Tarif auf Grund von Einzelstunden und hier natürlich die gesamte Palette der Beratungen, seien es nun Ehe-, Familien-, Jugend- oder Erwachsenenkontingente, abgewickelt werden. Ich habe mich noch genau erkundigt, es ist davon auszugehen, daß hier die Kosten für die Eheberatung und für die Erwachsenenberatung in diesem Jahr rund 6,5 Mio. S betragen werden. (Zwischenruf Dr. Mader) daß die Kosten für Erwachsenenberatung 6,5 Mio. S betragen werden. Die Frau Abg. Langanger, meine Damen und Herren, hat in ihren Ausführungen die Meinung vertreten, daß sie sich, und selbstverständlich nehme ich an, die Sozialistische Fraktion, voll identifiziert. in der Form, daß es einfach notwendig ist, wenn jemand sozial schwach ist, daß er Anspruch auf Hilfe hat und nicht betteln gehen müsse. Ich glaube, das ist eine allgemeine Weisheit, der sich auch das ganze Haus an-

schließen wird. Wir von der Landesregierung vertreten die Auffassung, daß selbstverständlich der sozial Schwache einen rechtlichen Anspruch auf Hilfe haben muß, eine Tatsache, die ja im übrigen im Sozialhilfegesetz den Niederschlag gefunden hat. Und, Frau Abgeordnete, ich weiß nicht, ob Sie sich alle Maßnahmen vor Augen geführt haben, als Sie sich hier zu Wort gemeldet haben, wenn Sie sagten, daß die Familienhilfe nicht entsprechend gefördert wird. Hier vergessen Sie, daß z.B. in den letzten Jahren die Beiträge für die Familienhelferinnen um ein Vielfaches erhöht worden sind, heute bei rund 70.000 S stehen, vor rund fünf Jahren auf 25.000 S gestanden sind. Und Sie kamen dann in Ihrer Aussage auch auf das komplexe Thema der Drogen zu sprechen. Ich glaube doch nachweisen zu können, Frau Abgeordnete, daß in unserem Land in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz und in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Minister hier Maßnahmen gesetzt werden oder gesetzt wurden, die zwar noch nicht, die zwar noch nicht alles beinhalten, was wir uns vorstellen, weil es in dieser Zeit gar nicht möglich ist, weil es in erster Linie keine Frage des Geldes, sondern eine Frage des entsprechenden Personals ist. Aber ich glaube, man muß sich natürlich, und auch Sie werden sich klar werden müssen, wie die Entwicklung auf dem Drogensektor gehen soll, und zwar gesamtstaatlich. Ob man auf dem Standpunkt bleibt, der derzeit im Suchtgiftgesetz verankert ist, nämlich das Verbot des Drogenkonsums mit den ganzen Konsequenzen, wobei wir uns, ich glaube, wie Sie, zum Grundsatz «Therapie statt Strafe» bekennen, aber man muß sich natürlich im klaren sein, daß wir ein Bundesgesetz haben, das die Einnahme von Drogen unter Strafe stellt, ein Dreiparteiengesetz mit allen Fehlern, die solchen Kompromißlösungen anhaften. Wenn man die Meinung vertritt, daß hier eine Lockerung Platz zu greifen hätte, dann müßte man das auf Bundesebene initiieren. Die Meinungen, die wir von Fachleuten zur Verfügung gestellt bekommen, lassen den Schluß nicht zu, daß es günstig für die Gesellschaft wäre, wenn hier Lockerungen eintreten würden. Bei allem Engagement für die Therapie und für die Behandlung Drogensüchtiger dürfen wir eines nicht vergessen, nämlich daß es ohne Motivation, ohne Motivation des Einzelnen nicht möglich ist. Sie wie ich wissen doch, daß trotz bester Einrichtungen, trotz eines Behindertengesetzes, das uns in die Lage versetzt, jede Behandlungsstelle des In- und Auslandes aufzusuchen, es einfach nicht möglich ist, hier optimale Freiwilligkeit und Motivation zu erreichen. Sie haben, Frau Abgeordnete, auch die Frage nach den Ursachen gestellt und ich stehe nicht an zu verschweigen, daß natürlich auch in unserem Land, wie schon Herr Abg. Stadelmann hier heraußen diskutiert hat, nicht alles zum besten bestellt ist, was die Sozialstrukturen angeht. Ich glaube, hier sind wir ziemlich auf einer Linie. Es ist zwar unbestritten, daß durch eine, wie ich glaube, sehr gute Sozialgesetzgebung die materielle Not im wesentlichen beseitigt ist, daß wir es aber heute mit einem anderen Phänomen zu tun haben, das ich einmal das Gesicht einer neuen Armut nennen möchte und das sich im wesentlichen mit jenem deckt, was Sie in den Raum gestellt haben, nämlich Zunahme von psychischen Krankheiten, Zunahme von Lern- und Schul-

schwierigkeiten, Zunahme von psychosomatischen Beschwerden, Zunahme von Alkohol- und Drogensucht und leider Zunahme von Selbstmorden und Zunahme einer Kriminalität. Und ich glaube, wenn Sie die Frage nach dem warum gestellt haben, so wird es nicht möglich sein, im Rahmen dieser Diskussion eine erschöpfende und ausreichende Antwort zu geben. Aber zweifelsohne ist eine der Ursachen die Sinnlosigkeit, die sich in der Jugend breitgemacht hat, es ist die abhandengekommene Kreativität, und es ist zweifelsohne auch die mangelnde Autorität. In allen Untersuchungen, und da kommen wir nicht herum, zeigt sich eben, daß die Familien leider nicht mehr in der Lage sind, hier als Auffangbecken zu fungieren, und daß es nicht ausreicht, meine Damen und Herren, daß es nicht ausreicht, die Familien nur mit finanziellen Begünstigungen auszustatten, so notwendig diese sind, sondern daß es notwendig sein wird, hier die Familie überhaupt zu stützen, weil heute bei allen Untersuchungen ein Übergang zwischen dem Symptomträger Kind zum Problemträger Erwachsener festzustellen ist. Sie sagten, Frau Abgeordnete, hier trennen uns Welten. Trennen uns wirklich hier Welten? Ich glaube es nicht ganz, auch wenn ich voll überzeugt bin, daß die Vision eines Karl Marx nach einer klassenlosen Gesellschaft eben eine Vision und eine Utopie bleiben muß, und daß auch das irdische Paradies eine Illusion ist. Wir vertreten die Auffassung, daß wir Lösungen dem einzelnen Mitmenschen anzubieten haben, ich glaube, auch hier sind wir völlig eins, Lösungen anzubieten haben, die rasch und schnell dem einzelnen eben Hilfe bieten, wohl wissend, daß wir dem einzelnen Mitbürger kein Schlaraffenland anbieten können. Was wir brauchen, und ich sage das zum x-ten Mal auch in diesem Haus, was wir brauchen, ist eine Sensibilisierung des Menschen, ist unbedingt die Delegation der Verantwortung in den Nahraum um die Probleme in diesem Nahraum im Rahmen der Gemeinde, des Sozialsprengels aufzuarbeiten, wobei wir die Aufgabe haben, durch entsprechende Stützungsmaßnahmen, sei es mit ambulanten Diensten, sei es im Rahmen der Hauskrankenpflege, der Familienhilfe, hier ein Korsett zu geben. Aber ich bin überzeugt, daß es ohne Engagement des Einzelnen und ohne Eigenverantwortung nicht möglich sein wird, die Probleme hundertprozentig in den Griff zu bekommen.

Noch ein Wort zu dem von Ihnen angezogenen Frauenhaus. Ich bin dieser Initiativgruppe sehr dankbar, daß sie das Problem «Gewalt in der Familie» transparent gemacht hat. Und ich bin gerade als Sozialreferent, der doch laufend mit den Problemen unserer Mitbürger Kontakt hat, mir völlig im klaren, daß es solche Probleme gibt und daß diese Probleme auch einer Lösung zugeführt werden müssen. Ich habe deshalb das Ansuchen dieser Gruppe, das im wesentlichen eine Förderung von 1.2 Mio. S zum Inhalt hatte, das aber, wenn man es genauer angeschaut hat, doch Kosten von über 2 Mio. S bedurft hätte, dem Sozialhilfebeirat vorgelegt, einer Institution, in der ja neben entsprechenden Mitgliedern aus der freien Wohlfahrtspflege die Mehrheit von gemeindlichen Vertretern ist. Hier ist festgestellt worden, daß dieses Problem durchaus aktuell ist, daß man sich dieses Problems anzunehmen hat, aber daß es hier preisgünstigere und

zweckmäßigere Lösungen im Rahmen der Problemgemeinden geben kann und geben wird. Es lag auch eine dementsprechende Konzeption vor, die eindeutig den Schluß zuläßt, daß diese in Form nicht von Kleinwohnungen, wie Sie vielleicht meinen, sondern von entsprechenden Wohneinheiten in den städtischen Agglomerationen zu erreichen ist, mit dem Vorteil, daß es wesentlich preisgünstiger und billiger ist, und zweitens daß dadurch auch die soziale Infrastruktur unseres Landes, die sozialen Dienste in Anspruch genommen werden können. Frau Abgeordnete, ich sage ganz offen, nennen Sie mir ein einziges Land, ein einziges Bundesland, das mehr Aktivitäten, mehr gesamthafte Aktivitäten auf dem Sozialsektor hat und das mehr und das mehr bitte, und das mehr Steigerungsraten in der Behindertenhilfe und der Sozialhilfe aufzuweisen hat.

Ein letztes noch zu der Wortmeldung Dr. Mader, der das sehr heikle Thema angerissen hat mit dem 20%igen Taschengeld, das den Insassen eines Altersheimes bzw. einer Chronisch-Krankenstation zur Verfügung gestellt wird. Diese Frage war auch Gegenstand der Sozialreferentenkonferenz in Salzburg und ich gestehe ganz offen, daß ich für den jetzigen Zeitpunkt die Zeit nicht reif sehe, hier eine Lösung zu finden, weil es illusorisch ist, anzunehmen, daß ein Land hier im Rahmen der Sozialhilfegesetzgebung eine Änderung vornimmt. Hier könnte eine Änderung nur durch gemeinsame Aktivitäten seitens des Bundes im Rahmen des ASVG und seitens der Länder erfolgen. Ich verhehle nicht, daß die Argumente des Herrn Dr. Mader einiges für sich haben, und daß man sich über diesen Fragenkomplex in Zukunft sicherlich unterhalten wird müssen.

Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Klubobmann Winder.

Winder: Meine Damen und Herren! Zunächst einmal einige Worte zur offensichtlich eingeplanten Strategie des Klubs der Volkspartei, hier einen Zangenangriff auf den Parteiobmann der Sozialistischen Partei zu üben. Wir kennen nun inzwischen die Strategie: Sie beginnt so, daß der Kollege Waibel hier heraußen Angriffe gegen Bregenz führt, dann verteidigt sich der Kollege Mayer, das macht dann die ÖVP derartig unruhig, daß sie ihn mit Zwischenrufen eindecken, die bis auf den Zanzenberg hinaufreichen, und am Schluß kommt immer offensichtlich derjenige, der das Ganze nachher wieder ins richtige Lot bringt, nämlich der Kollege Bernhard. So spielt sich das ab und wir haben langsam den Eindruck, daß es hier nicht mehr um die Verantwortung der Landesregierung gegenüber dem Landtag geht, sondern um die Verantwortung des Bregenzer Bürgermeisters. Und, Herr Kollege Jäger, wenn Sie hier zu lächeln geruhen, ich würde an Ihrer Stelle nicht hier von Davonflitzern reden. Sie vergessen nämlich den Davonflitzer, der neben Ihnen sitzen sollte, in der Bank neben Ihnen. Wenn man im Glashaus sitzt, Kollege Jäger, dann soll man nicht mit Steinen werfen. Bringen Sie zuerst Ihren Abgeordneten aus der Karibik zurück, unsere Sorge lassen Sie es sein, den Kollegen Mayer hier zu haben. Einen

Satz zum Kollegen Bernhard. Wenn Sie gemeint haben, die Stadt Bregenz tue nichts für die Lebenshilfe, habe ich das richtig so verstanden? - dann weiß ich nicht, waren Sie Zeuge oder waren Sie nicht Zeuge, wie wir letzte Woche im Finanzausschuß über die Finanzierung des Lebenshilfezubaues geredet haben? Es hat dort eine interessante Diskussion gegeben, an der sich sowohl der Kollege Mayer wie der Kollege Mandl beteiligt hat, ich will das abkürzen, jedenfalls hat der Kollege Mayer dort erklärt, wir werden nicht kleinlich sein, wir werden unseren Teil an der Restfinanzierung dieses Zubaues übernehmen. Jeder, der im Finanzausschuß saß, war Zeuge dieser Zusage. Der Kollege Mayer hat inzwischen diese von der Lebenshilfe gewünschten 200.000 S übernommen, zahlt sie aus, es besteht daher überhaupt kein Anlaß, daß Sie hier dagegen polemisieren, Kollege Bernhard! Ich verstehe wirklich Kritik eines Oppositionspolitikers schon, aber wenn Sie so weitermachen, wie Sie hier den Kollegen Mayer kritisieren, dann garantiere ich Ihnen, dann sind Sie in 50 Jahren immer noch in der Opposition, wenn Sie es erleben sollten. Soviel zu diesen zwei Bemerkungen. Jetzt möchte ich mich zunächst mit der Sozialhilfediskussion beschäftigen. Zunächst einmal würde ich davor warnen, und zwar nicht nur den Kollegen Bernhard, der das nicht nur heute hier getan hat, sondern schon in Presseaussendungen, Altersheiminsassen zu Sozialhilfeempfängern abzustempeln. Das ist ein Weg, den Sie sich sehr gut überlegen müssen. Das wird nämlich in Zukunft, Kollege Bernhard, unausweichlich sein. Denn die Pensionen, die unsere Altersheiminsassen bekommen, werden niemals Schritt halten können mit den Kosten, die wir in den Altersheimen bekommen. Diese Schere geht auseinander, ob wir wollen oder nicht, und über kurz oder lang wird ein immer größerer Prozentsatz der Mitbürger, die in den Altersheimen leben, Sozialhilfeempfänger sein. Und wenn Sie sagen, man solle nicht Menschen zu Sozialhilfeempfängern stempeln, dann tun Sie diesen Menschen keinen guten Dienst. Nach dieser Aussendung hat mich eine Bewohnerin des Tschermakgartens in Dornbirn angerufen, die war zutiefst aufgescheucht, innerlich aufgescheucht darüber, daß Sie jetzt sozusagen ein Fürsorgeempfänger, ein Sozialhilfeempfänger sei. Es hat meiner ganzen Überredungskraft bedurft, um dieser alten Dame zu versichern, daß sie damit ein genauso vollwertiges Mitglied unserer Vorarlberger Gemeinschaft ist wie jeder andere, der keine Sozialhilfe bezieht. Wenn man das tut, dann stellt man das Sozialhilfegesetz mit seiner ganzen Errungenschaft in Frage. Und ich frage Sie wirklich, ist das der Sinn eines christlichen Politikers, älteren Menschen ein solches Bewußtsein einzupflanzen? Ich hoffe, daß meine Ausführungen Ihnen hierzu denken geben. Gehen Sie nicht weiter auf diesem Weg, diskutieren Sie von mir aus über die Kosten in den Altersheimen, aber bitte nicht auf Kosten der Mitbürger, die in den Altersheimen und in den Pflegestationen leben.

Ich verstehe an sich nicht ganz, Kollege Grabher, vielleicht können wir uns einmal ausführlicher darüber unterhalten, was Sie mit dem Verursacherprinzip bei der Sozialhilfe meinen. Vielleicht ist es gut, wenn der Sozialpolitische Ausschuß wieder einmal eine Sitzung macht, das geschieht ja auch nur alle heiligen Tage einmal, eine Sitzung macht.

und daß wir dort einmal wirklich ausführlich und gründlich darüber reden. Denn so wird es einfach hingestellt und bleibt dann im Raum stehen, das tut nicht gut. Denn wer sind denn die Verursacher der Sozialhilfekosten, wer sind sie denn? Es ist ja nicht immer nur die Situation des Einzelnen, es ist nicht immer nur der in Not Geratene selber schuld dran, sondern es sind oft auch die gesellschaftlichen Umstände, die den Bezug der Sozialhilfe überhaupt notwendig machen. Und noch ein Wort zu der Diskussion, die modisch geworden ist in diesem Land. Es gehört offensichtlich zum guten Ton, sich über die Mißstände in der Sozialhilfe auszulassen. Und wenn man die beiden großen Tageszeitungen in den letzten Monaten gelesen hat, dann hat man den Eindruck, als ob es in unserem Land immer wieder Fälle von Mißbrauch gäbe, Leute, die sich auf Kosten der Sozialhilfe sozusagen einen schönen Tag machen. Niemand wird das bestreiten, solche Einzelfälle gibt es, solche Einzelfälle hat es immer gegeben. Es wird immer jemand geben, der den Staat und seine Leistungen ungerechtfertigt bezieht, der ihn übers Haxl haut. Nur ist es eben Sache der Gesellschaft und ihrer Vertreter hier, zu überlegen, was im Effekt wichtiger ist: Ob man dieses kleine Promill an Mißbrauch in Kauf nimmt, um des guten Zweckes, ich glaube ja. Es gibt natürlich Leute, die sagen nein, wegen des Mißbrauchs müssen wir das Sozialhilfegesetz ändern. Nur muß man die Relationen sehen. Ich glaube, daß man das einfach nicht mit Schlagzeilen machen kann, sondern man muß die Relationen sehen. Wenn es richtig ist, Herr Landesrat, was Sie sagten, daß wir etwa 3/2 oder etwas mehr Prozent an Sozialhilfeempfängern haben, dann sind das ungefähr 10.000 Sozialhilfeempfänger. Wieviel Mißbräuche hat man uns bis heute gesagt, von nachgewiesen gar nicht zu reden. Es waren drei oder vier, winzige Promille; das stellt die Relation wieder her. Und wenn es Bürgermeister gibt, die in das gleiche Höm blasen, dann muß man sagen, die Herren Bürgermeister sollen sich gefälligst in ihren eigenen Gemeinden darum kümmern, daß keine Mißbräuche passieren, denn dazu sind sie ja da. Ich kann es nicht glauben, daß Zuhälter auf Kosten der Sozialhilfe in den Spitälern untergebracht sind. (Zwischenruf Mayer: Gibt es auch nicht!) Kollege Mayer auch nicht, denn ich kenne den Zuhälter nicht, der in der Gemeinde, wo er wohnt, nicht bekannt ist. Hier müssen sich die Herren Bürgermeister also doch selber bitte bei ihrer Verantwortung nehmen und keine Gerüchte in die Welt setzen, die dann aufgebauscht werden, und wenn sie in die Zeitung kommen, schlußendlich ein Argument abgeben, mit dem wir uns alle dann in den Wirtschaften und sonstwo herum schlagen müssen.

Jetzt hätte ich noch gerne ein Wort zu der vom Kollegen Waibel angerissenen Diskussion über die Situation unserer älteren Mitbürger gesagt. Der Kollege Waibel hat gemeint, die Situation sei nicht dramatisch, wörtlich: nicht dramatisch! Das mag statistisch seine Richtigkeit haben. Wenn man grosso modo über das Land fährt, wird man feststellen, die Situation ist nicht dramatisch. Aber kann man wirklich die Not älterer Mitbürger einfach statistisch abtun, Kollege Waibel? Denn im Einzelfall, im Einzelfall ist die Situation dramatisch, und sie ist nicht nur im Einzelfall dramatisch, sondern sie ist sogar kommunal und sie ist

regional dramatisch. Wenn Sie den Kopf schütteln, Herr Kollege Waibel, darf ich Ihnen hier zeigen: Bericht der «Neuen» über die Situation im Montafon; Überschrift «Zu wenig Platz für die Alten im Montafon». Ich lese Ihnen nur ein paar Sätze vor, damit Sie sich der Dramatik auch bewußt werden. «Wir haben nicht einmal ein Krankenbett, obwohl wir fünf Pflegefälle haben, die bettlägerig sind», bedauert der Leiter des Altersheimes in Schruns, Herr Farkas. «Ich finde es unverantwortlich, daß die Gemeinden des inneren Montafons nicht für eine eigene Betreuung der alten Leute sorgen. Unser Haus ist ständig überfüllt, mitunter gibt es Wartezeiten von vier bis fünf Jahren» sagt der Verwalter des Altersheimes. «Die rund 14.700 Einwohner zählende Talschaft Montafon verfügt derzeit über zwei Altersheime mit insgesamt 30 Betten. Während man in Schruns seit kurzer Zeit eine ausgebildete Altenpflegerin angestellt hat, die vier weitere Hilfskräfte zur Seite hat, wird das Heim in Bartholomäberg von zwei 78-jährigen Ordensschwwestern betreut, von zwei 78-jährigen Ordensschwwestern. Die Situation im überfüllten Altersheim in Schruns könnte durch eine Altenpflegerin in den einzelnen Gemeinden, die die alten Leute vorwiegend in ihrer gewohnten Umgebung versorgt, deutlich entschärft werden», meint Altersheimverwalter Farkas. «Eine Hausbetreuung für alte Menschen wird es aber in nächster Zeit im Montafon nicht geben, denn der Stand Montafon sieht diese Problematik nicht als vordringlich. Landesrepräsentant Erwin Vallaster: «Man hat über dieses Problem nicht diskutiert, weil wir noch wichtigere Aufgaben zu lösen haben und finanziell ohnedies überlastet sind.» Ich halte diese Situation für dramatisch und offensichtlich mit mir auch der Herr Landeshauptmann, der bei der Bürgermeisterkonferenz in Bludenz ähnliches gesagt hat. Diese Situation ist dramatisch und sie ist auch in einem anderen Bereich dramatisch, auf den der Primarius Dr. König von der Valduna hingewiesen hat. Dr. König sagte, 180 unserer Patienten müßten gar nicht dort sein. Warum sind sie dort? Sie sind in der Valduna, weil sie woanders nicht unterkommen. Sie kommen beispielsweise in Hohenems nicht unter, denn in Hohenems gibt es keine Pflegestation, sie kommen in Dornbirn nicht unter, weil wir viel zu wenig Plätze haben, meines Wissens 18 oder 21. Sie kommen in Lustenau nicht unter, weil es dort 12 Plätze gibt und so kann man die Gemeinden der Reihe nach aufzählen, in denen sie nicht unterkommen. Meine Damen und Herren! Um sich die Größe dieses Problems vorzustellen, muß man sich selber einmal in die Lage dieser Menschen hineinversetzen. Denken Sie einmal weiter, wenn wir 20 oder 30 Jahre älter sind, möchten wir ein solches Schicksal haben? Möchten wir, daß man uns in die Valduna abschiebt? Bei aller Qualität der Versorgung in der Valduna, über die wir nicht zu reden brauchen. Aber möchten wir das haben, meine Damen und Herren? Und was wir selber nicht haben möchten, das sollten wir bitte auch unseren älteren Mitbürgern nicht zumuten, und deshalb glaube ich ist es notwendig, hier mit aller Dringlichkeit auf die dramatische Situation in einzelnen Regionen unseres Landes hinzuweisen. Und, meine Damen und Herren von der Volkspartei, Sie können sich jetzt nicht herstellen und sagen, was können wir dafür? Wenn man die Altenpolitik subsidiär macht, so wie

Sie das tun, dann muß man sich auch der Verantwortung für die subsidiäre Altenpolitik bewußt sein. Dann kann man nicht sagen, wir sind hier nur für diesen Bereich verantwortlich und was die ÖVP im Lande draußen aus unserer Subsidiarität macht, dafür sind wir nicht verantwortlich. Sie sind, Herr Landesrat Mayer, dafür verantwortlich, daß Sie hier im Lande eine initiative Altenpolitik machen und Sie sind für die Ergebnisse Ihrer Politik jedenfalls in den Regionen und Gemeinden verantwortlich, die Sie politisch führen. Und Sie können daher nicht sagen, der Stand Montafon geht uns nichts an. Der Stand Montafon besteht aus lauter ÖVP-Bürgermeistern, wenn man von Vonier in Vandans einmal absieht. Dafür sind Sie mitverantwortlich. Und wenn ich an Sie heute noch einmal appelliere, dann hat das den Sinn, daß Sie nun endlich weitergehen, daß Sie mit diesen Gemeinden draußen reden, damit etwas vorwärts geht. Denn es genügt einfach nicht, wenn Sie uns im Ausschuß sagen, Schruns ist in Planung und noch einige andere sind in Planung. Es genügt mir einfach nicht, wenn man mich in Dornbirn ununterbrochen anruft und fragt, wo man einen Platz bekommen kann in einem Pflegeheim, dann kann ich den Leuten nicht sagen, warten's bittschön, in drei, vier Jahren sind wir so weit, sondern dann setzt immer wieder das gleiche ein, man telefoniert von einem Haus zum andern im Land herum und schlußendlich findet man nichts. Ich muß also wirklich mit allem Nachdruck an die Volkspartei appellieren und an den zuständigen Landesrat, daß hier in der nächsten Zeit Schritte gesetzt werden, damit es weitergeht, damit es vorwärts geht, damit die Leute aus der Valduna herauskommen und damit die Leute wieder in Altersheimen und in Pflegestationen den Platz finden, auf den sie ein Recht haben, wenn sie zuhause kein Unterkommen mehr haben.

Falschlunger: Das Wort hat die Frau Abg. Langanger.

Langanger: Herr Präsident, ich werde mich bemühen, kurz zu sein. Meine Herren! Gestern stand ein junger Kollege der ÖVP-Fraktion an diesem Platz und hat von sich selbst gemeint, er sei ein bemühter Konservativer. In Abwägung dessen sollte ich mich vielleicht als bemühte Progressive einstufen.

Und ich hätte der Frau Kollegin Schönbichler gerne gesagt, sie ist leider nicht da, daß ich mit meinem Bekenntnis zur Familie keinesfalls mit meiner Partei in Schwierigkeiten komme, weil genau dieses Bekenntnis auch in unserem Parteiprogramm steht. Und wenn sie gemeint hat, ich hätte mit dieser Einstellung eigentlich den 500.000 S, die für die Ehe- und Familienberatungsstelle der Diözese Feldkirch aufgewendet werden, zustimmen müssen, dann hat das eine glaube ich nichts mit dem anderen zu tun. Denn das ist für mich bitte keine familienpolitische Maßnahme. Ich möchte mich nicht noch einmal wiederholen, unsere Standpunkte in dieser Frage sind klar, wir halten die Beratungsstellen des Institutes für Sozialdienste als ausreichend und finden, es muß kein Konkurrenzunternehmen finanziert werden. Und um eine wirkliche familienpolitische Maßnahme als ein Beispiel für viele, nämlich eine des Bundes, hier anzuführen, da halte ich halt z.B. die Ausweitung des Mutter-Kind-Passes, die ab 1.1.1982 in Kraft tritt, für ein sehr gutes

und positives Beispiel. Es wird auch ab 1. Jänner 1982 die Geburtenbeihilfe erhöht, und 19.000 S betragen. Das sind für mich echte familienpolitische Maßnahmen.

Herr Landesrat, die negative Entwicklung in Sachen Drogen ist uns halt im Lande davongelaufen und nicht im Bund. Immer wenn man im Land in Argumentations-schwierigkeiten gerät, dann wird halt der Bund herangezogen und zur Verantwortung gezogen. Ich möchte also wirklich die Diskussion nicht mehr verlängern. Aber ich möchte Ihnen eines sagen und Sie an eines erinnern, nämlich an die Aussage des Professors, den Sie so gerne als Zeugen in dieser Sache aufrufen, der im Sozialpolitischen Ausschuß ausdrücklich von «derzeit unhaltbaren Zuständen» in diesem Zusammenhang gesprochen hat.

Kollege Stadelmann, ist leider auch nicht herinnen, ihm möchte ich sagen: Ich glaube, es nützt halt nichts, immer wieder nur den Versuch zu machen, den Menschen eine heile Welt einzureden. Das kommt mir so ein bißchen vor wie Gesundbeten. Ich wäre eine der Glücklichen, wenn man sagen könnte, alle Ehen und Familien sind in Ordnung. Aber so ist es leider nicht. Ich spreche von dem Ist-Zustand, und der ist eben so, daß es sehr sehr viele alleinstehende Frauen und Mütter gibt, und ich finde, wir sind verpflichtet, für diese Familienalleinerhalter unseren Teil beizutragen und ihnen einen gewissen Teil ihrer Sorgen und Lasten abzunehmen.

Und ein Wort noch zur Autorität, denn das ist also auch noch gefallen. Ich glaube, daß eher das Gegenteil der Fall ist, Herr Landesrat, ich glaube eher, daß es der Autoritätsdruck ist, der hier schadet. Denn es ist in diesen Dingen, wie in vielen anderen, auch eben so, es wird halt leider bei uns im Lande sehr vieles unter dem Motto verhandelt: es kann nicht sein, was nicht sein darf. Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß die Entwicklung halt anders gelaufen ist, auch bei uns, auch in Vorarlberg, Herr Landesrat!

Einen Wunsch hätte ich abschließend, der glaube ich leicht zu realisieren wäre: Wenn das Land nur 10% der familienpolitischen, und ich unterstreiche das Wort «familienpolitischen» Maßnahmen des Bundes von sich aus setzen würde, dann wären wir einen beachtlichen Schritt weiter.

Falschlunger: Das Wort hat der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Kollege Winder, Sie haben mich apostrophiert, ich muß daher kurz auf Sie zurückkommen. Ihre Warnung, nicht über das Sozialhilfewesen zu sprechen, weil dadurch die Leute verunsichert werden könnten, weise ich zurück. Ich habe meiner Sorge Ausdruck gegeben, daß die Sozialtarife, also Altersheimtarife, so hoch angesetzt werden, daß sie von vielen unserer älteren Mitbürger nicht mehr aus ihrer Rente, aus ihrer Pension bezahlt werden können. Im Zeichen einer Sozialpartnerschaft, um dieses Wort einmal anders zu gebrauchen, als es sonst gebräuchlich ist, im Zeichen einer richtig verstandenen Sozialpartnerschaft sollten sich die Kommunen bemühen, diese Altersheimgebühren nicht in solche Höhen zu treiben, daß einem das Schwindeln kommt, und das sind Beträge von 7800 S und 7900 S im Monat für alte Leute, Rentner und Pensionisten allemal. Soviel zum einen

Thema.

Zum anderen, Kollege Winder, Ihre Besorgnis wegen der Taktik und wegen des Zangenangriffs finde ich lächerlich. Ich habe gestern vormittag zweimal in die Debatte eingegriffen, nicht nachdem jemand anderer in unserer Fraktion den Bregenzer Bürgermeister attackiert hatte, sondern nachdem der Bregenzer Bürgermeister in einer langen Darlegung Dinge gesagt hat, die ich nicht unwidersprochen lassen konnte, ich habe Richtigstellungen vornehmen müssen. Ich habe allerdings, nachdem das ja zu einer Stadtvertretungs- oder Stadtratsdebatte auszuarten drohte und der Herr Präsident schon besorgt das vermerkt hat, gestern nachmittag und heute vormittag zu längeren Ausführungen meines Kollegen Mayer geschwiegen, obwohl es mich auch hier wiederum zu Richtigstellungen gedrängt hätte. Und von der Wortmeldung des Kollegen Waibel, die heute nachmittag war, war ich überhaupt nicht informiert, ich war überhaupt nicht im Saal. Von einer Zangenangriffstaktik und ähnlichen Dingen kann also wohl nichts übrigbleiben, Herr Kollege Winder!

Und über die Zwischenrufe darf sich die SPÖ-Fraktion also schon zuletzt aufregen. Wer das Zwischenrufwesen oder -wesen so gut beherrscht wie Ihre Fraktion, besonders die drei Herren in der ersten Bank, der darf also wirklich den Vergleich mit dem Glashaus nicht mehr scheuen.

Und nochmals, zur Spende für die Lebenshilfe. Der Herr Bürgermeister Mayer hat hier vor ca. einer Stunde gesagt, die Stadt Bregenz hätte eine Spende von 200.000 S gemacht. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Werde ich geben!) Ja, aber gesagt haben Sie, Herr Bürgermeister, gemacht. Ich habe mich bei verschiedenen Kollegen erkundigt, das war die Vergangenheitsform. (Zwischenrufe - Glocke - Vizepräsident Falschlunger: Der Abg. Bernhard hat das Wort!) Herr Bürgermeister, das war die Vergangenheitsform, und ich habe mich dazu geäußert, daß das eben nicht stimmt.

Und nun kommt der Kollege Winder und stellt richtig, daß der Bürgermeister nicht gegeben habe, sondern geben werde, also ein Irrtum. Ich habe gestern schon von der großen Vergeßlichkeit des Herrn Kollegen Mayer gesprochen. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Mayer: Ich werde Ihnen demnächst vorlesen, was Sie beschlossen haben, Sie haben es vergessen!) Nicht gegeben, sondern es werde gegeben werden. Und der Kollege Winder hat an die Sitzung des Finanzausschusses erinnert, wie war's denn dort? Dort hat der Landesfinanzreferent den Herrn Bürgermeister Mayer als Vertreter der Stadt an sein Versprechen erinnert, der Lebenshilfe ein Haus zur Verfügung zu stellen oder zu schenken. Und der Landesfinanzreferent hat sehr gedrängt oder der Herr Sozialreferent, das weiß ich nicht mehr, einer der beiden hat sehr gedrängt auf eine Zusage der Stadt, daß doch dort nun auch einmal etwas getan werden möge. Und der Herr Bürgermeister hat, nachdem er mit dem Budget ja seine gewissen Vorstellungen hat, sich etwas spröde gegeben und hat dann letztlich gesagt, ja man werde wohl etwas tun, das klang nach müssen, er hat keinen Betrag dazu genannt und hat vor allem dann folgendes beigefügt, und das ist das, was das Ganze nun schon recht wieder fragwürdig gemacht hat, er hat gesagt, man werde wohl etwas tun, wenn wir dort etwas mitzureden haben wer-

den. Das ist das, was mich also alarmiert hat, eine Spende für einen sozialen Zweck, wenn man sich damit politischen Einfluß verschafft. Diese Art der Wohltätigkeit unter politischen Vorbedingungen spricht Bände.

Falschlunger: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erteile dem Herrn Landesrat Mayer das Schlußwort zu dieser Gruppe.

Mayer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nur ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Klubobmannes Winder zurückkommen, der die Situation bei den Altersheimen und bei den Pflegeheimen in einer Weise dramatisiert hat, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Erstens möchte ich festhalten, daß man auf dem Gebiet der Altersheimversorgung von einem ausgewogenen Angebot in unserem Land sprechen kann. Was uns fehlt und was unbestritten ist, ist eine Anzahl von Pflegeheimen und Pflegeplätzen. Und hier ist es unzweifelhaft richtig, daß im Raume Montafon hier und im Oberland ein entsprechender Nachholbedarf besteht, ein Nachholbedarf, der im wesentlichen durch die Investition, die die Stadt Bludenz im Anhang an den Spitalsbau mit 30 Betten machen wird, hier wesentlich abgedeckt wird und zudem sind derzeit Gespräche in Schruns im Gange, hier eine Umwidmung herbeizuführen. Entgegen Ihrer Meinung sind auch einzelne Gespräche mit den Innerfратner Bürgermeistern in diesem Zusammenhang getätigt worden. Ich möchte nur, die Ergebnisse sind eindeutig in der Weise, daß z.B. in den letzten Tagen die Aktivitäten zur Gründung eines Krankenpflegevereines eingeleitet worden sind und daß anzunehmen ist, daß in kürzester Zeit so etwas auf die Beine gestellt werden kann durch die Initiativen verschiedener privater Gruppen, aber auch der Gemeinden Gaschurn und St. Gallenkirch. Ich möchte nur eine Zahl ins rechte Licht rücken, nämlich die Zahl und die Aussage des Herrn Dr. König von der Valduna. Ich betrachte die Zahl von 180 sofort transferierbarer Patienten als eine Wunschvorstellung, die, wie eine Diskussion mit dem Sozialhilfebeirat in der letzten Woche ergeben hat, keineswegs aufrechterhalten werden kann. Ich gestehe aber ohne weiteres ein, daß es ein entsprechendes Kontingent ist, das bei Vorhandensein dislozierter Einrichtungen dort untergebracht werden könnte. Ich möchte noch zusammenfassend zu diesem Thema sagen, daß die Schritte sehr wohl gesetzt worden sind. Sie wissen genau wie ich, daß Maßnahmen zur Errichtung solcher Institutionen eine gewisse Zeitdauer von der Planung bis zur Realisierung beinhalten, aber ich wiederhole noch einmal, die Schritte sind eingeleitet.

Zur Frau Abg. Langanger möchte ich noch zurückkommen, was das Drogenproblem angeht, weil Sie gesagt haben, die Probleme sind uns davongezogen. Ich möchte noch einmal in diesem Hause erinnern, daß wir ambulante Dienste eingerichtet haben und der Aufbau zügig fortschreiten wird, daß der Landtag in einer der letzten Sitzungen einen entsprechenden Beitrag in Höhe von 5 Mio. S zur Errichtung einer Drogenstation beschlossen hat. Auch hier sind die Vorarbeiten im Gange. Und wenn Sie einen auch von mir immer gerne zitierten Fachmann genannt haben, der

gemeint hätte, es sind hier unhaltbare Zustände, dann kann ich nur eines sagen, wenn hier unhaltbare Zustände sind, dann sind in ganz Österreich unhaltbare Zustände und in ganz Europa unhaltbare Zustände. Manchmal machen es sich diese Fachleute halt etwas zu leicht, weil, meine Damen und Herren, ich muß ganz deutlich sagen, das Drogenproblem ohne gesamtstaatliche Maßnahmen gar nicht lösbar sein wird, von einem Land wie Vorarlberg allein überhaupt nicht. Dazu gehören gesetzliche Maßnahmen im Rahmen des Suchtgifgesetzes, dazu gehören Maßnahmen der Exekutive und Maßnahmen der Therapie. Diese Dinge sind, wie Sie ja wissen, im Tun, aber die können nur gemeinschaftlich gelöst werden. Und abschließend erlaube ich mir darauf hinzuweisen, wenn Sie, Frau Abg. Langanger, das Budget des Landes durchforsten auf Maßnahmen, die in irgendwelcher Weise den Familien zugute kommen, dann werden Sie, gemessen an der Bevölkerungszahl unseres Bundeslandes, sehr wohl auf die 10%ige Summe, die Sie im Bundesbudget finden, kommen.

Falschlunger: Ich habe in der Gruppe noch über einen Antrag der Sozialistischen Landtagsfraktion abstimmen zu lassen: «Beiträge zur Bekämpfung von Suchtkrankheiten» von 900.000 S um den Betrag von 750.000 S auf 1.650.000 S zu erhöhen.

Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. Der Antrag hat nicht die notwendige Mehrheit. Ich unterbreche die Sitzung bis 17.15 Uhr.

(Die Sitzung wird um 16.50 unterbrochen und um 17.20 wieder fortgesetzt.)

(Zweiter Landtagspräsident Falschlunger übergibt den Vorsitz wieder an Landtagspräsident Dr. Purtscher.)

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 5 - Gesundheit. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seine Einleitung.

Aberer: Die Gesundheit ist mit 890.632.000 oder 17.02% an den Gesamtausgaben des Landeshaushaltes beteiligt. Die Einnahmen sind mit 641.368.000 oder mit 12.36% beteiligt.

Die medizinische Bereichsversorgung, der Röntgenzug, der Natur- und Landschaftsschutz, die Reinhaltung der Gewässer und der Luft, die Rettungs- und Warndienste erfahren hier jene Dotierungen, die notwendig sind, alle diese Funktionen, für die die einzelnen Sparten für die Gesundheit der Menschen in unserem Lande ihren Stellenwert und ihre Aufgaben haben, sicherzustellen.

Wo diese nicht von Landesdienststellen durchgeführt werden, sind entsprechende Ansätze für Förderungen bereitgestellt.

Das Landeskrankenhaus, das Landeslungen- und Landesnervenkrankenhaus erfordern im nächsten Jahr Ausgaben von 752 Mio. S, für den Neubau der Krankenpflegeschule Feldkirch sind ebenfalls entsprechende Beiträge bereitgestellt. Bundeszuschüsse für Spitalsbauten werden mit 6.5 Mio. S erwartet. An Darlehensaufnahmen für Spitalsbauten sind 43.9 Mio. S vorgesehen. Da die So-

zialversicherungsträger nach wie vor keine kostendeckenden Pflegeentgelte bezahlen, der Satz wird im nächsten Jahr bei 684. — S pro Tag liegen, ist der Abschnitt Krankenhaus-Betriebsabgangsdeckung mit einem Betrag von 96 Mio. S ausgestattet.

In den einzelnen Gemeindehaushalten sind ebenfalls rund 100 Mio. für diesen Zweck vorgesehen, sodaß es bildlich veranschaulicht, daß die defizitäre Gebarung der Krankenanstalten gerade für das kommende Jahr wieder steigende Tendenzen aufweist. Eine Entwicklung, die in den letzten drei Jahren eher eine stagnierende oder gar rückläufige Bewegung aufzeigte, aber durch den starken Anstieg der Kosten im betrieblichen Sachbereich, Energie, Gebühren (Wasser- und Kanalgebühren), Medikamente, Operationsaufwand, Laboraufwand und erst an letzter Stelle die Erhöhung des Personalaufwandes, bewirken die Tendenz zur Steigerung der Abgänge in abnormalen Zuwachsraten.

Anträge wurden zu dieser Gruppe keine gestellt.

Präsident: Danke, die Diskussion zur Gruppe 5 ist eröffnet. Wer wünscht das Wort? Herr Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will kurz nur wiederholen, was in der Generaldebatte von mir bereits angezogen wurde, das Problem des Ärztemangels, vor allem bei Fachärzten. Die daraus resultierenden langen Wartezeiten sind kürzlich, wie bereits auch schon betont, in der Kammervollversammlung der Arbeiterkammer von einem Kammerrat ausgesprochen worden. Von ihm wurde behauptet, und ich habe mittlerweile feststellen können, daß das auch in anderen Bereichen stimmt, daß neben dem Krankenschein von verschiedenen Ärzten zwischen 100 und 200 S genommen werden und daß man dann die Wartezeit damit verkürzen kann. Herr Landesrat, was können Sie dagegen tun oder welche Möglichkeiten sehen Sie? Was ein ganz besonderes Problem ist, das ist die Frage der Kieferregulierungen bei Kindern; Problem in erster Linie, weil es nur noch einen Arzt gibt, so ist mir bekannt, der überhaupt diese Kieferregulierungen durchführt. (Zwischenruf Mayer: Na, na, das stimmt schon nicht!) In Vorarlberg wird gesagt, daß nur der Dr. Koller bittschön, was anderes habe ich nicht gehört, oder Kohler in Feldkirch diese Dinge durchführt, daß auf jeden Fall hier die grundsätzliche Versorgung in dieser Frage nicht gegeben ist, weil wir wissen von der Arbeiterkammer, daß ein großer Teil der Leute nach Liechtenstein und in die Schweiz geht, diese Kieferregulierungen durchzuführen. Das bitte, Herr Landesrat, würde ich gerne von Ihnen wissen, was man in dieser Frage tun kann.

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Zerlauth.

Zerlauth: Herr Präsident, Hohes Haus! Wenn es darum geht, den Bezirk Bludenz durch sicherlich notwendige Energieerzeugungsanlagen zu belasten und dadurch der gesamten Bevölkerung in unserem Land Vorteile entstehen, ist das so, kommt es mir vor, als wäre dies einfach selbstverständlich. Daß heute trockene Bachbetten, geringe Restwassermengen, schwere bauliche Eingriffe unsere

Landschaft, die Umwelt des Bezirkes Bludenz belasten, kann einfach nicht wediskutiert werden.

Wenn es aber darum geht, hier einen Ausgleich zu schaffen, dann wollen die zuständigen Regierungsmitglieder nicht viel davon hören. Als ich an den Finanzreferenten die Anfrage richtete, ob er eine Möglichkeit sehe, den Wasserzins, den das Land derzeit kassiert, den belasteten Gemeinden zu überlassen, antwortete er mir mit nein. Die Begründung, auch seien hiedurch große Vorteile gerade im Montafon für die Gemeinden entstanden. Das ist sicherlich richtig. Aber der Herr Landesrat sollte einmal ins Tirol schauen, wo es selbstverständlich ist für die Landesregierung, daß sie einen Teil dieses Wasserzinses den Gemeinden überläßt. Stellen Sie bitte, Herr Finanzreferent, diese Mittel zweckgebunden für die Sanierung von Landschaftsschäden den betroffenen Gemeinden zur Verfügung. Dies wäre auch ein föderalistischer Akt des Landes gegenüber den Gemeinden.

Herr Landesrat Rümmele hat angekündigt, daß 1983 mit der Fertigstellung des Gasnetzes von Dornbirn nach Feldkirch gerechnet werden kann. Es ist für die betroffene Region sicherlich erfreulich und von großem wirtschaftlichem Vorteil, die Möglichkeit dieser Alternativenergie Gas in absehbarer Zeit beanspruchen zu können. Umso enttäuschender ist es für mich, und ich habe das bereits bei der Bürgermeistertagung erklärt, daß er mit keinem Wort erwähnt hat, bis wann Bludenz mit dieser Alternativenergie rechnen kann. Es scheint, daß die Industrie, Gewerbe und Private des Bezirkes Bludenz in den nächsten Jahren weiterhin auf diese umweltfreundliche Alternativenergie verzichten müssen. Auch dem Herrn Landesrat Rümmele müßte bekannt sein, daß gerade im Bezirk Bludenz die Umweltverschmutzung durch Ölfeuerungsanlagen auf Grund der geographischen Lage und somit die Umweltbelastung in diesem Bezirk am größten ist. Eine wirtschaftliche Benachteiligung dieser Region kann nicht wediskutiert werden. Bei der Bürgermeistertagung wurde so getan, als hätten die Gemeinden dieses Bezirkes überhaupt kein Interesse an dieser Alternativenergie. Ich hätte den Herrn Landesrat Rümmele gerne gefragt, ob es diesbezüglich klare Untersuchungen gibt. Sie haben es auch bestätigt, ich weiß es, Herr Landesrat, aber ich bin anderer Meinung, weil von der Landesregierung diese Gemeinden noch gar nicht gefragt wurden und sie somit auch nicht Stellung nehmen konnten, weil noch kein konkretes Projekt vorgelegen ist.

Die konkrete Frage also an den Herrn Landesrat Rümmele, bis wann diese Gasversorgung eventuell auch im Bezirk Bludenz möglich sein könnte. Oder vielleicht kann er sich vorstellen, daß gerade für diesen Bezirk eventuell als Übergang billigere Strompreise als Ausgleich für die Bevölkerung bereitgestellt werden könnten.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort in der Gruppe 5? Herr Landesrat.

Mayer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Vizepräsident Falschlunger hat die ärztliche Versorgung angeschnitten und ich darf doch davon ausgehen, daß es ihm mit seiner Wortmeldung sehr ernst ist. Sie

wissen alle, und man kann jederzeit feststellen, daß sich in den letzten Jahren die ärztliche Versorgung in unserem Land wesentlich verbessert hat, insbesondere was die Versorgung mit Fachärzten anlangt. Ich habe schon vor einiger Zeit erklärt, daß noch ein entsprechender Bedarf an praktischen Ärzten vorhanden ist, und daß in der einen oder anderen Fachdisziplin, insbesondere in Richtung Frauen- und Kinderärzte, noch nicht das volle Kontingent ausgeschöpft ist. Ich habe diese Meldung auch gehört, wonach es scheinbar den einen oder anderen Arzt geben soll, der eine entsprechende Vormerkung in der Ordination von einer Zuwendung abhängig macht. Ich würde in diesem Zusammenhang ersuchen, mir den Namen zu sagen, dann würde ich mich verbürgen, daß zusammen mit der Ärztekammer dieser Unfug, sofern er besteht, in kürzester Zeit abgestellt ist. Was die Gesamtversorgung und insbesondere die zahnärztliche Versorgung angeht, ist folgendes zu sagen: Der Grund, warum noch nicht die genügende Zahl an Ärzten in unserem Land ist, liegt im wesentlichen am Abkommen zwischen dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und der Österreichischen Ärztekammer, vertreten durch den Präsidenten Millendorfer, der Ihnen ja, Herr Präsident, aus der Gewerkschaftsarbeit nicht unbekannt ist, und vertreten durch Dr. Piaty. Dieses Abkommen sieht vor, daß die jährlichen Stellen an Ärzten ein vernehmlich mit Hauptverband und Ärztekammer nur um zwei Prozent erhöht werden dürfen. Und ich schließe mich hier den Worten meines Kärntner Kollegen Landesrat Gallob, Ihres Parteifreundes an, der in der letzten Woche in der «Kärntner Landeszeitung» diesen Zustand und dieses Faktum als unverantwortliche Einnischung der zentralen Stellen in die Landeskompetenzen genannt hat. Was die zahnärztliche Versorgung angeht, so darf ich darauf hinweisen, daß gerade ich es war, der intensive Gespräche sowohl mit der Frau Minister Firnberg wie auch mit dem Herrn Bundesminister Steyrer geführt habe, und daß auch die Gesundheitsreferentenkonferenz der Länder eine einstimmige Resolution des Inhalts verfaßt hat, daß endlich einmal genügend Ausbildungsstellen geschaffen werden. Und nun meine ich, wenn es einem ernst ist an der Behebung dieses Mangels, und ich zweifle nicht daran, Herr Vizepräsident, daß es Ihnen ernst ist, dann würde ich empfehlen, daß Sie Ihre ganze gewerkschaftliche Potenz einsetzen und bei Präsident Millendorfer auf diesen Unfug hinweisen und daß Sie Ihre parteipolitische Präsenz und Potenz einsetzen, um bei der Frau Minister Firnberg auch entsprechend nachzubohren, weil ich es auf Dauer nicht für sinnvoll halte, wenn ein Gesundheitsminister Dr. Steyrer, dem ich guten Willen zubillige, aber keine Kompetenzen hat, sich zwar intensiv für den Ausbau der Zahnbehandlerstellen an den Universitäten einsetzt, aber immer wieder, wie er gerade jetzt am 25.11. bei der Gesundheitsreferentenkonferenz in Salzburg bekanntgegeben hat, trotz einer vorhergehenden Zusage feststellen muß, daß seitens des Wissenschaftsministers hier keine weiteren Ausbildungsplätze für die zahnärztliche Ausbildung an den Universitäten Innsbruck oder woanders, etwa in Salzburg, bereitgestellt werden. Was die Kieferregulierungen angeht, so weiß ich aus der Erfahrung, daß es selbstverständlich in unserem Lande mehrere Herren gibt, die sich dieses

Themas annehmen. Es ist richtig, daß der von Ihnen genannte Arzt auf diesem Gebiet führend ist, und weil er führend zu sein glaubt, auch entsprechende Tarife hat, aber es sind mehrere Damen und Herren in unserem Lande auf diesem Gebiet tätig. Generell ist natürlich zu sagen, daß bei der zahnärztlichen Versorgung die Ansprüche der Patienten natürlich auf Grund des gestiegenen medizinischen Wissens der Zahnärzte immer größer werden und daß auch größere Ansprüche gestellt werden, und daß die Preissituation nicht rosig ist, das wissen wir alle, aber es haben ja auch andere Einrichtungen mit diesem Problem zu kämpfen. Ich denke insbesondere auch an das Ambulatorium der Eisenbahner. Das Problem ist wie gesagt kein Vorarlberg-spezifisches, es ist ein Problem mangelnder Ausbildungsplätze und kann nur in gemeinsamen Initiativen Richtung Bund weiter verfolgt werden.

Herr Abg. Zerlauth hat die Umweltsituation des Bezirkes Bludenz zum Anlaß für seine Wortmeldung genommen. Ich glaube doch, Herr Abgeordneter, daß Sie hier etwas übertrieben haben, wenn Sie von ununterbrochen trockenen Flußbetten gesprochen haben. Mir ist im wesentlichen eines bekannt, das ist die Lutz in Ihrer Heimatgemeinde. Hier habe ich schon im letzten Jahr erklärt, daß es jederzeit möglich wäre nach meiner Meinung, eine Wiederaufnahme des Verfahrens insoweit zu erreichen, wenn man sich nicht an die Vorschriften des Bescheides gehalten hätte. Sie wissen, daß die Landesregierung sehr intensiv bei den neuen Bauvorhaben tätig geworden ist mit dem Ziel, hier entsprechende Restwassermengen schon von allem Anfang an festzulegen, von denen man annehmen kann, daß nach Auskunft der Fachleute kein entsprechender Schaden eintreten kann. Sie haben auch neuerdings den Wasserzins angesprochen, der zwar nicht in meine Kompetenz fällt, aber Sie haben ja selber schon die Antwort gegeben. Ich darf nur aus der Sicht meines Referats als Landschaftsschutzreferent doch darauf hinweisen, daß gerade die Landesregierung intensiv durch das Verständnis des Finanzreferenten es möglich gemacht hat, daß wesentliche Mittel an Bedarfszuweisungen und Sonderfinanzierungen für verschiedene Gemeinden des Klostertales und des Montafons geflossen sind. Was das Erdgas angeht, so kennen wir ja Ihre Argumente aus der Diskussion in verschiedenen Städten. Ich kann nur noch einmal sagen, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, daß ich vor einem Jahr dieses Thema aufgezo-gen habe, weil ich überzeugt bin, daß Sie mit Ihrer Ansicht richtig liegen, daß wir im Hinblick auf die Umweltbelastung, die durch die schlechte Luft im Raume Bludenz gegeben ist, hier auf diesem Sektor etwas tun müssen, und daß es selbstverständlich auch notwendig ist, daß die gewerblichen und industriellen Anlagen im Bezirk dieselben Möglichkeiten genießen wie jene im Rheintal. Und ich stehe nicht an, auch hier zu sagen, daß mit Gesprächen, sowohl mit dem Herrn Finanzminister, hätte ich bald gesagt, sowohl mit dem Finanzreferenten und dem Wirtschaftsreferenten, die Weichen im wesentlichen klargestellt sind, daß dann, wenn auch insbesondere die Stadt Bludenz entsprechend einsteigt, man damit rechnen kann, daß hier Wege und Mittel gefunden werden können. Allerdings, das muß auch ganz klar gesagt werden, ist es nicht möglich, bevor nicht der Raum Feldkirch voll-

kommen ausfinanziert ist und entsprechende Anschlüsse vorhanden sind. Aber daß man sich hier bemüht, möglichst zeitgerecht und zu einem sinnvollen Planungszeitpunkt mit einer Sonderfinanzierung hinauf zu kommen, glaube ich berechtigt zu sein, hier zusagen zu können.

Präsident: Weitere Wortmeldung? Herr Klubobmann Winder.

Winder: Meine Damen und Herren! Ich kann nur nachdrücklich genug unterstreichen, was der Kollege Vizepräsident Falschlunger über die ärztliche Versorgung ausgeführt hat. Ich glaube, mit Ihnen, Herr Landesrat Mayer, einig zu gehen, daß dieses Problem einen hohen Stellenwert, nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Sorgenliste der Vorarlberger Bevölkerung hat. Es ist leider noch immer so, daß die Wartezimmer überfüllt sind. Es ist leider noch immer so, daß man bei verschiedenen Ärzten Wartefristen in Kauf nehmen muß, die oft in die Monate gehen. Von den Mißständen haben wir auch schon gehört. Und es ist vor allem auch so, daß die Tendenz nach wie vor anhält, ja nicht nur anhält, sondern noch stärker wird, daß die Ärztekammer hier auf der Bremse steht. Ich glaube, die Landesregierung wäre völlig falsch beraten, wenn sie sich hier zum Vollzugsorgan der Ärztekammer degradieren ließe, die natürlich ein Interesse daran hat, daß die Söhne und Töchter auch einmal eine Stelle im Lande bekommen. Wir kennen die Beispiele aus verschiedenen Landesteilen, wo die Herren Väter und Ärzte solche Praxen geübt haben, die man jahrelang offengehalten hat, bis dann endlich der eigene Sohn soweit war und die Arztpraxis übernommen hat. Das ist menschlich durchaus verständlich. Jeder Vater hat dieses Bestreben, aber, meine Damen und Herren, dieses Bestreben geht halt leider Gottes auf Kosten der kranken Bevölkerung in diesem Fall. Ich habe hier einen Fall aus allerjüngster Zeit, einen konkreten Fall aus allerjüngster Zeit im Kopf: Es gab einen Kinderarzt, der aus dem Burgenland gekommen war, der in Schruns seine Ordination hatte und den es jetzt wieder aus familiären Gründen ins Burgenland zurückgezogen hat. Die Ärzte des Montafons haben sich bemüht, diese Lücke wieder zu füllen. Bei der Ärztekammer haben sie die Auskunft erhalten, das müsse man noch drei Jahre freihalten, dann sei wieder ein Sohn so weit. Meine Damen und Herren, das sind Fälle, die einfach nicht tolerabel sind. Wir können unserer kranken Bevölkerung und unserer einen Arzt aufsuchenden Bevölkerung nicht zumuten, daß sie drei oder vier Jahre lang wartet, bis eine Arztstelle wieder besetzt wird. Ich glaube, diesen Tendenzen müssen wir von Landesseite aus einen Riegel vorschieben, Herr Landesrat Mayer! Da möchte ich Sie wirklich darum bitten. Mit der zahnärztlichen Versorgung ist es ja wirklich ein Problem. Wir haben versucht, mit Hilfe unseres Beitrages an die Universität Innsbruck hier eine Geste des guten Willens zu setzen und auch eine finanzielle Geste zu setzen. Wir haben darüber hinaus Richtlinien beschlossen, um die Ansiedlung der Zahnärzte im Lande zu ermöglichen und vorwärtstreiben, alles, alles fruchtet nicht. Die Verhältnisse sind im wesentlichen, sie sind da und dort schon etwas besser geworden, aber sie sind im wesentlichen immer noch

dieselben. Nun, Herr Landesrat, es hat keinen Sinn, da zu sagen, die Ansprüche sind gewachsen. Es gibt ja keinen von uns, der mit Zahnlücken gerne herumläuft und natürlich haben die Patienten ein Recht auf den optimalen Zahnersatz. Man schaut halt nun einmal zunächst und zuerst auf den Mund, wenn man mit jemandem redet, und das ist den Leuten ihr Geld wert, jeder weiß, was es kostet, wenn man sich heute eine Krone machen lassen muß. Das sind Beträge, die in die Zehntausende hineingehen und die schon manchen ärmeren Mitbürger zur Verzweiflung gebracht haben. Hier müssen wir wieder einmal eine Initiative setzen, Herr Landesrat Mayer! Bitte überlegen Sie sich, wie Sie es tun, fahren Sie ruhig einmal hinunter oder wenn Sie in Wien sind, gehen Sie zur Frau Wissenschaftsminister hin, zur Frau Dr. Firmberg, und sagen Sie ihr, daß wir nicht zufrieden sind mit ihr in dieser Hinsicht. Sagen Sie ihr das ungeniert. Nicht nur die Studenten haben ein Recht darauf, von der Frau Minister gehört zu werden, sondern ich glaube, auch das Land Vorarlberg hat ein Recht, daß die Frau Minister hier endlich Taten setzt. Und wenn sie sie selbst nicht setzen kann, weil die Universität Innsbruck etwa auf der Bremse steht, dann möge sie das deutlich sagen. Bei den guten Beziehungen, die das Land Vorarlberg zur Universität Innsbruck hat, müßte auch diese Hürde zu nehmen sein. Ich glaube also wirklich, daß es hier notwendig und dringend ist, daß wir auch mit der Frau Minister deutliche Worte reden und unserer Unterstützung dürfen Sie dabei sicher sein.

Präsident: Das Wort hat nochmals Landesrat Mayer.

Mayer: Herr Klubobmann, ich freue mich aufrichtig ob Ihrer positiven Worte, es dürfen die einzig positiven gewesen sein in der Richtung, daß Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, das freut mich außerordentlich. Ich würde vorschlagen, daß wir zusammen sogar zur Frau Minister gehen, weil es ist ja sehr sehr wichtig, daß dieses Problem entsprechend einer Bereinigung (Zwischenruf Waibel: Ma hilft anand!) ja ma hilft anand - zugeführt wird. Ich nehme also Ihr Angebot gerne auf, ich darf nur der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, daß unzählige Gespräche und Schreiben mit allen relevanten Stellen bisher nichts gefruchtet haben, deshalb freue ich mich, wenn der Klubobmann der Sozialistischen Fraktion und der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes hier auch tätig werden. Ein letztes Wort zu Ihrer Äußerung, daß eventuell die Gefahr bestünde, daß die Landesregierung das Vollzugsorgan der Ärztekammer sei. Das möchte ich aus meiner Sicht komplett zurückweisen und nochmal festhalten, daß die letzte Ursache, die Hauptursache an der Unmöglichkeit, eine entsprechende Zahl von Ärzten, die ja jetzt die Ausbildung abgeschlossen haben, anzustellen, in diesem unseligen, ich betone unseligen, Abkommen zwischen Hauptverband und Österreichischer Ärztekammer liegt, das es natürlich leicht macht, den Vertragspartnern, sprich: Krankenkasse, sprich: Ärztekammer, immer wieder auf dieses Paktum hinzuweisen. Es hat zweifelsohne die Interessenvertretung der Ärzte ein Interesse daran, daß nicht alles von heute auf morgen aufgestockt wird. Es hat aber auch wesentlich die Sozialversicherung ein Interesse daran und beide

zusammen sind sich in vielen Dingen einig, daß die Zahl nicht so optimal aufgefüllt wird, wie wir es zusammen mit den Vorarlberger Gemeinden gerne hätten.

Präsident: Die Rednerliste ist geschlossen. Ein Antrag ist nicht gestellt. Wir kommen nun zur Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Aberer: Ausgaben von 587.186.000 S oder 11.22% und Einnahmen von 26.305.000 S oder 0.51% sind in dieser Gruppe zu verzeichnen.

Der Bundesstraßenbau steigt von 55.2 Mio. im Jahre 1981 auf 72.6 Mio. im Jahre 1982. Der Bauabschnitt Feldkirch und die Verzinsungen im Bereiche der Walgauautobahn bewirken diese Erhöhung.

Der Landesstraßenbau erfährt eine Dotierung von 296 Mio. gegenüber von 287 Mio. im Jahre 1981. Die Wasserversorgung mit 15.2 Mio., der Beitrag an die Arlbergstrassentunnel AG mit 17 Mio., die Abwasserbeseitigung mit 119 Mio. und der Schutzwasserbau mit 15 Mio. sowie die Beiträge zur Wildbachverbauung mit 10.5 Mio. bilden einen wesentlichen Bestandteil der Ausgaben der Gruppe 6.

Für die Einrichtung eines Schnellbahnverkehrs zwischen Feldkirch und Bregenz sind im Jahre 1982 wiederum 26 Mio. S vorgesehen, eine Steigerung von 4 Mio. S gegenüber 1981.

Die SPÖ stellt den Antrag, in der Vst 1003 0602 - Umbau und Ausbau mit Staubfreimachung von Landesstraßen - S 5.5 Mio. zu streichen. Sie wollen damit den Bau der L 46 in Hohenems in der derzeitigen Planungsphase verhindern.

Diesem Antrag wurde nicht zugestimmt, da man der Überzeugung ist, daß gerade beim Einführen eines Schnellbahnverkehrs zwischen Feldkirch und Bregenz die schienengleichen Bahnübergänge aufzulassen sind, aus Sicherheitsgründen und aus Schnelligkeitsgründen. Das wäre mein Bericht.

Präsident: Das Wort hat in der nun eröffneten Diskussion zunächst Herr Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Meine Damen und Herren! Die Blutsbrüderschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl über den Rhein hinweg werden offensichtlich nur auf einer Seite empfunden. Herr Landeshauptmann, die alemannische Stammespolitik der Vorarlberger Landesregierung wird jenseits des Rheines nicht erwidert. Das Freundschaftstreffen der Regierungsmitglieder von hüben und drüben ist eher zu einer schweizerischen Befehlsausgabe an die Vorarlberger Landesregierung ausgeartet. Deshalb hat ja auch die Presse das Wort «Freundschaftstreffen» wohlweislich unter Anführungszeichen gesetzt.

Den Meldungen nach zu schließen hat sich die Vorarlberger Seite wirklich unnötig liebedienerisch aufgeführt. (Zwischenruf Dr. Mandl: War jemand dabei sonst? War ja die Presse nicht dabei!) Herr Statthalter, wir wissen zwar, daß die «Vorarlberger Nachrichten» nicht immer die Wahrheit schreiben, wir wissen auch, daß die «Neue Vorarlberger Tageszeitung» nicht immer die Wahrheit schreibt, wir

haben auch schon die Unwahrheit aus dem Rundfunk gehört, aber daß alle drei gleichzeitig lügen, halte ich doch eher für unwahrscheinlich. So protestierte jedenfalls eine Unterländer Gemeinde mit den Worten: «Es ist bedenklich, mit welcher Gelassenheit unsere Landespolitiker auf die Forderungen unserer Schweizer Nachbarn eingehen. Die Interessen unseres Landes scheinen überhaupt nicht vertreten zu werden, um die Kantonsregierung nicht zu verstimmen.»

Meine Damen und Herren, so stelle ich mir natürlich politische Verhandlungen nicht vor. Die St.Galler Kantonsregierung verkündet in Bregenz: Wir wollen die Bodensee-Autobahn - und zwar quer durch das Lauteracher Ried, und wir wollen das Gemeinschaftszollamt - und zwar auf Höchster Ortsgebiet. Der Herr Landeshauptmann applaudiert und läßt dabei, wie die Medien verkünden, ein unglaubliches Maß an Verständnis für die Schweizer Forderungen erkennen, die allein auf Vorarlberger Kosten gehen.

Im Gegensatz dazu erinnere ich an den Besuch des Herrn Bundespräsidenten in St.Gallen. Als Dr. Kirchschräger in derselben Angelegenheit bedrängt wurde, hat er die St.Galler Kantonsregierung darauf hingewiesen, sie müsse eben zur Kenntnis nehmen, daß in dieser Angelegenheit ein Umdenken stattgefunden habe. An so großen ökologischen Umdenkungsprozessen könne die politische Diskussion nicht vorbeigehen. In der Bevölkerung ist der Eindruck entstanden, daß die Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung ohne Gegenleistung zu Schweizer Söldlingen geworden sind. Das ist beileibe keine politische Stilfrage, sondern das ist eine Art von Politik, die unsere Landsleute schädigt. Ich kann Ihnen gern ein Beispiel dafür geben:

Am 8. Mai 1980 hat der Kantonsrat Dr. Geiger in St.Margrethen noch erklärt, daß der Kanton St.Gallen der Erstellung von Lärmschutzeinrichtungen zum Schutz der Bevölkerung von Höchst positiv gegenüberstehe und in diesem Sinne an das zuständige Eidgenössische Departement des Inneren in Bern herantrete. Nachdem er aber bemerkt hatte, wie leicht man mit der Vorarlberger Landesregierung schlittenfahren kann, hat er das natürlich nicht mehr für notwendig gefunden. Er hat dann beim Freundschaftstreffen nur noch erklärt, diese Lärmschutzeinrichtung sei nicht notwendig. Er ging sogar noch in eine Richtung, die von einer Zeitung auch als Erpressung bezeichnet wurde, und ließ dies pikanterweise auch noch durch den Mund des Herrn Landeshauptmannes verkünden. Es heißt nämlich am 13. November d.J. über diese Ablehnung der Lärmschutzbauten wörtlich: «Geiger - so Landeshauptmann Keßler - habe zu erkennen gegeben, daß sich das Problem im Zusammenhang mit der Zollamtsfrage, anders darstellen würde!»

Meine Damen und Herren! Politische Verhandlungen werden dann problematisch, wenn das Ergebnis für eine Seite so niederschmetternd ist, daß die Gespräche besser nicht stattgefunden hätten. Das war bei diesem sogenannten Freundschaftstreffen vor einigen Tagen sicher der Fall. Es wird deshalb Aufgabe des Landtages sein, der Regierung für die nächste Gesprächsrunde mit den alemannischen Stammesbrüdern einen klaren Verhandlungsauftrag aufzusetzen, damit wir nicht noch einmal dasselbe Fiasko erleben.

Diese Regierung hat uns bei den Gesprächen mit dem Kanton St.Gallen jedenfalls schlecht vertreten. Ich schlage deshalb vor, daß der Landtag die Scharte dieser alemannischen Schlittenfahrt bald durch ein Parlamentariertreffen zwischen Vorarlberg und St.Gallen wieder ausmerzt, um zu einem vernünftigen Gespräch unter Nachbarn zu kommen. (Zwischenruf Dr. Keßler: Die Schweizer Parlamentarier, die werden Ihnen was pfeifen!) Ja, Sie müssen es ja wissen, Ihnen wurde bei diesem Freundschaftstreffen auch einiges gepfeiffen, Herr Landeshauptmann!

Meine verehrten Herren der Regierung, diese unwürdige Haltung gegenüber den Schweizern hat sich schon längst angebahnt. Der Erlaß Prs.-36/115 aus dem Amt der Vorarlberger Landesregierung, der den Schriftverkehr mit schweizerischen Dienststellen betrifft, zeigt eigentlich recht eindrücklich, daß dieses unterwürfige Verhalten der Landesregierung gegenüber den schweizerischen Stammesgenossen schon Tradition hat. Es heißt nämlich in dieser Weisung Prs.-36/1 15 wörtlich: (Zwischenruf Dr. Keßler: Von wann?) Prs.-36/1 15, Sie haben sicher eine gute Ablage, Sie können das nachlesen. Bitte zuhören: «Beim amtlichen Schriftverkehr haben in der Regel alle Höflichkeitsformeln zu entfallen. In der Schweiz ist es jedoch üblich, solche Formen auch im amtlichen Schriftverkehr zu verwenden, so daß ihre Nichtverwendung als Unhöflichkeit aufgefaßt wird.

Entgegen den sonstigen Regeln wird somit gebeten, im Schriftverkehr mit schweizerischen Dienststellen die Anrede «Sehr geehrte Herren», im Text eine höfliche Schreibweise in der «Wir»-Form und die Schlußformel «Mit vorzüglicher Hochachtung» zu verwenden. Ausserdem haben bei positiv erledigten Fällen Dankschreiben zu ergehen. Für die Vorarlberger Landesregierung: Der Landesamtsdirektor gez. Dr. Grabherr».

Gezeichnet natürlich Dr. Grabherr, nicht Dr. Adamer, das ist klar. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Das ist aber weit hinter der Zeit zurück, Herr Dr. Häfele, weit hinter der Zeit zurück! - Zwischenruf Dr. Keßler: Und selbst wenn, wäre es keine Schande! Aber Sie haben ein sehr altes Schriftstück erwischt! - Präsident: Bitte!) Die Wirkungen dieses Schriftstückes sind heute noch bei Ihren Freundschaftstreffen bemerkbar. (Zwischenruf Dr. Mandl: Wir schreiben Ihnen auch «Sehr geehrter Herr Abgeordneter» bei einer Anfrage, also nicht bloß gegenüber Schweizern! - Zwischenruf Dr. Keßler: Und «Hochachtungsvoll» dazu! Heiterkeit - Das ist zu blöd! Das ist einfach zu blöd! Glocke des Präsidenten - Präsident: Bitte um Ruhe!) Das ist Ihr Erlaß, Herr Landeshauptmann! Jetzt machen Sie nicht auch noch die Opposition für die Erlässe der Landesregierung verantwortlich, bitte schön!

So weich Sie mit den Schweizer Politikern verfahren, so hart überfahren Sie die einheimischen Mitbürger, die sich kritisch zu einer Straße äußern.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion über ein trauriges Kapitel der Vorarlberger Straßenplanung, den monströsen Autobahnzubringer Diepoldsauer Straße in Hohenems, wurde beim letzten Budget durch den Medailenkrieg mit dem Herrn Landeshauptmann leider jäh unterbrochen. In der Zwischenzeit hat die Abteilung Rümmele die kalte Enteignung von Grundeigentümern für eine sinnlose Straße in Gang gesetzt. Der Amtssachverständige für

Landschaftsschutz in der Vorarlberger Landesregierung hat zwar die geplante Diepoldsauerstraße wörtlich als «groben Landschaftsschaden» bezeichnet. Er schreibt auch in seinem Gutachten, daß diese Trasse vom Standpunkt des Landschaftsschutzes als nicht zweckmäßig erachtet wird. Dennoch hat der Landesrat Rümmele die Enteignungsmaschinerie in Hohenems nicht gestoppt.

Das weitere Schicksal dieser Landesstraße liegt nun praktisch nicht mehr in der Kompetenz des Landes. Über diese Trassenwahl wird wohl der Verfassungsgerichtshof oder der Verwaltungsgerichtshof entscheiden. Mit Sicherheit werden jedenfalls die 5.5 Mio. S im Landesbudget für diesen Autobahnzubringer im kommenden Jahr nicht benötigt. Wir stellen deshalb den Antrag, diese Summe zu streichen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dipl.-Ing. Feierle.

Dipl.-Ing. Feierle: Hohes Haus! Ich möchte nur ganz kurz zum Antrag, den der Herr Dr. Häfele namens der SPÖ-Fraktion gestellt hat, den Ansatz von 5.5 Mio. S für die L 46 «Diepoldsauer Straße» ersatzlos zu streichen, Stellung nehmen. Ich glaube, es ist unbestritten, daß das Land eine Verpflichtung eingegangen ist, im Zuge des zweigleisigen Ausbaues der Eisenbahnstrecke Lauterach-Rankweil die Bahnkreuzung der Eisenbahnstrecke und der Diepoldsauer Straße niveaufrei herzustellen. Schon im Planungsstadium wurden verschiedene Varianten untersucht, um eben dieser Verpflichtung nachzukommen. Alle diese Varianten wurden im steten Zusammenarbeiten mit der Gemeinde Hohenems ausgeführt. Schlußendlich kam es zu einer Lösung, wodurch die Landesstraße L 46 am besten die Funktion als Autobahnzubringer übernehmen kann.

Es wird nicht verschwiegen, daß auch von einer Bürgerinitiative drei Varianten vorgelegt wurden, die im wesentlichen vorsahen, die alte Straße auszubauen. Nun wenn die alte Straße ausgebaut werden soll und gleichzeitig eine kreuzungsfreie Straßenverbindung herzustellen ist, wäre es notwendig gewesen oder wäre es notwendig, diese alte Straße um etliche Meter abzusenken, was zur Folge hätte, daß die Zufahrten zu den bestehenden Häusern verlorengegangen wären oder verlorengehen. Um gleichzeitig aber Zufahrten zu diesen Häusern wieder herzustellen, sind rechts und links dieser abgesenkten Straße zusätzliche Straßen zu errichten. Wie Sie wissen, würde die neu vorgeschlagene Trasse etwas nördlich dieser Straße durch jetzt noch, ich gebe zu, unverbautes Gebiet führen, aber vollkommen dem Verkehrsfluß gerecht werden, während bei der alten, wenn wir diese Straße ausbauen würden, die Querverbindungen natürlich nicht an dieser Stelle eingebunden werden könnten oder nur mit großen Schwierigkeiten, und vor allem würde der Verkehr nur über Umwege auf den neuen Autobahnzubringer geführt werden können.

Es ist Ihnen auch, glaube ich, bekannt, daß die Gemeindevertretung von Hohenems einen Beschluß gefaßt hat, dieses vorgeschlagene Projekt zu erstellen. Ebenso wurden schon die eisenbahnrechtlichen Verhandlungen durchgeführt. Als dritten Punkt möchte ich noch anführen, und der erscheint mir doch sehr wichtig, daß im Auflageverfahren,

das vom 5. Oktober bis zum 6. November 1981 durchgeführt wurde, kein einziger Einspruch geltend gemacht wurde. Ich glaube, das ist Grund genug, daß die ÖVP-Fraktion daher diesem Antrag nicht die Zustimmung geben kann.

Präsident: Wer wünscht weiter das Wort? Der Abg. Grabher.

Grabher: Hoher Landtag! Der Besuch der Kantonalregierung von St.Gallen hat doch mit Deutlichkeit gezeigt, daß es im Zusammenhang mit der geplanten Bodensee-Autobahn A 15 unserer Landesregierung sehr stark an Informationsbereitschaft mangelt. Sei dies im Zusammenhang mit einer Information an die Gemeinden, sei dies im Zusammenhang mit Informationen an die Bürgerinitiativen und nicht zuletzt aber auch im Zusammenhang mit der Information von Regierung an den Landtag.

Es ist beschämend, daß man über solch wichtige Angelegenheiten unseres Landes, auch wenn sie teilweise kompetenzmäßig an den Bund fallen, nicht informiert wird. Man hat vor ungefähr eineinhalb Jahren den Mantel des Schweigens über dieses Thema gehüllt, nachdem damals der Besuch der Kantonalregierung zu erwarten war, und man hüllt nach wie vor den Mantel des Schweigens über dieses Thema nach dem erfolgten Besuch der St. Galler Regierung. Den Vorschlag des Kollegen Häfele habe ich vor einem Jahr schon gemacht. Er ist gar nicht mit einer Handbewegung vom Tisch zu fegen, wie dies der Landeshauptmann hier gerne tut, denn einmal ein offenes Gespräch mit Beteiligung aller Fraktionen, es muß ja nicht die ganze Fraktion sein oder das ganze Parlament, das wäre nicht einmal das Schlechteste. Zumindest wäre es nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Es fehlt aber auch nach herein von der Hand zu weisen. Es leidet aber auch nach unserer Auffassung unsere Regierung im Zusammen- und Konzessionsbereitschaft. Und nicht zuletzt, das habe ich schon früher immer hier gesagt, fehlt es einfach an Entscheidungsfreude unseres Landesstraßenreferenten. Wir werden jetzt warten, was die auf Anfang nächsten Jahres versprochene Variantenprüfung bzw. das Ergebnis dieser Variantenprüfung des Bundes herausbringt und dann weiter zu diesem Thema Stellung nehmen, auch wenn es uns die «VN» verbieten sollte.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Meine Damen und Herren! Ich habe vorgestern zum Thema A 15 kurz Stellung bezogen. Auch ich halte das Auftreten eines Regierungsrates des Kantons St. Gallen auf Vorarlberger Boden in der Öffentlichkeit in der Tonlage nicht in jedem Punkt für vertretbar. Die Landesregierung hat aber bei diesem Treffen keinerlei Zusagen an die Kantonsregierung gemacht. Die Art, wie Sie, Herr Kollege Häfele, hier über dieses Treffen berichtet haben, halte ich für eine unrichtige Darstellung. Ich halte es auch nicht für zweckmäßig, mit Parlamentariern der Schweiz über dieses Thema in Diskussion zu treten, denn es kann doch überhaupt keine Frage sein, daß die Entscheidung über die A 15 in erster Linie nach Vorarlberger, nach österreichi-

schen Interessen getroffen werden muß.

Und hier liegen, und hier liegen die Dinge doch so, daß bei der Amtstrassenführung, wie sie vorliegt, und das macht die Entscheidung sicher nicht leicht, beide Gemeindevertretungen, die von der Trasse betroffen sind, einstimmige ablehnende Beschlüsse gefaßt haben. Es wird auch schwer sein, so wie die Diskussion geführt wird, nämlich mit sehr viel Parteitaktik, und ich habe vor zwei Tagen nachgewiesen, daß die SPÖ hier nicht nur mit zwei, sondern mit drei Zungen spricht, daß es sehr schwer sein wird, überhaupt eine Gemeinde zu finden, die noch bereit sein kann, einer Trasse zuzustimmen und man wird sehen, ob der Minister, der die letzte Entscheidung treffen muß, hieraus dem Dilemma überhaupt herausfindet. Jedenfalls hat ein Minister in Höchst vor Jahren erklärt, und das war Ausgangspunkt der Schwierigkeiten, der politischen Schwierigkeiten oder hat sie jedenfalls beschleunigt, daß gegen den Willen einer Gemeinde eine Autobahn nicht gebaut wird.

Wenn die Landesregierung in dieser Situation Alternativen prüft und mit einer Befürwortung zuwartet, halte ich das für sehr demokratisch. Ich finde auch gar keinen Fehler daran, wenn die Landesregierung mit der St.Galler Kantonsregierung spricht. (Zwischenruf Dr. Häfele: Es sind aber Zusagen gemacht worden!) Es sind auch keine Zusagen gemacht worden. (Zwischenruf Grabher: Wir sind aber so durch die Presse informiert worden! - Zwischenruf Dr. Rümmele: Es wurden keine Zusagen gemacht! - Glocke des Präsidenten Präsident: Bitte!) Ich glaube, daß man die Situation hier nicht dramatisieren soll. Ich glaube, daß man abwarten muß in dieser Frage, was die Alternativenprüfung ergibt. Ich bin nur neugierig, ob die Vertreter von Gemeinden, die für Alternativtrassen in Frage kommen, das könnten ja die Gemeinden Lustenau und Hohenems sein, ob die dann, wenn die Landesregierung in ihrem Fall zögert mit einer Entscheidung, von Entscheidungsschwäche sprechen. Ich nehme an, daß das nicht der Fall sein wird.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich glaube es ist bezeichnend, daß die A 15 am ersten Tag dieser Budgetdebatte ein Schwerpunkt in der Generaldebatte war. Das ist für mich der Beweis, daß es ein ungelöstes Problem ist, und zwar ein sehr großes ungelöstes Problem (Zwischenruf Dr. Rümmele: Auch für den Minister!) Wer hat das gesagt? (Zwischenruf Dr. Rümmele: Der Herr Minister hat das persönlich geschrieben, es sei ungelöst und er sehe noch keine Lösung!) Ja, das glaube ich, daß er noch keine Lösung sieht, weil Sie ja eben, wie es gerade vorhin gesagt wurde, eine Entscheidungsschwäche an den Tag legen, weil Sie nicht einmal bereit sind, einen Vorschlag an das Ministerium zu machen. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist unzweifelhaft, daß für die Bewohner von Lochau, Bregenz, Hard, Fußach und auch für Höchst, und hier möchte ich teilen, für einen Teil der Bewohner von Höchst, diese Frage einfach große Belästigungen mit sich bringt. (Zwischenruf: Für die Gemeinde Höchst spricht die Gemeindevertretung und nicht Sie, Herr Abg. Ried-

mann!) Ich glaube, es haben auch einzelne Bürger in Höchst das Recht, zu sprechen und nicht nur die Gemeindevertretung allein, und es hat zahlreiche Äußerungen in der Öffentlichkeit gegeben, Herr Klubobmann Dr. Sausgruber, die auch eine andere Meinung in Höchst aufkommen ließen, als die der Gemeindevertretung, und ich glaube, das ist zu akzeptieren. Große Belastungen nämlich haben diese Bewohner in der Weise auf sich zu, nehmen, daß Lärm, Abgase, Verstopfung einfach an der Tagesordnung sind und daß auch die Verkehrssicherheit gefährdet ist. Daß auch die Bewältigung des Ost-West-Verkehrs hier mit eine Rolle spielt, ist, glaube ich, auch allen klar. Gerade diese alle Gründe haben vor vielen Jahren, ich glaube es sind 16 Jahre, zur Beschlußfassung in der Vorarlberger Landesregierung geführt und in Folge eine Antragstellung an den Bund gegeben zur Trassenführung der heutigen A 15. Dem damaligen Informationsstand in bezug auf die Ökologie, auf das Umweltbewußtsein haben damals eigentlich alle ja gesagt. Die Gemeinden, die Betroffenen, die unmittelbar und mittelbar Betroffenen, das Land und der Bund. Das geht auch daraus hervor, daß diese Trasse in die Bundesstraßenverordnung 1971 aufgenommen wurde. Das ist doch ein Beweis, daß zum damaligen Zeitpunkt der Bund auch eine Entscheidung getroffen hat und das Land war ja auch bereit die A 15 in den Verkehrsplan aufzunehmen. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Sie wollen sie ja!) Moment, ich komm dazu, ich komm schon dazu, Herr Landesrat Dr. Rümmele!

In der Zwischenzeit hat sich natürlich, und dem glaube ich müssen wir uns alle stellen, eine Bewußtseinsänderung in bezug auf das Umweltdenken ergeben. Und gerade im Straßenbau ist eine Sensibilisierung der Menschen eingetreten. Aber nicht nur bei der Bevölkerung allein, sondern hoffentlich auch bei den Politikern, die mitzuentcheiden haben, sowohl bei den Landes- als auch bei den Bundespolitikern. Und jetzt möchte ich eines sagen, Herr Landesrat Dr. Rümmele, damit jetzt niemand falsche Schlußfolgerungen zieht, die Verbindung zwischen der A 14 und der N 13 ist notwendig, und zwar ist diese Verbindung aus meiner Sicht im nördlichsten Bereich notwendig. Aber eines, meine Damen und Herren, sollten wir zur Lösung dieser ungelösten Frage tun. Wir sollten, glaube ich, alle gemeinsam die Amtstrasse A 15 begraben. Wir sollten vielmehr alle jene Trassenstudien, alle Trassenvorschläge, Trassenvarianten, die in den letzten Wochen, Monaten und vielleicht auch Jahren schon vorgeschlagen wurden, sollten wir einmal uns alle zu Gemüte führen, auch jene Trasse, Herr Klubobmann Dr. Sausgruber, die Bürgermeister Kolb aus Lauterach vor noch gar nicht allzu langer Zeit vorgeschlagen hat und für die er in der Gemeindevertretung Lauterach einen einstimmigen Beschluß erhalten hat. Wir sollten miteinbeziehen den Ausbau der Senderstraße, wir sollten miteinbeziehen auch die Verbindung zwischen Dornbirn-Nord und der Schweizer Autobahn. Wir sollten auch miteinbeziehen den Vorschlag, den der Kollege Grabher gemacht hat. Vielleicht gibt es neue Vorschläge. Ich kann mir schon vorstellen, daß es für die Bewohner in Höchst eine große Belastung darstellt, wenn das Zollamt und der ganze Stauraum für die LKWs, der Abstellplatz in diesem Wohngebiet, in diesem Gebiet unter-

gebracht werden sollen. Vielleicht gibt es auch hier eine Möglichkeit, daß wohl das Abfertigungsgebäude an dieser Stelle gebaut wird, daß aber der Stauraum, der LKW-Abstellplatz vielleicht irgendwo in der Höhe des Müllwerkes Häusle situiert werden kann. Dann fällt der große Teil der Abgasbelastung und der Lärmbelastung schon einmal weg und vor allem auch der große oder ein großer Teil des Grundstückbedarfes für die Gemeinde Höchst wäre damit doch etwas erleichtert. Und ich glaube, wenn alle diese Trassenvarianten miteinbezogen werden, sollte es möglich sein, das zu tun, was der Kollege Grabher vorhin gesagt hat, daß alle Betroffenen, und ich sage hier wiederum, ich meine damit jetzt nicht alle Bewohner, alle betroffenen Bewohner, sondern Institutionen, Gemeindevertretungen, Landtag, Bürgerinitiativen, daß die zu einem gemeinsamen Gespräch, zu einem Hearing eingeladen werden, damit es vielleicht dort gelingt, auf eine einheitliche Linie zu kommen, zumindest eine Annäherung der divergierenden Standpunkte zu erreichen. Und wenn vorhin von der Landesregierung, von einzelnen Mitgliedern der Landesregierung in Zwischenrufen gesagt wurde, daß sie gegenüber der Kantonalregierung von St. Gallen keine Zusage gemacht haben, dann muß man aber hier doch feststellen, daß sich die Mitglieder der Kantonalregierung in St. Gallen sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigen, und daß sie bereit sind, einen Entscheidungsvorschlag an den Bund zu machen, denn auch in der Schweiz muß über die Autobahnfrage der Bund entscheiden. Und ich glaube, dasselbe sollte man auch hier in diesem Lande tun. Nach diesem gemeinsamen Gespräch, nach diesem Hearing, von dem ich mir doch zumindest eine Annäherung der Standpunkte erwarte, wäre es dann notwendig, daß die Vorarlberger Landesregierung einen Antrag an das Bautenministerium stellt, und ich bin dann überzeugt, daß das Bautenministerium auch eine Entscheidung fällt, und zwar eine Entscheidung, die im Sinne der Vorarlberger Bevölkerung ist, denn es kann nur föderalistisch sein, wenn die Fragen, die wir uns hier, die uns hier betreffen, wenn hier die Grundlage für die Entscheidung getroffen wird.

Präsident: Weitere Wortmeldungen? Herr Landesrat Dr. Rümmele.

Dr. Rümmele: Hohes Haus! Wenn ich gleich mit Ihrer Wortmeldung, Herr Abg. Riedmann, beginne, so muß ich darauf hinweisen auf das, was ich schon wiederholt hier in diesem Hause und auch bei anderen Anlässen gesagt habe, daß das Land im Auftrag des Herrn Bautenministers neue Varianten vorgeschlagen hat, natürlich zwei im Raume Hohenems, wo die beiden Autobahnnetze am nächsten beisammen sind, und eine Abfahrt von Dornbirn-Nord in Richtung heutiges Zollamt Höchst; daß diese Varianten dem Bundesministerium zur Entscheidung vorgelegen haben, schon seit langem, daß seitens des Bautenministeriums diese Variantenentwürfe an die Oberste Eidgenössische Straßenverwaltung in Bern mit dem Ersuchen um Stellungnahme weitergeleitet wurden, diese Stellungnahme bisher jedoch noch nicht eingetroffen ist, jedoch damit gerechnet wird, daß diese Stellungnahme Anfang des nächsten Jahres ankommt. (Zwischenruf Riedmann: Herr Lan-

desrat, haben die betroffenen Gemeinden und die Bürgerinitiativen die Möglichkeit zur Stellungnahme gehabt?) Selbstverständlich haben die betroffenen Gemeinden diese Möglichkeit gehabt und ich will Ihnen jetzt etwas sagen: Wenn der Herr Dr. Häfele sagt, daß die Stammespolitik jenseits des Rheins nicht befriedigend sei, so muß ich sagen, offensichtlich ist die Stammespolitik auch diesseits des Rheins nicht befriedigend, denn sämtliche Gemeinden, Altach, Hohenems und die Stadt Dornbirn, also jene Gemeinden, welche durch eine Variante, die ich jetzt hier aufgezeigt habe, in irgend einer Weise betroffen werden, haben ein klares und deutliches Nein gesagt und ich darf darauf hinweisen, daß auch der Herr Dr. Häfele ein entschiedener Gegner beispielsweise für eine Autobahnverbindung im Raume Hohenems ist. Also wenn man hier von Stammespolitik und von Stammesverständnis spricht, sollte man so objektiv sein und sagen, daß halt jedermann und jeder Stammesbruder nicht geneigt ist, die Lasten eines anderen Stammesbruders zugunsten dieses anderen Stammesbruders zu übernehmen; auch Sie, Herr Dr. Häfele, nicht, und sicher auch Sie nicht, Herr Abg. Grabher! Sie haben das aber auch nie behauptet, daß Sie gegen eine Verbindung wären, aber Sie wollen sie eben nicht auf Lustenauer Boden. Wir haben auch eine Variante gehabt (Zwischenruf Grabher: Lustenau ist Ihnen sehr entgegengekommen!) Wir haben auch eine Variante gehabt auf Lustenauer Boden im Raume Hohenems, aber sie haben diese auch abgelehnt. Aber wir haben sie auch abgelehnt, weil sie wirklich nicht gut gewesen wäre - aber Sie haben sie auch abgelehnt. Sie haben mit Recht dort Lustenauer (Zwischenruf Grabher: Sind wir Ihnen nicht entgegengekommen?) Lustenauer Interesse vertreten; inwiefern? (Zwischenruf Grabher: Mit der überarbeiteten Trasse! Präsident: Bitte keine Zwiegespräche!) Ich weiß jetzt nicht, welche Variante Sie da meinen. Ich habe die Varianten an sich ganz gut im Kopf, aber ich weiß jetzt nicht, mit welchen Varianten Höchst und andere Gemeinden einverstanden gewesen wären, oder welche Variante von Lustenau gekommen ist. Vielleicht eine, die unter dem Rhein hindurchgeht. Soviel zur Stammesbrüderschaft. Herr Abg. Dr. Häfele, das geben Sie wohl zu. Und es ist daher verständlich unter diesem Aspekt, daß auch der Herr Minister schreibt, - ich habe das Schreiben gestern schon zitiert - daß eben zur Zeit eine Reihe von Überlegungen zum Problem der A 15 im Gange seien, eine endgültige Lösung des Problems sich derzeit jedoch nicht abzeichne. Damit ist eigentlich auch schon gesagt, Herr Abg. Grabher, daß die Entscheidung beim Bautenminister liegt. Das Land hat hier den Auftrag des Bautenministers befolgt. Wir müssen nun das Begutachtungsergebnis abwarten, welches von der Schweiz kommt und welches letztlich durch das Bautenministerium selbst gegeben wird und welches dann letztlich zu einem Entschluß des Ministers führen wird müssen, wobei ich überzeugt bin, daß der Minister vorher sich noch mit der Landesregierung Kontakt nehmen wird. Das ist das eine. Zum Schweizer Besuch, Herr Abg. Dr. Häfele, möchte ich folgendes sagen: Der Schweizer Besuch hat die Probleme sehr sachlich und korrekt behandelt. In der anschließenden Pressekonferenz hat der zuständige Schweizer Regierungsrat Dr. Geiger eben darauf hinge-

wiesen, daß die Schweiz von der Variante, wie sie jetzt gegeben sei, nämlich mit einer Übergabestelle Höchst, nicht abrücken könne. Damit ist selbstverständlich nichts gesagt, ob die Autobahn überhaupt je einmal gebaut werden wird oder nicht. Wenn von einer Zusage an die Schweiz gesprochen wird, ist das einfach falsch, denn diese Entscheidung liegt auf österreichischer Seite. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß der Entschluß der Trassierung der A 15, wie sie jetzt immer noch offiziell auf dem Tisch des Bautenministers liegt, vor 15 Jahren getroffen wurde, so ist es richtig, daß das eine sehr lange Zeit ist. Vor dieser Entscheidung sind aber zehn Jahre verschiedene Trassierungsvorschläge durchgearbeitet worden und schließlich war die damalige Trasse eine Entscheidung, welche im Einvernehmen sämtlicher betroffener Gemeinden getroffen wurde, und zwar, soviel mir bekannt ist, einstimmiger Entscheidungen, also unter Einschluß sämtlicher Fraktionen. Im Straßenbau kann man eben nicht wie bei einem Hausbau mit ein oder zwei Jahren rechnen. Ich habe auch hier schon wiederholt gesagt, daß zwischen Beginn einer Planung und Ausführung selbst bei einer Landesstraße in der Regel ein Zeitraum von fünf bis zehn Jahren verstreicht, oft auch noch länger, und in diesem Zeitraum natürlich verschiedene Variantenmöglichkeiten untersucht und auch Entscheidungen in dieser Richtung getroffen werden. Vom St.Galler Kantonsrat wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Schweizer Seite im Hinblick auf die damalige Vereinbarung, welche vom Bautenministerium als verbindlich erklärt wird, von der jetzigen Trasse nicht abrücken will. Ich muß auch feststellen, daß die Schweiz im Hinblick auf diese Vereinbarung ihre Autobahn bereits gebaut hat, die -Anschlußstellen fixiert und die Situierung der Autobahn durchgeführt hat. Ich glaube, dafür müssen wir Verständnis haben. Stellen wir uns doch vor, wenn es umgekehrt wäre, daß wir unsere Autobahn gebaut hätten und jetzt die Schweiz mit der Forderung käme, daß statt hier oder dort der Übergang eben irgendwo ganz anders sein soll, vielleicht etwa in der Mitte einer Gemeinde. Aber von einer Zusage an die Schweiz kann trotzdem keine Rede sein. Von Vorarlberger Seite wurde die Situation so dargestellt, wie sie heute ist. Es wurde auf die verschiedenen Verfahrensschritte hingewiesen, welche bisher getroffen wurden, genauso wie ich das Ihnen heute erkläre. Wenn hier irgendwie andere Schlüsse getroffen wurden, dann sind diese Schlüsse falsch. Sicher, glaube ich, muß man auch einem Schweizer Regierungsrat bei einem zwischenstaatlichen Besuch die Möglichkeit geben, der Presse eine Aussage zu machen, ohne daß jetzt die Vertreter des eigenen Landes diesem Regierungsrat gleich ins Gesicht springen. Wenn Sie hier von unnötiger Liebedienerei und von unterwürfigem Verhalten reden, Herr Dr. Häfele, so ist das wohl Ihrer Unkenntnis infolge Ihres Nichtdabeiseins zuzuschreiben. Ich kann Ihnen aber sagen, daß gerade unsere Regierung großen Wert darauf legt, daß seitens der Beamenschaft nicht nur gegenüber allen Bürgern unseres Landes, sondern selbstverständlich auch gegenüber ausländischen Bürgern Höflichkeit angewendet wird. Dies gilt vermehrt im Verhältnis von Regierung zu Regierung. Im übrigen ist schon aus einem Zwischenruf hervorgegangen, wie das zu beurteilen sei.

Wenn der Herr Bundespräsident sagt, daß man auch Gesichtspunkte des Landschaftsschutzes, Umweltinteressen usw. berücksichtigen müsse, so ist dem selbstverständlich beizupflichten. Nur sehen wir gerade bei uns im Lande, daß die einzelnen Interessen sehr gegenläufig sind. Es gibt Gemeinden, die ausschließlich aus Gründen des Umweltschutzes keine Autobahn wollen, z.B. die Gemeinde Lauterach wegen des Riedes. Es gibt andere Gemeinden, welche wiederum nach einer raschen Realisierung der Autobahn schreien, das sind jene Gemeinden, welche eben den starken Verkehr jetzt ertragen müssen, z.B. die Stadt Bregenz (Zwischenruf Grabher: Aber nicht durch das Lauteracher Ried!) Ja bitte, irgendwo muß die Straße laufen, entweder durch bewohntes Gebiet oder durch ein Ried, da können Sie die Karte von Bregenz bis nach Feldkirch anschauen. Herr Abg. Grabher. Bringen Sie eine andere Variante, einen anderen Vorschlag, dann werden wir ihn überprüfen. Ob man jetzt sagt, man tut die Senderstraße ausbauen oder etwas anderes ist nicht entscheidend. Die Senderstraße geht doch auch durch das Ried oder nicht? Ich glaube, darüber brauchen wir gar nicht reden. Und den Verkehr etwa über eine vier bis fünf Meter breite Straße abzuwickeln von einer Autobahn, das ist überhaupt keine Lösung. Wenn man dort die Autobahn bauen würde oder diese Straße zu einer autobahnähnlichen Straße ausbauen würde, wäre diese eben etwas weiter südlich. Außerdem müßte man wieder eine neue Erschließungsstraße bauen für den landwirtschaftlichen Verkehr usw. und man könnte dann diese wiederum Senderstraße nennen oder wie auch immer. Das zum einen.

Wenn der Herr Abg. Dr. Häfele auf die Frage des Lärmschutzes Höchst-St.Margrethen hinweist, so möchte ich darauf zur Antwort geben, daß in dieser Frage wiederholt Besprechungen zwischen dem zuständigen Schweizer Regierungsrat und mir stattgefunden haben und auch die Behörden miteinander Besprechungen geführt haben. Es wurden sehr umfangreiche Lärmmessungen durchgeführt, es wurde auch ein Lärmschutzgutachten bei der Universität Innsbruck eingeholt. Es wurde allerdings auf Grund dieser Lärmmessungen festgestellt, daß jene Werte, welche nach österreichischen Normen für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen Voraussetzung sind, in diesem Falle noch nicht erreicht sind. Man liegt an einzelnen Stellen knapp darunter, (Zwischenruf Winder: Doch, doch!) Bitte, Herr Kollege Winder, dann machen Sie die Lärmmessungen, vielleicht können Sie es besser als die Fachleute (Zwischenruf Winder: Die österreichischen sind überschritten, die Schweizer nicht erreicht!) Sehen Sie, hier spricht schon wieder Ihre Unkenntnis in dieser Sache, denn die Schweizer Lärmschutznormen sind strenger als die unsrigen. Nach Schweizer Lärmschutznormen sind in einzelnen Fällen die Grenzen knapp überschritten, nach österreichischen noch nicht. Was wir aber gemacht haben, ist eine genaue Bestandsaufnahme des Lärmschutzpegels durchzuführen, und man wird anhand späterer Messungen - vor allem wenn einmal die Lärmschutzdämme in der Schweiz fertig sind - feststellen können, wie sich die Lärmwerte inzwischen entwickelt haben, und wird dann die entsprechenden Maßnahmen treffen. Und auch hier muß ich Ihnen jetzt widersprechen: Die Vorarlberger

Landesregierung hat gerade bei diesem Gespräch mit der St.Galler Regierung ausdrücklich verlangt - und das wurde auch von der St.Galler Regierung zugesagt - daß die Frage Lärmschutzmaßnahmen in Höchstm mit der Frage des Ausbaues der A 15 in der vorgesehenen Trasse nicht zusammenhängt. Die Schweizer Kantonsregierung hat allerdings darauf hingewiesen, daß die Lärmschutzgrenzen noch nicht überschritten sind und deshalb derzeit auf Schweizer Seite keine Maßnahmen zugunsten der betroffenen Gemeinden auf österreichischem Gebiet durchzuführen seien. Ich kann Ihnen aber versichern, daß von unserer Seite die Lärmentwicklung, vor allem im Zuge einer nicht auszuschließenden zusätzlichen Verkehrszunahme, sehr genau überprüft und die erforderlichen Schritte bei der zuständigen St. Galler Regierung im gegebenen Zeitpunkt raschest urgiert werden.

Ihr Vorschlag, ein Parlamentariertreffen durchzuführen, glaube ich, könnte nur begrüßt werden. Ohne einem solchen Ergebnis vorzugreifen, wünsche ich Ihnen aber jetzt schon viel Glück dazu bezüglich der Trassenführung der A 15. Denn soviel ich aus Schweizer Zeitungsberichten, sowie aus Debatten im St. Galler Großen Rat weiß, ist die Schweiz auch nicht einverstanden - ebensowenig wie Ihre Gemeinde Hohenems oder die Gemeinde Altach oder die Stadt Dornbirn - daß die Straße an einen anderen Ort verlegt wird. Ich habe zu dieser Frage immer den Standpunkt vertreten und vertrete ihn auch heute noch, daß bis zum Bau der A 15, wenn er überhaupt kommt, noch viele Jahre bei einem ganz normalen Ablauf verstreichen würden. Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß man die Verkehrsentwicklung in diesen Jahren abwarten muß, daß man vor allem die Auswirkung des Pfändertunnels, also der Umfahrung Bregenz, auf den Verkehr abwarten muß. Und ich stehe auch heute noch dazu. Man muß das abwarten und man wird dann sehen, wie sich die Verkehrsentwicklung auf die betroffenen Ortschaften auswirkt. Und dann wird man von unserer Seite eine Entscheidung treffen können dahingehend, ob die Autobahn gebaut werden muß oder ob eine Verkehrsauffächerung ausreichend sei. Wenn der Herr Abg. Grabher auf einen Mangel an Informationsbereitschaft hinweist auch dem Landtag gegenüber, so muß ich Sie doch daran erinnern, daß Sie doch letztes Jahr dabei waren, als der Volkswirtschaftliche Ausschuß sämtliche Trassierungsmöglichkeiten, sämtliche Varianten der A 15 besichtigt hat, als ich sehr eingehende Erläuterungen gegeben habe und, so glaube ich, keine Frage unbeantwortet geblieben ist. Sie tun heute so, als ob Sie von all dem nichts wissen. (Zwischenruf Grabher: Das stimmt nicht!) Sie haben das jetzt behauptet. Sie tun auch so, (Zwischenruf Grabher: Wir sind aus den Zeitungen informiert worden, was Sie mit den Schweizern besprochen haben) Ich rede jetzt von der letztjährigen Besichtigungstour des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, weil Sie vorhergesagt haben, der Landtag würde nicht informiert. Sie tun auch so, offensichtlich auch aus Unkenntnis der Sache, als ob man mit den Bürgerinitiativen nicht reden würde. Bürgerinitiativen waren beim Herrn Landeshauptmann, sie waren bei mir, sie waren in der Abteilung, man hat die Vorschläge, welche von Bürgerinitiativen vorgebracht wurden, eingehend besprochen (Zwischenruf Grabher) Bitte, lassen Sie

mich jetzt reden! Man hat auch mit den Gemeinden gesprochen. Wenn Sie so tun, als ob man da mit niemanden gesprochen hätte, so ist das gelinde gesagt einfach nicht richtig. Und wenn Sie hier von einem Mangel an Kompromißbereitschaft sprechen, ist das auch nicht richtig, denn von seiten des Landes wurden ja verschiedene Kompromißvorschläge dem Bautenministerium vorgelegt. Ich möchte mich nicht wiederholen, aber über diese Variantenvorschläge wird nun der Minister zu entscheiden haben. Und wenn Sie hier wiederum die mangelnde Entscheidungsfreude kritisieren, dann muß ich halt betonen, daß das Verfahren eben im Gange ist. Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal auf das Schreiben vom zuständigen Herrn Minister hinweisen, der ja selbst erklärt hat, daß er sich mit der Sache befaßt und eine Entscheidung sucht, aber derzeit eben keine Entscheidung in Sicht habe.

Zu den Ausführungen vom Herrn Abg. Riedmann, glaube ich, habe ich eigentlich alles gesagt, sowohl was den Zeitraum von 16 Jahren zwischen der seinerzeitigen Beschlußfassung und heute betrifft, als auch bezüglich der Bewußtseinsänderung. Sie haben den Herrn Bundespräsidenten zitiert. Ich bin der Auffassung, daß man hier die weitere Verkehrsentwicklung abwarten mußte. Die ganze Entstehungsgeschichte der A 15 und was in den letzten zwei Jahren geschehen ist, glaube ich, kann ich mir schenken. Wenn es gewünscht wird, werde ich es selbstverständlich noch einmal wiederholen.

Damit möchte ich mich noch kurz den Ausführungen bzw. zum Antrag vom Herrn Abg. Dr. Häfele zuwenden. Das meiste hat mir eigentlich der Abg. Dipl.-Ing. Feierle schon vorweggenommen. Ich muß Sie hier aber in einer Sache zunächst entscheidend berichtigen, Sie haben von Enteignungen gesprochen. Ich muß Ihnen sagen, daß die noch nicht durchgeführten Enteignungen gestoppt sind, zurückgestellt sind, es ist keine mehr unterzeichnet worden. Wobei ich darauf hinweise, daß von seiten der Gemeinde Hohenems, wie man mir sagte, ein Gutachten eingeholt wird über verschiedene Variantenentwürfe, zu welchen auch die Straßenbauabteilung Stellung genommen hat. Sie wissen, glaube ich, davon, weil diese Stellungnahmen auch im Planungsausschuß vorgetragen wurden, wobei allerdings von diesen drei Varianten zwei nach Auffassung der Straßenbaubehörde undurchführbar sind, und die dritte wesentliche Nachteile mit sich bringt, vor allem müßten einige Häuser abgerissen werden, was so, glaube ich, sicher nicht im Interesse der Hauseigentümer stehen würde. Dipl.-Ing. Feierle hat vor allem darauf hingewiesen, daß der Bau dieser Unterführung notwendig ist im Zuge des Ausbaues der Zweigeleisigkeit der Bundesbahn und daß hier eine klare Terminvorgabe an die Straßenbaubehörde des Landes gegeben ist, welche ursächlich mit diesem zweigeleisigen Ausbau zusammenhängt. Ich kann daher Ihre Auffassung nicht teilen, daß man die 5.5 Mio. S nicht benötigen würde. Ob man sie in diesen Jahren zur Gänze braucht oder nicht, wird die Praxis erweisen. Jedenfalls drängt die Sache sehr und es muß dort etwas geschehen. Und wenn Sie schließlich noch das Gutachten des Landschaftsschutzsachverständigen der Landesregierung zu dieser Straße zitieren, so möchte ich zunächst einmal sagen, daß weitere Gutachten abgegeben wurden, welche sehr

positiv für diesen Straßenausbau sind. Und der Landschaftsschutzsachverständige - das ist sein gutes Recht, ich möchte das betonen - bemängelt beispielsweise, daß das Unterführungsbauwerk mit den notwendigen Stützmauern ein auffälliger und grober Landschaftsschaden sei. Ja, wir wissen, daß natürlich jede Bahnunterführung diese Stützmauern braucht, ob sie in Dornbirn ist, in Bregenz, in der Höchster Straße oder in der Lustenauer Straße, und daß es hier keine andere technische Lösung gibt. Ich glaube aber, wir sind uns darüber einig, daß das Verkehrsproblem dort nur durch eine Unterführung gelöst werden kann und hier auch ein enger Kontakt mit der Österreichischen Bundesbahn gegeben ist, welche Interesse daran hat. Auch die Straßenbaubehörde hat das Interesse, daß alle niveaugleichen Bahnübergänge in Vorarlberg beseitigt werden. Es werden sehr viele Mittel und wurden sehr viele Mittel in den letzten Jahren für diesen Zweck ausgegeben. Er meint dann schließlich, daß die vorgesehene Straßenbreite vom Standpunkt des Landschaftsschutzes Anlaß zur Kritik gebe. Hier muß ich sagen, daß etwa die Hälfte der Straßenbreite, fast die Hälfte auf Gehsteige und Fahrradwege, Fahrradstreifen entfällt. Die Breite mit 7.50 m ist eine ganz normale Breite, welche sicher nicht unterschritten werden kann. Und er meint dann auch, daß nicht einzusehen sei, daß beidseitig Gehsteige von 2 m Breite notwendig sein sollten, da derzeit nur wenig Anrainer diese Gehsteige benötigen. Aber, ob ein oder zwei Gehsteige hier gebaut werden, ist ausschließlich Sache der Gemeinde. Die Gemeinde muß sich entscheiden und sie muß auch diese Gehsteige bezahlen, ob sie solche Gehsteige will oder ob sie sie nicht will. Ich glaube, die Stellungnahme des Landschaftsschutzsachverständigen ist aus seiner Sicht gesehen sicher verständlich. Sie ist aber nicht ablehnend, das möchte ich ganz eindeutig betonen, sondern er stellt nur gewisse Veränderungswünsche in den Raum. Ob diese Veränderungen durchzuführen sind oder nicht, hängt nicht zuletzt von der Gemeinde Hohenems selbst ab.

Nur noch einige Worte zum Vorschlag vom Herrn Abg. Grabher bezüglich einer Verlegung des Zollamtes. Hiezu möchte ich sagen, daß dieser Vorschlag von seiten der Straßenbaubehörde schon weit früher überprüft wurde und damals zu einem negativen Ergebnis führen mußte, weil (Zwischenruf Grabher: Aus welchen Gründen?) Die Nachteile sind hier folgende: Es heißt hier, daß die Autobahn über den Rhein und die Bahnlinie Bregenz-St. Margrethen geführt werden muß und erst ca. 700 m östlich der Bahn das Terrain erreichen würde. Das Zollamt käme daher nicht in den Bereich der Müllverwertung Häusle, sondern südöstlich davon ins Ried direkt an der Dornbirner Ache zu liegen. Wenn man es dort im Bereich der Mülldeponie Häusle situieren würde, hieße das, daß der Zollamtsbereich auf einen hohen Damm gestellt werden müßte, was sicher nicht sehr zur Freude der Landschaftsschützer wäre. Dann wird als weiterer Nachteil erwähnt, daß die für Lustenau und Hard günstige Anschlußstelle an der Dammstraße entfallen müßte. Als weiteren Nachteil wäre von der Grenze bis zum Zollamt praktisch ein Korridor unter schweizerischer Zollaufsicht zu führen, wobei ich mir das nicht so richtig vorstellen kann, ob man

einen Riesenzaun machen würde oder eine Mauer oder weiß Gott was, und schließlich, daß die Anschlüsse des Zollamtes an das örtliche Netz, welche bei der heutigen Planung direkt gegeben sind, zusätzlich durch weitere Verbindungsstraßen im Lustenauer Ried erst geschaffen werden müßten. Das wären so die wesentlichen Nachteile dieser Lösung, die an sich sicher überlegenswert ist. Sie wurde auch schon von uns überlegt, aber sie hat eben zu einem negativen Ergebnis geführt.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag, daß die Ausgaben-Vst. «Umbau, Ausbau und Staubfreimachung von Landesstraßen» um 5.5 Mio. S herabgesetzt wird. Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen geben. Der Antrag hat nicht die nötige Mehrheit. Der Herr Berichterstatter wünscht ein Schlußwort.

Aberer: Nachdem der Alemanne Häfele und Aberer, die Alemannen, in vielen Sachbereichen in der Gemeinde Hohenems, auch in der A 15 einer Meinung sind, darf ich feststellen oder? - aber bei der L 46 spießen sich halt unsere Gedanken und auch unsere Auffassungen. Ich darf feststellen als gelernter und praktizierender Demokrat, daß drei einstimmige Gemeindevertretungsbeschlüsse da sind, obwohl diese weit zurückreichen, etwa ein Dutzend mehrstimmige Beschlüsse, wo man Gründe abgelöst hat. Ich darf sagen, 93% der Gesamttrasse ist abgelöst, etwa 12 Mio. S wurden bisher aufgewendet dafür, ist das für mich ein Zeichen einer gewissen Meinungsfindung. (Zwischenruf Dr. Rümmele: Kein Einspruch!) Richtig, wie der Herr Landesrat Rümmele sagt, auch kein Einspruch bei der zweiten Auflage. Ich darf auch weiter sagen, Kollege Häfele, daß bei der Bürgerinitiative, man muß wissen, daß die Straße etwa einen Kilometer lang wird und gewisse Bürger westlich der Eisenbahn und gewisse Bürger östlich der Eisenbahn also hier tätig wurden, aber es halt doch so ist, daß die östlich der Eisenbahn Wohnenden sagen, mir ist es an und für sich wurscht, was westlich der Eisenbahn ist, und genau umgekehrt auch, so wissen wir halt, daß sich diese Dinge spießen und ich möchte, ich finde es als einen Mangel, anregen, daß wir einmal über diese Sache ein Gespräch führen, wir haben es offiziell noch nie getan, obwohl ich nicht Mitglied der Gemeindevertretung bin, schließe ich aber nicht aus, doch im politischen Leben in Hohenems eine gewisse Rolle zu spielen und ich lade Dich ein, einmal mit mir einen Abend zu verbringen und über diese Dinge zu reden.

Präsident: Wir kommen nun zur Einleitung zur Gruppe 8 - Dienstleistungen.

Aberer: In dieser Gruppe sind Ausgaben von 48.400.000 oder 0.92% und Einnahmen von 34.704.000 oder 0.66% vorgesehen.

In dieser Gruppe ist der Grundbesitz des Landes, der Waldbesitz des Landes, der Besitz an Wohn- und Geschäftsgebäuden, der Landesforstgarten, die Anstaltsmetzgerei Tufers sowie die Vorarlberger Umweltschutzanstalt, teilweise in Untervoranschlägen eingeordnet.

Herausstechend ist der Neubau von Gebäuden mit 12.3 Mio. Mit diesem Betrag soll die Erweiterung der Landsportschule in Dornbirn abgeschlossen werden.

In dieser Gruppe wurden keine Anträge gestellt.

Präsident: Wer wünscht das Wort? Es ist nicht der Fall. Gruppe 9 - Finanzwirtschaft.

Aberer: Ausgaben von 331.810.000 oder 6.34% und Einnahmen von 2.431.447.000 oder 46.82% des Gesamtvoranschlages sind hier verzeichnet.

Hier sind die Darlehensrückzahlungen mit 17.068.000 verzeichnet, weiters der Kauf von Beteiligungen und der Ankauf von Wertpapieren, insgesamt 7.7 Mio. Bedarfszuweisungen sind 181.8 Mio. und der Beitrag zu den Bedarfszuweisungen ist mit 30 Mio. fixiert. Die Zinsen für Finanzschulden belaufen sich im Abschnitt 950 auf 77.8 Mio. Die Einnahmen aus Dividenden und Genußrechten der 111-werke betragen 96.5 Mio.

Die Abgaben des Landes betragen nur 24.1 Mio. (geteilte Abgaben) und die ausschließlichen Landesabgaben betragen 54.5 Mio. Die Ertragsanteile sind mit 1.770.000.000 in den Voranschlag eingesetzt. Die Landesumlage erbringt 141.435 Mio.

Die zum teilweisen Ausgleich des Landeshaushaltes 1982 notwendigen Darlehensaufnahmen sind in dieser Gruppe budgetiert und belaufen sich mit dem Zusatzantrag auf 115.314.000 S.

In dieser Gruppe wird der Antrag gestellt, die Vst. 911008 3450 002 «Darlehensaufnahme» um 3 Mio. auf 115.314.000 zu erhöhen, um den angenommenen Antrag aus der Gruppe 4 «Wohnbau» hiemit zu bedecken.

Präsident: Danke für den Bericht und eröffne die Diskussion. Wer wünscht das Wort zur Gruppe 9? Ist nicht der Fall. Ich muß noch abstimmen lassen über die Erhöhung der Darlehensaufnahme, wie sie im Finanzausschuß beschlossen wurde, um 3 Mio. S. Wer zustimmt, möge ein Zeichen geben. Danke, ist angenommen.

Aberer: Schlußendlich, nach einer vielstündigen Diskussion im Hohen Hause darf ich im Namen des Finanzausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag möge beschließen:

Der Voranschlag 1982 über den Landeshaushalt des Verwaltungsjahres 1982 wird mit einer Einnahmensumme von 5.190.203.000 S und einer Ausgabensumme von 5.236.298.000 S festgestellt. Die Präambel zum Landesvoranschlag in den Punkten 2 bis 12 soll unverändert angenommen werden.

Ich darf noch abschließend berichten, daß der Finanzausschuß den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, daß wie bei den Darlehensaufnahmen der Finanzausschuß von Überschreitungen einzelner Budgetansätze um mehr als 5 Mio. Schilling in der dem entsprechenden Regierungsbeschluß nachfolgenden Sitzung zu informieren ist.

Präsident: Wer wünscht dazu das Wort? Wer wünscht zur Präambel das Wort oder zu den Untervoranschlägen? Es ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag, wie er eben

vom Berichterstatter verlesen wurde, somit über das Haushaltbudget 1982 des Landes Vorarlberg, abstimmen. Wer ihm zustimmt, möge ein Zeichen geben. Ich stelle die Annahme fest und danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich möchte nach Abschluß der Budgetberatungen kurz folgenden Vergleich mit dem Vorjahr anstellen: Die Zahl der Redner hat sich nur unwesentlich geändert. Gegenüber 179 Wortmeldungen im Vorjahr waren es diesmal 185, aber die Dauer der Beratungen war wesentlich länger. Waren es 1980 noch 23 Stunden insgesamt an Redezeit, so waren es heuer $2\frac{1}{2}$, also $6\frac{1}{2}$ Stunden mehr. Ich glaube, das sollte für uns Veranlassung sein, im kommenden Jahr einmal mehr im Präsidium über die Limitierung der Redezeit eine Diskussion abzuführen. Wir kommen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung: